STADT FRANKFURT AM MAIN

europäisches
forum für
migrationsstudien
(efms)

Gaby Straßburger

Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main

Studie zur Erforschung des Standes der Integration
von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main
am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen

im Auftrag des
Amtes für multikulturelle Angelegenheiten
der Stadt Frankfurt am Main

erstellt durch das
europäische forum für migrationsstudien
unter der Leitung von Prof. Dr. Friedrich Heckmann

europäisches forum für migrationsstudien
Institut an der Universität Bamberg
Katharinenstr. 1
96052 Bamberg
Tel.: 0951-932020-0

Bamberg, Mai 2001

Impressum

Herausgeber	Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Dezernat für Integration
Autorin	Gaby Straßburger europäisches forum für migrationsstudien Institut an der Universität Bamberg
Druck	ingra, Hanau
Bestellungen an	Stadt Frankfurt am Main Amt für multikulturelle Angelegenheiten Walter-Kolb-Str. 9-11 60594 Frankfurt Tel. 069/212-38765 / -30154 Fax 069/212-37946 / -9730154
E-mail	publikation.amka@stadt-frankfurt.de
Internet	www.stadt-frankfurt.de/amka
1. Auflage	September, 2001 300 Exemplare

© Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

europäisches
forum für
migrationsstudien
(efms)

Gaby Straßburger

Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main

Studie zur Erforschung des Standes der Integration
von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main
am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen

im Auftrag des
Amtes für multikulturelle Angelegenheiten
der Stadt Frankfurt am Main

erstellt durch das
europäisches forum für migrationsstudien
Institut an der Universität Bamberg
Katharinenstr. 1
96052 Bamberg
Tel.: 0951-932020-0

Bamberg, Mai 2001

Vorwort

In Frankfurt am Main leben etwa 180.000 Einwohner ausländischer Nationalität. Sie stammen aus 180 Staaten mit über 200 Kultur- und Sprachtraditionen. Zählt man die Aussiedler mit ihren Familienangehörigen und die zahlreichen eingebürgerten Frankfurterinnen und Frankfurter dazu, so kann man ohne Übertreibung festhalten, dass bei einer Gesamteinwohnerzahl von etwa 650.000 bei jedem dritten Einwohner Zuwanderung und Integration zur eigenen oder familiären Lebenserfahrung gehört. Aus beruflichen Gründen, begründet durch die Wirtschaftsstruktur der Stadt, sowie durch Familienzusammenführung kommen jährlich einige tausend Zuwanderer hinzu.

Deshalb muss der Magistrat im Interesse der weiteren Stadtentwicklung Erfolge der eigenen Politik messen, aber auch Defizite im Integrationsprozess aufzeigen, um seine Maßnahmen entsprechend sinnvoll zu gestalten.

Die hiermit vorliegende Studie des Instituts „europäisches forum für migrationsstudien" (efms) an der Universität Bamberg hat zum Ziel, den Stand der Integration von Zuwanderern und Deutschen, anhand der Entwicklung in einigen repräsentativen Stadtteilen Frankfurts, zu untersuchen. Erstmals wird hier der Versuch unternommen, den Stand der Integration in einer deutschen Großstadt zu messen und darzustellen.

Drei Stadtgebiete wurden als Schwerpunkte der Untersuchung ausgewählt: das Gallusviertel, Bornheim und die nördlichen Stadtteile Bonames, Eckenheim, Preungesheim und Frankfurter Berg. Rund 1300 Bürger und Bürgerinnen zwischen 18 und 40 Jahren konnten befragt werden, Deutsche und Zuwanderer, die entweder in Deutschland geboren sind, oder mindestens seit ihrer Kindheit in Frankfurt leben. Interviews mit Bewohnern und Experten beleuchten zusätzlich das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern im jeweiligen Stadtteil. Außerdem wurden Daten der kommunalen Statistik über einen Zeitraum von 10 bis 30 Jahren analysiert.

Die Studie konzentriert sich vorwiegend auf die zweite Generation der Zuwanderer, denn Integration ist ein unterschiedlich verlaufender individueller Prozess, dessen Erfolge und Defizite sich nur im Rückblick und im Vergleich der Generationenfolge ablesen lassen.

Wesentliches Ergebnis der Studie ist, aus einer Vielzahl von verschiedenen Daten fortschreibbare Integrationsindikatoren entwickelt zu haben, ein greifbares Instrumentarium, mit dem sich die Integrationserfolge und -defizite in Frankfurt auch in Zukunft analysieren lassen. Die wissenschaftliche Datenbasis ist zugleich eine gute Ausgangsbasis für die Planung der zukünftigen Politik des Magistrats.

Die Studie belegt, daß die Integration der Zuwanderer in den letzten Jahrzehnten wesentlich weiter gediehen ist, als man gemeinhin annimmt, dies auch aufgrund der planvollen Politik der Stadt. Frankfurt kann nachweisbare gute Fortschritte in den Bereichen der strukturellen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und identifikatorischen Integration vorweisen. Der Wille zur Integration und zur lokalen Identifikation mit der neuen Heimat ist ebenso spürbar, wie die aktive Beteiligung am Arbeits- und Wirtschaftsleben und vielen gesellschaftlichen

Bereichen. Es gibt ein allgemein hohes Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit und Sprache. Immer mehr Kinder aus Einwandererfamilien streben einen höheren Schulabschluss an. So läßt sich feststellen, dass 1978 nur rund 33 % aller ausländischen Schüler Gymnasien oder Realschulen besuchten. Im Jahre 1998 betrug diese Quote 62 %.

Die Untersuchung zeigt aber auch fortbestehende Probleme auf, zu denen die Stadt Frankfurt ihre Integrationsbemühungen verstärken muss, insbesondere im Bereich Schule und Bildung. Jeder siebte jugendliche Ausländer schafft keinen Schulabschluss und folglich auch keine Berufsausbildung. Bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt, der sozialen Sicherung der Familien und der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen müssen die Anstrengungen fortgeführt und verstärkt werden.

Es darf nicht übersehen werden, dass aufgrund des Abbaus von Arbeitsplätzen in der gewerblichen Wirtschaft in Frankfurt viele ungelernte, ausländische Arbeitskräfte der sog. ersten Generation arbeitslos geworden sind und heute im fortgeschrittenen Alter kaum Erwerbsmöglichkeiten finden, was sich auch auf die soziale Situation ihrer Nachkommen auswirkt. Der Anteil der ausländischen Arbeitslosen an den arbeitslos gemeldeten Personen (31,6 % im Juli 2001) liegt nach wie vor über dem Durchschnitt. Auch die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist, obwohl die Zahl seit 1997 um ein Viertel zurückgegangen ist, immer noch sehr hoch. Zum 31. Dezember 2000 bezogen 15.620 ausländische Bürgerinnen und Bürger in Frankfurt Hilfe zum Lebensunterhalt, das sind rund 43 % der Gesamtanzahl aller Sozialhilfeempfänger.

Deutlich wird auch, dass die zweite Generation weniger Sprachprobleme hat, als die erste. Das Thema Deutsch lernen ist durch unverminderten Familiennachzug, z. B. durch Heirat und nicht lineare Migrationsverläufe noch immer aktuell. Deshalb spielt vor allem die sprachliche Schulung von Zuwanderern und ihren Kindern nach wie vor eine große Rolle.

Neben vielen Maßnahmen der Stadt und zahlreicher Organisationen, Verbänden und Vereine läuft zur Zeit auf Initiative des Dezernates für Integration ein Pilotprojekt mit Sprach- und Orientierungskursen für Neuzuwanderer, dessen Ziel es ist, diese Menschen so rasch wie möglich in die Gemeinschaft ihrer neuen Heimat zu integrieren und für soziale und wirtschaftliche Chancengleichheit zu sorgen. Die Erkenntnisse der Studie werden allen Verantwortlichen bei der Gestaltung der Integrationsarbeit helfen. Die systematische Erfassung der Fakten und Zahlen sollte fortgesetzt und erweitert werden.

Namens des Magistrats danke ich allen an der Ausarbeitung Beteiligten, insbesondere Frau Gaby Straßburger und Herrn Professor Heckmann für ihre vorbildliche Arbeit.

Dr. Albrecht Magen
Dezernent für Integration

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen 12

Verzeichnis der Grafiken 16

Verzeichnis der Karten 18

Teil I Einführung und Grundlagen 19

1. Die Aufgabenstellung der Studie 19

2. Dimensionen der Integration 20

3. Der Gegenstand der Untersuchung 22

4. Methodisches Vorgehen 24

Teil II Entwicklung der Integration in Frankfurt am Main: Auswertungen der amtlichen Statistik 28

1. Bevölkerung 29
(unter Mitarbeit von Matthias Neske und Judith Polterauer)

1.1 Bevölkerungsentwicklung 29
1.1.1 Methodische Anmerkungen 30
1.1.2 Phasen der Zuwanderung 31
1.1.3 Zuwanderergruppen 37

1.2 Altersstruktur 40

1.3 Geburten 44
1.3.1 Methodische Anmerkungen 45
1.3.2 Fruchtbarkeitsziffer 46
1.3.3 Alter der Mutter bei der Geburt 47

1.4 Eheschließungen 48
1.4.1 Methodische Anmerkungen 49
1.4.2 Entwicklung der Eheschließungen 49

1.5 Wanderungsverhalten 51
1.5.1 Methodische Anmerkungen 52
1.5.2 Wanderungsvolumen und Wanderungsrate 52
1.5.3 Außenwanderungen 55
1.5.4 Binnenwanderungen 60

1.6 Räumliche Verteilung 62

1.7 Fazit 65

2. Einbürgerung 66
(unterMitarbeit von Claudia Köhler)

2.1 Alte Rechtsgrundlagen der Einbürgerung 66

2.2 Entwicklung der Einbürgerungen 67

2.3 Fazit 73

3. Bildung 73

3.1 Methodische Anmerkungen 76

3.2 Allgemeinbildende Schulen 78
3.2.1 Quote des Besuchs verschiedener Schulformen 78
3.2.2 Schulbesuchsquote von Vierzehn- und Fünfzehnjährigen 81
3.2.3 Schulabschlüsse 83

3.3 Kindergarten 86

3.4 Der Zweite Bildungsweg 87

3.5 Berufsbildende Schulen 88

3.6 Fazit 90

4. Arbeit 91
(unter Mitarbeit von Judith Polterauer)

4.1 Methodische Anmerkungen 92

4.2 Erwerbstätigkeit 92
4.2.1 Das Erwerbspersonenpotential 93
4.2.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 94
4.2.3 Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftsbereichen 97
4.2.4 Selbständigkeit 100

4.3 Arbeitslosigkeit 101
4.3.1 Arbeitslosenstatistik 102
4.3.2 Höhe der Arbeitslosigkeit 103
4.3.3 Struktur der Arbeitslosigkeit 109
4.3.4 Jugendarbeitslosigkeit 113

4.4 Fazit 114

5. Sozialhilfebezug 116
(unter Mitarbeit von Richard Wolf)

5.1 Methodische Anmerkungen 116

5.2 Entwicklung des Sozialhilfebezugs 117

5.3 Soziodemographische Merkmale der Sozialhilfeempfänger 120

5.4 Fazit 127

6. Entwicklung und Stand der Integration 128

Teil III Stand der Integration der zweiten Migrantengeneration: Auswertungen der repräsentativen Befragung 131

1. Untersuchungsdesign 132

1.1 Zielgruppe der Befragung und Untersuchungsgebiete 132

1.2 Aufbau des Fragebogens 134

1.3 Rücklauf der schriftlichen Befragung 136

1.4 Demographische Merkmale der Befragten 136

2. Strukturelle Integration 140

2.1 Schulische Bildung 141

2.2 Berufliche Bildung 145

2.3 Arbeitsmarkt 148

2.4 Rechtliche Integration 150

3. Kulturelle Integration 151

3.1 Sprachkenntnisse 151

3.2 Sprachgebrauch 153

3.3 Mediennutzung 154

3.4 Lebensform 155

3.5 Einstellungen zu interethnischer Eheschließung 156

4. Soziale Integration 158

4.1 Der engste Freundeskreis 159

4.2 Eheschließungen 159

5. Identifikatorische Integration 162

5.1 Zugehörigkeitsgefühle 162

5.2 Benachteiligung und rassistische Erfahrungen 165

6. Stand der Integration der zweiten Migrantengeneration 168

Teil IV Zusammenleben in drei Frankfurter Stadtteilen: Ergebnisse einer Stadtteilstudie 173

1. Integration in Stadtteilen 174

2. Zur Entwicklung der drei ausgewählten Stadtteile 177

2.1 Die Entwicklung der Stadtteile 178
2.1.1 Untersuchungsgebiet I: Das Gallusviertel 179
2.1.2 Untersuchungsgebiet II: Bornheim 181
2.1.3 Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg 182

2.2 Die Entwicklung ausgewählter Wohnsiedlungen in den drei Stadtteilen 188

2.3 Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur in den drei Stadtteilen 196

3. Ergebnisse der repräsentativen Befragung in den Stadtteilen ... 204

3.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Integration 205

3.2 Die Wahrnehmung des eigenen Stadtteils 208

3.3 Das soziale Klima im Stadtteil 211

3.4 Kommentare und Handlungsempfehlungen der schriftlich Befragten 213

4. Interviews mit Bewohnern und Akteuren in den Stadtteilen 220

4.1 Der Stand der Integration aus der Sicht der Stadtbezirksvorsteher und ihre Handlungsempfehlungen 222
4.1.1 Gallusviertel 223
4.1.2 Bornheim 231
4.1.3 Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg . 233

4.2 Der Stand der Integration aus der Sicht von Stadtteilbewohnern und -akteuren und ihre Handlungsempfehlungen 243
(Verfasser: Can Malatacik)
4.2.1 Gallusviertel 243
4.2.2 Bornheim 250
4.2.3 Bonames 255

5. Entwicklung und Stand der Integration in drei Frankfurter Stadtteilen 264

Teil V Ergebnisse und Empfehlungen 270
(unter Mitarbeit von Gisela Will)

1. Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie 271

1.1 Auswertung der amtlichen Statistik 271

1.2 Ergebnisse der repräsentativen Befragung durch das efms 273

1.3 Ergebniss der Stadteilanalyse 274

2. Empfehlungen der Stadtbezirksvorsteher 277

2.1 Integrationsmaßnahmen unter Berücksichtigung vorhandener Initiativen im Stadtteil 277

2.2 Aufwertung des Stadteilimages sowie der Lebensqualität im Stadtteil . 278

2.3 Maßnahmen zur Verbesserung des alltäglichen Zusammenlebens 279

3. Empfehlungen des efms für die Erfassung von Integration 280

3.1 Verbesserung von statistischen Indikatoren zur Erfassung von Integration 280

3.2 Empfehlungen des efms zur Fortschreibung der Studie 282

Literatur 285

Verzeichnis der Tabellen

Teil II:

Tabelle II.1: Die Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt am Main 1960-1998 und Veränderungskomponenten der ausländischen Bevölkerung

Tabelle II.2: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998 (in absoluten Zahlen)

Tabelle II.3: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998 (in Prozent)

Tabelle II.4: Räumliche Bevölkerungsbewegung 1980 bis 1998

Tabelle II.5: Außenwanderungsraten 1980 bis 1998

Tabelle II.6: Umzüge innerhalb des Stadtgebiets 1980-1998

Tabelle II.7: Entwicklung der Einbürgerungsquote in Frankfurt am Main 1992-1998

Tabelle II.8: Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen nach ausgewählten Altersgruppen 1992-1998

Tabelle II.9: Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1990-1998

Tabelle II.10: Entwicklung der Einbürgerungsquote ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1990-1998 (in Prozent)

Tabelle II.11: Ausländische Schüler nach ausgewählten Nationalitäten in Prozent von 1978-1998

Tabelle II.12: Der Anteil ausländischer Schüler an verschiedenen Schulformen (September1998)

Tabelle II.13: Entwicklung der Schülerzahlen bei den Seiteneinsteigern 1989-1999

Tabelle II.14: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei deutschen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-1998

Tabelle II.15: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei ausländischen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-1998

Tabelle II.16: Vierzehn- und Fünfzehnjährige nach der besuchten Schulform 1985/86, 1995/96 und 1999/2000 (Geburtsjahr 1970/1971, 1980/1981 und 1984/1985)

Tabelle II.17: Schulentlassene am Ende der Schuljahre 1987/88 und 1997/98

Tabelle II.18: Kindergartenbesuch und Besuchsquote 1990 bis 1998

Tabelle II.19: Schüler an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges 1988/89 bis 1998/99

Tabelle II.20: Schüler an beruflichen Schulen 1992/93-1998/99

Tabelle II.21: Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen 1998/99

Tabelle II.22: Erwerbspersonenpotential nach Staatsangehörigkeit 1980, 1985, 1990 bis 1998

Tabelle II.23: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Frankfurt am Main 1978-1998

Tabelle II.24: Arbeitslose in der Stadt Frankfurt Ende Juni des jeweiligen Jahres - (ohne 1993!)

Tabelle II.25: Anteil einzelner Nationalitäten an ausländischen Arbeitslosen und Anteil einzelner Nationalitäten an den ausländischen Einwohner (1998)

Tabelle II.26: Arbeitslosendichte und Ausländeranteil 1999 bzw. 1998 nach Ortsteilen (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung mit Hauptwohnung im Alter 15 bis unter 65 Jahren)

Tabelle II. 27: Empfänger laufender Hilfe zu Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit 1985-1998

Tabelle II.28: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit 1985-1998

Tabelle II.29: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht 1995 und 1998

Tabelle II.30: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppe1998

Tabelle II.31: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit, Altersgruppe und Schulabschluss1998

Tabelle II.32: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit, Altersgruppe und höchstem Berufsabschluss1998

Tabelle II.33: Durchschnittliche Dauer des bisherigen Bezugs von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit (in Monaten) 1998

Teil III:

Tabelle III.1: Einwohnerzahl, Ausländeranteil und Sozialhilfedichte in den Untersuchungsgebieten

Tabelle III.2: Herkunftsgruppen nach Geburt in Deutschland oder Alter bei Einwanderung

Tabelle III.3: Bildungsniveau der Befragten (in Prozent)

Tabelle III.4: Bildungsniveau der befragten 18 bis 29-jährigen (in Prozent)

Tabelle III.5: Bildungsniveau der Befragten nach Geschlecht (in Prozent)

Tabelle III.6: Bildungsniveau nach Sozialisationsdauer in Deutschland (in Prozent)

Tabelle III.7: Höchster beruflicher Abschluss der 18 bis 29-jährigen Befragten (in Prozent)

Tabelle III.8: Höchster schulischer Abschluss der 18 bis 29-jährigen Befragten ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (in Prozent)

Tabelle III.9: Berufliche Position der 18 bis 29-jährigen Befragten (Mehrfachnennungen) (in Prozent)

Tabelle III.10: Absicht, in der nächsten Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen (in Prozent)

Tabelle III.11: Sprachkompetenz im Deutschen (in Prozent)

Tabelle III.12: Sprachkompetenz in der Sprache des Herkunftslandes (in Prozent)

Tabelle III.13: Antworten auf die Frage `Welche Sprache sprechen Sie mit folgenden Personen? (in Prozent)

Tabelle III.14: Bevorzugte Sprache beim Konsum unterschiedlicher Medien (in Prozent)

Tabelle III.15: Familienstand nach Altersgruppen (in Prozent)

Tabelle III.16: Elternschaft nach Geschlecht und Altersgruppe (in Prozent)

Tabelle III.17: Mehrfachantworten auf die Frage, ob man sich vorstellen könne, eine intereth nische Ehe einzugehen (in Prozent)

Tabelle III.18: Der engste Freundeskreis nach Bildungsniveau (in Prozent)

Tabelle III.19: Art der Eheschließung nach Geschlecht (in Prozent)

Tabelle III.20: Art der Eheschließung nach Bildungsniveau (in Prozent)

Tabelle III.21: Art der Eheschließung nach Sozialisationsdauer in Deutschland (in Prozent)

Tabelle III.22: Antwortverteilung auf die Frage `Wie sehr fühlen Sie sich als...?A (in Prozent)

Tabelle III.23: Zugehörigkeitsgefühle nach Sozialisationsdauer in Deutschland (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle III.24: Zugehörigkeitsgefühle nach Bildungsniveau (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle III.25: Persönliche Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen in Frankfurt (in Prozent)

Tabelle III.26: Institutionen und Situationen, in denen Benachteiligung erlebt wurde (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle III.27: Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen verschiedener Herkunftsgruppen (in Prozent)

Tabelle III.28: Bewertung der Nachbarschaft bzw. Einheirat verschiedener Personengruppen durch Deutsche seit Geburt (in Prozent)

Teil IV:

Tabelle IV.1: Entwicklung der Bevölkerung in den drei Untersuchungsgebieten

Tabelle IV.2: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den drei Untersuchungsgebieten

Tabelle IV.3: Einwohnerentwicklung in ausgewählten Siedlungen

Tabelle IV.4: Altersstruktur der Einwohner ausgewählter Siedlungen: Senioren und Seniorinnen

Tabelle IV.5: Altersstruktur der Einwohner ausgewählter Siedlungen: Kinder und Jugendliche

Tabelle IV. 6: Anteil der ausländischen Einwohner in ausgewählten Siedlungen

Tabelle IV.7: Wohndauer der volljährigen deutschen und ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten 1999

Tabelle IV.8: Ausländische Bevölkerung mit Hauptwohnsitz nach ausgewählten Staatsangehörigkeit in den Untersuchungsgebieten 1998

Tabelle IV.9: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit in den Untersuchungsgebieten 1998

Tabelle IV.10: Verteilung der Befragten auf die Stadtteile

Tabelle IV.11: Aufenthaltsdauer im Stadtteil (Mittelwert in Jahren)

Tabelle IV.12: Wohnform der Befragten (in Prozent)

Tabelle IV.13: Nachbarschaft im Haus von Befragten, die in einem Mehrfamilienhaus leben (in Prozent)

Tabelle IV.14: Lob am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle IV.15: Kritik am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle IV.16: Lob am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle IV.17: Kritik am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

Tabelle IV.18: Einschätzung der Bevölkerungsstruktur des eigenen Stadtteils (in Prozent)

Tabelle IV.19: Einschätzung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im eigenen Stadtteil

Tabelle IV.20: Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im eigenen Stadtteil

Verzeichnis der Grafiken

Teil II:

Grafik II.1: Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt am Main 1960-1998

Grafik II.2: Die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt und Stuttgart im Vergleich 1960-1998

Grafik II.3: Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung von Frankfurt und Stuttgart im Vergleich 1960-1998

Grafik II.4: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998

Grafik II.5: Bevölkerungspyramide in Frankfurt am Main am 31.12.1998

Grafik II.6: Die Altersstruktur der Bevölkerung im nationalen Vergleich

Grafik II.7: Entwicklung des Billeter J-Alterungsmaßes 1973-1998

Grafik II.8: Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffer in Frankfurt am Main 1980-1998

Grafik II.9: Lebendgeborene 1988 und 1998 nach Alter der Mutter und Staatsangehörigkeit

Grafik II.10: Eheschließungen in Frankfurt 1980-1998

Grafik II.11: Wanderungsvolumen von Deutschen und Ausländern in Frankfurt am Main 1975- 1998

Grafik II.12: Wanderungsrate bei Deutschen und Ausländern 1975-1998

Grafik II.13: Außenwanderungsbilanz von Deutschen und Ausländern in Frankfurt am Main 1980-1998

Grafik II.14: Außenwanderungsraten Deutsche und Ausländer im Vergleich 1980-1998

Grafik II.15: Binnenwanderungsrate von Deutschen und Ausländern 1980-1998

Grafik II.16: Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1990-1998

Grafik II.17: Ausländische Schüler nach ausgewählten Nationalitäten in Prozent von 1978-1998

Grafik II.18: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei deutschen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-98

Grafik II.19: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei ausländischen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-98

Grafik II.20: Schüler an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges 1988/89 bis 1998/99

Grafik II.21: Erwerbspersonenpotential nach Staatsangehörigkeit 1980, 1985, 1990 bis 1999

Grafik II.22: Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1978-1998 zum Basisjahr 1978

Grafik II.23: Wirtschaftsbereiche mit positiver Arbeitsplatzbilanz 1980-1995

Grafik II.24: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 1980, 1985, 1990 bis 1998

Grafik II.25: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen nach Staatsangehörigkeit 1998

Grafik II.26: Anteil einzelner Nationalitäten an ausländischen Arbeitslosen 1999

Grafik II.27: Qualifikationsstruktur von deutschen Arbeitslosen 1999

Grafik II.28: Qualifikationsstruktur von ausländischen Arbeitslosen 1999

Grafik II. 29: Entwicklung der Qualifikationsstruktur ausländischer und deutschen Arbeitslosen 1993 bis 1999

Grafik II.30: Anteil Arbeitsloser die länger als 1 Jahr arbeitslos sind nach Staatsangehörigkeit 1993 - 1999

Grafik II.31: Anteil jugendlicher Arbeitsloser nach Staatsangehörigkeit 1993-1999

Grafik II.32: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit 1985-1998

Teil III:

Grafik III.1: Alterverteilung der Befragten (in Prozent)

Grafik III.2: Einwanderungsgruppe der Eltern der Befragten (in Prozent)

Grafik III.3: Höchster Schulabschluss der Befragten (in Prozent)

Grafik III.4: Höchster beruflicher Abschluss der Befragten (in Prozent)

Teil IV:

Grafik IV.1: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten und in der Gesamtstadt 1979-1998

Grafik IV. 2: Entwicklung des weiblichen Bevölkerungsanteils in den Untersuchungsgebieten und in der Gesamtstadt 1979-1998

Grafik IV.3: Bevölkerungsbewegungen in den Untersuchungsgebieten 1998

Grafik IV.4: Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten: Abweichung vom Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung in Frankfurt 1998

Grafik IV.5: Altersverteilung der deutschen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten: Abweichung vom Durchschnitt der deutschen Bevölkerung in Frankfurt 1998

Verzeichnis der Karten

Teil II:

Karte II.1: Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung nach Ortsteilen

Karte II.2: Veränderung des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung nach Ortsteilen 1987-1998

Karte II.3: Arbeitslosendichte der ausländischen Bevölkerung nach Ortsteilen

Karte II.4: Arbeitslosendichte der deutschen Bevölkerung nach Ortsteilen

Karte II.5: Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung 1998

Karte II.6: Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung 1998

Teil I: Einführung und Grundlagen

Frankfurt am Main, die mit über 650.000 Einwohnern fünftgrößte Stadt Deutschlands, hat eine Bevölkerung, die stark durch Zuwanderung gekennzeichnet ist. 186.000 Einwohner sind ausländischer Nationalität, das entspricht einem Anteil von 28,6 Prozent. Zahlreiche Ausländer leben schon lange in Frankfurt, bisweilen in der zweiten oder dritten Generation. Außerdem haben sich viele lang ansässige oder bereits hier geborene Zuwanderer einbürgern lassen und sind dadurch Deutsche geworden. Nimmt man zu den Ausländern und Eingebürgerten noch die Spätaussiedler hinzu, so kann man sagen, dass in Frankfurt bei jedem dritten Einwohner Zuwanderung und Integration zur eigenen oder familiären Lebenserfahrung gehören.

Integration stellt sich als ein über mehrere Generationen ablaufender komplexer Prozess dar, in dem sich neben den Zuwanderern auch die Struktur und Kultur der aufnehmenden Gesellschaft verändern. Das Ziel der Integration sind „gesellschaftliche Verhältnisse, die auf einer gemeinsamen Basis von politischen, rechtlichen und sozialen Wertvorstellungen (z.B. Menschenrechte, Grundgesetz) bei Akzeptanz von Vielfalt ein relativ konfliktfreies Zusammenleben der verschiedenen Zuwanderergruppen untereinander und mit Deutschen ermöglichen."[1]

Diese Studie untersucht die Entwicklung und den Stand der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main. Sie wurde vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt am Main in Auftrag gegeben und vom europäischen forum für migrationsstudien (efms), Institut an der Universität Bamberg von April 2000 bis Mai 2001 durchgeführt. Projektleiter war Prof. Dr. Friedrich Heckmann. Die wissenschaftliche Bearbeitung erfolgte durch Gaby Straßburger.

1. Die Aufgabenstellung der Studie

Der Auftrag lautete, eine systematische, breit angelegte Bestandsaufnahme über die soziale Lage der Zuwanderer und die bisherige Entwicklung ihrer Integration anzufertigen. Die Bestandsaufnahme sollte eine Grundlage für die Bemessung des aktuellen Standes der Integration darstellen und in regelmäßigen Zeitabständen fortgeschrieben werden können. Die Untersuchung sollte sich prinzipiell auf das ganze Stadtgebiet beziehen, wobei drei Stadtteile schwerpunktmäßig betrachtet werden sollten.

Die Studie sollte folgende Ziele erreichen:

1. Beschreibung von Integrationsprozessen und frühzeitige Erkennung von Desintegrationserscheinungen;
2. fortschreibbare Evaluierung der Integration;
3. Bereitstellung von rationalen Wissensgrundlagen für politische Entscheidungen und Einschätzungen zukünftiger Entwicklungen.

[1] Amt für Multikulturelle Angelegenheiten: Zitat aus dem Ausschreibungstext.

Integration wird hierbei verstanden als kulturelle und soziale Annäherung von Zuwanderern und einheimischen Deutschen und als Angleichung ihrer Lebenslagen. Die Integration von Zuwanderern wird dann als erfolgreich erachtet, wenn sie und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und ihnen der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen gleichberechtigt möglich ist.

Generell kann man davon ausgehen, dass sich die Integration von Zuwanderern in erster Linie auf der kommunalen Ebene vollzieht. Deshalb sind gerade in Frankfurt, der Großstadt mit dem höchsten Zuwandereranteil Deutschlands, Politiker und Stadtplaner gefordert, eine zukunftsweisende und nachhaltige kommunale Integrationspolitik zu verfolgen. Im Idealfall wird diese eng mit Bildungs-, Kultur-, Sozial-, Gesundheits-, Beschäftigungs-, und Wohnungspolitik verzahnt und von einer Querschnittsbehörde koordiniert.

Um Integration auf kommunaler Ebene gezielt zu fördern und drohender Desintegration frühzeitig entgegenzuwirken, benötigt die Kommune Informationen, mit deren Hilfe sie erkennen kann, in welchen Teilgebieten eine Angleichung und eine kulturelle und soziale Annäherung zwischen Einheimischen und Migranten erfolgt und in welchen Gebieten sie ausbleibt oder sich negative Entwicklungen zeigen. Wenn solche Integrationsanalysen jährlich fortgeschrieben werden, lassen sich Trendwechsel positiver oder negativer Entwicklung frühzeitig erkennen und man kann verhindern, dass städtische Teilgebiete in eine kumulative Problemspirale gelangen.[2]

Die Aufgabenstellung für das europäische forum für migrationsstudien bestand deshalb darin, ein Instrumentarium zu entwickeln, das geeignet ist, den Integrationsprozess zu evaluieren, um somit eine wissenschaftlich fundierte Datenbasis für Entscheidungen über kommunale Integrationsmaßnahmen zu erhalten.

Im folgenden gehen wir zunächst auf den Integrationsbegriff ein und beschreiben daraufhin Gegenstand und methodisches Vorgehen der Untersuchung.

2. Dimensionen der Integration

Die Studie hat das Ziel, die Integration von in Frankfurt lebenden ausländischen und eingebürgerten Zuwanderern zu untersuchen und mit der Lebenssituation einheimischer Deutscher zu vergleichen. Dabei war darauf zu achten, die wichtigsten Dimensionen zu erfassen, in denen sich die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern vollzieht.

Wir unterscheiden vier Hauptdimensionen des Integrationsprozesses, die strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische. Dabei gehen wir davon aus, dass sich Integration entlang dieser Dimensionen zwar gegenseitig bedingt, aber in aller Regel ungleichzeitig vollzieht. Generell ist Integration ein Prozess, bei dem die Integrationsbemühungen der Zuwanderer mit der Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft interagieren.

---

[2] Vgl. Häußermann/ Kapphan (1998).

Strukturelle Integration: Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft

Integration beinhaltet zunächst zentral den Erwerb eines Mitgliedsstatus in den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt und politische Gemeinschaft. Strukturelle Integration ist der Erwerb von Rechten und der gleichberechtigte Zugang zu Positionen in den Kerninstitutionen der aufnehmenden Gesellschaft. Die Aufgabe der Kommune besteht darin, die Offenheit der gesellschaftlichen Kerninstitutionen auch für die Zuwanderer sicherzustellen.

Zentrale Instanz der strukturellen Integration ist das wirtschaftliche Leben. Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Selbständigkeit als Unternehmer ist von entscheidender Bedeutung; nicht nur für die strukturelle Integration, sondern darüber hinaus für den gesamten Integrationsprozess. Wirtschaftliche Tätigkeit verschafft Einkommen, aber auch soziale Beziehungen, Sozialprestige und Selbstwertgefühl. Wichtige Bereiche struktureller Integration sind ferner das Bildungs- und Qualifikationssystem, sowie der gleichberechtigte Zugang zum Wohnungsmarkt und zum öffentlich geförderten Wohnungsversorgungssystem. Die Kommune kann hierbei zum einen durch Kontrolle von ethnischen Vorurteilen und Rassismus bei Verwaltung, Justiz und Polizei verhindern, dass problematische Einstellungen zu einem diskriminierenden Verhalten gegenüber Zuwanderern führen; zum anderen kann sie über den Einfluss auf das Bildungssystem und durch Kampagnen Aufklärung betreiben.

Als weitere grundlegende Bedingung für strukturelle Integration muss der Zugang zur Staatsangehörigkeit genannt werden. Denn erst durch die Einbürgerung werden Zuwanderer vollständig in die politische Gemeinschaft integriert. Ein offenes und transparentes Einbürgerungsverfahren stellt daher ein wesentliches Instrument der Integration dar.

Kulturelle Integration: Spracherwerb und Entwicklung neuer kultureller Muster

In einigen Lebensbereichen setzt der Erwerb eines Mitgliedsstatus auch einen Lern- und Sozialisationsprozess seitens der Zuwanderer voraus, um eine Mitglieds- und Partizipationsrolle überhaupt ausfüllen zu können. Integration beinhaltet deshalb auch Prozesse kognitiver, kultureller, verhaltens- und einstellungsbezogener Veränderungen; die so genannte kulturelle Integration. Zentral hierbei ist das Erlernen der deutschen Sprache, um eine gemeinsame Verständigung zu ermöglichen. Kulturelle Integration bezieht sich hauptsächlich auf die Migrantenbevölkerung, beinhaltet aber auch notwendige kulturelle Anpassungen und Veränderungen seitens der aufnehmenden Gesellschaft. Aus Sicht der Kommune kann kulturelle Integration als Einladung zum Austausch und als Werbung für die Übernahme und Herausbildung neuer kultureller Muster praktiziert werden.

Soziale Integration: Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft

Der Erwerb von Mitgliedschaft in der privaten Sphäre einer neuen Gesellschaft zeigt sich im Bereich sozialer Verkehrskreise, einschließlich Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen, Gruppen- und Vereinsmitgliedschaften. Seitens der Aufnahmegesellschaft ist der Erfolg von sozialer Integration im privaten Bereich der sozialen Beziehungen, Verkehrskreise, Freundschaften und Mitgliedschaften in Vereinen und Organisationen gebunden an die Offenheit und Bereitschaft, solche Mitgliedschaften zu akzeptieren und Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen. Dabei liegt es im Verantwortungsbereich der Kommune, öffentliche und halböffentliche Räume so zu gestalten, dass sie zur Begegnung von Deutschen und Zuwanderern einladen und somit die Voraussetzungen für private Kontakte schaffen.

Identifikatorische Integration: Zugehörigkeitsgefühle zur Aufnahmegesellschaft

Identifikatorische Integration beinhaltet Zugehörigkeits- und Identifizierungsgefühle mit ethnisch-nationalen, regionalen und/oder lokalen Strukturen. Die empirische Forschung zeigt, dass sich in Deutschland nur wenige Zuwanderer mit Deutschland identifizieren, relativ viele hingegen mit der Stadt, in der sie leben. Generell scheint sich identifikatorische Integration langsamer zu entwickeln als die Integration bezüglich der anderen drei Dimensionen. Sie erfordert zudem von Seiten der Aufnahmegesellschaft ein deutliches Identifizierungsangebot. Denn identifikatorische Integration als Entwicklung von Gefühlen der Zugehörigkeit lässt sich nicht erzwingen. Vielmehr muss man die Menschen durch Angebote dafür gewinnen, sich für neue Mitgliedschaftsgefühle zu öffnen.

Die Integration einer Migrantenbevölkerung ist diesem Verständnis zufolge dann erfolgreich, wenn Migranten und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Als integriert gilt eine Zuwanderergruppe, wenn sie sich im Zeitablauf hinsichtlich der vier Integrationsdimensionen im Generationenverlauf an die ortsansässige Vergleichsbevölkerung annähert. Dabei ist zu erwarten, dass sich in den einzelnen Dimensionen Ungleichzeitigkeiten hinsichtlich des erreichten Integrationsgrades zeigen.

3. Der Gegenstand der Untersuchung

Der Auftrag, die Entwicklung der Integration von Zuwanderern und Deutschen zu evaluieren, bezog sich auf die dauerhaft und rechtmäßig in Frankfurt am Main lebende Wohnbevölkerung und damit auf folgende Personengruppen:

1. Ausländische Staatsangehörige;
2. Spätaussiedler und deren zugewanderte Familienmitglieder mit deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit;
3. Personen ausländischer Herkunft, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben haben;
4. Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen.

Der Kernbereich der Untersuchung erstreckt sich also nicht auf Personen, die nur vorübergehend in Frankfurt leben oder deren künftiger Aufenthalt noch ungewiss ist. Im Mittelpunkt stehen Personen, die dauerhaft in Frankfurt integriert werden wollen und sollen. Die hier nur vorübergehend tätigen Geschäftsleute und Bankiers, deren Kinder meist internationale Schulen besuchen, gehören ebenso wenig dazu wie Saisonarbeitnehmer, Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge. Auch sich vorübergehend zum Studium in Frankfurt aufhaltende Ausländer zählen nicht zum Kernbereich dieser Untersuchung, die sich auf langfristige Integrationsprozesse konzentriert.

Zudem beschränkt sich die Analyse auf die in Frankfurt gemeldete Wohnbevölkerung. Dazu gehört nicht, wer zwar in Frankfurt lebt, aber nicht dort gemeldet und damit auch nicht statistisch erfasst ist. Es zählen auch diejenigen nicht dazu, die in Frankfurt arbeiten, aber nicht dort wohnen. Sie gehören zwar zur Frankfurter Arbeitsbevölkerung, aber nicht zur Wohnbevölkerung. Da Frankfurt eng in die Rhein-Main-Region eingebunden ist, sind die Pendlerströme relativ groß und Arbeits- und Wohnbevölkerung fallen in Frankfurt stärker auseinander als in anderen Großstädten. Bezüglich der Untersuchung der Integrationsprozesse von Zuwanderern in Frankfurt hat dies den Nachteil, dass Arbeitsmarktdaten zur Frankfurter Arbeitsbevölkerung kaum mit Integrationsprozessen der in Frankfurt lebenden Wohnbevölkerung in Beziehung gesetzt werden können. Lediglich die Angaben zur Arbeitslosigkeit lassen sich auf die Wohnbevölkerung beziehen. Aus diesem Grund muss die Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt in erster Linie mittels gesonderter empirischer Erhebungen untersucht werden.

Eine Besonderheit dieser Studie besteht darin, dass sie nicht nach Staatsangehörigkeit unterscheidet, sondern danach, ob eine Zuwanderung (Migration) stattgefunden hat, sei es in der eigenen Biographie oder in der Biographie der Eltern. Zuwanderer sind demnach Personen, die entweder selbst ihren Lebensmittelpunkt über die Grenzen eines Nationalstaats verlagert haben oder deren Eltern eine solche Verlagerung vorgenommen haben. Ob sie die deutsche oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, ist dabei irrelevant.

Mit der Entscheidung der Auftraggeber, in dieser Studie die Integration von „Zuwanderern" und nicht etwa die von „ausländischen Staatsangehörigen" untersuchen zu lassen, wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass aufgrund zunehmender Einbürgerung der Begriff „Ausländer" für zugewanderte Personen und deren Nachkommen zusehends analytische Aussagekraft einbüßt. Hinzu kommt, dass er für viele Zuwanderergruppen, die längst gesellschaftlich integriert und zum Teil auch hier geboren sind, ausgrenzend wirkt und einer Identifikation mit der aufnehmenden Gesellschaft im Weg steht.

Wenn man von Zuwanderern spricht, ist natürlich zu bedenken, dass es *die* Zuwanderer nicht gibt, ebenso wenig wie *die* Deutschen. Deshalb sind Differenzierungen nötig und wir nehmen sie, wo immer möglich, vor. Dabei haben wir uns in Absprache mit dem Auftraggeber dafür entschieden, nicht nach *nationalen*, sondern nach *sozialen* Merkmalen wie Geschlecht, Bildungsniveau, Migrantengeneration, Sozialisationsdauer in Deutschland, Wohnumfeld etc. zu unterscheiden. Denn diese beeinflussen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge den Integrationsprozess weit stärker als die Zugehörigkeit zu einer nationalen Herkunftsgruppe.

Wir differenzieren also wenn möglich nicht nach Marokkanern, Türken, Griechen, Italienern usw., sondern nach Zuwanderern erster und zweiter Generation; nach Personen, die ihre gesamte schulische Sozialisation in Deutschland durchlaufen haben und Personen, die erst als Jugendliche zugewandert sind; nach Frauen und Männern sowie nach Personen mit hohem, mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau. Leider ist es nicht immer möglich, nach sozialen Kriterien zu differenzieren, da insbesondere die amtliche Statistik im Regelfall nur nach Staatsangehörigkeit unterscheidet. Bei den von unserer Seite durchgeführten empirischen Erhebungen konnten wir dagegen soziale Unterscheidungsmerkmale einführen.

Die Differenzierung nach sozialen, anstelle von nationalen Kriterien hat auch großen Einfluss darauf, wie die Integration von Zuwanderern und Deutschen bewertet wird. Denn die Unterscheidung verschiedener Zuwanderergruppen nach sozialen Merkmalen wie Geschlecht, Bildungsniveau, Wohnumfeld stellt nicht die *Differenz* zur einheimischen deutschen Bevölkerung in den Vordergrund - die auf der nationalen Herkunft beruht - sondern die *Gemeinsamkeit*, die einzelne Zuwanderergruppen mit bestimmten deutschen Bevölkerungsgruppen haben. Unter dieser Perspektive geht es dann weniger um kulturelle Unterschiede, als vielmehr um soziale Lebenslagen. Eine solche auf Gemeinsamkeit gerichtete Analyse bietet auch zahlreiche Ansatzpunkte für eine kommunale Integrationspolitik, die Zuwanderer und Deutsche gleichermaßen im Blickfeld hat.

4. Methodisches Vorgehen

Um sicherzugehen, dass die wichtigsten integrationsrelevanten Aspekte in die Analyse eingehen, wurde ein Set von Methoden entwickelt, das quantitative und qualitative Herangehensweisen kombiniert und Längsschnittbetrachtungen mit vertiefenden Momentanalysen verknüpft.

Um langfristige Entwicklungen erkennen zu können, wurden Daten der kommunalen Statistik über einen Zeitraum von zehn bis dreißig Jahren analysiert. Somit lassen sich Integrationsprozesse in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, Soziale Sicherung, Bevölkerungsentwicklung, Zu- und Abwanderung sowie Einbürgerung nachvollziehen. Hinsichtlich der aktuellen Situation wurden in drei Stadtteilen vertiefende Erhebungen durchgeführt. Die stadtteilspezifische Analyse sollte es ermöglichen, den Prozess der Integration in einem konkreten lokalen Kontext zu evaluieren und mittels vergleichender Analysen zu untersuchen, wie sich lokale Kontextbedingungen auf die Integration auswirken.

Die Auswahl der Stadtteile folgte sozialräumlichen Kriterien. In Absprache mit dem Auftraggeber entschieden wir uns für folgende Untersuchungsgebiete: a) ein Arbeiterviertel mit langer Zuwanderungserfahrung und sehr hohem Zuwandereranteil (Gallusviertel), b) ein eher mittelschichtgeprägtes Wohngebiet, das in den letzten Jahren starke Zuwanderung erfahren hat und in dem ein hoher Anteil von Sozialhilfeempfängern lebt (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) und c) ein innenstadtnaher Stadtteil, der in statistischer Hinsicht den Frankfurter Durchschnitt repräsentiert (Bornheim).

Insgesamt setzt sich das kombinierte Verfahren, das in dieser Studie zur Evaluation der Integrationsprozesse angewandt wurde, aus folgenden Erhebungsmethoden zusammen:

1. Sekundäranalysen der amtlichen Statistik,
2. Expertengespräche mit Behördenvertretern, politisch Verantwortlichen und Stadtteilexperten
3. Befragung der zweiten Zuwanderergeneration in drei Stadtteilen
4. Interviews mit Akteuren und Bewohnern der drei Stadtteile

Sekundäranalysen der amtlichen Statistik

Die zur Verfügung stehenden amtlichen Daten für ganz Frankfurt sowie insbesondere für die drei ausgewählten Stadtviertel wurden möglichst kleinteilig aufbereitet und analysiert. Es handelt sich dabei um Sekundärdaten aus folgenden Bereichen:

- Statistiken der Meldebehörde zur Bevölkerungsstruktur,
- Einbürgerungsstatistiken,
- Eheschließungsstatistiken,
- Schul- und Bildungsstatistiken,
- Sozialhilfestatistiken,
- Erwerbstätigkeits- und Arbeitslosenstatistiken.

Aus den Daten der genannten Bereiche wurde eine Reihe von fortschreibbaren Integrationsindikatoren entwickelt. Vergleicht man diese auf der Basis der amtlichen Statistik errechneten Indikatoren mit den oben dargestellten vier Hauptdimensionen der Integration, so zeigt sich, dass die amtlichen Daten vor allem geeignet sind, den Bereich der *strukturellen* Integration in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Bildung, Soziales und Rechtsstatus zu beleuchten. Daneben liefern sie auch Ansatzpunkte, um *soziale* Integration im Bereich des interethnischen Heiratsverhaltens zu verfolgen. Über andere relevante Integrationsdimensionen, insbesondere über *kulturelle* und *identifikatorische* Aspekte, sowie über Sozialkontakte zwischen Zuwanderern und Deutschen, vermögen sie jedoch keine Auskunft zu geben. Hierzu mussten gesonderte empirische Erhebungen durchgeführt werden, wobei drei weitere einander ergänzende Erhebungsmethoden zum Einsatz kamen.

Expertengespräche

Zur Sondierung des Untersuchungsfeldes, aber auch hinsichtlich qualifizierter Einschätzungen der Integration von Zuwanderern wurden ausgewählte Experten schwerpunktmäßig in den ausgewählten Stadtteilen ausführlich befragt. Diese Gespräche sollten weitere „weiche“ Integrationsindikatoren liefern und zudem der Informationsgewinnung über die spezifische Situation in den verschiedenen Stadtteilen dienen. In der Anfangsphase des Projektes wurden vor allem Experten der obersten Ebene des Politik- und Verwaltungsbereiches kontaktiert, die u.a. bei der

Beschaffung von Datenmaterial behilflich waren. Diese Experten der obersten Ebene wurden auch in den Zielfindungsprozess des Projektes und in die Auswahl der zu untersuchenden Stadtteile einbezogen.

Bezüglich spezieller Problemlagen, die sich aus den vorangegangenen Untersuchungsschritten herauskristallisiert hatten, wurden dann in einer späteren Erhebungsphase gezielt Stadtteilexperten befragt. In Absprache mit dem Auftraggeber der Studie wurden Stadtbezirksvorsteher interviewt. Es handelt sich dabei um Ehrenbeamte, die als Bindeglied zwischen Verwaltung und Bürgern fungieren. Die Interviews mit den Stadtbezirksvorstehern geben einen Einblick in die Dynamik des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil und eignen sich dazu, die Ergebnisse der repräsentativen Befragung und der sozialstrukturellen Analysen mit komplexen Hintergrundinformationen anzureichern.

Befragung der zweiten Zuwanderergeneration in drei Stadtteilen

Die bislang beschriebenen Analysen wurden durch eine quantitative schriftliche Befragung mit großem Stichprobenumfang ergänzt. Insgesamt haben sich 1.300 Personen an der Befragung beteiligt. Da Integration ein Prozess ist, der sich über mehrere Generationen erstreckt und Integrationserfolge sich an der zweiten und dritten Generation besser ablesen lassen als an der ersten Generation, wurde gezielt diese Gruppe untersucht. Die Befragung richtete sich an 18 bis 40jährige Stadtteilbewohner (Zuwanderer und Deutsche), die entweder in Deutschland geboren sind oder mindestens seit Beginn ihres 12. Lebensjahres in Frankfurt leben.

Der Integrationserfolg der Zuwanderer bemisst sich dabei aus der Differenz zu der Kontrollgruppe von Deutschen. Von einer erfolgreichen Integration sprechen wird also dann, wenn es zwischen den beiden Gruppen keine relevanten Unterschiede bezüglich Bildung, Ausbildung, Beruf, Sprachkenntnis, Werten, sozialen Kontakten und subjektiven Zugehörigkeitsgefühlen mehr gibt. Im Gegensatz zur Sekundäranalyse der amtlichen Statistik, die im Längsschnittvergleich angelegt ist, zielt die Befragung auf einen Querschnittvergleich von Einheimischen und Zuwanderern der zweiten Generation ab.

Aus Kosten- und Zeitgründen wurde vereinbart, die Befragung postalisch durchzuführen und auch bei der Auswertung und Codierung der Daten auf automatisierte Verfahren zurückzugreifen.

Interviews mit Akteuren und Bewohnern der drei Stadtteile

Ergänzend wurden offene, leitfadengestützte Interviews mit Akteuren und Bewohnern der drei ausgewählten Stadtteile durchgeführt. Die Interviews sollten einen Eindruck davon vermitteln, wie sich das Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil aus der Perspektive der Betroffenen gestaltet. Sie sollten darüber hinaus dazu dienen, die mit Hilfe anderer Erhebungsmethoden gewonnen Erkenntnisse zu illustrieren und Verbesserungsvorschläge von Betroffenen an den Magistrat weiterzuleiten. Das berufliche und soziale Spektrum der Befragten sollte bewusst breit gefächert sein und sowohl Zuwanderer als auch Deutsche einschließen.

Die Studie ist in fünf Teile gegliedert. Nach der obigen Darstellung der Aufgabenstellung, Erläuterung der wichtigsten Integrationsdimensionen, des Untersuchungsgegenstandes und der methodischen Vorgehensweise (Teil I) folgt nun die Evaluation der Integrationsprozesse von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main im Spiegel der amtlichen Statistik (Teil II). Diese Längsschnittanalyse zeigt den Verlauf der Integration über mehrere Jahre und zum Teil Jahrzehnte. Daran schließt sich eine empirische Studie über die Integration von in Frankfurt aufgewachsenen Zuwanderern der zweiten Generation an, die mit einheimischen Deutschen derselben Altersgruppe verglichen werden (Teil III). Diese schriftliche Befragung wurde im Winter 2000 in drei Frankfurter Stadtteilen durchgeführt. In Teil IV werden dann die Ergebnisse der Stadtteilstudie präsentiert, in der qualitative und quantitative Daten zu einem Gesamtbild über Integrationsprozesse in unterschiedlichen räumlichen Kontexten zusammengefügt werden. Im Schlussteil (Teil V) werden die Ergebnisse zusammengefasst und Handlungsempfehlungen zur Erfassung von Integrationsprozessen gegeben.

Teil II: Entwicklung der Integration in Frankfurt am Main: eine sekundäranalytische Auswertung der amtlichen Statistik

In diesem Teil der Studie wird die Integration von Zuwanderern und Deutschen im Verlauf mehrerer Jahrzehnte im Längsschnitt untersucht. Grundlage der Analyse sind amtliche Statistiken, die von verschiedenen kommunalen und staatlichen Behörden hinsichtlich des Stadtgebietes von Frankfurt am Main erstellt werden. Entsprechend der Aufgabenstellung dieser Studie wurde hier ein fortschreibbares Instrumentarium von Integrationsindikatoren entwickelt, das es erlaubt, amtlich erhobene Daten so aufzubereiten, dass man die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Integration nachvollziehen kann. Die Analyse der amtlichen Daten ist vor allem dazu geeignet, den Bereich der *strukturellen* Integration in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Bildung, Soziales und Rechtsstatus zu beleuchten und *soziale* Integration im Bereich des interethnischen Heiratsverhaltens zu verfolgen.

Die Aussagekraft der statistischen Daten wird allerdings dadurch eingeschränkt, dass sie es nicht erlauben, Zuwanderergruppen nach sozialen Merkmalen wie etwa Migrantengeneration oder Sozialisationsdauer in Deutschland zu unterscheiden. Ja, es ist nicht einmal möglich, die Gruppe der Zuwanderer zu identifizieren, die sich nicht nur aus Ausländern, sondern auch aus Eingebürgerten und Spätaussiedlern zusammensetzt. Amtliche Statistiken unterscheiden nicht nach Zuwanderern auf der einen, und einheimischen Deutschen auf der anderen Seite, wie es in dieser Studie intendiert ist. Sie orientieren sich ausschließlich am Merkmal der Nationalität und unterscheiden zwischen deutschen und ausländischen Staatsangehörigen. Man kann sagen: Statistiken sind einerseits blind für verschiedene Ausprägungen von Zuwanderung und Merkmale von Zuwanderern und andererseits fixiert auf Staatsangehörigkeit. Das hat beispielsweise zur Folge, dass über die Zuwanderung und über die Zahl der in Frankfurt lebenden Spätaussiedler, die ja im Regelfall die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, keine Daten vorliegen.

Die sekundäranalytische Auswertung amtlicher Statistiken ist also notwendigerweise auf einen Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Staatsangehörigen beschränkt. Es bleibt damit der Interpretation der Daten überlassen, darauf hinzuweisen, dass sich die Gruppe der Ausländer in vielen Punkten von der Gruppe der Zuwanderer unterscheidet (Eingebürgerte und Spätaussiedler fehlen) und dass sie sich obendrein aus Personen zusammensetzt, die unterschiedlich lange in Deutschland leben (in Deutschland Geborene und soeben neu Zugewanderte können nicht unterschieden werden). Beide Faktoren sind zu berücksichtigen, um die amtlichen Daten hinsichtlich des Integrationsprozesses richtig zu interpretieren und den aktuellen Integrationsbedarf adäquat einzuschätzen.

Wegen der geschilderten Probleme kommt auch den methodischen Erläuterungen und dem Hinweis auf statistische Mängel ein hoher Stellenwert zu. Methodische Anmerkungen bilden jeweils den ersten Teil der folgenden Auswertungen zu Bevölkerung, Einbürgerungen, Bildung, Arbeit und Sozialhilfe.

1. Bevölkerung

(unter Mitarbeit von Matthias Neske und Judith Polterauer)

Die folgenden Ausführungen behandeln die Bevölkerungsentwicklung, den Aufbau der Altersstruktur, die Geschlechtsstruktur, die Geburtenrate, die Entwicklung der bi-nationalen Ehen, internationale Wanderungen und Umzüge innerhalb Deutschlands oder Frankfurts. Dabei werden auch methodische Probleme und Gefahren einer Fehlinterpretation allzu eindeutig wirkender Statistiken angesprochen.

Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung und –struktur ist aus mehreren Gründen zentral für die Evaluation der Integration von Zuwanderern und Deutschen. So muss man wissen, wie sich die Zusammensetzung der zugewanderten Bevölkerung im Lauf der Zeit geändert hat, um Statistiken über die Integration in den Bereichen Bildung, Arbeit und Soziale Sicherung angemessen interpretieren zu können. Die Analyse der Bevölkerungsentwicklung bildet insofern die Grundlage für die Analyse von Integrationsprozessen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Daneben gibt eine Analyse der Bevölkerungsentwicklung Aufschluss darüber, welche Zuwanderergruppen bereits eine längere Tradition der Sesshaftigkeit in Frankfurt besitzen und entsprechend länger die Möglichkeit hatten, sich ein Netzwerk an Kontakten aufzubauen, und welche Zuwanderergruppen dazu erst einen relativ geringen Zeitraum zur Verfügung hatten. Denn die Chancen, sich in struktureller, kultureller und sozialer Hinsicht in der Aufnahmegesellschaft zu integrieren, hängen stark davon ab, wie lange man bereits in Deutschland lebt.

Darüber hinaus lässt die vergleichende Analyse erkennen, ob eine demographische Annäherung der Zuwanderer an einheimische Verhältnisse stattfindet. Man erhält Aufschluss darüber, inwiefern Zuwanderer räumlich-strukturell integriert sind, ob sich Verhaltensweisen im Bereich der familiären Lebensform von Zuwanderern und Deutschen annähern (kulturelle Integration) und inwieweit die soziale Integration von Zuwanderern in die privaten Verkehrskreise der deutschen Bevölkerung so weit fortgeschritten ist, dass Ehen zwischen Zuwanderern und Deutschen geschlossen werden.

1.1 Bevölkerungsentwicklung

Mit der Entwicklung zur Handels- und Messestadt im 13. und 14. Jahrhundert hat Frankfurt begonnen, Anreize für Zuzügler zu bieten.[3] Entsprechend „international" orientiert gab sich die Stadt daher schon in der frühen Neuzeit. Der Aufbau eines weltweit operierenden Bankenwesens wurde durch die Bemühungen der großen jüdischen Gemeinde erst möglich. Durch die wirtschaftliche und – zumindest zeitweise – auch politische Bedeutung Frankfurts wurden immer wieder Neubürger in der Stadt sesshaft und schließlich auch heimisch. Es ist sicherlich nicht verfehlt, zu behaupten, dass Frankfurt bereits über viele Jahre hinweg eines der wichtigsten deutschen Innovationszentren für internationale Wanderungsbewegungen darstellt.

[3] Vgl. Karpf (1993).

Mit der stürmischen Entwicklung des Frankfurter Flughafens zum wichtigsten Knotenpunkt Mitteleuropas sind für internationale Kontakte die besten Voraussetzungen geschaffen worden. Mit anderen Worten: Wer mit dem Flugzeug nach Deutschland reist, wird am wahrscheinlichsten zuerst in Frankfurt landen. Dadurch bedingt spürt man in Frankfurt weltweite politische Entwicklungen deutlich stärker als in anderen Großstädten Deutschlands. Vor allem Flüchtlinge, aber auch Zuwanderer aus weiter entfernt gelegenen Ländern lassen sich eben zunächst dort nieder, wo sie ankommen und wo bereits ein funktionierendes Netzwerk besteht. Insofern ist es aufgrund der historischen und infrastrukturellen Entwicklung nur folgerichtig, wenn Frankfurt heute den höchsten Ausländeranteil aller deutschen Großstädte aufweist.

Aber schon zum Stichtag der Volkszählung 1961 waren nur 38 Prozent der Einwohner in der Stadt geborene „echte Frankfurter". Die Stadt konnte also schon damals als ein gewisser „Schmelztiegel" bezeichnet werden, in dem sich im Laufe der Zeit Integrationsprozesse erfolgreich vollzogen.

1.1.1 Methodische Anmerkungen

In diesem Kapitel soll die Entwicklung und die Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung Frankfurts im Vergleich zur deutschen untersucht werden. Der Begriff „Wohnbevölkerung" bringt dabei schon die Problematik zum Ausdruck, die in methodischer Hinsicht der Auswertung verfügbarer Statistiken innewohnt.

Alle folgenden Statistiken wurden nach offiziellen Angaben der Stadt Frankfurt erstellt, die sie wiederum nach den Voraussetzungen des Meldegesetzes erhebt. Nach diesem ist die Veränderung des Wohnsitzes als räumlichem Lebensmittelpunkt beim zuständigen Meldeamt anzuzeigen. Lässt sich eine Person in Frankfurt nieder ohne sich ordnungsgemäß anzumelden, erscheint sie in keiner der folgenden Statistiken. Dabei kann es sich um Personen handeln, die sich illegal in Deutschland aufhalten und deshalb ihren Wohnsitz nicht ordnungsgemäß anmelden. In aller Regel dürfte es aber um weit weniger dramatische Fälle gehen wie beispielsweise eine Studentin, die noch bei den Eltern in Hanau gemeldet ist, aber in Frankfurt lebt oder ein Arbeiter, der in Offenbach gemeldet ist und bei seiner Freundin im Ostend wohnt. Beide gehen ebenso wenig in die Statistik ein wie illegal in Frankfurt lebende Personen.

Andererseits werden Personen, die Frankfurt wieder verlassen, ohne sich dabei abzumelden, teilweise jahrzehntelang unbemerkt als „Karteileichen" mitgeschleppt. Die letzte Volkszählung 1987 ergab beispielsweise für bestimmte Nationalitäten eine Übererfassungsrate von bis zu 30 Prozent. Solange es jedoch nicht zu extrem auffälligen Phänomenen kommt - wie etwa 500 in Frankfurt lebende 120jährige Ghanaer -, ist es eher unwahrscheinlich, dass solche Fälle rechtzeitig aus der Statistik der Wohnbevölkerung gestrichen werden.

Diese Schwierigkeiten im Umgang mit offiziellen Zahlen sollten immer im Blickwinkel des Betrachters bleiben, wenn im folgenden nun die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Frankfurt dargestellt wird. Wir skizzieren zunächst die verschiedenen Phasen der Zuwanderung nach dem zweiten Weltkrieg und gehen dann speziell auf den Zeitraum 1960 bis 1998 ein.

1.1.2 Phasen der Zuwanderung

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor dem Bau der Berliner Mauer sind insbesondere Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und Flüchtlinge aus der damaligen Sowjetischen Besatzungszone in die Stadt gelangt. Im Jahr 1961 machte dies insgesamt 170.000 Personen aus, eine nicht zu vernachlässigende Größe, wenn man bedenkt, dass die wirtschaftliche und soziale Integration dieser Zuwanderergruppe schon nach enorm kurzer Zeit vollständig abgeschlossen war.

Die zweite Phase der Zuwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg weist eigentlich eine gewisse Überlappung mit der ersten Phase auf, doch praktisch schließt sie sich fast nahtlos an die erste an. Denn obwohl die Phase der Gastarbeiterbeschäftigung mit dem ersten Abkommen mit Italien bereits im Jahr 1955 beginnt, findet ein nennenswerter Zuzug erst um 1960 herum statt. Innerhalb Deutschlands entwickelt sich Frankfurt nach Stuttgart zum zweitwichtigsten Ziel für diese Art der Wanderung. Ausgehend von der Schweiz, wo das Gastarbeitersystem schon seit langem etabliert war, erreicht die erste Welle italienischer Gastarbeiter zunächst den direkt angrenzenden Arbeitsamtsbezirk Lörrach und schließlich als Dreh- und Angelpunkt für den gesamten südwestdeutschen Raum die Stadt Stuttgart. Frankfurt folgt wenig später, so dass hier 1960 erstmals ein Zuwanderungsüberschuss für Ausländer verzeichnet werden kann.

Die großen Schwankungen in der Zusammensetzung der Zuwanderer insbesondere in den 60er Jahren werden u.a. durch die unterschiedlich spät greifenden Anwerbeverträge bedingt, denn auch in den Herkunftsländern muss sich die Möglichkeit der Auslandsmigration erst einmal bei der Bevölkerung etablieren. Da zu dieser Zeit von einer dauerhaft geplanten Zuwanderung überhaupt noch keine Rede sein kann, reagieren die deutschen Arbeitgeber auch sehr sensibel auf die wirtschaftliche Gesamtsituation und verlängern in „Krisenzeiten" den Zeitvertrag nicht mehr. So gibt es während der ersten Rezession im Jahr 1967 erstmals wieder einen Abwanderungsüberschuss, der bei Erholung der Konjunktur sofort wieder in einen Zuwanderungsüberschuss umgewandelt wird.

Auch in den folgenden Jahren spiegeln die unterschiedlich hohen Zuwanderungszahlen allgemein den Konjunkturverlauf wider: Die zweite Rezession der Jahre 1974/1975 - als Folge der Ölkrise - und die dritte Rezession 1981-1983 haben einen deutlichen Rückgang der Zuzüge und eine Abwanderung in die Herkunftsländer zur Folge, wobei die beiden letztgenannten Abwärtswellen durch die Politik des Anwerbestopps (1973) und der Rückkehrhilfen Anfang der 80er Jahre unterstützt und verstärkt werden.

Die Nationalität der Zuwanderer ist ebenso von relativ großer Regelhaftigkeit. So kann man sagen, dass nach dem Abebben der ersten Zuwanderungswelle aus Italien zunächst Spanier und Griechen kommen, dann Jugoslawen und - am stärksten um 1970 herum - Türken. Die Benutzung der männlichen Form ist für diesen Zeitraum übrigens fast gerechtfertigt, denn bis 1970 sind über zwei Drittel der Zuwanderer männlich.

Diese Situation ändert sich nach dem Inkrafttreten des Anwerbestopps 1973 nachhaltig. Denn viele ausländische Arbeitnehmer, die ursprünglich nur einen vorübergehenden Aufenthalt in Deutschland planten und davon ausgingen, sich nach ihrer Rückkehr möglicherweise erneut anwerben zu lassen, realisieren nun, dass die Ausreise aus Deutschland die Verweigerung einer späteren Wiedereinreise zur Folge haben könnte. Insofern reift bei vielen die Entscheidung heran, statt in die Heimatländer zurückzukehren, lieber die Familie nach Deutschland zu holen. Damit vollzieht sich ab Mitte der 70er Jahre der Schritt von der zeitlich begrenzten Gastarbeiterbeschäftigung zu einer echten „Einwanderungssituation" und damit beginnt die dritte Phase der Zuwanderung. Konsequenterweise steigt der Frauenanteil bei der ausländischen Wohnbevölkerung seither kontinuierlich an und liegt heute bei knapp 48 Prozent.

Die vierte Phase setzt nach einem lang anhaltenden Anstieg des Wohlstands ab Ende der 80er Jahre ein. Zum ersten Mal ist die Zuwanderung von Ausländern nicht an die wirtschaftlichen Gegebenheiten in Deutschland gekoppelt. Durch den Zusammenbruch des Ostblocks, die deutsche Vereinigung und die sich zunehmend globaler auswirkenden Flüchtlingsströme aus der so genannten Dritten Welt werden Anfang der 90er Jahre bislang nie erreichte Zuwanderungsüberschüsse verzeichnet. Dabei kommt Frankfurt durch den Flughafen und die bereits bestehenden Netzwerke einzelner Zuwanderergruppen eine herausragende Stellung zu.

Aussiedler, zunächst hauptsächlich aus Polen und später praktisch ausschließlich aus den Nachfolgestaaten der UdSSR, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Asylbewerber sind als die drei größten Gruppen zu nennen. Die Zuwanderung von zunächst Kroaten, dann Bosniern, Kosovo-Albanern und Roma aus Ex-Jugoslawien erreicht im Jahr 1993 ihren Höhepunkt. Seitdem nimmt die Zahl der Einwohner, die eine dieser Staatsangehörigkeiten besitzen, kontinuierlich ab, wenngleich (Ex-)Jugoslawen nach wie vor die größte ausländische Gruppe in Frankfurt sind.

Ähnlich wie in Frankfurt sieht die Verteilung auch in München aus, ganz anders hingegen in den „späten" Zuwandererstädten Berlin und Hamburg oder auch im Ruhrgebiet, wo Türken die absolut bedeutendste Zuwanderergruppe darstellen. Doch im Unterschied zu München reagiert Frankfurt aufgrund des Flughafens wesentlich sensibler auf politische Konflikte in Entwicklungsländern. Sobald sich aber die Konflikte in den Heimatländern der Flüchtlinge wieder legen, kommt es auch sehr schnell wieder zu Rückwanderungen.

Tabelle II.1: Die Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt am Main 1960-1998 und Veränderungskomponenten der ausländischen Bevölkerung

	Bevölkerung	davon		Ausländische Einwohner	
Jahr	31.12	Deutsche	Ausländer	in % der Einwohner	Veränderung
1960	670.048	645.151	24.897	3,7	10.908
1961	685.682	654.293	31.389	4,6	6.492
1962	688.896	650.790	38.106	5,5	6.717
1963	691.257	650.224	41.033	5,9	2.927
1964	689.724	643.512	46.212	6,7	5.179
1965	689.288	637.009	52.279	7,6	6.067
1966	683.707	626.487	57.220	8,4	4.941
1967	667.457	613.943	53.514	8,0	-3.706
1968	665.405	605.934	59.471	8,9	5.957
1969	665.791	590.990	74.801	11,2	15.330
1970	669.751	590.894	78.857	11,8	4.056
1971	669.331	576.224	93.107	13,9	14.250
1972	678.545	575.824	102.721	15,1	(*)
1973	672.592	556.660	115.932	17,2	13.211
1974	659.943	540.285	119.658	18,1	3.726
1975	642.738	526.244	116.494	18,1	-3.164
1976	631.304	516.637	114.667	18,2	-1.827
1977	636.253	519.150	117.103	18,4	(*)
1978	635.525	513.462	122.063	19,2	4.960
1979	631.312	502.840	128.472	20,4	6.409
1980	631.287	496.206	135.081	21,4	6.609
1981	626.947	488.576	138.371	22,1	3.290
1982	621.437	484.916	136.521	22,0	-1.850
1983	614.739	480.492	134.247	21,8	-2.274
1984	612.061	478.456	133.605	21,8	-642
1985	613.588	477.009	136.579	22,3	2.974
1986	615.177	475.397	139.780	22,7	3.201
**1987	621.379	492.396	128.983	20,8	5.021
1988	622.541	487.578	134.963	21,7	5.980
1989	627.631	485.889	141.642	22,6	6.679
1990	634.357	484.051	150.306	23,7	8.664
1991	648.018	481.905	166.113	25,6	15.807
1992	660.492	476.713	183.779	27,8	17.666
1993	658.815	472.386	186.429	28,3	2.650
1994	654.388	468.527	185.861	28,4	-568
1995	653.241	465.401	187.840	28,8	1.979
1996	652.324	465.442	186.882	28,6	-958
1997	649.093	464.298	184.795	28,5	-2.087
1998	650.468	464.749	185.719	28,6	924

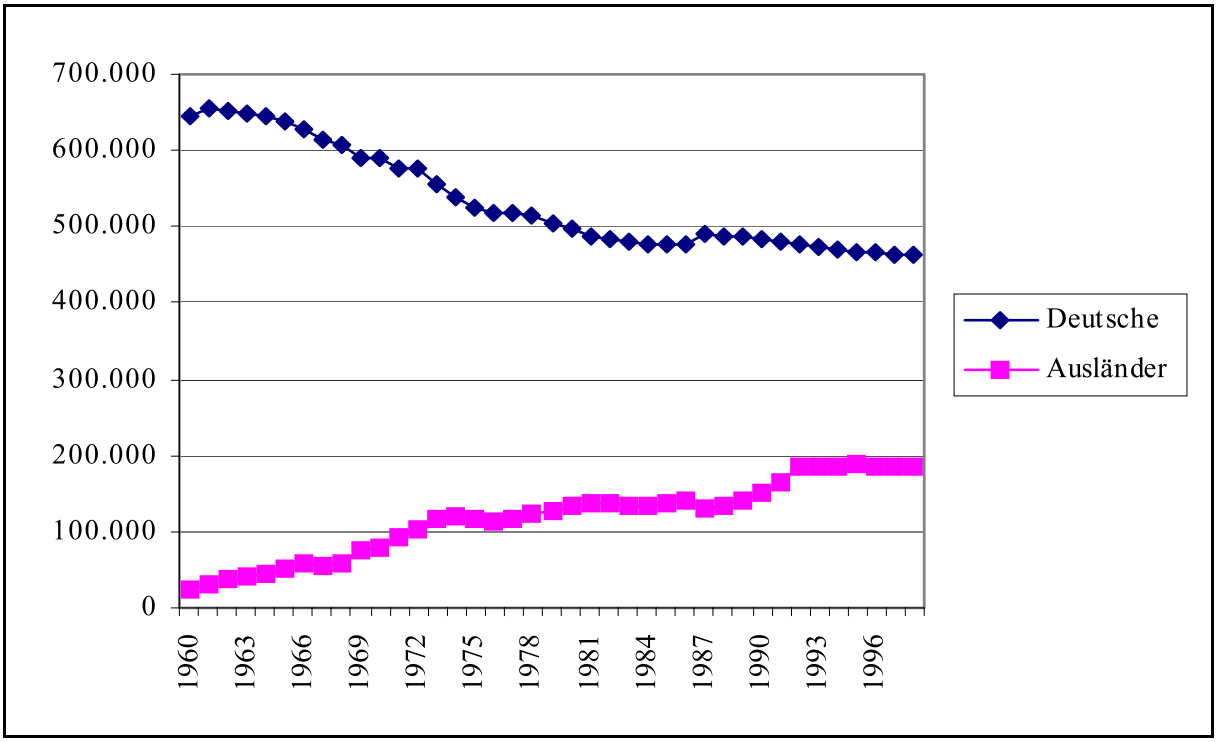
Quelle: frankfurter statistische berichte 1/96 und statistisches Jahrbuch 1999

(*) Wert aufgrund des veränderten Gebietsstands (Eingemeindung) nicht sinnvoll.

** Die Fortschreibung erfolgt seit 1987 auf der Grundlage der Volkszählung 87 und folgt dem Hauptwohnungsprinzip.

Die gesamte Bevölkerungszahl erreichte im Jahr 1963 mit über 691.000 in Frankfurt gemeldeten Personen einen vorläufigen Höhepunkt und ging dann mit leichten Schwankungen bis auf 612.000 im Jahr 1984 zurück. Seit dem Anfang der 90er Jahre folgenden Aufschwung hält sich die Zahl relativ konstant bei etwa 650.000. Interessant wird diese Entwicklung vor allem dann, wenn man die unterschiedlichen Verläufe der deutschen und ausländischen Bevölkerung betrachtet.

Grafik II.1: Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt am Main 1960-1998



Quelle: frankfurter statistische berichte1/96 und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

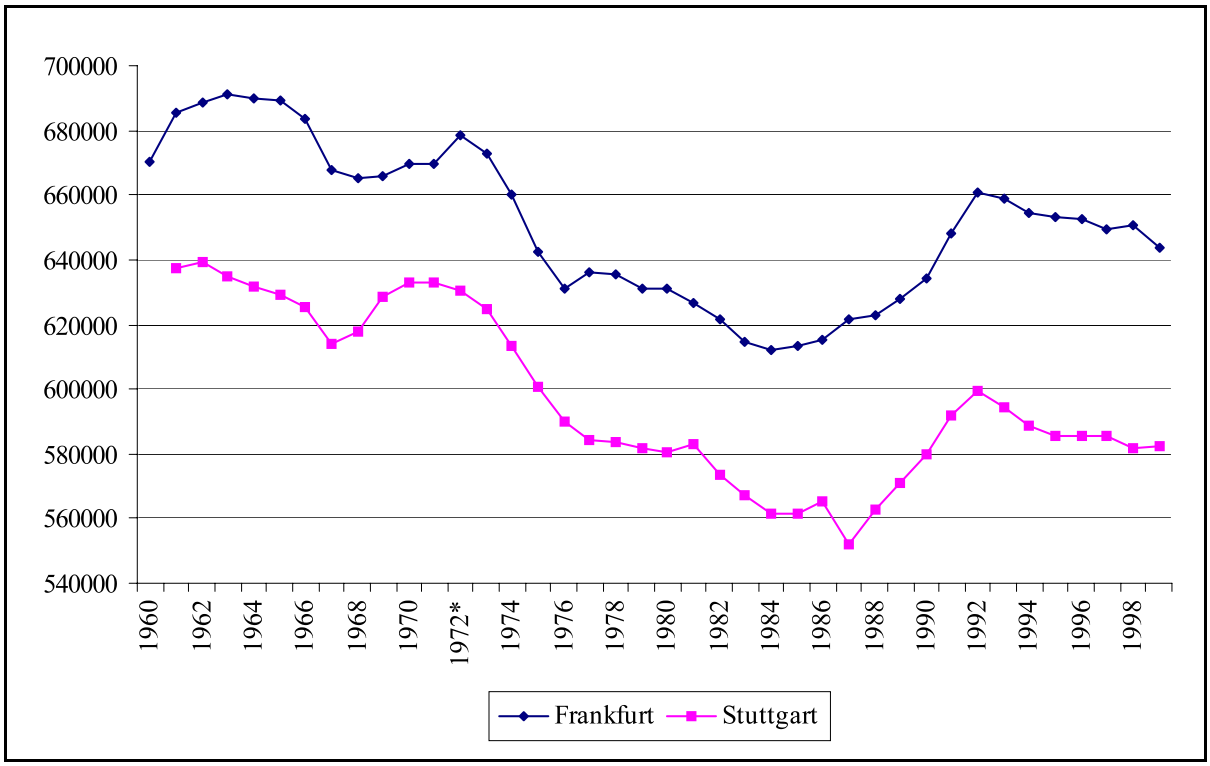
Hier wird deutlich, dass die Zahl der Deutschen seit 1961 fast kontinuierlich sinkt (und zwar insgesamt um 186.000 Personen). Nur in drei Jahren weist die Statistik eine nahezu konstante oder steigende Zahl aus. Aber in keinem dieser Jahre lässt sich dies als gegenläufiger Trend interpretieren: 1972 und 1977 wirken sich die Eingemeindungen nördlicher Stadtteile aus, 1987 die Einwohnerinventur durch die Volkszählung, bei der die Anzahl der Deutschen nach oben und die der Ausländer (durch die angesprochenen unterlassenen Abmeldungen) nach unten korrigiert wurde. In den letzten Jahren kann dabei von einer Stabilisierung der Situation gesprochen werden.

Der Verlust an Bevölkerung seit den 60er Jahren ist nicht mit einem Bedeutungsverlust oder negativer wirtschaftlicher Entwicklung gleichzusetzen. Denn praktisch jede gewachsene Großstadt in Deutschland hat diesen Trend mitgemacht. Die zunehmende Suburbanisierung, der Wunsch, ein Eigenheim vor den Toren der Stadt zu besitzen und die Zunahme des Individualverkehrs, bei dem trotz Wohnsitzverlagerung der Arbeitsplatz in der Stadt beibehalten werden kann, haben zu einerAbnahme der Einwohnerzahl geführt.

Die ausländische Bevölkerung hingegen, die in den ersten Jahren nach der Ankunft in Deutschland noch nicht über bedeutende Kapitalersparnisse verfügte, war weiterhin darauf angewiesen, möglichst billig in Arbeitsplatznähe zu wohnen. Mittlerweile zeigen sich aber auch schon erste Anzeichen dafür, dass im Rahmen erfolgreicher Integrationsprozesse (auch finanziell gesehen) Zuwanderer bzw. deren Kinder und Kindeskinder den Prozess der Suburbanisierung sozusagen verspätet nachholen.

Um beurteilen zu können, ob die beschriebenen Entwicklungen für Deutschland außergewöhnlich sind oder doch in anderen deutschen Großstädten in ähnlicher Form aufgetreten sind, ist es sinnvoll, einen Vergleich anzustellen. Wie bereits erwähnt haben Hamburg oder Berlin, aber auch die Großstädte im Rhein-Ruhr-Gebiet nicht nur die Zuwanderungsbewegungen in den 60er und 70er Jahren deutlich später und deshalb anders strukturiert erfahren, sie erreichen letztlich auch nicht annähernd einen so großen Anteil ausländischer Wohnbevölkerung wie Frankfurt. Insofern scheint es gerechtfertigt, die Stadt Stuttgart zum Vergleich heranzuziehen.

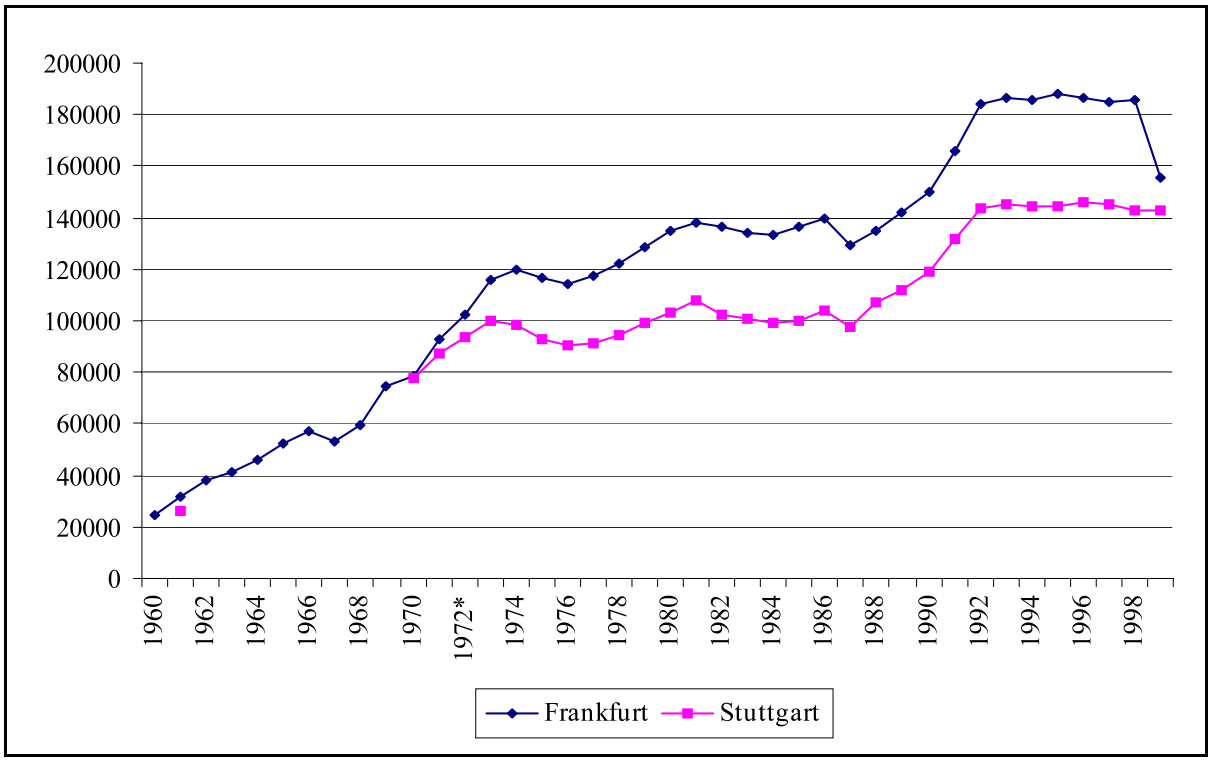
Grafik II.2: Die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt und Stuttgart im Vergleich 1960-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main und Stuttgart verschiedene Jahre

Die Entwicklung der Gesamtbevölkerung zeigt für Frankfurt und Stuttgart deutliche Parallelen. Alle relevanten Aufwärts- und Abwärtsbewegungen lassen sich in beiden Städten praktisch zeitgleich feststellen. Aber nicht nur die Tendenz stimmt überein, auch der Abstand zwischen den beiden Städten bleibt über 40 Jahre fast gleich. Erst in den letzten Jahren, einer Zeit relativer demographischer Ruhe, bewegen sich die Einwohnerzahlen auf einem größeren Distanzniveau: Noch nie in den vergangenen Jahrzehnten besaß Frankfurt einen größeren Vorsprung vor Stuttgart als heute.

Grafik II.3: Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung von Frankfurt und Stuttgart im Vergleich 1960-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main und Stuttgart verschiedene Jahre

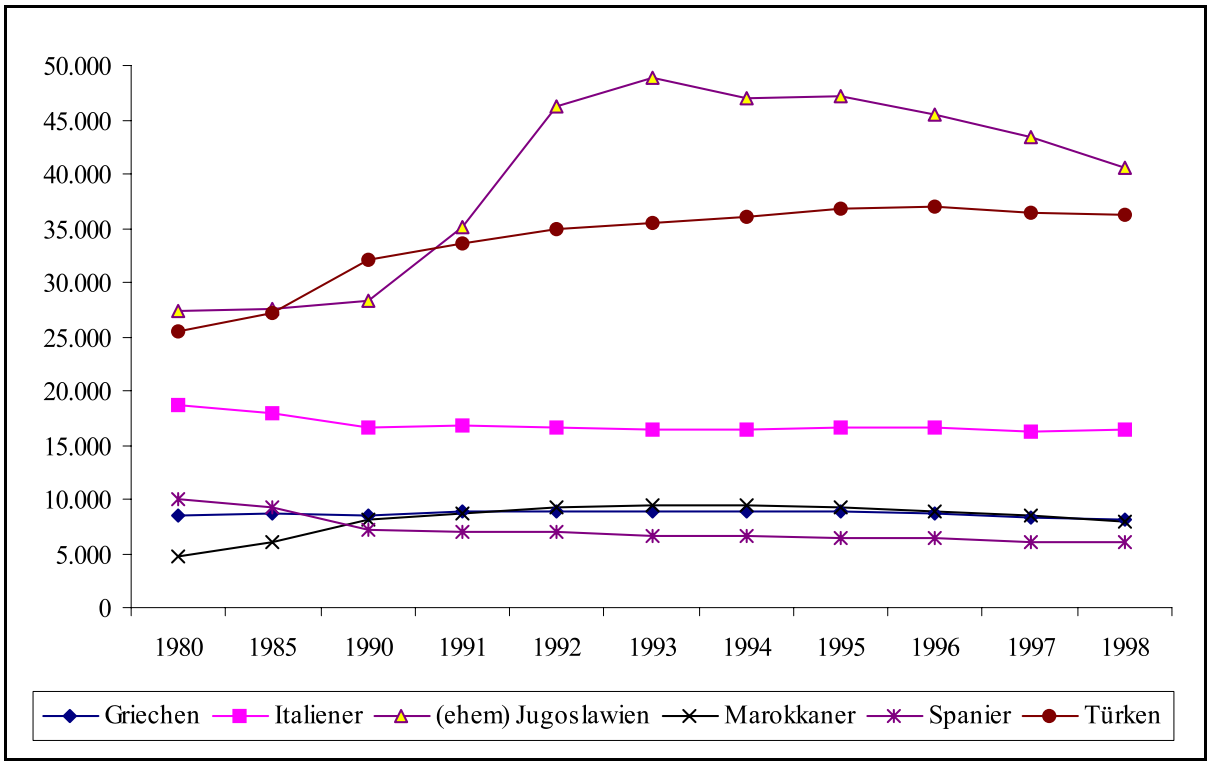
* Gebietsstandsänderung durch Eingemeindung

Ähnliches lässt sich auch über die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung beider Städte sagen. Auch hier ist die Distanz zwischen Frankfurt und Stuttgart im Laufe der Jahre angewachsen und bewegt sich seit etwa 1992 auf einem gleichmäßig hohen Niveau. Anders als bei der gesamten Bevölkerungszahl wohnten in Stuttgart bis zum Jahr 1970 noch genauso viele Ausländer wie in Frankfurt; hier ist also eine zwar von den Tendenzen her identische, im Hinblick auf die Zahlen aber stetig auseinander laufende Bewegung zu beobachten.

1.1.3 Zuwanderergruppen

Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Frankfurt ab 1980 zeigt die oben beschriebenen Phänomene: den enormen Anstieg in den frühen 90er Jahren und die seit 1993 praktisch konstante Zahl. Diese Konstanz übertüncht allerdings die innere Heterogenität der ausländischen Bevölkerungsgruppe. Von 1980 bis 1990 sind zunächst die Anteile der Italiener, Spanier und Griechen enorm zurückgegangen, eine Tatsache, die der schon lange zurückliegenden ersten Einwanderungswelle entspricht.

Grafik II.4: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999 (ab 1997 nur noch Hauptwohnsitz)

Tabelle II.2: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998 (in absoluten Zahlen)

	Insgesamt	Griechen	Italiener	(ehem.) Jugo-slawien	Marokkaner	Spanier	Türken	sonstige
1980	138.781	8.525	18.749	27.352	4.695	9.951	25.524	43.985
1985	146.937	8.741	17.984	27.582	6.023	9.246	27.161	50.200
1990	157.522	8.522	16.678	28.294	8.130	7.125	32.162	56.611
1991	172.257	8.811	16.753	35.161	8.738	7.071	33.503	62.220
1992	189.576	8.938	16.642	46.317	9.320	6.955	34.922	66.482
1993	190.753	8.825	16.433	48.816	9.527	6.655	35.399	65.098
1994	189.618	8.883	16.344	47.058	9.479	6.570	36.062	65.222
1995	191.897	8.781	16.609	47.128	9.157	6.486	36.715	67.021
1996	190.827	8.760	16.670	45.455	8.849	6.421	36.906	67.766
1997	184.705	8.247	16.317	43.404	8.427	6.021	36.322	65.967
1998	182.112	8.155	16.395	40.491	8.001	6.028	36.179	66.863

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999 (ab 1997 nur noch Hauptwohnsitz)

Tabelle II.3: Entwicklung ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1980-1998 (in Prozent)

	Insgesamt	Griechen	Italiener	(ehe.) Jugo-slawien	Marokkaner	Spanier	Türken	sonstige
1980	138.781	0,06	0,14	0,20	0,03	0,07	0,18	0,32
1985	146.937	0,06	0,12	0,19	0,04	0,06	0,18	0,34
1990	157.522	0,05	0,11	0,18	0,05	0,05	0,20	0,36
1991	172.257	0,05	0,10	0,20	0,05	0,04	0,19	0,36
1992	189.576	0,05	0,09	0,24	0,05	0,04	0,18	0,35
1993	190.753	0,05	0,09	0,26	0,05	0,03	0,19	0,34
1994	189.618	0,05	0,09	0,25	0,05	0,03	0,19	0,34
1995	191.897	0,05	0,09	0,25	0,05	0,03	0,19	0,35
1996	190.827	0,05	0,09	0,24	0,05	0,03	0,19	0,36
1997	184.705	0,04	0,09	0,23	0,05	0,03	0,20	0,36
1998	182.112	0,04	0,09	0,22	0,04	0,03	0,20	0,37

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999 (ab 1997 nur noch Hauptwohnsitz)

Die Zahl der Marokkaner als (zwischenzeitlich) „vierter Kraft" nimmt bis 1993 zu und fällt danach wieder ab, wobei gerade bei den Marokkanern eine hohe Einbürgerungsquote vorliegt (s.u.). Die Zahl der türkischen Staatsangehörigen steigt fast gleichmäßig bis 1996 und sinkt seitdem vermutlich nur aufgrund der 1997 erfolgten Umstellung der Einwohnerstatistik auf die Registrierung nach dem Hauptwohnsitz, die auch allgemein einen gewissen Rückgang der Ausländerzahlen herbeiführt. Dass es sich nur um einen statistischen, nicht aber um einen realen Rückgang handelt, wird daraus ersichtlich, dass der Anteil der türkischen Staatsbürger an der Ausländerbevölkerung weiter bis auf knapp 20 Prozent ansteigt (1998).

Die größten Schwankungen hat zweifellos die Gruppe aus dem ehemaligen Jugoslawien aufzuweisen, die wie erwähnt im Jahr 1993 mit knapp 49.000 Personen und einem Anteil an allen in Frankfurt lebenden Ausländern von fast 26 Prozent ihren Spitzenwert erreichte. Allerdings hat man es hier mit einer äußerst heterogenen Gruppe zu tun, die sich zum einen aus Arbeitsmigrantenfamilien und zum anderen aus Flüchtlingen zusammensetzt. Gemäß dem Verlauf des Bürgerkriegs und der nachfolgenden Unruhen stammen die Flüchtlinge aus unterschiedlichen Republiken und gehören unterschiedlichen Volksgruppen an, wobei der Anstieg zwischen 1991 und 1992 von 35.000 auf 46.000 Personen größtenteils von Bosniern gebildet wurde.

Die größte Gruppe der in Frankfurt lebenden Ausländer sind im übrigen die „Sonstigen", und das ist in kaum einer anderen deutschen Großstadt der Fall. Mit fast 37 Prozent verdeutlichen sie, dass Frankfurt zum bedeutenden Anlaufpunkt für Zuwanderer aus aller Welt geworden ist. Dabei darf keinesfalls übersehen werden, dass es sich nicht nur um Flüchtlinge und Asylbewerber handelt, sondern zu einem Gutteil auch um statushohe Migranten, eine Tatsache, die leider allzu oft vergessen wird. Nicht nur US-Amerikaner (wobei Mitglieder der Streitkräfte und deren Angehörige melderechtlich ja nicht erfasst werden), sondern auch hochqualifizierte Finanzdienstleister aus EU-Staaten, Mitarbeiter ausländischer Fluglinien und international operierender

Unternehmen haben einen nicht unerheblichen Anteil an dem hohen Prozentsatz von Frankfurtern mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Eine Zuwanderergruppe, die in den zur Verfügung stehenden amtlichen Statistiken nicht identifizierbar ist, sind die in Frankfurt lebenden Spätaussiedler mit deutscher Staatsangehörigkeit. Über ihr Wanderungsverhalten und ihre Zahl gibt es keine Angaben. Auch ansonsten gibt es nur wenige Anhaltspunkte, die einen ungefähren Einblick in die Zuwanderungen geben: die im ersten Frankfurter Sozialbericht wiedergegebene Statistik der Wohnungsvermittlungsstelle.[4] Eine weitere Schätzung über die Mindestzahl der in Frankfurt lebenden Spätaussiedler kann aus einer Statistik über Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit abgeleitet werden. Sie listet für Januar 1999 insgesamt 9179 Personen auf, die neben der deutschen eine polnische oder rumänische bzw. eine Staatsangehörigkeit eines ehemaligen Sowjetstaates besitzen (s.u.). Ansonsten gibt es keine amtliche Statistik, die über die Zahl der in Frankfurt lebenden Spätaussiedler Auskunft gibt. Hier besteht eine große Informationslücke, die eine bedarfsgerechte Planung von Integrationsmaßnahmen erheblich erschwert.

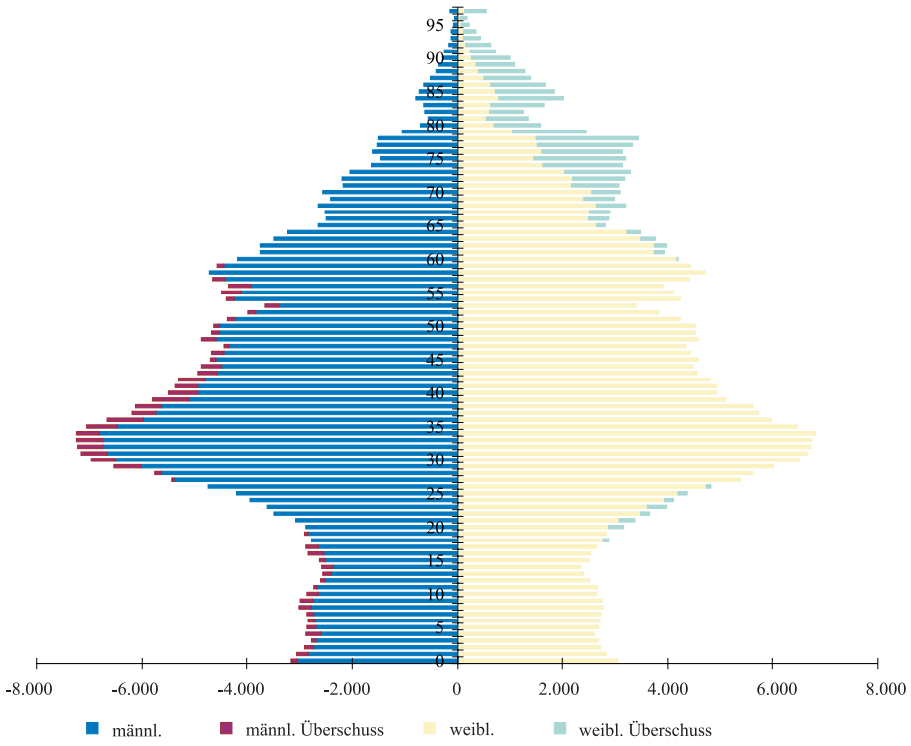
Nachdem bislang die Entwicklung der deutschen und ausländischen Bevölkerung behandelt wurde, soll im folgenden auf ihre jeweils unterschiedliche Altersstruktur eingegangen werden.

1.2 Die Altersstruktur

Die Altersstruktur der in Frankfurt lebenden Bevölkerung entspricht prinzipiell derjenigen Deutschlands: Starke Vorkriegsjahrgänge wachsen langsam ganz nach oben durch, darauf folgen die Geburtenausfälle des letzten Kriegsjahres und die langsame Steigerung zu den sich anschließenden stärkeren Jahrgängen bis etwa 1963. Danach werden die Jahrgänge zwar langsam schwächer, einen echten Einbruch erreichen sie jedoch erst mit dem „Pillenknick" Anfang der 70er Jahre. Seitdem ist die Geburtenrate auf einem fast immer gleich niedrigen Niveau von 1,4 bis 1,6 Kindern im Durchschnitt pro Frau stehen geblieben.

[4] Vgl. Bartelheimer (1997:131).

Grafik II.5: Bevölkerungspyramide in Frankfurt am Main am 31.12.1998

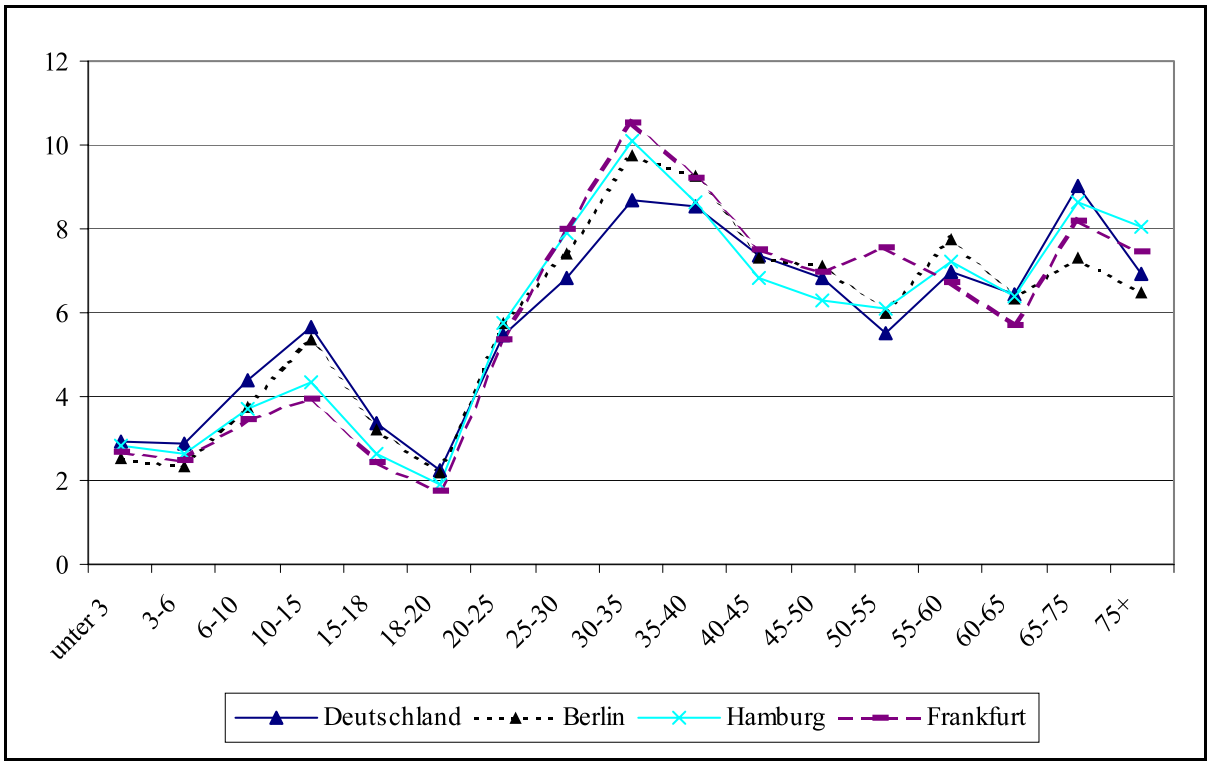


Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Die Schwankungen in der Altersstruktur lassen sich daher auf zwei Phänomene zurückführen: die unterschiedliche Jahrgangsstärke der Elterngeneration der deutschen Bevölkerung und die steigende Zahl an Zuwanderern, die erst später „Eingang" in die Bevölkerungspyramide gefunden haben.

Während die generelle Verteilung der Altersgruppen keine außergewöhnlichen Merkmale zeigt, ist doch darauf hinzuweisen, dass Frankfurt im bundesweiten Vergleich einen Randfall darstellt: Städte besitzen im allgemeinen eine ältere Bevölkerung als Dörfer. Es gibt mehr Singles, mehr Kinderlose, weniger kinderreiche Familien und mehr ältere Menschen. So ist es in Frankfurt auch. Allerdings besitzt Frankfurt *noch* weniger Kinder als andere Städte und - vermutlich mit der wirtschaftlichen Attraktivität und auch der Struktur der führenden Wirtschaftsunternehmen zusammenhängend - einen *noch* höheren Anteil an 30-40jährigen. Der Vergleich mit anderen Großstädten und mit Deutschland verdeutlicht dies.

Grafik II.6: Die Altersstruktur der Bevölkerung im nationalen Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesländerstatistik und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main

Wenn man sich vor Augen führt, dass starke Eltern- zwangsläufig starke Kinderjahrgänge zur Folge haben, selbst wenn sich im generativen Verhalten nichts ändern sollte, wird dieser Kindermangel umso deutlicher. Überraschend ist der Kindermangel insbesondere wegen des hohen Ausländeranteils in Frankfurt, da doch Ausländerinnen generell eine leicht erhöhte Fertilität bescheinigt wird. Nicht nur im Vergleich mit Deutschland insgesamt zeigt sich diese „postmoderne" Altersstruktur, auch im Vergleich mit den Großstädten Berlin und Hamburg treten diese Unterschiede deutlich zutage, wobei Hamburg - wenig erstaunlich - der Frankfurter Situation vergleichsweise noch am nächsten kommt.

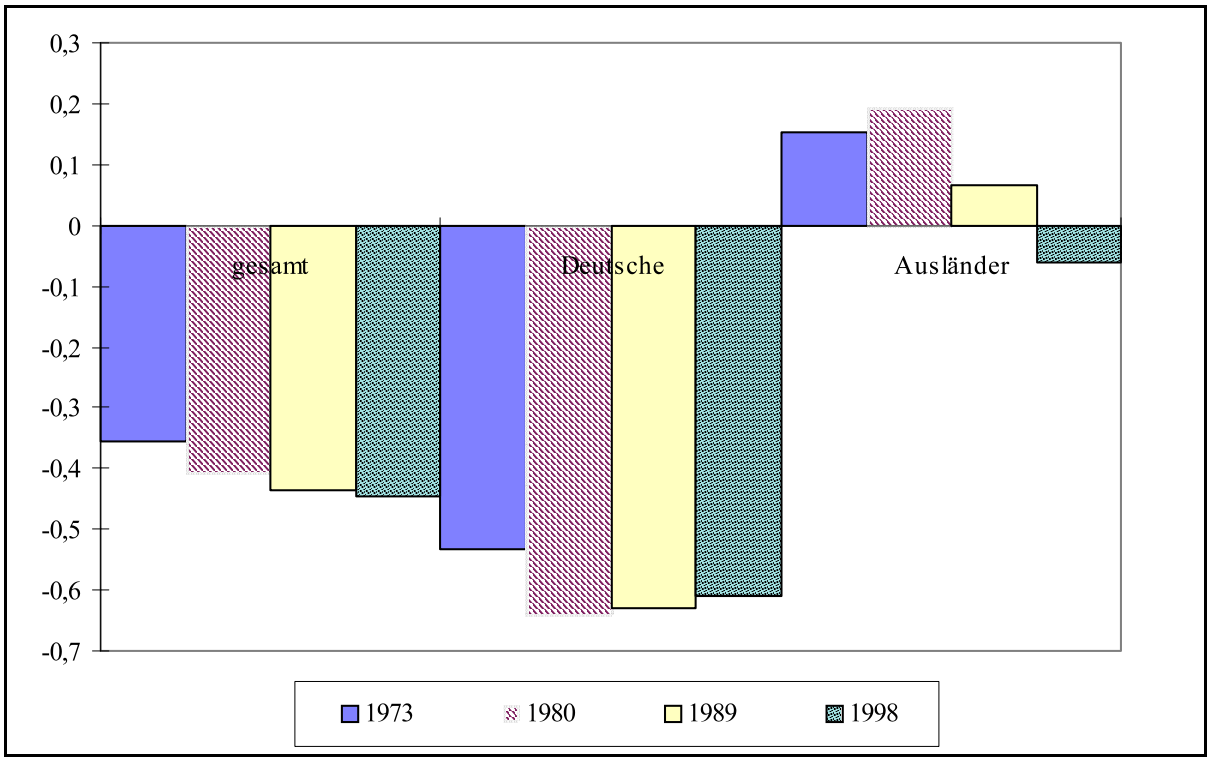
Was für die Gesamtbevölkerung gilt, gilt gleichermaßen auch für ihre Teilpopulationen, die hier nicht abgebildet sind. Es gibt ebenso einen unterdurchschnittlichen Anteil an Mädchen wie Jungen zwischen sechs und 20 Jahren, vergleichsweise mehr Frauen und Männer zwischen 30 und 35 als anderswo und sogar extrem wenige ausländische Kinder. Bei der Struktur der ausländischen Bevölkerung ist allerdings ein Unterschied zu verzeichnen: Hier überwiegen die höheren Jahrgänge im Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnitt oder auch den nördlicher gelegenen Großstädten, und zwar einfach deshalb, weil die schon beschriebene Zuwanderung in Frankfurt früher eingesetzt hatte als andernorts.

Frankfurt ist damit zwar eine „alte" Stadt, aber keine „besonders alte", denn das Schwergewicht liegt ja auf den mittleren Jahrgängen. Man könnte also im Vergleich mit anderen Großstädten eher sagen, Frankfurt sei eine besonders kinderarme Stadt.

Ist Frankfurt nun – wie diese Erkenntnisse vermuten lassen – in den letzten Jahrzehnten gealtert? Um dies in einfacher und dennoch zutreffender Form beschreiben zu können, soll hier die Entwicklung des Alterungsmaßes J (nach Billeter) dargestellt werden. Dabei wird der über 50jährige Bevölkerungsteil vom 0-14jährigen Bevölkerungsteil abgezogen und die Differenz durch die Anzahl der 15-49jährigen geteilt. So erhält man einen Wert, der das Verhältnis von Jungen zu Alten im Vergleich mit dem mittleren Bevölkerungsteil abbildet.

An dieser Stelle soll nun die Alterung der gesamten Frankfurter Bevölkerung zwischen 1973 und 1998 dargestellt werden sowie eine Trennung in Deutsche und Ausländer. Dabei ist es durch die Relativität des Maßes nicht möglich, absolute Aussagen zu machen. Eine Bevölkerung mit einem Wert von –0,3 ist also nicht halb so alt wie eine solche mit dem Wert –0,6. Ebenso ist der Wert Null nicht als eine bedeutsame Grenze anzusehen; er zeigt lediglich, dass die Zahl von Jungen und Alten in der jeweiligen Population gleich ist.

Grafik II.7: Entwicklung des Billeter J-Alterungsmaßes 1973-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1974, 81, 89 und 99

Betrachtet man die Gesamtentwicklung des Billeter J-Alterungsmaßes, wird eindeutig sichtbar, dass die Bevölkerung der Stadt Frankfurt im Laufe der letzten drei Jahrzehnte kontinuierlich gealtert ist. Dabei verlief dieser Prozess zunächst schneller, scheint sich aber in den letzten Jahren eher abgeschwächt zu haben. Normalerweise würde man davon ausgehen, dass der zunehmend höhere Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung, die ja insgesamt deutlich jünger als die deutsche ist, für dieses Abflachen der Alterung verantwortlich ist. Teilweise stimmt diese Aussage, denn der Wert für die ausländische Bevölkerung in Frankfurt liegt eindeutig über demjenigen für Deutsche. Andererseits ist aber genauso deutlich und sicherlich überraschender zu sehen, dass die ausländische Bevölkerung vergleichsweise viel *schneller* altert als die deutsche. Mit Sicherheit wird noch eine geraume Zeit vergehen, bis dort ein ähnlicher Wert wie bei den Deutschen erreicht wird. Aber schon heute läßt sich eine Annäherung erkennen, die als demographische Integration angesehen werden kann.

Die Tatsache, dass sich der Wert für die deutsche Bevölkerung in den letzten zwei Jahrzehnten auf einem niedrigen Niveau leicht verbessert hat, ist im übrigen nicht auf die höhere Kinderzahl, sondern auf die Verschiebung bei den starken Jahrgängen zurückzuführen: Die Basis (also der Nenner) hat sich im Vergleich zu den Jungen und Alten (also dem Zähler) deutlich erhöht, und je größer eine Zahl ist, durch die geteilt wird, desto stärker geht das Ergebnis gegen Null.

Der Billeter-Wert für die ausländische Bevölkerung anderer deutscher Großstädte entspricht den schon vorher getroffenen Aussagen: Städte mit vergleichsweise kurz zurückliegender Zuwanderung wie Hamburg und Berlin besitzen einen deutlich positiveren Wert. Im Hinblick auf die Integration könnte dies bedeuten, dass Frankfurt durch die größere Tradition und die wenn auch bei weitem nicht gleiche, so doch ähnlichere Altersstruktur von Deutschen und Ausländern bessere Voraussetzungen aufweist als andere Städte, bei denen diese Diskrepanz stärker ist. Andererseits – und das hat die Darstellung der einzelnen Nationalitäten gezeigt – weist Frankfurt eine große Fluktuation auf, die den Integrationsprozess tendenziell eher behindert.

Die Entwicklung einer Bevölkerung wird demographisch von drei Komponenten beeinflusst: den Geburten, den Sterbefällen und den Wanderungen. Während die Entwicklung der Sterbefälle für Integrationschancen der Zuwanderer relativ belanglos sein dürfte, kommt den beiden anderen Elementen eine wichtige Bedeutung zu. Im folgenden soll zunächst dargestellt werden, wie sich die Zahl der Geburten im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte verändert hat.

1.3 Geburten

Im allgemeinen geht man davon aus, dass sich die Integration einer bestimmten Zuwanderergruppe unter anderem dadurch ausdrückt, dass sich die Zahl und das Verteilungsmuster der Geburten an die autochthone Bevölkerung annähert, da diese Angleichung auf eine Änderung der familiären Lebensformen hinweist. Betrachtet man dabei die Daten auf Bundesebene, kann insgesamt von recht ähnlichen Verhältnissen bei Deutschen und Ausländern gesprochen werden. Südeuropäerinnen bekommen ihre Kinder in Deutschland zwar etwas früher als deutsche Mütter, die Gesamtzahl unterscheidet sich aber praktisch nicht mehr. Ähnlich verhält es sich mit Frauen

aus Ost- und Südosteuropa, die sich der einheimischen Fertilität ebenfalls sehr schnell anpassen. Türkinnen hingegen liegen auch in der zweiten Generation noch auf einem etwas höheren Niveau, wobei dieses aber erstens in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist und zweitens um durchschnittlich ein Kind pro Frau unter dem derzeit in der Türkei gemessenen Wert liegt.

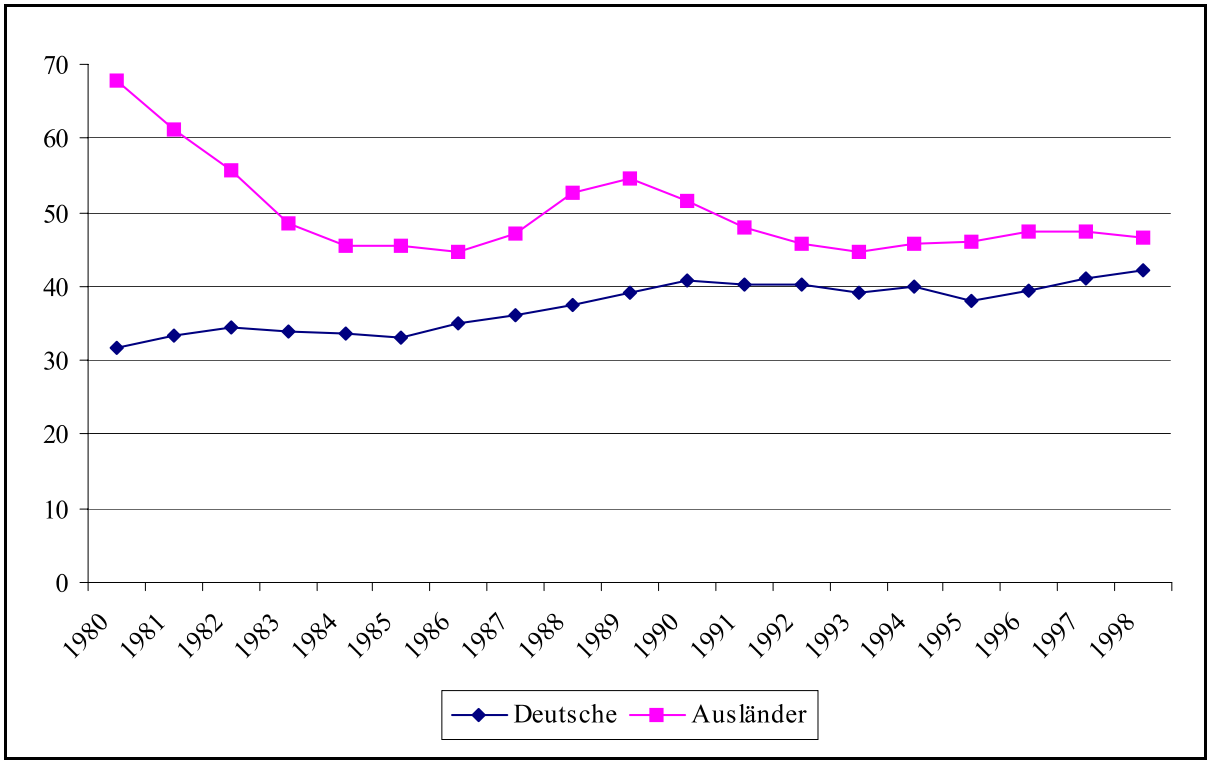
1.3.1 Methodische Anmerkungen

Obgleich die Registrierung von Geburten in Deutschland ziemlich zuverlässig ist, ist eine Bewertung der Maßzahlen „Fruchtbarkeitsziffer" oder „Total Fertility Rate" (die Geburtenzahl des jeweiligen Jahres bezogen auf 1000 Frauen zwischen 15 und 45) methodisch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Zum einen sollte man derartige Werte lediglich als Momentaufnahme verstehen. Die endgültige Kinderzahl einer Frau lässt sich erst dann bestimmen, wenn sie die reproduktiven Altersstufen bereits verlassen hat. Das bedeutet, man kann heute recht genaue Aussagen über die Fertilität der 80er Jahre machen, der aktuelle Stand ist aber gewissen Spekulationen über die zukünftigen Verhältnisse unterworfen. Da sich der höchste Wert der altersspezifischen Fertilitätsraten (das Alter, in dem eine Frau die „meisten" Kinder bekommt) bundesweit seit 1960 von 21 auf knapp 31 Jahre verschoben hat, muss immer länger abgewartet werden, bis die endgültige Kinderzahl einer Frau halbwegs genau bestimmt werden kann.

Gerade bei Ausländerinnen, die einer wesentlich stärkeren Fluktuation durch Wanderungen unterworfen sind, ist die Veränderung der Geburtenrate schwer zu bestimmen, da sich die Grundgesamtheit der ausländischen Frauen, auf die sich die Anzahl der Geburten bezieht, fortlaufend zu einem gewissen Teil austauscht. Hier spielt also nicht nur die Rückverschiebung oder die geringere Anzahl an Geburten eine Rolle (was eine Anpassung an autochthone Fertilitätsverhältnisse bedeuten würde), sondern auch die Frage, wer wann wohin zugewandert bzw. wieder abgewandert ist. Insofern ist es nicht als Mangel zu verstehen, sondern eher folgerichtig zu nennen, wenn in Frankfurt keine *nationalitäts*bezogenen Fertilitätsraten vorliegen - wohl aber für ausländische Frauen insgesamt.

1.3.2 Die Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffer

Grafik II.8: Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffer in Frankfurt am Main 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main verschiedene Jahre

Die Darstellung der „Fruchtbarkeitsziffer" zeigt für Frankfurt einen zunächst überraschenden Verlauf. Während bei den Ausländerinnen seit 1980 ein starker Rückgang stattgefunden hatte und der Wert nach einem leichten Zwischenhoch jetzt relativ konstant zu sein scheint, hat er sich für deutsche Frauen in den letzten 20 Jahren kontinuierlich erhöht.

Nun darf aber diese Erhöhung der Fruchtbarkeitsziffer nicht zu dem Trugschluss führen, dass deutsche Frauen durchschnittlich immer mehr Kinder bekommen haben. Der Anstieg dieses Wertes ist nämlich praktisch nur ein Altersstruktureffekt. Die erfassten Jahrgänge reichen von 1935 (45jährige im Jahr 1980) bis 1983 (15jährige im Jahr 1998) und weisen entsprechend unterschiedliche Besetzungszahlen auf. Kommen starke Jahrgänge in die Altersstufen zwischen 28 und 31 - in denen die Fertilität am höchsten ist -, werden automatisch mehr Kinder geboren, obwohl sich die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau nicht verändert hat. Genau dies scheint hier der Fall zu sein, denn der Geburtsjahrgang 1945 ist nun einmal nur halb so stark wie der Geburtsjahrgang 1963.

Eine exakte Aufteilung nach deutschen und ausländischen *altersspezifischen* Fertilitätsraten, bei denen dieser Struktureffekt ausgeklammert wäre, lässt sich aufgrund fehlender Daten leider nicht durchführen. Unglücklicherweise ist im Statistischen Jahrbuch der Stadt Frankfurt mittlerweile noch nicht einmal die ausländische Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht getrennt erfasst. Da der männliche Anteil in bestimmten Altersstufen deutlich über dem weiblichen liegt, ist eine Halbierung der Zahl der Ausländer zur Grobberechnung der altersspezifischen Fertilitätsraten völlig ungeeignet.

Aufgrund der Analyse der Fruchtbarkeitsziffer lässt sich die Aussage treffen, dass sich die Werte von Deutschen und Ausländerinnen weitgehend angenähert haben, letztere aber aufgrund der höheren Fertilität bestimmter Nationalitäten aber immer noch, wenn auch nur leicht, darüber liegen. Insgesamt läßt sich deutlich eine Angleichung der Geburtenzahl erkennen, was einer kulturellen Integration im Bereich der Familiengründung gleichkommt.

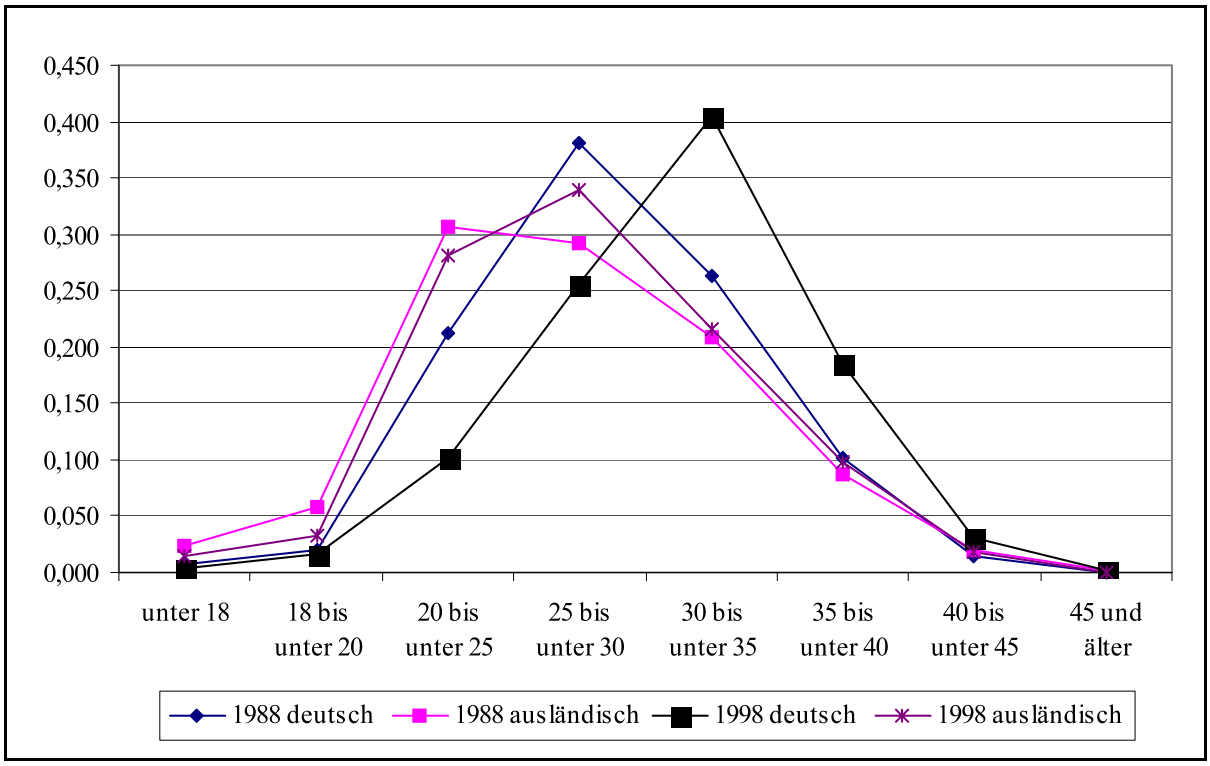
1.3.3 Alter der Mutter bei der Geburt

Die Aufteilung der Kinder nach dem Alter der Mutter zeigt überraschende „Parallelverschiebungen".[5] Betrachtet man die Veränderung zwischen 1988 und 1998, fällt auf, dass die Tendenz zu späteren Geburten für Deutsche wie für Ausländerinnen gleichermaßen sichtbar ist.

Dieser Trend gilt im übrigen nicht nur für Frankfurt oder andere Großstädte. Hinsichtlich des späten Geburtenhöhepunkts liegt Deutschland im internationalen Vergleich mittlerweile mit an der Spitze, wobei praktisch alle europäischen Länder diesen Verlauf zeigen. Entsprechend ist die parallele Entwicklung bei deutschen und ausländischen Frauen nicht nur als Anpassung der Ausländerinnen an inländische Verhältnisse zu sehen, sondern eine kulturraumübergreifende Tendenz.

[5] Leider sind hier keine Daten zum Einzelalter, sondern nur zu Altersstufen verfügbar.

Grafik II.9: Lebendgeborene 1988 und 1998 nach Alter der Mutter und Staatsangehörigkeit



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1994,1999

Festzuhalten bleibt, dass sich bei der Zuwandererbevölkerung auch hinsichtlich des Alters, in dem Familiengründungen erfolgen, deutliche Anzeichen einer Annäherung von Verhaltensweisen (kulturelle Integration) erkennen lassen.

1.4 Eheschließungen

Die Analyse des interethnischen Heiratsverhaltens dient dazu, Rückschlüsse auf soziale Annäherungs- oder Abgrenzungsprozesse zu ziehen, die sich zwischen einer Zuwanderergruppe und der einheimischen deutschen Bevölkerung vollziehen. Inwiefern die Bearbeitung dieser Fragestellungen gelingt, wird im wesentlichen durch die Quellenlage bestimmt, die allgemein ziemlich dürftig ist.

1.4.1 Methodische Anmerkungen[6]

Wer aus Statistiken etwas über Eheschließungen von Zuwanderern erfahren will, stößt auf vielfältige Schwierigkeiten, da amtliche nationalitäts- und nationenbezogene Statistiken denkbar ungeeignet sind, Verhaltensweisen zu erfassen, die nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland angesiedelt sind. Zuwanderer sind bei der Wahl der Institution, in der sie heiraten, wesentlich flexibler als Deutsche: Neben deutschen Standesämtern kommen Standesämter im Herkunftsland und Auslandsvertretungen in Deutschland in Betracht. Deshalb geht ein Großteil der Eheschließungen von Zuwanderern gar nicht erst in die hiesige Heiratsstatistik ein.

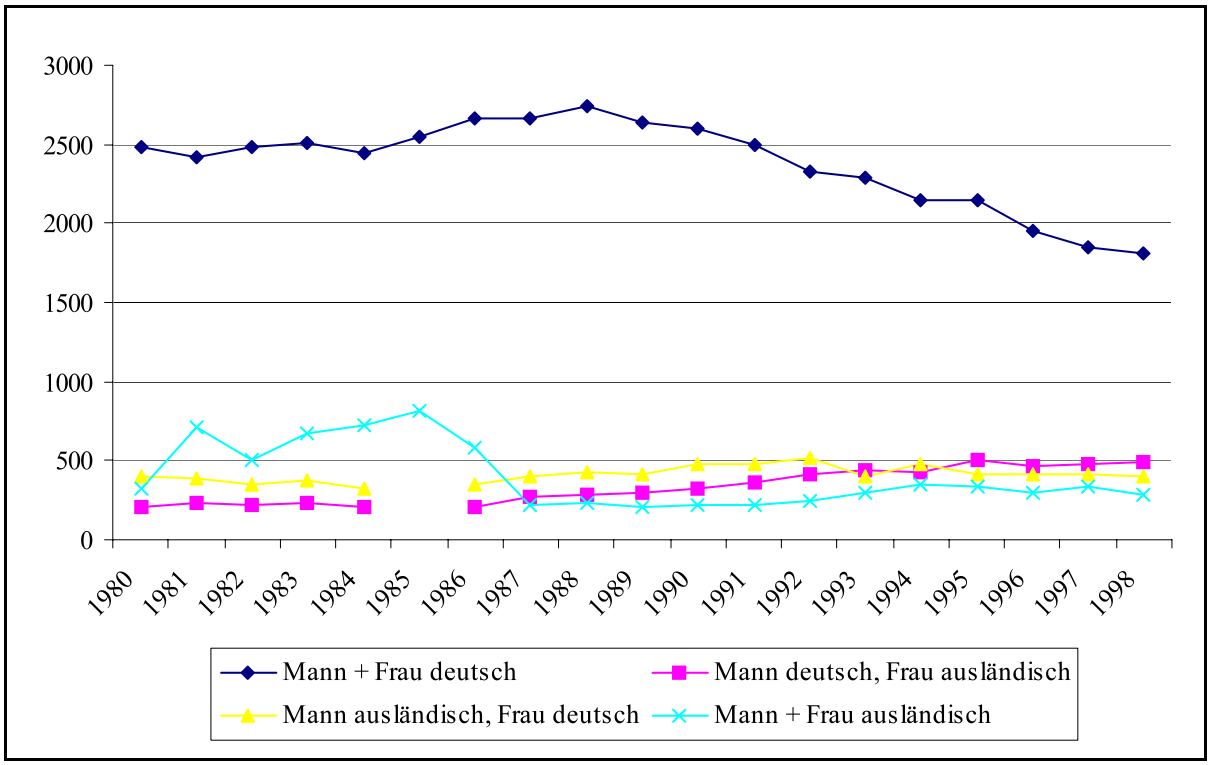
Ein weiteres Problem resultiert daraus, dass die auf der Staatsangehörigkeit basierende Bevölkerungsstatistik keine Möglichkeit bietet, zwischen bi-nationalen und interethnischen Ehen zu unterscheiden, obwohl eine solche Differenzierung wegen steigender Einbürgerungszahlen immer wichtiger wird, da viele Zuwanderer, die eine interethnische Ehe mit einheimischen Deutschen eingehen, eingebürgert sind und ihre Ehe deshalb nicht bi-national ist, weil beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

1.4.2 Die Entwicklung der Eheschließungen

Wenn man die oben genannten methodischen Probleme berücksichtigt, gestaltet sich die Interpretation der Entwicklung der Eheschließungen in Frankfurt nicht mehr so leicht wie erhofft. So ist beispielsweise der enorme Abfall rein ausländischer Eheschließungen zwischen 1986 und 1987 damit zu erklären, dass seit September 1986 Konsulatsehen nicht mehr automatisch, sondern nur noch auf Antrag der Ehegatten in das Personenstandsregister übertragen werden.

[6] Vgl. Straßburger (2001).

Grafik II.10: Eheschließungen in Frankfurt 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1981-1991

Die starke Abnahme deutsch-deutscher Ehen ist unverkennbar. Doch auch sie ist zum Teil nicht durch ein verändertes Heiratsverhalten begründet, sondern durch eine auch bei der Geburtenentwicklung festzustellende zeitliche Rückverschiebung des Heiratsalters in Kombination mit einer abnehmenden Zahl der Personen, die überhaupt heiraten könnten (Gesamtzahl der Frauen oder Männer ohne Verheiratete und ohne Personen unter 15 Jahren). Inwiefern die Heiratstendenz der deutschen Bevölkerung also tatsächlich zurückgegangen ist, lässt sich aus der allgemeinen Statistik nur sehr schwer ablesen.

Die Zahl der bi-nationalen Ehen ist hingegen rein statistisch in den letzten Jahren leicht angestiegen, wobei die Konstellation „deutscher Mann heiratet ausländische Frau" mittlerweile den umgekehrten Fall überholt hat. Während bei den ausländisch-ausländischen Ehen die Untererfassung aufgrund der Eheschließungen im Ausland oder in Auslandsvertretungen offensichtlich ist, dürften bi-nationale Ehen hier deutlich weniger Probleme verursachen. Denn vor dem Hintergrund, dass in Konsulaten keine gemischt-nationalen Ehen geschlossen werden können, bevorzugen es wohl die meisten deutsch-ausländischen Paare, nicht in einem ausländischen, sondern in einem deutschen Standesamt zu heiraten.

Über die Entwicklung der bi-nationalen Eheschließungen einzelner Zuwanderergruppen lassen sich leider keine aussagekräftigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der sozialen Integration ziehen. Denn dazu müsste man sinnvollerweise verfolgen, wie sich die Quote der bi-nationalen Eheschließungen entwickelt. Man müßte über bislang nicht vorliegende geschlechts- und nationalitätenspezifischen Daten zum Familienstand verfügen, um auf dieser Basis die Einheiratsquote zu berechnen, die den Anteil von Personen auf 1000 Angehörige der „population at risk" (Gesamtzahl der Frauen oder Männer ohne Verheiratete und ohne Personen unter 15 Jahren) der jeweiligen Staatsangehörigkeit benennt, die in einem Bezugsjahr eine deutsche Frau bzw. einen deutschen Mann geheiratet haben.

Ergänzend soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass sich die steigende Zahl deutscher Männer, die eine ausländische Frau heiraten, nicht auf Integrationseffekte, sondern vor allem auf demographisch bedingte Schwierigkeiten auf dem inländischen deutschen Heiratsmarkt zurück führen lässt. So gilt seit vielen Jahrzehnten die Regel, dass Männer bei Eheschließungen im Durchschnitt etwa drei Jahre älter als Frauen sind. Dadurch steht bei einer schrumpfenden Bevölkerung rein statistisch den 33jährigen Männern eine geringere Anzahl 30jähriger Frauen „zur Verfügung" (durchschnittlich häufigstes Heiratsalter in Frankfurt 1998). Gerade zwischen den geburtenstarken Jahrgängen Ende der 60er Jahre und den geburtenschwachen Anfang der 70er Jahre ist diese Diskrepanz besonders hoch.

Natürlich gilt nur rein statistisch, dass in diesem Fall etwa 10 Prozent der entsprechenden Männerjahrgänge keine Partnerin finden können, doch auch tatsächlich scheint sich dies auf das Heiratsverhalten deutscher Männer auszuwirken. Denn bundesweit haben Eheschließungen mit Osteuropäerinnen oder Südostasiatinnen in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Für Frankfurt lässt sich ein ähnlicher Verlauf zwar vermuten, aber nicht konkret nachweisen, denn eine Aufteilung nach einzelnen Nationalitäten ist im Statistischen Jahrbuch nicht vorhanden.

Damit bleibt festzuhalten, dass es aufgrund der erwähnten statistischen Mängel kaum möglich ist, die Entwicklung der bi-nationalen Eheschließungen zwischen deutschen und ausländischen Staatsangehörigen auf Integrationsprozesse der in Frankfurt lebenden Zuwanderer zu beziehen. Da interethnische Eheschließungen zwischen Zuwanderern und einheimischen Deutschen aber allgemein als wichtiger Indikator für soziale Integration gelten, wäre es um so aufschlussreicher Sonderberechnungen durchzuführen, bei denen wenigstens nach einzelnen Nationalitäten und deren Einheiratsquote unterschieden werden kann.

1.5 Wanderungsverhalten

Weiteren Einblick in die Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt gibt die Analyse der räumlichen Mobilität beider Bevölkerungsgruppen. Hierzu gehören Umzüge innerhalb des Stadtgebietes ebenso wie Zu- und Wegzüge, die über die Stadtgrenzen hinweg gehen. Eine Angleichung dieser unterschiedlichen Wanderungsbewegungen über einen längeren Zeitraum kann als Indikator für zunehmende Sesshaftigkeit und damit räumlich-strukturelle

Integration der Zuwanderer gewertet werden, die mit einer Verbesserung ihrer sozialen Integrationschancen im Bereich interethnischer Beziehungen einhergeht.

1.5.1 Methodische Anmerkungen

Einleitend sind zunächst einige methodische Hinweise zur Interpretation von Zu-, Weg- und Umzugsstatistiken zu geben. Bei den registrierten Wanderungen handelt es sich um Wanderungs*fälle*, nicht um wandernde *Personen*, d.h. wenn eine Person mehrmals im Jahr wandert, werden mehrere Zu- und Wegzüge registriert.

Wanderungszahlen lassen zudem keine Schlüsse darauf zu, wie dauerhaft der Zu- oder Wegzug ist. So werden beispielsweise Personen, die zuziehen, um vorübergehend in Frankfurt zu leben wie etwa ausländische Saisonarbeitnehmer ebenfalls in der Zuzugsstatistik erfasst, obwohl sie nicht zur dauerhaft in Frankfurt lebenden Bevölkerung zählen und auch nicht zum Kernbereich dieser Studie gehören.

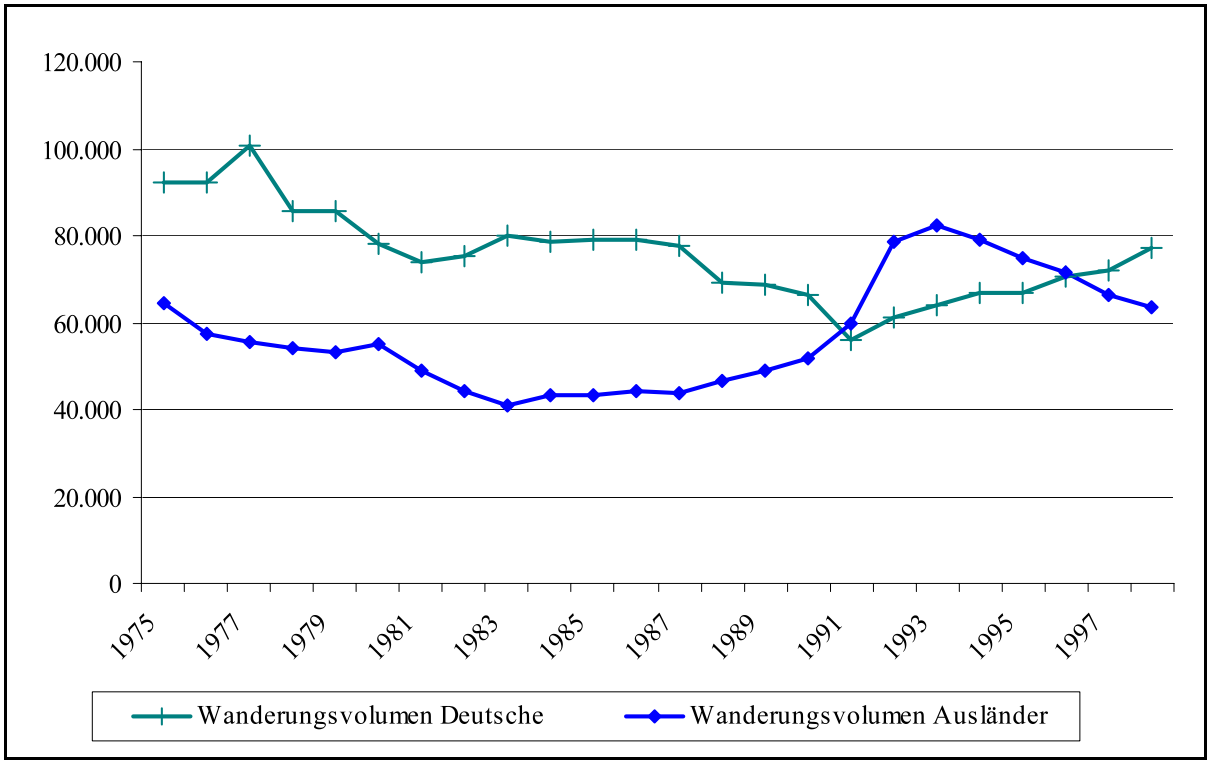
Auf der anderen Seite kommt es auch zur Unterschätzung von Wanderungen, die beispielsweise daraus resultiert, dass sich nicht alle Zuwanderer beim Einwohnermeldeamt abmelden, auch wenn sie Deutschland auf Dauer verlassen. Die Zuzugsstatistik registriert zudem bis 1993 keine Asylsuchenden, da diese erst danach melderechtlich erfasst wurden. Selbstverständlich sind auch keine Zuzüge von Personen registriert, die illegal eingereist sind.

Im folgenden untersuchen wir zunächst das Wanderungsvolumen und die Wanderungsrate und gehen dann auf Außenwanderungen und Binnenwanderungen ein.

1.5.2 Wanderungsvolumen und Wanderungsrate

Das Wanderungsvolumen kann als Indikator für die Intensität des Wanderungsgeschehens in einer Stadt angesehen werden. Es errechnet sich durch die Addition der Zu-, Weg- und Umzüge in Frankfurt in einem Jahr.

Grafik II.11: Wanderungsvolumen von Deutschen und Ausländern in Frankfurt am Main 1975 bis 1998



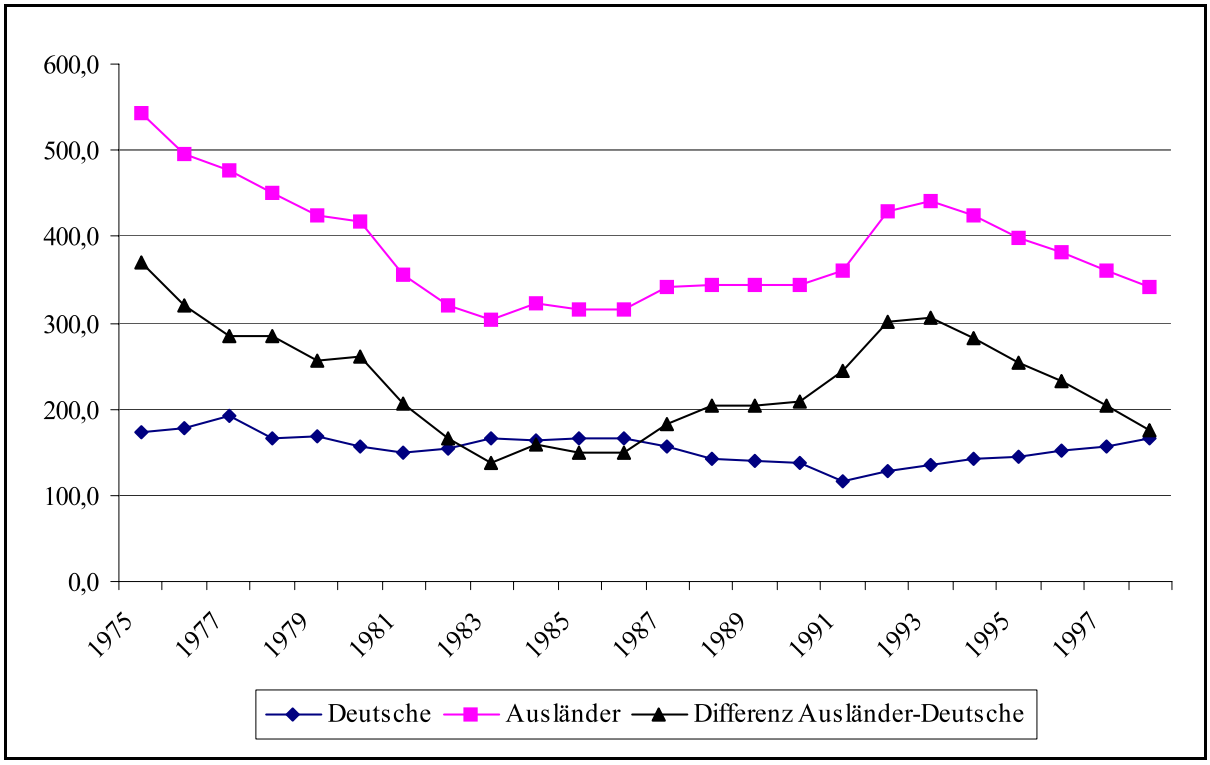
Quelle: 1975-1982: Ramb 1983 S.47, 1983-1998 eigene Berechnung aus Statistisches Jahrbuch Frankfurt

In der deutschen Bevölkerung verändern im Durchschnitt pro Jahr etwa 80.000 Personen ihren Wohnort, d.h. sie ziehen nach Frankfurt zu, von dort weg, oder verlegen ihren Wohnsitz innerhalb dieser Stadt. Ende der 80er Jahre hat sich die Zahl ihrer Wanderungen verringert und sank bis 1991 auf den tiefsten Stand (56.066). Danach aber stieg sie wieder an und erreichte schließlich 1998 mit knapp 80.000 wieder den ursprünglichen Durchschnittswert.

Bei der ausländischen Bevölkerung bewegte sich das Wanderungsvolumen zwischen 41.000 (1983) und 82.000 im Jahr 1993. Dieser Höchststand kennzeichnet eine Phase sprunghaft gestiegener Mobilität. Der Zeitraum zwischen 1991 und 1996 ist - wie sich im Lauf der weiteren Analysen immer wieder zeigen wird - von sehr starken Schwankungen des Wanderungsverhaltens gezeichnet. In dieser Phase war das Wanderungsvolumen der ausländischen Bevölkerung sogar höher als das der deutschen Bevölkerung, d.h. nicht nur in Relation zur Einwohnergröße, sondern auch in absoluten Zahlen sind in der ersten Hälfte der 90er Jahre mehr Ausländer gewandert als Deutsche.

Ein Blick auf die Wanderungsraten (Wanderungen pro 1000 Einwohner der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) verdeutlicht den außergewöhnlichen Anstieg der ausländischen Mobilität in diesem Zeitraum: 1993 betrug die Wanderungsrate bei Ausländern 440 und übertraf damit die der Deutschen (135) um ein Vielfaches.

Grafik II.12: Wanderungsrate bei Deutschen und Ausländern 1975-1998



Quelle: 1975-1982: Ramb 1983 S.47, 1983-1998 eigene Berechnung aus Statistisches Jahrbuch Frankfurt

Wenn man aber von der Ausnahmesituation der ersten Hälfte der 90er Jahre absieht und die gesamte Entwicklung seit den 70er Jahren betrachtet, so erkennt man, dass die Wanderungsmobilität der ausländischen Bevölkerung insgesamt abgenommen hat: Zwischen 1975 und 1998 sank die Wanderungsrate von 543 auf 342. Trotzdem ist die Mobilität in der ausländischen Bevölkerung immer noch deutlich größer als in der deutschen. Dort lag sie immer deutlich unter 200 und fiel 1991 sogar auf einen Tiefststand von 116. Zudem waren die Wanderungsraten in der deutschen Bevölkerung relativ stabil, während sie in der ausländischen Bevölkerung starken Schwankungen unterworfen waren.

Um die Schwankungen der ausländischen Wanderungsraten besser analysieren zu können und somit etwaige Zusammenhänge mit dem Grad der Integration erkennen zu können, müßte man die mobile Gruppe derjenigen Ausländer, die um-, zu- oder wegziehen, mit der Gruppe der-

jenigen Ausländer zu vergleichen, die ihren Wohnsitz beibehalten. So könnten sich möglicherweise Unterschiede nach Alter, Geschlecht, Familienstand oder Erwerbsstatus feststellen lassen, aus denen Rückschlüsse auf die sozio-ökonomischen Hintergründe oder auf sonstige Motive gewonnen werden könnten. Bislang fehlen allerdings entsprechende Daten über die Mobilität der ausländischen Bevölkerung.

Im folgenden werden nun die unterschiedlichen Wanderungsarten, aus denen sich das Wanderungsvolumen und die Wanderungsrate zusammensetzen, getrennt analysiert. Dabei werden Außenwanderungen (Zu- und Wegzüge über die Stadtgrenze) und Binnenwanderungen (Umzüge innerhalb der Stadt) unterschieden.

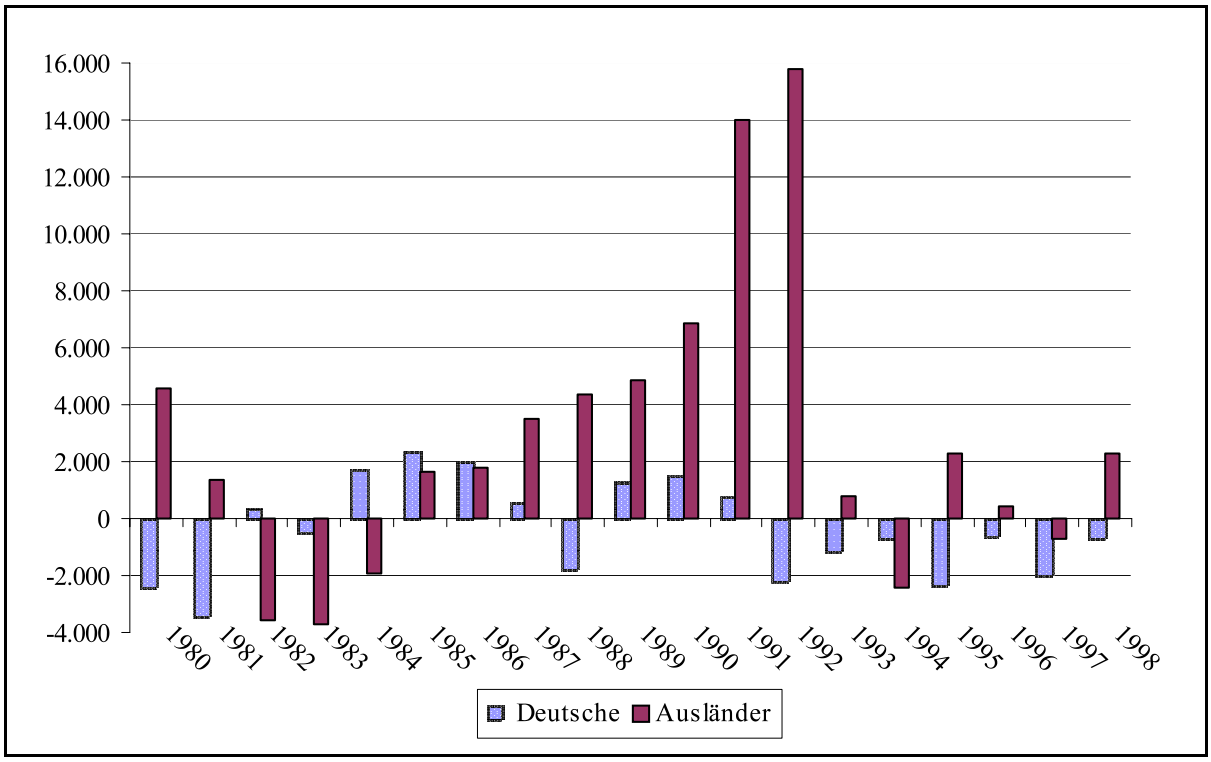
1.5.3 Außenwanderungen

Was die Außenwanderungen betrifft, so ist zu beachten, dass diese bei Ausländern in weitaus größerem Ausmaß als bei Deutschen durch Auslandswanderungen geprägt sind. Ein großer Teil der nach Frankfurt zuziehenden oder aus Frankfurt wegziehenden Ausländer kommt direkt aus dem Ausland oder verlässt die Stadt, um ins Ausland zu ziehen. Wie groß der Anteil dieser Auslandswanderungen ist, ist leider nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, dass Auslandswanderungen bei Deutschen wesentlich seltener sind, während Wegzüge ins Umland häufiger sind.

Grafik II.13 gibt Aufschluss über die Entwicklung der Außenwanderungsbilanz in beiden Bevölkerungsgruppen. Die Außenwanderungsbilanz wird durch die Addition der Zu- und Wegzüge berechnet und fällt bei Deutschen grundsätzlich schwächer aus als bei der ausländischen Bevölkerung, wo in den meisten Jahren ein wanderungsbedingter Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen ist.

Seit 1991 sind kontinuierlich mehr Deutsche von Frankfurt weg- als nach Frankfurt zugezogen. Das deutsche Wanderungsdefizit schwankt zwischen 1.000 und 2.000 Personen pro Jahr, zeigt aber im allgemeinen eine relativ gleichmäßige Entwicklung. Ganz anders dagegen das Bild bei der ausländischen Bevölkerung: Hier besteht ein allgemeiner Wanderungsüberschuss, der - wie deutlich zu erkennen ist - in der zweiten Hälfte der 80er und zu Beginn der 90er Jahre kulminierte. 1992 betrug der Zuwanderungsgewinn 15.810 Personen. Danach fiel die Wanderungsbilanz innerhalb eines Jahres steil ab, wurde zunächst defizitär und pendelt bis 1998 abwechselnd im Minus- und Plusbereich.

Grafik II.13: Außenwanderungsbilanz von Deutschen und Ausländern in Frankfurt am Main 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Tabelle II.4: Räumliche Bevölkerungsbewegung 1980 bis 1998

	insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Zuzüge	**Wegzüge**	**Bilanz**	**Zuzüge**	**Wegzüge**	**Bilanz**	**Zuzüge**	**Wegzüge**	**Bilanz**
1980	45.632	43.505	2.127	23.111	25.535	-2.424	22.521	17.970	4.551
1981	40.099	42.174	-2.075	22.255	25.709	-3.454	17.844	16.465	1.379
1982	37.246	40.458	-3.212	23.495	23.144	351	13.751	17.314	-3.563
1983	36.961	41.209	-4.248	24.771	25.296	-525	12.190	15.913	-3.723
1984	38.620	38.898	-278	24.459	22.778	1.681	14.161	16.120	-1.959
1985	40.859	36.909	3.950	25.015	22.685	2.330	15.844	14.224	1.620
1986	42.669	38.839	3.830	25.832	23.820	2.012	16.837	15.019	1.818
1987	43.097	39.037	4.060	25.401	24.853	548	17.696	14.184	3.512
1988	41.389	38.817	2.575	21.584	23.367	-1.783	19.805	15.450	4.355

	insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Zuzüge	Wegzüge	Bilanz	Zuzüge	Wegzüge	Bilanz	Zuzüge	Wegzüge	Bilanz
1989	44.362	38.230	6.132	23.235	21.981	1.254	21.127	16.249	4.878
1990	46.340	37.996	8.344	22.812	21.342	1.470	23.528	16.654	6.874
1991	48.683	33.858	14.825	17.918	17.102	816	30.765	16.756	14.009
1992	56.822	43.240	13.582	17.786	20.014	-2.228	39.036	23.226	15.810
1993	50.131	50.474	-343	18.655	19.779	-1.124	31.476	30.695	781
1994	46.864	50.039	-3.175	19.544	20.275	-731	27.320	29.764	-2.444
1995	45.760	45.778	-18	18.416	20.750	-2.334	27.344	25.028	2.316
1996	43.950	44.165	-215	19.437	20.089	-652	24.513	24.076	437
1997	42.449	45.207	-2.758	20.357	22.383	-2.026	22.092	22.824	-732
1998	45.830	44.283	1.547	22.872	23.578	-706	22.958	20.705	2.253

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

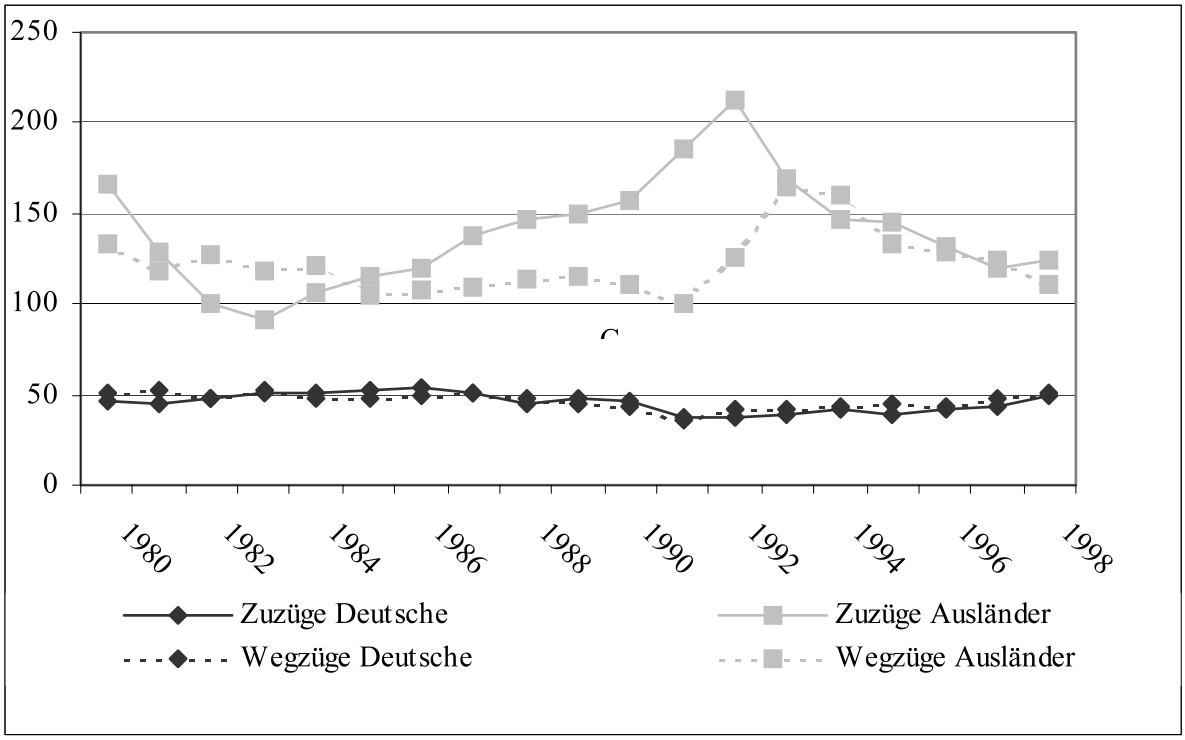
Um das Zu- und Wegzugsverhalten der deutschen und ausländischen Bevölkerung angemessen vergleichen zu können, soll nun die Außenwanderung in Relation zur Einwohnerzahl betrachtet werden. Die Außenwanderungsrate zeigt, wie viele Personen von 1.000 der jeweiligen Gesamtbevölkerung in einem Jahr zu- oder weggezogen sind. Interessant bei der Betrachtung der Wanderungsraten ist zunächst der deutliche numerische Unterschied zwischen den Außenwanderungsraten der deutschen und der ausländischen Bevölkerung. Die Raten der Deutschen sind sehr viel geringer und zudem wesentlich stabiler als die der Ausländer.

Tabelle II.5: Außenwanderungsraten 1980 bis 1998

	Zuzüge		**Wegzüge**	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
1980	46,6	166,7	51,5	133,0
1981	45,6	129,0	52,6	119,0
1982	48,5	100,7	47,7	126,8
1983	51,6	90,8	52,6	118,5
1984	51,1	106,0	47,6	120,7
1985	52,4	116,0	47,6	104,1
1986	54,3	120,5	50,1	107,4
1987	51,6	137,2	50,5	110,0
1988	44,3	146,7	47,9	114,5
1989	47,8	149,2	45,2	114,7
1990	47,1	156,5	44,1	110,8
1991	37,2	185,2	35,5	100,9
1992	37,3	212,4	42,0	126,4
1993	39,5	168,8	41,9	164,6
1994	41,7	147,0	43,3	160,1
1995	39,6	145,6	44,6	133,2
1996	41,8	131,2	43,2	128,8
1997	43,8	119,5	48,2	123,5
1998	49,2	123,6	50,7	111,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Grafik II.14: Außenwanderungsraten Deutsche und Ausländer im Vergleich 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999, eigene Berechnungen

Besonders die Zuzüge von Ausländern sind sehr variabel - seit 1983 ist zunächst ein kontinuierlicher dann ein sprunghafter Anstieg ab 1990 auf 212,4 (bzw. 40.000 Zuzüge) im Jahr 1992 zu beobachten. Seitdem sinkt die Zahl der Zuzüge zunächst wieder relativ stark bis 1994, dann kontinuierlich auf 123,6 (knapp 23.000) 1998.

Mit ca. einem Jahr Verzerrung zeigt sich eine ähnlich, aber nicht so starke Veränderung bei den Wegzügen von Ausländern. Ein recht starker Anstieg der Wegzüge von 1991 bis 1993 erreicht einen Höchststand von164,6 (30.000) Wegzüge pro Jahr. Vor 1991 ist die Zahl der Wegzüge konstant bei 100 (ca. 15.000 pro Jahr). Anfang bis Mitte der 80er Jahre zeigt sich ein Rückgang der Wegzüge, der sich wiederum bei den Zuzügen einige Jahre zuvor beobachten ließ.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die ausländische Bevölkerung bei der Außenwanderung generell mobiler ist als die deutsche. Besonders von 1991 bis ca. 1996 war die Wanderungsrate der Ausländer sehr groß. Das Wanderungsvolumen und die Mobilitätsziffer warenweit höher als in der deutschen Bevölkerung. Seit 1996 lässt sich allerdings eine Angleichung des deutschen und ausländischen Wanderungsverhaltens erkennen, was auf zunehmende Sesshaftigkeit schließen läßt und damit als Indikator für räumlich-strukturelle und indirekt auch für soziale Integration gewertet werden kann.

1.5.4 Binnenwanderungen

Tabelle II.6: Umzüge innerhalb des Stadtgebiets 1980-1998

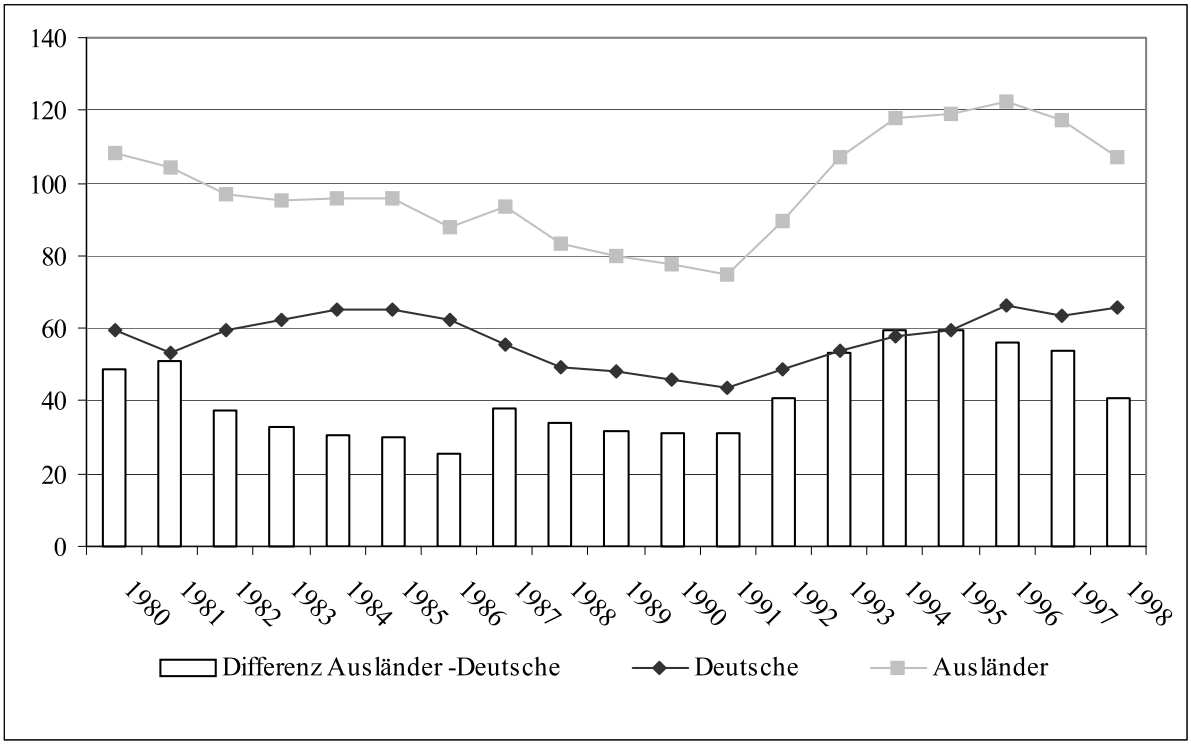
	Umzüge (innerhalb des Stadtgebietes)		
Jahr	**insgesamt**	**Deutsche**	**Ausländer**
1980	44.223	29.570	14.653
1981	40.457	26.047	14.410
1982	41.965	28.742	13.223
1983	42.693	29.901	12.792
1984	43.947	31.150	12.797
1985	44.217	31.164	13.053
1986	41.813	29.543	12.270
1987	39.338	27.302	12.036
1988	35.301	24.070	11.231
1989	34.676	23.343	11.333
1990	33.923	22.284	11.639
1991	33.493	21.046	12.447
1992	39.794	23.306	16.488
1993	45.462	25.473	19.989
1994	49.105	27.220	21.885
1995	50.096	27.735	22.361
1996	53.815	30.884	22.931
1997	51.068	29.418	21.650
1998	50.500	30.632	19.868

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Nicht nur die Wanderung über die Grenzen der Stadt hinweg, sondern gerade auch die Umzüge innerhalb der Stadt können durch Aspekte von Integration mitbestimmt sein. Nach der ersten Eingewöhnungszeit in einer fremden Stadt kann die Suche nach einer neuen Wohnung, um z.B. näher am Arbeitsplatz, billiger oder komfortabler zu wohnen, Umzüge in einen anderen Ortsteil bedingen.

Zunächst ist offensichtlich, dass die Binnenwanderung von Ausländern bei weitem nicht so stark variiert wie die Außenwanderung. Von 1980 bis 1990 zogen jährlich etwa 15.000 Ausländer innerhalb des Stadtgebietes um. Ab 1991 stieg die Anzahl der Umzüge sehr deutlich auf bis zu 23.000 Umzüge 1996, also eine Steigerung um 84,2 Prozent.

Grafik II.15: Binnenwanderungsrate von Deutschen und Ausländern 1980-1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Vergleicht man die Binnenwanderungsraten von Deutschen und Ausländern, so erkennt man die deutlich höhere Mobilität der Ausländer (wie auch in der Außenwanderung). Im Zeitraum 1980 bis 1998 lag die Binnenwanderungsrate von Ausländern 1,7 mal so hoch wie die der Deutschen (1998: 107 bei Ausländern, 66 bei Deutschen).

Im Gegensatz zu den Außenwanderungsraten zeigt sich im betrachteten Zeitraum bei der Binnenwanderung von Deutschen und Ausländern ein ähnlicher Verlauf der Kurven, mit zwei Einschränkungen: die Raten der Ausländern sind konstant höher und sie reagieren intensiver: zwar steigen seit 1991 auch die Umzugsraten bei Deutschen, aber die der Ausländer wesentlich deutlicher. Seit etwa vier Jahren allerdings verringert sich die Differenz der Umzugsraten zwischen Deutschen und Ausländern. Damit läßt sich auch in diesem Bereich ein Hinweis auf zunehmende räumlich-strukturelle Integration erkennen.

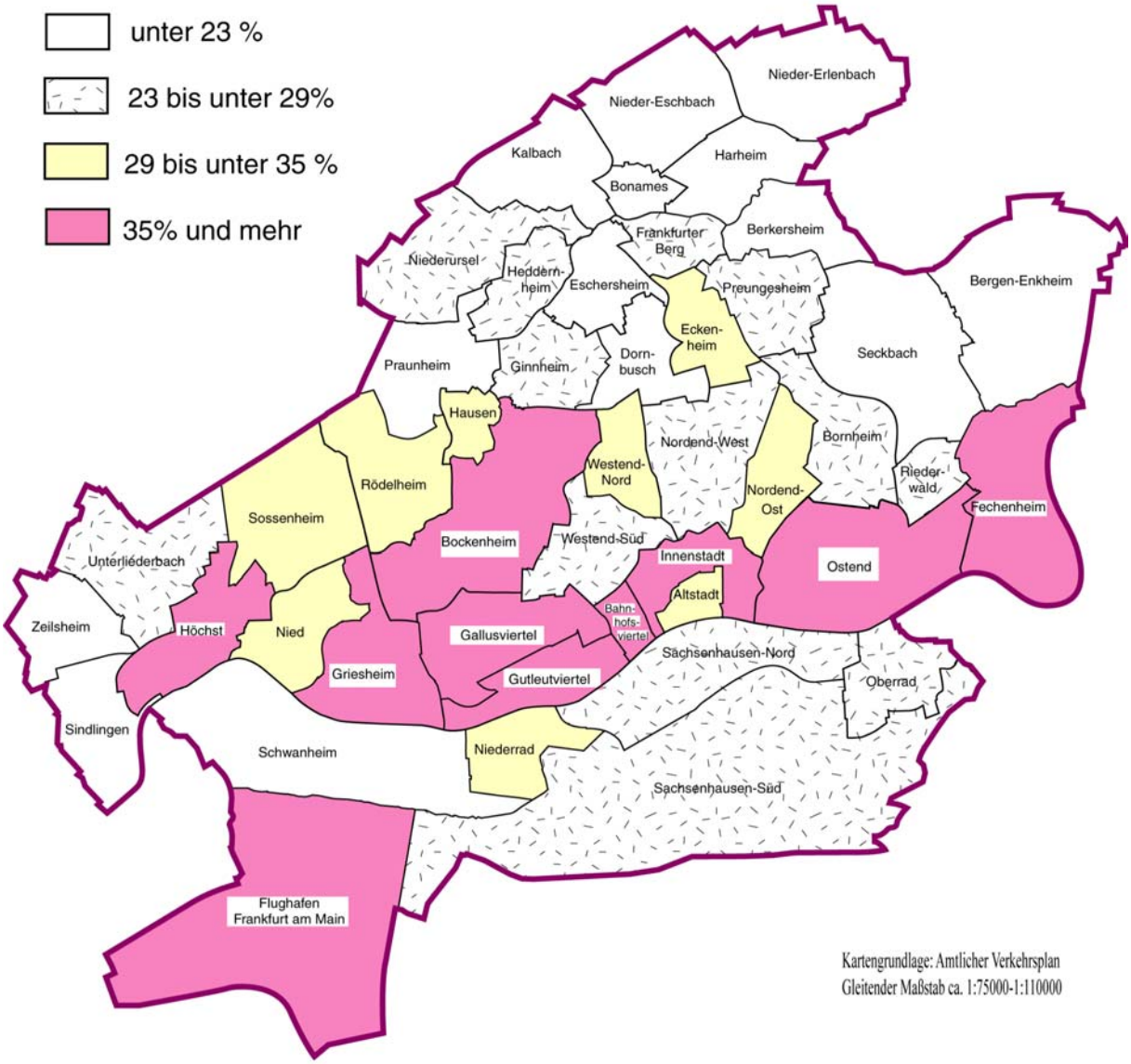
Die Binnenwanderung verläuft wesentlich ruhiger als die Außenwanderung. Außerdem ist die Differenz zwischen dem Wanderungsverhalten bei Ausländern und Deutschen bei der Binnenwanderung am geringsten. Vergleicht man das Wanderungsverhalten von Deutschen und Ausländern anhand der Differenzen der Wanderungsraten, dann zeigt sich eine deutliche Annäherung von ausländischem und deutschem Wanderungsverhalten, wobei die Zuzüge generell am unstabilsten und die Umzüge innerhalb des Stadtgebietes am stabilsten sind. Generell zeichnen sich integrative Tendenzen ab.

1.6 Räumliche Verteilung

Die räumliche Verteilung der ausländischen Wohnbevölkerung in Frankfurt folgt generell einem Muster, das auch für andere Großstädte typisch ist: Die höchste Konzentration findet sich in innenstadtnahen Altbauvierteln von relativ geringem Wohnstatus mit kleingewerblicher Mischnutzung. Für Frankfurt bedeutet dies, dass die nördlich des Mains gelegenen Bahnhofsviertel (69 % Ausländeranteil), Gutleutviertel (55 %) Innenstadt und Gallusviertel (beide 48 %) die höchsten Werte aufweisen. Einen Sonderfall stellt das Flughafengebiet dar, das nominell mit 73 Prozent Ausländeranteil zwar die Spitze darstellt, aber mit lediglich 425 dort gemeldeten Personen und den besonderen Bedingungen sich ohnehin einer Kategorisierung entzieht. Den geringsten Ausländeranteil in Frankfurt weisen mit Harheim (11 %), Nieder-Erlenbach und Kalbach (13 %; alle Zahlenangaben für den 31.12.1998) am nördlichen Stadtrand gelegene Siedlungen auf, die in den 70er Jahren eingemeindet wurden.

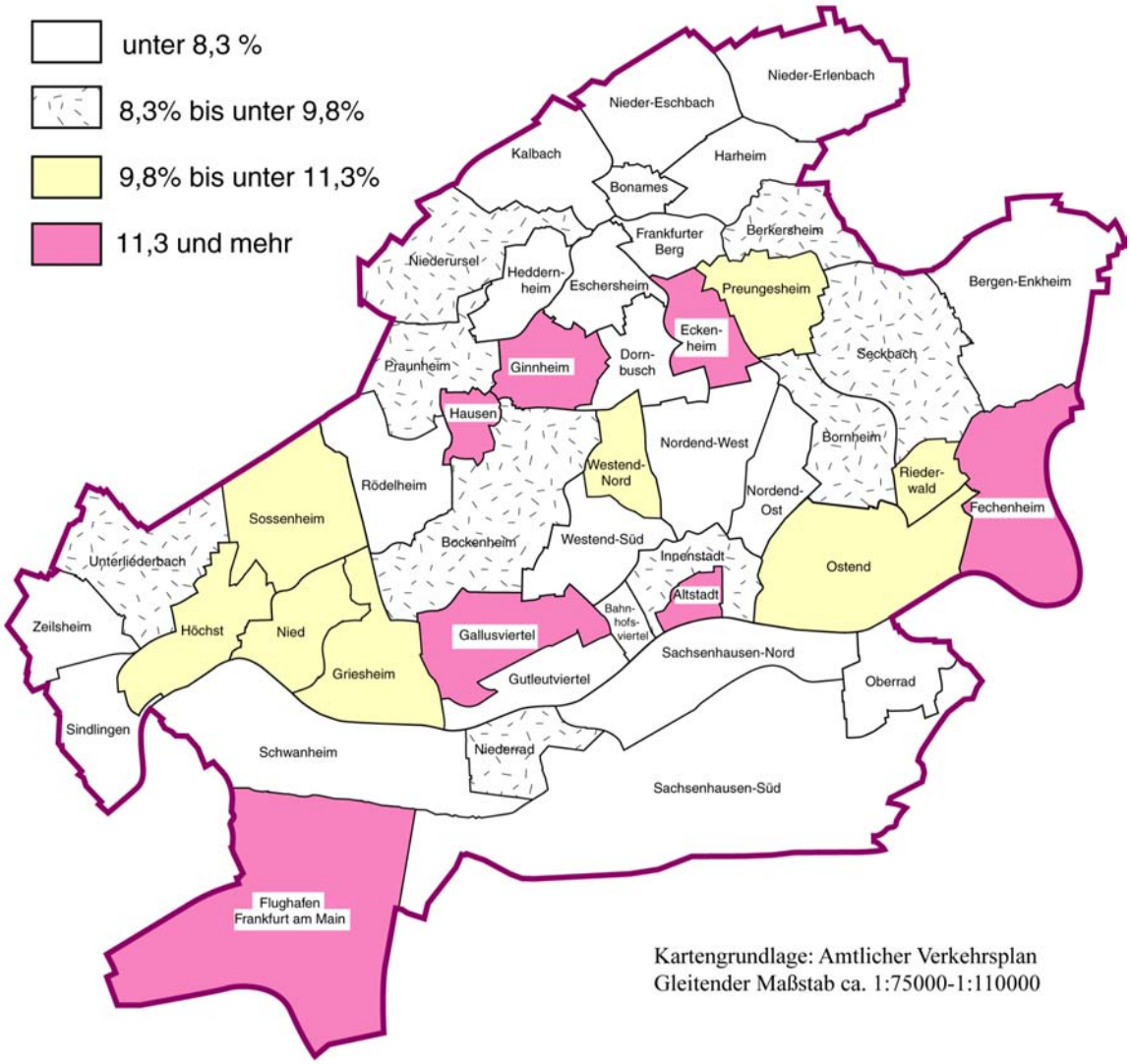
Die Veränderung des Ausländeranteils zwischen 1987 und 1998 bringt hingegen ganz andere Stadtviertel in den Vordergrund, und auch dies ist nicht überraschend. Der soziale Wandel erfolgt nämlich meistens - wenn kurzfristig zu beobachten - nicht auf der Basis größerer zusammenhängender Gebiete, sondern relativ kleinräumig in bestimmten Häuserblöcken. Insofern sind hier auch weniger die hochverdichteten Wohnbezirke um die City herum betroffen als vielmehr weiter entfernt gelegene Stadtviertel wie Hausen, Ginnheim, Eckenheim oder Fechenheim mit ihrer eher heterogenen Bebauungsstruktur. Insofern ist dort nicht unbedingt die allgemein starke Erhöhung des Ausländeranteils bedeutsam, sondern die punktuelle Konzentration sozialer Ungunstlagen.

Karte II.1: Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung nach Ortsteilen



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999, eigene Berechnung

Karte II.2: Veränderung des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung nach Ortsteilen 1987-1998



Quelle: Volkszählung am 25.5.1987, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999, eigene Berechnung

1.7 Fazit

Zusammenfassend läßt sich hinsichtlich der Entwicklung und der Struktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Frankfurt festhalten, dass langfristig eine demographische Angleichung bzw. Integration im Bereich der Altersverteilung stattfindet. Ein Vergleich des Billeter J-Alterungsmaßes über den Zeitraum 1973 bis 1998 zeigt, dass die ausländische Bevölkerung zwar deutlich jünger ist als die deutsche, aber dass sie gleichzeitig wesentlich schneller altert.

Auch die Verhaltensweisen im Bereich der Geburten lassen deutliche Annäherungen erkennen, die auf fortschreitende kulturelle Integration bezüglich der Familiengründung schließen lassen. So hat sich die Fertilitätsrate der ausländischen Bevölkerung an die der deutschen angenähert. Außerdem hat sich das Alter der Mutter bei der Geburt ebenso wie in der deutschen Vergleichsgruppe nach hinten verlagert. Ausländische Mütter sind aber immer noch durchschnittlich vier Jahre jünger als deutsche. Die Aussagekraft dieser Veränderungen ist jedoch durch die Qualität der statistischen Daten stark eingeschränkt. Insgesamt ist aber eine Angleichung im Bereich familiärer Lebensführung festzustellen, die auf kulturelle Integration hindeutet.

Besonders gravierend macht sich die mangelhafte Datenlage bezüglich der Entwicklung von Eheschließungen zwischen Zuwanderern und Deutschen bemerkbar. Zwar ist ein Anstieg der Gesamtzahl deutsch-ausländischer Ehen zu verzeichnen, aber man kann daraus keine Rückschlüsse auf eine größere Vorliebe für interethnische Ehen ableiten, die auf steigende soziale Integration im Bereich privater Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen hindeuten würde. Denn dazu müßte man die Entwicklung der Einheiratsquote verfolgen, mit deren Hilfe gezeigt wird, wie groß der Anteil derjenigen Zuwanderer ist, die eine Ehe mit Deutschen eingehen. Entsprechende Sonderberechnungen würden diesen Indikator sozialer Integration zur Verfügung stellen.

Was schließlich das Wanderungsverhalten betrifft, so weist die ausländische Bevölkerung immer noch eine weit stärkere Außenwanderung auf als die deutsche. Aber nach den hochmobilen Jahren in der ersten Hälfte der 90er Jahre lässt sich seit 1996 eine Angleichung an die deutsche Bevölkerung erkennen. Die Binnenwanderung der Ausländern variiert weit weniger stark als die Außenwanderung und seit etwa vier Jahren nähern sich die Umzugsraten der ausländischen Bevölkerung an die der deutschen an, was als Indikator für räumlich-strukturelle und indirekt auch für soziale Integration gewertet werden kann.

Insgesamt gibt die Analyse der Bevölkerungsentwicklung und -struktur viele Hinweise darauf, dass die Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt einen positiven Verlauf nimmt.

2. Einbürgerung

(unter Mitarbeit von Claudia Köhler)

Der Einbürgerung kommt im Bereich der strukturellen Integration von Migranten und Migrantinnen in die deutsche Gesellschaft eine wichtige Bedeutung zu. Durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit bzw. die zusätzliche Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit ist der Abschluss des rechtlichen Integrationsprozesses erreicht. Eingebürgerte Migranten und Migrantinnen sind als Mitglieder des politischen Gemeinwesens den Angehörigen der Aufnahmegesellschaft rechtlich gleichgestellt: Sie können aktiv und passiv politisch partizipieren, verfügen über ein unentziehbares Bleiberecht und genießen diplomatischen und konsularischen Schutz. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bedeutet somit einen Ressourcenzuwachs und erhöht die Bandbreite sozialer und beruflicher Chancen. Ein Anstieg der Einbürgerungen ist als Zunahme der rechtlichen Integration zu werten. Man kann zudem davon ausgehen, dass die rechtliche Gleichstellung sich positiv auf andere Bereiche der strukturellen Integration (Wohnen, Bildung, Arbeit, Soziales) auswirkt.

2.1 Alte Rechtsgrundlagen der Einbürgerung

In diesem Teil wird ein Überblick über die *alten, nicht mehr gültigen* Rechtsgrundlagen zur Einbürgerung gegeben, da sich die folgenden sekundäranalytischen Auswertungen auf einen Zeitraum beziehen, zu dem die neuen, seit dem 1.1.2000 geltenden Rechtsvorschriften noch nicht in Kraft waren. Wir halten es für sinnvoll, diese einführenden juristischen Anmerkungen zu machen, da sich feststellen lässt, dass die Änderungen der Rechtsgrundlagen jeweils Änderungen des Einbürgerungsverhaltens zur Folge hatten.

Grundsätzlich sahen die Rechtsgrundlagen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft zwei Formen von Einbürgerung vor: Einbürgerung aufgrund eines Rechtsanspruchs des Einzubürgernden (Anspruchseinbürgerungen) und Ermessenseinbürgerungen. Die Voraussetzungen zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft haben sich im Laufe der Jahre mehrmals geändert.

Die deutsche Staatsangehörigkeit konnte zugeschrieben oder erworben werden. Wem die deutsche Staatsangehörigkeit zugeschrieben wurde, entschied das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz (RUStAG), das im Jahr 1914 in Kraft trat, danach aber mehrfach novelliert wurde. Das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht war durch das ius sanguinis geprägt. Anknüpfungspunkt für den Erwerb der Staatsangehörigkeit bei der Geburt war die Abstammung.

Das bewirkte, dass für Personen deutscher Abstammung - gleichgültig, ob sie innerhalb der Staatsgrenzen lebten oder nicht - Rechtsanspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit bestand. Es bewirkte auch, dass der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung für Personen nicht-deutscher Herkunft an mehr oder weniger hohe Hürden geknüpft wurde. Die Offenheit gegenüber Deutschstämmigen ging demnach einher mit einer relativen Geschlossenheit gegenüber Nicht-Deutschen.

Einbürgerungen von Ausländern erfolgten in Deutschland entweder auf Grundlage des RUStAG oder des Ausländergesetzes (AuslG). Im Gegensatz zur Einbürgerung nach Ermessen (nach RUStAG) waren bei Anspruchseinbürgerungen (nach AuslG) die Voraussetzungen in der Regel präzise umrissen.

Bis einschließlich 1990 lag die Entscheidung über eine Einbürgerung nach dem RUStAG grundsätzlich im Ermessen der zuständigen Behörde. Erst mit der 1991 eingeführten erleichterten Einbürgerung nach §§ 85 und 86 AuslG wurde für bestimmte Gruppen der ausländischen Wohnbevölkerung die Möglichkeit der Anspruchseinbürgerung geschaffen. Erstmalig trat damit ein Regelanspruch auf Einbürgerung für Personen in Kraft, die nicht-deutscher Abstammung sind. Er wurde 1993 mit dem Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften in einen Rechtsanspruch umgewandelt. Während § 85 AuslG als Integrationshilfe auf die zweite und dritte Migrantengeneration abzielte, wandte sich der Gesetzgeber mit § 86 AuslG an bereits seit langer Zeit Ansässige, also hauptsächlich an die Generation der angeworbenen Arbeitsmigranten und -migrantinnen.

Durch den Rechtsanspruch und die deutliche Senkung der Anforderungen an die Bewerber sollten Einbürgerungen als Abschluss eines Integrationsprozesses gezielt gefördert werden. Diejenigen ausländischen Staatsangehörigen, die die durch das Ausländergesetz geforderten Voraussetzungen nicht erfüllten, hatten die Möglichkeit, sich nach § 8 bzw. § 9 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsrechts (RUStAG) einbürgern zu lassen.

Mit der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts vom1.1.2000 wurde teilweise vom Prinzip des ius sanguinis abgewichen und erstmals Elemente des ius soli integriert. Nun haben in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Dabei ist auch die doppelte Staatsangehörigkeit zugelassen, doch mit der Volljährigkeit müssen sich diese Kinder für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Zudem wurde die Aufenthaltsdauer für eine Einbürgerung von fünfzehn auf acht Jahre reduziert. Die Fristen für die Miteinbürgerung von minderjährigen Kindern und Ehegatten wurden ebenfalls verkürzt.

2.2 Entwicklung der Einbürgerungen

Mit der Zuwanderung zahlreicher Spätaussiedler sind die Anspruchseinbürgerungen stark gestiegen. Ihre Zahl lag aber schon seit 1975 höher als die der Ermessenseinbürgerungen. Nun war zu erwarten, dass die Anspruchseinbürgerungen ab 1991 mit Einführung der erleichterten Einbürgerung nach §§ 85 und 86 AuslG weiter steigen würde. Doch wegen Ungenauigkeiten bei der statistischen Zuordnung der einzelnen Einbürgerungsarten zu Beginn der 90er Jahre geht kein eindeutiger Sprung mit der Einführung der erleichterten Einbürgerung aus der Statistik hervor.[7]

[7] Vgl. die methodenkritischen Hinweise bei Lederer (1997:58).

Die Erleichterung von Einbürgerungen hatte auch in Frankfurt am Main erst zeitversetzt eine Erhöhung der Einbürgerungszahlen zur Folge. Wie die folgende Übersicht zeigt, hat sich die Einbürgerungsquote (Einbürgerungen je 100 Ausländer) in der zweiten Hälfte der 90er Jahre sprungartig erhöht und stagnierte danach bei einem Wert, der jährlich knapp zwei Prozent der ausländischen Bevölkerung entsprach.[8]

Tabelle II.7: Entwicklung der Einbürgerungsquote in Frankfurt am Main 1992-1998

	1992	**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**
Einbürgerungen je 100	0,53	0,63	0,89	1,36	1,94	1,96	1,92

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1999, eigene Berechnungen

Insgesamt wurden zwischen 1990 und 1998 rund 19.000 Personen eingebürgert. Das entspricht mehr als 10 Prozent der ausländischen bzw. rund 4 Prozent der deutschen Bevölkerung. Man kann demnach davon ausgehen, dass mindestens zehn Prozent der Zuwanderer nicht in Statistiken über ausländische, sondern in Statistiken über deutsche Staatsangehörige berücksichtigt sind. Dieser Anteil dürfte sich mittlerweile weiter erhöht haben. In forschungspraktischer Hinsicht geht dies mit steigenden Defiziten der Aussagekraft einher, die amtliche Statistiken bezüglich der Integration von Zuwanderern und Deutschen haben.

Wie Tabelle II.8 zeigt, ist insgesamt ein erheblicher Anstieg bei den Anspruchseinbürgerungen im Jahr 1994 festzustellen, der sich bis 1996 fortsetzt und in den darauffolgenden Jahren stagniert. Mit zeitversetzter Wirkung kann der plötzliche Anstieg als Folge der Gesetzesänderung im Jahr 1993 gesehen werden, die insbesondere Anspruchseinbürgerungen erleichtert. Bei dem Vergleich der unterschiedlichen Altersgruppen fällt auf, dass besonders in der Gruppe der 18 bis 45-jährigen ein hoher Anstieg an Einbürgerungen ab dem Jahr 1994 erfolgte. Dies lässt sich auf die veränderte Gesetzgebung zurückführen, die insbesondere für diese Altersgruppe Erleichterungen einführte.

[8] Statistisches Jahrbuch 1999; eigene Berechnungen.

Tabelle II.8: Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen nach ausgewählten Altersgruppen 1992-1998

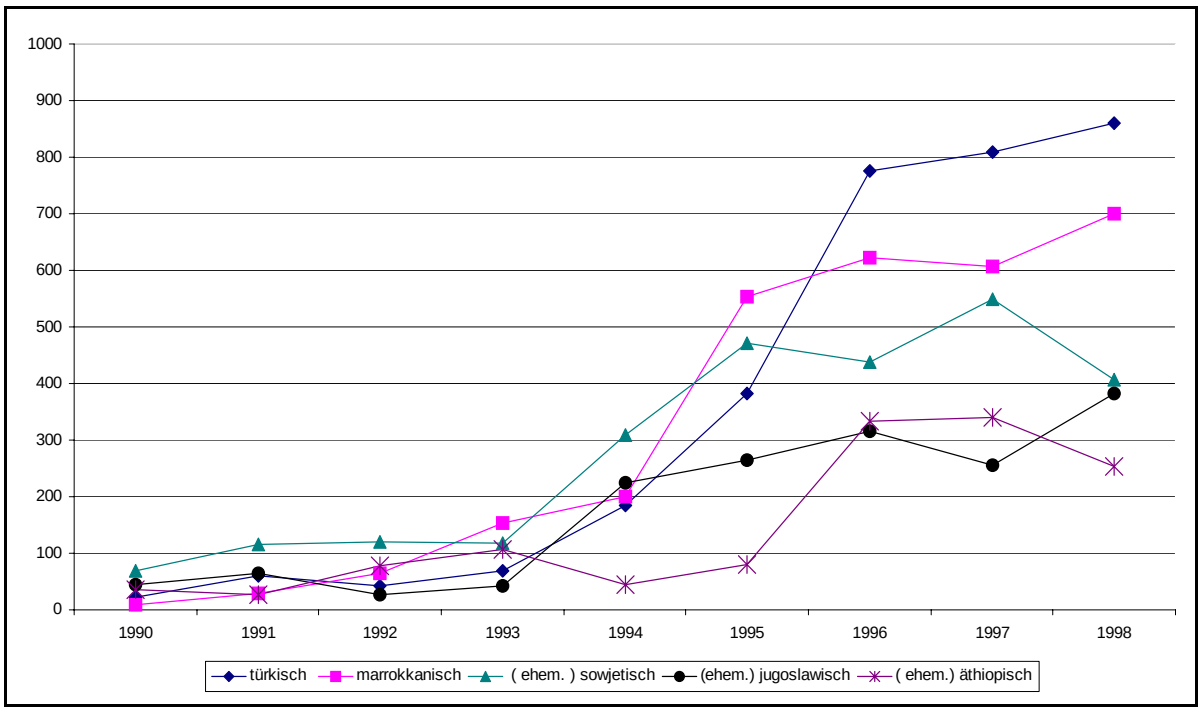
Alter von ... bis ....unter Jahren	**Anspruchseinbürgerungen**						
	1992	**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**
insgesamt	325	284	1168	1690	2156	2186	2136
davon:							
bis unter 18	72	71	261	263	260	301	244
18 bis unter 45	160	119	610	954	1342	1322	1352
45 bis unter 65	59	70	257	407	499	492	492
65 und älter	34	24	40	66	55	71	48
	in Prozent						
bis unter 18	22,2	25,0	22,3	15,6	12,1	13,8	11,4
18 bis unter 45	49,2	41,9	52,2	56,4	62,2	60,5	63,3
45 bis unter 65	18,2	24,6	22,0	24,1	23,1	22,5	23
65 und älter	10,4	8,5	3,5	3,9	2,6	3,2	2,2

Alter von ... bis ....unter Jahren	**Ermessenseinbürgerungen**						
	1992	**1993**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**
insgesamt	655	893	501	880	1476	1452	1433
davon:							
bis unter 18	208	270	249	533	914	898	873
18 bis unter 45	354	464	202	308	502	485	504
45 bis unter 65	81	143	46	38	54	61	52
65 und älter	12	16	4	1	6	8	4
	in Prozent						
bis unter 18	31,8	30,2	49,7	60,6	61,9	61,8	60,9
18 bis unter 45	54,0	52,0	40,3	35,0	34,0	33,4	35,2
45 bis unter 65	12,4	16,0	9,2	4,3	3,7	4,2	3,6
65 und älter	1,8	1,8	0,8	0,1	0,4	0,6	0,3

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt in: Statistisches Jahrbuch 1999, eigene Berechnung

Bei den Ermessenseinbürgerungen ist 1994 zunächst ein Rückgang und erst ab dem Jahre 1996 ein deutlicher Anstieg zu erkennen. Der Rückgang 1994 ist darauf zurückzuführen, dass die Einbürgerungsarten statistisch neu zugeordnet wurden.[9] In der Gruppe der unter 18-jährigen nimmt die Zahl der Einbürgerungen jedoch bereits ab 1994 zu. Dies könnte indirekt mit der erleichterten Einbürgerung für diejenigen Ausländer zusammenhängen, die schon länger in Deutschland leben. Denn deren Einbürgerung erleichtert wiederum die Ermessenseinbürgerung ihrer minderjährigen Kinder.

Grafik II.16: Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1990-1998



[9] Lederer (1997:58).

Tabelle II.9: Einbürgerungen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1990-1998

		darunter mit vorheriger Staatsangehörigkeit *				
Jahr	**Einbürgerungen insgesamt**	**türkisch**	**marokkanisch**	**sowjetisch**	**(ehem.) jugoslawisch**	**äthiopisch**
1990	716	22	9	69	44	36
1991	932	61	30	116	64	27
1992	980	42	65	120	26	77
1993	1177	69	154	118	43	106
1994	1669	184	200	309	224	45
1995	2570	382	554	472	265	81
1996	3632	775	623	437	315	334
1997	3638	810	607	548	256	339
1998	3569	859	700	407	382	254

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt in: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

* Staatsangehörigkeit absteigend sortiert nach Zahlen des aktuellen Jahres.

Bei allen dargestellten Nationalitäten ist ein deutlicher Anstieg der Einbürgerungen nach der Gesetzesänderung von 1993 zu erkennen. Allerdings hat sich im Lauf der Zeit die Zusammensetzung des eingebürgerten Personenkreises erheblich verändert. So lag 1990 mit 69 Einbürgerungen die Bevölkerung aus der ehemaligen Sowjetunion an der Spitze. Nach 1993 nahmen die Einbürgerungen von Personen aus anderen Herkunftsländern stark zu.

Dies betrifft insbesondere die türkische Migrantenbevölkerung, die vor 1994 trotz ihrer Größe jeweils deutlich weniger als hundert Einbürgerungen zu verzeichnen hatte. Danach stieg die Zahl der Einbürgerungen enorm an. Das lag nicht zuletzt an einer Änderung des türkischen Staatsangehörigkeitsrechts vom Juni 1995. Seither werden türkische Staatsangehörige auch dann aus der Staatsangehörigkeit entlassen, wenn sie ihren Wehrdienst noch nicht abgeleistet haben.

Bis 1998 steigerte sich die jährliche Zahl der Einbürgerungen von Angehörigen der türkischen Bevölkerung auf mehr als 850. Seit 1996 stellen sie die Gruppe mit den höchsten absoluten Einbürgerungszahlen. Sie haben damit die marokkanische Bevölkerung überholt, die seither an zweiter Stelle liegt.

Ein anderes und hinsichtlich der Aussagekraft zur Entwicklung der rechtlichen Integration wesentlich aussagekräftigeres Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Einbürgerungsquoten in bezug auf jeweils 100 Einwohner der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Denn bei der Berechnung der Einbürgerungsquote wird berücksichtigt, dass die Migrantengruppen jeweils verschieden groß sind.

Tabelle II.10: Entwicklung der Einbürgerungsquote ausgewählter Staatsangehörigkeiten 1990-1998 (in Prozent)

Jahr	türkisch	marokkanisch	(ehem.) jugo-slawisch
1990	0,07%	0,11%	0,16%
1991	0,18%	0,34%	0,18%
1992	0,12%	0,70%	0,06%
1993	0,19%	1,62%	0,09%
1994	0,51%	2,11%	0,48%
1995	1,04%	6,05%	0,56%
1996	2,10%	7,04%	0,69%
1997	2,23%	7,20%	0,59%
1998	2,37%	8,75%	0,94%

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt in: Statistisches Jahrbuch 1999, eigene Berechnung

Hier steht die Gruppe der Marokkaner eindeutig an erster Stelle der Einbürgerungen. Ihre Einbürgerungsquote hat sich von 1994 bis 1995 fast verdreifacht (von 2 % auf 6 %) und erreichte 1998 schließlich 8,75 Prozent. Diese vergleichsweise hohe Quote lässt sich u.a. damit erklären, dass in fast allen Fällen bei der Einbürgerung die Beibehaltung der marokkanischen Staatsbürgerschaft hingenommen wird. Bei den anderen dargestellten Gruppen ist dies nur zum Teil der Fall. So wurde beispielsweise bei Personen vormals türkischer Staatsangehörigkeit 1994 nur bei 13 Prozent der Einbürgerungen Mehrstaatigkeit hingenommen, hingegen bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 85 Prozent der Einbürgerungen.[10]

Die Einbürgerungsquote der jugoslawischen Gruppe unterliegt dennoch nur einer langsamen Steigerung, was vermutlich daran liegt, dass sich die Größe der jugoslawischen Bevölkerung durch bürgerkriegsbedingte Zuwanderung zeitweise stark erhöht hat.

Die Einbürgerungsquote der türkischen Bevölkerung hat sich seit 1993 mehr als verzehnfacht, und entspricht mittlerweile in etwa der durchschnittlichen Einbürgerungsquote aller Ausländergruppen.

Was die Akzeptanz doppelter Staatsangehörigkeiten betrifft, so ist festzuhalten, dass Ermessenseinbürgerungen grundsätzlich nur unter Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft erfolgen. Denn das deutsche Einbürgerungsrecht ist vom Grundsatz der Vermeidung von Mehrstaatigkeit geprägt. Doch es lässt auch Ausnahmen zu und entsprechend weist das Einwohnerregister der Stadt Frankfurt am Main 26.800 Personen auf, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen (Stand: Ende Januar 1999).

[10] frankfurter statistische berichte 1´96:33

Die meisten dieser Doppelstaatler sind deutsche und polnische Staatsangehörige (4.588). Es folgen Personen, die neben der deutschen auch die marokkanische (2.994), türkische (1.920), rumänische (1.538), italienische (1.160), kasachische (1.099), russische (1.039) oder amerikanische (1.015) Staatsangehörigkeit innehaben.[11]

Bei einem Großteil der Personen, die neben der deutschen auch die Staatsangehörigkeit eines osteuropäischen Staates besitzen, dürfte es sich um Spätaussiedler handeln, die oft zumindest für eine Übergangszeit ihre bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten. Gerade was diese Personengruppe anbelangt, ist zudem anzumerken, dass die Aufgabe einer früheren Staatsangehörigkeit nicht meldepflichtig ist. Deshalb weist das Melderegister möglicherweise mehr Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit auf, als es der Realität entspricht.

2.3 Fazit

Die starke Zunahme der Einbürgerungen lässt auf fortschreitende Integration im rechtlichen Bereich schließen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Nationalitäten, die weniger auf den jeweiligen Grad der Integration, als vielmehr auf den unterschiedlichen Rechtsstatus der verschiedenen Nationalgruppen (z.B. EU-Zugehörigkeit) und auf die unterschiedlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung (z.B. Hinnahme von Mehrstaatigkeit) zurückzuführen sind.

Zu beachten ist ferner, dass mit der Einbürgerung zwar die rechtliche Integration vollendet ist, und dass die rechtliche Gleichstellung die Integration in den übrigen Bereichen der strukturellen Integration (Wohnen, Bildung, Arbeit, Soziales) unterstützen kann, sie ist aber nur ein Element der Integration.

3. Bildung

Bildung und Ausbildung haben einen zentralen Stellenwert für die strukturelle, kulturelle und soziale Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Denn sie vermitteln einerseits die Kenntnisse, die für die Integration ins Berufsleben ausschlaggebend sind und die zur kulturellen Integration beitragen. Ein qualifizierter Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung sind entscheidend für die Aufstiegschancen und die dauerhafte Integration von Zuwanderern in die deutsche Gesellschaft. Daneben sind Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen wichtige Orte der Begegnung zwischen Zuwanderern und Deutschen und unterstützen damit die soziale Integration im Bereich der privaten Beziehungen.

Da zudem für dienstleistungsintensive Städte wie Frankfurt am Main die berufliche Qualifikation ihrer Bevölkerung immer wichtiger wird, um die Leistungsfähigkeit im globalen Wettbewerb zu erhalten, kommt der Ausbildung junger Menschen großes Gewicht zu. Angesichts des hohen Zuwandereranteils liegt es auch im wirtschaftlichen Interesse der Kommune, die Eingliederung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund in Kindergarten, Schule, Berufsausbildung und Hochschule zu intensivieren.

[11] Frankfurter Statistik Aktuell 12/99

Am 15.9.1998 besuchten 20.896 ausländische Schüler und Schülerinnen allgemeinbildende Schulen in Frankfurt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schülerschaft betrug 35 Prozent. Unter ihnen sind sowohl ausländische Schüler , die in Frankfurt geboren sind und deren Familien seit langem in Deutschland leben, als auch Kinder und Jugendliche, die als so genannte Seiteneinsteiger an die Schulen kamen.

Der überwiegende Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler hatte die Staatsangehörigkeit der Türkei (31 %), der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien (18 %), Italiens (10 %) und Marokkos (9 %). Die Schüler und Schülerinnen mit einer griechischen (3 %), spanischen (2 %) oder portugiesischen (2 %) Staatsangehörigkeit machen nur einen kleinen Teil der ausländischen Schülerschaft aus.

Tabelle II.11: Ausländische Schüler nach ausgewählten Nationalitäten in Prozent von 1978-1998

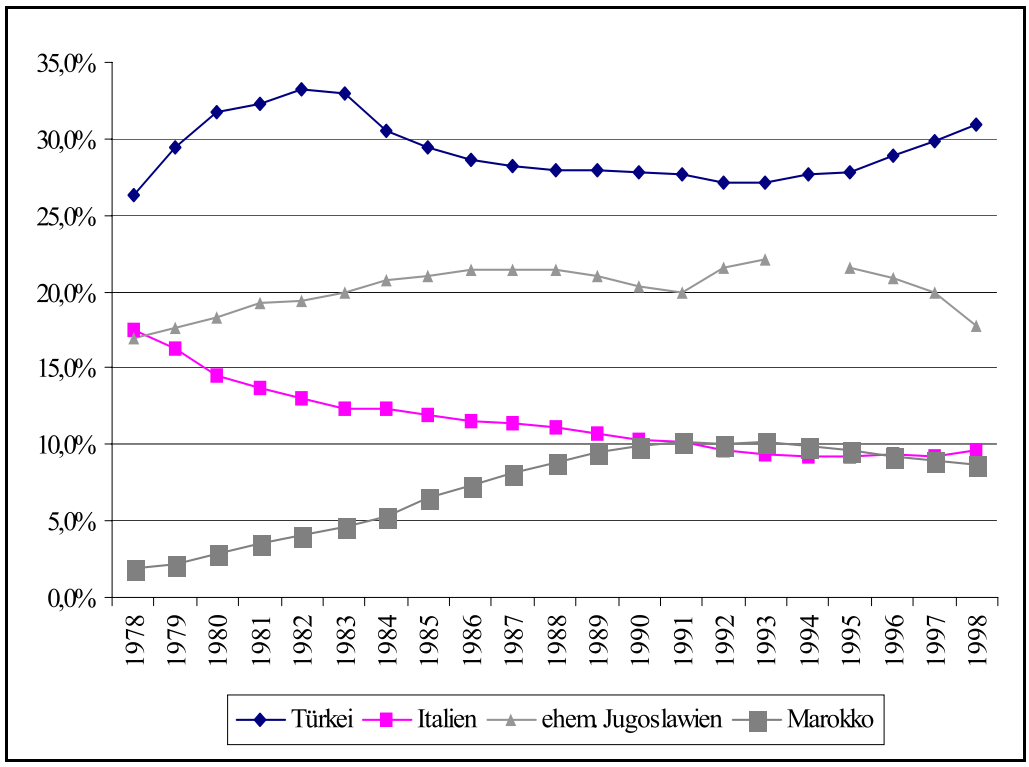
		davon aus				
Jahr	**ausl. Schüler insgesamt ***	**der Türkei ****	**Italien**	**dem ehem. Jugoslawien**	**Marokko**	**in % aller Schüler**
1978	11737	26,3	17,4	16,9	1,8	15,3
1979	12702	29,4	16,3	17,6	2,2	17,0
1980	14.113	31,7	14,5	18,3	2,8	19,4
1981	15.263	32,2	13,7	19,2	3,5	21,6
1982	15.474	33,2	13,0	19,4	4	22,9
1983	15.576	33,0	12,4	20,0	4,6	24,2
1984	15.572	30,5	12,4	20,8	5,3	25,6
1985	15.943	29,4	11,9	21,1	6,5	27,4
1986	16.608	28,6	11,6	21,5	7,3	29,3
1987	17.279	28,2	11,3	21,4	8,1	31,1
1988	18.288	27,9	11,2	21,5	8,9	32,9
1989	18.992	28,0	10,7	21,1	9,5	34,1
1990	19.483	27,9	10,3	20,4	9,9	34,8
1991	19.694	27,7	10,1	20,0	10,2	35,1
1992	20.233	27,1	9,7	21,6	10,1	35,6
1993	20.658	27,1	9,4	22,1	10,1	36,1
1994	20.915	27,6	9,2		9,9	36,3
1995	21.298	27,9	9,3	21,5	9,7	36,6
1996	21.705	28,9	9,3	21	9,3	36,8
1997	21.560	29,8	9,3	20,0	8,9	36,3
1998	20.896	30,9	9,6	17,8	8,7	35,5

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt in: frankfurter statistische berichte 4'96, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, eigene Berechnung.

*Allgemeinbildende Schulen, ohne die zwei Sonderschulen für Kranke.

**Die Reihenfolge der Nationalitäten ergibt sich aus der Häufigkeit ihres Auftretens im Jahre 1978.

Grafik II.17: Ausländische Schüler nach ausgewählten Nationalitäten in Prozent von 1978-1998



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt in: frankfurter statistische berichte 4'96, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main, eigene Berechnung

Die Eingliederung in Frankfurt lebender ausländischer Kinder und Jugendlicher in Schule und berufliche Ausbildung hat kontinuierlich Fortschritte gemacht. Die jungen Ausländer erwerben immer bessere Bildungsabschlüsse. Dennoch sind sie an Hauptschulen nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Auch in Sonderschulen, in integrierten Jahrgängen von Gesamtschulen und an Realschulen liegt ihr Anteil über dem allgemeinen Ausländeranteil der Schülerschaft. An Gymnasien hingegen sind sie deutlich unterrepräsentiert.

Tabelle II. 12: Der Anteil ausländischer Schüler an verschiedenen Schulformen (September1998)

Schulformen	Anteil ausländischer Schüler in Prozent
Grundschulzweige	38,2
Hauptschulzweige	53,5
Sonderschulen	44,5
Realschulzweige	44,5
Gymnasialzweige	21,4
integrierte Schuljahrgänge	43,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

3.1 Methodische Anmerkungen

Angesichts der oben genannten statistischen Unterschiede ist zu bedenken, dass ein direkter Vergleich der Bildungsdaten von Deutschen und Zuwanderern aufgrund unterschiedlicher Bildungsvoraussetzungen (Bildungsniveau im Elternhaus), wechselnder Zusammensetzung der Schülerschaft (Zu- und Abwanderung) und steigender Einbürgerungen methodisch schwierig ist. Der Bildungsfortschritt vieler Jugendlicher mit Migrationshintergrund wird dadurch systematisch unterschätzt.

Die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen des Elternhauses bringen es mit sich, dass Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien weniger von der allgemeinen Bildungsexpansion profitieren als Einheimische. Wie die Bildungsforschung zeigt, nehmen keineswegs alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen an der seit den 60er Jahren im deutschen Schulwesen feststellbaren Bildungsexpansion teil. Beispielsweise sind Kinder von Beamten und Selbständigen überproportional häufig an Gymnasien (vgl. u.a. Geißler 1992: 222ff). Hingegen erreichen zwar Arbeiterkinder und Kinder von Eltern mit niedrigem sozialem Status (niedriges Einkommen, Berufsprestige und Bildungsniveau) heute in der Regel bessere Bildungsabschlüsse als ihre Eltern, aber sie partizipieren dennoch unterproportional an der Bildungsexpansion.

Da die erste Generation der in der Anwerbephase gekommenen Zuwanderer tendenziell am unteren Ende der sozialen Rangskala steht (niedrige Bildungsabschlüsse, ungelernte Tätigkeiten), profitieren auch ihre Kinder in geringerem Ausmaß als andere gesellschaftliche Gruppen von der allgemeinen Verbesserung der Bildungssituation. Hinzu kommt, dass die Eltern häufig nicht über hinreichende Kenntnisse des deutschen Bildungssystems verfügen.

Daneben ist bei der vergleichenden Interpretation von Bildungsdaten zu berücksichtigen, dass sich die Gesamtgruppe „Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien“ aus sehr unterschiedlichen Personengruppen zusammensetzt und dass diese Zusammensetzung sich verändert. Das gilt sowohl bezüglich ihrer nationalen Herkunft als auch bezüglich ihrer Migrations- und Bildungsbiographie. Mittlerweile ist zwar der größte Teil in Deutschland geboren und regulär eingeschult worden, aber gerade in der ersten Hälfte der 90er Jahre stieg auch die Zahl der spät zugewanderten Jugendlichen, die erst in relativ fortgeschrittenem Alter in das deutsche Schulsystem einsteigen. Sie verfügen anfangs nur selten über ausreichende Deutschkenntnisse und haben zudem oft fachliche Lücken aufzuholen, die sich aus dem Wechsel in das deutsche Schulsystem ergeben. Die Überrepräsentanz von Zuwanderern an Schulen, die einen niedrigeren Bildungsabschluss erreichen, ist deshalb unter anderem auch dadurch bedingt, dass zu Beginn der 90er Jahre die Zahl von späteingereisten Jugendlichen gestiegen ist, die in der Bundesrepublik keine Schule besucht haben. Das führt zu einer Unterschätzung des Bildungsfortschritts von Kindern lang ansässiger Zuwandererfamilien.[12]

[12] Vgl. Lederer (1997:108).

Eine Übersicht des Staatlichen Schulamts vermittelt einen Eindruck davon, wie sich die Zahl der Seiteneinsteiger in den 90er Jahren entwickelt hat. Im Schuljahr 1998/1999 setzte sich die Gruppe der neu zugewanderten Seiteneinsteiger zu 87 Prozent aus Ausländern und zu 13 Prozent aus Spätaussiedlern zusammen. Unter den ausländischen Kindern und Jugendlichen hatten 14,5 Prozent die türkische Staatsangehörigkeit.

Tabelle II.13: Entwicklung der Schülerzahlen bei den Seiteneinsteigern 1989-1999

Schuljahr	Zahl der Seiteneinsteiger
1989/90	1434
1990/91	1635
1991/92	1823
1992/93	2020
1993/94	1453
1994/95	1465
1995/96	1541
1996/97	1175
1997/98	906
1998/99	884

Quelle: Staatliches Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main

Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wird weiterhin dadurch unterschätzt, dass eingebürgerte Schülerinnen und Schüler in der Statistik als „Deutsche“ geführt werden. Bei den Eingebürgerten dürfte es sich wegen der Einbürgerungsvoraussetzungen vor allem um Kinder und Jugendliche handeln, die tendenziell größere Bildungserfolge erzielen als die Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit. Somit trägt der zunehmende Anteil eingebürgerter Kinder und Jugendlicher dazu bei, dass die Bildungserfolge gut integrierter Personengruppen mit Migrationshintergrund statistisch unsichtbar werden.

Die methodischen Schwierigkeiten liegen aber nicht nur auf der Seite der Daten zu ausländischen, sondern auch auf der Seite der Angaben zu deutschen Schülerinnen und Schülern. Generell lässt sich sagen, dass das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ den tatsächlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen unterschätzt, die Migrationserfahrung haben. Zum Beispiel sind Kinder von Spätaussiedlern mit teilweise ungenügenden deutschen Sprachkenntnissen in der Bildungsstatistik unter der Rubrik „Deutsche“ aufgeführt. Dadurch unterschätzt diese Statistik die von den Schulen zu erbringende Integrationsleistung.

3.2 Allgemeinbildende Schulen

Ein Maßstab, mit dem sich in einer Längsschnittanalyse die Entwicklung der Integration von Zuwanderern im Bildungsbereich nachvollziehen lässt, ist die Besuchsquote verschiedener Schulformen. Sie gibt an, wie sich die deutschen und ausländischen Schüler auf die verschiedenen Schulformen verteilen.

3.2.1 Quote des Besuchs verschiedener Schulformen

In den folgenden Tabellen und Grafiken sind die deutschen und ausländischen Schüler in ihrer prozentualen Verteilung auf einzelne Schulformen dargestellt. Da unterschiedliches Bildungsverhalten erst nach der Grundschule zum Ausdruck kommt, werden die Grundschüler in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt.

*Tabelle II.14: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei deutschen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-1998**

		davon in % an					
Jahr	**Schüler ohne Grundschüler**	**Förderstufen**	**Hauptschulen**	**Sonder-schulen**	**Realschulen**	**Gymnasien**	**Integrierten Schuljahr-gängen**
1978	46.639	8,3	13,2	5,2	20,6	49,3	3,4
1980	44.837	6,7	10,9	4,5	20,8	53,8	3,3
1982	40.539	5,3	9,7	4,0	21,0	57,0	3,0
1984	33.885	4,5	9,3	3,9	20,2	59,5	2,6
1986	28.636	4,9	7,9	3,8	18,9	62,6	1,8
1988	25.174	4,9	6,7	3,9	18,0	64,4	2,1
1990	23.679	5,3	6,6	4,2	17,5	64,0	2,4
1992	23.677	4,4	6,4	4,0	17,5	63,8	3,8
1994	23.748	4,7	5,5	3,7	16,4	63,1	6,6
1996	23.937	4,6	5,4	3,9	16,3	61,8	8,0
1998	24.769	5,3	4,8	4,6	15,6	61,6	8,2

Quelle: Frankfurter Statistisches Berichte 2/3 1999

* Einschließlich der den einzelnen Schultypen zugeordneten Zweigen an Gesamtschulen

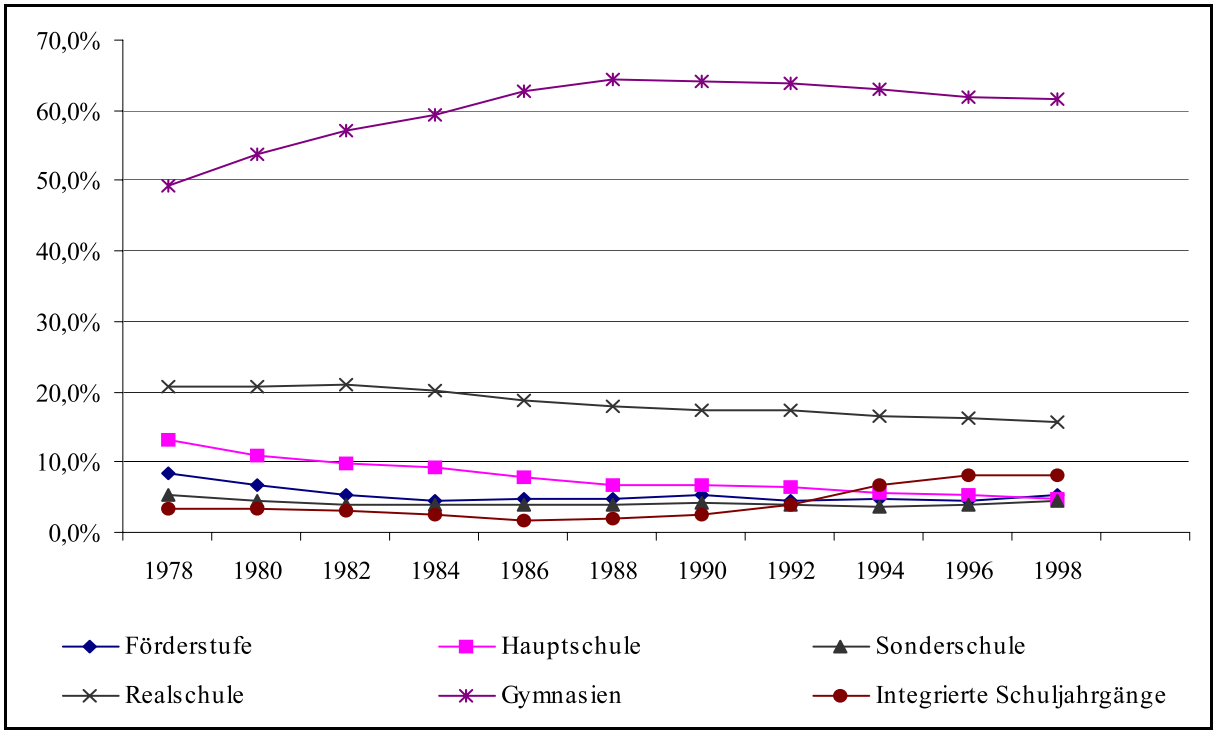
*Tabelle II.15: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei ausländischen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-1998**

		davon in % an					
	Schüler ohne Grund-schüler	**Förderstu-fen**	**Hauptschulen**	**Sonder-schulen**	**Realschulen**	**Gymnasien**	**Integrierten Schuljahr-gängen**
1978	6.190	10,7	48,4	6,4	11,9	21,0	1,6
1980	7.623	11,5	45,4	7,2	14,2	20,3	1,4
1982	8.611	12,7	36,1	8,3	18,3	22,9	1,7
1984	8.857	12,5	29,2	8,2	22,3	25,9	2,0
1986	9.751	12,0	28,0	6,9	23,9	27,2	1,9
1988	10.905	10,0	25,9	6,6	24,9	29,6	3,0
1990	12.107	10,8	24,3	6,3	25,1	30,9	2,7
1992	12.694	7,1	21,7	6,2	27,5	32,3	5,2
1994	12.985	7,0	18,5	6,4	25,8	32,1	10,2
1996	13.181	6,7	16,9	6,7	24,6	32,7	12,3
1998	12.906	7,1	15,6	7,5	24,6	32,9	12,4

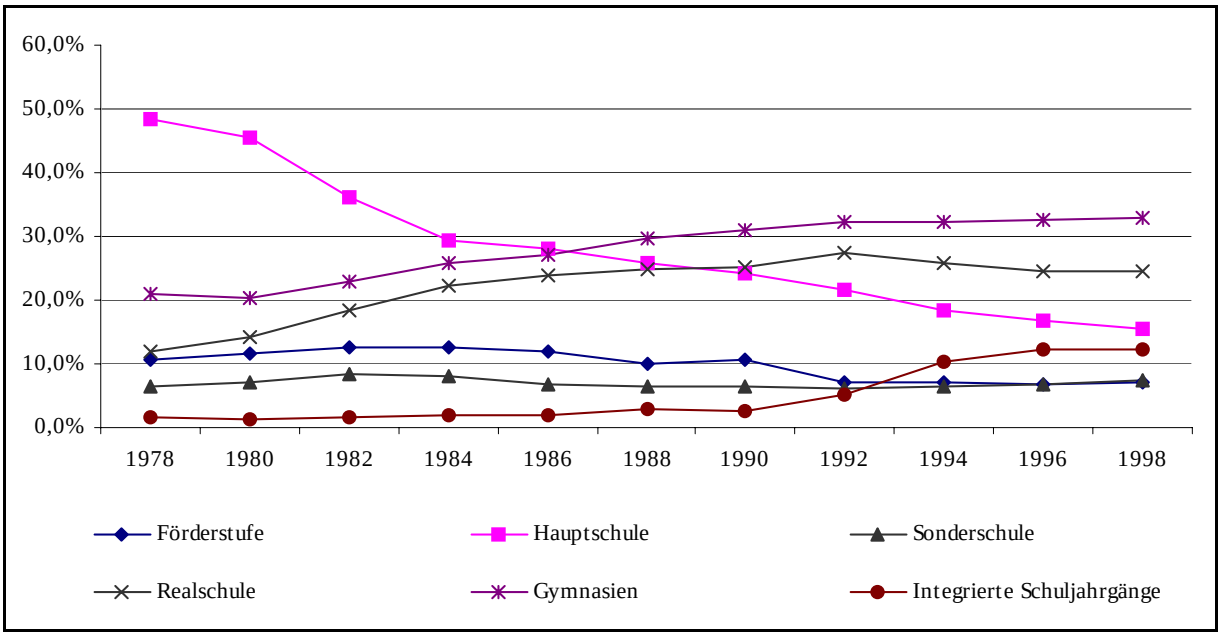
Quelle: Frankfurter Statistisches Berichte 2/3 1999

* Einschließlich der den einzelnen Schultypen zugeordneten Zweigen an Gesamtschulen

Grafik II.18: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei deutschen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-98



Grafik II.19: Quoten für den Besuch verschiedener Schulformen bei ausländischen Schülern (ohne Grundschüler) 1978-98



Quelle: Frankfurter Statistisches Berichte 2/3 1999

Ein Vergleich der Grafiken, die die Verteilung von deutschen und ausländischen Schülern auf unterschiedliche Schulformen darstellt, verdeutlicht, welch überragend hohe Bedeutung das Gymnasium für die deutsche Schülerschaft besitzt. Abgesehen von den Realschulen sind alle anderen Schulformen von eher marginaler Bedeutung. Diese Situation ist im wesentlichen ein Ergebnis der Bildungsexpansion, die zu einem Bedeutungsgewinn der Gymnasien geführt hat, der bis Mitte der 80er Jahre anhielt.

Auch in der ausländischen Schülerschaft ist in der ersten Hälfte der 80er Jahre eine große Veränderung zu beobachten. Gymnasien und Realschulen haben stark an Bedeutung gewonnen, während die Hauptschulen an Gewicht verloren haben. Jedoch ist diese Entwicklung nicht wie in der deutschen Schülerschaft vor allem als Folge der Bildungsexpansion zu bewerten. Denn sie ist darüber hinaus stark durch Zuwanderungsprozesse auf der einen, und Integrationserfolge auf der anderen Seite beeinflusst.

Die Gymnasialquote der ausländischen Schülerschaft hat sich von 21 Prozent (1978) um mehr als 12 Prozentpunkte auf 33 Prozent (1998) erhöht und nähert sich damit kontinuierlich an die Gymnasialquote der deutschen Schülerschaft an, die mit rückläufiger Tendenz bei 62 Prozent liegt.

Realschulen haben ebenfalls innerhalb der 80er Jahre in der ausländischen Schülerschaft stark an Bedeutung gewonnen. 1978 haben nur 12Prozent der ausländischen Schüler eine Realschule besucht. Zehn Jahre später waren es bereits mehr als doppelt so viele (25%). Wiederum zehn Jahre danach lag der Anteil auf demselben Niveau. Dazwischen hatte er 1992 mit 27Prozent seinen vorläufigen Höchststand erreicht. In den folgenden Jahren ist die Realschulquote etwas gesunken, was daran liegt, dass seither die integrierten Schuljahrgänge sowohl in der deutschen als auch in der ausländischen Schülerschaft an Bedeutung gewonnen haben.[13]

Der Ausbau der integrierten Schuljahrgänge in den 90er Jahren macht sich noch stärker im Bereich der Hauptschulen bemerkbar. Die Besuchsquote der ausländischen Schüler in Hauptschulen ist seit 1990 um ein Drittel gesunken, während sie sich in integrierten Schuljahrgängen mehr als verdoppelt hat.

Eine genauere Analyse über den Schulbesuch von deutschen und ausländischen Frankfurter Kindern als die oben dargestellte, lässt sich durchführen, wenn man die verfälschenden Effekte ausschaltet, die sich aus der unterschiedlichen Alterstruktur beider Populationen und aus der unterschiedlich langen Besuchsdauer der verschiedenen Schulformen ergeben. Diese Effekte verschwinden, wenn man sich auf eine bestimmte Altergruppe konzentriert und analysiert, wie sie sich auf verschiedene Schulformen verteilt. Deshalb wird nun die Entwicklung der Verteilungsstruktur nur bei Vierzehn- und Fünfzehnjährigen untersucht, um den Integrationsprozess differenzierter analysieren zu können.

3.2.2 Schulbesuchsquote von Vierzehn- und Fünfzehnjährigen

In der nachfolgenden Tabelle ist dargestellt, wie sich das Bildungsverhalten Vierzehn- und Fünfzehnjähriger in den Schuljahren 1985/86, 1995/96 und 1999/2000 verändert hat. Betrachtet man zunächst die absoluten Zahlen, so zeigt sich, dass seit Mitte der 80er Jahre die Gesamtzahl der deutschen Schülerschaft in dieser Altersgruppe kontinuierlich gesunken ist, während die Gesamtzahl der ausländischen Schülerschaft im gleichen Zeitraum starken Schwankungen unterlag. Das verdeutlicht, wie stark sich die Zusammensetzung der ausländischen Schülerschaft fortlaufend durch Zu- und Abwanderung, aber auch durch Einbürgerungen ändert.

[13] In integrierten Gesamtschulen werden lt. Auskunft des Staatlichen Schulamtes Schüler in Lerngruppen unterrichtet, wobei erst zum Halbjahreszeugnis der 8. Jahrgangsstufe eine so genannte Tendenzmitteilung gegeben wird, die zeigt, ob die betreffende Schüler jeweils eher einen Hauptschulabschluss, Mittlere Reife oder Abitur erwerben können. Nach Einschätzung des Staatlichen Schulamtes profitieren gerade Zuwandererkinder von diesem System, da dabei relativ lange statt auf eine „äußere Differenzierung“ nach Schulformen auf eine „innere Differenzierung“ nach den Fähigkeiten der Schüler geachtet wird.

Tabelle II.16: Vierzehn- und Fünfzehnjährige nach der besuchten Schulform 1985/86, 1995/96 und 1999/2000 (Geburtsjahr 1970/1971, 1980/1981 und 1984/1985)*

Schuljahr/ Deutsche/ Ausländer	Hauptschule	Sonderschule	Realschule	Gymnasium	Integrierte Gesamtschule	Insgesamt
Deutsche						
1985/86	1288	341	2344	4152	383	8508
1995/96	652	207	1480	3295	510	6144
1999/2000	592	215	1367	3165	636	5975
Ausländer						
1985/86	1224	180	710	600	85	2799
1995/96	1083	239	1204	927	557	4010
1999/2000	833	218	977	817	509	3354
insgesamt						
1985/86	2512	521	3054	4752	468	11307
1995/96	1735	446	2684	4222	1067	10154
1999/2000	1425	433	2344	3982	1145	9329
			in %			
Deutsche						
1985/86	15,1	4,0	27,6	48,8	4,5	100
1995/96	10,6	3,4	24,1	53,6	8,3	100
1999/2000	9,9	3,6	22,9	53,0	10,6	100
Ausländer						
1985/86	43,7	6,4	25,4	21,4	3,0	100
1995/96	27,0	6,0	30,0	23,1	13,9	100
1999/2000	24,8	6,5	29,1	24,4	15,2	100
insgesamt						
1985/86	22,2	4,6	27,0	42,0	4,1	100
1995/96	17,1	4,4	26,4	41,6	10,5	100
1999/2000	15,3	4,6	25,1	42,7	12,3	100

Quelle: Frankfurter Statistische Berichte 4`96 und Sonderauswertung, Bürgeramt für Statistik und Wahlen, eigene Berechnung

*Einschließlich der entsprechenden Zweige an Gesamtschulen

Es bestätigen sich im wesentlichen die oben bereits erläuterten Entwicklungstrends. Im Jahr 1999/2000 besuchte mehr als die Hälfte der deutschen, aber nur knapp ein Viertel der ausländischen Vierzehn- und Fünfzehnjährigen ein Gymnasium, wobei sich der Gymnasialanteil seit 1985/86 ständig erhöht hat. Der Realschulanteil der ausländischen Schüler ist mit 29 Prozent deutlich höher als der Anteil der deutschen (23 %). Der schulische Aufstieg der ausländischen Jugend vollzieht sich damit offensichtlich bislang vorwiegend im Bereich der mittleren Schulabschlüsse. Deutlich wird auch, dass in der ausländischen Schülerschaft die Hauptschulen - und zu einem geringeren Teil auch die Realschulen - an Bedeutung verlieren, wobei im Gegenzug integrierte Schuljahrgänge an Bedeutung gewinnen.

Hinzuweisen ist daneben auch noch auf den im Vergleich zu deutschen Vierzehn- und Fünfzehnjährigen wesentlich höheren Anteil von Ausländern, die eine Sonderschule besuchen. Das drückt sich auch darin aus, dass die absolute Zahl der ausländischen Sonderschüler genau so hoch ist wie die der deutschen.

3.2.3 Schulabschlüsse

Ein weiterer Indikator für die Integration im Bildungsbereich sind die Schulabschlüsse. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Schulentlassenen.

Tabelle II.17: Schulentlassene am Ende der Schuljahre 1987/88 und 1997/98

Schulischer Abschluss	Schuljahr	Deutsche	Ausländer	Deutsche in %	Ausländer in %
Abschluss der Schule für Lernbehinderte oder für Praktische Bildbare (mit und ohne Abschluss)	1987/88	102	75	2,3	5,0
	1997/98	42	89	1,3	4,2
Mit Hauptschulabschluss*	1987/88	688	594	15,7	39,9
	1997/98	492	690	15,2	32,5
Ohne Hauptschulabschluss	1987/88	136	230	3,1	15,4
	1997/98	167	241	5,2	11,4
Mit Realschulabschluss**	1987/88	1416	423	32,4	28,4
	1997/98	1128	773	34,9	36,4
Mit Hochschulreife	1987/88	2029	168	46,4	11,3
	1997/98	1407	329	43,5	15,5
Entlassene insgesamt	1987/88	4371	1490	100,0	100,0
	1997/98	3236	2122	100,0	100,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main; eigene Berechnung

* Einschließlich Übergänge auf Berufsfachschulen

** Einschließlich Übergänge auf eine gymnasiale Oberstufe

Im Schuljahr 1997/98 haben mehr als drei Viertel (78 %) der deutschen Schüler das Schulsystem mit einem mittleren Abschluss mit der Hochschulreife (Abitur, Fachhochschulabschluss o.ä.) verlassen. Dagegen hat nur die Hälfte der ausländischen Schulabgänger (52 %) einen dieser beiden Bildungsabschlüsse erreicht. Betrachtet man allein die Schüler mit absolvierter Hochschulreife, so wird dieses Ungleichgewicht noch stärker sichtbar: 43,5 Prozent der deutschen Schulabgänger erwerben die Hochschulreife, gegenüber nur 15,5 Prozent der ausländischen.

Im Vergleich zur Situation zehn Jahre zuvor lässt sich allerdings eine deutliche Verbesserung der Bildungsabschlüsse von Ausländern verzeichnen. Immerhin erreichen mittlerweile 52 Prozent die Mittlere Reife oder das Abitur. 1987/88 lag der Anteil derjenigen, die einen dieser Abschlüsse erreichten nur bei 40 Prozent.

Als gravierend für die Wahrnehmung weiterer Bildungschancen erweist sich aber, dass immer noch fast jeder siebte Schüler ausländischer Staatsangehörigkeit die Schule verlässt, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss gemacht zu haben (15,6 %; deutsche 6,5 %). Jugendliche ohne Schulabschluss haben im allgemeinen schlechte Berufs- und Arbeitsmarktchancen; vor allem aber reduzieren fehlende oder niedrige Bildungsabschlüsse die Integrationschancen der Jugendlichen auf dem Lehrstellenmarkt.

In einem Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass im Bereich der allgemeinbildenden Schulen sowohl Integrationsfortschritte als auch Desintegrationserscheinungen zu verzeichnen sind. Auf der einen Seite ist der Anteil der ausländischen Schüler, die Gymnasien oder Realschulen besuchen, deutlich gestiegen. Auf der anderen Seite ist der Anteil der Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen relativ hoch, wenngleich sich auch hier eine positive Entwicklung feststellen lässt. Es erscheint plausibel, anzunehmen, dass die festzustellenden Integrationserfolge in erster Linie von der in Deutschland aufgewachsenen zweiten Migrantengeneration erzielt werden, während die Desintegrationserfahrungen vor allem neu zugewanderte Seiteneinsteiger betreffen dürften.[14]

Die Interpretation der bislang präsentierten Daten wird vor allem durch zwei Phänomene erschwert: Einbürgerungen und Neuzuwanderung. Bezüglich der Einbürgerungen ist zwischen statistischen Verzerrungen zu unterscheiden, die durch die Einbürgerung von Kindern lang ansässiger Zuwanderer aus den Anwerbestaaten entstehen und Verzerrungen, die auf der Einbürgerung von meist neu zugewanderten Kindern von Spätaussiedlern basieren. In der Statistik werden Anspruchs- und Ermesseneinbürgerungen getrennt ausgewiesen (s.o.). Während Anspruchseinbürgerungen von Minderjährigen (unter 18) vor allem Kinder von Spätaussiedlern betreffen, betreffen Ermessenseinbürgerungen von Minderjährigen in erster Linie Kinder von Personen aus den ehemaligen Anwerbestaaten.

[14] Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass das Geschlecht eine große Rolle spielt. Denn weibliche Zuwandererkinder erzielen in aller Regel weit höhere Bildungserfolge als männliche. Dies zeigt sich auch eindrucksvoll bei der weiter unten dargestellten repräsentativen Befragung in drei Frankfurter Stadtteilen. In der amtlichen Bildungsstatistik wird aber nicht nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit unterschieden, so dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede verschwinden.

Die Zahl der Anspruchseinbürgerungen von Minderjährigen (v.a. Spätaussiedler) hat sich 1994 sprunghaft erhöht und liegt seither bei jährlich ca. 250 Personen.[15] Das bewirkt, dass in der Schulstatistik zunehmend deutsche Staatsangehörige aus Zuwandererfamilien enthalten sind, die erst seit kurzem in Deutschland leben und die zum Teil erhebliche Probleme mit der deutschen Sprache haben. Es ist daher davon auszugehen, dass ein wachsender Teil der deutschen Schüler migrationsbedingte Integrationsprobleme hat.

Auf der anderen Seite hat sich seit 1995 auch die Zahl der Ermessenseinbürgerungen von Minderjährigen erhöht. 1998 haben 873 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren im Rahmen der Ermessenseinbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Ihr Anteil entspricht 60,9 Prozent aller Ermessenseinbürgerungen. Diese Einbürgerungen von häufig in Deutschland geborenen Kindern lang ansässiger Zuwanderer aus den Anwerbestaaten, die zum größten Teil schulisch gut integriert sind, trägt dazu bei, dass sich statistisch gesehen, die Integrationssituation von Zuwanderern im Bereich Schule negativer darstellt als sie reell ist. Da die Zahl der Ermessenseinbürgerungen von Minderjährigen mehr als drei mal so hoch ist wie die der Anspruchseinbürgerungen, ist davon auszugehen, dass der durch Einbürgerungen hervorgerufene verzerrende Effekt stärker zu Lasten der statistischen Abbildung von Integrations*erfolgen* der Schüler mit Migrationserfahrung geht also zu Lasten der Abbildung von Integrations*problemen*.

Daneben könnte die durch die Bürgerkriegsereignisse bedingte Neuzuwanderung von Kindern und Jugendlichen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ebenfalls einen Einfluss darauf haben, dass die Integrationserfolge von ausländischen Schülern aus langansässigen Zuwandererfamilien zum Teil statistisch „neutralisiert“ werden. Der Anteil der Schüler aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien an der Gesamtzahl der ausländischen Schüler stieg 1993 auf 22,1 Prozent und ist bis 1997 auf 20 Prozent zurückgegangen.[16] 1998 lag er bei nur noch 17,8 Prozent, was allerdings auch durch eine verstärkte Einbürgerung bedingt sein könnte. Denn die Einbürgerungsquote von Personen aus einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien stieg zwischen 1997 und 1998 sprunghaft von 59 auf 94 Personen je 1000 Personen (s.o.).

Damit bleibt zu konstatieren, dass die Integrationssituation der verschiedenen Zuwanderergruppen in der Bildungsstatistik sehr unzulänglich abgebildet wird und insbesondere die Integrationsfortschritte der zweiten Zuwanderergeneration verschleiert werden. Aus diesem Grund wurde im Rahmen dieser Studie eine repräsentative Befragung der zweiten Zuwanderergeneration durchgeführt.

Neben der Integration in allgemeinbildende Schulen gehört zur Integration im Bildungsbereich auch der Besuch von Kindergärten, die Wahrnehmung des zweiten Bildungswegs und der Besuch Berufsbildender Schulen. Bereiche, auf die im folgenden eingegangen wird.

---

[15] Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999:43; eigene Berechnungen.

[16] Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main verschiedene Jahrgänge; eigene Berechnungen.

3.3 Kindergarten

Der Besuch eines Kindergartens ist für die kulturelle Integration von Kindern aus Zuwandererfamilien von entscheidender Bedeutung. Zum einen findet hier ein wesentlicher Teil der sprachlichen Integration statt, da in vielen Zuwandererfamilien die Kinder zunächst die Herkunftssprache der Eltern erlernen. Im Kindergartenalter besteht dann die Möglichkeit, Deutsch zu lernen, um bei der Einschulung idealerweise auf demselben Sprachniveau zu sein wie Kinder aus einheimischen deutschen Familien. Zum anderen ist der Kindergarten auch eine für die soziale Integration wichtige Begegnungsstätte von Zuwanderern und Deutschen, und zwar nicht nur für die Kinder, sondern auch für deren Eltern.

Wenn man die Entwicklung des Kindergartenbesuchs von Kindern ausländischer Staatsangehörigkeit im Vergleich zu deutschen Kindern betrachtet, so zeigt sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine deutlich positive Entwicklung. In Tabelle II.18 ist die Kindergartenbesuchsquote wiedergegeben, die anzeigt, wie hoch der Anteil der Kindergartenbesucher an der entsprechenden Altersgruppe ist. Dabei mußte aus datentechnischen Gründen auf die Gruppe der 3 bis 6jährigen zurückgegriffen werden, was zur Folge hat, dass sich bisweilen Anteile von mehr als 100 Prozent errechnen.

Tabelle II.18: Kindergartenbesuch und Besuchsquote 1990 bis 1998

	ausländische Kinder			deutsche Kinder		
Jahr	**3-6 jährig**	**angemeldet im Kindergarten**	**Kindergarten-quote**	**3-6 jährig**	**angemeldet im Kindergarten**	**Kindergarten-quote**
1990	5697	4907	86,1	9720	8756	90,1
1991	6197	4749	76,6	10180	8893	87,4
1992	6821	4627	67,8	10360	8814	85,1
1993	6959	-	-	10424	-	-
1994	6846	5627	82,2	10393	9526	91,7
1995	6752	6064	89,8	10284	9838	95,7
1996	6449	6494	100,7	10276	9838	95,7
1997	6145	6736	109,6	10215	9590	93,9
1998	5922	6480	109,4	10123	9633	95,2

Quelle: Sonderschulamt für Statistik, eigene Berechnung für 1993 teilweise keine Daten vorhanden

Hierbei zeigt sich, dass seit 1996 offensichtlich alle ausländischen Kinder im Kindergartenalter einen Kindergarten besuchen. Anfang der 90er Jahre lag die Besuchsquote noch weit darunter. So wurden beispielsweise 1991 nur drei Viertel (77%) der ausländischen Kinder in einem Kindergarten betreut. Hier ist also ein wesentlicher Integrationsfortschritt zu verzeichnen, der sich positiv auf die spätere strukturelle Integration in den Bereichen Bildung und Arbeit auswirken dürfte.

3.4 Der Zweite Bildungsweg

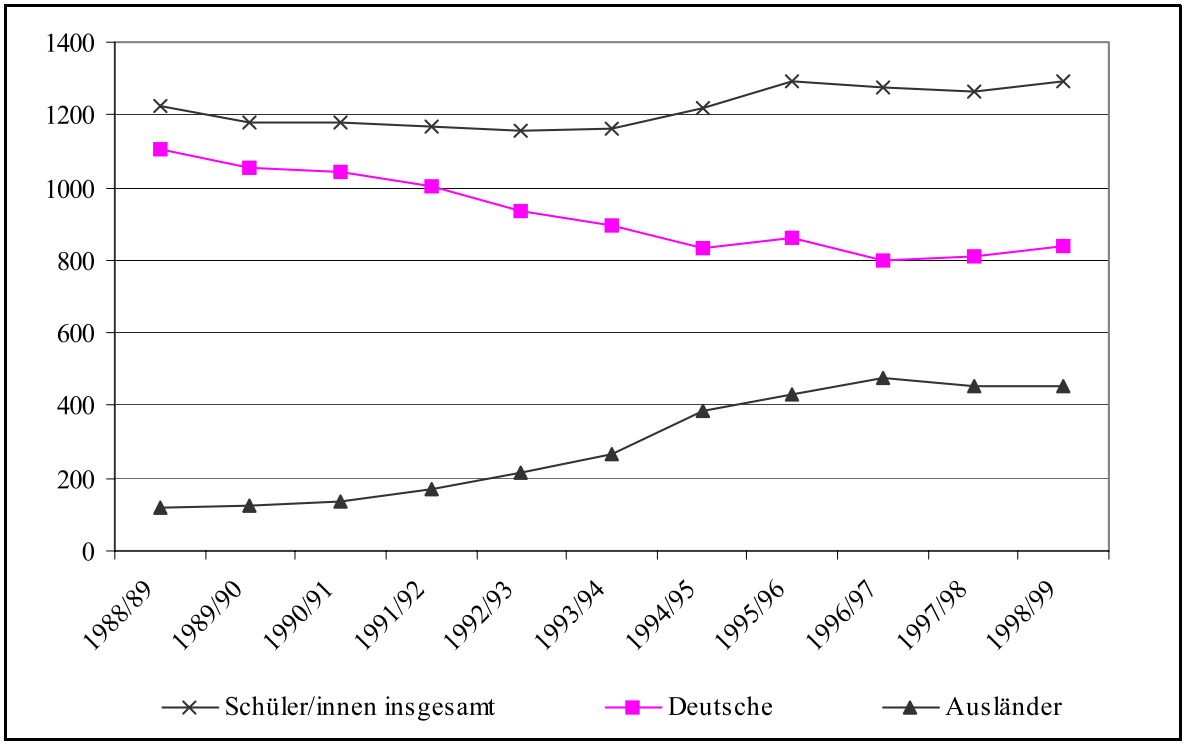
Dass auch erwachsene Zuwanderer ein hohes Interesse an Integration im Bildungsbereich haben, zeigt ihre stark steigende Beteiligung am Zweiten Bildungsweg, den sie vor allem dazu nutzen, allgemeinbildende Schulabschlüsse nachzuholen. Zu den Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges zählen Abendschulen (Abendhauptschule, -realschule und -gymnasium) sowie das Hessenkolleg Frankfurt.

Tabelle II.19: Schüler an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges 1988/89 bis 1998/99

Schuljahr	insgesamt	Deutsche	Ausländer	Ausländer in %	davon weiblich	in %
1988/89	1223	1106	117	9,6	48	41
1989/90	1178	1056	122	10,4	51	41,8
1990/91	1178	1041	137	11,6	55	40,1
1991/92	1170	1002	168	14,4	62	36,9
1992/93	1154	936	218	18,9	85	39,0
1993/94	1162	897	265	22,8	115	43,4
1994/95	1219	836	383	31,4	158	41,3
1995/96	1291	860	431	33,4	203	47,1
1996/97	1274	800	474	37,2	216	45,6
1997/98	1264	813	451	35,7	201	44,6
1998/99	1291	840	451	34,9	195	43,2

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, div. Statistische Jahresbücher Frankfurt am Main eigene Berechnung

Grafik II.20: Schüler an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges 1988/89 bis 1998/99



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, div. Statistische Jahresbücher Frankfurt am Main

Der Ausländeranteil an Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges hat sich innerhalb eines Jahrzehnts beinahe vervierfacht. Er erhöhte sich von 9,6 Prozent im Schuljahr 1988/89 auf 34,9 Prozent im Jahr 1998/99. Der Anstieg betrifft vor allem die Abendhauptschulen und -realschulen (1998/99: Ausländeranteil 53,5[17]). Der Frauenanteil liegt bei den ausländischen Schülern in Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges konstant bei etwas über 40 Prozent.

Der hohe Ausländeranteil im Zweiten Bildungsweg ist erstens ein Indiz dafür, dass diese Schulen stark zur Integration in das Bildungssystem beitragen. Zweitens zeigt sich hier, dass die ausländische Bevölkerung die Bedeutung weiterführender Abschlüsse für den Bildungsaufstieg und für eine qualifizierte Berufsausbildung erkannt hat. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, dass Ausländer verstärkt die Abendschulen besuchen, um allgemeinbildende Abschlüsse nachträglich zu erlangen, oft auch nachdem sie in den vorgelagerten allgemeinbildenden Regelschulen gescheitert sind.[18] Daneben ist anzunehmen, dass es sich bei Besuchern von Abendschulen häufig um Personen handelt, die erst in einem Alter nach Deutschland zugewandert sind, als sie ihre Schulpflicht bereits beendet hatten.

3.5 Berufsbildende Schulen

Im Bereich der beruflichen Integration zeigen die Statistiken eine gewisse Stagnation. Doch die Einschätzung der reellen Entwicklung wird durch die oben bereits ausgeführten methodischen Probleme erschwert.

Tabelle II.20: Schüler an beruflichen Schulen 1992/93-1998/99

	insgesamt	Ausländer	Ausländer in %
1992/93	30223	6847	22,7
1993/94	29489	7103	24,1
1994/95	28317	7449	26,3
1995/96	27672	7542	27,3
1996/97	28034	7537	26,9
1997/98	28480	7237	25,4
1998/99	28826	6621	23,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

An den beruflichen Schulen lag der Ausländeranteil im Schuljahr 1998/99 nur noch bei 23 Prozent und damit wieder auf dem Niveau, das er 1992/93 hatte. Dazwischen war der Anteil bis 1995/96 auf 27,3 Prozent angestiegen und danach stetig gefallen. Diese Entwicklung lässt

[17] Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt 1999; eigene Berechnung

[18] Vgl. zur bundesweiten Entwicklung DIW (2000)

möglicherweise auf eine in den letzten Jahren zunehmende Schwierigkeit schließen, die junge Ausländer bei der Integration in die berufliche Ausbildung haben. Trotz mittlerweile besserer allgemeinbildender Schulabschlüsse scheinen die Chancen, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten, zu sinken.

Tabelle II.21: Schüler an beruflichen Schulen nach Schulformen 1998/99

Schulform	**Deutsche**	**Ausländer**	**Ausländer in %**
Berufsschulen insgesamt	18.674	5.032	21,2
darunter			
mit Berufgrundbildungsjahr	*383*	*268*	*41,2*
*Besondere Bildungsgänge**	*172*	*317*	*64,8*
Berufsaufbauschulen	6	13	68,4
Berufsfachschulen	1.003	784	43,9
Fachoberschulen	957	473	33,1
Fachschulen	1.147	146	11,3
Berufliche Gymnasien	418	173	29,3
Insgesamt	22.205	6.621	23,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnung

* Bis Schuljahr 1997/98 Berufsvorbereitungsjahr. Einschließlich E.B.A.-Lehrgängen

Vor allem der sehr hohe Ausländeranteil im Berufsgrundbildungsjahr (1998/99: 41,2) und in besonderen Bildungsgängen der Berufsschulen (1998/99: 64,8) ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass viele Schüler mit ausländischem Pass unmittelbar nach dem allgemeinbildenden Abschluss keinen Ausbildungsplatz finden; denn diese berufsvorbereitenden Förderprogramme sollen speziell die berufliche Eingliederung unterstützen.[19]

Es scheint erforderlich, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Lage in der beruflichen Ausbildung junger Zuwanderer zu verbessern. Dabei wäre insbesondere darauf zu achten, dass sie auch in zukunftsweisenden Branchen wie z.B. in technischen Berufen oder im Dienstleistungsbereich ausgebildet werden. Die Integration in die berufliche Ausbildung ist um so bedeutender, als Zuwanderer angesichts ihrer derzeitigen allgemeinbildenden Schulabschlüsse

[19] Im Jahresbericht der Bundesausländerbeauftragten findet sich diesbezüglich folgende Einschätzung: „Angesichts sinkender Chancen auf einen Ausbildungsplatz, die einhergehen mit einem Verdrängungswettbewerb zwischen Jugendlichen mit Hochschulreife bzw. Mittlerer Reife und Schulabgängern mit bzw. ohne Hauptschulabschluss, sind Schulabgänger ausländischer Nationalität als ‚Ausweichmöglichkeit' überproportional in den Bildungsgängen der beruflichen Schulen vertreten, die nicht zu einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf führen."(Bericht der Beauftragten der Bundesregierung 2000:67, Hervorh. G.S.)

meist nicht die Alternative eines Studiums besitzen. Somit stellt eine Berufsausbildung in der Lehre oder an beruflichen Schulen oft die einzige Qualifikationsmöglichkeit dar (vgl. DIW Wochenbericht 29, 2000).

3.6 Fazit

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die strukturelle Integration der zweiten Zuwanderergeneration im Bildungsbereich offensichtlich Fortschritte macht. Die Tatsache, dass mittlerweile alle ausländischen Kinder einen Kindergarten besuchen, lässt ferner erwarten, dass sich die Integrationserfolge weiter fortsetzen.

Die Gymnasialquote der ausländischen Schülerschaft hat sich auf 33 Prozent erhöht. Die Realschulquote liegt bei 29 Prozent (1998). Damit besuchen 62 Prozent aller ausländischen Schüler eine dieser Schularten. 1978 gingen dagegen erst 33 Prozent zur Realschule oder ins Gymnasium.

Daneben verlässt aber auch jeder siebte ausländische Schüler die Schule ohne mindestens den Hauptschulabschluss gemacht zu haben (1997/98: 15,6%). Hier besteht also erheblicher Integrationsbedarf, der sich in erster Linie auf die so genannten Seiteneinsteiger beziehen dürfte.

Insgesamt aber ist die Integrationsentwicklung im Bildungsbereich positiv zu bewerten. Von einer Stagnation kann hierbei in Frankfurt keine Rede sein.[20]

[20] Die These, dass im Bildungsbereich eine Stagnation der Integration eingetreten sei, ist derzeit in der öffentlichen Diskussion weit verbreitet. So schreibt etwa die Bundesausländerbeauftragte zur bundesweiten Situation: „Deutlich tritt ... zutage, dass die positive Entwicklung bei der Verbesserung der Bildungssituation von Jugendlichen ausländischer Nationalität, die bis Anfang der 90er Jahre vorherrschte, zum Stillstand gekommen ist.“ (Bericht der Beauftragten der Bundesregierung 2000:67 vgl. auch diverse Wochenberichte des DIW zu diesem Thema z.B. 29/2000) Für Frankfurt trifft diese Aussage definitiv nicht zu.

4. Arbeit

(unter Mitarbeit von Judith Polterauer)

Das Arbeitsleben allgemein und der Arbeitsplatz im besonderen haben einen wichtigen Stellenwert für die strukturelle und soziale Integration. Für diejenigen, die Arbeit haben, ist Erwerbstätigkeit oft mehr als nur Sicherung des Lebensunterhalts. Sie vermittelt Kontakte zwischen Zuwanderern und Deutschen und kann überdies der persönlichen Selbstentfaltung dienen. Zudem hat der Arbeitsmarkt großen Einfluss auf die Verteilung von Lebenslagen, d.h. die materielle Ausstattung, die Sicherheit der Lebenshaltung, die Arbeitsfreude und die Selbstverwirklichung bei der Arbeit.

Arbeitslosigkeit hingegen greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Die mit Arbeitslosigkeit einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist zum Konsumverzicht, was letztlich eine Einschränkung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben für die ganze Familie bedeuten kann und damit die Integration ihrer Mitglieder behindert. Für Zuwanderer ist deshalb der Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Selbständigkeit von entscheidender Bedeutung. Wirtschaftliche Tätigkeit verschafft Einkommen, aber auch soziale Beziehungen, Sozialprestige und Selbstwertgefühl. Der Bereich Arbeit steht damit in engem Zusammenhang nicht nur mit der strukturellen, sondern auch mit der sozialen Integration.

Während in der Anwerbephase die Gastarbeiter aus den Anwerbeländern direkt in den Arbeitsmarkt integriert wurden, lockerte sich die enge Beziehung von Zuwanderung und Beschäftigung nach dem Anwerbestopp 1973.[21] Zuwanderung wurde nun weniger durch Arbeitsmigration als vielmehr durch Familiennachzug geprägt und für neue Zuwanderer hat sich die Situation gegenüber der ersten Gastarbeitergeneration wesentlich geändert: Einerseits verringerten die zunehmende und anhaltende Arbeitslosigkeit sowie der Abbau der industriellen Arbeitsplätze im Bereich der unqualifizierten Tätigkeiten die Arbeitsmarktchancen in diesem traditionellen Bereich der Beschäftigung. Andererseits konnten die meisten Neuzugewanderten nicht von der Dynamik des Dienstleistungsbereichs profitieren, da ihnen die nötigen Sprachkenntnisse fehlten.

Mit der starken Zuwanderung von Ausländern Anfang der 90er Jahre vergrößerte sich die Schere zwischen der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung und der Wanderungsbewegung um ein weiteres. Der massive Zuzug von Spätaussiedlern und deren Familienangehörigen, die dem Arbeitmarkt erst zeitverzögert - nach Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Sprachkursen - zur Verfügung standen und der Zuzug von Asylbewerbern, die im Prinzip keiner Erwerbstätigkeit während des Asylverfahrens nachgehen können, haben sicherlich mit zu der Entkoppelung von Migration und Beschäftigung beigetragen.

[21] Vgl. Erika Schulz (2000).

4.1 Methodische Anmerkungen

Um die jeweilige Situation am Arbeitsmarkt zu analysieren, aber auch um Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, sind aktuelle und nach verschiedenen Merkmalen gegliederte statistische Angaben zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wesentliche Voraussetzungen. Hier stellt sich bezüglich der Integration von Zuwanderern zunächst das allgemeine Problem, dass man in der amtlichen Statistik nicht zwischen Zuwanderern und Deutschen unterscheiden kann, sondern nur zwischen ausländischen und deutschen Staatsangehörigen.

Die Aussagekraft vieler Daten wird ferner dadurch eingeschränkt, dass das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose aus unterschiedlichen Quellen stammt. Die wichtigsten Quellen sind die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistik der Sozialversicherungsträger. Beide werten vorhandene Verwaltungsunterlagen aus. Hinzu kommen Erhebungen des statistischen Amts.

Die verschiedenen Institutionen benutzen zum Teil unterschiedliche Begriffsabgrenzungen und beziehen sich auf unterschiedliche räumliche Einheiten. Dies gilt es zu beachten, damit bei der Interpretation der Statistiken keine Missverständnisse auftreten. So bezieht sich ein Teil der erhobenen Daten z.B. auf den Wohnort Frankfurt am Main (Wohnortprinzip), ein anderer Teil hingegen auf den Beschäftigungsort Frankfurt am Main (Arbeitsortprinzip). Diese Unterscheidung nach Wohnort- und Arbeitsortprinzip bereitet gerade in einer Stadt wie Frankfurt am Main, die hohe Pendlerströme hat, mehr Probleme als andernorts. Denn hier ist immer zu beachten, dass die Zahl der Einpendler wesentlich größer ist als die der Auspendler und dass außerdem das Pendelverhalten von Ausländern und Deutschen sehr unterschiedlich ist. Die deutsche Bevölkerung weist in dieser Hinsicht eine weit größere Mobilität auf, da in der Vergangenheit viele Deutsche aus der Stadt ins Umland gezogen sind.

Um die Integration der ausländischen und deutschen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu evaluieren, untersuchen wir zunächst die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials und gehen dann auf den Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ein. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit und vergleicht die Entwicklung in der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Anschließend gehen wir der Frage nach, wie sich die Qualifikationsstruktur deutscher und ausländischer Arbeitsloser unterscheidet und welche Rolle die Jugendarbeitslosigkeit jeweils spielt.

4.2 Erwerbstätigkeit

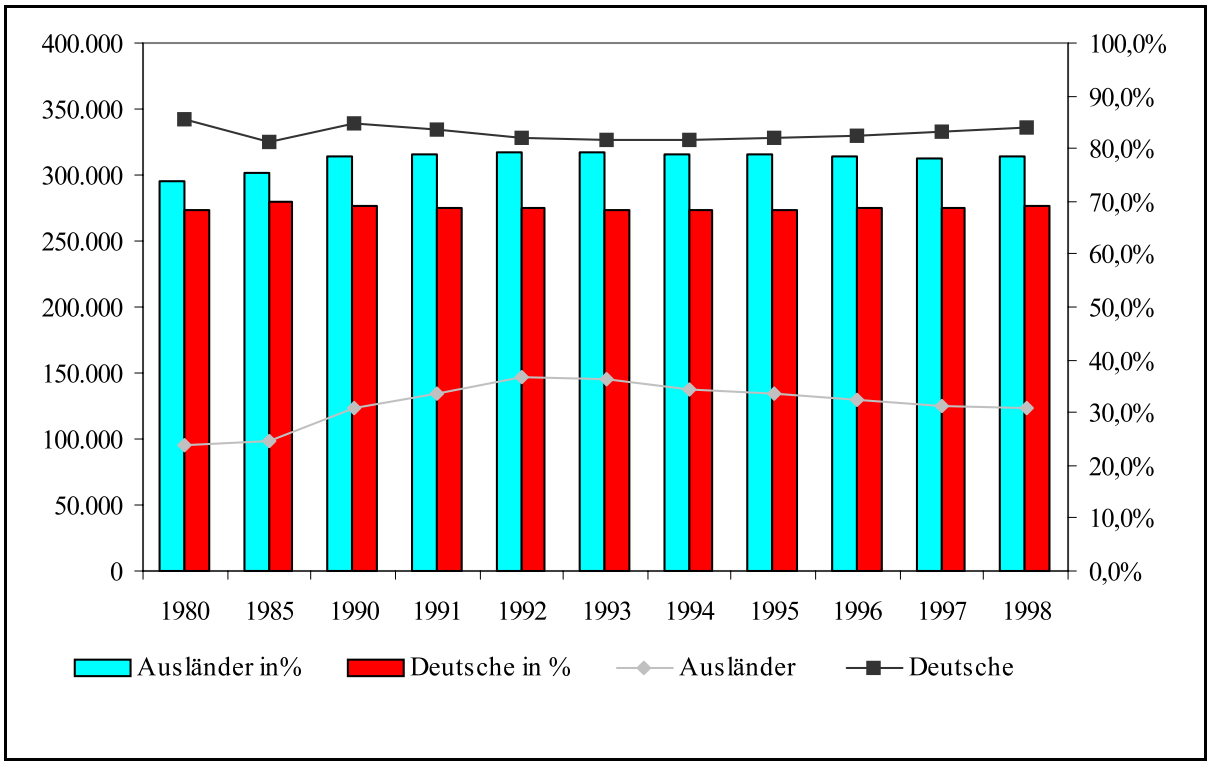
Zunächst werden einige gebräuchliche statistische Maße zur Erwerbstätigkeit verglichen, um Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern sowie die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren aufzeigen zu können und daraus Schlussfolgerungen auf Prozesse der Integration oder Desintegration ableiten zu können. Dabei ist zu beachten, dass das Erwerbspersonenpotential (Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) nach dem Wohnortprinzip gemessen wird, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hingegen nach dem Arbeitsortprinzip.

4.2.1 Das Erwerbspersonenpotential

Das Angebot an Arbeitskräften hängt einerseits von der Entwicklung der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab, also vom sog. Erwerbspersonenpotential, und andererseits davon, inwieweit die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ihre Arbeitskraft am Markt anbieten, also von ihrem Erwerbsverhalten. Insgesamt hat in Frankfurt das Erwerbspersonenpotential, d.h. die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren, zwischen 1980 und 1996 um 25.000 zugenommen. Dies war in den 80er Jahren weitgehend darauf zurückzuführen, dass die Berufsanfängerzahl durch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre beeinflusst wurde. In den 90er Jahren war hierfür ausschließlich das wanderungsbedingte Wachstum der Wohnbevölkerung relevant.[22]

Die folgende Grafik und Tabelle zeigen, wie sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei Deutschen und Ausländern in absoluten Zahlen entwickelt hat und wie sich daneben der prozentuale Anteil verändert hat, den die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung jeweils hatte.

Grafik II.21: Erwerbspersonenpotential nach Staatsangehörigkeit 1980, 1985, 1990 bis 1999



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

[22] Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:16).

Tabelle II.22: Erwerbspersonenpotential nach Staatsangehörigkeit 1980, 1985, 1990 bis 1998

Jahr	Ausländer	Deutsche	Ausländer in %	Deutsche in %
1980	94.978	341.988	73,8	68,3
1985	98.639	325.496	75,4	70,1
1990	122.818	338.515	78,5	69,3
1991	134.049	333.722	78,9	68,9
1992	147.518	327.971	79,4	68,6
1993	144.632	326.687	79,4	68,4
1994	138.042	326.805	79,1	68,4
1995	134.922	327.786	78,8	68,4
1996	130.273	330.270	78,5	68,6
1997	125.696	332.429	78,3	68,8
1998	124.054	335.813	78,4	69,1

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Von 1980 bis 1992/93 ist das prozentuale Erwerbspersonenpotential bei Ausländern von 73,8 Prozent auf über 79 Prozent gestiegen und seitdem kaum zurückgegangen. Das Erwerbspersonenpotential der Deutschen hat sich hingegen in den letzten zwanzig Jahren kaum verändert. Es schwankte zwischen 68 Prozent und 70 Prozent, liegt also um ca. 9 Prozentpunkte unter dem der Ausländer.1998 waren 124.054 Ausländer und 335.813 Deutsche als potentielle Erwerbspersonen erfasst, d.h. in der Stadt wohnhaft und zwischen 15 und 65 Jahren alt. Das entspricht einem Erwerbspersonenanteil von ca. 78 Prozent bei Ausländern und ca. 69 Prozent bei Deutschen.

4.2.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind statistisch am besten erfasst, weil ihre Daten von den beschäftigenden Betrieben und Öffentlichen Stellen regelmäßig an die Sozialversicherung gemeldet werden. Bei der Bundesanstalt für Arbeit werden diese Daten in der Beschäftigtendatei zusammengefasst. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt allerdings die Beschäftigung im Öffentlichen Sektor nur unzureichend wieder, da Beamte nicht erfasst werden. Zudem bleiben geringfügig Beschäftigte, mithelfende Familienangehörige und Selbständige außen vor, da sie keiner Versicherungspflicht unterliegen.[23] Hinzu kommt, dass - wie oben bereits erwähnt - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Arbeitsortprinzip registriert werden und nicht nach dem Wohnortprinzip. Die Daten beziehen sich daher auf die Frankfurter Arbeitsbevölkerung und nicht auf die Wohnbevölkerung, die den Kernbereich dieser Studie darstellt.

[23] Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:33); Statistisches Jahrbuch Frankfurt (1999:44)

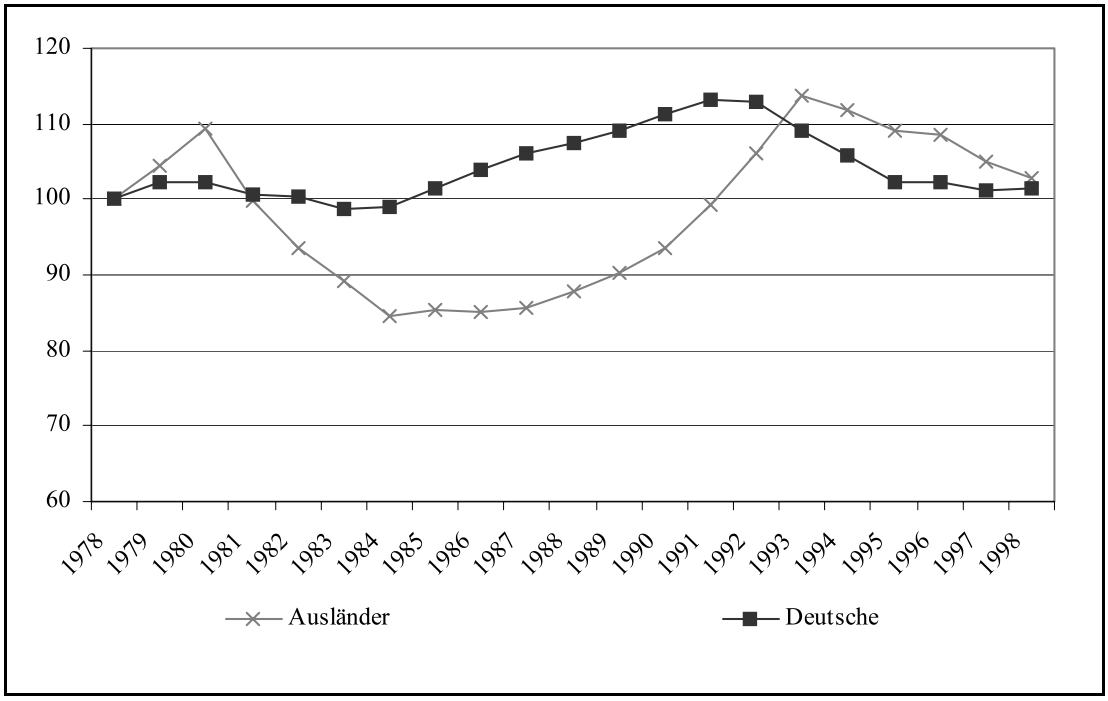
Insgesamt waren 1998 72.269 Ausländer und 379.447 Deutsche im Stadtgebiet Frankfurt sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich im Vergleich zu 1980 (459.538) in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur unwesentlich verändert. Sie unterlag allerdings den allgemeinen konjunkturellen Schwankungen: Ein Rückgang Anfang der 80er Jahre auf 429.330 (1984), dann ein Anstieg bis auf 496.894 (1992), und schließlich ein Absinken auf 451.716 (1998).

Tabelle II.23: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Frankfurt am Main 1978-1998

Jahr	Insgesamt	Deutsche	Ausländer
1978	444.208	373.697	70.331
1979	455.878	382.412	73.466
1980	459.538	382.646	76.892
1981	446.302	376.178	70.124
1982	440.571	374.776	65.795
1983	431.317	368.601	62.716
1984	429.330	369.802	59.528
1985	438.773	378.687	60.086
1986	448.195	388.279	59.916
1987	456.593	396.312	60.281
1988	463.454	401.702	61.752
1989	471.168	407.616	63.552
1990	481.961	416.087	65.874
1991	493.202	423.340	69.862
1992	496.894	422.344	74.550
1993	487.372	407.396	79.976
1994	473.980	395.421	78.559
1995	458.579	381.880	76.699
1996	458.454	382.183	76.271
1997	452.363	378.571	73.792
1998	451.716	379.447	72.269

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Grafik II.22: Veränderung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1978-1998 zum Basisjahr 1978



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnung

Wie sich in Grafik II.22 erkennen lässt, unterliegen ausländische Beschäftigte den Schwankungen wesentlich stärker als deutsche. Außerdem ist eine gewisse Zeitversetzung festzustellen: die Zahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ändert sich jeweils etwas später als die der deutschen - sowohl der Anstieg als auch der Rückgang der Beschäftigtenzahlen erfolgt jeweils zeitversetzt. Bei Ausländern dauert es länger als bei Deutschen bis konjunkturbedingte Einstellungen erfolgen, aber kürzer bis konjunkturbedingte Entlassungen eintreten. Hierin zeigt sich, dass die Integration in den Arbeitsmarkt bei Ausländern weniger stabil ist als bei Deutschen.

Hinsichtlich des Geschlechts sind keine auffälligen Unterschiede der Entwicklung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten festzustellen. Der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der deutschen Erwerbstätigen liegt 1998 bei 43 Prozent. Bei ausländischen Beschäftigten liegt der Frauenanteil bei 41 Prozent.[24] Der niedrigere Beschäftigtenanteil ausländischer Frauen hängt zum einen mit dem geringeren Anteil von Frauen an der ausländischen Bevölkerung zusammen, und ist zum anderen dadurch bedingt, dass ein hoher Anteil ausländischer Frauen sozialversicherungsfreie Tätigkeiten ausübt und daher in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fehlt.

[24] Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnung;

Ein wesentlicher Indikator für Integration wäre darin zu sehen, wenn sich die Erwerbsbeteiligung bei Ausländern an die der deutschen Bevölkerung angleichen würde. Um dies nachvollziehen zu können, müsste jährlich die Erwerbsquote errechnet werden. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen (bzw. behelfsmäßig der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) an dem Erwerbspersonenpotential (Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter) in der ausländischen und in der deutschen Bevölkerung jeweils ist. Durch einen Längsschnittvergleich der Erwerbsquoten könnte die langfristige Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nachvollzogen werden, wobei gleichzeitig die sich ändernde Altersstruktur und Geschlechterverteilung beider Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden könnte.

Da aber sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach dem Arbeitsortprinzip, das Erwerbspersonenpotential hingegen nach dem Wohnortprinzip gemessen werden, lässt sich die Erwerbsquote auf kommunaler Ebene nicht berechnen. Angesichts des in Frankfurt ungewöhnlich hohen Pendlereffekts macht es auch keinen Sinn, die Daten über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und die Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter trotz ihrer unterschiedlichen Bezugsgröße behelfsmäßig aufeinander zu beziehen. Dies ist um so weniger zulässig, als ja bekannt ist, dass sich Ausländer und Deutsche in ihrem Pendelverhalten deutlich unterscheiden.

Auf Westdeutschland bezogen, lässt sich beobachten, dass die anfänglich sehr hohe Erwerbsbeteiligung von Ausländern abgenommen hat, so dass ihre Erwerbsquote nun unter der der Deutschen liegt. Die Autoren des Frankfurter Sozialberichts vermuten, dass auch in Frankfurt die Erwerbsquote von Ausländern abnimmt. Die Ursachen sehen sie darin, dass zunehmend weniger Ausländer über eine Arbeitserlaubnis verfügen - sie leiten dies aus dem sinkenden Anteil von EU-Ausländern ab. Ein anderer Grund besteht ihres Erachtens darin, dass durch die Familienzusammenführung der Anteil männlicher Ausländer im Erwerbsalter gesunken ist und dass zudem bei einigen Nationalitäten die Berufstätigkeit von Frauen weniger akzeptiert wird.[25] Diesen möglichen Gründen ist unserer Ansicht nach hinzuzufügen, dass einige Nationalitäten einen deutlich höheren Anteil von Frauen aufweisen, die Kinder haben, so dass sich infolgedessen die Möglichkeiten, berufstätig zu sein, verringern. Ein Vergleich der Erwerbsbeteiligung von Frauen in der deutschen und der ausländischen Bevölkerung unterschiedlicher Nationalität müsste deshalb sinnvollerweise auch den Faktor Mutterschaft einbeziehen.

4.2.3 Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftsbereichen

Fortschreitende berufliche Integration würde auch daran zu erkennen sein, dass ausländische und deutsche Erwerbstätige zunehmend in denselben Branchen beschäftigt sind und innerhalb der Beschäftigungshierarchie ähnliche Positionen einnehmen. Um dieser Frage nachzugehen, soll zunächst nachvollzogen werden, wie sich in Frankfurt die Struktur in den Wirtschaftsbereichen verändert hat und welche Auswirkungen dies jeweils auf die Zahl deutscher und ausländischer Beschäftigter hatte.

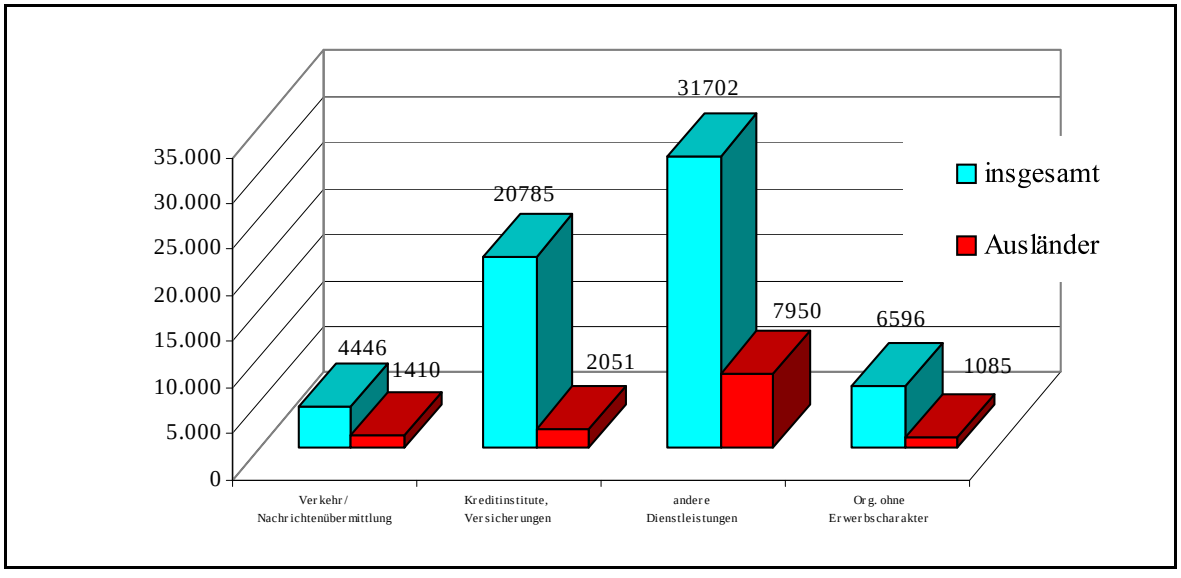
[25] Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:18).

Der starke Wandel der Frankfurter Beschäftigtenstruktur[26] resultiert u.a. daraus, dass gemessen an ihrer Produktionsleistung bestimmte Wirtschaftsbereiche, wie das Produzierende Gewerbe und das Baugewerbe, an Gewicht verloren haben, und andere, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, an Bedeutung gewonnen haben. Der Anteil der in der Frankfurter Industrie Beschäftigten war bereits 1980 mit 27 Prozent deutlich geringer als in der Bundesrepublik (41%) und ist zwischenzeitlich auf 16,5 Prozent zurückgegangen. Das entspricht rund der Hälfte des Wertes in Westdeutschland.

Seit 1980 ist in Frankfurt die Zahl der Industriearbeitsplätze um rund 40 Prozent auf 74.000 zurückgegangen. Dabei hat der Abbau von Arbeitsplätzen vor allem zwischen 1992 und 1997 stattgefunden (-32%). Er war mit einem innersektoralen Wandel und zudem mit Veränderungen der Tätigkeitsstruktur, also mit einer Veränderung der Qualifikationserfordernisse, verbunden.

Die Beschäftigtenzahl im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen expandierte seit 1980 um fast 50 Prozent, so dass inzwischen 29 Prozent der Frankfurter Arbeitsplätze auf diesen Bereich entfallen. Hierunter verbergen sich allerdings sehr heterogene Dienstleistungen mit sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen, unterschiedlicher Bedeutung und unterschiedlichen Entwicklungen. Ein Bereich, in dem ein überdurchschnittlich hoher Anteil von ausländischen Arbeitskräften beschäftigt ist, sind beispielsweise Reinigungsbetriebe, die relativ wenige dauerhafte und zudem schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse bieten. Hier sind auch viele geringfügig Beschäftigte anzutreffen.

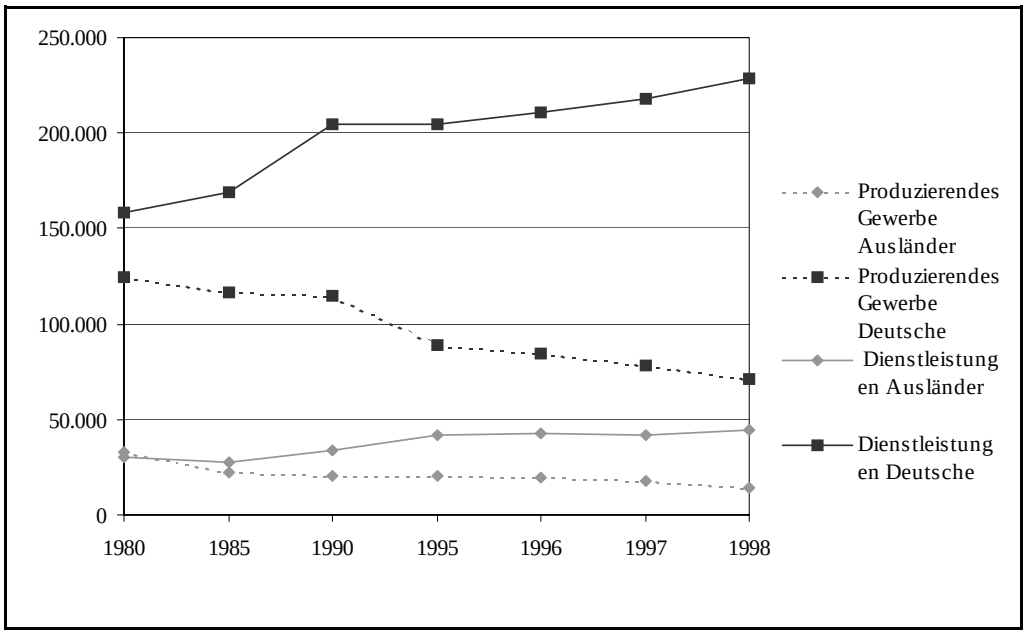
Grafik II.23: Wirtschaftsbereiche mit positiver Arbeitsplatzbilanz 1980-1995



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

[26] Die Darstellung dieses Wandels folgt dem aktuellen Frankfurter Sozialbericht: Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:34ff). Siehe auch Schott, Michael (2000:21-24).

Grafik 24: Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den Bereichen Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 1980, 1985, 1990 bis 1998

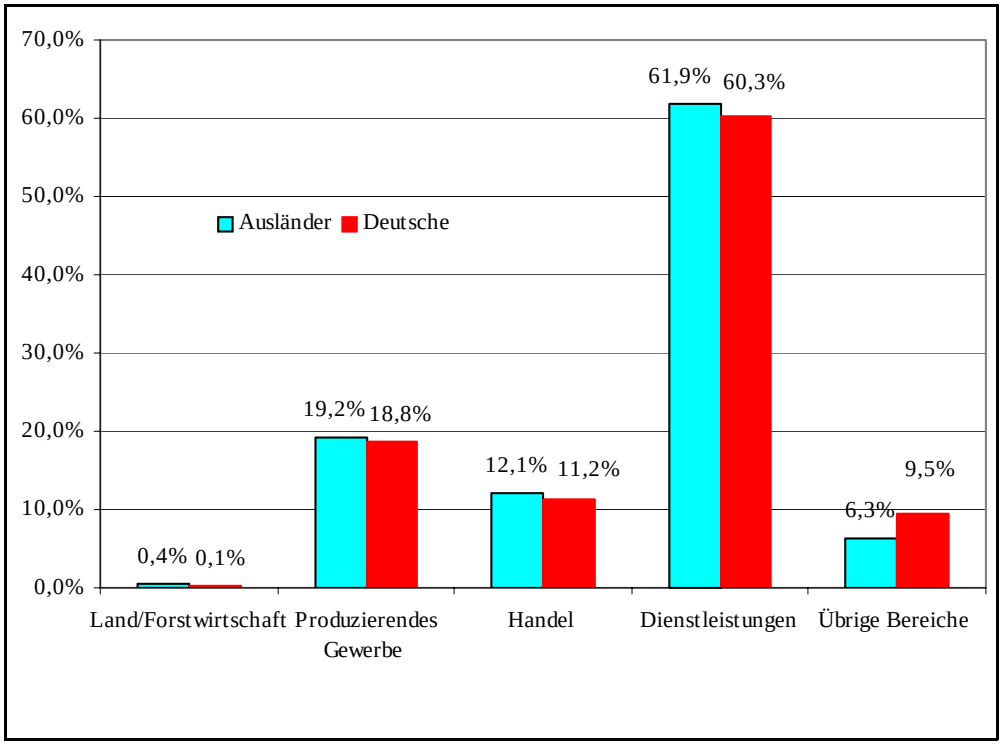


Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Die bezüglich der Integration von Zuwanderern wichtigsten Änderungen fanden also im Bereich der Industrie und der Dienstleistungen statt. Die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe ging von 1980 bis 1998 deutlich zurück: bei Deutschen um 58 Prozent, bei Ausländern um 43 Prozent. Hingegen hat sich die Zahl der Stellen im Dienstleistungssektor (einschließlich Verkehrs-, Kredit- und Versicherungswesen) deutlich erhöht. Die Beschäftigtenzahl der Deutschen stieg in diesem Wirtschaftsbereich um 46 Prozent, die der Ausländern um 44 Prozent.

Hervorzuheben ist, dass es kaum Unterschiede zwischen Ausländern und Deutschen bei der Verteilung nach Wirtschaftsbereichen gibt. Diese Gleichverteilung nach Sektoren sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche wohl große Unterschiede nach der Verteilung von Positionen in der Beschäftigungshierarchie, der Einkommensstruktur und der Sicherheit der Arbeitsplätze gibt. Hierzu liegen allerdings keine Angaben vor.

Grafik II.25: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen nach Staatsangehörigkeit 1998



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnung

4.2.4 Selbständigkeit

Zum Bereich der Selbständigkeit gibt es laut Auskunft der Industrie- und Handelskammer (Abt. Statistik) in Frankfurt auf kommunaler Ebene keine Daten, die die Staatsangehörigkeit der Firmeninhaber unterscheiden. Auch die Staatsangehörigkeit der Personen, die ein bei Gewerbe anmelden, wird nur hessenweit erfasst.

Da dieser Bereich aber gerade für die ausländische Bevölkerungsgruppe eine wichtige Funktion hat, wird im folgenden auf die bundesweite Situation eingegangen. Hierbei gibt es plausible Gründe anzunehmen, dass die wesentlichen Trends auch in Frankfurt anzutreffen sind. In Deutschland hat sich die Zahl der selbständigen Ausländer seit 1987 mehr als verdoppelt; ihr Anteil an allen ausländischen Erwerbstätigen ist seit 1995 kontinuierlich auf 8,8 Prozent gestiegen. Auch die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen hat mit rd. 29.000 ausländischen Erwerbstätigen einen Höchststand erreicht.[27] An der Erhöhung der Anzahl der Selbständigen in Deutschland seit 1980 um insgesamt 360.000 waren Ausländer zu einem sehr hohen Anteil (150.000) beteiligt.[28]

[27] Bericht der Beauftragten der Bundesregierung (2000:86).

[28] Löffelholz/Köpp (1998:142).

Der besondere Stellenwert der Selbständigkeit für den Bereich der Integration von Zuwanderern wird im Sechsten Familienbericht ausführlich beschrieben:[29] Selbständigkeit - unterstützt durch mithelfende Familien- und Verwandtschaftsmitglieder und ergänzt durch Sozialeinkommen und Erwerbseinkommen aus Teil- und auch Vollzeitbeschäftigung - ist für nicht wenige Familien ausländischer Herkunft die Basis für materiellen Erfolgt und die Entfaltung von Wohlfahrt. Gerade für am Arbeitsmarkt nicht vermittelbare Jugendliche sind ethnische Familienbetriebe nicht selten die einzige Chance, um zu einem Erwerbseinkommen zu gelangen.

Die sektorale Struktur ist bestimmt durch das Gastgewerbe, gefolgt von verarbeitendem Gewerbe und dem Einzel- und Großhandel, aber auch durch Selbständigkeit im Dienstleistungssektor. Es gibt zudem eine unterschiedliche regionale Verteilung der ausländischen Selbständigen, nicht zuletzt bedingt durch die unterschiedlichen Chancen, einen sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeitsplatz zu erhalten. Begünstigt wird die Entscheidung zur Selbständigkeit durch eine längere Aufenthaltsdauer und gesicherte Aufenthaltsberechtigung, eine hohe Arbeitslosigkeit, ein städtisches Umfeld und eine entsprechend große ethnische Kolonie. Erschwert wird die Selbständigkeit durch Gewerbeordnungen und im Handwerk durch die Bedingung der Meisterprüfung, erleichtert ist sie in gewerbeähnlichen Bereichen und in der Nischenökonomie sowie mit Angeboten für die eigenen Landsleute über Ergänzungsökonomie.

Für die ansässige Bevölkerung sind die Angebote der nischenökonomischen ausländischen Selbständigen im Wohnquartier in der Regel ein Gewinn an Lebensqualität und kultureller Vielfalt. Dies gilt insbesondere für die Gastronomie sowie bei einfachen Dienstleistungsangeboten, insbesondere bei Wäsche und Bekleidung.

Im sechsten Familienbericht wird empfohlen, Selbständigkeit im Interesse der Integration der großen und wachsenden Zahl der ungelernten ausländischen Jugendlichen, Älteren und Frauen zu fördern, zumal diese Kleinstunternehmen der Nachbarschaftsbildung in den Wohnquartieren dienen und dem Zusammenleben im Alltag in kultureller Vielfalt außerordentlich förderlich sein können.

4.3 Arbeitslosigkeit

Zwischen 1960 und 1973 waren Ausländerinnen und Ausländer als so genannte Gastarbeiter willkommen, um den bestehenden Mangel an Arbeitskräften zu beheben, heute gehören sie zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Der durch den Wegfall der Arbeitsplätze in der Industrie geprägte Strukturwandel hat vor allem für die ausländische Bevölkerung negative Folgen. Denn genau in diesem Bereich wurden in den 60er und 70er Jahren gezielt Ausländer angeworben. Doch häufig können sie neuen Qualifikationsanforderungen in diesen Bereichen nicht entsprechen. Zudem fördert der Wegfall von Stellen im einfachen Dienstleistungsbereich das Arbeitsmarktrisiko von Ausländern.

[29] Die Ausführungen zur Selbständigkeit beziehen sich auf den Sechsten Familienbericht: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000:151).

Ihre Situation verschärft sich insbesondere dann, wenn sie nur über eine geringe berufliche Qualifikation verfügen. Obwohl eine gute Ausbildung längst kein Garant mehr für einen sicheren Arbeitsplatz ist, sind dennoch die Arbeitsmarktchancen bei höherer Qualifikation wesentlich günstiger, und das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren, bedeutend geringer.

Für ausländische Mitbürger liegt die Arbeitslosenquote deutlich über der von Deutschen. In den 90er Jahren ist sie für Ausländer außerdem überproportional gestiegen. Auch für Arbeitnehmer ohne (formale) berufliche Qualifikation ist das Risiko arbeitslos zu werden deutlich höher. Wie im Abschnitt Bildung und Ausbildung bereits beschrieben, ist gerade in diesem Bereich ein deutlicher Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen festzustellen.

4.3.1 Arbeitslosenstatistik

Arbeitslose sind nach offizieller Definition Arbeitnehmer, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen und sich persönlich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben. Normalerweise dient die Arbeitslosenquote, d.h. der Anteil Arbeitsloser bezogen auf die Erwerbspersonen, als Maßstab für Arbeitslosigkeit. Aber für das Stadtgebiet Frankfurt liegt keine Unterteilung der Arbeitslosenquote nach Staatsangehörigkeit vor. Deshalb wird im folgenden die *Arbeitslosendichte* als analytische Grundlage benutzt. Sie gibt an, wie hoch der Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren ist. Mit Hilfe der Arbeitslosendichte können auch unterschiedlich große Ortsteile gut miteinander verglichen werden, da die Zahl der Arbeitslosen jeweils mit der Zahl der erwerbsfähigen Einwohner in Beziehung gesetzt wird.

Die Berechnungen beruhen auf Angaben des Arbeitsamtes Frankfurt. Da meist keine detaillierten Auswertungen für das Frankfurter Stadtgebiet vorliegen, werden im folgenden in aller Regel Angaben über den Bereich des Hauptamtes benutzt, die die Situation im Stadtgebiet annäherungsweise widerspiegeln. Verglichen mit dem Stadtgebiet fehlen im Gebiet des Hauptamtes einige westliche und östliche Frankfurter Vororte. Dagegen gehören Neu-Isenburg und Mörfelden-Walldorf zum Gebiet des Hauptamtes.[30]

Die Angaben über das Hauptamt können offensichtlich ziemlich gut auf die Situation in der Stadt Frankfurt übertragen werden. Denn im Zeitvergleich zeigt sich, dass die statistischen Unterschiede zwischen Hauptamt und Stadtgebiet weitgehend vernachlässigt werden können, da z.B. zwischen 1991 und 2000 die Differenz der Arbeitslosenquote im Hauptamt und in der Stadt höchstens 0,4 Prozentpunkte betrug.

[30] Arbeitsamt Frankfurt am Main (2000:5).

4.3.2 Höhe der Arbeitslosigkeit

Von 1991 bis 1999 ist die Anzahl Arbeitsloser von 15.601 auf 27.814 gestiegen, das bedeutet eine Zunahme um 78 Prozent. Seit 1991 ist auch der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen im Stadtgebiet deutlich gestiegen. Die Gründe hierfür sind wohl darin zu sehen, dass erstens in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine starke Neuzuwanderung stattfand und vor allem gering qualifizierte Neuzuwanderer aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse, aber auch aufgrund rechtlicher Einschränkungen Probleme haben, eine Arbeitsstelle zu finden. Ein zweiter Grund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit der Ausländer dürfte darin bestehen, dass insbesondere Zuwanderer der ersten Generation Opfer des eingangs beschriebenen Strukturwandels auf dem Frankfurter Arbeitsmarkt geworden sind.

1998 waren 40 Prozent der Arbeitslosen ausländische Staatsangehörige, 7 Jahren zuvor lag der Anteil bei knapp 29 Prozent. Zwischen 1998 und 1999 zeigt sich ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit, der auch für die gesamte Bundesrepublik zu beobachten ist. Der Anteil arbeitsloser Ausländer ist in diesem einen Jahr wesentlich deutlicher gesunken als der der Deutschen. Bei Deutschen ging die Zahl der Arbeitslosen um 5 Prozent zurück, während sie bei Ausländern um 14 Prozent abnahm, was eine Trendwende in Richtung beruflicher Integration andeuten könnte.

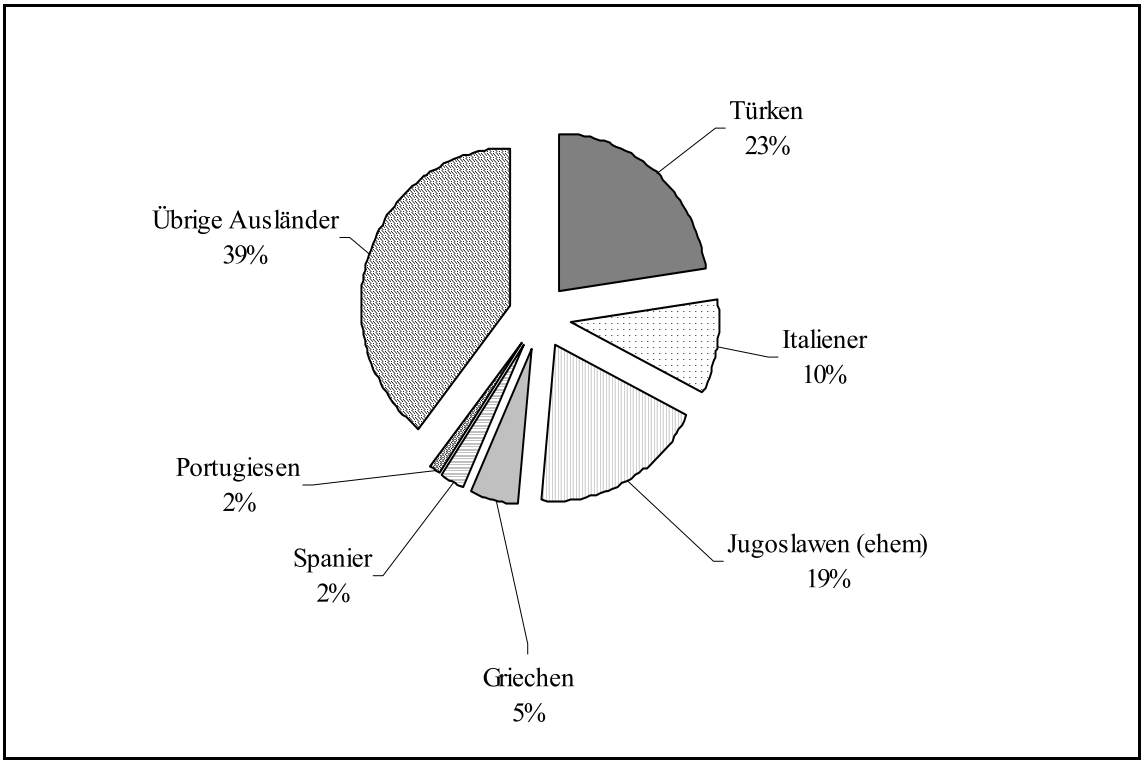
Tabelle II.24: Arbeitslose in der Stadt Frankfurt Ende Juni des jeweiligen Jahres - (ohne 1993!)

	1991	**1992**	**1994**	**1995**	**1996**	**1997**	**1998**	**1999**
Ausländer	4.505	6.310	9.681	9.827	10.648	11.961	12.224	10.694
Deutsche	11.096	11.799	16.711	17.461	17.846	18.925	18.027	17.120
Arbeitslose insgesamt	15.601	18.109	26.392	27.288	28.494	30.886	30.251	27.814
Ausländeranteil an allen Arbeitslosen	28,9	34,8	36,7	36,0	37,4	38,7	40,4	38,4

Quelle: Arbeitsamt

Wie sich die arbeitslosen Ausländer auf die verschiedenen Nationalitäten verteilen, zeigt die folgende Grafik. Man sieht, dass Türken die größte Gruppe arbeitsloser Ausländer bilden, gefolgt von Personen aus dem Gebiet des (ehemaligen) Jugoslawien.

Grafik II.26: Anteil einzelner Nationalitäten an ausländischen Arbeitslosen 1999



Quelle: Arbeitsamt

Vergleicht man annäherungsweise den Anteil einzelner Nationalitäten an ausländischen Arbeitslosen im Hauptamt mit dem den Anteil einzelner Nationalitäten an den ausländischen Einwohner der Stadt (1998) so zeigt sich, dass sich die Verteilung der Einwohner und der Arbeitslosen nach Nationalität mit Ausnahme der türkischen Bevölkerungsgruppe in etwa entsprechen.[31] Türkische Staatsangehörige scheinen demnach vergleichsweise schlecht in den Arbeitsmarkt integriert zu sein, spanische hingegen vergleichsweise gut.

[31] Methodisch ist zu beachten, dass die Einwohner und nicht das Erwerbspersonenpotential als Vergleichszahl herangezogen wurde, da die Zahlen für das Erwerbspersonenpotential nach Nationalität nicht vorliegen. Bevölkerungsgruppen, die sich durch einen hohen Anteil von Personen unter 15 Jahren oder über 65 Jahren auszeichnen, hätten also ein geringeres Erwerbspersonenpotential und würden damit den angestellten Vergleich leicht verzerren.

Tabelle II.25: Anteil einzelner Nationalitäten an ausländischen Arbeitslosen und Anteil einzelner Nationalitäten an den ausländischen Einwohner (1998)

Nationalität	Arbeitslose	Einwohner
Türken	22,6	19,9
Italiener	9,0	9,0
(Ex-)Jugoslawen	22,3	22,2
Griechen	5,0	4,5
Spanier	2,4	3,3
Übrige Ausländer	38,7	41,1

Quelle: Arbeitsamt und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Im Durchschnitt lag die Arbeitslosendichte (Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Hauptwohnung im Alter 15 bis unter 65 Jahren) in Frankfurt 1999 bei 5,8 Prozent; bei Deutschen betrug sie durchschnittlich 5,3 Prozent, bei Ausländern 6,9 Prozent. Ein Vergleich der ortsteilspezifische Arbeitslosendichten zeigt, dass das Problem der Arbeitslosigkeit ungleich verteilt ist.

Tabelle II.26: Arbeitslosendichte und Ausländeranteil 1999 bzw. 1998 nach Ortsteilen (Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung mit Hauptwohnung im Alter 15 bis unter 65 Jahren)

		Zusammen	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil*
1	Altstadt	7,4	6,9	8,2	32
2	Innenstadt	6,7	7,9	5,9	48
3	Bahnhofsviertel	9,8	19,0	6,0	69
4	Westend-Süd	2,8	3,2	2,2	29
5	Westend-Nord	4,7	4,7	4,6	30
6	Nordend-West	4,4	4,1	5,0	27
7	Nordend-Ost	6,0	5,5	7,1	30
8	Ostend	7,0	6,7	7,4	35
9	Bornheim	6,1	5,5	7,6	28
10	Gutleutviertel	8,6	11,0	7,2	56
11	Gallusviertel	9,5	10,7	8,4	48
12	Bockenheim	5,4	4,9	6,2	35
13	Sachsenhausen-N.	4,7	4,3	5,5	27
14	Sachsenhausen- S.**	4,2	3,8	5,1	23
15	Flughafen				73
16	Oberrad	5,4	4,7	7,2	25
17	Niederrad	4,8	4,8	4,9	32

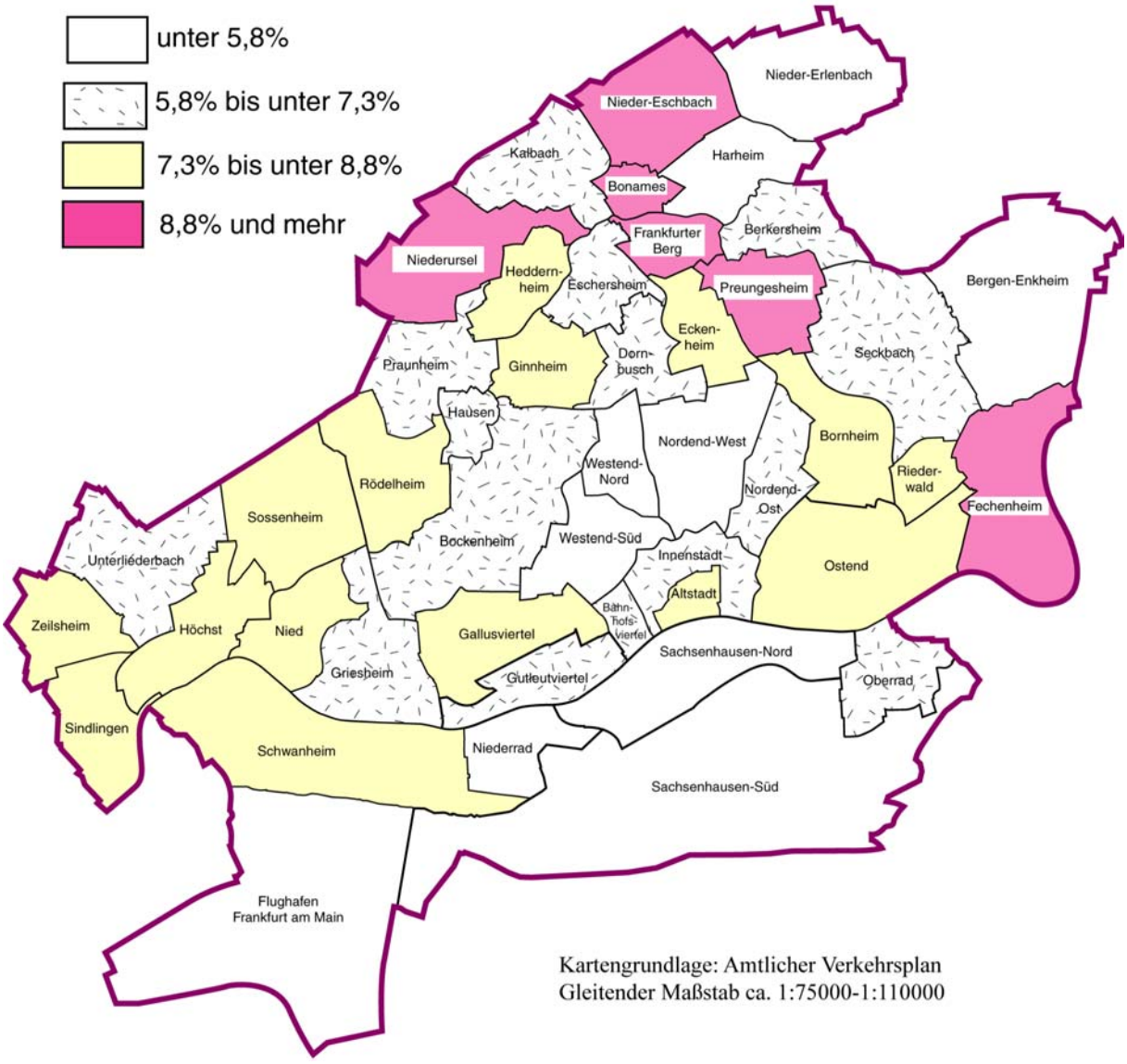
		Zusammen	Deutsche	Ausländer	Ausländeranteil*
18	Schwanheim	5,3	4,6	7,4	20
19	Griesheim	6,6	6,3	7,2	36
20	Rödelheim	7,0	6,3	8,4	30
21	Hausen	5,3	5,0	5,8	29
22	Praunheim	5,2	4,6	7,1	20
24	Heddernheim	6,0	5,1	8,3	23
25	Niederursel	6,5	5,5	9,0	24
26	Ginnheim	4,9	3,9	7,5	24
27	Dornbusch	4,1	3,5	6,0	19
28	Eschersheim	5,1	4,7	6,7	19
29	Eckenheim	6,5	5,7	8,1	29
30	Preungesheim	7,8	7,4	8,8	28
31	Bonames	7,2	6,5	9,3	22
32	Berkersheim	4,7	4,3	6,3	19
33	Riederwald	7,4	7,1	8,3	23
34	Seckbach	4,8	4,3	6,3	22
35	Fechenheim	8,4	8,0	9,2	35
36	Höchst	7,2	6,4	8,3	42
37	Nied	6,3	5,5	7,8	30
38	Sindlingen	6,4	5,7	8,3	22
39	Zeilsheim	6,5	5,9	8,5	20
40	Unterliederbach	6,0	5,9	6,3	26
41	Sossenheim	6,9	6,2	8,3	29
42	Nieder-Erlenbach	3,2	3,2	3,1	13
43	Kalbach	3,5	3,0	6,6	13
44	Harheim	2,8	2,5	4,9	11
45	Nieder-Eschenbach	7,0	6,4	9,1	22
46	Bergen-Enkheim	3,8	3,4	5,5	16
47	Frankfurter Berg	7,1	6,4	9,2	24
	Frankfurt am Main	**5,8**	**5,3**	**6,9**	**29**

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister Frankfurt am Main (frankfurter statistische berichte 1'2000)

*Angaben zu Ausländeranteil beziehen sich auf das Jahr 1998!

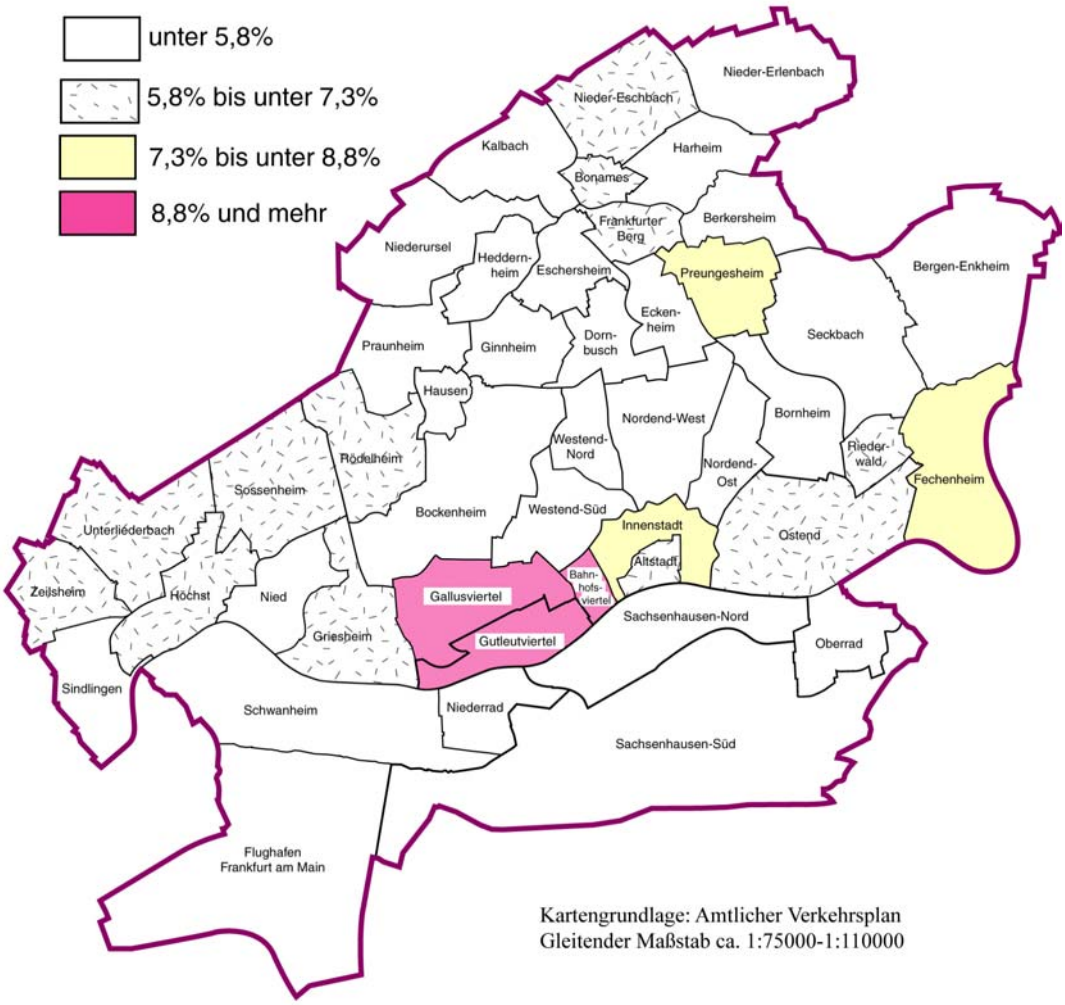
** inklusive Flughafen

Karte II.3: Arbeitslosendichte der ausländischen Bevölkerung nach Ortsteilen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister Frankfurt am Main (frankfurter statistische berichte1'2000)

Karte II.4: Arbeitslosendichte der deutschen Bevölkerung nach Ortsteilen



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister Frankfurt am Main (frankfurter statistische berichte 1'2000)

Ortsteile mit erhöhter *allgemeiner* Arbeitslosendichte (über 7 % bei einem Stadtdurchschnitt von 5,8 %) sind: Altstadt, Bahnhofsviertel, Gutleutviertel, Gallusviertel, Rödelheim, Preungesheim, Bonames, Riederwald, Fechenheim, Höchst, Nieder-Eschbach und Frankfurter Berg. Eine überdurchschnittliche und im Vergleich zur deutschen Bevölkerung außergewöhnlich hohe Arbeitslosendichte der *ausländischen* Bevölkerung findet sich in folgenden Ortsteilen: Heddernheim, Niederursel, Sindlingen, Zeilsheim, und Nieder-Eschbach. Dagegen ist in der Innenstadt, im Bahnhofsviertel, und im Gutleutviertel die Arbeitslosendichte der *deutschen* Bevölkerung ungewöhnlich hoch.

Bezüglich dieser Gebiete mit einer erhöhten Arbeitslosigkeit in der deutschen Bevölkerung ist zu betonen, dass ihre Existenz die im Sozialbericht getroffene Aussage relativiert, dass in den meisten Stadtteilen mit sehr hoher Arbeitslosendichte auch der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung sehr hoch ist.[32] Diese Aussage könnte so verstanden werden, dass die Arbeitslosigkeit von Ausländern in Gebieten mit hohem Ausländeranteil zu einer hohen Arbeitslosendichte führt. Da es aber auch Gebiete gibt, in denen zwar die Arbeitslosendichte bei Deutschen und der Ausländeranteil sehr hoch sind, die Arbeitslosendichte für Ausländer allerdings nur durchschnittliche Werte erreicht, zeigt sich, dass Ausländeranteil und Höhe der Arbeitslosigkeit nicht überall in einem direkten Zusammenhang stehen.

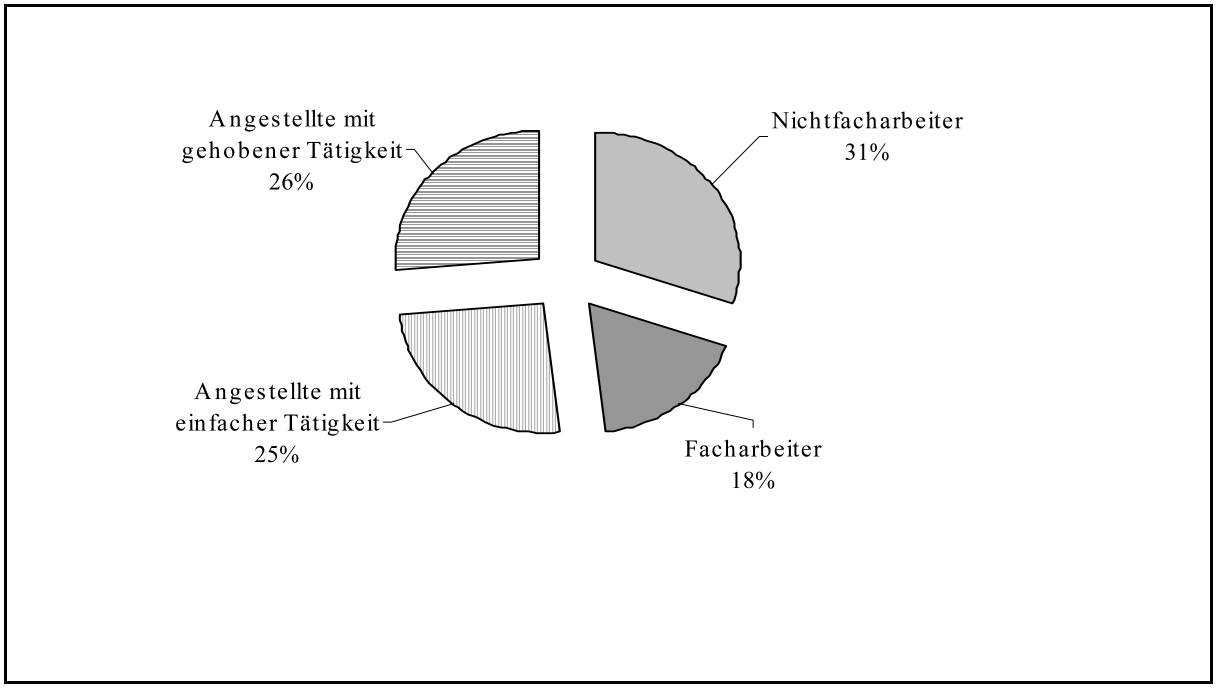
4.3.3 Struktur der Arbeitslosigkeit

Die Analyse der Qualifikationsstruktur von Arbeitslosen gibt Hinweise darauf, ob sich die Ausbildung und die Bereiche, in denen Deutsche und Ausländer im allgemeinen beschäftigt sind, einander angleichen.[33] Bei der Qualifikation der Arbeitslosen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen.

[32] Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:46).

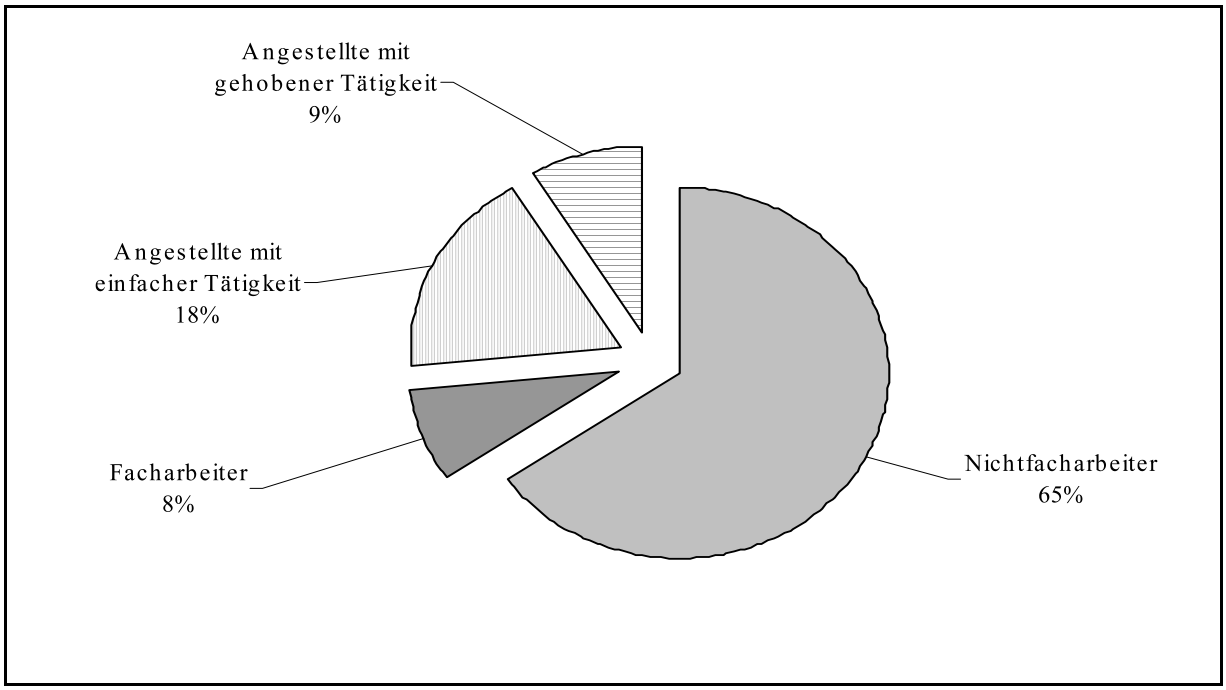
[33] Die Daten zur Struktur der Arbeitslosigkeit basieren auf Erhebungen des Arbeitsamtes in Frankfurt. Sie beziehen sich auf das Hauptamt Frankfurt.

Grafik II.27: Qualifikationsstruktur von deutschen Arbeitslosen 1999



Quelle: Arbeitsamt

Grafik II.28: Qualifikationsstruktur von ausländischen Arbeitslosen 1999

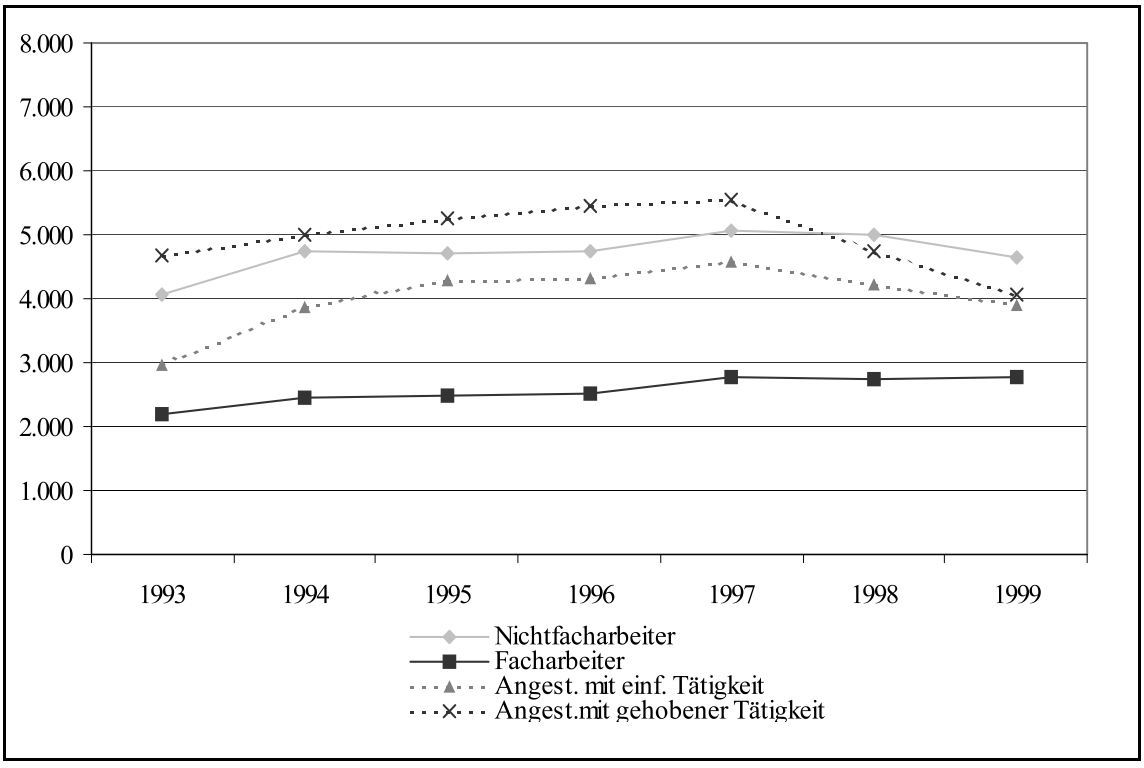


Quelle: Arbeitsamt

Zwei Drittel (6.057) der arbeitslosen Ausländer sind Nichtfacharbeiter. Bei deutschen Arbeitslosen macht diese Gruppe nicht ganz ein Drittel aus (4.653). Angestellte mit einfacher und gehobener Tätigkeit stellen insgesamt nur 27 Prozent der arbeitslosen Ausländer, während sie bei den Deutschen über die Hälfte der Arbeitslosen ausmachen. Das bedeutet, dass sich die Qualifikationsstruktur der ausländischen Arbeitslosen auf Nichtfacharbeiter konzentriert, während sie bei den deutschen wesentlich gleichmäßiger verteilt ist.

Während diese Verteilung bei ausländischen Arbeitslosen seit 1993 relativ gleichmäßig ist, hat sie sich bei deutschen Arbeitslosen geändert. Hier ist sowohl der Anteil der Facharbeiter als auch der der Angestellten mit einfachen Tätigkeiten leicht gestiegen. Der Anteil arbeitsloser Angestellter mit gehobener Tätigkeit ist hingegen von 33,6 Prozent auf 26,4 Prozent gesunken.

Grafik II. 29: Entwicklung der Qualifikationsstruktur ausländischer und deutschen Arbeitslosen 1993 bis 1999

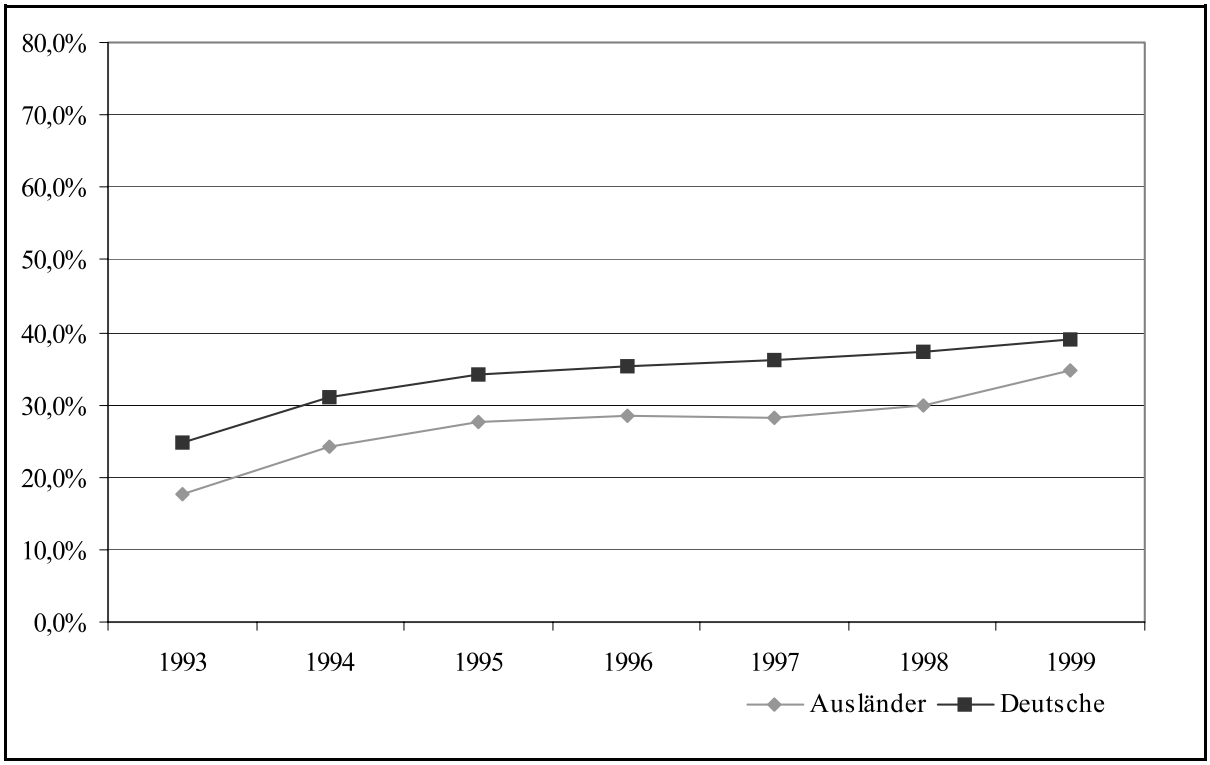


Quelle: Arbeitsamt

Unterschiede in der Struktur der Arbeitslosigkeit der ausländischen und deutschen Bevölkerung zeigen sich auch bezüglich der Dauer der Arbeitslosigkeit, mit der die finanzielle Belastung der Betroffenen wächst. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten - es beläuft sich je nach Familienstand auf 67 Prozent bzw. 60

Prozent des letzten Nettoeinkommens - wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (53 Prozent des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Grafik II.30: Anteil Arbeitsloser die länger als 1 Jahr arbeitslos sind nach Staatsangehörigkeit 1993 - 1999



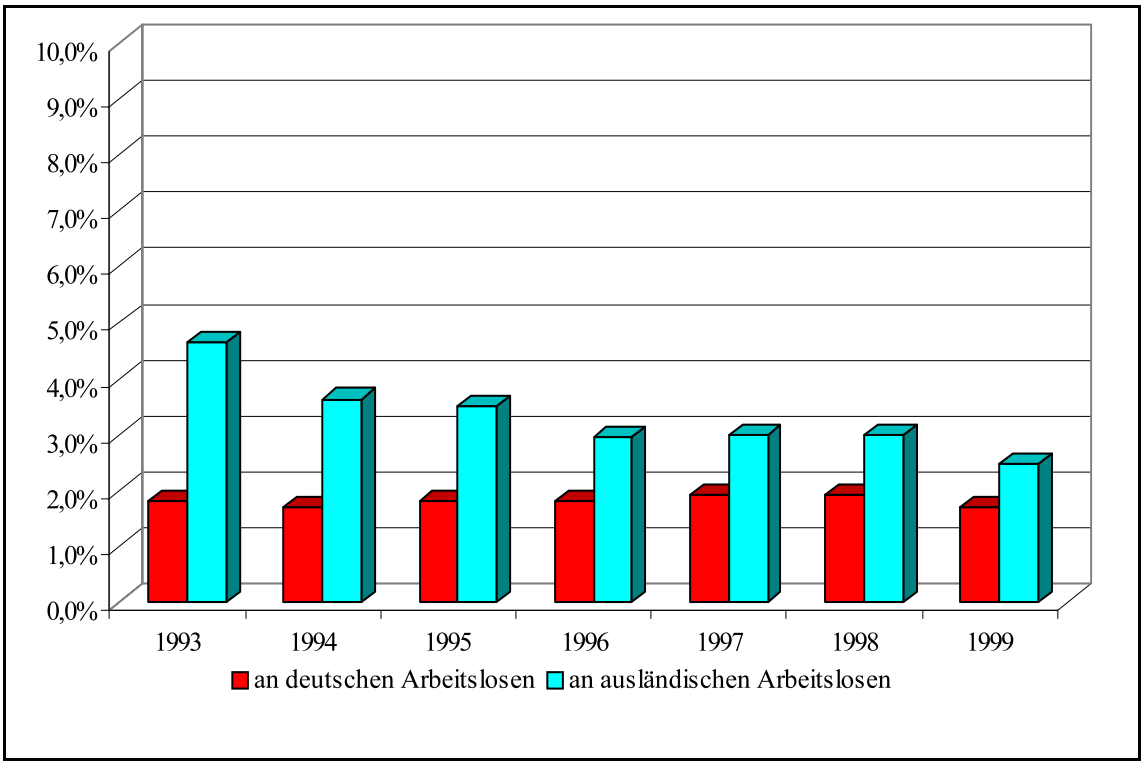
Quelle: Arbeitsamt

Von arbeitslosen Ausländern sind 1999 knapp 35 Prozent länger als 1 Jahr arbeitslos im Vergleich zu ca. 40 Prozent Deutschen (von deutschen Arbeitslosen). Damit ist die langfristige Arbeitslosigkeit bei Deutschen ein stärkeres Problem als bei Ausländern. Die Entwicklung in den letzten 8 Jahren zeigt, dass sich die langfristige Arbeitslosigkeit als besonderes Problem der Arbeitslosigkeit in beiden Gruppen gesteigert und ähnlich entwickelt hat.

Eine Differenzierung der Dauer der Arbeitslosigkeit zeigt aber einen klaren Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen: Unterteilt man die langfristige Arbeitslosigkeit in zwei Gruppen - „1 Jahr bis unter 2 Jahre“ und „2 Jahre und mehr“ - zeigt sich folgendes: seit 1996 bildet bei Deutschen die Gruppe derjenigen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, den Hauptanteil. Bei ausländischen Arbeitslosen sind hingegen erst seit 1999 beide Gruppen gleich stark vertreten. Davor war die Zahl der seit mehr als 2 Jahren Arbeitslosen geringer.

4.3.4 Jugendarbeitslosigkeit

Grafik II.31: Anteil jugendlicher Arbeitsloser nach Staatsangehörigkeit 1993-1999



Quelle: Arbeitsamt

Von den Arbeitslosen insgesamt sind 2 Prozent Jugendliche unter 20 Jahren (Stand 1999). Der Anteil von ausländischen Jugendliche an ausländischen Arbeitslosen hat sich seit 1993 von 4,6 Prozent auf 2,5 Prozent (229) vermindert, während der Jugendanteil deutscher Arbeitsloser relativ unverändert geblieben ist (1,7 % bis 1,9 %) und damit 1999 mit 1,7 Prozent (264) nur noch knapp unter dem Jugendanteil der ausländischen Arbeitslosen liegt. Wie aus Grafik II.31 ersichtlich wird, nähert sich die Jugendanteil ausländischer Arbeitsloser kontinuierlich an den der deutschen Arbeitslosen an, was unter Umständen als Hinweis auf eine fortschreitende Integration ausländischer Jugendlicher in den Arbeitsmarkt angesehen werden kann. Allerdings könnte für den sinkenden Jugendanteil bei den ausländischen Arbeitslosen auch eine Veränderung der Altersstruktur der ausländischen Erwerbsbevölkerung verantwortlich sein. Welcher Faktor den Ausschlag gibt, müßte weiter überprüft werden, um zu erfahren, ob es sich um einen Integrationsfortschritt oder um einen Altersstruktureffekt handelt.

An dieser Stelle soll nun noch auf eine unseres Erachtens zu kurz greifende Argumentation über zukünftige Folgen der schlechten Ausbildungssituation ausländischer Jugendlicher eingegangen werden, die im aktuellen Frankfurter Sozialbericht vertreten wird. In einem Fazit zum Bereich „Erwerbstätige, Beschäftigtenstruktur und veränderte Qualifikationsanforderungen“ heißt es dort:

„Die geschilderten Entwicklungen machen es wahrscheinlich, dass es auch weiterhin einen Sockel minder qualifizierter Arbeitsloser geben wird, die - ohne zusätzliche Integrationshilfen - kaum auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unterkommen können. Insbesondere unter den nichtdeutschen Jugendlichen gibt es auch heute schon eine nicht unbeträchtliche Zahl, die keinen Berufsabschluss erlangt. So positiv die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt insgesamt auch sein mögen, so negativ sind ihre Auswirkungen auf bestimmte Erwerbspersonengruppen. Diese reagieren ebenso mit Apathie und Rückzug wie mit Aggressivität und kriminellem Verhalten auf ihre subjektiv häufig aussichtslose Situation. Diese Prozesse stellen Gefährdungen des Gemeinwesens dar, die in Zukunft wohl eher zu als abnehmen werden“[34]

Hier wird eine Geradlinigkeit der Entwicklung von Arbeitslosigkeit zu Kriminalität und anderen Formen abweichenden Verhaltens impliziert, die in dieser Form wohl eher die Ausnahme als die Regel darstellen dürfte. Zudem wird übersehen, dass gerade in Migrantenfamilien und -netzwerken ein hohes Selbsthilfepotential aktiviert wird, um arbeitslose Jugendliche durch Existenzgründungen in Familienbetriebe zu integrieren. Statt dessen werden lediglich negative Reaktionsmöglichkeiten auf Arbeitslosigkeit aufgezählt. Dass Krisen trotz widriger gesellschaftlicher Rahmenbedingungen häufig durchaus gemeistert werden, wird in dieser Argumentation außen vor gelassen und soll deshalb an dieser Stelle betont werden.

Ansonsten schließen wir uns dem Argument an, dass es im Interesse des Gemeinwohls liegt, minder qualifizierten Arbeitslosen zusätzliche Integrationshilfen anzubieten. Die Begründung hierfür leitet sich allerdings daraus ab, dass ein Gemeinwesen grundsätzlich daran interessiert sein sollte, alle seine Mitglieder zu integrieren und nicht daraus, dass man die am Rand der Gesellschaft stehenden zu einer potentiellen Gefahr stilisiert.

Fazit

Insgesamt ist festzustellen, dass Zuwanderer allgemein schlechter in den Arbeitsmarkt integriert sind als Deutsche und dass in den 90er Jahren deutliche Desintegrationsprozesse zu verzeichnen waren. Zuwanderer haben zum einen den strukturellen Wandel des Arbeitsmarktes stärker als Deutsche zu spüren bekommen, was vor allem an der auf den Produktionssektor konzentrierten Beschäftigungsstruktur lag, die sich im Zuge der Anwerbung von so genannten Gastarbeitern etabliert hat. Opfer der strukturellen Veränderungen sind in erster Linie die damals angeworbenen Arbeitskräfte der ersten Migrantengeneration. Darüber hinaus dürfte die starke Neuzuwanderung in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der ausländischen Bevölkerung beigetragen haben.

[34] Der Dezernent für Soziales und Jugend (2000:39).

Eine positive Entwicklung läßt sich zwischen 1998 und 1999 erkennen als die Arbeitslosigkeit in der ausländischen Bevölkerung deutlich stärker zurückging als in der deutschen, so dass es - falls sich dieser Trend fortsetzen sollte - langfristig wieder zu einer Annäherung der Arbeitsmarktintegration von Deutschen und Zuwanderern kommen könnte. Im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit zeichnen sich bereits deutliche Annäherungen ab.

Um eine genauere Analyse der Entwicklung vornehmen zu können, müßte man zwischen verschiedenen Zuwanderergruppen unterscheiden können. Dann könnte man vermutlich auch gleichzeitig stattfindende gegenläufige Integrations- und Desintegrationsprozesse identifizieren. Denn es ist plausibel, anzunehmen, dass sich die Entwicklung für Zuwanderer der Anwerbegeneration und für ihre in Deutschland aufgewachsenen Kinder der zweiten Migrantengeneration unterschiedlich darstellt. Die weiter unten dargestellten Ergebnisse der repräsentativen Befragung der zweiten Generation geben dafür jedenfalls deutliche Hinweise.[35] Ebenso ist zu vermuten, dass sich die Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern, die als Heiratsmigranten oder als Asylsuchende bzw. Flüchtlinge in den 90er Jahren nach Frankfurt gekommen sind, wiederum anders gestaltet und andere Integrationsmaßnahmen erforderlich macht.

[35] Siehe Teil III.

5. Sozialhilfebezug

(unter Mitarbeit von Richard Wolf)

Der Bezug von Sozialhilfe kann ähnlich wie Arbeitslosigkeit als Indikator für die strukturelle Desintegration der ausländischen Bevölkerung in Frankfurt betrachtet werden.

5.1 Methodische Anmerkungen

Die Hauptaufgabe der Sozialhilfe ist es, *„dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht"* (Bundessozialhilfegesetz (BSHG) Abs. 2). Die Sozialhilfe unterstützt als steuerfinanziertes System diejenigen Personen, die den *„notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus eigenem Einkommen und Vermögen beschaffen können"*.

Es wird grundsätzlich zwischen zwei Arten der Hilfe unterschieden. Zum einen wird Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) an Personen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (z.B. Altenheim) gewährt. Diese Leistungen werden an die Art der Hilfsbedürftigkeit geknüpft und können u. a. Krankenhilfe, Altenhilfe aber auch insbesondere Hilfe zur Pflege sein. Zum anderen wird die sogenannte Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) in Form einmaliger Leistungen (z.B. Heizkostenhilfe) und laufender Leistungen gewährt. Die laufenden Leistungen der HLU richten sich nach dem so genannten Eckregelsatz und werden an einzelne Personen oder Haushalte gezahlt. Im folgenden wird ausschließlich die Empfängerstruktur der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt betrachtet, da es sich dabei um die am häufigsten gewährte Art der Hilfeleistung handelt.

Wenn man die Entwicklung des Sozialhilfebezugs von Zuwanderern und Deutschen im Lauf der letzten fünfzehn Jahre untersuchen will, stößt man auf mehrere Probleme, die die vergleichende Analyse erschweren. Die erste Schwierigkeit ist grundsätzlicher Natur und wurde bereits bezüglich der anderen amtlichen Statistiken immer wieder erwähnt: es ist auch beim Sozialhilfebezug nicht möglich, Zuwanderer von einheimischen Deutschen zu unterscheiden, da die Sozialhilfestatistik nur nach ausländischen und deutschen Staatsangehörigen differenziert und damit Eingebürgerte und Spätaussiedler, die zu den Zuwanderern zählen, nicht als solche identifizierbar sind. Daneben ist die Analyse der Sozialhilfestatistik zusätzlich dadurch erschwert, dass sich in den 90er Jahren zum einen der Kreis der Anspruchsberechtigten und zum anderen die Art der statistischen Erhebung geändert haben.

Ende 1993 wurden durch die Verabschiedung des Asylbewerberleistungsgesetzes Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Sozialhilfebezug ausgeschlossen.[36] Da sie aber in der alten

[36] Asylbewerberleistungsgesetz (AsylblG): Asylbewerber, abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländer erhalten demnach ihre Unterstützung nicht mehr nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG), sondern nach dem AsylblG. Folglich werden sie nicht mehr als Sozialhilfeempfänger in der Sozialhilfestatistik registriert.

Sozialhilfestatistik nicht gesondert ausgewiesen wurden und gleichzeitig die Gesamtzahl der Asylsuchenden und Flüchtlinge starken Schwankungen unterlag, ist es nicht möglich, abzuschätzen, wie sich diese Gesetzesänderung auf die Statistik ausgewirkt hat.

Dies wird ferner dadurch erschwert, dass gleichzeitig eine Änderung der Sozialhilfestatistik vorgenommen wurde, deren Hintergrund im Statistischen Jahrbuch 1999 folgendermaßen erläutert werden: „Die bis zum 1. Januar 1994 geltende Sozialhilfestatistik konnte viele Fragestellungen, die an sie herangetragen wurden, nicht beantworten. Insbesondere die Zählweise der Empfänger führte zu unbefriedigenden Ergebnissen; die Jahresfallzahlen wurden durch einen Anfangsbestand vermehrt um die Zugänge im Laufe des Jahres ermittelt. Abgänge wurden nicht erfasst, so dass die Zahlen tendenziell überhöht waren.“[37]

Infolge dieser Änderung sind die Zahlen über den Sozialhilfebezug ab 1994 nur bedingt mit denen der Vorjahre vergleichbar. Um eine gewisse Vergleichbarkeit herzustellen und Veränderungen der Größenordung im Zeitablauf aufzeigen zu können, werden im Statistischen Jahrbuch 1999 für die Jahre vor 1994 Jahresendbestände an. Die Zahlen in der Empfängertabelle wurden dabei einer Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes entnommen.

5.2 Entwicklung des Sozialhilfebezugs

Tabelle II. 27: Empfänger laufender Hilfe zu Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit 1985-1998

Jahr *	insgesamt	Deutsche	Ausländer
1985	24560	18527	6033
1986	25966	19216	6750
1987	28340	19703	8637
1988	28462	19163	9299
1989	31023	19884	11148
1990	30312	19120	11192
1991	32831	18901	13930
1992	35580	19342	16238
1993	38618	20522	18096
1994	42180	23541	18639
1995	44642	23569	21073
1996	47327	25259	22068
1997	39517	22767	16750
1998	38704	22244	16460

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Dezernatsverwaltungsamt Soziales und Jugend und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

* Ab 1.1.1994 neue Rechtsgrundlage für die Statistik

[37] Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main (1999:111).

Im betrachteten Zeitraum nahm die Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger in Frankfurt zunächst bis 1996 zu (47.327). In den folgenden Jahren verringerte sich die Zahl der Empfänger auf 38.704 im Jahr 1998. Der Rückgang der Empfängerzahlen ist zum größten Teil aus der stark rückläufigen Entwicklung der ausländischen Sozialhilfeempfänger zu erklären. Zwischen 1996 und 1998 sank ihre Zahl von 22.068 auf 16.460 - das entspricht einem Rückgang von gut einem Viertel (-25,4%).

Ein Grund für den drastischen Rückgang der Empfängerzahlen in der ausländischen Bevölkerung steht nach den Autoren des aktuellen Frankfurter Sozialhilfeberichtes in Zusammenhang mit dem Asylbewerberleistungsgesetz: *„Ein Teil des Rückgangs von 1996 auf 1997 in Frankfurt beruht darauf, dass im Laufe des Jahres 1997 rd. 3.500 Bürgerkriegsflüchtlinge aus der Sozialhilfe herausgenommen und auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verwiesen wurden. Ebenfalls gesunken ist die Zahl der Asylberechtigten. Betrug sie 1995 und 1996 noch rd. 1.500, so waren es 1997 und 1998 nur noch gut 500."*[38]

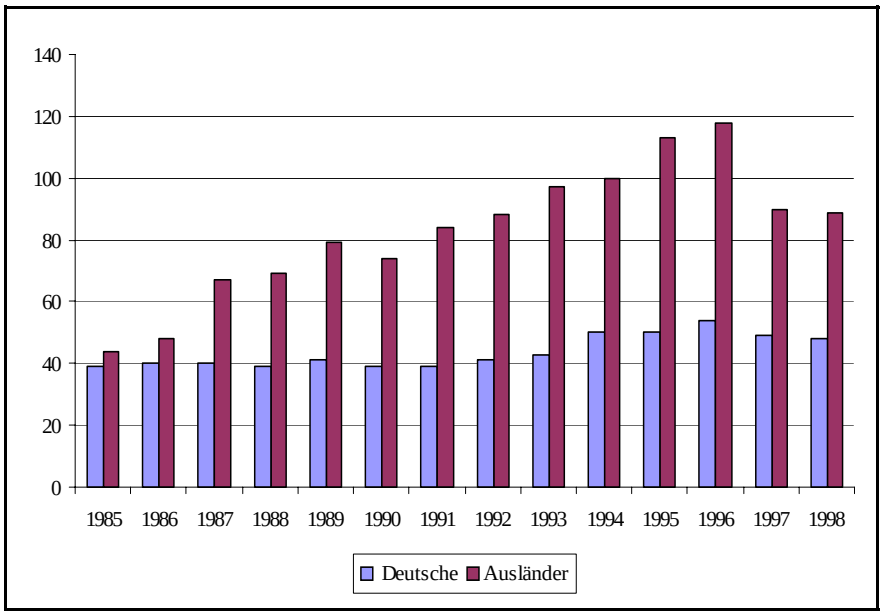
Insgesamt betrug die Sozialhilfequote in Frankfurt im Jahr 1998, unter Berücksichtigung aller mit Hauptwohnsitz gemeldete Personen, 6,2 Prozent. Würden sowohl mit Haupt- als auch mit Nebenwohnsitz gemeldete Personen in der Berechnung berücksichtigt, so ergäbe sich eine Quote von 5,8 Prozent. Nach den Berechnungen des aktuellen Frankfurter Sozialberichts bedeutet dies, dass Frankfurt im Vergleich mit anderen deutschen Städten eine mittlere Position einnimmt.[39]

1995 lag der Anteil der ausländischen Hilfeempfänger bei 47,2 Prozent, aber Ende 1998 war er bereits auf 42,5 Prozent gesunken. Da aber gleichzeitig der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in Frankfurt 26,6 Prozent betrug, lässt sich leicht erkennen, dass das Sozialhilferisiko der ausländischen Staatsangehörigen weit höher ist als das der deutschen. Um hier eine genauere Analyse vorzunehmen und die Entwicklung über einen längeren Zeitraum zu verfolgen, setzen wir im folgenden die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Bezug zur Wohnbevölkerung und betrachten die so genannte Sozialhilfedichte. Sie gibt an, wie viele Personen je 1000 Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.

[38] Jacobs (2000:15)

[39] Jacobs (2000:17)

Grafik II.32: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit 1985-1998



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Dezernatsverwaltungsamt Soziales und Jugend und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Tabelle II.28: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit 1985-1998

Jahr *	insgesamt	Deutsche	Ausländer
	auf 1000 Einwohner		
1985	40	39	44
1986	42	40	48
1987	46	40	67
1988	46	39	69
1989	49	41	79
1990	48	39	74
1991	51	39	84
1992	54	41	88
1993	59	43	97
1994	64	50	100
1995	68	50	113
1996	73	54	118
1997	61	49	90
1998	60	48	89

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Dezernatsverwaltungsamt Soziales und Jugend und Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

*Ab 1.1.1994 neue Rechtsgrundlage für die Statistik

Seit Mitte der 80er Jahre öffnet sich eine Schere zwischen dem Sozialhilferisiko der deutschen und der ausländischen Bevölkerung in Frankfurt. Die Entwicklung des Anteils der deutschen Sozialhilfeempfänger blieb bis in die 90er Jahre stabil und stieg 1994 leicht an, wobei 1996 einen Höhepunkt bildet. Die Zahl der ausländischen Hilfeempfänger hat sich dagegen von 1985 bis 1995 vervierfacht, so dass bereits im ersten Frankfurter Sozialbericht der Schluss gezogen wurde, dass beim Sozialhilferisiko der Pass einen größeren Unterschied zu machen scheint als das Geschlecht.[40]

Die Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung erreichte 1996 einen vorläufigen Höhepunkt und sank dann deutlich ab, so dass eine Wiederannäherung an die deutsche Vergleichsgruppe festzustellen ist. Dieser Rückgang steht wie oben bereits erläutert in Zusammenhang mit einer Abnahme der Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber im Sozialhilfebezug.

Insgesamt ist die ausländische Bevölkerung aber immer noch weit stärker vom Sozialhilferisiko betroffen als die deutsche, denn ihre Sozialhilfedichte liegt mit 89 je 1000 Einwohner deutlich höher als in der deutschen Bevölkerung, in der 48 von 1000 Einwohnern Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen. Um herauszufinden, ob sich die Hintergründe für den Sozialhilfebezug der ausländischen Bevölkerung von denen der deutschen unterscheiden, werden nun folgende soziodemographische Merkmale der Sozialhilfeempfänger analysiert: Geschlecht, Alter, schulische und berufliche Qualifikation, Dauer des Sozialhilfebezugs und räumliche Verteilung.

5.3 Soziodemographische Merkmale der Sozialhilfeempfänger

Bei der Betrachtung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in der Sozialhilfestatistik fällt zunächst der überproportional hohe Frauenanteil in der Sozialhilfe auf. Gemessen an der Zahl der Sozialhilfeempfänger in Frankfurt beträgt die Frauenquote im Zeitraum von 1995 bis 1998 im Durchschnitt 53,1 Prozent. Dagegen beträgt der Frauenanteil der Frankfurter Gesamtbevölkerung 51,3 Prozent und liegt damit leicht darunter. Die überproportionale Vertretung im Sozialhilfebezug ist zum größten Teil durch alleinerziehende Frauen bedingt: „Lässt man die alleinerziehenden Frauen und ihre Kinder außer Betracht, dann liegt der Anteil der männlichen Sozialhilfeempfänger bei 51,6 und der der weiblichen nur noch bei 48,4 %"[41].

Insbesondere ausländische Frauen sind stark von der Sozialhilfe betroffen. Während ihre Sozialhilfequote Ende 1998 bei 10 Prozent lag, waren nur 7,8 Prozent der ausländischen Männer zu diesem Zeitpunkt im Sozialhilfebezug.[42] Diese geschlechtsspezifische Betroffenheit vom Sozialhilferisiko wird auch durch Tabelle II.29 verdeutlicht.

---

[40] (1997)

[41] Jacobs (2000:18).

[42] Vgl. Jacobs (2000:26)

Tabelle II.29: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht 1995 und 1998

	1995		1998	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
Weiblich	53,1%	54,2%	51,8%	53,2%
Männlich	46,9%	45,8%	48,2%	46,8%

Quelle: Dezernat für Soziales und Jugend 1998 Sonderauswertung, Jugend- und Sozialamt und eigene Berechnung

Trotz einer Annäherung der Geschlechtsproportion seit 1995 liegt der Frauenanteil der ausländischen Sozialhilfeempfänger 1998 immer noch bei 53,2 Prozent. Hierbei ist zu bedenken, dass der Frauenanteil in der ausländischen Gesamtbevölkerung nur 46,4 Prozent beträgt, so dass sich zeigt, dass das Sozialhilferisiko ausländischer Frauen wesentlich höher liegt als das ausländischer Männer.

Die folgende Tabelle II.30 verdeutlicht, dass das Sozialhilferisiko der ausländischen Bevölkerungsgruppe nicht nur nach Geschlecht, sondern auch nach Alter unterschiedlich verteilt ist, denn über ein Drittel (28,7 %) aller ausländischen Sozialhilfebezieher in Frankfurt sind Kinder im Alter bis 14 Jahre. Ein Vergleich der Sozialhilfedichte von verschiedenen Altersgruppen der deutschen und der ausländischen Frankfurter Bevölkerung zeigt, in welchen Altersstufen die Differenz zwischen dem Sozialhilferisiko beider Vergleichsgruppen besonders hoch ist.

Tabelle II.30: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt und Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppe1998

	1995		1998	
	Deutsche	**Ausländer**	**Deutsche**	**Ausländer**
bis 6	14,1%	16,5%	13,1%	15,3%
7 bis 14	11,4%	13,4%	11,4%	13,4%
15 bis 24	10,7%	15,6%	10,0%	13,1%
25 bis 39	27,3%	27,7%	24,2%	24,1%
40 bis 64	26,4%	21,3%	29,9%	25,1%
65 und älter	10,1%	5,5%	11,4%	9,1%

Quelle: Dezernat für Soziales und Jugend 1998, Sonderauswertung Jugend- und Sozialamt und eigene Berechnung

Dabei zeigt sich, dass erstens das Sozialhilferisiko von Kindern generell wesentlich höher ist als das der anderen Altersgruppen und dass zweitens das Risiko von ausländischen Kindern nochmals weit über dem von deutschen Kindern liegt. Im Erwerbsalter (15 bis 65) ist die Differenz zwischen der Sozialhilfedichte der deutschen und ausländischen Bevölkerung dagegen relativ gering.

Am höchsten ist die Differenz bei den über 65jährigen. Hier sind 142 von 1000 ausländischen, aber nur 28 von 1000 deutschen Einwohnern im Sozialhilfebezug. Hier zeichnet sich heute bereits deutlich ab, dass Altersarmut bei Ausländern in Zukunft ein weit größeres Problem sein wird als bei Deutschen. Die Ursachen sind zum einen am weit geringeren Durchschnittsverdienst der Ausländer zu sehen und zum anderen darin, dass viele Ausländer nicht ihr gesamtes Erwerbsleben in Deutschland verbracht haben und daher kürzere Beitragszeiten aufweisen als Deutsche.

Im folgenden soll nun die schulische und berufliche Qualifikationsstruktur der deutschen und ausländischen Bevölkerung verglichen werden. Da die Qualifikationsstruktur stark vom Alter beeinflusst wird, vergleichen wir nach Altersgruppen.

Tabelle II.31: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit, Altersgruppe und Schulabschluss1998

	Deutsche		**Ausländer**	
	15 bis unter 25 jährig	**25 bis unter 40 jährig**	**15 bis unter 25 jährig**	**25 bis unter 40 jährig**
noch in schulischer Ausbildung	31,7%	1,0%	34,5%	0,3%
Volks - Hauptschulabschluss	25,2%	42,2%	20,6%	29,0%
Realschulabschluss	14,4%	18,7%	8,3%	8,7%
Fachhochschulreife, Abitur	2,6%	9,8%	3,1%	13,8%
Kein Schulabschluss	10,3%	9,7%	11,6%	17,0%

Quelle: Sonderauswertung Jugend- und Sozialamt, eigene Berechnung

In der Altersgruppe zwischen 25 und 40 Jahren zeigt sich dass in beiden Vergleichsgruppen mangelnde oder geringe schulische Qualifikation am stärksten vertreten ist. Von den deutschen Sozialhilfeempfängern dieser Altersgruppe haben 51,9 Prozent ein niedriges Bildungsniveau (kein Schulabschluss oder Volks- bzw. Hauptschulabschluss), von den ausländischen 46 Prozent.

Hingegen ist der Anteil der Hilfebezieher mit Abitur oder Fachhochschulreife bei der ausländischen Gruppe mit 13,8 Prozent deutlich höher als in der deutschen Gruppe, wo er bei 9,8 Prozent liegt. Das zeigt, dass Ausländer auch dann überproportional vom Sozialhilferisiko betroffen sind, wenn sie ein hohes Bildungsniveau haben. Möglicherweise handelt es sich bei einem Teil der hochqualifizierten ausländischen Sozialhilfebezieher um Neuzuwanderer, so dass durch gezielte Integrationsmaßnahmen (Sprachkurse, berufliche Orientierung) das Selbsthilfepotential dieser eigentlich gut qualifizierten Gruppe aktiviert werden kann.

Bei den Qualifikationsabschlüssen der 15 bis unter 25jährigen lässt sich eine ähnliche Verteilung erkennen, wobei sich die ausländische Gruppe häufiger noch in der Ausbildung befindet (34,5 %).

Neben den Qualifikationsabschlüssen lassen sich noch Aussagen über die Berufsabschlüsse der Sozialhilfeempfänger treffen. Hierbei tritt die Gruppe derer, die über keinen Berufsabschluss verfügen, sowohl bei Deutschen als auch bei Ausländern, deutlich hervor.

Tabelle II.32: Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit, Altersgruppe und höchstem Berufsabschluss1998

	Deutsche		**Ausländer**	
	15- unter 25 jährige	**25- unter 40 jährige**	**15- unter 25 jährige**	**25- unter 40 jährige**
Noch in beruflicher Ausbildung	7,3%	1,3%	5,5%	0,7%
Lehre in kaufmännischem Beruf	2,2%	11,5%	1,6%	5,4%
Lehre in gewerblich - technischem Beruf	3,7%	21,6%	2,8%	14,3%
Kein Ausbildungsabschluss	70,2%	45,0%	70,5%	48,9%

Quelle: Sonderauswertung, Jugend und Sozialamt, eigene Berechnung

Wenn man danach fragt, welche Umstände den Sozialhilfebezug der ausländischen und deutschen Hilfebezieher jeweils verursachen oder aufrechterhalten, so zeigt sich, dass Arbeitslosigkeit und zu geringes Erwerbseinkommen sowohl in der deutschen, als auch in der ausländischen Gruppe die wichtigsten Umstände des Sozialhilfebezugs sind. Im aktuellen Frankfurter Sozialbericht heißt es hierzu: „Bricht man die Umstände des Sozialhilfebezugs nach Staatsangehörigkeit auf, so zeigen sich meist nur unbedeutende Differenzen zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen. Am größten sind die Unterschiede bei den Ursachen „Sucht“(5,4 Prozentpunkte) und „arbeitslos ohne AFG-Leistungen“ (3,7 Prozentpunkte), die häufiger bei Deutschen vorhanden sind, und den Kategorien „keiner der o.g. Umstände“ (6,2 Prozentpunkte) und „zu geringes Erwerbseinkommen“ (4,8 Prozentpunkte), die man eher bei den Nicht-Deutschen antrifft. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen Männer und Frauen und zwischen den Angehörigen verschiedener Bedarfsgemeinschaftstypen und Altersgruppen wesentlich größer als die zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen.“[43]

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Arbeitslosigkeit als Umstand für den Sozialhilfebezug tendenziell eng in Verbindung mit der niedrigen Qualifikationsstruktur bei Deutschen als auch bei Ausländern steht. Der hohe Anteil der Personen mit nicht abgeschlossenen Berufsabschluss verdeutlicht die qualifikatorischen Defizite, die eine Integration auf dem Arbeitsmarkt sowohl bei der deutschen als auch bei der ausländischen Bevölkerungsgruppe behindern.

[43] Jacobs (2000:35)

Eine weitere Kategorie, nach der sich der Sozialhilfebezug von Deutschen und Ausländern unterscheiden lässt, ist die Dauer des Sozialhilfebezugs.

Tabelle II.33: Durchschnittliche Dauer des bisherigen Bezugs von Hilfe zum Lebensunterhalt nach Staatsangehörigkeit (in Monaten) 1998

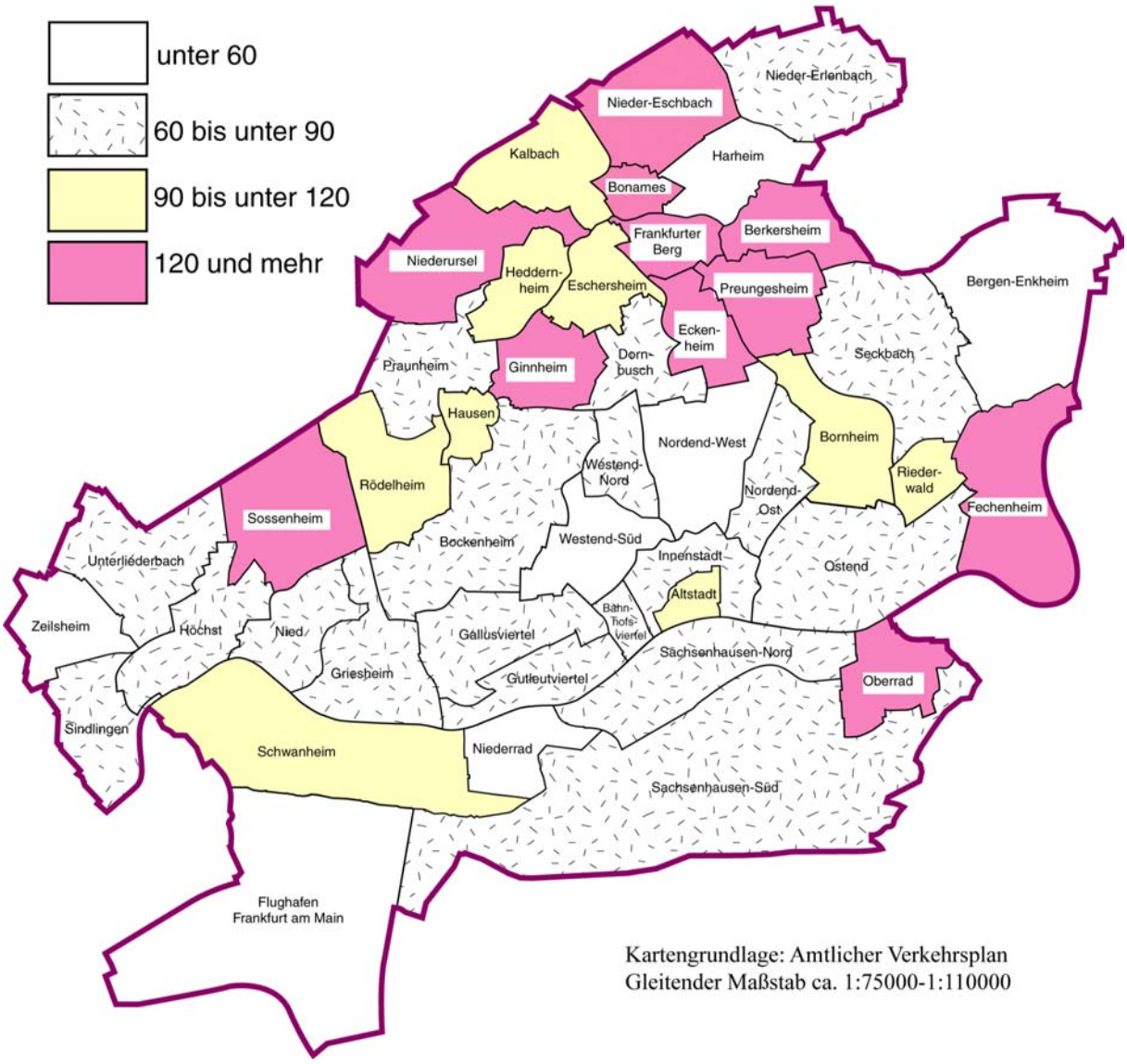
Deutsche (r)	23,45
EU- Ausländer(in)	20,51
Asylberechtigte(r)	22,47
Bürgerkriegsflüchtlinge	22,94
Sonstige(r) Ausländer(in)	18,73

Quelle: Sonderauswertung, Jugend und Sozialamt, eigene Berechnung

Man sieht, dass Ausländer durchschnittlich deutlich kürzer im Sozialhilfebezug sind als Deutsche. Das gilt insbesondere für EU-Ausländer und ‚Sonstige Ausländer', die zum Kernbereich dieser Untersuchung gehören. Ihre durchschnittliche Verweildauer liegt mit 20,51 bzw. 18,73 Monaten deutlich unter dem Durchschnitt der deutschen Sozialhilfeempfänger, der 23,45 Monate beträgt. Ausländischen Sozialhilfebeziehern scheint demnach die Re-Integration in gesicherte finanzielle Verhältnisse schneller zu gelingen als deutschen.

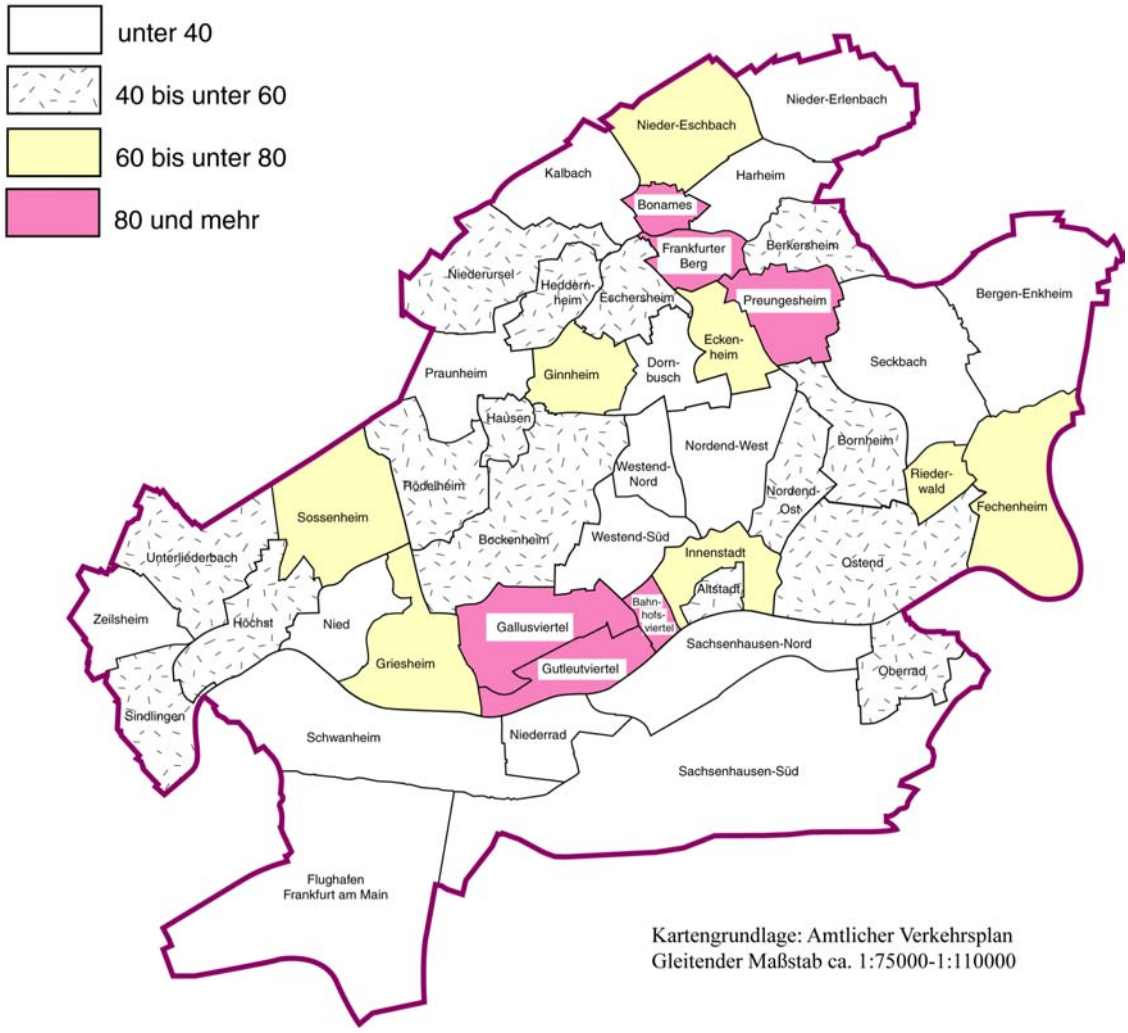
Neben den bislang behandelten soziodemographischen Merkmalen der Sozialhilfeempfänger ist deren sozialräumliche Verteilung im Stadtgebiet von Bedeutung. Die räumliche Verteilung sozialstruktureller Bevölkerungsgruppen in einer Stadt kann in gewisser Hinsicht auch als Abbild einer soziale Ungleichheitsverteilung dienen. Der Charakter der Dispersion oder der Konzentration der Wohnbevölkerung unterschiedlicher sozialer Lagen im städtischen Raum wird mit dem Begriff der Segregation umrissen. Stärke und Ausmaß der sich abzeichnenden „residentiellen Segregation" lässt sich anhand des Anteils der Sozialhilfeempfänger an der Wohnbevölkerung in den einzelnen Stadtteilen interpretieren.

Karte II.5: Sozialhilfedichte der ausländischen Bevölkerung 1998



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister Frankfurt am Main (frankfurter statistische berichte 1'2000)

Karte II.6: Sozialhilfedichte der deutschen Bevölkerung 1998



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Melderegister Frankfurt am Main (frankfurter statistische berichte 1'2000)

In den einzelnen Frankfurter Stadtvierteln ist die Sozialhilfedichte der deutschen und ausländischen Bevölkerung sehr unterschiedlich ausgeprägt. In den Vierteln Bonames, Frankfurter Berg und Preungesheim war 1998 mit 80 und mehr Empfänger pro 1000 deutschen Einwohner und 120 und mehr Empfänger pro 1000 ausländischen Einwohner die Sozialhilfedichte am deutlichsten ausgeprägt. Daneben lassen sich auch Viertel benennen, die eine für beide Bevölkerungsgruppen geringe Sozialhilfedichte (unter 40 Empfänger pro 1000 Einwohner) aufweisen. In diesem Zusammenhang sind die Viertel Bergen-Enkheim, Zeilsheim, Niederrad und Westend-Süd zu nennen.

Bei der ausländischen Bevölkerung ist die Sozialhilfedichte vor allem in den nördlichen Stadtteilen größer, während sich die deutschen Hilfebezieher eher im Gallusviertel, Gutleutviertel und im Bahnhofsviertel, also dem Innenstadtbereich konzentrieren. Eine besonders hohe Segregation lässt sich jedoch in der Verteilung der deutschen und ausländischen Sozialhilfebezieher im Frankfurter Stadtbild nicht nachvollziehen.

5.4 Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Frankfurt von 1996 bis 1998 deutlich zurückgegangen ist und dass dieser Rückgang in erster Linie auf die sinkende Anzahl ausländischer Sozialhilfeempfänger zurückzuführen ist. Dennoch liegt der Anteil der Sozialhilfeempfänger mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 47,5 % weit über dem Anteil an der Wohnbevölkerung. Der überproportional hohe Sozialhilfebedarf der ausländischen Bevölkerungsgruppe zeigt sich vor allem an der Sozialhilfedichte von 89 auf 1000 ausländische Einwohner bemerkbar, die deutlich höher ist als die der deutschen Bevölkerung, in der 48 von 1000 Einwohnern Sozialhilfe beziehen.

Die vergleichenden Analysen der soziodemographischen Merkmale der Sozialhilfeempfänger verweisen darauf, dass letztendlich das höhere Sozialhilferisiko der ausländischen Bevölkerung auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist. Zum einen sind Defizite im Bereich struktureller Integration ausschlaggebend, denn ungefähr die Hälfte der ausländischen Sozialhilfeempfänger verfügt nur über eine geringe schulische oder berufliche Qualifikation. Die Werte der deutschen Vergleichsgruppe bewegen sich hierbei allerdings in etwa auf demselben Niveau.

Unter den ausländischen Sozialhilfeempfänger gibt es aber auch eine relativ große Gruppe von Personen mit (Fach-)Abitur mit fast 14 Prozent, die bei Deutschen mit 10 Prozent deutlich kleiner ist. Damit zeigt sich, dass auch Ausländer, die über ein hohes Qualifikationsniveau verfügen, überproportional vom Sozialhilferisiko betroffen sind. Möglicherweise befinden sich unter den betroffenen Hochqualifizierten auch Neuzuwanderer, die noch einen Integrationsbedarf im Bereich kultureller Integration aufweisen und durch Sprachkurse und berufliche Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten.

Die Analysen ergeben, dass Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Sozialhilfeempfängern die wesentlichen Umstände für den Bezug von Sozialhilfe sind, so dass sich bezüglich der Integration in den Arbeitsmarkt der größte Handlungsbedarf zeigt.

Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass sich die Sozialhilfedichte der ausländischen und deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren wesentlich weniger voneinander unterscheidet als im Kindes- oder Seniorenalter. Die ausländische Bevölkerung ist weit stärker von Kinderarmut und Altersarmut betroffen als die deutsche. Die Sozialhilfedichte von ausländischen Kindern unter 14 Jahren liegt mit 162 pro 1000 ausländischen Kindern weit über der deutscher Kinder, bei der sie 106 pro 1000 beträgt.

Ausländische Senioren haben mit 169 pro 1000 ebenfalls eine außergewöhnliche Sozialhilfedichte zu verzeichnen, wobei hier der Unterschiede zu deutschen Senioren besonders ins Auge sticht. Denn diese haben mit 28 pro 1000 die geringste Sozialhilfedichte aller Altersgruppen. Da die Gruppe ausländischer Senioren momentan noch relativ klein ist, aber in den nächsten Jahren stark wachsen wird, zeichnet sich hier auch für die Zukunft ein großer Sozialhilfebedarf ab.

6. Entwicklung und Stand der Integration

Die Auswertung der amtlichen Statistik zeigt, dass die Integration von Zuwanderern und einheimischen Deutschen in Frankfurt am Main in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gemacht hat. So lassen sich **deutliche Integrationserfolge** im Bildungsbereich erkennen und aufgrund steigender Einbürgerungszahlen nimmt auch die rechtliche Integration weiter zu. Darüber hinaus gleicht sich die Gruppe der Zuwanderer demographisch langfristig an die der einheimischen Deutschen an.

Neben solchen Integrationsfortschritten gibt es aber auch Hinweise auf **Integrationsprobleme** in den Bereichen Bildung, Arbeit und Soziale Sicherung. Hiervon sind zwei Gruppen besonders betroffen: ältere Zuwanderer der ersten Generation und Personen, die in den 90er Jahren zugewandert sind.

Im einzelnen stellt sich die Entwicklung in den verschiedenen Bereichen folgendermaßen dar:

- Hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur findet eine **demographische Annäherung** im Bereich der **Altersverteilung** statt. Zwar ist die ausländische Bevölkerung immer noch deutlich jünger als die deutsche, aber der Zeitvergleich zeigt auch, dass sie wesentlich "schneller altert." Langfristig zeichnet sich eine Angleichung ab, die als demographische Integration zu werten ist.
- Demographisch relevante **Annäherungen** lassen sich auch im Bereich der **Familiengründung** erkennen. Ausländische Mütter sind bei der Geburt zwar immer noch durchschnittlich vier Jahre jünger als deutsche, aber das Alter, in dem sie Kinder bekommen, verlagert sich immer weiter nach hinten. Auch ihre **Fertilitätsrate** nähert sich zusehends an die der

deutschen Frauen an. Insgesamt entwickeln sich die Familiengründungsprozesse von Zuwanderern und Deutschen in dieselbe Richtung. Das lässt auf kulturelle Integration im Bereich der familiären Lebensführung schließen.

- Die Analyse des Wanderungsverhaltens der Zuwanderer zeigt, dass nach einer hochmobilen Phase in der ersten Hälfte der 90er Jahre nunmehr eine **Angleichung** an die deutsche Bevölkerung stattfindet. Das gilt nicht nur für die Außenwanderungen, sondern auch für Umzüge innerhalb der Stadt. Diese mit steigender **Sesshaftigkeit** verbundene Tendenz ist als Indikator für räumlich-strukturelle Integration zu werten.
- Der starke **Anstieg** der **Einbürgerungen** lässt auf fortschreitende Integration im rechtlichen Bereich schließen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede bei den Einbürgerungsquoten verschiedener Nationalitäten. Die Quote der türkischen Bevölkerung hat sich seit 1993 mehr als verzehnfacht. 1998 lag sie bei 24 Einbürgerungen pro 1000 Personen türkischer Staatsangehörigkeit. Besonders hoch ist die Quote in der marokkanischen Bevölkerung, wo sich 88 Personen von 1000 einbürgern ließen. Zu beachten ist freilich, dass mit der Einbürgerung zwar die rechtliche Integration vollendet ist, man aber nicht im Umkehrschluss davon ausgehen kann, dass deshalb in anderen Bereichen kein Integrationsbedarf mehr besteht.
- Im Bildungsbereich sind sowohl Integrationsfortschritte als auch -probleme zu verzeichnen. Auf der einen Seite ist der Anteil der ausländischen Schüler, die **Gymnasien** oder **Realschulen** besuchen, **deutlich gestiegen**. Und zwar von 33 Prozent im Jahr 1978 auf 62 Prozent im Jahr 1998. Auf der anderen Seite verlässt jeder siebte ausländische Schüler die Schule **ohne** wenigstens den **Hauptschulabschluss** gemacht zu haben (Schuljahr 1997/ 1998). Obwohl sich auch hier eine positive Entwicklung abzeichnet - denn zehn Jahre zuvor ging noch jeder fünfte ohne Abschluss von der Schule - besteht hier offensichtlich noch eine erhebliche **Integrationslücke**.
- Es gibt plausible Gründe anzunehmen, dass die festgestellten Integrationserfolge in erster Linie von der in Deutschland aufgewachsenen **zweiten Migrantengeneration** erzielt werden. Dagegen sind die Integrationsprobleme wohl darauf zurückzuführen, dass fortlaufend neue **Seiteneinsteiger** zuwandern, deren Eingliederung immer wieder neuer Anstrengung bedarf.
- Die im Vergleich zu einheimischen Deutschen überproportional **hohe Beteiligung** von Zuwanderern in den Bereichen **Kindergarten** und **Zweiter Bildungsweg**, lässt erwarten, dass sich die Integrationserfolge im Bildungsbereich weiter fortsetzen. Von Stagnation kann in Frankfurt keine Rede sein.
- Die Integration in den Arbeitsmarkt gestaltet sich hingegen weit schwieriger. Denn die **Arbeitslosigkeit** ist bei Zuwanderern deutlich höher als bei Deutschen. Gerade die erste Migrantengeneration, deren Beschäftigung auf den Produktionssektor konzentriert war, hat den **Strukturwandel** stark zu spüren bekommen. Daneben hat die starke **Neuzuwanderung** in der ersten Hälfte der 90er Jahre zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen.

- Zwischen 1998 und 1999 lässt sich eine mögliche **Trendwende** erkennen, da die Arbeitslosigkeit in der ausländischen Bevölkerungsgruppe deutlich stärker zurückging als in der deutschen. Im Bereich der **Jugendarbeitslosigkeit** zeichnen sich bereits deutliche Annäherungen zwischen Zuwanderern und Deutschen ab, die auf eine langfristige strukturelle Integration in den Arbeitsmarkt hindeuten.
- Zuwanderer sind von einem überproportional hohen Sozialhilferisiko betroffen. Ihre Sozialhilfedichte ist mit 89 auf 1000 ausländische Einwohner deutlich höher als die der deutschen Bevölkerung, in der 48 von 1000 Einwohnern Sozialhilfe beziehen. Zwischen 1996 und 1998 hat sich die Differenz verringert.
- Dabei ist die ausländische Bevölkerung weit stärker von **Kinderarmut und Altersarmut** betroffen als die deutsche. Die Sozialhilfedichte von ausländischen Kindern liegt mit 162 pro 1000 ausländischen Kindern weit über der deutscher Kinder, wo sie 106 pro 1000 beträgt. Ausländische Senioren haben mit 169 pro 1000 ebenfalls eine außergewöhnliche Sozialhilfedichte zu verzeichnen, während deutsche Senioren mit 28 pro 1000 die geringste Sozialhilfedichte aller Altersgruppen aufweisen. Da die Gruppe ausländischer Senioren momentan noch relativ klein ist, aber in den nächsten Jahren stark wachsen wird, zeichnet sich hier auch für die **Zukunft** ein **großer Sozialhilfebedarf** ab.

Die Sekundäranalyse von amtlichen Daten ist vor allem geeignet, den Bereich der *strukturellen* Integration in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Bildung, Soziale Sicherung und Rechtsstatus zu beleuchten. Über andere relevante Integrationsdimensionen, insbesondere über *kulturelle, soziale* und *identifikatorische* Aspekte, vermögen sie jedoch keine Auskunft zu geben. Hierzu hat das europäische forum für migrationsstudien gesonderte empirische Erhebungen durchgeführt, darunter eine postalische Befragung in drei Stadtteilen, deren Ergebnisse wir in Teil III präsentieren.

Teil III: Stand der Integration der zweiten Migrantengeneration: Auswertungen der repräsentativen Befragung

Integration ist ein Prozess, der nicht in einer Generation abgeschlossen ist. Deshalb ist es notwendig, bei der Evaluation von Integrationsprozessen zwischen unterschiedlichen Generationen von Zuwanderern zu unterscheiden. Sind sie als Minderjährige oder als Erwachsene zugewandert? Sind sie in Deutschland geboren oder im Herkunftsland aufgewachsen? Und wenn letzteres der Fall ist: in welchem Alter sind sie nach Deutschland gekommen? Wie viele Jahre sind sie hier zur Schule gegangen?

Je nachdem, wie lange Zuwanderer bereits in Deutschland leben und in welchem Alter sie hierher gekommen sind, ist ein unterschiedliches Ausmaß ihrer Integration zu erwarten. Denn von der Aufenthaltsdauer und dem Zuwanderungsalter hängt es ab, wie groß der Einfluss unterschiedlicher Integrationsbereiche ist. Hierzu zählen Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schule, Ausbildung, Erwachsenenbildung) ebenso wie Arbeitsstätten, Wohnumgebung, soziale Beziehungen und Medienkonsum. In all diesen Bereichen können Kompetenzen erworben werden, die die strukturelle und kulturelle Integration in die deutsche Gesellschaft fördern und in den meisten von ihnen - Medien bilden hier eine Ausnahme - kann eine Begegnung zwischen Zuwanderern und Deutschen erfolgen, die zur sozialen Integration beiträgt.

Wie stark die integrative Wirkung der oben genannten Lebensbereiche ist, hängt zwar nicht *ausschließlich* von der Zeit ab, in denen sie ihre Wirkung entfalten können, aber man kann dennoch davon ausgehen, dass Zeit einer der wichtigsten Faktoren des Integrationsprozesses ist. Diese einfache Tatsache wird bei der Analyse von Integrationsprozessen häufig übersehen, was nicht zuletzt daran liegt, dass amtliche Statistiken bestimmte Zeitaspekte ausblenden und beispielsweise nicht nach Zuwanderergenerationen unterscheiden.

Welche Folgen dies hat, lässt sich an der Bildungsstatistik verdeutlichen: Wie oben dargestellt, ist der Bildungsstatistik zu entnehmen, dass zwischen den Schuljahren 1985/86 und 1999/2000 bei 14 bis 15jährigen ausländischen Schülern der Anteil derjenigen, die ein Gymnasium besuchen, zwar von 21,4 auf 24,4 Prozent gestiegen ist, aber dass er immer noch weit niedriger ist als bei deutschen Schülern, von denen 53 Prozent ins Gymnasium gehen. Daraus wird oft die Schlussfolgerung gezogen, dass die ausländischen Schüler den deutschen Schülern hinterherhinken.

Doch die Bildungsstatistik blendet aus, dass in der Zwischenzeit viele ausländische Schüler neu zugewandert sind, und als Seiteneinsteiger am Bildungssystem partizipieren. Im Jahr 1999/2000 gibt es deshalb relativ viele Schüler, die erst kurze Zeit in Deutschland leben, die Sprache nur unzureichend beherrschen und somit Probleme haben, sich in Bildungskarrieren zu integrieren. Der hohe Anteil von Seiteneinsteigern wirkt sich negativ auf den allgemeinen Bildungserfolg der ausländischen Schülerschaft aus; er drückt den Durchschnitt. Lässt man diese Tatsache außer Acht, erscheint der Bildungserfolg der schon lange hier lebenden und in Deutschland aufgewachsenen Schüler weit geringer als er in Wirklichkeit ist. Denn die Statistik bietet keine Mög-

lichkeit zwischen Seiteneinsteigern und zweiter Migrantengeneration zu unterscheiden. Sie werden in der Kategorie ausländischer Schüler zusammengefasst.

Wenn man dagegen nur diejenigen ausländischen Schüler mit den deutschen Altergenossen vergleicht, die in Deutschland geboren sind und die daher dieselben Bildungschancen hatten, so kann man sehen, dass der Unterschied zwischen beiden Gruppen geringer ist. Tendenziell erzielen Zuwanderer und Deutsche bei gleichen Bildungschancen ähnliche Bildungserfolge.

Um eine solche differenzierte Sicht zu ermöglichen, bleibt diese Studie zur Evaluation der Integration nicht auf die Analyse von amtlichen Statistiken beschränkt, sondern wertet auch selbst erhobene Daten aus. Hierzu wurde in drei Frankfurter Stadtteilen neben Deutschen eine ganz bestimmte Gruppe von Zuwanderern befragt: die so genannten Bildungsinländer.

Bildungsinländer sind Personen, deren Eltern aus einem anderen Land nach Deutschland zugewandert sind und die selbst entweder in Deutschland geboren sind oder in einem relativ frühen Alter hierher gekommen sind, so dass sie zumindest einige Jahre in Deutschland zur Schule gegangen sind und von den hiesigen Bildungschancen profitieren konnten.

1. Untersuchungsdesign

Für die gezielte Untersuchung verschiedener Dimensionen der Integration der zweiten Migrantengeneration, wurde in drei Frankfurter Stadtteilen eine postalische standardisierte Befragung von Zuwanderern und Deutschen durchgeführt. Die Untersuchung sollte sich auf Seiten der Zuwanderer nicht nur auf die Kinder der in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre angeworbenen Arbeitsmigranten beschränken, sondern auch Gruppen einschließen, die aus anderen Gründen nach Deutschland gekommen sind.

1.1 Zielgruppe der Befragung und Untersuchungsgebiete

Gemeinsam ist allen Befragten die Zugehörigkeit zur zweiten oder in Einzelfällen auch zur dritten Migrantengeneration. Alle sind zwischen 18 und 40 Jahren alt und entweder in Frankfurt geboren oder vor Vollendung des elften Lebensjahres nach Frankfurt gezogen. Das bedeutet, dass zumindest ein Teil ihrer schulischen Sozialisation und weitere Integrationseinflüsse in Deutschland und insbesondere in Frankfurt stattgefunden haben.

Um die Qualität der Integration der Zuwanderer bestimmen zu können, wurde ein Vergleich der Zuwanderer zweiter (und dritter) Generation mit einer ebenfalls befragten einheimischen Gruppe gleichen Alters vorgenommen. Zur einheimischen Gruppe zählen hier nur diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besessen haben, so genannte „Deutsche seit Geburt“. Hingegen werden diejenigen Befragten deutscher Staatsangehörigkeit, die eingebürgert wurden, zur Gruppe „Zuwanderer“ gezählt. Von einer erfolgreichen Integration würde man dann sprechen, wenn es zwischen den beiden Gruppen keine relevanten Unterschiede bezüglich Bildung, Ausbildung, Beruf, Sprachkenntnis, Werten, sozialen Kontakten und subjektiven Zugehörigkeitsgefühlen mehr gäbe oder Unterschiede auf andere soziale Merkmale als mit der Einwanderung zusammenhängende zurückgeführt werden können.

Um ausreichende Deutschkenntnisse für die postalische Befragung zu gewährleisten, sollten die ausländischen Befragten mehrere Jahre in Frankfurt zur Schule gegangen sein, d.h. sie sollten in Frankfurt geboren sein oder noch vor ihrem 11. Geburtstag nach Frankfurt zugezogen sein. Zum Befragungszeitpunkt sollten sie zwischen 18 und 40 Jahren alt sein. Als untere Altersgrenze wurde der Zeitpunkt der Volljährigkeit gewählt. Nach oben wurde die Grenze auf 40 Jahre festgesetzt, da es nur wenige Zuwanderer über 40 Jahre geben dürfte, die bereits seit ihrer Kindheit in Frankfurt leben.

Zunächst war geplant, rund 1.000 Zuwanderer und Deutsche seit Geburt auf der Basis einer Zufallsauswahl aus dem Bevölkerungsregister der Stadt Frankfurt zu befragen. Die Befragung sollte dem Untersuchungsauftrag zufolge in drei Stadtteilen durchgeführt werden, um a) aus dem Vergleich der Stadtteile und festgestellten Integrationsunterschieden auf mögliche Ursachenzusammenhänge schließen zu können, um b) Hinweise auf zu erwartende Entwicklungen zu erhalten und um c) speziellen lokalen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen.

Es wurde beschlossen, Gebiete miteinander zu vergleichen, die jeweils in etwa gleich groß sind, einen relativ hohen Ausländeranteil haben, aber eine unterschiedliche Integrationsstruktur aufweisen. Um die jeweilige Integrationsstruktur zu beurteilen, wurden verschiedene Experten aus Politik und Verwaltung um ihre Einschätzung gebeten und zudem Ortsbegehungen vorgenommen. Weitere Hinweise ließen sich der vorläufigen Auswertung von Daten der amtlichen Statistik entnehmen, wobei hier die Dichte des Sozialhilfebezugs ein besonders aussagekräftiges Kriterium darstellt.

Die endgültige Auswahl erfolgte schließlich in Absprache mit dem Amt für Multikulturelle Angelegenheiten und fiel auf folgende Untersuchungsgebiete, die jeweils unterschiedliche Integrationsverhältnisse repräsentieren:

1) Gallusviertel als „traditionelles Arbeiterviertel mit hoher Zuwanderung“

2) Bornheim als Gebiet mit dem Image „gelungener Integration und guter Durchmischung“

3) Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg als ein Gebiet, dessen hohe Sozialhilfequote darauf hindeutet, dass das Gebiet „umkippt“.

Folgende Tabelle gibt einen Überblick über wesentliche Grunddaten der ausgewählten Gebiete:

Tabelle III.1: Einwohnerzahl, Ausländeranteil und Sozialhilfedichte in den Untersuchungsgebieten

	Einwohner 1998	Ausländeranteil 1998	Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1.000 Einwohner	
			Deutsche	Ausländer
Teilgebiet 1				
Gallusviertel	26 736	47,9	97	86
Teilgebiet 2				
Bornheim	26 545	27,5	49	104
Teilgebiet 3				
Eckenheim	14 233	29,1	72	143
Preungesheim	8 498	28,4	89	126
Bonames	6 247	21,7	99	346
Frankfurter Berg	5 176	24,2	89	212
Summe	34 154			

Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999 und frankfurter statistische berichte 1'2000; eigene Berechnungen

Ursprünglich war geplant, in den drei Untersuchungsgebieten eine repräsentative Stichprobe zu ziehen, die Adressen von insgesamt 2.000 Personen deutscher und 3.000 Personen ausländischer Staatsangehörigkeit umfassen sollte. Doch im Zuge des mehrstufigen Verfahrens der Stichprobenziehung durch das Bürgeramt für Statistik und Wahlen stellte sich heraus, dass die Gruppe der 18 bis 40jährigen ausländischen Staatsangehörigen, die die gewünschten Kriterien (in Frankfurt geboren oder vor Vollendung des 11. Lebensjahres zugezogen) erfüllen, insgesamt nur 2.300 Personen umfasst. Diese Personen bilden deshalb die Grundgesamtheit der Befragten ausländischer Staatsangehörigkeit. Bei den Befragten deutscher Staatsangehörigkeit handelt es sich um eine Zufallsauswahl, die insgesamt 1.500 Personen umfasst.

1.2 Aufbau des Fragebogens

Da die Befragung postalisch durchgeführt wurde, mußte dem Fragebogendesign besonders hohe Aufmerksamkeit geschenkt werden. Denn anders als etwa bei einer mündlichen Befragung durch Interviewer werden die Befragten mit dem Fragebogen gleichsam allein gelassen. Der Fragebogen muss sich also selbst erklären und darf nicht unnötig kompliziert aufgebaut sein. Hinzu kam in diesem Fall, dass möglicherweise mit Sprachproblemen auf Seiten der befragten Zu-

wanderer zu rechnen war. Deshalb wurde bei der Formulierung der Fragen auch darauf geachtet, leicht verständliche Ausdrücke zu verwenden und die Sätze möglichst kurz zu halten.

Es wurden zwei verschiedene Versionen des Fragebogens entwickelt: eine für Personen ausländischer und eine für Personen deutscher Staatsangehörigkeit. Beide Versionen weichen in nur zwei Fragen voneinander ab. Der Fragebogen für ausländische Staatsangehörige enthält eine Frage nach dem aufenthaltsrechtlichen Status und eine nach der Absicht, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen. Deutsche Staatsangehörige wurden statt dessen gefragt, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung erworben haben und welche Staatsbürgerschaft sie gegebenenfalls vor der Einbürgerung besessen haben. Befragte, die die deutsche Staatsangehörigkeit bereits seit Geburt besitzen, sollten dann die einwanderungsspezifischen Fragen nicht mehr beantworten.

Jede Fragebogenversion enthält 49 Fragen, die in zwölf Bereiche eingeteilt sind: Angaben zur Person, zum Leben in Frankfurt und im Stadtteil, zu Ausbildung und Arbeit, zur Einwanderung, zu Diskriminierungserfahrungen, zu Sprachkenntnis und Sprachverwendung, zu Zugehörigkeitsgefühlen, zu sozialen Beziehungen mit Zuwanderern und Deutschen und schließlich Angaben zur Person des Ehepartners bzw. der Ehepartnerin.

Der Fragebogen wurde einem Pre-Test unterzogen, um die Verständlichkeit der Fragestellungen und Antwortvorgaben zu prüfen und um Hinweise auf mögliche andere relevante Fragestellungen zu erhalten. Dazu wurden 60 Probefragebögen an Personen deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit gesandt, die in Bamberg, München, Berlin und Nürnberg leben. Sie wurden z.T. direkt, meist aber über Mittlerpersonen kontaktiert. Der Rücklauf betrug 37 Fragebögen.[44] Das Feedback aus diesem Pre-Test trug dazu bei, den Fragebogen weiter zu verschlanken und missverständliche Formulierungen zu ändern.

Die Fragebögen wurden am 22.11.2000 mit einem Anschreiben des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten und mit einem adressierten (Frei-)Rückumschlag versandt. Am 6.12.2000 wurde an alle Adressen ein weiteres Schreiben geschickt, in dem denjenigen gedankt wurde, die ihren Fragebogen bereits zurückgesandt haben und in dem die anderen nochmals darum gebeten wurden, sich an der Befragung zu beteiligen und ihren Fragebogen bis zum 8.1.2001 zurückzusenden. Die ausgefüllten Fragebögen wurden maschinell eingelesen. Handschriftliche Kommentare der Befragten wurden gesondert ausgewertet.

Während des Befragungszeitraums stand im Amt für Multikulturelle Angelegenheiten ein Mitarbeiter für telephonische Rückfragen zur Verfügung. Er erhielt zahlreiche Anrufe und konnte dadurch viele Personen dazu bewegen, sich an der Befragung zu beteiligen, die ohne diese Serviceleistung wohl nicht dazu bereit gewesen wären.

[44] Es haben sich 26 Frauen und 11 Männer beteiligt, darunter 11 ausländische Staatsbürger, 19 eingebürgerte Personen ausländischer Herkunft und 7 Deutsche seit Geburt.

1.3 Rücklauf der schriftlichen Befragung

Der Rücklauf übertraf die ursprünglich anvisierten 1.000 Fragebögen um fast ein Drittel. Von den angeschriebenen 1.520 deutschen Staatsbürgern haben 579 Personen geantwortet, von den 2.258 angeschriebenen ausländischen Staatsangehörigen haben 739 einen Fragebogen zurückgesandt. Damit konnte in beiden Gruppen mehr als ein Drittel der Angeschriebenen dazu motiviert werden, an der Befragung teilzunehmen. Das gelang allerdings offensichtlich in beiden Gruppen bei Frauen stärker als bei Männern, so dass das Geschlechterverhältnis, das bei den ursprünglich Angeschriebenen noch bei ca. 55 Prozent Männern und 45 Prozent Frauen gelegen hatte, in der Gruppe der tatsächlich Befragten weitgehend ausgeglichen ist.[45]

Das Alter der Befragten hatte offensichtlich keine Auswirkungen auf den Rücklauf, denn die Altersstruktur der angeschriebenen Personen und derjenigen, die geantwortet haben, ist nahezu identisch. Dagegen unterscheidet sich der Rücklauf aus den drei Untersuchungsgebieten: in Bornheim haben überdurchschnittlich viele ausländische Staatsangehörige geantwortet, aus dem Untersuchungsgebiet Bonames, Frankfurter Berg, Eckenheim und Preungesheim kamen dagegen überdurchschnittlich viele Fragebögen von deutschen Staatsangehörigen zurück.

Insgesamt ist der Rücklauf der postalischen Befragung nach den Standards der empirischen Sozialforschung für diesen Typ von Befragung als durchaus befriedigend zu bezeichnen. Angesichts der Tatsache, dass von den ausländischen Staatsangehörigen nicht nur eine Zufallsauswahl, sondern *alle* Personen angeschrieben wurden, die als Bildungsinländer bezeichnet werden können, besitzen die Ergebnisse hohe Aussagekraft für die Integrationsprozesse in den drei Frankfurter Stadtteilen. Im Großen und Ganzen dürften sie auch für die Gesamtstadt Gültigkeit besitzen.

1.4 Demographische Merkmale der Befragten

An der Befragung haben sich 1.318 Personen beteiligt, darunter 44 Prozent deutsche und 56 Prozent ausländische Staatsangehörige. Von den deutschen Befragten haben 64 Personen (13%) die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben. Sie werden im Rahmen dieser Studie zur Gruppe der Zuwanderer gerechnet, die damit insgesamt 803 Personen umfaßt. Zur Gruppe der Deutschen seit Geburt zählen hingegen genau 500 Befragte.[46]

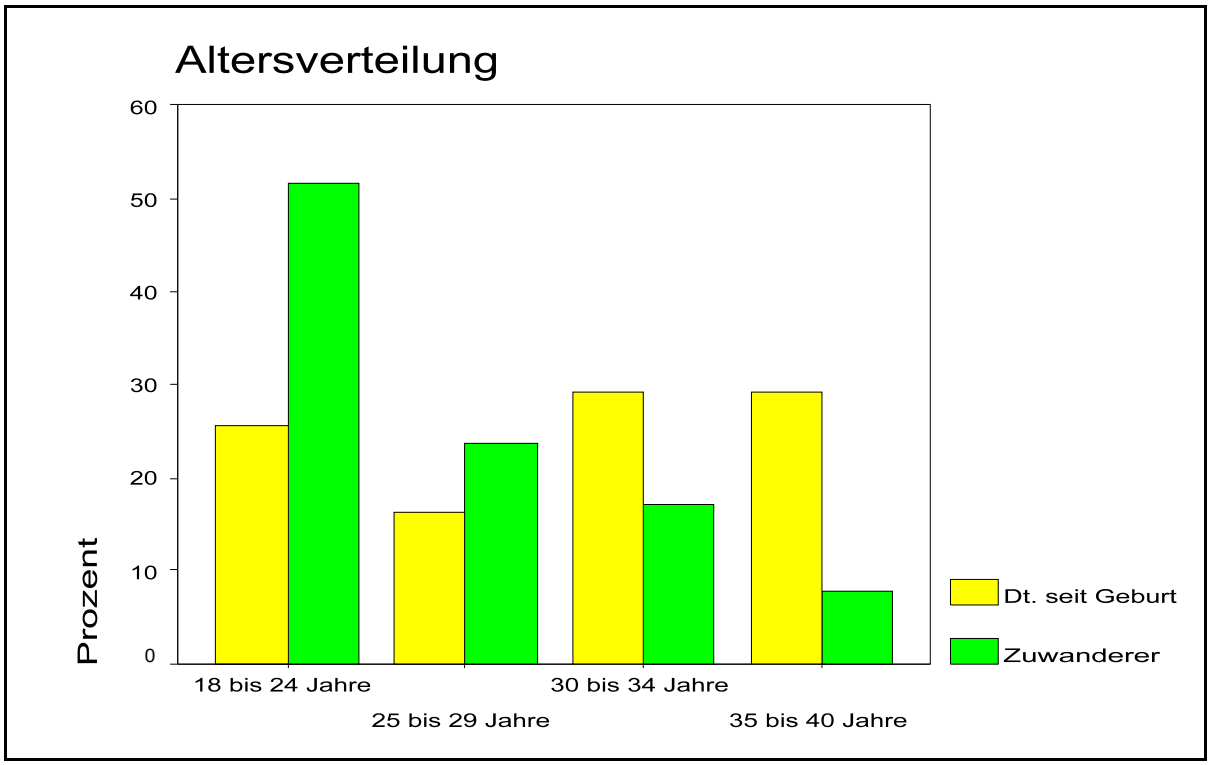
---

[45] Dass der Rücklauf bei deutschen Staatsangehörigen mit rund 38 Prozent etwas höher liegt als bei den ausländischen Staatsangehörigen (33 %) dürfte u.a. dadurch bedingt, sein, dass der Aufwand der Beantwortung bei Deutschen seit Geburt nur etwa halb so groß war wie bei Zuwanderern, da viele Fragen nur von Zuwanderern beantwortet werden sollten. Zudem ist laut Auskunft des Bürgeramtes für Statistik und Wahlen bei ausländischen Staatsangehörigen mit einen höheren Anteil veralteter oder ungültiger Adressen zu rechnen, so dass vergleichsweise viele Adressaten ausländischer Staatsangehörigkeit nicht erreicht worden sein dürften.

[46] Von den übrigen 15 Befragten ist nicht bekannt, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit schon seit der Geburt besitzen oder durch Einbürgerung erworben haben.

Die Geschlechterproportion ist in beiden Gruppen relativ ausgeglichen. Bei Deutschen seit Geburt beträgt der Anteil der weiblichen Befragten 52 Prozent und bei Zuwanderern 49 Prozent. Die Altersverteilung der beiden Vergleichsgruppen ist hingegen äußerst unterschiedlich.

Grafik III.1: Alterverteilung der Befragten (in Prozent)



efms-Repräsentativbefragung 2000

Während 58 Prozent der Deutschen seit Geburt zwischen 30 und 40 Jahre alt sind, trifft dies nur auf 25 Prozent der Zuwanderer zu. Dagegen sind 42 Prozent der Zuwanderer, aber nur 25,5 Prozent der deutschen Staatsangehörigen zwischen 18 und 24 Jahren alt. Die befragten Deutschen seit Geburt sind also überwiegend Personen in den Dreißigern, die Zuwanderer gehören dagegen meist zur Gruppe der jungen Erwachsenen.

Entsprechend unterschiedlich würden viele Ergebnisse ausfallen, wenn man lediglich die Gesamtgruppe der Deutschen seit Geburt mit der der Zuwanderer vergleichen würde. Die unterschiedliche Lebenslage der jeweiligen Hauptaltersgruppen würde das Ergebnis in vielerlei Hinsicht verzerren. Um solche Verzerrungen zu vermeiden, werden viele Auswertungen altersbezogen vorgenommen.

Die am häufigsten genannte Religionszugehörigkeit ist in beiden Vergleichsgruppen das Christentum. Ihm gehören 75 Prozent der Deutschen seit Geburt und 56 der Zuwanderer an. Daneben geben 22 Prozent der Deutschen seit Geburt an, konfessionslos zu sein. Bei Zuwanderern beträgt dieser Wert nur 7 Prozent. 32 Prozent der Zuwanderer gehören dem Islam an, aber nur 1 Prozent der Deutschen seit Geburt.

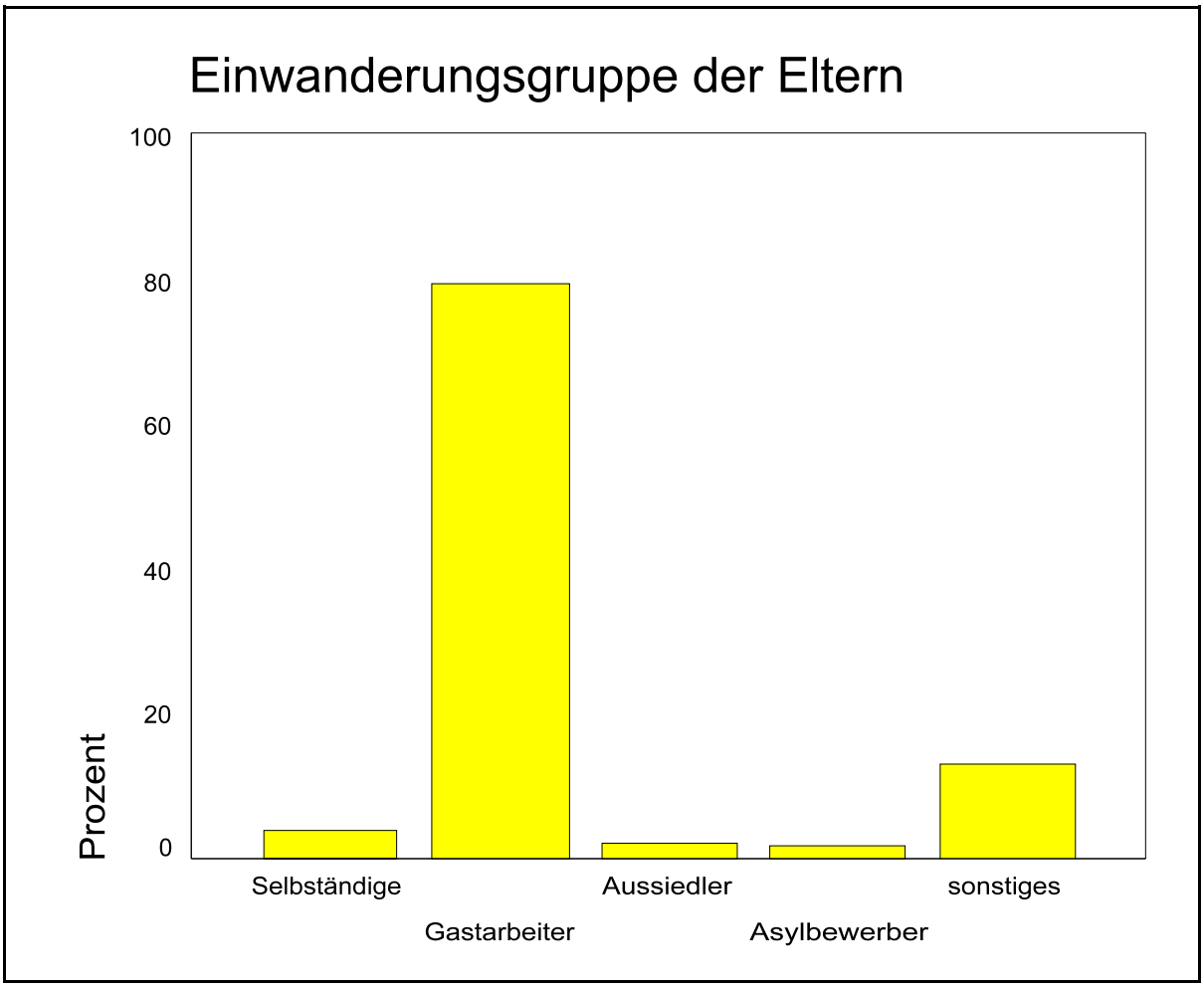
Knapp 80 Prozent der befragten Zuwanderer stammen aus einer Gastarbeiterfamilie. 13 Prozent konnten sich keiner der im Fragebogen angebotenen Kategorien zuordnen und kreuzten „sonstiges“ an. Möglicherweise wollten sie damit ausdrücken, dass ihre Eltern unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen angehören. So ist zu vermuten, dass in relativ vielen Familien, ein Elternteil als Gastarbeiter zugewandert ist und der andere Elternteil im Rahmen der Familienzusammenführung nachgekommen ist. Die Eltern der übrigen Befragten sind als selbständige Geschäftsleute (4%), Asylbewerber (1,7%) und deutschstämmige Aussiedler (1,6%) zugewandert.

Der ungewöhnlich niedrige Spätaussiedleranteil resultiert u.a. daraus, dass in dieser Studie gezielt Bildungsinländer befragt wurden, die entweder in Frankfurt geboren oder vor Vollendung des 11. Lebensjahres zugezogen sind. Insofern war kaum zu erwarten, dass viele Spätaussiedler, die ja zumeist erst in den 90er Jahren nach Deutschland gekommen sind, in der Stichprobe enthalten sind. Ein anderer Grund besteht aber vermutlich auch darin, dass die Zahl der in Frankfurt lebenden Spätaussiedler allem Anschein nach relativ gering ist. Genaue Daten liegen hierzu aber nicht vor (s.o.).

88 Prozent der befragten Zuwanderer stammen aus Anwerbestaaten: aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien 228 Befragte, aus der Türkei 202, aus Italien 84, aus Griechenland 72, aus Spanien 54, aus Marokko 31 und aus Portugal 21.[47]

[47] Als nächstgrößere Gruppe folgen Befragte aus Polen, deren Anzahl allerdings nur 9 Personen beträgt. Im folgenden wird deshalb darauf verzichtet, zu anderen Herkunftsgruppen detaillierte Angaben zu machen.

Grafik III.2: Einwanderungsgruppe der Eltern der Befragten (in Prozent)



efms-Repräsentativbefragung 2000

Die meisten befragten Zuwanderer sind in Deutschland geboren (64,7 %). Ein Fünftel (20,7 %) ist im schulpflichtigen Alter eingewandert und 14,6 Prozent kamen bereits vor dem 6. Geburtstag nach Deutschland. Dabei zeigt ein Vergleich der unterschiedlichen Herkunftsgruppen, dass in der spanischen Gruppe wesentlich mehr, in der marokkanischen hingegen wesentlich weniger Personen in Deutschland geboren sind als in den anderen Gruppen.

Tabelle III.2: Herkunftsgruppen nach Geburt in Deutschland oder Alter bei Einwanderung

	Anzahl	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
(ehem.) Jugoslawien	228	71 %	13 %	16 %
Türkei	202	60 %	16 %	25 %
Griechenland	72	76 %	9 %	15 %
Italien	84	67 %	18 %	15 %
Marokko	31	50 %	13 %	37 %
Portugal	21	65 %	20 %	15 %
Spanien	54	81 %	9 %	9 %

efms-Repräsentativbefragung 2000

Die Untersuchung zielte darauf ab, die vier Hauptdimensionen der Integration zu erfassen: die Eingliederung in die Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft (strukturelle Integration), den Spracherwerb und die Entwicklung neuer kultureller Muster (kulturelle Integration), die Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft (soziale Integration) und Zugehörigkeitsgefühle zur Aufnahmegesellschaft (identifikatorische Integration). Die sich anschließende Präsentation der Befragungsergebnisse folgt diesen Integrationsdimensionen.

2. Strukturelle Integration

Strukturelle Integration beinhaltet den Erwerb eines Mitgliedsstatus in den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft: Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme sowie politische Gemeinschaft. Dabei hat die Aufnahmegesellschaft die Aufgabe, die Offenheit dieser Kerninstitutionen für die Migrantenbevölkerung sicherzustellen und darüber hinaus auch Rechtssicherheit und den Zugang zur Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Zentrale Instanz der strukturellen Integration ist das wirtschaftliche Leben. Zugang zum Arbeitsmarkt oder zur Selbständigkeit als Unternehmer ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für die strukturelle Integration, sondern darüber hinaus für den gesamten Integrationsprozess der Zuwanderer. Wirtschaftliche Tätigkeit verschafft Einkommen, aber auch soziale Beziehungen, Sozialprestige und Selbstwertgefühl. Andere wichtige Bereiche struktureller Integration sind das Bildungs- und Qualifikationssystem. Erfahrungen aller klassischen Einwanderungsländer wie auch Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass der chancengleiche Zugang zum allgemeinen Bildungs- und Qualifikationssystem Integration beschleunigt. Als eine weitere grundlegende Bedingung für strukturelle Integration ist der Zugang zur Staatsangehörigkeit zu nennen.

Wie die Befragung in drei Frankfurter Stadtteilen zeigt, ist die strukturelle Integration von in Deutschland aufgewachsenen Zuwanderern der zweiten Generation im Großen und Ganzen gelungen. Denn die Bildungsunterschiede zu Deutschen seit Geburt und die Unterschiede in der beruflichen Stellung sind relativ gering. Außerdem ist die Einbürgerungsquote der Zuwanderer relativ hoch und auch diejenigen Zuwanderer, die noch nicht eingebürgert sind, zeigen ein hohes Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

2.1 Schulische Bildung

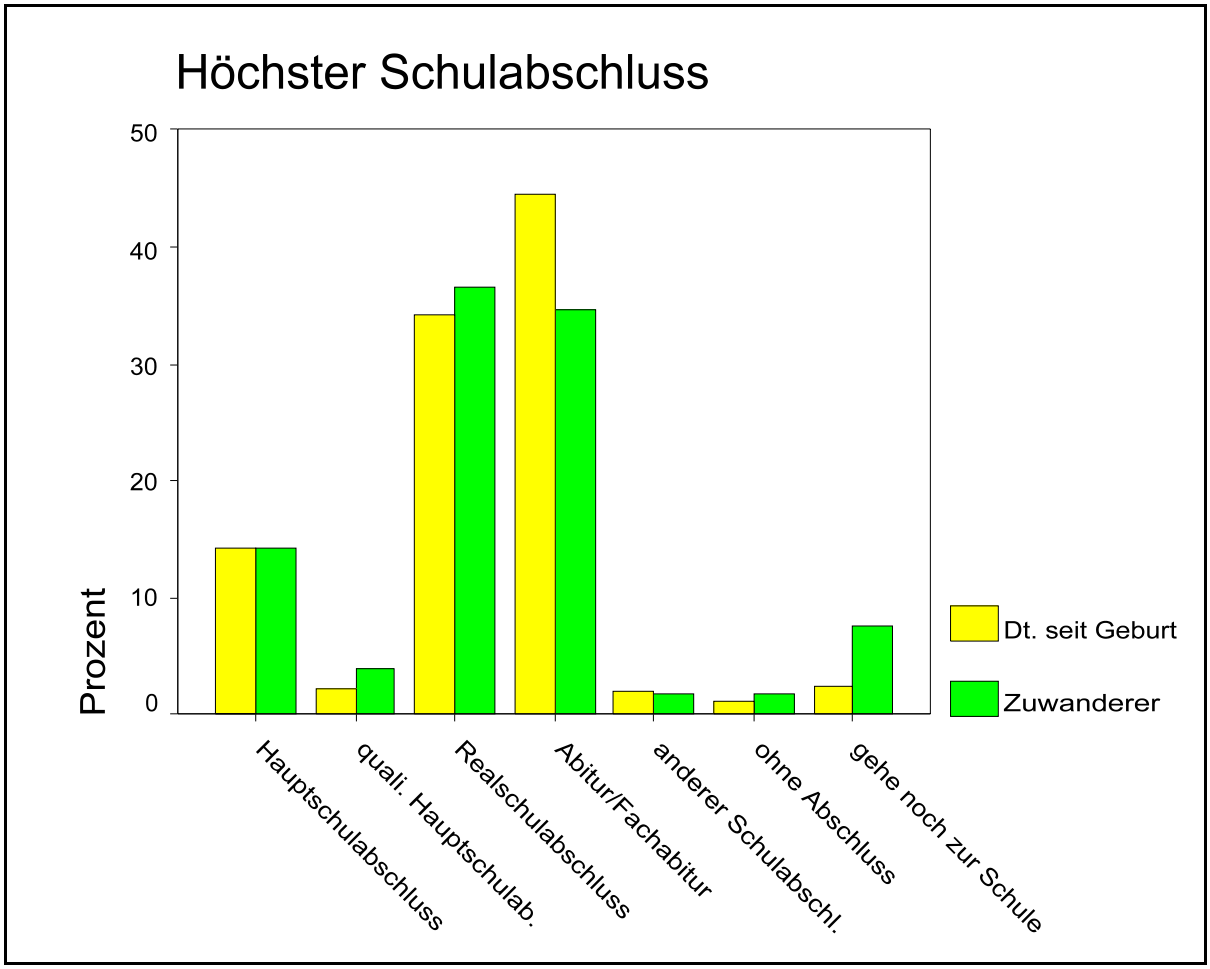
Verglichen mit den oben dargestellten Ergebnissen der Sekundäranalyse der Bildungsstatistik, fallen die Ergebnisse der Befragung der zweiten Migrantengeneration wesentlich besser aus. Anders als bei der Gesamtgruppe der ausländischen Staatsangehörigen, die ein deutlich schlechteres Bildungsniveau aufweist als deutsche Staatsangehörige, ist das Bildungsniveau von Bildungsinländern und einheimischen Deutschen relativ ähnlich.

Der auffälligste Unterschied im Bildungsverhalten der befragten Zuwanderer und Deutschen seit Geburt betrifft den Erwerb von Abitur oder Fachabitur. Hier stehen 44,4 Prozent (Fach-) Abiturienten unter den Deutschen seit Geburt nur 34,6 Prozent Zuwanderer mit (Fach-) Abitur gegenüber. Gleichzeitig weisen Zuwanderer aber auch einen mit 7,4 Prozent sehr hohen Anteil von Befragten auf, die angeben, noch zur Schule zu gehen.[48] Zumindest ein Teil von ihnen dürfte wohl die (Fach-) Hochschulreife erwerben und damit die Differenz verringern.

Insgesamt zeigt sich, dass Zuwanderer überdurchschnittlich häufig Realschulen besucht und damit einen mittleren Bildungsabschluss erworben haben. Deutlich wird außerdem, dass niedrige Schulabschlüsse wesentlich seltener sind als mittlere und höhere Abschlüsse. Allerdings gibt es im Vergleich zu Deutschen seit Geburt auch einen höheren Anteil von Zuwanderern, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben. Vergleicht man jedoch diesen Wert von 1,7 Prozent mit den 15,6 Prozent Schulabgängern ohne schulischen Abschluss, den die Bildungsstatistik hinsichtlich aller ausländischen Schulabgänger für 1997/98 aufweist, so zeigt sich, dass dieses Problem bei der in Deutschland aufgewachsenen zweiten Generation (Bildungsinländer) relativ gering ist.

[48] Der höhere Schüleranteil der Zuwanderer resultiert in erster Linie aus der unterschiedlichen Altersstruktur beider Vergleichsgruppen.

Grafik III.3: Höchster Schulabschluss der Befragten (in Prozent)



efms-Repräsentativbefragung 2000

Für weitere Analysen empfiehlt es sich nun, die verschiedenen Schulabschlüsse zu Bildungsniveaus zusammenzufassen:

- Zur ersten Kategorie werden diejenigen gezählt, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben oder nur einen Hauptschulabschluss erworben haben. Ihre Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt dürften relativ gering sein.
- In der zweiten Kategorie werden diejenigen zusammengefasst, die einen qualifizierenden Hauptschulabschluss oder die Mittlere Reife erworben haben und damit in erster Linie für eine berufliche oder schulische Ausbildung qualifiziert sind.
- Die dritte Kategorie sind schließlich Personen, deren Abschluss sie dazu berechtigt, ein Studium an der (Fach-) Hochschule zu absolvieren.

- Daneben gibt es noch eine vierte Kategorie derjenigen, die keinem Bildungsniveau zugeordnet werden können, weil sie entweder noch zur Schule gehen oder einen anderen als die im Fragebogen genannten Schulabschlüsse aufweisen.

Da zu erwarten ist, dass die unterschiedliche Altersstruktur der Vergleichsgruppen die Verteilung der Bildungsniveaus stark beeinflusst, wird im folgenden zunächst das Bildungsniveau aller Befragten und darunter das der 18 bis 29-jährigen Befragten dargestellt.

Tabelle III.3: Bildungsniveau der Befragten (in Prozent)

	Deutsche seit Geburt	**Zuwanderer**
Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	15,3	15,9
qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	36,3	40,4
Abitur oder Fachabitur	44,4	34,6
Sonstiges	4,1	9,1

efms-Repräsentativbefragung 2000

Tabelle III.4: Bildungsniveau der befragten 18 bis 29-jährigen (in Prozent)

	Deutsche seit Geburt	**Zuwanderer**
Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	9,5	12,1
qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	30,5	41,6
Abitur oder Fachabitur	53	35,2
Sonstiges	7	11,1

efms-Repräsentativbefragung 2000

Dabei zeigen sich in der Gruppe der 18 bis 29-jährigen weit deutlichere Unterschiede zwischen Deutschen seit Geburt und Zuwanderern als in der Gesamtgruppe der Befragten. Diese Diskrepanz ist in erster Linie darauf zurück zu führen, dass das Bildungsniveau der Deutschen seit Geburt, die 30 Jahre und älter sind, deutlich unter dem der unter 30-jährigen liegt. Die Ursache dürfte in der Bildungsexpansion zu sehen sein, von der die jüngeren Deutschen bereits weitaus stärker profitiert haben als die älteren. Durch den altersspezifischen Vergleich der Zuwanderer mit den Deutschen seit Geburt wird die altersbedingte Verzerrung gemildert und die tatsächlichen Bildungsunterschiede treten deutlicher zu Tage.

Daneben weist das Bildungsverhalten auch deutliche Geschlechtsunterschiede auf. Manche dieser Geschlechtsunterschiede sind in beiden Vergleichsgruppen ähnlich, andere hingegen treten bei Zuwanderern und bei Deutschen seit Geburt mit entgegengesetzten Vorzeichen auf.

So sind fehlende oder niedrige Schulabschlüsse ein Problem, das Männer in beiden Vergleichsgruppen weitaus stärker betrifft als Frauen. Doch davon abgesehen ist das geschlechtsspezifische Bildungsverhalten in beiden Gruppen sehr unterschiedlich. Während bei den Zuwanderern Frauen häufiger als Männer einen Abschluss erwerben, der sie zum Studium an einer (Fach-) Hochschule berechtigt, ist die Situation bei Deutschen seit Geburt umgekehrt. Hier dominieren Frauen im Bereich der mittleren Bildungsabschlüsse.

Insgesamt ist die Bildungssituation von Männern und Frauen in der Zuwanderergruppe wesentlich ausgeglichener als in der Gruppe der Deutschen seit Geburt und gerade weibliche Zuwanderer weisen im schulischen Bereich hohe Integrationserfolge auf.

Tabelle III.5: Bildungsniveau der Befragten nach Geschlecht (in Prozent)

		Deutsche seit Geburt	**Zuwanderer**
Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	männlich	17,5	18,7
	weiblich	11,8	13,5
qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	männlich	28,5	38,2
	weiblich	43,5	41,7
Abitur oder Fachabitur	männlich	49,1	33,3
	weiblich	41,2	36,1
Sonstiges	männlich	4,8	9,7
	weiblich	3,5	8,7

efms-Repräsentativbefragung 2000

Ein wichtiger Einflussfaktor des schulischen Bildungserfolges der Bildungsinländer besteht darin, dass die meisten von ihnen bereits in Deutschland geboren sind und der größte Teil ihrer Sozialisation in Deutschland erfolgt ist. Wie die folgende Tabelle zeigt, hängt das Migrationsalter oder die Tatsache in Deutschland geboren zu sein, eng mit dem Bildungsniveau zusammen. Während von den so genannten Seiteneinsteigern mehr als jeder Vierte die Schule ohne Abschluss verlassen oder nur einen Hauptschulabschluss erworben hat, ist dies bei den in Deutschland Geborenen nur bei jedem/jeder Neunten der Fall. Mit steigender Sozialisationsdauer in Deutschland erhöht sich außerdem die Zahl der mittleren oder hohen Bildungsabschlüsse.

Tabelle III.6: Bildungsniveau nach Sozialisationsdauer in Deutschland (in Prozent)

	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	11,3	19,5	26,8
qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	41,6	39,8	35,7
Abitur oder Fachabitur	38,6	31,9	27,4
Sonstiges	8,5	8,8	10,2

efms-Repräsentativbefragung 2000

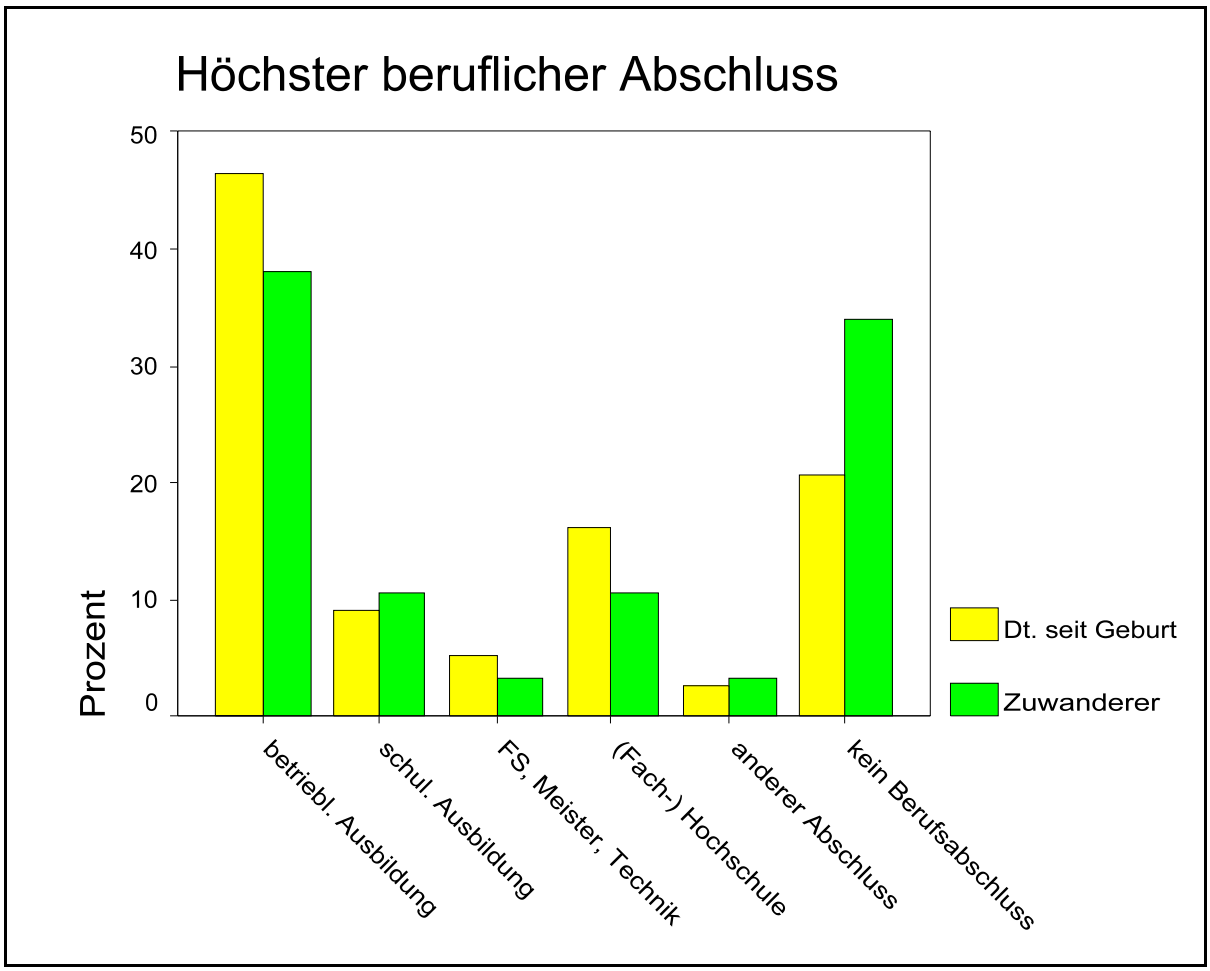
Eng mit dem Bildungsniveau und der Sozialisationsdauer verknüpft ist auch der Besuch eines Kindergartens, der eine zentrale Integrationsinstanz darstellt. Bei in Deutschland geborenen Zuwanderern, die keinen Kindergarten besucht haben ist der Abiturientenanteil um fast ein Drittel geringer (nur 28,8 % statt 39,3 %) und der Anteil von Personen mit fehlendem oder niedrigem Schulabschluss um mehr als ein Drittel höher als bei denjenigen, die einen Kindergarten besucht haben (15,4 % statt 10,9 %).

2.2 Berufliche Bildung

Bei den beruflichen Ausbildungsabschlüssen von Zuwanderern und Deutschen zeigen sich zunächst folgende Unterschiede:

- Zuwanderer haben seltener eine betriebliche und häufiger eine schulische Berufsausbildung absolviert.
- Sie weisen seltener einen (Fach-) Hochschulabschluss auf und haben in geringerem Ausmaß Abschlüsse von Fachschulen, Meister- oder Technikerschulen erworben oder Berufs- und Fachakademien abgeschlossen.
- Dagegen geben sie häufiger an, keinen beruflichen Ausbildungsabschluss zu haben.

Grafik III.4: Höchster beruflicher Abschluss der Befragten (in Prozent)



efms-Repräsentativbefragung 2000

All diese Unterschiede sind weitgehend altersabhängig, denn wenn man gezielt 18 bis 29-jährige Zuwanderer und Deutsche seit Geburt miteinander vergleicht, dann verschwinden die Differenzen größtenteils. In dieser Altersgruppe weisen Zuwanderer nur noch bezüglich des (Fach-) Hochschulabschlusses einen etwas geringeren Wert auf, alle übrigen Ausbildungsniveaus besetzen sie zu nahezu identischen Anteilen wie Deutsche seit Geburt.

Tabelle III.7: Höchster beruflicher Abschluss der 18 bis 29-jährigen Befragten (in Prozent)

	Deutsche seit Geburt	Zuwanderer
betriebliche Berufsausbildung abgeschlossen	37,7	38,4
schulische Berufsausbildung abgeschlossen	9,4	9,9
Fachschule, Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie abgeschlossen	2,1	2,5
(Fach-) Hochschulabschluss	12	10,1
ein anderer beruflicher Abschluss	1,6	1,9
kein beruflicher Ausbildungsabschluss	37,2	37,1

efms-Repräsentativbefragung 2000

Diese Ergebnisse deuten auf den ersten Blick darauf hin, dass die Integration der Zuwanderer in das berufliche Ausbildungssystem weitgehend gelungen ist. Dass es dennoch auch in diesem Bereich einige Integrationsdefizite gibt, zeigt erst eine differenziertere Analyse der Gruppe derjenigen, die angeben, keinen beruflichen Ausbildungsabschluss zu haben. Dieser Kategorie ordnen sich in beiden Vergleichsgruppen jeweils 37 Prozent der Befragten zu. Um herauszufinden, aus welchen Gründen sie keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben und welchen Bildungsgrad sie aufweisen, haben wir untersucht, welches schulische Bildungsniveau diese Personen im einzelnen aufweisen.

Tabelle III.8: Höchster schulischer Abschluss der 18 bis 29-jährigen Befragten ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (in Prozent)

	Deutsche seit Geburt	Zuwanderer
Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	11,3	16,1
qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	19,7	25,8
Abitur oder Fachabitur	56,3	37,1
Sonstiges	12,7	21

efms-Repräsentativbefragung 2000

Dabei zeigt sich, dass in die Kategorie „kein beruflicher Ausbildungsabschluss“ nur zu einem relativ geringen Teil Personen mit einem niedrigen schulischen Bildungsniveau fallen. Hingegen befinden sich viele noch im schulischen Ausbildungsprozess („sonstiges“) und die meisten haben Abitur oder Fachabitur, so dass anzunehmen ist, dass sie studieren, und damit früher oder später einen (Fach-)Hochschulabschluss erwerben.

Der Anteil der (Fach-)Abiturienten ist allerdings bei den Zuwanderern wesentlich geringer als bei den Deutschen seit Geburt. Da aber andererseits bei den Zuwanderern der Anteil derjenigen, die noch zur Schule gehen (oder einen anderen schulischen Abschluss haben) höher ist, kann auch damit gerechnet werden, dass möglicherweise ein Teil davon noch das (Fach-) Abitur erwirbt und anschließend studiert. Als problematisch ist es dagegen zu werten, dass ein vergleichsweise hoher Prozentsatz der Zuwanderer, die keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben, auch ein sehr niedriges Bildungsniveau aufweist und wahrscheinlich keine Berufsqualifikation mehr erwerben wird.

Insgesamt ist anzunehmen, dass die Unterschiede im beruflichen Bildungsniveau wohl größer ausfallen würden, wenn alle, die sich momentan noch im Bildungsprozess befinden, ihre Ausbildung beendet hätten. Insofern zeigt sich, dass die Integration im Bereich der beruflichen Bildung zwar bereits sehr weit fortgeschritten ist, aber auch noch einige Defizite aufweist.

2.3 Arbeitsmarkt

Um die Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt beurteilen zu können, wird im folgenden analysiert, welche beruflichen Positionen sie im Vergleich zu Deutschen seit Geburt einnehmen. Bundesweit hat in der ausländischen Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein Strukturwandel stattgefunden, der auf einer Zunahme des Angestellten- und einem Rückgang des Arbeiteranteils basiert.[49] Dieser Strukturwandel und die Bildungserfolge der in Deutschland aufgewachsenen Zuwanderer haben offensichtlich auch unter den in drei Frankfurter Stadtteilen lebenden Bildungsinländern dafür gesorgt, dass der Arbeiteranteil in dieser Bevölkerungsgruppe relativ gering ist.

Da bei der beruflichen Integration das Alter eine wesentliche Rolle spielt, wird im folgenden gezielt die Erwerbstätigkeit der 18 bis 29-jährigen Befragten untersucht. Allerdings werden trotz dieser Altersbegrenzung immer noch Alterseinflüsse wirksam, da - wie oben beschrieben - die befragten Zuwanderer sehr häufig jünger als 25 Jahre sind und sich oft noch in der Ausbildung befinden. Daneben wird in den folgenden Analysen nach Geschlecht differenziert, da sich vor allem bei den Zuwanderern die Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen deutlich unterscheidet.

[49] Dem Abbau der ausländischen Erwerbstätigkeit von 1995 bis 1998 um bundesweit 160.000 Stellen steht ein Abbau bei Arbeitern um 210.000 Beschäftigungsverhältnisse, ein Plus bei Angestellten von 25.000 und bei Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 15.000 gegenüber. Vgl. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000:86).

Tabelle III.9: Berufliche Position der 18 bis 29-jährigen Befragten (Mehrfachnennungen) (in Prozent)

		Männer	Frauen
Arbeiter	Deutsche seit Geburt	7,4	3,6
	Zuwanderer	20,5	4,4
Angestellte	Deutsche seit Geburt	39,4	43,6
	Zuwanderer	29,5	43,4
Beamte	Deutsche seit Geburt	2,1	-
	Zuwanderer	0,3	0,3
Selbständig	Deutsche seit Geburt	3,2	0,9
	Zuwanderer	3,8	4,1
auf 630.-DM Basis beschäftigt	Deutsche seit Geburt	5,3	7,3
	Zuwanderer	5,5	10,8

efms-Repräsentativbefragung 2000

Wenn man zunächst die Zugehörigkeit zur Arbeiter- oder Angestelltenschaft betrachtet, so wird deutlich, dass unter Arbeitern Männer und unter Angestellten Frauen überwiegen. Diese geschlechtsspezifische Differenz ist unter Zuwanderern weitaus stärker ausgeprägt als in der deutschen Vergleichsgruppe. So sind zugewanderte Männer fünf mal häufiger Arbeiter (20,5 %) als zugewanderte Frauen (4,4 %). Bei Deutschen seit Geburt ist der männliche Arbeiteranteil (7,4 %) hingegen nur doppelt hoch wie der weibliche (3,6 %).

Der Angestelltenanteil beträgt bei den zugewanderten Frauen 43,5 Prozent und liegt damit ebenso hoch wie in der deutschen Vergleichsgruppe (43,6 %). Dagegen liegen die zugewanderten Männer mit einem Angestelltenanteil von 29,5 Prozent weit hinter Deutschen seit Geburt zurück, von denen 39,4 Prozent einen Angestelltenstatus haben. Auch Selbständigkeit ist bei den zugewanderten Frauen etwas häufiger anzutreffen als bei zugewanderten Männern, während in der deutschen Vergleichsgruppe vor allem Männer selbständig erwerbstätig sind.

Diese Geschlechtsunterschiede in der Gruppe der Zuwanderer resultieren in erster Linie aus den weitaus größeren Bildungserfolgen der weiblichen Befragten, die - wie oben gezeigt wurde - deutlich bessere Schulabschlüsse aufweisen. Andererseits ist auch die geringfügige Beschäftigung auf 630.- DM Basis bei zugewanderten Frauen am häufigsten anzutreffen. Das dürfte unter anderem damit zusammenhängen, dass gerade im Alter von 18 bis 29 Jahren zugewanderte Frauen bereits weit häufiger Kinder haben als Frauen aus der deutschen Vergleichsgruppe. Entsprechend geben sie mit 8,1 Prozent auch drei mal so oft an, im Mutterschafts- oder Erziehungsurlaub zu sein. Bei Deutschen dieser Altersgruppe liegt der Wert bei nur 2,7 Prozent.

2.4 Rechtliche Integration

Was die rechtliche Eingliederung betrifft, so haben nahezu alle befragten Zuwanderer einen Aufenthaltsstatus, der ihnen einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland sichert. 97,2 Prozent geben an, entweder ein Aufenthaltsrecht für EU-Bürger, eine Aufenthaltsberechtigung oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu besitzen.

Zudem ist ein relativ hoher Teil der befragten Zuwanderer der zweiten Generation bereits eingebürgert, wobei die Einbürgerungsdichte bei Befragten, die aus Marokko stammen, besonders hoch ist. Aber auch aus der türkischen Herkunftsgruppe haben wesentlich mehr Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben als aus den übrigen Herkunftsgruppen. Die eingebürgerten Befragten, die ursprünglich die marokkanische Staatsangehörigkeit besessen haben, bilden 35,5 Prozent aller Befragten marokkanischer Herkunft. In der Gruppe der türkischen Befragten beträgt der Anteil der Eingebürgerten 7,9 Prozent.

Die außergewöhnlich hohe Einbürgerungsneigung der türkischen Staatsangehörigen wird auch durch die Analyse der Einbürgerungsabsicht bestätigt: insgesamt geben 81,3 Prozent der türkischen Befragten an, demnächst die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen zu wollen. Sie liegen damit weit über dem Gesamtdurchschnitt von 54,5 Prozent Befragten, die sich positiv zur Einbürgerung äußern. Dabei ist gerade der Anteil derjenigen, die sich „auf jeden Fall“ einbürgern lassen wollen, bei den türkischen Befragten doppelt so hoch wie der Durchschnitt. Mehr als ein Drittel (36,7 %) der türkischen Staatsangehörigen knüpft die Einbürgerung an die Bedingung, die türkische Staatsangehörigkeit beibehalten zu können.

Befragte aus dem Herkunftsgebiet des (ehemaligen) Jugoslawien zeichnen sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil (15,3 %) von Befragten aus, die noch nicht wissen, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen. Im Vergleich zur türkischen Herkunftsgruppe gibt es in der Gruppe aus dem (ehemaligen) Jugoslawien relativ viele Personen, die sich nicht einbürgern lassen wollen. Bei den Türken ist diese Gruppe mit 10,2 Prozent eher marginal. Bei den (Ex-)Jugoslawen macht sie immerhin ein Viertel (25,6 %) aus. Dass sie in der Gesamtgruppe der Befragten 34,9 Prozent ausmacht, dürfte in erster Linie daran liegen, dass EU-Angehörige vermutlich selten dazu neigen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

Tabelle III.10: Absicht, in der nächsten Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen (in Prozent)

	Zuwanderer insgesamt	(Ex-)jugoslawische Staatsangehörige	Türkische Staatsangehörige
Ja, auf jeden Fall	16,2	16,3	33,9
Ja, aber nur, wenn ich meine alte Staatsangehörigkeit behalten kann	30,2	33,5	36,7
Ja, wahrscheinlich schon	8	9,3	10,7
Nein, wahrscheinlich nicht	17,6	12,6	5,1
Nein, auf keinen Fall	17,3	13	5,1
Ich weiß nicht	10,8	15,3	8,5

efms-Repräsentativbefragung 2000

3. Kulturelle Integration

Erfolgreiche Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen des Aufnahmelandes setzt kulturelle Integration voraus, also den Erwerb bestimmter Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Motivationen. Gleichzeitig stellt sich aber auch die Frage nach dem Erhalt herkunftslandbezogener Ressourcen, die nicht nur für die Partizipation an ethnischen Institutionen notwendig sind, sondern angesichts zunehmender wirtschaftlicher Globalisierung auch eine wichtige Ressource auf dem internationalen Arbeitsmarkt darstellen können.

Im Rahmen unserer Befragung haben wir zunächst den sprachlichen Bereich der kulturellen Integration untersucht und hierbei nach Sprachkenntnissen und Sprachgebrauch differenziert. Außerdem haben wir die Mediennutzung analysiert und können zudem Aussagen treffen über die familiäre Lebensform der Zuwanderer und über ihre Einstellungen bezüglich einer interethnischen Eheschließung.

3.1 Sprachkenntnisse

In Bezug auf kognitiv-kulturelle Fähigkeiten im Integrationsprozess kommt den Sprachkenntnissen eine herausragende Bedeutung zu. Deshalb wurden die befragten Zuwanderer gebeten, ihre schriftliche und mündliche Sprachkompetenz in Bezug auf die deutsche Sprache und die Herkunftssprache einzuschätzen. Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang mit der Dauer der Sozialisation in Deutschland bzw. im Herkunftsland.

Tabelle III.11: Sprachkompetenz im Deutschen (in Prozent)

		Zuwanderer insgesamt	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
Deutsch schreiben	sehr gut	65,1	73,9	60,4	44,3
	gut	27,5	20,9	35,1	43
	mittel	6,5	4,7	2,7	12
	schlecht	0,9	0,4	1,8	0,6
Deutsch sprechen	sehr gut	80,9	87,9	82	63,5
	gut	17,6	11,9	15,3	34,6
	mittel	1,3	0,2	2,7	1,3
	schlecht	0,3	-	-	0,6

efms-Repräsentativbefragung 2000

Insgesamt wird die eigene Sprachkompetenz im Deutschen positiv eingeschätzt, besonders was die mündliche Sprachkompetenz betrifft. Doch auch in der Schriftsprache bewerten zwei Drittel der Befragten ihre Deutschkenntnisse als „sehr gut“.

Die Sprachkompetenz hängt offensichtlich davon ab, ob die Schulzeit vollständig in Deutschland verbracht wurde oder nicht. Denn nur sehr wenige der in Deutschland Geborenen oder als Kleinkind nach Deutschland Zugezogenen bezeichnen ihre schriftliche Ausdrucksfähigkeit im Deutschen als „mittel“ oder gar „schlecht“, bei den so genannten Seiteneinsteigern, die im Herkunftsland eingeschult worden sind, sind es hingegen 12,6 Prozent.

In der Zusammenschau der angeführten Ergebnisse kann man das Fazit ziehen, dass die sprachliche Integration der zweiten Generation im Deutschen offenbar recht weit vorangeschritten ist, allerdings stärker im verbalen als im schriftsprachlichen Bereich.

Verglichen mit der Sprachkompetenz im Deutschen wurde die Kompetenz in der Sprache des Herkunftslandes wesentlich weniger positiv beurteilt. Insgesamt sieht sich aber eine breite Mehrheit der Befragten zumindest im mündlichen Bereich (75,1 %) noch als kompetent im Hinblick auf die Sprache des Herkunftslandes an. Im schriftlichen Bereich sind dagegen nur 56,2 Prozent der Ansicht, „gute“ oder „sehr gute“ Kenntnisse zu besitzen.

Tabelle III.12: Sprachkompetenz in der Sprache des Herkunftslandes (in Prozent)

		Zuwanderer insgesamt	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
Sprache des Herkunftslandes schreiben	sehr gut	24,7	25,1	16,4	31
	gut	31,5	30	38,2	31,6
	mittel	24,1	24,8	22,7	20,9
	schlecht	19,7	20,1	22,7	16,5
Sprache des Herkunftslandes sprechen	sehr gut	32,6	31,5	25,5	42,7
	gut	42,5	43	46,4	38,9
	mittel	19,6	20	21,8	14,6
	schlecht	5,3	5,6	6,4	3,8

efms-Repräsentativbefragung 2000

3.2 Sprachgebrauch

Hinsichtlich des Sprachgebrauchs mit verschiedenen Personen zeigt sich ein deutlicher Unterschied in der Kommunikation mit den Eltern einerseits und mit den Kindern andererseits. Während in Gesprächen mit dem Vater oder der Mutter deren Muttersprache dominiert, nimmt in der Kommunikation mit den eigenen Kindern das Deutsche einen breiten Raum ein. Nur ein knappes Viertel der Befragten, die Kinder haben, gibt an, mit ihnen überwiegend in der Herkunftssprache zu reden. Allerdings liegt dieser Anteil bei Personen, die erst als Schulkind nach Deutschland gekommen sind, mit 30 Prozent wesentlich höher als bei den Befragten, die in Deutschland eingeschult worden sind. Insgesamt wird deutlich, dass Deutsch, das in der Herkunftsfamilie der Befragten nur selten Familiensprache ist, in den von der zweiten Generation gegründeten Familien bereits zu 40,6 Prozent die bevorzugte Sprache ist. Nur knapp ein Viertel der Befragten kommuniziert hier bevorzugt in der Herkunftssprache.

Tabelle III.13: Antworten auf die Frage „Welche Sprache sprechen Sie mit folgenden Personen?“ (in Prozent)

	Mutter	Vater	eigene Kinder
meist Deutsch	12,5	8	40,6
meist die Sprache meiner Eltern	62,5	67,1	24,1
abhängig von der Situation	25,1	24,8	35,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

3.3 Mediennutzung

Im Bereich der kulturellen Integration ist auch die Mediennutzung von hoher Relevanz, da Medien nicht nur Informationen, sondern auch Einstellungen und Werte vermitteln. So wird in der Öffentlichkeit häufig die Befürchtung geäußert, dass sich durch den Konsum von Medien aus dem Herkunftsland der Eltern die Sprachkompetenz bei den Jugendlichen der zweiten Migrantengeneration verringern würde. Auch würden durch die Nutzung von Medien der Herkunftsgesellschaft deren Werte „in die Köpfe der zweiten Generation eingespeist“ und damit Integration erschwert. Dabei wird in aller Regel davon ausgegangen, dass Zuwanderer - auch wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind - vor allem Medien aus dem Herkunftsland konsumieren.

Wie die Ergebnisse der Befragung zeigen, gehen diese Annahmen weitgehend an der Realität vorbei. Denn die Hälfte der Befragten gibt an, ausschließlich deutsche Medien zu konsumieren und ein weiteres Viertel sagt, dass sie meist deutsche Medien benutzen. Lediglich ein sehr geringer Teil entspricht den oben beschriebenen Klischees und bevorzugt Medien in der Herkunftssprache.

Tabelle III.14: Bevorzugte Sprache beim Konsum unterschiedlicher Medien (in Prozent)

	Zeitung	**Fernsehnachrichten**	**Filme**
nur in Deutsch	52,9	53,6	48,3
meist in Deutsch	26	24,4	33,6
meist in der Sprache der Eltern	2,7	3,4	1,8
ungefähr gleich oft in beiden Sprachen	18,4	18,6	16,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

Die Unterschiede im Konsum unterschiedlicher Medien sind relativ gering. Bei den Medien, die in erster Linie der Information dienen, nämlich Zeitungen und Fernsehnachrichten, verteilen sich die Konsumgewohnheiten allerdings weniger gleichmäßig als bei den eher zum Zweck der Unterhaltung konsumierten Filmen. Das deutet darauf hin, dass bezüglich der Informationsmedien eine bewußtere Auswahl stattfindet. Dabei gibt es eine relativ große Gruppe von Zuwanderern, die sich offensichtlich nicht für aktuelle Geschehnisse im Herkunftsland interessiert oder die Berichterstattung in den Medien des Herkunftslandes unangemessen findet und sich deshalb ausschließlich aus deutschen Medien informiert.

3.4 Lebensform

Ein weiterer Indikator der kulturellen Integration ist die Wahl der Lebensform. In Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender Wandel familiärer Lebensformen stattgefunden, der allgemein mit dem Stichwort ‚Individualisierung' umrissen wird. So hat sich das Heiratsalter nach oben verschoben und auch die Familiengründungsphase beginnt wesentlich später als noch vor wenigen Jahrzehnten. Zudem steigt der Anteil derjenigen, die überhaupt nicht heiraten, sondern allein oder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben.

In der Öffentlichkeit wird häufig konstatiert, dass sich dieser soziale Wandel nur in der einheimischen Bevölkerung vollzieht, während Zuwanderer - insbesondere wenn sie aus dem islamischen Kulturkreis kommen - angeblich eine ‚traditionelle' Lebensführung bevorzugen. Doch wie die Ergebnisse unserer Befragung zeigen, gibt es zwar hinsichtlich der Lebensform deutliche Unterschiede zwischen Zuwanderern und Deutschen seit Geburt. Dennoch kann die Lebensform der Zuwanderer keineswegs als ‚traditionell' bezeichnet werden. Denn sie weist deutliche Züge des allgemeinen sozialen Wandels auf, welcher im übrigen auch die Herkunftsländer der meisten Zuwanderer erfasst hat. Einen Hinweis darauf gibt der Familienstand der Befragten in verschiedenen Altersgruppen.

Zwar sind die befragten Zuwanderer insgesamt häufiger verheiratet als Deutsche seit Geburt und insbesondere ab einem Alter von 30 Jahren ist die Ehe bei Zuwanderern die häufigste Lebensform. Dennoch ist in dieser Altersgruppe noch mehr als ein Drittel der Zuwanderer ledig, was eindeutig der Annahme widerspricht, Zuwanderer würden immer noch eine ‚traditionelle' Lebensführung praktizieren. Lediglich im Vergleich zu Deutschen seit Geburt ist bei Zuwanderern ein geringeres Ausmaß an Individualisierung zu verzeichnen. Denn die deutsche Vergleichsgruppe weist auch im Alter zwischen 30 und 40 Jahren immer noch mehr ledige als verheiratete Personen auf.

Außerdem sind bei den befragten Zuwanderern Scheidungen weit weniger verbreitet als bei Deutschen seit Geburt, obwohl sie rein statistisch betrachtet ein höheres Scheidungsrisiko haben, da sie in einem höheren Ausmaß verheiratet sind. Familiäre Bindungen haben also bei Zuwanderern offensichtlich einen höheren Stellenwert als bei Deutschen seit Geburt. Insgesamt aber zeigen die Ergebnisse, dass die Lebensführung von Zuwanderern nicht ‚traditionell' ist, sondern lediglich weniger individualisiert als die der deutschen Vergleichsgruppe.

Tabelle III.15: Familienstand nach Altersgruppen (in Prozent)

		18 - 29 Jahre	30 - 34 Jahre	35 - 40 Jahre
verheiratet	Deutsche seit Geburt	9,8	36,6	41,5
	Zuwanderer	19,4	55,6	60,7
ledig	Deutsche seit Geburt	89,7	56,3	47,9
	Zuwanderer	79,5	41,4	31,1

		18 - 29 Jahre	30 - 34 Jahre	35 - 40 Jahre
geschieden	Deutsche seit Geburt	0,5	7	10,6
	Zuwanderer	0,9	3	4,9
verwitwet	Deutsche seit Geburt	-	-	-
	Zuwanderer	0,2	-	3,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

Der Familienstand und damit im weiteren Sinn auch die Lebensform der Befragten unterscheidet sich zudem nach Geschlecht. Von den 18 bis 29-jährigen zugewanderten Frauen sind 26,1 Prozent verheiratet, von den zugewanderten Männern dagegen nur 12,6 Prozent. Auch bei den Deutschen seit Geburt ist der Verheiratetenanteil in dieser Altersgruppen bei Frauen mit 11,8 Prozent höher als bei Männern (7,4 %). Ähnliche Unterschiede zeigen sich bezüglich der Elternschaft von Frauen und Männern in und zwischen den beiden Vergleichsgruppen.

Tabelle III.16: Elternschaft nach Geschlecht und Altersgruppe (in Prozent)

		18 - 29 Jahre	30 - 34 Jahre	35 - 40 Jahre
Deutsche seit Geburt	Männer	8,5	20,5	36,1
	Frauen	6,4	46,2	53,7
Zuwanderer	Männer	11	45,2	66,7
	Frauen	17,6	55	63,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

3.5 Einstellungen zu interethnischer Eheschließung

Hinweise darauf, wie kulturell nahestehend oder kulturell fremd sich Deutsche und Zuwanderer sind, lassen sich auch daraus ziehen, welche Einstellung sie zu interethnischen Ehen haben und unter welchen Umständen sie sich vorstellen könnten, eine solche Ehe einzugehen. Deshalb interessiert zum einen die generelle Bereitschaft zu einer interethnischen Ehe und zum anderen, ob die Befragten ihre Bereitschaft mit religiösen oder familiären Aspekten verknüpfen oder ob sie in erster Linie individuelle Motive in Rechnung stellen.

In unserer Studie wurde die Frage, unter welchen Bedingungen man eine interethnische Ehe schließen würde, nur an Zuwanderer gerichtet. Da aber in der Shell-Jugendstudie eine ähnliche Fragestellung verwendet wurde, können die dort erhobenen Antworten deutscher Befragter denen der von uns befragten Zuwanderer gegenüber gestellt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Alterstruktur der Befragten aus der Shell-Studie ist die Vergleichbarkeit der Daten zwar eingeschränkt, doch bilden sie dennoch ein gewisses Korrektiv, vor dessen Hintergrund sich die Antworten der Zuwanderer besser interpretieren lassen.

In der folgenden Tabelle sind zunächst die Ergebnisse der Befragung von 15 bis 24-jährigen deutschen Jugendlichen aufgeführt, die in der Shell-Studie ermittelt wurden.[50] Es folgen die Ergebnisse für alle in Frankfurt befragten Zuwanderer.[51] Dann werden die Ergebnisse für muslimische Männer und Frauen getrennt aufgeführt, da es in der muslimischen Gruppe Geschlechtsunterschiede gibt, die in der Gesamtgruppe der Zuwanderer keine Rolle spielen.

Tabelle III.17: Mehrfachantworten auf die Frage, ob man sich vorstellen könne, eine interethnische Ehe einzugehen (in Prozent)

	15-24-jährige Deutsche (Shell-Studie)	**Zuwanderer insgesamt**	**muslimische Männer**	**muslimische Frauen**
Ja, ich könnte mir das vorstellen, wenn:				
sie/ er dieselbe Religion hat wie ich	6,1	12	8,4	16,7
sie/ er meine Religion annimmt	4	6,2	16	13,2
meine Eltern einverstanden sind	14,6	9,5	17,6	14
sie/ er unsere Kinder so erzieht, wie ich mir das vorstelle	20,9	10,4	14,3	7,9
sie/ er mir gefällt	32,8	37,5	42,9	20,2
ihre/ seine Familie mich akzeptiert	25,1	17,4	21,8	14
ich sie/ ihn liebe	54,6	72,8	67,2	46,5
Nein, ich kann mir das eigentlich gar nicht vorstellen	28,4	18,2	22,7	35,1

efms-Repräsentativbefragung 2000

Als wichtigste Bedingung für eine Heirat mit Deutschen wird das individuelle Motiv der Liebe („wenn ich sie/ ihn liebe“) genannt: in der Gesamtgruppe der Zuwanderer von weit über 70 Prozent der Befragten, bei muslimischen Männern von 67,2 Prozent und bei muslimischen Frauen von 46,5 Prozent. Damit zeigen sich zwar große Unterschiede zwischen Zuwanderern unterschiedlicher Herkunft bzw. Religionszugehörigkeit, aber insgesamt kann die in allen Gruppen vergleichsweise häufige Nennung der Antwort „wenn ich sie/ ihn liebe“ als ein Hinweis auf Individualisierung in allen zugewanderten Teilgruppen gewertet werden, zumal die Werte der in der Shell-Jugendstudie befragten deutschen Gruppe auch nur bei 54,6 Prozent liegen. Ähnlich ist die Antwortverteilung zu dem zweiten individuellen Motiv „wenn sie/ er mir gefällt“ zu werten, bei dem eher die erotische Anziehung im Vordergrund steht.

[50] Vgl. Münchmeier (2000:252ff)

[51] Die Fragestellung lautete: „Könnten Sie sich vorstellen, eine deutsche Frau/ einen deutschen Mann zu heiraten?”

Auch hinsichtlich der völligen Ablehnung von interethnischen Ehen zeigen sich deutliche Unterschiede innerhalb der Gruppe der Zuwanderer. Vor allem muslimische Frauen sprechen sich mit 35,1 Prozent sehr häufig dagegen aus. Aber insgesamt ist der Anteil der Ablehnungen in der muslimischen Gruppe nicht höher als bei den jungen Deutschen, die in der Shell-Studie befragt wurden.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bezüglich der Wertigkeit von Religion. Während Deutsche der Religionszugehörigkeit ihrer Partner fast keine Bedeutung zumessen, ist in der muslimischen Gruppe ein deutlich höherer Anteil nur dann zu einer interethnischen Heirat bereit, wenn diese dem Islam angehören oder bereit sind, zum Islam zu konvertieren. Allerdings ist die Gruppe derer, die diese Ansicht vertreten, insgesamt doch eher gering. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, können die Werte zu religiösen Voraussetzungen nicht einfach addiert werden. Vielmehr ist anzunehmen, dass sich das Antwortverhalten zu beiden Fragen überschneidet und es erscheint deshalb wahrscheinlich, dass die Gruppe derjenigen, die auf eine übereinstimmende Religionszugehörigkeit ihres Partners bzw. ihrer Partnerin Wert legen, sich sowohl bei muslimischen Frauen als auch bei muslimischen Männern auf jeweils 16 bis 17 Prozent begrenzt. Der religiöse Faktor hat also auch in dieser Gruppe keinen besonders hohen Stellenwert.

Die übrigen Antwortvorgaben bezogen sich auf familiäre Aspekte: zum einen darauf, für wie wichtig man die Zustimmung der Elterngeneration hält und zum anderen darauf, welchen Stellenwert man der Übereinstimmung in Fragen der Kindererziehung beimisst. Die bezüglich der Erziehungsfrage festzustellenden Geschlechtsunterschiede in der muslimischen Gruppe deuten auf eine geschlechtsspezifische Rollenverteilung in einem Teil der muslimischen Bevölkerung hin: Kindererziehung scheint in dieser Teilgruppe vor allem Frauensache zu sein, so dass weniger Frauen als Männer Wert darauf legen, dass ihr Partner in einer interethnischen Ehe die „Kinder so erzieht, wie ich mir das vorstelle“.

Die Akzeptanz der interethnischen Heirat durch die eigenen Eltern ist muslimischen Befragten deutlich wichtiger als anderen Zuwanderern, was auf eine erhöhte Familienbindung hindeutet. Sie wird allerdings in diesem Zusammenhang nur von einem Siebtel der muslimischen Befragten betont. Dass etwa eben so viele das Akzeptiert-Werden durch die Familie des Partners als Voraussetzung für eine interethnische Ehe nennen, ist wohl vor allem als Ausdruck der Befürchtung zu werten, möglicherweise nicht akzeptiert zu werden. Diese Befürchtung hegen muslimische Männer offensichtlich stärker als muslimische Frauen. Hierfür dürfte in erster Linie das Stereotyp des ‚muslimischen Macho‘ schuld sein, das in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet ist.

4. Soziale Integration

In den Medien wird oft über die „Abschottung“ von Migrantengruppen, die Entstehung „ethnischer Ghettos“ oder über so genannte „Parallelgesellschaften“ diskutiert. Bei diesen Diskussionen wird im allgemeinen angenommen, dass Zuwanderer über mehrere Generationen hinweg weitgehend eigenethnische Kontakte haben.

Damit ist die soziale Dimension des Integrationsprozesses angesprochen, welche sich vor allem auf interethnische private Kontakte mit Deutschen bezieht, insbesondere auf Freundschaften und auf die Wahl des Ehepartners. Deshalb wurde in unserer Studie untersucht, wie sich der engste Freundeskreis der Zuwanderer zusammensetzt und wie viele verheiratete Zuwanderer eine interethnische Ehe geschlossen haben.

4.1 Der engste Freundeskreis

Wir haben danach gefragt, ob die drei besten Freunde aus Deutschland oder aus einem anderen Land stammen. Wie die Ergebnisse zeigen, beschränkt sich der engste Freundeskreis nur bei einem knappen Zehntel der Befragten (9,6 %) auf Personen aus der eigenen Herkunftsgruppe.

Insofern kann man wohl nicht davon sprechen, dass Zuwanderer auch in der zweiten Generation weitgehend eigenethnische Kontakte haben. Zu bedenken ist zudem, dass hier ja nur nach den drei engsten Freunden gefragt wurde. Es kann also durchaus sein, dass auch die 9,6 Prozent, die hier nur Freunde derselben Herkunft aufzählen, in ihrem weiteren Freundeskreis noch Freunde haben, die Deutsche sind oder einer anderen Herkunftsgruppe angehören.

Ein Viertel der befragten Zuwanderer (26 %) hat einen interethnisch zusammengesetzten engeren Freundeskreis, zu dem aber keine Deutschen gehören. Hingegen zählen fast zwei Drittel (64,5 %) mindesten einen Deutschen zu ihren besten Freunden.

Ein Vergleich der Zusammensetzung des Freundeskreises nach verschiedenen Bildungsniveaus zeigt, dass der Anteil von Freundschaften mit Deutschen bei denjenigen, die Abitur oder Fachabitur haben, etwas höher liegt als bei denjenigen mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Dieser Unterschied dürfte insbesondere darauf zurück zu führen sein, dass in Gymnasien und Fachoberschulen der Zuwandereranteil weit geringer ist als in anderen Schulformen.

Tabelle III.18: Der engste Freundeskreis nach Bildungsniveau (in Prozent)

	Zuwanderer insgesamt	**Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen**	**qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife**	**Abitur oder Fachabitur**
nur Deutsche	7,4	8,7	5,1	10,9
Deutsche und andere	57,1	51,9	58,7	56
nur aus der Herkunftsgruppe	9,6	10,6	10,8	8,2
Sonstige	26	28,8	25,3	24,9

efms-Repräsentativbefragung 2000

4.2 Eheschließungen

Ein noch aussagekräftigeres Maß zur Bestimmung der sozialen Integration ist der Anteil der *inter*ethnischen Eheschließungen mit Deutschen. Daneben interessiert aber auch, ob *inner*-ethnische Ehen

- mit in Deutschland aufgewachsenen Personen geschlossen wurden (Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung) oder
- mit Personen, die vor der Heirat im Herkunftsland gelebt haben (transnationale Ehen).

Bezüglich der sozialen Integration können transnationale Ehen als Faktoren angesehen werden, die die transnationalen sozialen Netzwerke zum Herkunftsland stärken, während innerhalb der Migrantenbevölkerung geschlossene Ehen soziale Beziehungen mit in Deutschland lebenden Personen intensivieren.

Ein weiterer Unterschied zwischen Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung und transnationalen Ehen bezieht sich auf die nachfolgende Generation. Denn Kinder, deren Eltern beide zur Migrantenbevölkerung gehören und vermutlich in Deutschland aufgewachsen sind (zweite Migrantengeneration), können der dritten Generation zugerechnet werden. Hingegen sind Kinder, deren Eltern eine transnationale Ehe geschlossen haben, eher als eine neue Zwischengeneration zu bezeichnen, da sie in einem Elternhaus aufwachsen, in dem ein Elternteil noch nicht zur zweiten, sondern zur ersten Generation zählt, weil er/sie als Heiratsmigrant neu eingewandert ist. Man kann davon ausgehen, dass sich die familiäre Situation der nachfolgenden Generation in einigen Punkten unterscheidet, je nachdem, ob ihre Eltern transnational oder innerhalb der Migrantenbevölkerung geheiratet haben. Denn in transnationalen Ehen dürfte der im Zuge der Eheschließung neu zugewanderte Elternteil zunächst einige Defizite bezüglich der strukturellen und kulturellen Integration haben, was sich unter Umständen problematisch auf die Integration der Kinder auswirken könnte.

Um bei innerethnischen Ehen unterscheiden zu können, ob es sich um transnationale Ehen oder um Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung handelt, haben wir untersucht, wann die Ehepartner der Befragten zugewandert sind. In Fällen, in denen die Zuwanderung vor dem Jahr der Eheschließung lag, wurde angenommen, dass es sich um eine innerhalb der Migrantenbevölkerung geschlossene Ehe handelt. Wenn die Zuwanderung später stattgefunden hat, wurde die Ehe als transnational gewertet. Als *inter*ethnisch werden alle Ehen bezeichnet, in denen die Ehepartner unterschiedliche Herkunft[52] haben. Im Regelfall handelt es sich hierbei um Ehen zwischen Zuwanderern und Deutschen seit Geburt.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist die Zahl der interethnischen Ehen relativ hoch. Mehr als ein Drittel der Männer und mehr als ein Viertel der Frauen haben deutsche Ehepartner.

[52] Die Identifikation von interethnischen Ehen bezieht sich auf die nationale Herkunft der Ehepartner, nicht auf ihre Staatsangehörigkeit. Es handelt sich also nicht unbedingt um binationale Ehen. Ein Vergleich von interethnischen und binationalen Ehen zeigt, dass aufgrund der zunehmenden Einbürgerung, die Staatsangehörigkeit der Ehepartner häufig nicht mit ihrer nationalen Herkunft übereinstimmt. In unserer Studie hatten bei 5,5 Prozent der interethnischen Ehen beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit. Daneben gab es auch noch 6,8 Prozent binationale Ehen, bei denen beide Partner dieselbe nationale Herkunft hatten. Es handelte sich also um innerethnische Ehen, bei denen einer der Partner die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hatte. Man kann damit rechnen, dass auf Grund der stark steigenden Zahl von Einbürgerungen in Zukunft binationale und interethnische Ehen immer weniger deckungsgleich sein werden. Als Indikator für soziale Integration von Zuwanderern und einheimischenDeutschen eignet sich aber nur die Entwicklung der interethnischen Ehen.

Tabelle III.19: Art der Eheschließung nach Geschlecht (in Prozent)

	Männer	Frauen
interethnische Ehen	34,5	26,8
Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung	34,5	44,1
transnationale Ehen	31	29,1

efms-Repräsentativbefragung 2000

Dass interethnische Ehen bei Männern weiter verbreitet sind als bei Frauen, hat vermutlich zwei Ursachen. Der erste Grund ist darin zu sehen, dass es in der zweiten Migrantengeneration in Frankfurt - wie auch in ganz Deutschland - mehr Männer als Frauen gibt.[53] Männliche Zuwanderer haben daher größere Probleme als weibliche, innerhalb der Migrantenbevölkerung Ehepartner zu finden und sind daher stärker geneigt, interethnische Ehen zu schließen.

Die zweite Ursache dürfte in unterschiedlichen Einstellungen zu interethnischen Ehen zu sehen sein. So gaben 17,2 Prozent der männlichen und 19,2 Prozent der weiblichen Zuwanderer an, dass sie sich nicht vorstellen könnten, Deutsche zu heiraten. Bei den muslimischen Befragten sind die Unterschiede weit größer: hier sagten 22,7 Prozent der Männer, aber 35,1 Prozent der Frauen, dass eine Ehe mit Deutschen für sie nicht in Frage komme.

Der Anteil interethnischer Ehen steigt mit dem Bildungsniveau und mit der Sozialisationsdauer in Deutschland. Auch die Verteilung im Bereich der innerethnischen Ehen hängt mit diesen Faktoren zusammen. Je höher das Bildungsniveau, um so größer der Anteil der interethnischen, und um so geringer der Anteil der transnationalen Ehen.

Tabelle III.20: Art der Eheschließung nach Bildungsniveau (in Prozent)

	Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife	Abitur oder Fachabitur
interethnische Ehen	26,7	29,7	39,2
Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung	40	42,6	45,1
transnationale Ehen	33,3	27,7	15,7

efms-Repräsentativbefragung 2000

[53] In den drei Frankfurter Untersuchungsgebieten, in denen die Befragung durchgeführt wurde, waren von allen Zuwanderern, denen der Fragebogen zugesandt wurde (d.h. von allen 18 bis 40jährigen, die entweder in Frankfurt geboren sind oder vor Vollendung des elften Lebensjahres zugewandert sind) 55 Prozent Männer und 45 Prozent Frauen.

Die Dauer der Sozialisation in Deutschland hat einen ähnlichen Einfluß: In Deutschland geborene Zuwanderer sind im Vergleich mit Zuwanderern, die erst als Schulkind nach Deutschland gekommen sind, zweieinhalb mal so oft mit Deutschen verheiratet, aber nur halb so oft mit einer Person, die im Herkunftsland aufgewachsen ist.

Tabelle III.21: Art der Eheschließung nach Sozialisationsdauer in Deutschland (in Prozent)

	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
interethnische Ehen	37,4	26,7	14,9
Ehen innerhalb der Migrantenbevölkerung	41,4	40	44,8
transnationale Ehen	21,2	33,3	40,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

5. Identifikatorische Integration

Identifikatorische Integration bezieht sich auf Gefühle der Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft und damit zum Aufnahmeland Deutschland und zum kommunalen Kontext der Stadt, in der man lebt. Fühlen sich Zuwanderer der zweiten Generation als Frankfurterinnen und Frankfurter? Betrachten sie sich als Deutsche? Und inwiefern sehen sie sich als Angehörige des Herkunftslandes ihrer Eltern?

5.1 Zugehörigkeitsgefühle

Die Ergebnisse sind eindeutig: Frankfurt löst bei seinen zugewanderten Einwohnern der zweiten Generation die stärksten Gefühle der Zugehörigkeit aus. Fast zwei Drittel (63,3 %) sagen, dass sie sich stark oder sehr stark als Frankfurter fühlen. Knapp die Hälfte (49,8 %) betrachtet sich - zum Teil gleichzeitig - als Angehörige des Herkunftslandes der Eltern, aber nicht einmal ein Fünftel (18,1 %) gibt an, sich als Deutsche zu fühlen. Einem Viertel der Befragten (25 %) ist das Gefühl, Deutsche zu sein, sogar völlig fremd. Hiermit kann festgehalten werden, dass die Zugehörigkeitsgefühle zur Aufnahmegesellschaft sich in erster Linie auf den lokalen, und nur in relativ wenigen Fällen auf den nationalen Kontext beziehen.

Tabelle III.22: Antwortverteilung auf die Frage „Wie sehr fühlen Sie sich als...?“ (in Prozent)

	Frankfurter/in	Deutsche/r	Angehörige/r des Herkunftslandes der Eltern
sehr stark	30,7	5,5	24,9
stark	32,5	12,6	24,9
mittel	12,4	23,2	25,8
wenig	3,4	15,1	11,4
gar nicht	3	25	3,8
dazu mache ich mir keine Gedanken	17,9	18,5	9,2

efms-Repräsentativbefragung 2000

Im folgenden soll nun analysiert werden, inwiefern die Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft von der Dauer der Sozialisation in Deutschland abhängt. Dazu wird untersucht, inwiefern eine hohe oder geringe Identifikation mit Frankfurt, Deutschland oder dem Herkunftsland unterschiedlich ausgeprägt ist, je nachdem, ob jemand in Deutschland geboren ist oder erst im Kleinkind- oder Schulkindalter hierher gekommen sind. Dabei werden als ‚hohe Identifikation‘ die Antwortangaben „sehr stark“ und „stark“ gewertet, als ‚geringe Identifikation‘ die Angaben „wenig“ und „gar nicht“.

Tabelle III.23: Zugehörigkeitsgefühle nach Sozialisationsdauer in Deutschland (Mehrfachantworten in Prozent)

	in Deutschland geboren	als Kleinkind zugezogen	als Schulkind zugezogen
Hohe Identifikation als ...			
Frankfurter/in	66,6	64,3	51
Deutsche/r	18,7	24,3	13,2
Angehörige/r des Herkunftslandes der Eltern	53,7	38,7	46,1
Geringe Identifikation als ...			
Frankfurter/in	5,5	6,3	10,3
Deutsche/r	40,3	34,2	43
Angehörige/r des Herkunftslandes der Eltern	14,5	19,8	13,6

efms-Repräsentativbefragung 2000

Der Zusammenhang zwischen Gefühlen der Zugehörigkeit zur Aufnahmegesellschaft und der Dauer der Sozialisation in Deutschland ist eindeutig. So identifizieren sich nur die Hälfte (51 %) derjenigen, die erst als Schulkind zugezogen sind, aber zwei Drittel (66,6 %) der in Deutschland Geborenen stark oder sehr stark mit Frankfurt. Auch die Identifikation als Deutsche ist bei den hier Geborenen oder bereits im Kleinkindalter Zugezogenen deutlich höher.

Bezüglich der Identifikation mit dem Herkunftsland ist der Ursachenzusammenhang offensichtlich komplexer. Jedenfalls scheint nicht primär die Dauer der Sozialisation im Herkunftsland ausschlaggebend zu sein. Denn der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark als Angehörige des Herkunftslandes fühlen, ist bei in Deutschland Geborenen höher als bei denjenigen, die als Schulkind zugezogen sind.

Die Unterscheidung nach Bildungsniveaus liefert hier folgende Ergebnisse: Zuwanderer mit niedrigem Bildungsniveau äußern eine wesentlich schwächere Identifikation mit dem Herkunftsland als Zuwanderer mit Abitur oder Fachabitur, die gleichzeitig auch die höchste Identifikation als Frankfurter oder Deutsche angeben.

Tabelle III.24: Zugehörigkeitsgefühle nach Bildungsniveau (Mehrfachantworten in Prozent)

	Hauptschulabschluss oder Schule ohne Abschluss verlassen	**qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife**	**Abitur oder Fachabitur**	**Sonstiges**
Hohe Identifikation als ...				
Frankfurter/in	56	65,2	65,4	58,8
Deutsche/r	17,2	18,2	19,1	19,1
Angehörige/r des Herkunftslandes der Eltern	41,3	49,2	52,2	54,3
Geringe Identifikation als ...				
Frankfurter/in	2,4	7,6	6,3	11,8
Deutsche/r	35,3	37,4	43,8	41,2
Angehörige/r des Herkunftslandes der Eltern	21,5	14,1	15,6	14,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

5.2 Benachteiligung und rassistische Erfahrungen

Man kann davon ausgehen, dass ethnisierende Zuschreibungen durch Deutsche und Ausschlusserfahrungen in der deutschen Aufnahmegesellschaft die Identifikation mit Deutschland und mit dem Herkunftsland beeinflussen. Deshalb wurden die Zuwanderer dezidiert nach Benachteiligungen gefragt, die sie persönlich in Frankfurt aufgrund ihrer ausländischen Herkunft oder wegen ihrer Hautfarbe erlebt haben. Außerdem wurde danach gefragt, ob sie wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe offen beschimpft oder gar körperlich angegriffen worden sind.

Tabelle III.25: Persönliche Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen in Frankfurt (in Prozent)

	Benachteiligung	Beschimpfung	körperlicher Angriff
nie	45,1	63,9	90
selten	24,5	23,6	6,6
manchmal	22,8	10,5	3
oft	7,6	2	0,4

efms-Repräsentativbefragung 2000

Die wohl stärkste Form von Diskriminierung sind körperliche Angriffe. 90 Prozent der Befragten berichten, dass sie noch nie wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe angegriffen wurden. 6,6 Prozent haben dies selten erlebt, 3 Prozent manchmal.

Mildere Formen diskriminierender Behandlung hat ein weit größerer Teil der Befragten bereits erlebt. Von allgemeiner Benachteiligung fühlt sich mehr als die Hälfte (54,9 %) betroffen und offene Beschimpfungen mußte immerhin mehr als ein Drittel (36,1 %) schon über sich ergehen lassen.

Die folgende Tabelle listet auf, in welchen Institutionen oder Situationen die Befragten Benachteiligung erfahren haben. Die Unterscheidung nach Geschlecht zeigt darüber hinaus, dass die Erfahrung von Seiten der Polizei diskriminiert zu werden, in erster Linie Männer trifft. Auch das Problem, am Besuch von Diskotheken gehindert zu werden, ist eindeutig männerspezifisch. Diese beiden Formen der Benachteiligung werden von männlichen Zuwanderern am häufigsten genannt. Frauen fühlen sich dagegen in erster Linie bei Behördengängen und bei der Suche nach einer Wohnung benachteiligt. Auf Platz drei folgen Diskriminierungserfahrungen in der Schule.

Tabelle III.26: Institutionen und Situationen, in denen Benachteiligung erlebt wurde (Mehrfachantworten in Prozent)

	Zuwanderer insgesamt	Männer	Frauen
Behörde	37,5	37,2	37,7
Polizei	34,8	50,8	14,1
Suche nach einer Wohnung	33,5	30,8	37,7
Schule	32,4	28,8	37,2
Arbeitsplatz	31,5	36,4	25,1
in öffentlichen Verkehrsmitteln	30,1	26,8	34
Suche nach einer Arbeitsstelle	28,8	31,6	26,2
Diskothek	26,6	43,6	5,2
Sonstiges	22,8	22,8	23,6

efms-Repräsentativbefragung 2000

Von Benachteiligung, Beschimpfungen und rassistisch motivierter Gewalt sind die einzelnen Zuwanderergruppen in sehr unterschiedlichem Ausmaß betroffen. Das zeigt eine Gegenüberstellung der Antwortverteilung der beiden größten Herkunftsgruppen. Während Befragte, die aus einem Land des (ehemaligen) Jugoslawien stammen, unterdurchschnittlich häufig Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen angeben, liegen die Werte der türkischen Befragten weit über dem Durchschnitt. In der türkischen Gruppe fühlt sich jeder achte „oft benachteiligt“ und jeder achtzehnte gibt an, „oft beschimpft“ zu werden.

Tabelle III.27: Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen verschiedener Herkunftsgruppen (in Prozent)

	Herkunftsland	Benachteiligung	Beschimpfung	körperlicher Angriff
nie	(Ex-) Jugoslawien	50,9	77,7	93,8
	Türkei	30	48	82,5
selten	(Ex-) Jugoslawien	28,8	16,1	4
	Türkei	24,5	27	10
manchmal	(Ex-) Jugoslawien	14,6	5,8	2,2
	Türkei	33,5	19,5	6,5
oft	(Ex-) Jugoslawien	5,8	0,4	-
	Türkei	12	5,5	1

efms-Repräsentativbefragung 2000

In engem Zusammenhang mit der Frage, wie sich Zuwanderer mit der Aufnahmegesellschaft identifizieren, ist auch die Einstellung zu sehen, die die deutsche Bevölkerung zu der jeweiligen Migrantengruppe hat. Wir haben deshalb Deutsche seit Geburt danach gefragt, wie angenehm ihnen Personen aus verschiedenen Zuwanderergruppen als Nachbarn wären, bzw. wie angenehm es ihnen wäre, wenn jemand aus diesen Gruppen in ihre Familie einheiraten würde. Rund zwei Drittel der Befragten lehnten es ab, sich über die ethnische Herkunft potentieller Nachbarn oder Familienmitglieder positiv oder negativ zu äußern. Sie gaben entweder an, dass es ihnen „weder angenehm noch unangenehm“ wäre oder sie sagten, dass es „von der Person abhänge“. Die folgende Liste zeigt das Ergebnis der Werturteile der übrigen Befragten. Links finden sich die positiven Bewertungen („angenehm“ oder „sehr angenehm“), rechts die negativen Bewertungen („unangenehm“ oder „sehr unangenehm“).

Tabelle III.28: Bewertung der Nachbarschaft bzw. Einheirat verschiedener Personengruppen durch Deutsche seit Geburt (in Prozent)

	positive Bewertung		**negative Bewertung**	
	als Nachbarn	**als eingeheiratetes Familienmitglied**	**als Nachbarn**	**als eingeheiratetes Familienmitglied**
Italiener	36,6	24,1	2,3	4,1
Deutschstämmige	15,7	11,6	11,5	13,1
Jugoslawen	13,4	10,2	15,5	18,5
Türken	13,5	6,4	18,7	26,6
Marokkaner	8,8	6	27	30,5
Asylbewerber	6	5,2	29,3	32

efms-Repräsentativbefragung 2000

Hier zeigt sich deutlich, dass Italiener mit Abstand weit positiver beurteilt werden als die anderen Zuwanderergruppen, während Marokkaner gemeinsam mit der Sammelkategorie „Asylbewerber“ wesentlich negativer beurteilt werden. Deutschstämmige Aussiedler und Personen aus dem (ehemaligen) Jugoslawien rangieren in der Mitte, während die Positionierung der türkischen Gruppe kontextabhängig ist: als Nachbarn werden sie ähnlich bewertet wie die jugoslawische Gruppe, als einheiratendes Familienmitglied hingegen erhalten sie Werte, die mit denen der marokkanischen Gruppe vergleichbar sind.

6. Stand der Integration der zweiten Migrantengeneration

Um den Stand der Integration in der zweiten Migrantengeneration zu evaluieren und damit Unterschiede zur Integration zur ersten Generation aufzuzeigen, wurde in drei Frankfurter Stadtteilen eine postalische Befragung von 18 bis 40jährigen Stadtteilbewohnern (Zuwanderer und Deutsche) durchgeführt, die entweder in Deutschland geboren sind oder mindestens seit Beginn ihres 12. Lebensjahres in Frankfurt leben. Bezüglich der Zuwanderer handelt es sich also um eine Befragung von so genannten Bildungsinländern. Die Befragung hat folgende Ergebnisse bezüglich der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration erbracht.

Strukturelle Integration

- Im Bereich der **schulischen Bildung** haben insbesondere in Deutschland geborene Zuwanderer hohe Bildungserfolge zu verzeichnen. 38,6 Prozent haben ein hohes Bildungsniveau (Abitur oder Fachabitur) und 41,6 Prozent ein mittleres (qualifizierender Hauptschulabschluss oder Mittlere Reife). In der deutschen Vergleichsgruppe liegen die Werte bei 44,4 bzw. 36,3 Prozent. Das zeigt, dass Zuwanderer bei gleichen **Bildungschancen** tendenziell gleiche **Bildungserfolge** aufweisen wie Deutsche.
- Die Bildungserfolge der befragten Zuwanderer sind zudem geschlechtsspezifisch verteilt. **Frauen** weisen etwas größere Bildungserfolge auf. Denn 36 Prozent der weiblichen, aber nur 33 Prozent der männlichen befragten Zuwanderer haben Abitur oder Fachabitur. Über mittlere Bildungsabschlüsse (Qualifizierender Hauptschulabschluss bzw. Mittlere Reife) verfügen 42 Prozent der weiblichen und 38 Prozent der männlichen Zuwanderer.
- Das Bildungsniveau hängt ferner davon ab, ob ein **Kindergarten** besucht wurde. Bei in Deutschland geborenen Zuwanderern, die einen Kindergarten besucht haben, ist der Abiturientenanteil (Abitur oder Fachabitur) mit 39 Prozent fast ein Drittel höher als bei denen, die keinen Kindergarten besucht haben (29 %). Umgekehrt verzeichnen die in Deutschland geborenen Zuwanderer, die keinen Kindergarten besucht haben, einen höheren Prozentsatz von Personen mit niedrigem Bildungsniveau. Von ihnen haben über 15 Prozent ein niedriges Bildungsniveau. Bei denen, die einen Kindergarten besucht haben, liegt der Anteil bei knapp 11 Prozent.
- Besonders häufig sind niedrige Bildungsabschlüsse bei Zuwanderern, die als Schulkind nach Deutschland zugezogen sind. Die so genannten **Seiteneinsteiger** haben zu 27 Prozent ein niedriges Bildungsniveau, die in Deutschland geborenen Zuwanderer nur zu 11 Prozent.
- Ein niedriges Bildungsniveau ist zudem bei **Männern** deutlich häufiger als bei Frauen; und zwar nicht nur bei den befragten Zuwanderern (Männer 19 %; Frauen 13 %), sondern auch bei der deutschen Vergleichsgruppe (Männer 18 %; Frauen 12 %).
- Im Bereich der **beruflichen Bildung** zeigen sich ebenfalls große Gemeinsamkeiten zwischen den befragten Zuwanderern und der deutschen Vergleichsgruppe. 48 Prozent der Zuwanderer und 47 Prozent der Deutschen haben eine betriebliche oder schulische Ausbildung abge-

schlossen. Allerdings weisen Zuwanderer etwas weniger Studienabschlüsse auf als die deutsche Vergleichsgruppe (10 % bzw.12 %). Bei den Deutschen gibt es zudem unter denjenigen Befragten, die (noch) keinen Berufsabschluss haben, wesentlich mehr Abiturienten als unter den Zuwanderern ohne Berufsabschluss. Insofern zeigt sich, dass die **Integration** der zweiten Zuwanderergeneration im Bereich der beruflichen Bildung zwar schon sehr weit fortgeschritten ist, aber auch noch **einige Defizite** aufweist.

- Bezüglich der **beruflichen Position (**Arbeiter oder Angestellte), zeigen sich deutliche **geschlechtsspezifische Differenzen**, die unter den befragten Zuwanderern weitaus stärker ausgeprägt sind als in der deutschen Vergleichsgruppe. So sind zugewanderte Männer fünf mal häufiger Arbeiter (20,5 %) als zugewanderte Frauen (4,4 %). Bei Deutschen seit Geburt ist der männliche Arbeiteranteil (7,4 %) hingegen nur doppelt hoch wie der weibliche (3,6 %).
- Den weiblichen Zuwanderern der zweiten Generation ist die **Integration ins Angestelltenmilieu** gelungen. Ihr Angestelltenanteil ist mit 43,5 Prozent ebenso hoch wie der der deutschen Vergleichsgruppe (43,6 %). Dagegen liegen die männlichen Zuwanderer mit einem Angestelltenanteil von 29,5 Prozent weit hinter deutschen Männern zurück (39,4 %). Die Geschlechtsunterschiede in der Gruppe der Zuwanderer resultieren in erster Linie aus den weitaus größeren Bildungserfolgen der weiblichen Befragten, die - wie oben gezeigt wurde - deutlich bessere Schulabschlüsse aufweisen.
- Was die **rechtliche Integration** betrifft, so haben nahezu alle befragten Zuwanderer einen Aufenthaltsstatus, der ihnen einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland sichert. Zudem ist ein relativ hoher Teil eingebürgert, wobei die aus Marokko stammenden Befragten mit 35,5 Prozent eine besonders hohe Einbürgerungsdichte aufweisen. In der Gruppe der türkischen Befragten ist der Anteil der Eingebürgerten mit 7,9 Prozent ebenfalls relativ hoch. Hinzu kommt, dass 81,3 Prozent der türkischen Befragten angeben, demnächst die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen zu wollen.

Alles in allem zeigen die Ergebnisse der Befragung von Bildungsinländern in drei Frankfurter Stadtteilen, dass die **strukturelle Integration** der zweiten Generation **weitgehend gelungen** ist. Denn die Bildungsunterschiede zu einheimischen Deutschen und die Unterschiede in der beruflichen Stellung sind relativ gering. Außerdem ist die Einbürgerungsquote der Zuwanderer relativ hoch und auch diejenigen Zuwanderer, die noch nicht eingebürgert sind, zeigen ein hohes Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit.

Kulturelle Integration

- Im Bereich der kulturellen Integration lässt sich ebenfalls eine deutliche Integration in die deutsche Gesellschaft erkennen. Das gilt für den sprachlichen Bereich ebenso wie für den Bereich der familiären Lebensführung. So zeigt sich, dass die **sprachliche Integration** der zweiten Generation im Deutschen **weit vorangeschritten** ist, allerdings stärker im verbalen als im schriftsprachlichen Bereich. In ersterem stufen 81 Prozent und in letzterem 65 Prozent ihre Deutschkenntnisse als „sehr gut ein.
- Hinsichtlich des alltäglichen Sprachgebrauchs mit verschiedenen Personen zeigt sich ein deutlicher Unterschied in der Kommunikation mit den Eltern einerseits und mit den eigenen Kindern andererseits. Insgesamt wird deutlich, dass **Deutsch** in den von der zweiten Generation gegründeten Familien bereits zu 41 Prozent die bevorzugte **Familiensprache** ist. Nur knapp ein Viertel (24 %) der Befragten gibt an, mit den eigenen Kindern bevorzugt in der Herkunftssprache zu kommunizieren.
- Oft wird angenommen, dass Zuwanderer - auch wenn sie in Deutschland aufgewachsen sind - vor allem Medien aus dem Herkunftsland konsumieren. Wie die Ergebnisse der Befragung zeigen, gehen diese Annahmen weitgehend an der Realität vorbei: die Hälfte der Zuwanderer gibt an, ausschließlich **deutsche Medien** zu konsumieren und ein weiteres Viertel sagt, dass sie meist deutsche Medien benutzen.
- Ein weiterer Indikator der kulturellen Integration ist die familiäre Lebensform. Hier hat in den letzten Jahrzehnten ein tiefgreifender **sozialer Wandel** stattgefunden, an dem unseren Befragungsergebnissen zufolge auch die zweite Migrantengeneration partizipiert. Einen Hinweis darauf gibt der **Familienstand** der Befragten in verschiedenen Altersgruppen. Zwar sind die befragten Zuwanderer insgesamt häufiger verheiratet als die deutsche Vergleichsgruppe und insbesondere ab einem Alter von 30 Jahren ist die Ehe bei Zuwanderern die häufigste Lebensform. Dennoch ist in dieser Altersgruppe noch mehr als ein Drittel der Zuwanderer ledig, was eindeutig der weit verbreiteten Annahme widerspricht, Zuwanderer würden immer noch eine ‚traditionelle' Lebensführung praktizieren.
- Allerdings sind bei den befragten Zuwanderern **Scheidungen** weit weniger verbreitet als in der deutschen Vergleichsgruppe, obwohl sie rein statistisch betrachtet ein höheres Scheidungsrisiko haben, da sie häufiger verheiratet sind. Offensichtlich haben also familiäre Bindungen bei Zuwanderern einen höheren Stellenwert. Doch insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die Lebensführung von Zuwanderern nicht ‚traditionell' ist, sondern lediglich weniger individualisiert als die der deutschen Vergleichsgruppe.
- Hinweise darauf, wie kulturell nahestehend oder kulturell fremd sich Deutsche und Zuwanderer sind, lassen sich auch daraus ziehen, welche **Einstellung** sie **zu interethnischen Ehen** haben, bzw. unter welchen Umständen sie sich vorstellen könnten, eine solche Ehe einzugehen. 73 Prozent der befragten Zuwanderer nennen das individuelle Motiv der Liebe („wenn ich sie/ ihn liebe") als Voraussetzung für eine interethnische Ehe. Andere Faktoren werden weit seltener genannt. Selbst bei muslimischen Befragten, gibt nur jeder sechste an,

dass die Zugehörigkeit zum Islam ausschlaggebend wäre. Der religiöse Faktor hat also auch in dieser Gruppe bei der Ehepartnerwahl keinen besonders hohen Stellenwert.

Zusammenfassend lässt sich nicht nur für den sprachlichen Bereich, sondern auch für den der familiären Lebensführung ein **hoher Grad kultureller Integration** konstatieren.

Soziale Integration

- Wie weit die soziale Integration im Bereich der interethnischen Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen fortgeschritten ist, lässt sich daran erkennen, wie verbreiet **interethnische Freundschaften** sind, und wie häufig interethnische Ehen geschlossen werden. In den Medien wird häufig über die „Abschottung" von Migrantengruppen und die Entstehung „ethnischer Ghettos" diskutiert. Oft wird angenommen, dass auch Zuwanderer der zweiten Generation weitgehend eigenethnische Kontakte haben. Wie die Befragungsergebnisse zeigen, zählen fast zwei Drittel (64,5 %) mindestens einen Deutschen zu ihren besten Freunden und nur bei einem knappen Zehntel (9,6 %) beschränkt sich der engste Freundeskreis auf Personen aus der eigenen Herkunftsgruppe.
- Auch die Zahl der **interethnischen Ehen** ist in der zweiten Migrantengeneration relativ hoch. Mehr als ein Drittel der männlichen Zuwanderer (34,5 %)und mehr als ein Viertel der weiblichen (26,8 %) sind mit Deutschen verheiratet. Dass interethnische Ehen bei Männern weiter verbreitet sind als bei Frauen, hat vor allem zwei Ursachen. Erstens gibt es in der zweiten Migrantengeneration mehr Männer als Frauen. Männliche Zuwanderer haben daher größere Probleme als weibliche, innerhalb der Migrantenbevölkerung Ehepartner zu finden und sind daher stärker geneigt, interethnische Ehen zu schließen. Die zweite Ursache ist in unterschiedlichen Einstellungen zu interethnischen Ehen zu sehen. So gaben beispielsweise bei den muslimischen Befragten 23 Prozent der Männer, aber 35 Prozent der Frauen an, dass eine Ehe mit Deutschen für sie nicht in Frage komme.
- Der Anteil interethnischer Ehen steigt mit dem **Bildungsniveau** und mit der **Sozialisationsdauer** in Deutschland. 39 Prozent der Zuwanderer mit Abitur oder Fachabitur haben deutsche Ehepartner, aber nur 27 Prozent derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben oder nur einen Hauptschulabschluss besitzen. Und in Deutschland geborene Zuwanderer sind zu 37 Prozent mit Deutschen verheiratet, Zuwanderer, die erst als Schulkind nach Deutschland gekommen sind, dagegen nur zu 15 Prozent.

Insgesamt weisen die Ergebnisse der Befragung in drei Frankfurter Stadtteilen darauf hin, dass ein hoher Anteil der zweiten Migrantengeneration enge private Beziehungen zu Deutschen aufweist. Das ist als weitgehend **gelungene soziale Integration** zu werten. Von einem Rückzug in die ethnische Herkunftsgruppe kann jedenfalls keine Rede sein.

Identifikatorische Integration

- Da ethnisierende Zuschreibungen durch Deutsche und Ausschlusserfahrungen in der deutschen Aufnahmegesellschaft die Identifikation mit Deutschland beeinflussen, wurden die Zuwanderer nach **Benachteiligungen** gefragt, die sie persönlich in Frankfurt aufgrund ihrer ausländischen Herkunft oder wegen ihrer Hautfarbe erlebt haben. Außerdem wurde danach gefragt, ob sie wegen ihrer Herkunft oder Hautfarbe offen beschimpft oder gar körperlich angegriffen worden sind. Letzteres haben 90 Prozent der Befragten verneint.
- Die Mehrheit der Befragten fühlt sich mit der deutschen Aufnahmegesellschaft verbunden. Die stärksten **Gefühle der Zugehörigkeit** beziehen sich bei den befragten Zuwanderern eindeutig auf **Frankfurt**. Fast zwei Drittel (63,3 %) fühlen sich stark oder sehr stark als Frankfurter. Knapp die Hälfte (49,8 %) betrachtet sich - zum Teil gleichzeitig - als Angehörige des Herkunftslandes der Eltern, aber nicht einmal ein Fünftel (18,1 %) gibt an, sich als Deutsche zu fühlen. Dabei gibt es einen Zusammenhang mit der Dauer der Sozialisation in Deutschland. Denn nur die Hälfte (51 %) derjenigen, die erst als Schulkind zugezogen sind, aber zwei Drittel (66,6 %) der in Deutschland Geborenen identifizieren sich stark oder sehr stark mit Frankfurt.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Zugehörigkeitsgefühle zur Aufnahmegesellschaft relativ hoch sind, sich aber in erster Linie auf den lokalen, und nur in relativ wenigen Fällen auf den nationalen Kontext beziehen. Im Vergleich zu den anderen Bereichen der Integration, ist die **identifikatorische Integration schwächer ausgeprägt**

Alles in allem sind bei den befragten Bildungsinländern nur noch relativ **geringe Unterschiede** zur deutschen Vergleichsgruppe festzustellen. Sie sind jedenfalls weit geringer als die Unterschiede bei der oben präsentierten sekundäranalytischen Auswertung der amtlichen Statistiken, bei der ausländische und deutscher Staatsangehörige verglichen werden. Das unterstreicht die **Notwendigkeit**, die Integration von Zuwanderern nicht entlang nationaler, sondern entlang **sozialer Unterscheidungskategorien** (wie Geschlecht, Migrantengeneration, Bildungsniveau und Sozialisationsdauer in Deutschland) zu evaluieren. Nur so lassen sich Integrationserfolge und Integrationsdefizite differenziert analysieren.

Teil IV: Zusammenleben in drei Frankfurter Stadtteilen: Ergebnisse einer Stadtteilstudie

Von der Annahme ausgehend, dass die Integration von Zuwanderern und Deutschen in erster Linie im Wohnbereich stattfindet, bestand ein Teil des Untersuchungsauftrags darin, den Integrationsprozess in drei ausgewählten Frankfurter Stadtteilen beispielhaft zu evaluieren. Die Wahl fiel auf drei Gebiete, die sich in vielerlei Hinsicht voneinander unterscheiden:[54] auf das industriell geprägte traditionelle Arbeiterquartier Gallusviertel, wo fast die Hälfte der Einwohner einen ausländischen Pass hat (1), auf den in statistischer Hinsicht oft als durchschnittlich bezeichneten Ortsteil Bornheim (2) mit seiner multikulturellen Freizeit- und Wohnatmosphäre in Zentrumsnähe und schließlich auf ein im Norden der Stadt gelegenes Wohngebiet, das die Ortsteile Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (3) umfasst, und sich durch alte Dorfkerne auszeichnet, in deren Umgebung zahlreiche Wohnsiedlungen errichtet wurden.

Die Aufgabe der Stadtteilstudie bestand darin, Integrationsprozesse in kleinräumigen Kontexten zu untersuchen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommune abzuleiten. Um sicherzugehen, dass alle wesentlichen Handlungsaspekte in die Analyse eingehen, kam ein vielfältiges Methodenrepertoire zur Anwendung. Es kombiniert quantitative und qualitative Herangehensweisen und verknüpft Längsschnittbetrachtungen mit vertiefenden Momentanalysen. Dabei wurden Deutsche ebenso befragt wie Zuwanderer.

Im folgenden werden die Ergebnisse dieser Frankfurter Stadtteilstudie präsentiert. Die Studie beginnt mit einer kurzen Darstellung der Integrationspotentiale von Stadtteilen. Dann folgt eine Vorstellung der drei Untersuchungsgebiete: ihre historische Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, die gegenwärtige Situation und geplante Neubauprojekte sowie ein Überblick über die Entwicklung einiger Wohnsiedlungen. Schließlich wird eine vergleichende Analyse statistischer Daten vorgenommen, die den unterschiedlichen Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in den drei Untersuchungsgebieten verdeutlicht und ihre Sozialstruktur darstellt.

Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse ist in zwei Teile gegliedert. Zunächst werden die stadtteilbezogenen Ergebnisse der schriftlichen Befragung von 18 bis 40-jährigen Stadtteilbewohner/innen deutscher und ausländischer Herkunft in quantitativer und anschließend in qualitativer Hinsicht analysiert. Der zweite Teil basiert auf mündlichen Interviews mit Akteuren und Bewohnern der untersuchten Ortsteile. Dabei werden zuerst die Ergebnisse der Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen präsentiert, und anschließend die Resultate der Befragung von Stadtteilbewohner/innen und im Stadtteil tätigen Akteuren geschildert. Beide Darstellungen sind nach Ortsteilen gegliedert und enthalten jeweils ortsteilspezifische Handlungsempfehlungen der Interviewpartner/innen.

Abschließend werden die Ergebnisse der unterschiedlichen Erhebungen zusammengefasst.

[54] Zur Auswahl der Untersuchungsgebiete siehe die Ausführungen zum Untersuchungsdesign der repräsentativen Befragung.

1. Integration in Stadtteilen

Die Fähigkeit von Stadtteilen, Bewohner unterschiedlicher ethnischer Herkunft zu integrieren, hängt von ihrer spezifischen historischen Entwicklung und der daraus resultierenden Wohnbebauung und Raumstruktur ab. Darüber hinaus wird das Integrationspotential von Stadtteilen durch ihre geographische Lage und ihre Anbindung an das Zentrum beeinflusst. Auch die Position, die ein Stadtteil im Verhältnis zur Gesamtstadt einnimmt, wirkt sich darauf aus, welche Ressourcen und Defizite, aber auch welche Problemlösungsstrategien sich bezüglich der Integration von Bewohnern unterschiedlicher Herkunft herausbilden.

Wenn man die Wohnverhältnisse von Zuwanderern in deutschen Großstädten untersucht, trifft man auf ein heterogenes Bild von Wohngebieten, in denen sich Zuwanderer in unterschiedlichen Phasen, aus unterschiedlichen Gründen und mit jeweils unterschiedlicher Herkunft verstärkt niedergelassen haben. Diese Heterogenität ist auch in Frankfurt am Main sehr ausgeprägt.

Zunächst einmal gibt es sanierungsbedürftige Altbauquartiere im Bereich der Innenstadt, die einen sehr hohen Ausländeranteil aufweisen, wie z.B. das Bahnhofsviertel. Die deutsche Bevölkerung hat solche Viertel weitgehend verlassen und bildet nur mehr eine Minderheit der Bewohnerschaft, die zudem durch einen außergewöhnlich hohen Männeranteil geprägt ist.

Ein zweiter Typus von Wohngebieten mit überdurchschnittlich hohem Zuwandereranteil wird in Frankfurt durch das Gallusviertel repräsentiert. Hierbei handelt es sich um traditionelle Arbeiterviertel, die während der Industrialisierungsphase in unmittelbarer Nähe zu Großbetrieben entstanden sind. Obwohl deren Produktion mittlerweile meist eingestellt ist, tragen diese Wohngebiete auch heute noch charakteristische Züge eines Arbeiterviertels. Dort leben viele ältere Zuwanderer aus früheren Anwerbestaaten, die sich typischerweise in Reichweite der Arbeitsstätten niedergelassen haben, in denen sie seit den 60er Jahren als sogenannte Gastarbeiter tätig waren. Da viele von ihnen schon sehr lange in derselben Mietwohnung leben, profitieren sie von relativ niedrigen Wohnkosten und einer häufig gut funktionierenden Nachbarschaft. Eventuell vorhandene bauliche Nachteile werden dadurch aufgewogen. Der hohe Ausländeranteil in solchen traditionellen Arbeitervierteln ist in erster Linie ein Resultat der bis 1973 betriebenen Arbeitskräfteanwerbung.

Dagegen ist die Zahl der Zuwanderer in vielen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, vor allem aufgrund der Belegungspraxis des Wohnungs- und Sozialamtes gestiegen. Zu diesem Wohngebietstypus zählen in Frankfurt isolierte Trabantensiedlungen am Stadtrand wie etwa die Hochhaussiedlungen am Frankfurter Berg und am Ben-Gurion-Ring, die in den 60er und 70er Jahren entstanden sind. Solche Siedlungen sind typischerweise gekennzeichnet durch „vergleichsweise moderne Wohnungen, nutzungsunfreundliche Wohnumfeldbedingungen, hohe Mieten, Randlage, hohe Umzugsmobilität, Mangel an wohnungsnahen Erwerbsmöglichkeiten und (damit) durch geringe soziale Integrationskraft“ (Heuwinkel/Schubert 2000:156). Die Zuweisung von Zuwanderern in Belegrechtswohnungen erfolgte in aller Regel erst in den 80er Jahren. Sie betrifft in erster Linie Familien mit Kindern unterschiedlichen Alters, deren Herkunft sich im

Vergleich zu den traditionellen Arbeitervierteln weniger auf die ehemaligen Anwerbestaaten konzentriert, sondern auch Herkunftsländer von Spätaussiedlern oder Asylsuchenden einschließt. Eine ähnliche Struktur weisen auch die Zuwanderer in den für Frankfurt typischen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus auf, die in den 50er und 60er Jahren am Rande ehemaliger Dörfer errichtet wurden. Beispiele hierfür sind die Siedlung an der Sigmund-Freud-Straße in Eckenheim und die Karl-Kirchner-Siedlung in Preungesheim.

Ergänzend ist auf Wohngebiete mit unterdurchschnittlichem, aber stark steigendem Zuwandereranteil hinzuweisen. Hierzu zählen in Frankfurt ältere Siedlungen mit eher kleinen Wohnungen, wie z.B. die unter Ernst May in den 20er Jahren erbaute Siedlung Bornheimer Hang. Solche Siedlungen waren lange Zeit charakterisiert durch eine homogene, zusehends alternde Bevölkerung mit geringer Fluktuation. Entsprechend niedrig war der Ausländeranteil. In den 90er Jahren stieg er dann sprunghaft an, weil Wohnungen, die durch gesundheitsbedingte Auszüge oder durch den Tod der ursprünglichen Bewohner frei wurden, oft mit einkommensschwachen Mietern belegt wurden, zu denen auch relativ viele Familien unterschiedlicher ausländischer Herkunft zählen. Hier ist also die homogene Altersstruktur der langjährigen Bewohnerschaft wesentlicher Auslöser für den steigenden Anteil von Zuwanderern.

Schließlich soll noch der Erwerb von Wohneigentum durch Zuwanderer angesprochen werden. Gründe für den steigenden Immobilienkauf sind der soziale Aufstieg der zweiten Migrantengeneration, aber auch der für Frankfurt typische Zuzug von finanziell besser gestellten Zuwanderergruppen. Zu unterscheiden wäre hier nach dem Erwerb von Einfamilien- oder Reihenhäusern einerseits und dem Erwerb von privatisierten Eigentumswohnungen in Hochhaussiedlungen andererseits. Der jeweils erzielte Statusgewinn und die dem Eigentumserwerb zugrunde liegende Motivlage dürften sich unterscheiden, aber Untersuchungsergebnisse liegen hierzu bislang nicht vor. Im Rahmen unserer in sechs Ortsteilen Frankfurts durchgeführten Studie wurde vor allem in Eckenheim berichtet, dass Zuwanderer verstärkt Wohneigentum erwerben.

Diese Beschreibung von Wohngebieten und Wohnverhältnissen, in denen Zuwanderer leben, ist keineswegs vollständig, sondern ließe sich durch weitere Wohngebietstypen ergänzen.[55] An dieser Stelle sollte aber vor allem auf Phänomene eingegangen werden, die für die durchgeführte Stadtteilstudie relevant sind.

Im folgenden soll nun ein Prozess geschildert werden, der viele Wohngebiete mit überdurchschnittlich hohem Zuwandereranteil belastet. Es handelt sich um eine Abwärtsspirale der sozialstrukturellen Entwicklung, die das Integrationspotential der betroffenen Stadtteilen mindert. Diese Entwicklung ist durch die parallele Abwanderung sozial mobiler und die Zuwanderung

[55] Eine fundierte und aktuelle Beschreibung von zwei weiteren Frankfurter Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil findet sich bei Bareis/Böhnisch (2000). Die Autorinnen analysieren soziale Ausschließungsprozesse und deren alltägliche Bewältigung durch Bewohner/innen von Ostend und Sossenheim. Ostend ist ein innenstadtnahes Altbauquartier, das seit den 80er Jahren unter starkem Aufwertungsdruck steht und einen erheblichen Strukturwandel vollzieht. Sossenheim liegt an der westlichen Peripherie Frankfurts und ist von sozialem Wohnungsbau dominiert, in dem privatisiert wird.

sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Die selektiven Wanderungsprozesse führen dazu, dass sich „erfolgs- und durchsetzungsschwache deutsche und ausländische Minderheiten“ (Krummacher/ Waltz 2000:219) im Stadtteil konzentrieren. Denn die Abwanderung von mobilen deutschen Etablierten und ausländischen Aufsteigern, die für sich und ihre Kinder im Stadtteil keine Zukunft sehen, bewirkt, dass die sozialstrukturelle Heterogenität der deutschen und der ausländischen Bewohnergruppen sinkt und jeweils die weniger Mobilen und Einkommensschwache zurückbleiben. Der Stadtteil verliert dadurch im innerstädtischen Verteilungskampf an Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig verfestigt sich ein Negativimage des Stadtteils, das die Abwärtsspirale weiter verstärkt. Denn wegen der Stigmatisierung, die mit dem Leben in bestimmten Wohngebieten verbunden ist, streben mobile Bevölkerungsgruppen danach, in andere Stadtteile zu ziehen. Ebenso vermeiden es wirtschaftlich und sozial bessergestellte Bevölkerungsgruppen in einen Stadtteil zu ziehen, der mit einem negativen Image behaftet ist. Bei denjenigen, die neu zuziehen, handelt es sich überdurchschnittlich häufig um sozial benachteiligte und einkommensschwache Personen. Sobald sich deren wirtschaftliche Lage gebessert hat und sie mobiler geworden sind, verlassen sie den Stadtteil, und die freigewordenen Wohnungen werden erneut von Neuankömmlingen bezogen, die über relativ wenig finanzielle und soziale Ressourcen verfügen. Ein mit einem negativen Image behafteter Stadtteil fungiert oft als Durchgangsstadtteil, in dem fortwährend neue Bewohner zu integrieren sind. Dem sinkenden Integrationspotential steht damit ein erhöhter Integrationsbedarf gegenüber.

Dieser Entwicklungsprozess kann nicht allgemein auf die Wohnverhältnisse von Zuwanderern übertragen werden. Er findet sich in erster Linie in einigen „klassischen“ Ausländerstadtteilen, in denen schwerpunktmäßig die Arbeitsmigranten der ersten Generation leben, und in manchen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, in denen eine hohe Konzentration von Zuwanderern entstanden ist. Angesichts der beschriebenen Abwärtsspirale ist nicht zu vergessen, dass nicht alle Wohngebiete mit überdurchschnittlich hohem Zuwandereranteil diese Entwicklung aufweisen und dass zudem auch Wohngebiete, die davon betroffen sind, Entwicklungschancen in sich bergen. Denn auch Bewohner benachteiligter Wohngebiete verfügen über Selbsthilfepotentiale, die bei entsprechender Aktivierung zur Stabilisierung des Stadtteils beitragen und sein Integrationspotential erhöhen können.

Zusammenfassend ist davon auszugehen, dass das Integrationspotential von Stadtteilen weniger durch den Zuwandereranteil bestimmt ist, als vielmehr dadurch, in welchen historischen, sozialstrukturellen und baulich-räumlichen Kontext die Zuwanderung eingebettet ist, welche demographische Struktur die Zuwanderer aufweisen und inwiefern sich die Lebenslagen der im Stadtteil lebenden Deutschen und Zuwanderer ähneln.

Wie diese bislang aus abstrakt-theoretischer Warte geschilderten Aspekte des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft konkret vor Ort zusammenwirken, soll nun am Beispiel von drei Stadtteilen in Frankfurt am Main untersucht werden.

2. Zur Entwicklung der drei ausgewählten Stadtteile

Die Stadtteilstudie ergänzt die auf die Gesamtstadt bezogenen Auswertungen der amtlichen Statistik. Die Konzentration auf einige ausgewählte Stadtteile erlaubt es, vor Ort zu beobachten, wie sich das interkulturelle Zusammenleben in verschiedenen Stadtteilen gestaltet und Integrationsprozesse in ihrem konkreten historischen, räumlichen und sozialstrukturellen Kontext zu analysieren. Dazu wurden folgende Untersuchungsgebiete ausgewählt: das Gallusviertel (27.000 Einwohner), Bornheim (27.000 Einwohner) und Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (insgesamt 34.000 Einwohner).

Die Stadtteilstudie zielt insbesondere darauf ab, Erkenntnisse zu folgenden Fragen zu erhalten:

- Wie hat sich die Bevölkerung und die Sozialstruktur der einzelnen Ortsteile in den letzten Jahrzehnten verändert und welche Rückschlüsse lassen sich aus den statistischen Daten auf die Integration von Zuwanderern und Deutschen ziehen? Was sind die wesentlichen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Stadtteilen?
- Wie wird das soziale Klima und die Entwicklung des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern in den untersuchten Stadtteilen bewertet. Unterscheidet sich die Bewertung der deutschen und der zugewanderten Bevölkerung?
- Welche demographischen, räumlichen und sozialstrukturellen Faktoren und welche sozialen Mechanismen sind geeignet, die jeweilige stadtteilspezifische Situation zu erklären?
- Wo ergeben sich Konflikte? Welche Konfliktparteien sind daran beteiligt? Wie wird die Konfliktdynamik erklärt?
- Welche Maßnahmen könnten zur Verbesserung des sozialen Klimas und zur stadtteilspezifischen Integration von Deutschen und Zuwanderern beitragen? Wo ist Konfliktbefriedung bzw. -prävention angeraten?

Um diese Fragen zu beantworten, wurden einerseits die vorliegenden kommunalen Statistiken vergleichend ausgewertet und andererseits neue Erhebungen durchgeführt. So wurden 1.300 18 bis 40-jährige Stadtteilbewohner schriftlich befragt und zusätzlich 45 Akteure und Bewohner der ausgewählten Stadtteile interviewt. Wie die Erhebung und Auswertung dieser Daten konkret erfolgt ist, wird jeweils im Rahmen der Ergebnispräsentation dargestellt.

Zunächst aber erfolgt ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung der untersuchten Ortsteile Gallusviertel und Bornheim, sowie Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg. Hierbei wird auch die Entwicklung der größten Wohnsiedlungen analysiert, die bei der Integration im Wohnbereich eine wichtige Rolle spielen.

2.1 Die Entwicklung der Stadtteile

Die geschichtliche Entwicklung der Stadtteile verdeutlicht ihren historisch unterschiedlichen Stellenwert, den sie in der Gesamtstadt Frankfurt am Main jeweils einnehmen: Bornheim als zentral gelegener, ehemals ländlicher Ausflugsort mit hohem Freizeitwert, das Gallusviertel als typisches Arbeiterviertel am Rande von Industrieanlagen und schließlich Eckenheim, Preungesheim und Bonames als früher landwirtschaftlich geprägte Dörfer, die sich allmählich zu reinen Wohngebieten einer in anderen Teilen Frankfurts arbeitenden Bevölkerung entwickelten. Hinzu kommt der 1996 neu entstandene Ortsteil Frankfurter Berg, der sich aus verschiedenen Wohnsiedlungen zusammen setzt, die alle erst im 20. Jahrhundert errichtet wurden.

Die folgende Darstellung basiert auf Stadtteilchroniken[56] und auf historischen Informationen in verschiedenen Aufsätzen, sowie auf Daten aus Statistischen Jahrbüchern. Hinzu kommen Zitate aus Schilderungen der Stadtbezirksvorsteher[57] und anderer Personen, die wir dazu befragt haben. Die unterschiedlichen Quellen wurden zunächst nach Informationen zu folgenden Aspekten ausgewertet: Entwicklung der baulich-räumlichen Struktur, Änderung der Wirtschaftsstruktur, Veränderung der Bevölkerungsstruktur, Stellung des Stadtteils zur Gesamtstadt. Dabei wird auch die gegenwärtige Situation berücksichtigt und über geplante Bauvorhaben berichtet, die von den Befragten mit der zukünftigen Entwicklung des Stadtteils in Verbindung gebracht werden.

Diese vergleichsweise objektiven Daten werden durch die subjektiven Bewertungen der befragten Akteure und Bewohner der Stadtteile ergänzt. Diese äußern sich dazu, wie sie selbst die Entwicklung im Stadtteil beurteilen und wie andere Stadtteilbewohner darüber denken. Sie berichten aber auch, wie ihr Stadtteil von Personen gesehen wird, die nicht dort wohnen. Aus der Kombination der objektiven und subjektiven Daten läßt sich ein Bild des jeweiligen Charakters eines Stadtteils zeichnen, welches Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Untersuchungsgebiete wiedergibt und den Handlungsraum beschreibt, in dem die zugewanderten und alteingesessenen Akteuren jeweils zusammenleben.

Darüber hinaus enthält die folgende Darstellung auch schon einige Punkte der Kritik und Handlungsempfehlungen an den Magistrat, die von den interviewten Stadtbezirksvorstehern formuliert wurden. Solche Anregungen zu sammeln und weiter zu geben, gehörte ebenfalls zu dem an die Forschergruppe gerichteten Untersuchungsauftrag.

[56] Vgl. Pülm (1998) u. (1990), sowie Seubert (1981).

[57] Stadtbezirksvorsteher sind Ehrenbeamte, die als Bindeglied zwischen Magistrat und Bürgern fungieren. Zu ihren Funktionen s.u.

2.1.1 Untersuchungsgebiet I: Das Gallusviertel

Das Gallusviertel verdankt seinen Namen der Galluswarte. Es entstand als Industrieansiedlung zwischen den Schienensträngen des Hauptgüter- und Hauptbahnhofs. Aufgrund dieser Lage ist der Stadtteil zwar verkehrsmäßig gut an das Stadtzentrum angebunden, aber gleichzeitig wegen der Bahntrassen von der Innenstadt abgeschnitten. Der Großteil der Wohnanlagen des Gallusviertels wurde um die Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg erbaut. Die Hellerhof-Siedlung und die Friedrich-Ebert-Siedlung galten in der Vorkriegszeit als vorbildlich und modern, da alle Wohnungen mit Bädern ausgestattet waren.

Die Bewohner des Gallusviertels arbeiteten früher zum größten Teil in den Industriebetrieben vor Ort. Auch die von diesen Betrieben in den sechziger Jahren angeworbenen „Gastarbeiter" aus dem Ausland ließen sich in aller Regel im Gallusviertel nieder, wo die Mieten relativ niedrig waren. Das Gallusviertel zeichnete sich in der Anwerbephase durch hohe Arbeitsplatzdichte und eine hohe Zahl sanierungsbedürftiger Gebäude aus.

Der Stadtteil war immer schon ein Arbeiterviertel mit dafür typischen Sozial- und Freizeitstrukturen. Außerdem ist er bis heute eine Hochburg der SPD geblieben, wenngleich mit abnehmender Tendenz. Die Tatsache, dass viele Bewohner des Gallusviertels in den gleichen Betrieben beschäftigt waren, ließ intensive soziale Netzwerke entstehen, die zudem noch durch ein florierendes Vereinswesen gestärkt wurden. Darüber hinaus wurde der soziale Zusammenhalt durch eine Mischstruktur aus Kneipen, kleinen Läden und Handwerksbetrieben gefördert.

Heute sind die großen Industriebetriebe, die das Gallusviertel früher geprägt haben, größtenteils verschwunden, und viele Bewohner des Gallusviertels haben deswegen ihren Arbeitsplatz verloren. Die Arbeitsplatzdichte des Stadtteils hat sich merklich verringert. Zudem hat sich im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung das äußere Erscheinungsbild der Mainzer Landstraße verändert, die das Viertel durchquert. An ihr haben sich in den letzten Jahren viele Autohäuser angesiedelt.[58]

In den 60er und 70er Jahren ging die Einwohnerzahl im Gallusviertel stark zurück. 1963 lebten im Gallusviertel noch 37.000 Personen, heute sind es nur mehr 27.000.[59] Auch die Tatsache, dass gerade im letzten Jahrzehnt neue Wohnungen hinzugekommen sind, hat daran wenig geändert. Die auf dem Gelände der ehemaligen Adlerwerke oder im Galluspark und in der Kleyerstraße neu entstanden Wohngebiete sowie die Ausweisung von neuen Büroflächen tragen aus der Sicht der Stadtbezirksvorsteher aber zur Aufwertung des Gallusviertels bei.

[58] Im Vorfeld der Ansiedlung dieser Autohäuser war nach Auskunft der Stadtbezirksvorsteher zugesagt worden, dass zwischen den Autohäusern und der Mainzer Landstraße Grünstreifen bzw. Vorgärten angelegt werden. Dass diese Bepflanzungen noch ausstehen, stößt bei den Stadtbezirksvorstehern auf Kritik.

[59] Die bei der Darstellung der Entwicklung der untersuchten Ortsteile zitierten statistischen Angaben zur Einwohnerzahl und zum Ausländeranteil basieren auf Angaben in verschiedenen Jahrgängen des Statistischen Jahrbuchs Frankfurt am Main. Sie sind in Tabelle VI.1 und Tabelle VI.2 nochmals für alle Ortsteile zusammengefasst.

Eine ähnliche Aufwertung des Stadtteils könnte das so genannte Europa-Viertel bewirken, das in den nächsten Jahren errichtet werden soll. Allerdings gibt es dazu gegensätzliche Ansichten, denn viele Gallusbewohner fürchten, dass gerade durch die Errichtung eines solchen Vorzeigeprojektes der restliche Stadtteil noch weiter abfällt und sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich verstärken. Zudem gibt es Befürchtungen, dass der Stadtteil zum Spekulationsobjekt verkommt, da er für Investoren eine sehr günstige Lage hat.[60] Auch die Stadtbezirksvorsteher sind sich dieser Gefahren durchaus bewusst und mahnen an, dass die Errichtung des Europa-Viertels damit einhergehen müsse, dass der Rest des Stadtteils „aufgemotzt" wird und die langansässigen Bewohner nicht verdrängt werden. Unter diesen Voraussetzungen, erhoffen sie sich Verbesserungen für den gesamten Stadtteil und rechnen mit einer Aufwertung des Freizeitwertes, der den Gallusbewohnern vor Ort geboten wird.

Wenn man sich die Struktur des Wohnraums im Gallusviertel betrachtet, so fällt auf, dass die meisten Wohnungen relativ klein sind. Die durchschnittliche Größe der Wohnungen beträgt knapp 54 qm (Stand: 31.12.1997). Dies ist der niedrigste Wert aller 47 Ortsteile Frankfurts, wo die Wohnungen im Durchschnitt knapp 68 qm groß sind.[61]

Nach Aussage der Stadtbezirksvorsteher sind 80 Prozent der Wohnungen im Gallusviertel kleiner als 50 qm. Daraus resultiert ihrer Erfahrung nach der Wegzug mobiler Bevölkerungsschichten, die größere Wohnungen suchen. So würden vor allem junge Familien dazu veranlasst, aus dem Gallusviertel wegzuziehen. Der Stadtteil würde infolgedessen zusehends veralten, zumindest was die deutsche Bevölkerung betreffe. Denn von der deutschen einheimischen Bevölkerung blieben nur diejenigen im Stadtteil wohnen, die nicht mehr wegkönnen und das seien oft ältere Leute.

Ein anderer Faktor, der aus Sicht der Stadtbezirksvorsteher dazu führt, dass mobile Gruppen der Bevölkerung das Gallusviertel verlassen, sehen sie in der negativen Presseberichterstattung. Sie bewirke, dass viele Leute das Gallusviertel als Wohnort meiden und dass diejenigen, die bereits dort leben, unter abfälligen Bemerkungen Dritter leiden. Die von den Medien forcierte Stigmatisierung des Viertels trage dazu bei, dass sich die Bewohnerstruktur langfristig ungünstig entwickele, da einkommenskräftigere mobile Personen entweder davon abgehalten würden, ins Gallusviertel zu ziehen oder aber dazu bewegt würden, aus dem Gallusviertel wegzuziehen.

Die Unzufriedenheit mit der Presseberichterstattung, der nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher von Seiten des Magistrats entgegengewirkt werden solle, wird begleitet von dem Eindruck, dass das Gallusviertel vom Magistrat lange Zeit vernachlässigt worden sei, weil das Viertel ohne Lobby war. Der Stadtteil habe als Arbeiterviertel darunter gelitten, dass es zu wenig gebildete Leute gab, die sich in der Stadtverordnetenversammlung für den Stadtteil einsetzen konnten. Erst in letzter Zeit habe sich diese Situation verbessert, da mittlerweile Politiker aus dem Stadtteil im Magistrat an Einfluss gewonnen hätten.

---

[60] Vgl. Bareis/ Böhnisch (2000) hinsichtlich der Auswirkungen, die die Aufwertung des traditionellen Arbeiterviertels Ostend auf seine bisherigen Bewohner hat.

[61] Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1998) Die Frankfurter Ortsteile.

In bewusster Abgrenzung von negativen Presseberichten und von der starken Kritik, die in der schriftlichen Bewohnerbefragung geäußert wurde (s.u.) beschreiben die Stadtbezirksvorsteher das Gallusviertel als „einen tollen Stadtteil", der sehr viele Grünflächen hat, innenstadtnah gelegen ist und zudem über eine außerordentlich gute Verkehrsanbindung an die Innenstadt verfügt. Dort könnten alle, die wollten, einen Kleingarten erhalten. Auch Ausländer würden davon immer stärker Gebrauch machen. Im Großen und Ganzen fühlen sich nach Meinung der Stadtbezirksvorsteher die Bewohner im Gallusviertel wohl; trotz all der Unzulänglichkeiten, die aber oft auch andernorts anzutreffen seien.

Besonders stolz sei man auf ein sehr lebendiges Vereinsleben, das vom Magistrat weiter gefördert werden sollte, insbesondere, was die Jugendarbeit betreffe. Außerdem gebe es im Gallus - im Gegensatz zu anderen Ortsteilen - bislang keine Hakenkreuzschmierereien. Auch offene Fremdenfeindlichkeit sei sehr selten. Allgemein wäre gerade in den beiden großen Wohnsiedlungen weit weniger Verwahrlosung zu beobachten als andernorts. Ein weiterer Pluspunkt wird in der überdurchschnittlich guten medizinischen Versorgung gesehen. Schließlich weisen die Stadtbezirksvorsteher auch noch darauf hin, dass die im Gallusviertel gelegene Hellerhofsiedlung häufig von architektonisch Interessierten besucht werde.

Die Interviews mit den Stadtbezirksvorstehern zeigen deutlich, dass Bewohner des Gallusviertels unter einer verallgemeinernden Stigmatisierung des Stadtteils leiden und eine differenzierte Sichtweise ihrer Lebenssituation wünschen, die auch die stadtteilspezifischen Ressourcen und das gesellschaftliche Engagement der Bewohner zur Kenntnis nimmt.

2.1.2 Untersuchungsgebiet II: Bornheim

Im Gegensatz zum Gallusviertel hat sich Bornheim aus einem alten Dorf entwickelt, in dem bis Anfang des 19. Jahrhunderts Landwirtschaft betrieben wurde. Der größte Abnehmer von Obst und Gemüse war das nahe Frankfurt. Mit seinen zahlreichen Gast- und Wirtshäusern war Bornheim gleichzeitig ein beliebter Ausflugsort der wohlhabenden Stadtbewohner, den man besonders am Wochenende gern frequentierte.

Am 1.1.1877 wurde Bornheim eingemeindet. Doch obwohl dort ähnlich wie im Gallusviertel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ersten Betriebe zu produzieren begannen, hat sich Bornheim nie zu einem Industrievorort entwickelt. Denn es ließen sich kaum große Betriebe in Bornheim nieder, was wohl daran lag, dass sie den Anschluss an das damals modernste Verkehrsmittel, die Eisenbahn, vermissten. So wurde Bornheim vor allem ein Wohnquartier, das sich großer Beliebtheit erfreute und nach Ansicht der befragten Stadtbewohner auch heute noch erfreut.

Zwischen 1926 und 1930 entstand während der Schaffensperiode von Ernst May, der 1925 bis 1930 das Stadtbauamt leitete, die Siedlung Bornheimer Hang. Bauherr der Siedlung war die Aktienbaugesellschaft für Kleine Wohnungen. Sämtliche 1540 Mietwohnungen und 63 Einfamilienhäuser waren mit Zentralheizung, Bad, Frankfurter Küche und einer Kammer im Dach-

geschoss ausgestattet. Mit dieser Siedlung wurde die Lücke zwischen dem alten Dorf Bornheim und dem Abhang zum Riederbruch im Osten geschlossen.

Heute konzentriert sich das öffentliche Leben Bornheims auf die Berger Straße. Sie beginnt an der Friedberger Anlage, die südwestlich von Bornheim liegt. Die Friedberger Anlage markiert den Rand der Innenstadt. Dort beginnend durchzieht die Berger Straße Bornheim bis zu seinem nordöstlichen Rand, an den sich jenseits der A 661 der Ortsteil Seckbach anschließt. In ihrem südlichen Abschnitt ist die Berger Straße eine Einkaufsstraße gehobenen Niveaus, die mit zahlreichen Cafés und Kneipen auch finanzkräftige Kundschaft aus anderen Teilen der Stadt anzieht. Im mittleren Abschnitt der Berger Straße finden sich dann vermehrt Supermärkte und Einzelhandelsgeschäfte, die den täglichen Bedarf abdecken. Hier ist auch das Zentrum Bornheims lokalisiert, das sich um das so genannte „Uhrtürmchen" gruppiert, wo zweimal wöchentlich ein Markt abgehalten wird. Der obere Abschnitt der Berger Straße führt durch Alt-Bornheim und ist von Fachwerkbauten gesäumt, in denen vereinzelt traditionelle Gastwirtschaften wie Apfelweinkneipen und Biergärten betrieben werden. Die übrigen Häuser werden privat genutzt.

Ähnlich wie im Gallusviertel sind auch in Bornheim die Wohnungen relativ klein. Die durchschnittliche Wohnungsgröße beträgt 61 qm, doch die Wohnfläche, die jedem Einwohner statistisch gesehen zur Verfügung steht, liegt mit 34 qm nur knapp unter dem Frankfurter Durchschnitt von 35 qm (Stand 31.12.1997).[62] Die Entwicklung der Einwohnerzahlen weist einige Parallelen zum Gallusviertel auf, denn auch in Bornheim lebten in den 50er und 60er Jahren weit mehr Menschen als heute. 1953 zählte der Ortsteil knapp 35.000 Einwohner, 1998 lediglich 26.500. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung bewegte sich in den vergangenen Jahrzehnten jeweils im Bereich des Frankfurter Durchschnitts.

2.1.3 Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg

Das Untersuchungsgebiet III ist im Norden Frankfurts gelegen und setzt sich aus vier Ortsteilen zusammen, deren Einwohnerzahl zusammengenommen rund ein Viertel größer ist als die Einwohnerzahl des Gallusviertels oder Bornheims. Die unmittelbar aneinander grenzenden Ortsteile Eckenheim und Preungesheim umschließen den Frankfurter Hauptfriedhof und sind im Süden mit dem zur Stadtmitte zählenden Ortsteil Nordend-West verbunden. Im Norden schließen sie mit teilweise unter Naturschutz stehenden Grünflächen ab, in die die Ortsteile Frankfurter Berg und Bonames eingebettet sind.

Eckenheim

Das Dorf Eckenheim entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Frankfurter Vorort. Zwar kam es in der Phase der Industrialisierung nicht als Standort für die rings um Frankfurt entstehenden Fabriken in Betracht, da es über keine gute Verkehrsverbindung

[62] Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1998) Die Frankfurter Ortsteile.

nach Frankfurt verfügte. Aber es stellte lange Zeit ein billiges Wohnquartier für Tagespendler dar und verlor innerhalb einer kurzen Spanne von nicht einmal zwei Generationen seinen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts noch beinahe unveränderten ländlichen Charakter.

1910 wurde der Ort eingemeindet, was u.a. zur Folge hatte, dass die Frankfurter Straßenbahn ihr Netz bis nach Eckenheim ausdehnte. Während der Weltwirtschaftskrise sahen sich viele Landwirte gezwungen, ihren Grundbesitz zu verkaufen, so dass nach der Währungsreform von 1923 nur noch acht landwirtschaftliche Betriebe bestanden. In den folgenden Jahren wuchs Eckenheim mit der inneren Stadt zusammen und an der Eckenheimer Landstraße wurden mit der Anlage des Jüdischen Friedhofes 1928/29 und einigen anderen Bauten die letzten Lücken geschlossen.

Bis in die 60er Jahre war die Nachfrage nach Wohnraum in und um Frankfurt sehr groß. Da es im innenstadtnahen Eckenheim ausreichend verkehrsmäßig gut erschlossenes baureifes Gelände gab wurden zwei große Siedlungen erbaut: die Heinrich-von-Stephan-Siedlung (1952-55) und die Albert-Schweitzer-Siedlung (1953-56). Der Chronist Seubert (1981) schildert, wie damals Wohnblocks - uniform und nüchtern, reine Zweckbauten - reihenweise aus dem Boden schossen und auch halbfertig schon von ersten Mietern bezogen wurden.

Innerhalb von 10 Jahren - zwischen 1953 und 1963 - erhöhte sich die Einwohnerzahl von 7.500 auf über 13.000. Ab Mitte der 90er Jahre erfuhr Eckenheim nach Auskunft des Stadtbezirksvorstehers aufgrund eines Verdichtungsprogramms erneut großen Zuwachs an Wohnraum. So wurde ehemaliges Gartenland bebaut, das Gelände einer früheren Äpplwoi-Wirtschaft bebaut und ehemalige Postwohnungen umgewandelt. Aus der Sicht des Stadtbezirksvorstehers wird die Ausweitung der Wohnfläche allgemein als Aufwertung des Stadtteils empfunden, da die Neuzuzüge das Niveau heben.

Zwischen 1987 und 1998 wuchs die Einwohnerzahl Eckenheims von 12.600 auf 14.200, wobei dieser Anstieg in erster Linie daraus resultiert, dass sich in diesen elf Jahren die Zahl der ausländischen Einwohner sprunghaft von 2.200 auf 4.100 erhöht hat.

Preungesheim

Preungesheim hat eine ähnliche Geschichte wie Eckenheim und war bereits als Dorf wirtschaftlich nach Frankfurt ausgerichtet. Zwar war schon kurz nach der Jahrhundertwende kaum mehr etwas von dem dorftypischen Erscheinungsbild übrig, doch bis in die fünfziger Jahre trug Preungesheim zur landwirtschaftlichen Versorgung Frankfurts bei. Dann wurden aus den großen Scheunen teilweise Lagerhallen und Reparaturwerkstätten, und in ehemaligen Bauernhöfen richteten sich Kleinbetriebe ein. Heute besitzt Preungesheim keinen bäuerlichen Vollerwerbsbetrieb mehr. In seinem Kern ist jedoch die ursprüngliche dörfliche Siedlung noch deutlich auszumachen.

Seit der Eingemeindung 1910 entwickelte sich Preungesheim zu einem ruhigen und daher beliebten Wohnort für Personen, die andernorts berufstätig waren. Ende der fünfziger Jahre begannen Baugesellschaften, Gelände für eine große Siedlung an der Wegscheide- und Jaspertstraße

anzukaufen. 1958 wurde mit dem Bau der Karl-Kirchner-Siedlung begonnen, die mittlerweile ein Drittel der Einwohner von Preungesheim beherbergt. Wie der Stadtbezirksvorsteher berichtet, bestand angeblich eines der Ziele für den Bau der Siedlung darin, dort Sinti und Roma anzusiedeln, die bis dato in einem Wohnwagenlager in Bonames gelebt hatten. Die Siedlung scheint also immer als ein Gebiet empfunden worden zu sein, in dem stigmatisierte Außenseiter der Gesellschaft lebten. Der Stadtbezirksvorsteher spricht von einem absichtlich geschaffenen sozialen Brennpunkt. Auch heute gilt die Karl-Kirchner-Siedlung nach Auskunft einer Stadtbezirksvorsteherin als eine der „verrufensten" Frankfurter Adressen und die Bewohner dieser Siedlung werden bei der Arbeitsplatzsuche diskriminiert. Mittlerweile wurde die Karl-Kirchner-Siedlung in das bundesweite Programm Soziale Stadt aufgenommen und erfährt momentan eine starke Sanierung.

Ähnlich wie in Eckenheim hat sich auch in Preungesheim durch den Bau von neuen Siedlungen die Einwohnerzahl in den 50er und 60er Jahren sprunghaft erhöht: von knapp 5.000 im Jahr 1953 auf 9.000 im Jahr 1963. Ebenfalls vergleichbar zum benachbarten Eckenheim ist die Einwohnerzahl zwischen 1987 und 1998 aufgrund einer Zunahme des ausländischen Bevölkerungsanteils gestiegen. Die Zahl der in Preungesheim lebenden Ausländer wuchs in diesem Zeitraum von knapp 1.500 auf über 2.400, so dass der Ausländeranteil mittlerweile mit 28,4 Prozent im Frankfurter Durchschnitt von 28,6 Prozent liegt (Stand 31.12.1998).

In den nächsten Jahren soll Preungesheim ein weiteres Wohngebiet erhalten, die sog. Preungesheimer Beuge. Es wurden schon einige Einfamilienhäuser errichtet, von denen es nach Ansicht des Stadtbezirksvorstehers in Preungesheim allgemein zu wenige gibt. In der Bevölkerung würde bezweifelt, ob die Infrastruktur dieser Neusiedlung bedarfsgerecht sein wird und ob eine zufriedenstellende Verkehrsanbindung zur Innenstadt geschaffen wird.

In den letzten Jahren hat Preungesheim nach Auskunft des Stadtbezirksvorstehers sehr von der Schließung des Autobahnrings profitiert, da sich die früher sehr belastende Verkehrssituation in der Homburger Landstraße, deutlich entspannt habe. Allerdings fehle noch ein Lärmschutz, der umso dringender notwendig sei, als die Autobahn über den höchsten Punkt verlaufe und bei Ostwind sehr viel Lärm verursache.

Bonames

Ähnlich wie Preungesheim weist auch Bonames östlich der Bahnlinie einen alten Dorfkern auf und ist außerdem eine reine Wohngegend, in der es kaum Arbeitsplätze gibt. Alt-Bonames ist von einem Naherholungsgebiet umgeben, das unter Naturschutz steht. Am Rand des alten Dorfkerns (Am Brandhöfchen) wurden nach Auskunft des Stadtbezirksvorstehers in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ein Sozialzentrum und eine Siedlung mit rd. 100 Sozialwohnungen errichtet. Dort wurden angeblich u.a. ehemalige Bewohner aus der Ahornstraße angesiedelt, einem in Griesheim liegenden Wohngebiet, das ehemals als sozialer Brennpunkt galt, mittlerweile aber

saniert wurde.[63] Die Probleme, die man in Bonames mit der neuen Wohnsiedlung Am Brandhöfchen verbindet, werden offensichtlich zumindest zum Teil damit erklärt, dass sie von einem anderen Ortsteil nach Bonames verlagert wurden.

Westlich der Bahnlinie auf einer Anhöhe befindet sich die Siedlung Ben-Gurion-Ring, die in den Jahren 1976 bis 1977 gebaut wurde. Sie gehört nur teilweise zu Bonames, größtenteils hingegen zum Ortsteil Niedereschbach.[64] Aus der Sicht des Stadtbezirksvorstehers stellt die Ben-Gurion-Siedlung einen eigenen Stadtteil dar, dem allerdings wichtige Infrastruktureinrichtungen fehlen, wie z.B. eine Schule, die ursprünglich vorgesehen war. Die meisten Kinder gingen nach Auskunft des Stadtbezirksvorstehers in Niedereschbach zur Schule, doch nachdem vor einiger Zeit die Schulbezirksgrenzen geändert wurden, besuchen auch viele Kinder die Grundschule in Bonames, welche seither „aus allen Nähten platzt".

Der Stadtbezirksvorsteher hat eine sehr kritische Haltung gegenüber dem Ben-Gurion-Ring und meint, dass eigentlich ein Rückbau erfolgen müsse, weil man die in den 70er Jahren gemachten Fehler anders nicht beheben könnte. Die Baustruktur hält er für zu düster und deprimierend. Seines Erachtens versuche jeder, von dort wegzuziehen, v.a. wenn jemand Kinder habe. Zudem seien die Wohnungen dort recht teuer.

Bereits zwei Jahrzehnte vor der Errichtung des Ben-Gurion-Rings wurde die ebenfalls westlich der Bahnlinie gelegene Siedlung an der Hugo-Sinzheimer-Straße errichtet. Diese ab 1958 erbaute Siedlung bewirkte, dass die Einwohnerzahl von Bonames zwischen 1953 und 1963 von knapp 7.000 auf knapp 9.300 anstieg. Ein weiterer Anstieg auf 10.600 Einwohner ist wohl auf die Hochhaussiedlung am Berkersheimer Weg zurückzuführen, die zwischen 1967 und 1971 am Frankfurter Berg errichtet wurde, der damals noch zum Ortsteil Bonames zählte.

Ähnlich wie Eckenheim und Preungesheim scheint auch Bonames in den 90er Jahren einen erneuten Bevölkerungszuwachs erfahren zu haben, der in erster Linie auf eine wachsende Zahl ausländischer Einwohner zurückzuführen ist. Allerdings liegen hierfür keine genauen Daten vor, da der zuvor zu Bonames gehörende Frankfurter Berg 1996 ein eigener Ortsteil wurde. Zählt man jedoch die Einwohnerzahlen beider Ortsteile für das Jahr 1998 zusammen, so zeigt sich, dass die Bevölkerung, die 1987 bei 10.500 lag, mittlerweile 11.400 beträgt, wobei der Zuwachs in erster Linie auf dem Zuzug ausländischer Staatsangehöriger beruht. Trotz des starken Anstiegs lag der Ausländeranteil in Bonames 1998 mit 21,6 Prozent noch deutlich unter dem Frankfurter Durchschnitt.[65]

---

[63] Vgl. Jaschke (1998).

[64] In statistischer Hinsicht ist die Zugehörigkeit der Siedlung zu zwei unterschiedlichen Ortsteilen eindeutig von Nachteil.

[65] Aus der Befragung von Akteuren und Bewohnern in Bonames wurde zudem deutlich, dass in der Siedlung am Ben-Gurion-Ring eine relativ hohe Zahl von Spätaussiedlern lebt. Statistisch lässt sich dies wegen der meist deutschen Staatsangehörigkeit aber nicht nachvollziehen.

Im Moment ist ein Neubaugebiet Bonames Ost/ Harheim West in Planung, das nach Auskunft des Stadtbezirksvorstehers ca. 4.000 Einwohner beherbergen soll. Der Stadtbezirksvorsteher betont, dass dabei unbedingt darauf geachtet werden müsse, die Siedlung von Anfang an mit der nötigen Infrastruktur wie Schule und Kindergarten auszustatten. Er berichtet außerdem, dass es in den Diskussionen über die neue Siedlung immer „heiß hergehe", weil die Leute fürchten, dass der Stadtteil noch stärker mit sozialen Problemen belastet werde und eine ähnliche Situation wie am Ben-Gurion-Ring entstehen könne. Der Tenor laute im allgemeinen „Wir brauchen Wohnungen für Otto Normalverbraucher, insbesondere für Kinder. Aber wir brauchen keine einzige zusätzliche Sozialwohnung. Denn davon haben wir genug".

Frankfurter Berg

Der Frankfurter Berg nimmt im Untersuchungsgebiet III eine Sonderstellung ein, denn er ist nicht aus einem alten Dorf erwachsen, sondern erst im 20. Jahrhundert entstanden. Da er am Stadtrand liegt, zieht er auch Neubewohner an, die im Grünen leben wollen und eine eher ländliche Umgebung bevorzugen. Bis zum 30.6.1996 gehörte der Frankfurter Berg zu Bonames und nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteherin ist er auch heute noch „kein in sich geschlossener Stadtteil", sondern setzt sich aus unterschiedlichen Siedlungen zusammen, die jeweils voneinander isolierte soziale Räume darstellen, denen ein gemeinsames Zentrum fehlt:

- die alte Reihenhaus- und Einfamilienhaus-Siedlung Frankfurter Berg westlich der Homburger Landstraße, die 1935 erbaut und ab 1947 erweitert wurde,
- die bereits erwähnte Hochaussiedlung Berkersheimer Weg, die zwischen 1967 und 1971 errichtet wurde, sowie
- die in der Nachkriegszeit erbaute Edwards-Siedlung, die erst seit 1995 von Frankfurtern bewohnt werden kann, da sie zuvor als Wohnsiedlung der am Frankfurter Berg stationierten amerikanischen Streitkräfte fungierte. Ein Teil der Edwards-Siedlung gehört zum Ortsteil Berkersheim.[66]

Die Stadtbezirksvorsteherin berichtet, dass man in Frankfurt Probleme habe, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn man in der Hochhaussiedlung Berkersheimer Weg lebt. Sie hält diese Stigmatisierung für sehr problematisch und ist außerdem der Ansicht, dass sich die Situation gebessert habe. Dazu habe beispielsweise beigetragen, dass zwei Hochhäuser saniert wurden und einen neuen Anstrich erhielten. Dort gebe es jetzt auch eine Pförtnerloge und der Aufzug sei mit einer

[66] Als Anfang der neunziger Jahre die US-Armee mit der Reduzierung ihrer Truppen Deutschland begann, wurde in Frankfurt auch im Ortsteil Frankfurter Berg Wohnraum in den sogenannten Family Housing Areas frei. Diese Wohnungen in der Edwards-Siedlung wurden von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG FRANKFURT HOLDING erworben und renoviert. Es handelt sich um vergleichsweise große Wohnungen, die durchschnittlich 98 qm umfassen. Deshalb wurden sie vor allem von Familien mit Kindern bezogen. Ende 1999 lebten in der Edwards-Siedlung rund 1500 Einwohner, darunter 37 Prozent Minderjährige. Vgl. Schröpfer (2000).

Video-Überwachung ausgestattet. Auch andere 7-geschossige Wohnblöcke seien saniert worden und würden jetzt als Eigentumswohnungen verkauft, was ebenfalls zur Aufwertung beitrage.

Demnächst solle auf einem Teil des Geländes der ehemaligen US-Kaserne ein Einkaufszentrum gebaut werden, von dem sich die Stadtbezirksvorsteherin u.a. erwartet, dass sich daraus eine Art Zentrum für den Stadtteil entwickelt. Bislang sei die in der alten Siedlung Frankfurter Berg gelegene Albert-Schweitzer-Schule der einzige Ort, der einen gewissen Zentrumscharakter aufweise, da dort alle Kinder zur Grundschule gingen und es dort einen Bürgertreff gebe.

In dem Neubaugebiet ist ein Platz vorgesehen und die Stadtbezirksvorsteherin hofft, dass dieser für Stadtteilfeste geeignet ist und nicht so steril ausfällt wie der Platz vor dem Sozialrathaus am Ben-Gurion-Ring. Zudem sei dort eine neue Wohnsiedlung geplant, die neben Einfamilienhäusern auch Wohnblöcke umfassen solle. Die Stadtbezirksvorsteherin weist darauf hin, dass das nicht dazu führen dürfe, dass der Frankfurter Berg ein weiteres in sich geschlossenes und nach außen isoliertes Extra-Gebiet dazu erhält. Sie plädiert statt dessen dafür, mit dem neuen Einkaufs- und Wohngebiet darauf hinzuwirken, dass die übrigen drei Siedlungen, die den Frankfurter Berg bilden, näher zusammenwachsen und ein Zentrum erhalten. Insgesamt betrachtet sie die geplante Siedlung als eine Chance. Sie betont aber auch, dass es viele Stadtteilakteure nicht so positiv sehen, sondern skeptisch wären.

Eine weitere neue Siedlung ist am S-Bahnhof geplant, am sogenannten Hildenfeld. Auch dabei müsse nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteherin darauf geachtet werden, dass daraus kein isoliertes Gebiet wird. Insgesamt müsse man etwas tun, damit der Stadtteil eine innere Einheit erhält („etwas Ganzes wird"). Zudem müsse der Erholungswert des am Stadtrand gelegenen Ortsteils erhalten werden, denn gerade Bewohner, die dorthin gezogen seien, weil sie im Grünen leben wollten, befürchten, dass die neue Siedlung ein wertvolles Stück Natur zerstören werde.

Bevor im Anschluss ein kurzer statistischer Überblick über die Bevölkerungsentwicklung und -struktur in einigen der bereits erwähnten Wohnsiedlungen folgt, geben die Tabellen VI.1 und VI.2 noch einmal einen Überblick über die oben präsentierten statistischen Angaben zur Bevölkerungsentwicklung und zur Zahl der in den einzelnen Untersuchungsgebieten lebenden ausländischen Staatsbürger. Dafür wurden verschiedene Zeitpunkte ausgewählt, die jeweils bestimmte Phasen repräsentieren. 1953 die Wiederaufbauphase nach den zweiten Weltkrieg, 1963 die Zeit vor der Anwerbung von „Gastarbeiter", 1973 den Anwerbestopp. 1987 fand schließlich die letzte Volkszählung statt, bei der insbesondere die Daten über Zuwanderer korrigiert wurden. 1998 ist der Zeitpunkt, auf den sich die Analysen dieser Studie im allgemeinen beziehen.

Tabelle IV.1: Entwicklung der Bevölkerung in den drei Untersuchungsgebieten

	Bevölkerung insgesamt				
	1953	**1963**	**1973**	**1987**	**1998**
Untersuchungsgebiet I Gallusviertel	36034	37010	29960	25191	26736
Untersuchungsgebiet II Bornheim	34918	33256	29246	25668	26545
Untersuchungsgebiet III					
Eckenheim	7547	13242	12753	12638	14233
Preungesheim	4940	9517	8962	8015	8498
Bonames	6961	9274	10596	10533	6247
Frankfurter Berg (vor 1.1.96 in Bonames enthalten)	-	-	-	-	5176

Quelle: Statistische Jahrbücher Frankfurt am Main

Tabelle IV.2: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den drei Untersuchungsgebieten

	Ausländische Bevölkerung			
	1973	**1980**	**1987**	**1998**
Untersuchungsgebiet I Gallusviertel	7275	9409	9114	12801
Untersuchungsgebiet II Bornheim	4356	5500	4718	7300
Untersuchungsgebiet III				
Eckenheim	997	1616	2221	4138
Preungesheim	956	1073	1462	2410
Bonames	766	1003	1681	1353
Frankfurter Berg (vor 1.1.96 in Bonames enthalten)	-	-	-	1255

Quelle: Statistische Jahrbücher Frankfurt am Main

2.2 Die Entwicklung ausgewählter Wohnsiedlungen in den drei Stadtteilen

In Großstädten und insbesondere in Frankfurt am Main ist die Wohnsiedlung einer der zentralen Bezugspunkte des sozialen Lebens[67] und entsprechend vollzieht sich auch die stadtteilspezifische Integration von Zuwanderern und Deutschen zu einem großen Teil in Wohnsiedlungen. In diesen Fällen scheint es angeraten, die Ebene der Wohnsiedlung ins Zentrum der Analyse der Integrationsprozesse zu stellen. Leider stehen auf dieser Ebene nur sehr wenige statistische Daten zur Verfügung.[68] Gleichzeitig wird die wohngebietsbezogene Analyse der auf Ortsteil- bzw.

[67] Zum Stellenwert der Siedlungen im Rahmen der Stadtentwicklung von Frankfurt am Main siehe Müller-Raemisch (1998).

[68] „Statistische Daten werden in der Regel nur für die Stadt insgesamt oder für standardisierte Teilbereiche der Gesamtstadt erhoben. Die Teilbereiche sind hierarchisch gegliedert. Wichtige Elemente sind Stadtbezirke, Baublöcke, Blockseiten und Adressen. Siedlungen gehören nicht zum Erhebungsstandard. Sie liegen von der Größe her mehrheitlich zwischen der Stadtbezirks- und Baublockebene. Da für Siedlungen keine Daten erhoben werden, müssen die benötigten Informationen wie in einem Mosaik aus Baublock-, Blockseiten- oder Adressdaten zusam-

Stadtbezirksebene existierenden Daten bisweilen dadurch erschwert, dass einige Wohnsiedlungen zu zwei unterschiedlichen Ortsteilen gehören.

Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Berichts- und Beobachtungssystem für Wohnsiedlungen in Frankfurt am Main, mit dessen Aufbau Anfang der 90er Jahre begonnen wurde.[69] Die darin zusammengestellten Daten zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wohnungsstruktur spiegeln die strukturelle Vielfalt der Siedlungen wider, in denen rund ein Viertel aller Einwohner Frankfurts lebt. Am 31.12.1996 lag die Einwohnerzahl der 63 ins Berichts- und Beobachtungssystem aufgenommenen Wohnsiedlungen bei 159.000.

Wie heterogen die Frankfurter Wohnsiedlungen beschaffen sind, zeigt sich auch an der Auswahl der Siedlungen, die im folgenden näher analysiert werden. Es handelt sich um die jeweils größten Siedlungen der sechs untersuchten Ortsteile:

- die im Gallusviertel gelegene Hellerhof-Siedlung und Friedrich-Ebert-Siedlung mit 2.700 bzw. 1.900 Wohnungen,
- die Siedlung Bornheimer Hang, die über knapp 3.000 Wohnungen verfügt, sowie
- die im Untersuchungsgebiet III gelegene Siedlung Sigmund-Freud-Straße in Eckenheim mit 485 Wohnungen, die Karl-Kirchner-Siedlung in Preungesheim mit 1.250 Wohnungen, die den Frankfurter Berg überragende Hochhaussiedlung Berkersheimer Weg mit 980 Wohnungen und die ebenfalls auf einer Anhöhe gelegene Siedlung am Ben-Gurion-Ring, die zu Bonames und Niedereschbach gehört und 1.740 Wohnungen aufweist (Stand 1986).

Mit Ausnahme der Hochhaussiedlung Berkersheimer Weg bestehen alle ausgewählten Siedlungen aus Mehrfamilienhäusern. Jede dieser Siedlungen hebt sich durch ihren einheitlichen Baustil und durch scharf begrenzende Verkehrswege deutlich von ihrem Umfeld ab. Dieser Inselcharakter bleibt jedoch nicht nur auf den optischen Eindruck beschränkt, sondern wird von strukturellen Faktoren verstärkt, die den Kontrast zwischen den einzelnen Siedlungen und ihrer jeweiligen Umgebung zusätzlich verschärfen. Das gilt insbesondere für die Alterstruktur und für den Zuwandereranteil, der in manchen Siedlung deutlich über, in anderen dagegen deutlich unter dem Durchschnitt des gesamten Ortsteils liegt.

Betrachtet man zunächst einmal die unterschiedliche Entwicklung der Einwohnerzahlen in den sieben ausgewählten Siedlungen, so fällt auf, dass sie im allgemeinen der Bevölkerungsentwicklung Frankfurts folgen. Abgesehen von den beiden erst in den 70er Jahren fertiggestellten Siedlungen Berkersheimer Weg und Ben-Gurion-Ring verzeichnen alle Siedlungen zwischen 1970

---

mengesetzt werden" (Schröpfer 1994:158).

[69] vgl. Schröpfer (1994:155).

und 1987 einen Bevölkerungsschwund.[70] Auch die im Jahr 1993 kurzzeitig erhöhte Einwohnerzahl Frankfurts - verursacht durch eine außergewöhnlich starke Zuwanderung von Asylsuchenden, Bürgerkriegsflüchtlingen und Spätaussiedlern - spiegelt sich in allen Wohnsiedlungen wieder.

Tabelle IV.3: Einwohnerentwicklung in ausgewählten Siedlungen

Untersuchungsgebiet u. Siedlungen	**Baujahr**	**Einwohnerzahl**			
		1970	**1987**	**1993**	**1996**
Untersuchungsgebiet I: Gallusviertel					
Hellerhof-Siedlung	1901-1904 1929-1938	9090	6985	7220	6735
Friedrich-Ebert-Siedlung	1925-1939 1950-1956	5270	4183	4270	3964
Untersuchungsgebiet II: Bornheim					
Siedlung Bornheimer Hang	1925-1929 1951-1953	5061	4255	4094	4061
Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg					
Siedlung Sigmund-Freud-Straße	1957-1959	1547	957	1019	965
Karl-Kirchner-Siedlung	1958-1971	3810	2845	2803	2749
Siedlung Berkersheimer Weg	1967-1971	1860	2238	2363	2198
Siedlung Ben-Gurion-Ring	1976-1977	-	4251	4509	4427

Quelle: Sonderauswertung Bürgeramt Statistik und Wahlen; z.T. veröffentlicht in frankfurter statistische berichte, verschiedene Ausgaben;

Wie die folgenden Tabellen verdeutlichen, sind die Bevölkerungsentwicklung und insbesondere die Bewohnerstruktur der Siedlungen im wesentlichen von zwei Einflussgrößen geprägt. Das ist zum einen der eng mit der Entstehungsgeschichte der Siedlung verknüpfte Familienzyklus und zum anderen die Größe der Wohnungen.

Familien und Ehen durchlaufen typischerweise unterschiedliche Phasen, in denen jeweils bestimmte Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen und in denen sich auch die Haushaltsgröße ändert. Hierzu zählen Eheschließung, Geburt des ersten und weiterer Kinder, der Auszug des ersten und weiterer Kinder sowie der Tod des einen und schließlich des anderen Ehepartners. Familiäre Haushalte werden durch ein Paar gegründet und durch Kinder erweitert. Wenn die Kinder ausziehen, schrumpft der Haushalt und beim Tod der Ehepartner, löst sich der familiäre Haushalt schließlich auf.

[70] Hierzu ist allerdings anzumerken, dass Vergleiche zwischen den Einwohnerzahlen der einzelnen Siedlungen problematisch sind, da die demographischen Veränderungen durch die Auswirkungen der verschiedenen Methoden überlagert werden, nach denen die Daten jeweils zusammen gestellt wurden. Die Zahlen für 1970 wurden auf Baublockebene, die Zahlen für 1987 auf Blockseitenebene und die Zahlen ab 1993 auf Adressenebene zusammen gestellt. Vgl. Schröper (1995:46).

Unter dem Einfluss von Modernisierungsprozessen werden zwar die familiären Lebensformen und damit auch die vormals sozial normierten Phasen dieses Familienzyklus pluralisiert und individualisiert. Doch in Wohnsiedlungen sorgen strukturelle Faktoren dafür, dass die Vielfalt der Lebensformen dort weniger spürbar ist als andernorts. Denn Wohnungen in Neubaugebieten werden in erster Linie von Familien bezogen, die sich in der Erweiterungsphase befinden. Deshalb ist die Altersstruktur einer Siedlungsbevölkerung relativ eng an den Familienzyklus gebunden. In neuen Siedlungen finden sich überdurchschnittlich hohe Anteile von Kindern und Jugendlichen. Hingegen weisen ältere Siedlungen tendenziell einen hohen Seniorenanteil auf.

Dieser Zusammenhang läßt sich beispielsweise sehr deutlich an der Siedlung Bornheimer Hang ablesen (vgl. Tabelle VI.4 und VI.5). 1987 waren 36,5 Prozent der Bewohner dieser relativ alten Siedlung im Seniorenalter. Die Siedlung wies damit den mit Abstand höchsten Seniorenanteil aller Frankfurter Wohnsiedlungen auf.[71] Man kann davon ausgehen, dass es sich bei den älteren Bewohnern größtenteils um Personen handelt, die in der Nachkriegszeit und Anfang der 50er Jahre eingezogen sind. Der Vergleich mit 1996 deutet darauf hin, dass die Angehörigen dieser Altersgruppe nach und nach sterben oder ihre Wohnung aufgeben (müssen), um in ein Alters- oder Pflegeheim zu wechseln. Die freiwerdenden Wohnungen werden offensichtlich zumindest zum Teil von Familien bezogen, denn der Anteil der Kinder und Jugendlichen steigt, wenngleich in relativ geringem Ausmaß, was vermutlich mit der geringen Größe der Wohnungen zusammenhängt.

Der Einfluss des Familienzyklus läßt sich auch an der Siedlung Sigmund-Freud-Straße recht deutlich erkennen, die sich aber offensichtlich in einer früheren Entwicklungsphase befindet als die Siedlung Bornheimer Hang, da hier einem sinkenden Anteil von Kindern und Jugendlichen ein steigender Anteil von Senioren und Seniorinnen gegenübersteht.

In den anderen Siedlungen kommt der Einfluss des Familienzyklus weit weniger deutlich zum Vorschein. Das mag zum einen daran liegen, dass sich in älteren Siedlungen mehrere Familienzyklen überlagern (z.B. in der Hellerhof-Siedlung und der Friedrich-Ebert-Siedlung) und dass in den jüngeren Siedlungen der erste Zyklus noch nicht abgeschlossen ist (z.B. in den Siedlungen Berkersheimer Weg und Ben-Gurion-Ring). Es mag aber zum anderen auch durch hohe Fluktuation bedingt sein. Diese kann u.a. darauf beruhen, dass eine Siedlung in erster Linie Wohnungen derselben Größe aufweist, die nur während bestimmter Familienphasen den Bedürfnissen der Bewohner entspricht. So ist anzunehmen, dass der anhaltend hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen in den Siedlungen Berkersheimer Weg und Ben-Gurion-Ring mit den überdurchschnittlich großen Wohnungen zusammenhängt. Soweit es sich um Belegrechtswohnungen handelt, trägt außerdem die Praxis der Wohnungsvergabe dazu bei, dass freiwerdende große Wohnungen erneut von Familien mit Kindern bezogen werden. Hinzu kommt, dass nach Aussage der befragten Stadtteilbewohner und -akteure beide Siedlungen einen negativen Ruf haben und hohe Fluktuation aufweisen. Mobile Bevölkerungsgruppen ziehen offensichtlich be-

[71] Vgl. Schröpfer (1995:50).

reits nach kurzer Zeit wieder fort und so werden recht häufig Wohnungen frei, die von Familien mit Kindern bezogen werden können.

Tabelle IV.4: Altersstruktur der Einwohner ausgewählter Siedlungen: Senioren und Seniorinnen

Untersuchungsgebiet u. Siedlungen	**Anteil der Einwohner mit 65 Jahren und mehr (in Prozent)**				
	1970	**1987**	**1993**	**1995**	**1996**
Untersuchungsgebiet I: Gallusviertel					
Hellerhof-Siedlung	17,7	21,2	18,1	17,4	17,3
Friedrich-Ebert-Siedlung	18,6	22,4	18,5	18,5	18,3
Untersuchungsgebiet II: Bornheim					
Siedlung Bornheimer Hang	29,5	36,5	31,4	29,7	29,2
Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg					
Siedlung Sigmund-Freud-Straße	8	15,8	17,9	18,8	19,1
Karl-Kirchner-Siedlung	12,9	13,3	14,9	15,2	15,4
Siedlung Berkersheimer Weg	14,9	14,5	12,1	12,2	12,5
Siedlung Ben-Gurion-Ring	-	10,2	10	10,2	10,3

Quelle: Sonderauswertung Bürgeramt Statistik und Wahlen; z.T. veröffentlicht in frankfurter statistische berichte, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnung

Tabelle IV.5: Altersstruktur der Einwohner ausgewählter Siedlungen: Kinder und Jugendliche

Untersuchungsgebiet u. Siedlungen	**Anteil der Einwohner unter 18 Jahren (in Prozent)**				
	1970	**1987**	**1993**	**1995**	**1996**
Untersuchungsgebiet I: Gallusviertel					
Hellerhof-Siedlung	20,6	15,4	16	15,3	15
Friedrich-Ebert-Siedlung	20,2	13,3	14,4	13	12,7
Untersuchungsgebiet II: Bornheim					
Siedlung Bornheimer Hang	13,6	9,1	10,7	11,1	11,1
Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg					
Siedlung Sigmund-Freud-Straße	37,1	17,3	17,1	16,2	15,6
Karl-Kirchner-Siedlung	33,9	20,7	20,2	20	20,4
Siedlung Berkersheimer Weg	28,1	22,5	22,6	22,9	23,4
Siedlung Ben-Gurion-Ring	-	29	29,9	29,8	28,3

Quelle: Sonderauswertung Bürgeramt Statistik und Wahlen; z.T. veröffentlicht in frankfurter statistische berichte, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnung

Hinsichtlich der stadtteilspezifischen Integration von Zuwanderern kommt den hier analysierten Wohnsiedlungen unterschiedliche Bedeutung zu, da in manchen überdurchschnittlich viele, in anderen hingegen außergewöhnlich wenige Zuwanderer leben. Die im Gallusviertel gelegenen Siedlungen weisen zwar einen sehr hohen Anteil von Bewohnern mit ausländischer Staatsangehörigkeit auf; er liegt aber dennoch deutlich unter dem Durchschnitt des Gallusviertels. In der Siedlung Bornheimer Hang lag der Ausländeranteil 1993 mit 13,4 Prozent sogar nur knapp über der Hälfte des durchschnittlichen Ausländeranteils in Bornheim von damals 25,6 Prozent.[72] Hingegen liegen die älteren, in Eckenheim und Preungesheim gelegenen Siedlungen im Durchschnitt der beiden Ortsteile und die Hochhaussiedlungen am Berkersheimer Weg und am Ben-Gurion-Ring weisen schließlich einen weit überdurchschnittlichen Zuwandereranteil auf.

Tabelle IV. 6: Anteil der ausländischen Einwohner in ausgewählten Siedlungen

Untersuchungsgebiet u. Siedlungen	**Anteil der ausländischen Einwohner (in Prozent)**		
	1993	**1995**	**1996**
Untersuchungsgebiet I: Gallusviertel			
Hellerhof-Siedlung	41	40,6	40,5
Friedrich-Ebert-Siedlung	32,6	33,8	34,4
Untersuchungsgebiet II: Bornheim			
Siedlung Bornheimer Hang	13,4	15,4	16,5
Untersuchungsgebiet III: Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg			
Siedlung Sigmund-Freud-Straße	28,1	29,9	29,2
Karl-Kirchner-Siedlung	22,8	26,5	28,2
Siedlung Berkersheimer Weg	34,9	38,2	39,4
Siedlung Ben-Gurion-Ring	32,3	33,1	32,8

Quelle: Sonderauswertung Bürgeramt Statistik und Wahlen; z T. veröffentlicht in frankfurter statistische berichte, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnung

Betrachtet man, wie sich der Anteil der ausländischen Einwohner zwischen 1993 und 1996 entwickelt hat, so zeigt sich in der Karl-Kirchner-Siedlung in Preungesheim und in der am Frankfurter Berg gelegenen Siedlung Berkersheimer Weg ein deutlicher Anstieg um 5,6 bzw. 4,5 Prozentpunkte. Auch in der Siedlung Bornheimer Hang ist ein Anstieg von 2,9 Prozentpunkten zu verzeichnen, der aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus eine sprunghafte Entwicklung erkennen lässt.

[72] Schröpfer (1994:162).

Falls dieser Trend andauert, könnte dies einen grundlegenden Wandel der Bevölkerungsstruktur signalisieren, der relativ großes Konfliktpotential in sich birgt. Denn die Siedlung Bornheimer Hang ist wie oben bereits beschrieben durch einen außergewöhnlich hohen Seniorenanteil charakterisiert. Den neu zugezogenen Bewohnern ausländischer Staatsangehörigkeit steht also eine langansässige etablierte deutsche Bevölkerung gegenüber, die aufgrund ihres vorgerückten Alters einen Statusverlust erleidet und zudem erlebt, dass ihr soziales Netz durch Todesfälle und altersbedingte Wegzüge langjähriger Nachbarn schwindet. Gleichzeitig erfährt die vormals homogene Einwohnerstruktur eine rasche Veränderung. Die damit verbundenen Verlusterfahrungen der alteingesessenen deutschen Bewohner sind erfahrungsgemäß dafür prädestiniert, eine negative Einstellung gegenüber Neuankömmlinge hervorzurufen, die diese Veränderungen symbolisieren.[73]

In den Siedlungen in der Sigmund-Freud-Straße (Eckenheim) und am Ben-Gurion-Ring (Bonames/Niedereschbach) stieg der Anteil der Bewohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen 1993 und 1995 leicht an, um im darauffolgenden Jahr wieder etwas abzufallen. Welche Ursachen hinter diesen geringfügigen Schwankungen stehen, ist unklar, aber es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass in beiden Siedlungen wohl ein relativ hoher Anteil von Spätaussiedlern lebt. Diese Annahme stützt sich auf die Berichte von Akteuren und Bewohnern der beiden Stadtteile. Es ist also anzunehmen, dass der Zuwandereranteil in beiden Siedlungen weit über dem Ausländeranteil liegt, doch diese Hypothese läßt sich statistisch nicht überprüfen, da Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Zusammenfassung der Entwicklungen

Zusammenfassend lässt sich nun ein vorläufiges Bild der drei Untersuchungsgebiete zeichnen, das hypothetische Annahmen darüber erlaubt, unter welch unterschiedlichen Rahmenbedingungen Zuwanderer und Deutsche jeweils zusammenleben.

Das *Gallusviertel* ist ein industriell geprägtes Arbeiterviertel, in dem bereits seit den 60er und 70er Jahren überdurchschnittlich viele Zuwanderer leben. Die angeworbenen „Gastarbeiter" trugen dazu bei, den Arbeitskräftemangel der Industrie auszugleichen und die Wirtschaftskraft des Gallusviertels zu stabilisieren. Über die Integration der ausländischen Neuankömmlinge machte man sich vermutlich ebenso wenig Gedanken wie in anderen deutschen Anwerberegionen auch. Beide Seiten gingen von einem zumeist vorübergehenden Aufenthalt aus. Die enge Verbindung von Arbeiten und Wohnen bewirkte außerdem, dass interkulturelle Kontakte aus dem Betrieb in der Freizeit weiterverfolgt werden konnten. Das Zusammenleben dürfte zudem durch die relativ ähnliche Lebenslage der deutschen und ausländischen Arbeiter erleichtert worden sein.

[73] Vgl. Elias/Scotson (1993) sowie Caesperlein/ Gliemann (1999) u. (2000).

Die Tatsache, dass das Gallusviertel ein traditionelles Arbeiterviertel ist, hat aber noch weitere Effekte, die das stadtteilspezifische Integrationspotential beeinflussen. So bewirkt der Bedeutungsverlust der Industrieproduktion eine wirtschaftliche Destabilisierung weiter Teile der Stadtteilbevölkerung und geht mit großen persönlichen Verlusterfahrungen einher, die das soziale Klima des Stadtteils beeinträchtigt. Hinzu kommt die Stigmatisierung, die das vom Zentrum abgeschnittene einflussschwache und statusniedrige Arbeiterviertel trifft.

Ein weiterer Faktor, der das Leben im Gallusviertel wesentlich prägt, sind die durchgängig bescheidenen Wohnverhältnisse, die in der Vorkriegszeit Vorbildcharakter hatten, aber heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen. Die geringe Größe der Wohnungen scheint neben dem negativen Stadtteilimage und der mangelhaften Infrastruktur ein wichtiger Grund dafür zu sein, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen das Gallusviertel verlassen oder von vornherein meiden. Zumindest außerhalb der beiden großen Wohnsiedlungen, Hellerhof-Siedlung und Friedrich-Ebert-Siedlung, weist das Gallusviertel nach Auskunft der Stadtbezirksvorsteher eine hohe Fluktuation auf und fungiert damit als Durchgangsstadtteil, in dem einem anhaltend hohen Integrationsbedarf ein schwindendes Integrationspotential gegenüber steht.

Eine andere Ausgangssituation findet sich in *Bornheim*. Dieser Ortsteil zeichnet sich durch eine wesentlich gemischtere Bebauung aus und verfügt daneben über weit höhere Ressourcen im Bereich Arbeit, Wohnen und Freizeitwert. Zudem ist er zentraler gelegen und genießt den Ruf, eine der beliebtesten Wohngegenden im Bereich der Innenstadt zu sein. Der Ausländeranteil bewegte sich in Bornheim immer im Durchschnitt der Gesamtstadt und bei den Interviews mit Stadtteilbewohnern entstand der Eindruck, dass sich die Integration der Zuwanderer im allgemeinen relativ unspektakulär vollzieht und Bornheim von einem gewissen multikulturellen Flair profitiert.

Es gibt aber gleichzeitig Anzeichen, dass sich in einer der Wohnsiedlungen ein hohes Konfliktpotential aufbaut. Die vergleichende Analyse der Bevölkerungsentwicklung in verschiedenen Wohnsiedlungen enthält Hinweise darauf, dass sich die Bewohnerstruktur in der Siedlung Bornheimer Hang in einer Umbruchsituation befindet. Die langansässige erste Generation der in den 50er Jahren eingezogenen Bewohner hat ein hohes Alter erreicht und erlebt seit ca. einem Jahrzehnt, dass „die Nachbarn von damals" zusehends weniger werden. Die jahrzehntelang stabile und nach Auskunft von Bewohnern außergewöhnlich homogene Nachbarschaft löst sich altersbedingt auf und die Neuzuzüge weisen nicht nur bezüglich ihres Alters und ihrer Familienphase, sondern auch bezüglich ihrer ethnischen Herkunft Strukturmerkmale auf, die sich von denen der alteingesessenen etablierten Bewohnerschaft unterscheiden. Vor diesem Hintergrund kommt es nach Auskunft von mehreren Interviewpartnern zu Nachbarschaftskonflikten, die durch ethnisierende Zuschreibungen überlagert werden.

Was schließlich die Situation im *Untersuchungsgebiet III* betrifft, so hat die Analyse seiner Entwicklungsgeschichte verdeutlicht, dass die Lage am Stadtrand sich in vielerlei Hinsicht auf die baulich-räumliche Struktur der Ortsteile *Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg* auswirkt und damit das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern wesentlich

beeinflusst. Die räumliche Verteilung der Bewohnerschaft dieses Untersuchungsgebiets ist in sozialstruktureller Hinsicht zweigeteilt. Auf der einen Seite gibt es alte, teils dörflich anmutende Wohngebiete mit einer natürlich gewachsenen Bebauung, in denen langansässige, überwiegend deutsche Bewohner leben. Hier ist auch der Anteil von Eigenheimbesitzern relativ hoch. Auf der anderen Seite gibt es am Reißbrett entworfene Wohnsiedlungen, die in den 50er bis 70er Jahren auf freien Grundstücken der am Stadtrand gelegenen Ortsteile errichtet wurden, um dem allgemeinen Wohnraummangel abzuhelfen. Heute weisen diese Wohnsiedlungen mitunter einen vergleichsweise hohen und rasch zunehmenden Zuwandereranteil auf und werden außerdem nach Auskunft mehrerer Interviewpartner zu einem hohen Prozentsatz von einkommensschwachen Familien bewohnt. Die in derart unterschiedlich strukturierten Wohngebieten lebenden „Etablierten und Außenseiter" (Elias/ Scotson 1993) haben offensichtlich wenig gemein.

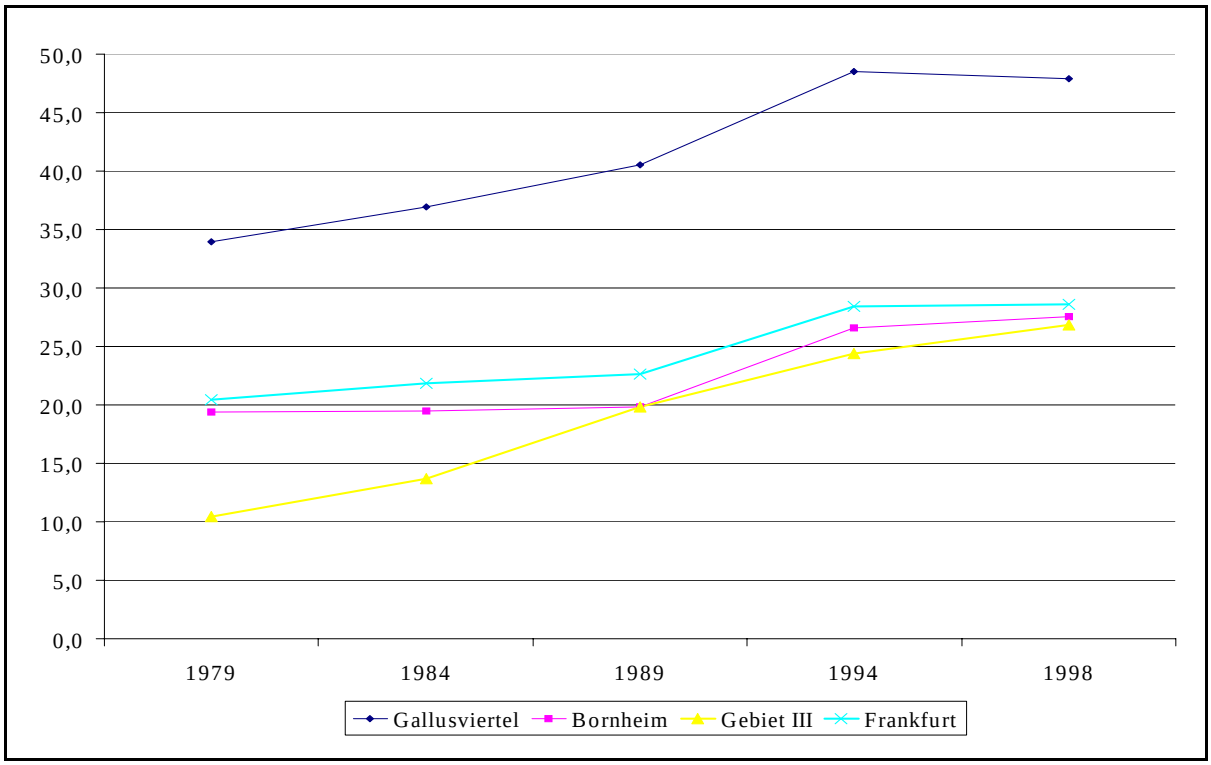
Das Untersuchungsgebiet III zeichnet sich zudem dadurch aus, dass es immer Schübe mit hohem Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatte, die in erster Linie auf dem Bau neuer Wohnsiedlungen basieren. Auch im Moment sind mehrere Wohnsiedlungen im Bau oder in Planung und negative Erfahrungen mit bereits existierenden Siedlungen, die sich aus Sicht mancher Interviewpartner zu sozialen Brennpunkten entwickelt haben, rufen Befürchtungen hervor, dass sich ähnliche Entwicklungen wiederholen könnten.

Die nun folgenden sekundärstatistischen Analysen kommunaler Daten zur sozialen und demographischen Entwicklung in den untersuchten Ortsteilen sollen dazu beitragen, dieses vorläufige Bild der drei Untersuchungsgebiete weiter zu differenzieren.

2.3 Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur in den Stadtteilen

In den folgenden Ausführungen wird zunächst dargestellt, wie sich die Bevölkerung der untersuchten Stadtteile in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hat. Dann wird gezeigt, welche Bevölkerungsbewegung sich im Moment vollziehen und wie sich die Bevölkerung derzeit zusammensetzt. Wir beginnen mit der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung.

Grafik IV.1: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten und in der Gesamtstadt 1979-1998

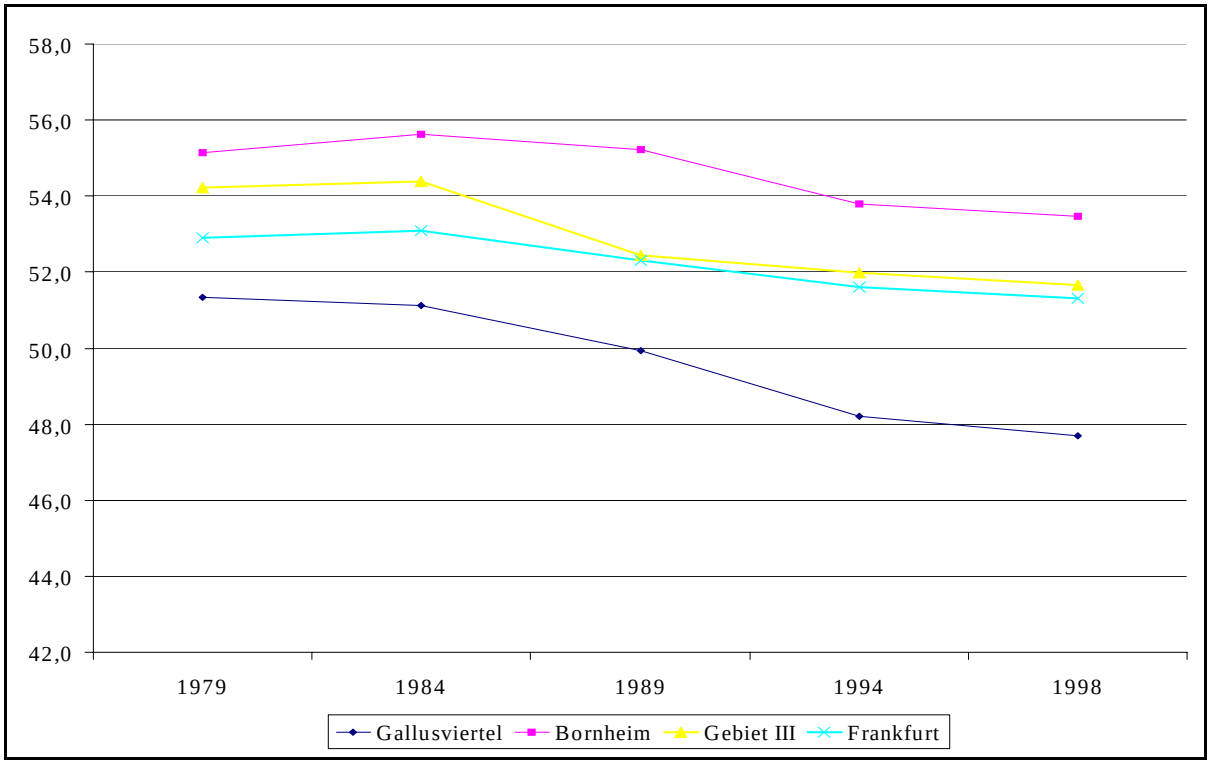


Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1980, 1985, 1990, 1995 und 1999

Die Entwicklung des Ausländeranteils seit 1979 lässt erkennen, dass Bornheim und das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) ungefähr im Frankfurter Durchschnitt liegen. Dagegen weist das Gallusviertel schon seit Jahrzehnten einen weit überdurchschnittlichen Ausländeranteil auf. In Bornheim verlief die Entwicklung des Ausländeranteils fast parallel zur Entwicklung in der Gesamtstadt. Dagegen ist im Untersuchungsgebiet III ein starker Anstieg zu verzeichnen. Die Bevölkerungsstruktur wandelt sich dort offensichtlich deutlich stärker als andernorts.

Aufschlussreich ist es in diesem Zusammenhang auch, die Entwicklung des weiblichen Bevölkerungsanteils zu verfolgen. Generell lässt sich für Deutschland sagen, dass ein niedriger Frauenanteil, eine ungünstige Sozialstruktur symbolisiert. Zwar lässt sich diese Aussage nicht pauschal verallgemeinern, aber in Verbindung mit anderen sozialen Indikatoren und vor dem Hintergrund der schriftlichen und mündlichen Befragung von Stadtteilbewohnern, kommt auch der Entwicklung des weiblichen Bevölkerungsanteils eine gewisse Indikatorfunktion zu.

Grafik IV. 2: Entwicklung des weiblichen Bevölkerungsanteils in den Untersuchungsgebieten und in der Gesamtstadt 1979-1998

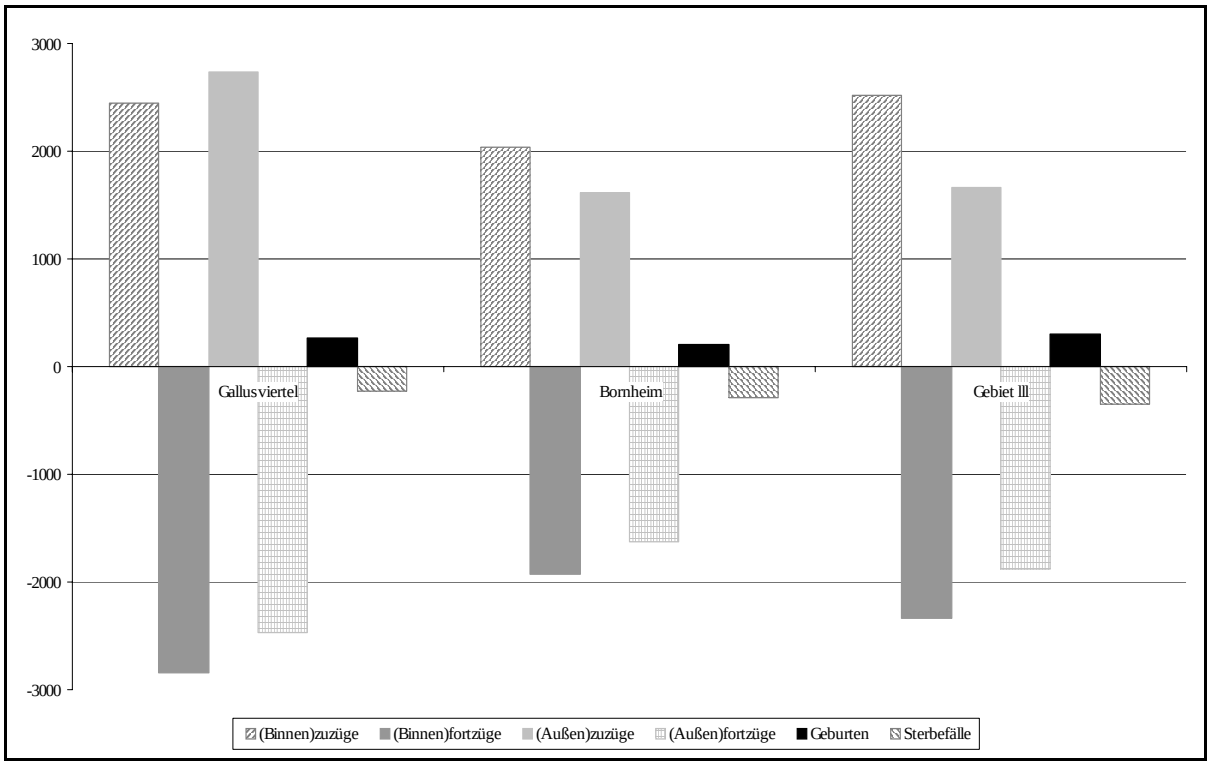


Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1980, 1985, 1990, 1995 und 1999

Das Gallusviertel hatte schon immer einen niedrigen Frauenanteil zu verzeichnen, der sich in den letzten Jahren weiter verringert hat. Dass dies deutlich stärker erfolgte als im Frankfurter Durchschnitt ist möglicherweise ein Indiz für eine sich zunehmend problematischer gestaltende Sozialstruktur. Auch im Untersuchungsgebiet III ist der Frauenanteil seit Mitte der 80er Jahre gesunken, allerdings liegt er noch auf im Frankfurter Durchschnitt. Bornheim lag dagegen immer deutlich über dem Frankfurter Durchschnitt. Dass der Frauenanteil in den 90er Jahren zurückgegangen ist, liegt in diesem Fall wohl an der alterstrukturbedingt deutlich höheren Zahl weiblicher Sterbefälle.

Bislang kann also festgehalten werden, dass in den letzten Jahren vor allem im Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) sozialstrukturelle Veränderungen stattfinden, die in eine problematische Richtung zu verlaufen scheinen. Im folgenden sollen nun die Bevölkerungsbewegungen von 1998 im Detail dargestellt werden. Sie lassen sich aufteilen in a) (Binnen)zuzüge und -fortzüge innerhalb der Stadt Frankfurt, in b) (Außen)zuzüge und -fortzüge über die Stadtgrenze hinweg und in c) natürliche Bevölkerungsbewegungen, also Geburten und Sterbefälle.

Grafik IV.3: Bevölkerungsbewegungen in den Untersuchungsgebieten 1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1980, 1985, 1990, 1995 und 1999

Zunächst wird deutlich, dass die natürlichen Bevölkerungsbewegungen verglichen mit den Wanderungsbewegungen vom Volumen her völlig unbedeutend sind, was für die Situation in Großstädten typisch ist. Die Grafik zeigt, dass im Gegensatz zu den beiden anderen Untersuchungsgebieten im Gallusviertel die Außenzuwanderung bedeutender ist als die Binnenzuwanderung. Hieran lässt sich erkennen, dass das Gallusviertel als Durchgangsstadtteil fungiert, der viele Personen aufnimmt, die neu nach Frankfurt zuziehen. Im Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) dominieren dagegen eindeutig die Binnenzuzüge. Bei den Fortzügen weisen 1998 alle Untersuchungsgebiete eine parallele Entwicklung auf. Die unterschiedliche Verteilung der Geburten und Sterbefälle in den Stadtteilen hängen mit der unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsstruktur zusammen.

Die Zu- und Fortzüge (Mobilität) wirken sich auf die Wohndauer der in den drei Stadtteilen lebenden Bevölkerung aus, die nun getrennt nach Deutschen und Ausländern dargestellt wird.

Tabelle IV.7: Wohndauer der volljährigen deutschen und ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten 1999

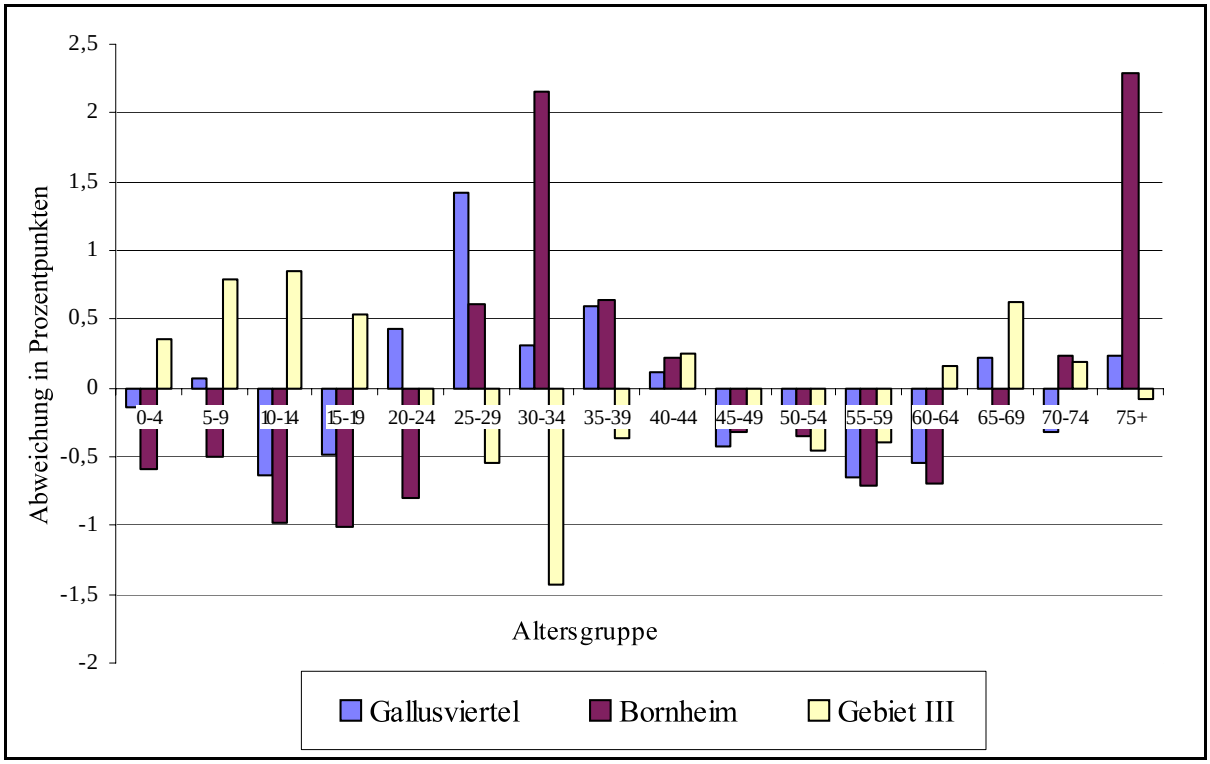
	Wohndauer in Jahren von ... (in Prozent)			
	0 bis unter 2	**2 bis unter 5**	**5 bis unter 10**	**10 und mehr**
Gallusviertel				
Deutsche	19,9	15,6	14,9	49,6
Ausländer	33,6	19,2	18,5	28,7
Bornheim				
Deutsche	18,1	16,3	14,0	50,9
Ausländer	28,1	21,4	20,2	30,3
Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg				
Deutsche	15,1	18,8	12,9	53,3
Ausländer	28,8	29,3	15,4	26,5
Frankfurt gesamt				
Deutsche	17,8	16,1	13,1	53,0
Ausländer	32,0	23,0	17,1	27,8

Quelle: Sonderauswertung Bürgeramt für Statistik und Wahlen; eigene Berechnung

Hier ist erneut zu erkennen, dass die Bevölkerung im Gallusviertel weit mobiler ist als in den anderen Untersuchungsgebieten. Ein Drittel der dort lebenden Ausländer und ein Fünftel der Deutschen sind in den letzten zwei Jahren in ihre derzeitige Wohnung gezogen. Betrachtet man hingegen den Anteil der langansässigen Bewohner, die schon mindestens 10 Jahre in ihrer Wohnung leben, so weist das Gallusviertel bei Deutschen einen relativ geringen, bei Ausländern aber einen leicht über dem Frankfurter Durchschnitt liegenden Anteil auf. Die größten Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern mit einer Wohndauer von mindestens 10 Jahren, weist das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) auf. Dies kann als Hinweis auf eine ziemlich unterschiedliche Lebenslage zwischen den dort lebenden Zuwanderern und Deutschen gewertet werden. Insbesondere ist anzunehmen, dass Deutsche und Zuwanderer über unterschiedlich dichte Nachbarschaftsnetzwerke verfügen.

Die folgenden Grafiken stellen die Altersverteilung der ausländischen und deutschen Einwohner dar. Dabei wird abgebildet, wie weit die einzelnen Altersgruppen der ausländischen bzw. der deutschen Bevölkerungsgruppe jeweils von Frankfurter Durchschnitt abweichen.

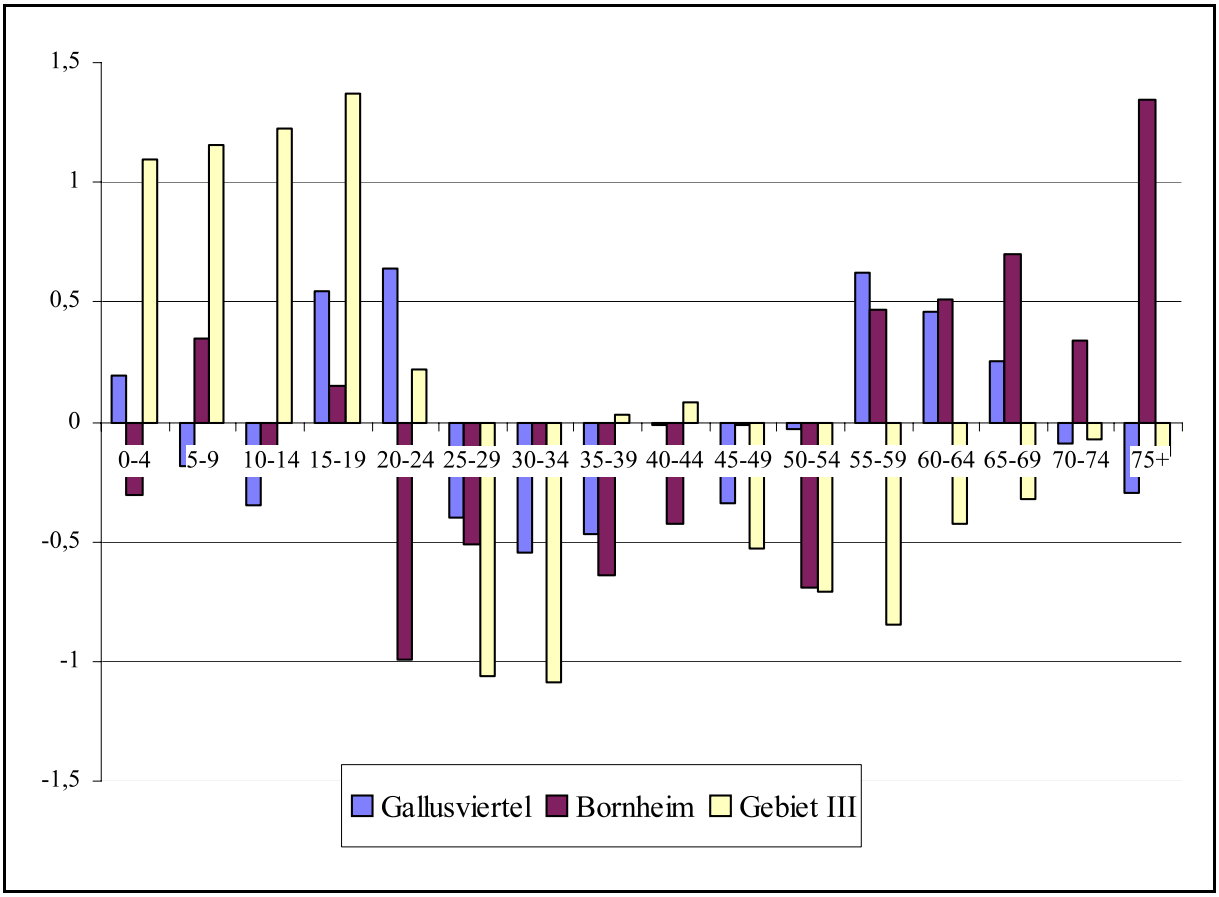
Grafik IV.4: Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten: Abweichung vom Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung in Frankfurt 1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Bezüglich der Altersverteilung der ausländischen Bevölkerung besitzt offensichtlich Bornheim die besten Voraussetzungen: Geringer Anteil bei den jungen Altersstufen, viele im jüngeren Erwerbstätigenalter, wenige im älteren. Hinzu kommen deutlich überdurchschnittlich viele Personen, die 75 Jahre und älter sind. Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) weist eine genau umgekehrte Verteilung auf: Viele Junge, kaum Personen im erwerbstätigen Alter. Das Gallusviertel steht etwa in der Mitte mit einem sehr hohen Anteil an 25-29jährigen, die sich vermutlich zu einem Gutteil aus allein lebenden männlichen Arbeitsmigranten zusammen setzen. Auffällig ist der in allen drei Untersuchungsgebieten geringe Anteil der 45-64jährigen. Offensichtlich wohnen die in den 60er Jahren angeworbenen Migranten der ersten Generation bevorzugt in anderen Stadtteilen.

Grafik IV.5: Altersverteilung der deutschen Bevölkerung in den Untersuchungsgebieten: Abweichung vom Durchschnitt der deutschen Bevölkerung in Frankfurt 1998



Quelle: Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 1999

Auch bezüglich der deutschen Bevölkerung zeigt das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) eine ungünstige Altersstruktur: extrem viele Kinder und Jugendliche und in allen Altersstufen danach eine unterdurchschnittliche Besetzung. Die hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen könnte bedeuten, dass man es hier mit zunehmenden sozialen Problemlagen bei den Deutschen zu tun hat. Es könnte aber auch genau das Gegenteil der Fall sein, nämlich dass es sich um etablierte Zwei-Kind-Familien im Eigenheim handelt. Angesichts der Zusammensetzung von Untersuchungsgebiet III aus sehr unterschiedlich bebauten Ortsteilen, ist zu vermuten, dass beide Gründe gleichzeitig relevant sind.

Die folgende Tabelle zeigt, dass sich die ausländische Bevölkerungsgruppe in den drei Untersuchungsbieten jeweils unterschiedlich zusammensetzt. Im Gallusviertel leben überwiegend Personen (ex-)jugoslawischer oder türkischer Staatsangehörigkeit, also Angehörige der Hauptanwerbeländer. Im Untersuchungsgebiet III überwiegen dagegen Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit. Das spiegelt die Situation wieder, dass das Gallusviertel schon in der Anwerbephase ein klassisches Wohngebiet für Zuwanderer war, während der Zuwandereranteil im Untersuchungsgebiet III erst in letzter Zeit gestiegen ist.

Tabelle IV.8: Ausländische Bevölkerung mit Hauptwohnsitz nach ausgewählten Staatsangehörigkeit in den Untersuchungsgebieten 1998

	absolut		**Prozentualer Anteil an der ausländischen Bevölkerung**	
	(Ex-)Jugoslawen	Türken	(Ex-)Jugoslawen	Türken
Gallusviertel	3.768	2.823	29,9	22,4
Bornheim	1.863	1.373	25,7	18,9
Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg	1.304	1.655	17,7	22,5

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1998, eigene Berechnung

Abschließend soll nun noch auf die unterschiedliche Sozialhilfedichte eingegangen werden. Wie oben bereits dargestellt wurde, waren die Sozialhilfedichte eines der Merkmale, die dazu beigetragen haben, diese Untersuchungsgebiete zu wählen.

Tabelle IV.9: Sozialhilfedichte nach Staatsangehörigkeit in den Untersuchungsgebieten 1998

	Hilfe zum Lebensunterhalt auf 1.000 Einwohner	
	Deutsche	**Ausländer**
Teilgebiet 1		
Gallusviertel	97	86
Teilgebiet 2		
Bornheim	49	104
Teilgebiet 3		
Eckenheim	72	143
Preungesheim	89	126
Bonames	99	346
Frankfurter Berg	89	212

Quelle: statistisches jahrbuch frankfurt am main 1999 u. frankfurter statistische berichte 1'2000; eigene Berechnungen

Bornheim vertritt bezüglich der Sozialhilfedichte in etwa den Frankfurter Durchschnitt, der für die deutsche Bevölkerung bei 48 pro 1000 Einwohner und bei für die ausländische Bevölkerung bei 89 pro 1000 Einwohner liegt. Demgegenüber weist im Gallusviertel die ausländische Bevölkerung eine leicht unterdurchschnittliche Sozialhilfedichte auf. Die deutsche Bevölkerung des Gallusviertels bezieht dagegen häufiger Sozialhilfe. Mit 97 pro 1000 Einwohnern ist die Sozialhilfedichte doppelt so hoch wie beim Durchschnitt der deutschen Bevölkerung. Die deutschen Einwohner im Untersuchungsgebiet III weisen ebenfalls eine deutlich überdurchschnittliche Sozialhilfedichte auf. Gleichzeitig liegt hier auch die ausländische Bevölkerung weit über dem Durchschnitt. In Bonames ist mit 346 Sozialhilfeempfängern pro 1000 ausländischen Einwohnern die höchste Sozialhilfedichte Frankfurts zu verzeichnen.

Zusammenfassend lässt die Analyse der Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur in den Untersuchungsgebieten erkennen, dass Bornheim in vielerlei Hinsicht eine durchschnittlichen Stadtteil repräsentiert, das Gallusviertel dagegen viele als problematisch geltende Merkmale aufweist, die allerdings relativ stabil sind. Dagegen ist das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) offensichtlich einem sozialstrukturellen Wandel unterworfen, der deutlich negative Vorzeichen trägt.

3. Ergebnisse der repräsentativen Befragung in den Stadtteilen

Um die Perspektive der Bewohner/innen der drei untersuchten Stadtteile in die Evaluation der Integrationsprozesse angemessen einzubeziehen, wurden mehrere Erhebungen durchgeführt. So wurden neben der postalischen Befragung von 1.300 Personen auch Interviews mit 45 Personen geführt, von denen die meisten in den untersuchten Stadtteilen leben und die übrigen beruflich mit Fragen der Integration befasst sind.

Die postalische Befragung richtete sich an 18 bis 40jährige Stadtteilbewohner deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit, die entweder in Deutschland geboren sind oder mindestens seit Beginn ihres 12. Lebensjahres in Frankfurt leben. Die Einzelheiten dieser repräsentativen Erhebung wurden im vorangegangenen Kapitel schon ausführlich erläutert. Dort wurden auch bereits die Ergebnisse dargestellt, die keinen konkreten Stadtteilbezug haben. In diesem Kapitel werden nun die Ergebnisse präsentiert, die das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern[74] im Stadtteil betreffen. Sie beziehen sich zum einen auf die strukturellen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens und zum anderen auf das Lebensgefühl und das soziale Klima im Stadtteil.

[74] Wie bereits oben erläutert, wird bei der Auswertung der Befragungsergebnisse zwischen „Deutschen seit Geburt" und „Zuwanderern" unterschieden. Zur ersten Gruppe zählen nur diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besessen haben. Hingegen werden diejenigen Befragten deutscher Staatsangehörigkeit, die eingebürgert wurden, zur Gruppe „Zuwanderer" gezählt.

Die Befragten verteilen sich wie folgt auf die unterschiedlichen Stadtteile:

Tabelle IV.10: Verteilung der Befragten auf die Stadtteile

	I Gallusviertel	II Bornheim	III Eckenheim, Preungesheim,
Deutsche seit Geburt	207	122	155
Zuwanderer	360	215	208

efms-Repräsentativbefragung 2000

Mit dem Ziel, die Daten der schriftlichen Befragung - bei der bereits zu jeder Frage eine bestimmte Auswahl von Antworten vorgegeben war (sog. geschlossene Fragen) - differenzierter interpretieren zu können, wurde zusätzlich eine inhaltsanalytische Auswertung der handschriftlichen Kommentare vorgenommen, die ein Teil der Befragten auf der letzten Seite des Fragebogens angemerkt hat. Dort war den Befragten angeboten worden, „Fragen, Wünsche oder Vorschläge an die Stadt Frankfurt" niederzuschreiben. Zehn Prozent (132 Personen) haben davon Gebrauch gemacht, so dass sich die Möglichkeit ergibt, auch diese Texte heranzuziehen, um stadtteilspezifische Problemlagen zu beschreiben und Handlungsempfehlungen der Befragten weiterzugeben.

3.1 Strukturelle Rahmenbedingungen der Integration

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen die oben dargestellten strukturellen Besonderheiten der einzelnen Stadtteile und zeigen, dass Fluktuation und Segregation im Untersuchungsgebiet Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg stärker sind als in den beiden anderen analysierten Stadtteilen.

Die erhöhte Fluktuation im Untersuchungsgebiet III läßt sich daran erkennen, dass die Aufenthaltsdauer in beiden Vergleichgruppen deutlich niedriger ist als im Gallusviertel und in Bornheim. Wie Tabelle VI.11 erkennen läßt, liegt generell die Aufenthaltsdauer der Deutschen seit Geburt in allen drei Stadtgebieten höher als die der Zuwanderer. Aber in dem zusammengefassten Gebiet Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (III) weisen selbst die Deutschen seit Geburt eine geringere Aufenthaltsdauer auf als die Zuwanderer in den beiden anderen Gebieten. Aufgrund dieser in beiden Vergleichsgruppen anzutreffenden hohen Fluktuation muss man annehmen, dass die Ausgangsbedingungen für die soziale Integration der Zuwanderer und Deutschen im Wohnbereich ziemlich ungünstig sind.

Tabelle IV.11: Aufenthaltsdauer im Stadtteil (Mittelwert in Jahren)

	I Gallusviertel	**II Bornheim**	**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**
Deutsche seit Geburt	18	18	15,2
Zuwanderer	16,7	16,0	11,7

efms-Repräsentativbefragung 2000

Auch die Ergebnisse zur Wohnform und zur Nachbarschaft der Befragten deuten darauf hin, dass die Rahmenbedingungen für die Aufnahme tragfähiger sozialer Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen im Untersuchungsgebiet III wenig förderlich sind. So zeigen sich bezüglich der Wohnform in Ein-, Zwei- oder Mehrfamilienhäusern deutliche Unterschiede zwischen Gallusviertel (I) und Bornheim (II) einerseits, sowie Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (III) andererseits. Untersuchungsgebiet III zeichnet sich durch einen vergleichsweise hohen Anteil von Deutschen seit Geburt aus, die in Ein- und Zweifamilienhäusern leben. Zuwanderer hingegen wohnen überwiegend in Mehrfamilienhäusern mit 10 oder mehr Wohnungen. Diese Unterschiede zwischen der Wohnform der beiden Vergleichsgruppen sind in den beiden anderen Untersuchungsgebieten weit weniger ausgeprägt. Sowohl im Gallusviertel als auch in Bornheim leben Deutsche seit Geburt und Zuwanderer jeweils zu ähnlichen Anteilen in einer der drei Wohnungsarten, wobei jeweils Mehrfamilienhäuser mit weniger als 10 Wohnungen überwiegen.

Tabelle IV.12: Wohnform der Befragten (in Prozent)

		I Gallusviertel	**II Bornheim**	**Untersuchungsgebiet III**
Ein- oder Zweifamilienhaus	Deutsche seit Geburt	6,7	10,4	36,1
	Zuwanderer	5,8	6,5	9,8
Mehrfamilienhaus mit weniger als 10 Wohnungen	Deutsche seit Geburt	66,8	57,6	39,9
	Zuwanderer	63	56,3	39,5
Mehrfamilienhaus mit 10 oder mehr Wohnungen	Deutsche seit Geburt	26,0	30,4	19,6
	Zuwanderer	28,1	34,4	43,9
Sonstiges	Deutsche seit Geburt	-	1,6	4,4
	Zuwanderer	3,1	2,8	6,8

efms-Repräsentativbefragung 2000

Die besonders großen Unterschiede in der Wohnform von Zuwanderern und Deutschen seit Geburt im Untersuchungsgebiet III werden dadurch verstärkt, dass sich dieses Gebiet aus vier Ortsteilen zusammensetzt, die erstens unterschiedliche Bebauungsstruktur und zweitens unterschiedlich hohe Zuwandereranteile aufweisen. Man kann deshalb davon ausgehen, dass die Zuwanderer und die Deutschen seit Geburt in unterschiedlich bebauten Teilgebieten leben. Dass diese Verteilung auch mit einem segregierten Leben *innerhalb* der Ortsteile Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg einhergeht, zeigt schließlich die Analyse der jeweiligen Nachbarschaft.[75]

Hierbei interessiert besonders der Anteil von Personen, die angeben, dass in ihrem Haus nur oder überwiegend deutsche Nachbarn leben. Je höher dieser Anteil bei Deutschen seit Geburt und je niedriger er bei Zuwanderern ist, um so größer ist die räumliche Segregation zwischen beiden Gruppen. Dies ist im Untersuchungsgebiet III eindeutig der Fall und zeigt, dass die Segregation dort stärker ist als in den beiden anderen Stadtteilen. Deren Besonderheiten lassen sich jeweils mit dem unterschiedlich hohen Anteil von dort lebenden Zuwanderern erklären. Der hohe Ausländeranteil im Gallusviertel führt dazu, dass vergleichsweise wenige Befragte angeben, in einem überwiegend von Deutschen bewohntem Haus zu leben, während der leicht unter dem Frankfurter Durchschnitt liegende Ausländeranteil in Bornheim bewirkt, dass sowohl Deutsche seit Geburt als auch Zuwanderer relativ häufig in überwiegend deutscher Nachbarschaft leben.

Tabelle IV.13: Nachbarschaft im Haus von Befragten, die in einem Mehrfamilienhaus leben (in Prozent)

		I Gallusviertel	**II Bornheim**	**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**
nur oder überwiegend Deutsche	Deutsche seit Geburt	55,0	75,3	69,9
	Zuwanderer	37,5	65,5	46,5
gleich viel Deutsche wie Ausländer	Deutsche seit Geburt	24,9	15,6	15,1
	Zuwanderer	34,8	18,6	27,6
nur oder überwiegend Ausländer	Deutsche seit Geburt	19,7	5,5	12,9
	Zuwanderer	27,1	15,9	22,9

efms-Repräsentativbefragung 2000

[75] Diese Analyse beschränkt sich sinnvollerweise auf Personen, die angeben, in einem Mehrfamilienhaus zu leben.

3.2 Die Wahrnehmung des eigenen Stadtteils

Die Frage nach positiven und negativen Merkmalen des eigenen Stadtteils erlaubt es, das stadtteilspezifische Lebensgefühl der Befragten zu erfassen und zu erfahren, worin sie die Vor- und Nachteile ihrer räumlichen Umgebung sehen.

Bei der Zusammenstellung von Lob und Kritik am Stadtteil zeigt sich zunächst, dass alle Stadtteile deutlich mehr Lob als Kritik erhalten. Dabei werden gute Verkehrsanbindung und die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort besonders hervorgehoben. Auch die Grünanlagen rangieren in allen Untersuchungsgebieten unter den fünf am meisten gelobten Faktoren. Der Vergleich zwischen den drei Untersuchungsgebieten zeigt darüber hinaus, dass das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) deutlich weniger Lob, und das Gallusviertel deutlich mehr Kritik erhält als die jeweils anderen untersuchten Stadtteile.

Tabelle IV.14: Lob am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

I Gallusviertel		**II Bornheim**		**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**	
Verkehrsanbindung	37,4	Verkehrsanbindung	24,9	Verkehrsanbindung	23,1
Einkaufsmöglichkeiten	25,3	Einkaufsmöglichkeiten	23,7	Einkaufsmöglichkeiten	15,2
Günstige Mieten	16,9	Grünanlagen	16,0	Grünanlagen	12,7
Zusammenleben	11,9	Vereine	12,6	wenig Verkehr	9,6
Grünanlagen	11,7	Zusammenleben	10,6	Nachbarschaft	9,3

efms-Repräsentativbefragung 2000

Die drei Hauptkritikpunkte sind Suchtprobleme (Drogen/Alkohol), Vandalismus (Zerstörung von Sachen) und Verkehrsbelastung (zu viel Verkehr). Sie werden in allen drei Gebieten genannt. Die Nennungen unterscheiden sich allerdings erheblich darin, wie stark die Belastung jeweils empfunden wird. Insbesondere das Gallusviertel (I) wird von einem sehr hohen Anteil der befragten Bewohner als ein Stadtteil betrachtet, der unter Suchtproblemen[76] und Vandalismus leidet. Hinzu kommt, dass dort auch andere Belastungen, wie etwa durch hohen Verkehr, Arbeitslosigkeit und durch schlechte Wohnungsqualität, wesentlich häufiger kritisiert werden als in den übrigen Untersuchungsgebieten.

[76] Über Suchtfragen wurde im Gallusviertel zum Zeitpunkt der Befragung anlässlich einer neu errichteten Suchthilfeeinrichtung sehr stark diskutiert, was vermuten lässt, dass die Nennungen auch aus tagesaktuellem Anlass außergewöhnlich hoch sind.

Tabelle IV.15: Kritik am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

I Gallusviertel		II Bornheim		III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg	
Drogen/Alkohol	27,3	zu viel Verkehr	12,8	Zerstörung von Sachen	13,5
Zerstörung von Sachen	22,3	zu hohe Mieten	11,8	zu viel Verkehr	9,0
zu viel Verkehr	19,9	Lärm	8,8	zu hohe Mieten	8,0
Arbeitslosigkeit	17,4	Zerstörung von Sachen	7,9	Drogen/ Alkohol	7,5
Wohnungsqualität	16,5	Drogen/Alkohol	6,4	Lärm/ Wohnungs-qualität	7,2

efms-Repräsentativbefragung 2000

Untersucht man die Beurteilung des Stadtteils getrennt nach Zuwanderern und Deutschen seit Geburt, so zeigen sich große Übereinstimmungen, da im Großen und Ganzen dieselben Punkte gelobt oder kritisiert werden. Lediglich die Ausstattung mit Spielplätzen wird von Zuwanderern stärker gelobt als von Deutschen. Das rührt wohl in erster Linie daher, dass die befragten Zuwanderer häufiger Kinder haben.

Tabelle IV.16: Lob am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

I Gallusviertel		II Bornheim		III Bonames, Frankfurter Berg, Eckenheim, Preungesheim	
Deutsche seit Geburt					
Verkehrsanbindung	36,6	Verkehrsanbindung	25,5	Verkehrsanbindung	28,7
Einkaufsmöglichkeiten	23,4	Einkaufsmöglichkeiten	24,5	Einkaufsmöglichkeiten	17,9
Günstige Mieten	17,5	Grünanlagen	16,1	Nachbarschaft	14,2
Grünanlagen	11,0	Vereine	14,8	Grünanlagen	14,0
Zusammenleben Dt.-Ausl.	9,3	Nachbarschaft	11,4	wenig Verkehr	10,8
Zuwanderer					
Verkehrsanbindung	37,9	Verkehrsanbindung	24,8	Verkehrsanbindung	19,6
Einkaufsmöglichkeiten	26,4	Einkaufsmöglichkeiten	23,4	Einkaufsmöglichkeiten	13,5
Günstige Mieten	16,5	Grünanlagen	16,0	Grünanlagen	11,8
Zusammenleben Dt.-Ausl.	13,5	Spielplätze	11,3	Spielplätze	10,1
Spielplätze	13,0	Vereine	11,2	wenig Verkehr	8,8

efms-Repräsentativbefragung 2000

Bei der Analyse der Kritik, die die Befragten an ihrem Stadtteil üben, fällt auf, dass im Gallusviertel (I) und im Untersuchungsgebiet Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (III) Deutsche seit Geburt häufiger als Zuwanderer Vandalismus (Zerstörung von Sachen) kritisieren. Hier scheint die Toleranzschwelle in der deutschen Bevölkerung um einiges niedriger zu sein als in der zugewanderten.

Tabelle IV.17: Kritik am Stadtteil: Die fünf häufigsten Nennungen (Mehrfachantworten in Prozent)

I Gallusviertel		**II Bornheim**		**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**	
Deutsche seit Geburt					
Drogen/Alkohol	29,0	zu viel Verkehr	14,8	Zerstörung von Sachen	17,5
Zerstörung von Sachen	27,1	zu hohe Mieten	10,2	zu viel Verkehr	12,5
zu viel Verkehr	19,2	Lärm	9,2	Lärm	8,5
Arbeitslosigkeit	16,0	Zerstörung von Sachen	8,8	Drogen/ Alkohol	7,5
Gewalt gegen Menschen	16,0	Drogen/Alkohol	4,6	zu viele Ausländer	6,5
Zuwanderer					
Drogen/Alkohol	26,3	zu hohe Mieten	12,4	Zerstörung von Sachen	11,1
zu viel Verkehr	20,3	zu viel Verkehr	11,6	zu hohe Mieten	9,5
Zerstörung von Sachen	19,4	Lärm	8,6	Drogen/ Alkohol	7,5
Arbeitslosigkeit	18,3	Drogen/Alkohol	7,6	zu viel Verkehr	6,8
Wohnungsqualität	17,4	Zerstörung von Sachen	7,5	Lärm	6,4

efms-Repräsentativbefragung 2000

Fragt man nun danach, wie die Befragten das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil beurteilen, so stellt sich zunächst die Frage, inwiefern sie ihren eigenen Stadtteil als ein Gebiet wahrnehmen, in dem überwiegend Deutsche oder überwiegend Zuwanderer leben. Deshalb wurde nach der Einschätzung der Bevölkerungszusammensetzung gefragt.

Generell läßt sich feststellen, dass der Ausländeranteil in der Wahrnehmung der Befragten überall wesentlich höher eingeschätzt wird als er real ist. Laut amtlicher Statistik hat keines der Untersuchungsgebiete einen Ausländeranteil von 50 Prozent und mehr. Im Gallusviertel (I) betrug der Ausländeranteil 1998 47,9 Prozent, in Bornheim (II) 27,5 Prozent und im Untersuchungsgebiet III hatte Eckenheim einen Ausländeranteil von 29,1 Prozent, Preungesheim von 28,4 Prozent, Bonames von 21,7 Prozent und Frankfurter Berg von 24,2 Prozent. Die Schätzungen der meisten Befragten liegen jeweils deutlich über diesen Werten, wobei allerdings zu be-

rücksichtigen ist, dass der Begriff „in Ihrem Stadtteil" jeweils unterschiedlich weit oder eng verstanden worden sein kann. Ein Teil der Befragten dürfte ihn auf die unmittelbare Umgebung der eigenen Wohnung bezogen haben, andere können ihn auf größere Gebiete bezogen haben.

Tabelle IV.18: Einschätzung der Bevölkerungsstruktur des eigenen Stadtteils (in Prozent)

		I Gallusviertel	**II Bornheim**	**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**
nur oder überwiegend Deutsche	Deutsche seit Geburt	3,9	33,6	30,0
	Zuwanderer	5,4	25,7	18,3
gleich viel Deutsche wie Ausländer	Deutsche seit Geburt	34,0	52,8	49,7
	Zuwanderer	40,3	56,1	50,0
nur oder überwiegend Ausländer	Deutsche seit Geburt	60,6	13,6	15,3
	Zuwanderer	49,7	17,3	25,5

efms-Repräsentativbefragung 2000

Abgesehen von der generellen Überschätzung des Ausländeranteils läßt sich aber auch feststellen, dass die Gesamttendenz mit dem statistisch ermittelten Ausländeranteil übereinstimmt: das Gallusviertel (I) wird als ein stark von Ausländern dominierter Stadtteil wahrgenommen, während Bornheim (II) als von Deutschen und Ausländer gleichermaßen oder stärker von Deutschen bewohnt angesehen wird.

Die Angaben zum Untersuchungsgebiet III näher zu analysieren, ist bei dieser Frage wenig sinnvoll, da sich dieses Gebiet aus vier Ortsteilen zusammensetzt und daher der Bezugspunkt der einzelnen Aussagen unterschiedlich ausfällt. Falls man jedoch davon ausgeht, dass die Einschätzung des Ausländeranteils zwar immer überhöht ist, aber davon abgesehen mit dem tatsächlichen Wert korreliert, so ergeben sich aus dem Vergleich der Antworten von Zuwanderern und Deutschen seit Geburt erneut Hinweise darauf, dass beide Vergleichsgruppen in unterschiedlichen Teilen dieses Untersuchungsgebietes leben.

3.3 Das soziale Klima im Stadtteil

Um das soziale Klima bewerten zu können, das das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen im Stadtteil charakterisiert, wurde danach gefragt, wie die Qualität der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern ist und wie sich diese Beziehungen in den vergangenen Jahren entwickelt haben.

In allen drei Stadtteilen wird die Beziehung zwischen Deutschen und Ausländern überwiegend positiv bzw. durchschnittlich bewertet. Allerdings wird häufiger eine negative als eine positive Entwicklung der Beziehungen wahrgenommen. Verglichen mit den anderen Untersuchungsgebieten wird in Bornheim (II) sowohl die Entwicklung in den letzten zwei Jahren als auch die aktuelle Qualität der Beziehungen wesentlich positiver bewertet.

Daneben lässt sich feststellen, dass Zuwanderer die Beziehungen und ihre Entwicklung positiver einschätzen als Deutsche seit Geburt. Gerade im Gallusviertel (I), aber auch in Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (III) gibt es einen relativ hohen Anteil von Deutschen seit Geburt, die das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern negativ einstufen und darüber hinaus auch eine zunehmende Verschlechterung wahrnehmen.

Tabelle IV.19: Einschätzung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im eigenen Stadtteil

		I Gallusviertel	**II Bornheim**	**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**
gut oder sehr gut	Deutsche seit Geburt	20,3	44,5	24,9
	Zuwanderer	33,5	49,7	33,3
durchschnittlich	Deutsche seit Geburt	59,4	52,4	65,0
	Zuwanderer	56,9	44,7	58,9
schlecht oder sehr schlecht	Deutsche seit Geburt	20,3	3,2	10,2
	Zuwanderer	9,5	5,6	7,7

efms-Repräsentativbefragung 2000

Tabelle IV.20: Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im eigenen Stadtteil

		I Gallusviertel	**II Bornheim**	**III Eckenheim, Preungesheim, Bonames, Frankfurter Berg**
eher verbessert	Deutsche seit Geburt	7,4	8,0	3,3
	Zuwanderer	12,5	9,7	9,0
gleich geblieben	Deutsche seit Geburt	56,9	75,2	70,0
	Zuwanderer	63,9	73,3	74,5
eher verschlechtert	Deutsche seit Geburt	35,8	16,8	26,7
	Zuwanderer	23,6	17,1	16,5

efms-Repräsentativbefragung 2000

Wie sich die erhöhte Wahrnehmung von Problemen auf der deutschen Seite interpretieren läßt, ist zunächst unklar. Auf der einen Seite könnte eine Kritik an zunehmender Fremdenfeindlichkeit im Stadtteil zugrunde liegen, auf der anderen Seite könnte damit eine fremdenfeindliche Einstellung zum Ausdruck gebracht werden. Dass es sich wohl doch eher um eine Einstellung handelt, die sich gegen Zuwanderer richtet, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass 31 von 42 Deutschen seit Geburt, die die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im Gallusviertel (I) als schlecht oder sehr schlecht bewerten, gleichzeitig kritisieren, dass dort „zu viele Ausländer" leben. In Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (III) gibt es eine vergleichbare Übereinstimmung beider Antworten.

Allgemein ist der Anteil der Deutschen seit Geburt, die meinen, ein Nachteil ihres Stadtteils bestünde darin, dass dort „zu viele Ausländer" leben, im Gallusviertel (I) mit 15 Prozent und im Untersuchungsgebiet III mit 6,5 Prozent wesentlich höher als in Bornheim, wo nur 2,3 Prozent einen zu hohen Ausländeranteil kritisieren. Allerdings muss bei der Interpretation dieser Kritik am „zu hohen" Ausländeranteil auch berücksichtigt werden, dass ein Teil der Zuwanderer dieselbe Meinung äußert: 9,6 % (I), 1,7 % (II), 3,1 % (III).

Zusammenfassend zeigen die bisher dargestellten Befragungsergebnisse, dass Bornheim den in jeder Hinsicht günstigsten Wert aufweist: Sowohl die allgemeine Lebensqualität als auch die interkulturellen Beziehungen werden weit günstiger beurteilt als in den anderen Stadtteile. Zudem ist der Anteil derjenigen Befragten, die eine tendenzielle Verschlechterung der Beziehungen zwischen Deutschen und Zuwanderern wahrnehmen, wesentlich geringer.

Was die Situation im Gallusviertel angeht, so zeigt sich, dass dieser Stadtteil bei den befragten Bewohnern die größte Kritik erntet. Sie bezieht sich vor allem auf die Beeinträchtigung der Lebensqualität durch Suchtprobleme und Vandalismus. Daneben lässt sich insbesondere bei Deutschen seit Geburt eine große Unzufriedenheit mit den Beziehungen zwischen Deutschen und Zuwanderern feststellen.

Das Untersuchungsgebiet III, Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg weist den Befragungsergebnissen zufolge hohe Fluktuation und Segregation auf. Die Beziehungen zwischen Deutschen und Zuwanderern werden deutlich schlechter als in Bornheim, aber etwas besser als im Gallusviertel bewertet.

3.4 Kommentare und Handlungsempfehlungen der schriftlich Befragten

Auf der letzten Seite des Fragebogens wurde den Befragten angeboten, zu der Untersuchung Stellung zu nehmen, bzw. Fragen, Wünsche oder Vorschläge an die Stadt Frankfurt zu notieren. Von dieser Möglichkeit wurde sehr oft und ausführlich Gebrauch gemacht. Viele Befragte haben eine ganze Seite geschrieben, wobei zehn Prozent der Befragten die Gelegenheit wahrnahmen, sich auf diesem Weg an die Stadt Frankfurt zu wenden und Probleme anzusprechen, die überwiegend oder zumindest teilweise im Verantwortungsbereich der Kommune liegen. Viele der Kommentare beziehen sich unmittelbar auf die Situation in dem Stadtteil, in dem die Befragten

leben, andere richten sich auf weiter entfernte Räume, die als problematisch erlebt werden oder sie beziehen sich allgemein auf die Situation in der Stadt.

Wir haben diese Kommentare auf stadtteilspezifische Unterschiede hin untersucht und zudem darauf geachtet, ob sich die Äußerungen von Zuwanderern und Deutschen ähneln bzw. wo sie in ihrer Schwerpunktsetzung voneinander abweichen. Allgemein ist diesbezüglich vorauszuschicken, dass die Kommentare von Zuwanderern und Deutschen hohe Parallelen aufweisen. Hingegen lässt die Gegenüberstellung der Äußerungen von Bewohner/innen aus den drei Untersuchungsgebieten erkennen, dass erstens das Bedürfnis, sich auf diesem Weg an die Stadt Frankfurt zu wenden, unterschiedlich groß ist und dass zweitens die Kommentare unterschiedliche Bezugspunkte aufweisen. Von den im Gallusviertel lebenden Befragten wurde die Gelegenheit zu einem Kommentar wesentlich häufiger genutzt als von denen, die in den anderen Untersuchungsgebieten leben. Das deutet auf einen höheren Problemdruck im Gallusviertel hin. Außerdem zeichnen sich die Kommentare der Bewohner des Gallusviertels dadurch aus, dass sie sich in erster Linie auf das Gallusviertel beziehen und Probleme vor Ort ansprechen. Die Äußerungen der Befragten, die in den anderen Untersuchungsgebieten leben, sind dagegen seltener auf Probleme bezogen, die konkret im Stadtteil lokalisiert sind. Die Problemwahrnehmung ist hier tendenziell stärker auf die Gesamtstadt gerichtet.

Gallusviertel

Analog zu den oben präsentierten Ergebnissen steht auch bei den schriftlichen Kommentaren der Bewohner des Gallusviertels Drogen- und Alkoholmissbrauch im Zentrum der Kritik. Die Betroffenheit von der Suchtproblematik weist aus der Sicht der Befragten vielfältige Facetten auf, wie folgendes Zitat beispielhaft verdeutlicht:

> „Unsere Familie hat keine Probleme mit ausländischen Mitbürgern, da wir auch einen multikulturellen Freundeskreis haben. Ich finde Drogen und Trunksucht in unserem Viertel sind die wirklichen Probleme: Spritzen auf den Spielplätzen, Betrunkene in den Grünanlagen und jetzt soll noch ein Drogenzentrum neben eine Kindertagesstätte hin. Dies alles macht mir Angst. Auch haben unsere Jugendlichen nur ein Jugendhaus und das war's. Für Kinder und Jugendliche gibt es kaum Perspektiven".

Das Zitat enthält einige typische Züge von Argumenten, die auch in Interviews mit Bewohnern und Akteuren des Gallusviertels häufig auftauchen:

- Es wird darauf verwiesen, dass die hauptsächliche Problematik im Gallusviertel nicht daher rührt, dass es sich um einen Stadtteil mit hohem Zuwandereranteil handelt.

- Statt dessen werden Suchtprobleme als zentrale Belastung empfunden, wobei unterschiedliche Dimensionen beschrieben werden: es handelt sich zum einen um die Gesundheitsgefahr, die von weggeworfenen Spritzen ausgeht und vor allem kleine Kinder bedroht. Daneben geht es um den sinkenden Freizeit- und Erholungswert des Viertels, weil betrunkene oder unter Drogen stehende Personen die Grünanlagen okkupieren oder Drogenabhängige „sich im Hauseingang eine Spritze setzen". Das Viertel droht dadurch slumähnliche Züge anzunehmen. Hinzu kommt die Befürchtung der Bewohner/innen, dass die Situation sich weiter zuspitzen wird, wenn eine Institution eröffnet wird, die eine Anlaufstelle für Drogenabhängige darstellt und in Nachbarschaft zu einer Kindertagesstätte liegen soll.[77]
- Die Bedrohung durch Suchtabhängigkeit wird in engem Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen gesehen, denen das Gallusviertel aus der Sicht vieler Bewohner/innen keine oder zu wenig Freizeitmöglichkeiten und Entwicklungschancen bietet.

Damit ist bereits das zweite Hauptthema der kritischen Kommentare von Bewohner/innen des Gallusviertels angesprochen: die unzureichende Förderung von Kindern und Jugendlichen und die daraus resultierende Gefahr von Suchtabhängigkeit und Kleinkriminalität:

> „Der Stadtteil, in dem ich lebe, ist das doch so verschrieene Gallusviertel. Obwohl sich insgesamt eine Besserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern erkennen lässt, ist die Kriminalität, die hauptsächlich durch Langeweile entsteht, sehr hoch. Es gibt Schulen, an denen man ruhig mal einen oder zwei Basketballkörbe oder auch Tore hinstellen könnte. Das wäre eine sehr gute Methode, Jugendliche von der Strasse zu holen und vor Kriminalität bzw. Drogen zu schützen. Speziell in der Friedrich-Ebert-Siedlung an der Ackermannschule wäre dies angebracht. Ein riesiger Platz neu gemacht und nichts drauf!"

Auch andere Befragte schlagen vor, mehr für Kinder und Jugendliche zu tun. Sie plädieren beispielsweise dafür, mehr Spielplätze, Kinos, Cafés, Jugendtreffs und Sportanlagen einzurichten, sowie das Angebot von Sportvereinen für große Familien kostengünstiger zu gestalten. Den Freizeitangeboten wird in vielen Kommentaren eine sucht- und kriminalitätspräventive Wirkung zugeschrieben, die aus der Sicht der Befragten gerade im Gallusviertel besonders notwendig zu sein scheint. Zudem wird mehrfach gefordert, Schulen besser auszustatten, Lehrer besser zu qualifizieren und außerdem mehr und kostengünstigere Deutschkurse anzubieten.

[77] In den Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen des Gallusviertels wird ebenfalls auf diese Institution eingegangen (s.u.).

Ein dritter Themenbereich, den Bewohner/innen des Gallusviertels immer wieder ansprechen, läßt sich unter den Begriff „Angst vor Ghettobildung" fassen. Die Kommentare hierzu sind sehr breit gestreut und reichen von der Forderung nach integrationspolitischen Maßnahmen (z.B. einen Leitfaden über multikulturelle Veranstaltungen und Vereine in Frankfurt herauszugeben) über die Kritik an segregativen Tendenzen unter den Zuwanderern („ausländische Jugendliche bleiben unter sich und sind aggressiv") bis zur Klage darüber, dass das Verhältnis zwischen den verschiedenen Nationalitäten unausgewogen sei („es gibt kaum noch deutsche Geschäfte") und es zu viele Zuwanderer im Gallusviertel gebe. Beschwerden über einen zu hohen Ausländeranteil nehmen teilweise deutlich aggressive Töne an:

> „In unserem Viertel leben 75% Ausländer und nur 25% Deutsche. Immer mehr Deutsche ziehen weg, wozu auch mein Mann und ich bald gehören werden. Das Viertel wird in 10-15 Jahren ein Ghetto sein. Immer mehr Ausländer wollen hierher ziehen. Das Gleichgewicht der Nationen ist schon lange vorbei. Hier im Gallus sind fast nur noch ausländische Geschäfte. Die Deutschen wollen hier auch keine Geschäfte eröffnen, da zu wenig deutsche Kundschaft vorhanden ist. Und die Ausländer kaufen nur bei ihren Landsleuten ein. Es war vor ca. 13 bis 15 Jahren angenehm hier zu wohnen, aber jetzt wird es immer lauter und schmutziger, keine Parkplätze. In unserem Haus leben acht ausländische Familien und nur zwei deutsche Familien. In Nachbarhäusern ist es nicht anders. Was soll da eine Untersuchung bringen? Nichts! Also bleibt uns nur noch ganz schnell weg hier. Am besten ganz raus aus Deutschland. Wobei das Wort Deutschland ein Hohn ist! Eines noch, nicht alle Ausländer sollten Deutschland verlassen, aber die, die Verbrechen begangen haben, die mit Drogen handeln, die den Staat betrügen und die, die sich nicht anpassen können, sollten in ihre Heimat zurück. Es gibt auch anständige Ausländer, sie sollen herzlich willkommen sein. Aber in unserem Viertel leider zu wenig."

In Abgrenzung von einer gegen Zuwanderer gerichteten Haltung, die einige Gallusbewohner/innen vertreten, fordern andere deutsche und ausländische Befragte, dass der Diskriminierung von Zuwanderern verstärkt entgegengewirkt wird. Hierzu zählen auch Verbesserungen des institutionellen Umgangs mit Zuwanderern:

> „Mehr Projekte gegen Gewalt! Bestehende Angebote (z.B. die VHS-Kurse des Präventionsrates) müssen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Eventuell auch Angebote in Fremdsprachen (Deutsch ist nun mal sehr schwer zu lernen! Wir Deutschen können es ja selber nicht!). Außerdem sollten Beamte/ Sozialarbeiter besser geschult werden."

Spezielle Kritik richtet sich auch dagegen, dass Ausländer vor der Ausländerbehörde Schlange stehen müssen, anstatt dass man ein System einführt, bei dem Nummern gezogen werden.

Ein weiteres Thema, das in den Kommentaren immer wieder angesprochen wird, betrifft die mangelnde Anzahl von Parkplätzen. Zudem wird über verunreinigte Straßen und Gehwege geklagt: „Müll um Mülltonnen herum", „saubere Straßen!", „dreckige Wohngegend", „die Strassen sind voll mit Hundekot" et cetera.

Bornheim

Auch Befragte aus Bornheim äußern sich häufig zu Drogenproblemen und Kleinkriminalität, wobei diese Kritik eher allgemein gehalten ist („Es muss mehr gegen Drogen getan werden") oder sich dezidiert auf den Hauptbahnhof bezieht. Auch die Forderung nach mehr Sicherheit und Sauberkeit in den öffentlichen Verkehrsmitteln (U-Bahnen) und Toiletten ist eher allgemein auf die Gesamtstadt bzw. auf typische Innenstadtphänomene bezogen.

In Zusammenhang mit Sucht- und Gewaltprävention für die im Stadtteil lebenden Kinder und Jugendlichen wird kritisiert, dass öffentliche Fußballplätze fehlen und es zu wenig Spielplätze gibt.

Ein weiteres Thema, das von Bewohner/innen aus Bornheim besonders eindringlich dargestellt wird - ohne dass dies heißen muss, dass es sich dabei um ein ausgesprochen stadtteilspezifisches Problem von Bornheim handelt - ist die unfreundliche oder diskriminierende Behandlung von Zuwanderern in Behörden:

> „Meiner Meinung nach sollte von Seiten der Polizei bzw. von einigen Behörden mehr Rücksicht auf Ausländer genommen werden. So müssen sich Ausländer, die nicht fließend Deutsch sprechen, sicher sehr oft mit Beamten rumschlagen, die nicht in der Lage sind (manche, nicht alle) auf diese Menschen einzugehen, bzw. kein Interesse zeigen, ihnen helfen zu wollen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass viele Beamte (z.B. beim Arbeitsamt), weder freundlich noch kompetent sind und sich sehr viel Zeit lassen, um ihre Arbeit zu erledigen."

Ein Thema, das von den in Bornheim lebenden Befragten mehrmals kommentiert wird, ist die Bildungsfrage. So gibt es Äußerungen, die sich auf den muttersprachlichen Unterricht beziehen, wobei einige Deutsche sich gegen muttersprachlichen Unterricht aussprechen.

> „Meiner Meinung nach sollte der muttersprachliche Unterricht für ausländische Kinder abgeschafft, und wenn nötig, durch Unterricht in der deutschen Sprache ersetzt werden. Denn für ein gutes Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist nichts so wichtig wie das Beherrschen der deutschen Sprache. Muttersprachlichen Unterricht sollten die Ausländer wenn er für sie wichtig ist selber finanzieren. Er sollte nicht durch den Staat subventioniert werden."

Andere - Zuwanderer und Deutsche - beklagen, dass der muttersprachliche Unterricht gefährdet ist.

> „Es ist schade, dass man darum kämpfen muss, unseren Kindern die Möglichkeit auf Muttersprachenunterricht zu erhalten. In einer Zeit, wo man lernen muss, flexibel zu sein, sich laufend weiter zu bilden, und wo Europa immer mehr zusammen rückt, sollte man unseren Kindern nicht die Möglichkeit entziehen. Sie sind die Arbeiter von morgen, in einem Zeitalter der Kommunikation, wo jede Sprache zählt."

Daneben gibt es Forderungen nach mehr Deutschunterricht für Zuwanderer. Andere Kommentare stellen eher eine allgemeine Kritik des öffentlichen Bildungssystems dar.

Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg

Ebenso wie die befragten Bornheimer äußern auch die Bewohner des Untersuchungsgebiets III eher Kritik, die keinen stadtteilspezifischen Bezug aufweist. Doch einige ihrer Kommentare beziehen sich konkret auf das Entstehen kleinräumiger Ghettos, in denen sich Einkommensschwache und Personen ausländischer Herkunft konzentrieren, da insbesondere in bestimmten Siedlungen der Anteil von Sozialwohnungen relativ hoch ist. Die folgenden Zitate stehen stellvertretend für andere, die diese Problematik ebenfalls ansprechen, und erkennen lassen, dass insbesondere die Errichtung, Verteilung und Belegung von Sozialwohnungen als problematisch erachtet wird:

> „Zu viele Sozialwohnungen auf engem Raum schaffen eine zu hohe Zahl an sozial schwachen Mitbürgern, sowohl deutscher, als auch andersstämmiger. Daraus entstehen oft Probleme!"

> „Es wäre ideal, wenn ausländische Mitbürger auf die ganze Stadt gleichmäßig verteilt leben würden. Leider konzentrieren sie sich dort, wo die Wohnungen billig sind, verständlicherweise. Dagegen hilft wohl nur bessere Schul- bzw. Ausbildung."

Ein zweiter Bereich, der ebenso wie in den anderen Untersuchungsgebieten auch hier immer wieder angesprochen wird, ist der Ausbau von Spielplätzen und Betreuungsangeboten für Kinder (insbesondere Horte), sowie die Verbesserung der Ausbildungs- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche u.a. zur Gewaltprävention. Ein Kommentar aus dem Untersuchungsgebiet III weist darauf hin, dass Aggressivität, Vandalismus und Kleinkriminalität von ausländischen Jugendlichen steigt und dass sich eine rechtsgerichtete Szene entwickelt:

> „Mir ist aufgefallen, dass die Jugendkriminalität in den letzen zwei Jahren zugenommen hat... Seit Anfang 2000 haben wir viel Randale, Zerstörung und Einbrüche durch ausländische Jugendliche erfahren müssen. Unter anderem zeigt sich auf Hochschulen [gemeint sind wohl höhere Schulen. G.S.] eine nazistische Bewegung auf. Man sollte eventuell eine Aufklärungskampagne starten."

Mehrere Kommentare im Untersuchungsgebiet III sind nicht stadtteilspezifisch, sondern beziehen sich allgemein auf Verwaltungshandeln. Beklagt wird einerseits eine diskriminierende Behandlung von Ausländern bei Behörden, die sich z.B. auch in fehlenden Sitzgelegenheiten bei der Ausländerbehörde niederschlage.

Daneben wird von mehreren Zuwanderern (auch aus den anderen Untersuchungsgebieten) darauf hingewiesen, dass sie sich gerne einbürgern lassen würden, aber entweder aus unterschiedlichen Gründen nicht auf ihre bisherige Staatsangehörigkeit verzichten möchten oder erleben, dass ihnen die Einbürgerung erschwert wird.

> „Eine Einbürgerung wäre mit sehr lieb. Doch wenn ich sehe wie weit die Werbung geht, in Bezug auf eine schnelle unproblematische Einbürgerung und wenn ich dann mit der Wahrheit konfrontiert werde, bin ich sehr enttäuscht. Die Regeldauer der Einbürgerung beträgt für Nicht EU-Staatsangehörige knapp zwei Jahre. Ich wünsche mir von der Stadt Frankfurt, weniger Geld in die Promotion von Plakaten zu investieren, sondern mehr mobile Informations- und Anlaufspunkte zur Verfügung zu stellen, wo ausländische Mitbürger direkt, unbürokratisch beraten werden. Dies würde den Kontakt zwischen den Bürgern und der Stadt Frankfurt besser gestalten, als zu festen Zeiten, zu fest gesetzten Orten zu gehen, in langen Warteschlangen zu verweilen und ohne verbale (nur Broschüren) Information abserviert zu werden."

Insgesamt sollte die Aussagekraft der hier präsentierten Kommentare nicht überschätzt werden. Es handelt sich letztlich um sehr subjektive Äußerungen, die sich schwer interpretieren lassen. Denn erstens bleibt oft unklar, auf welchen konkreten Sachverhalt sie sich beziehen und zweitens weiß man zu wenig über die Person, von der eine Äußerung stammt, um beurteilen zu können, in welchem Kontext sich jemand die geäußerte Meinung gebildet hat. Im Rahmen dieser Studie interessiert aber weniger die subjektive Meinung an sich als vielmehr, auf welchen strukturellen und sozialen Lebensbedingungen die subjektiven Meinungen basieren. Denn es sind diese Bedingungen, an denen kommunales Handeln ansetzen kann, um die Integration von Zuwanderern und Deutschen zu fördern.

Um auch den Zusammenhang zwischen strukturellen und sozialen Lebensbedingungen und subjektiven Meinungen erfassen zu können, wurde die schriftliche Erhebung durch eine mündliche Befragung ergänzt. Dabei wurden 45 Interviews mit Stadtbezirksvorstehern, mit Stadtteilbewohnern und mit Akteuren geführt, die in den untersuchten Stadtteilen ehrenamtlich oder professionell tätig sind.

4. Interviews mit Bewohnern und Akteuren in den Stadtteilen

Die Interviews mit Bewohnern und Akteuren in den drei ausgewählten Frankfurter Stadtteilen geben einen Einblick in die jeweilige Dynamik des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern. Sie liefern darüber hinaus Erkenntnisse über die allgemeine Lebenssituation. Insofern sind sie dazu geeignet, die Ergebnisse der repräsentativen Befragung und der sozialstrukturellen Analysen mit komplexen Hintergrundinformationen anzureichern und damit innere Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen und dem Verlauf von Integrationsprozessen sichtbar zu machen.

Die Aussagekraft der Interviews mit Akteuren und Bewohnern der unterschiedlichen Stadtteile besteht darin,

1. das unterschiedliche soziale Klima in den drei Untersuchungsgebieten zu erfassen, Hinweise auf Ursachenzusammenhänge zu erhalten und auf dieser Basis Thesen darüber zu entwickeln, wie sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede erklären lassen;
2. Einblick in die Wahrnehmung unterschiedlicher sozialer Räume zu erhalten, die deutlich unterhalb der statistisch erfassten Ortsteil- oder Stadtbezirksebene angesiedelt sind. Aus der Beschreibung des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderern in den jeweiligen sozialen Räumen lassen sich Rückschlüsse darauf ziehen, wie sich bauliche, räumliche und soziale Strukturen auf Integrationsprozesse auswirken;
3. die Vielfalt der Einschätzungen des Zusammenlebens im Stadtteil zu verdeutlichen und Thesen darüber zu entwickeln, wodurch die Unterschiede der individuellen Wahrnehmung bedingt sind;
4. Hinweise auf sozialstrukturelle Probleme, aktuelle Konfliktlagen und latente Konfliktpotentiale zu erhalten und den jeweiligen Handlungsbedarf einzuschätzen;
5. Handlungsempfehlungen aus der Sicht von Betroffenen zu sammeln, die diese an den Magistrat bzw. an andere verantwortliche Institutionen richten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die aus den Interviews gewonnen Erkenntnissen einen *ersten* Einblick verschaffen, der weiter überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden müsste. Die Analyse der Interviews liefert zahlreiche Ansatzpunkte für vertiefende Nachforschungen, für die im Rahmen dieser Studie nicht ausreichend Zeit zur Verfügung stand. Damit hat die Akteurs- und Bewohnerbefragung in vielerlei Hinsicht den Charakter einer Vorstudie, die erkennen läßt, welches Informations- und Analysepotential in weitergehenden Untersuchungen liegt und an welchen Stellen es sich lohnt, weitere Analysen anzustellen.

Die Gruppe der 45 befragten Akteure und Bewohner der drei Untersuchungsgebiete umfasst:

- die jeweiligen Stadtbezirksvorsteher und -vorsteherinnen,
- Bewohner und Bewohnerinnen unterschiedlichen Alters,
- Geschäftsleute und Dienstleister im Stadtteil,
- für soziale und seelsorgerische Belange der Stadtteilbewohner zuständige Professionelle und
- in Stadtteilfragen ehrenamtlich engagierte Personen bzw. daran interessierte Journalisten.

Das berufliche und soziale Spektrum der Befragten ist bewusst breit gefächert. Zudem wurde bei der Auswahl der Interviewpartner und -partnerinnen darauf geachtet, sowohl Personen deutscher als auch Personen unterschiedlicher ausländischer Herkunft zu befragen. Ein Teil der Befragten ist im Stadtteil aufgewachsen, andere leben schon lange dort und wieder andere sind erst vor kurzem zugezogen. Unter den professionellen Akteuren, Geschäftsleuten und Dienstleistern sind auch Befragte, die nicht im Stadtteil leben.

Um trotz der Vielfalt von Meinungen und Erfahrungen Vergleichbarkeit zu erreichen, wurde mit dem Auftraggeber dieser Studie vereinbart, in allen Untersuchungsgebieten mit den jeweils verantwortlichen Stadtbezirksvorsteher/innen Experteninterviews zu führen. Mit der Auswahl dieser Interviewpartner war die Erwartung verbunden, Akteure zu befragen, die mit den Verhältnissen vor Ort unmittelbar vertraut und - im Gegensatz zu Mandatsträgern - nicht parteipolitisch gebunden sind.

Im folgenden werden nun zunächst die Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen analysiert. Anschließend werden die Ergebnisse der Interviews präsentiert, die zeitgleich in den verschiedenen Stadtteilen mit Bewohnern und Akteuren durchgeführt wurden.[78] Die Erhebung fand in der Woche vom 4.-11. März 2001 statt.[79]

[78] Den größten Teil der Interviews mit 36 Akteuren und Bewohnern in den Stadtteilen Gallusviertel, Bornheim, Bonames und Frankfurter Berg hat Can Malatacik durchgeführt, protokolliert und ausgewertet. Die Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen führte Gaby Straßburger.

[79] Trotz der unmittelbar bevorstehenden Kommunalwahlen haben sich alle Stadtbezirksvorsteher zum Interview bereit erklärt. An dieser Stelle soll ihnen dafür nochmals recht herzlich gedankt werden.

4.1 Der Stand der Integration aus der Sicht der Stadtbezirksvorsteher und ihre Handlungsempfehlungen

Stadtbezirksvorsteher sind so genannte Ehrenbeamte, die als Bindeglied zwischen dem Magistrat und den Bürgern fungieren. Ihr Aufgabenspektrum erstreckt sich von der lokalen Organisation der Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen über Ehrungen einzelner Stadtteilbewohner im Namen des Magistrats bis hin zur Reaktion auf Amtshilfeersuchen. Daneben sind Stadtbezirksvorsteher damit beauftragt, Stadtteilbewohner aufzusuchen, die für die Schöffenliste vorgeschlagen sind und zu beurteilen, ob die Betreffenden für dieses Amt in Frage kommen.

Mit den bislang aufgezählten Tätigkeiten werden Stadtbezirksvorsteher von der Verwaltung beauftragt. Sie können aber auch direkt von Bürgern angesprochen werden, die Unterstützung und Beratung suchen. Dafür bieten Stadtbezirksvorsteher regelmäßige Sprechstunden an oder vereinbaren spezielle Termine. Nach Auskunft der interviewten Stadtbezirksvorsteher/innen wird diese Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme aber nur selten genutzt. Hingegen kommt es häufig vor, dass die Stadtbezirksvorsteher bei der anlässlich von Ortsbeiratssitzungen regelmäßig abgehaltenen „Aktuellen Stunde" auf Anliegen einzelner Stadtteilbewohner aufmerksam werden und diesen nachgehen.

Stadtbezirksvorsteher werden in der Regel von der jeweils größten Partei für ihr Ehrenamt vorgeschlagen. Die zweitgrößte Partei schlägt dann die Stellvertreter vor. Meist werden Personen ausgewählt, die stark in das Vereinsleben vor Ort eingebunden sind. Einige Stadtbezirksvorsteher sind gleichzeitig Mandatsträger im Ortsbeirat.

Wie die folgende Darstellung der Interviewergebnisse zeigt, wirkt sich die besondere Rolle der Stadtbezirksvorsteher auch auf ihre Präsentation der Ereignisse im Stadtteil aus. Sie sind selbstverständlich keine „neutralen" distanzierten Beobachter, sondern engagierte Repräsentanten ihres Stadtbezirks, die zum einen das Ziel verfolgen, innerhalb ihres Bezirks Verbesserungen herbeizuführen, und die zum anderen bestrebt sind, die Position ihres Bezirks in der Gesamtstadt zu stärken. Dieses spezifische Repräsentationsinteresse gilt es bei der Auswertung der Interviews im Auge zu behalten.

Im Rahmen dieser Studie wurden die vier Stadtbezirksvorsteher des Gallusviertels und jeweils ein/e Stadtbezirksvorsteher/in der Ortsteile Bornheim, Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg befragt. Ursprünglich war geplant, in Bornheim zwei Stadtbezirksvorsteher zu interviewen, aber aufgrund einer längerfristigen Erkrankung des zweiten Gesprächspartners konnte in Bornheim nur ein Expertengespräch durchgeführt werden.

Die Darstellung der Ergebnisse ist so gegliedert, dass zunächst die allgemeine Einschätzung der Situation im Stadtteil referiert wird und dann auf einzelne Faktoren eingegangen wird, die die Integration von Zuwanderern und Deutschen beeinflussen. Es folgt eine Schilderung typischer Konflikte und zum Schluss werden die konkreten Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher aufgelistet.

4.1.1 Gallusviertel

Erfolge und Grenzen sozialer Integration

Aus den Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen aus dem Gallusviertel entsteht der Eindruck, dass das alltägliche Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern von einer gewissen Selbstverständlichkeit geprägt ist. Denn zumindest ein Teil der Zuwanderer scheint gut in die sozialen Gruppierungen integriert, die im Stadtteil relevant sind, wie etwa der Gartenverein, diverse Karnevals- und Sportvereine („da kann man sagen, dass sie von den Ausländern leben") und der Ortsverein der SPD.

Dabei handelt es sich um Beziehungen in Handlungsräumen, die nicht bewusst interkulturell gestaltet sind. Es sind also keine künstlich provozierten, sondern „natürlich" entstandene interkulturelle Kontakte, die darauf verweisen, dass zumindest ein Teil der Zuwanderer in die alltäglichen sozialen Verkehrskreise alteingesessener deutscher Stadtteilbewohner eingebunden ist. Aus der Art und Weise, wie die Stadtbezirksvorsteher/innen über ethnisch gemischte Gruppen sprechen, läßt sich zudem erkennen, dass es sich nicht um vereinzelte Ausnahmeerscheinungen völlig assimilierter Zuwanderer handelt („denen man gar nicht mehr anmerkt, dass sie keine Deutschen sind") wie etwa im Untersuchungsgebiet III, sondern um eine relativ zahlreiche Bevölkerungsgruppe, die für das soziale Leben im Gallusviertel auch durchaus von Bedeutung ist. Nach Auskunft eines Stadtbezirksvorstehers kommt es „durch die Begegnung in den Vereinen auch zu vielen gemischten Ehen. Die Kameruner[80] sind da sehr aktiv."

Sichtbar wird die soziale Integration der Zuwanderer aber auch daran, dass die interviewten Stadtbezirksvorsteher/innen - die exemplarisch stehen können für alteingesessene Deutsche, die sich für das soziale Leben im Stadtteil besonders engagieren - nicht nur in ihrem beruflichen und sozialen, sondern auch in ihrem privaten bzw. familiären Umfeld enge Beziehungen zu Zuwanderern haben.[81] Das unterscheidet sie von den Stadtbezirksvorsteher/innen der übrigen Untersuchungsgebiete, bei denen private Kontakte zu im Stadtteil lebenden Zuwanderern in weit geringerem Ausmaß vorzukommen scheinen. Das dürfte u.a. am geringeren Zuwandereranteil liegen. Gleichzeitig deutet es aber auch darauf hin, dass die sozialen Verkehrskreise andernorts stärker ethnisch segregiert sind als im Gallusviertel.

Das heißt nun nicht, dass es im Gallusviertel keine segregativen Tendenzen gäbe. Die Stadtbezirksvorsteher/innen beklagen durchaus, dass sich ein Teil der Zuwanderer in das eigene ethnische Umfeld zurückzieht und nicht am Vereinsleben teilnimmt. Eine Ursache sehen sie darin, dass Zuwanderer gerade im Gallusviertel zahlreiche Personen der eigenen ethnischen Gruppe antreffen, mit denen sie ihre Freizeit verbringen können. Soziale Integration in die deut-

[80] Die Herkunft der Bezeichnung „Kamerun" ist ungeklärt, wird aber schon seit mehr als 100 Jahren für das Gallusviertel verwendet und zwar nicht nur als Fremd-, sondern auch als Selbstbezeichnung. Vgl. Rebholz (1994:215).

[81] Zwei Stadtbezirksvorsteher aus dem Gallusviertel sind mit Frauen ausländischer Herkunft verheiratet.

sche Gesellschaft erscheine deshalb mitunter gar nicht nötig. Ein problematischer Nebeneffekt bestünde dann darin, dass vielen der Anreiz fehle, gut Deutsch zu lernen.

Ein anderes Problem, das die Stadtbezirksvorsteher/innen in diesem Zusammenhang erwähnen, ist die anhaltende Fluktuation in der Gruppe der Zuwanderer, die fortwährend neue Integrationsleistungen erforderlich macht. Besonders außerhalb der beiden großen Siedlungen sei die Fluktuation sehr hoch: Sobald neu angekommene Ausländer Fuß gefasst hätten, tendierten sie dazu, das Gallusviertel zu verlassen. Dann würden Neuankömmlinge nachfolgen, die erst wieder integriert werden müssten.

Nicht-Anerkennung und Stigmatisierung

Die Stadtbezirksvorsteher/innen des Gallusviertel äußern einen gewissen Stolz auf die Integrationsleistung, die dieser Stadtteil erbracht hat und kritisieren, dass diese Leistung in der Frankfurter Öffentlichkeit und von den Medien ignoriert werde. Deren Aufmerksamkeit richte sich immer nur auf Integrationsdefizite. Die Klage über nicht anerkannte Qualitäten des Stadtteils und über eine stigmatisierende Problemfixiertheit der Berichterstattung über das Gallusviertel durchzieht die Interviews. Aus der Sicht der Stadtbezirksvorsteher/innen ist die marginale Position in der Gesamtstadt und das Stigma, ein Problemviertel zu sein, „das eigentliche Problem" des Stadtteils. Das Hauptproblem sei also „nicht hausgemacht, sondern von außen aufgedrückt."

Die Integration von immer neuen Zuwanderern ist nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher/innen recht gut gelungen und man könne keineswegs behaupten, die Bevölkerung wäre nicht integrationswillig. Ganz im Gegenteil! Man habe in den letzten 25 Jahren immer wieder bewiesen, dass man zur Integration bereit und fähig sei. Die Probleme des Gallusviertels bestünden nicht darin, dass der Ausländeranteil so hoch ist. Vielmehr mache die negative Berichterstattung den Bewohnern des Gallus stark zu schaffen und führe außerdem dazu, dass viele Leute nicht in den Gallus ziehen möchten.

Die Argumentation der Stadtbezirksvorsteher/innen ist allgemein davon geprägt, dass sie immer wieder darauf hinweisen, dass die Probleme im Gallusviertel nicht ethnisch oder durch den hohen Zuwandereranteil bedingt sind, sondern meist andere Ursachen haben. Sie wenden sich gegen ethnisierende Erklärungsmuster und richten ihre Kritik auf Stigmatisierungsprozesse und auf strukturelle Ursachen.

Das „Ausbluten" des Stadtteils

Ein zentrales Problem, unter dem der Stadtteil leidet, ist aus der Sicht der Stadtbezirksvorsteher/innen demographischer Natur und betrifft in erster Linie die deutsche Bevölkerungsgruppe: hier sinkt der Anteil von Familien mit Kindern und im Gegenzug steigt der Anteil von Senior/innen. Die Ursachen für diese Bevölkerungsentwicklung werden in folgenden Bereichen ausgemacht:

- dem Negativimage des Stadtteils und der Vernachlässigung durch politisch Verantwortliche im Magistrat,
- der Monostruktur des vorhandenen Wohnraums, der in erster Linie aus kleinen Wohnungen besteht sowie
- der mangelhaften Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung.

Die Stadtbezirksvorsteher beschreiben die Bevölkerungsentwicklung im Gallusviertel als einen Prozess, in dem sich die einzelnen Faktoren gegenseitig verstärken und eine Art Teufelskreis entsteht, bei dem letztendlich nicht mehr klar ist, worin das ursprüngliche Problem bestand, denn der Kreislauf scheint sich gewissermaßen verselbständigt zu haben. Einer der Ausgangspunkte ist die Tatsache, dass es im Gallusviertel nur wenige Wohnungen gibt, die größer als 50 qm sind („80 Prozent der Wohnungen liegen darunter"). Deshalb tendieren mehrköpfige Familien, sobald sie die Möglichkeit haben, dazu, den Stadtteil zu verlassen. Auch andere Bevölkerungsgruppen, deren Einkommen es ihnen erlaubt, höhere Mieten zu zahlen, weichen auf Stadtteile mit größeren Wohnungen aus. Ähnliche Prozesse lassen sich auch bei Bewohnern ausländischer Herkunft beobachten, denen der gesellschaftliche Aufstieg gelungen ist, so dass sich ihnen die Möglichkeit eröffnet, eine größere oder besser ausgestattete Wohnung in einem anderen Stadtteil zu beziehen.

Doch die Wohnungsgröße ist nicht der einzige Grund, warum gerade Personen, die für die soziale und wirtschaftliche Zukunft des Stadtteils wichtig wären, das Gallusviertel verlassen. Denn viele wollen sich nicht nur in räumlicher Hinsicht, sondern auch bezüglich ihres sozialen Status verbessern. Hierbei wirkt das negative Image des Stadtteils, das auf dessen Bewohner übertragen wird und sie stigmatisiert, als Push-Faktor.

Eine weitere Einflussgröße, die den Fortzug von Familien vorantreibt, wird von den Stadtbezirksvorsteher/innen darin gesehen, dass sich Eltern um die schulische und berufliche Zukunft ihrer Kinder sorgen. Hier wirkt sich einerseits der (durch den vorangegangenen Fortzug deutscher Familien zusätzlich) erhöhte Zuwandereranteil in Kindergärten und Grundschulen negativ aus. Denn viele - deutsche wie ausländische - Eltern fürchten, dass ihre Kinder unter diesen Umständen den Übergang ins Gymnasium nicht bewältigen und versuchen deshalb, in einen Stadtteil mit niedrigerem Zuwandereranteil zu ziehen. Andere Eltern wiederum verlassen das Gallusviertel, weil ihr Kind dort keine weiterführende Schule besuchen kann. Ein weiterer Grund für den Wegzug von Familien könnte nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher darin zu sehen sein, dass es zu wenige Betreuungsangebote für Kleinkinder (Kinderkrippen) und Schulkinder (Horte, Nachmittagsbetreuung) gibt. Zumindest wenden sich immer wieder Bürger mit diesbezüglichen Anliegen an sie. Außerdem wirke es sich negativ aus, dass es im Gallusviertel zu wenig Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche gebe, wenn man einmal von dem vielfältigen Angebot der Vereine absehe, die aber nur einen Teil der jugendlichen Bedürfnisse abdecken können.

All diese Faktoren führen aus Sicht der Stadtbezirksvorsteher/innen dazu, dass die alteingesessene deutsche Bevölkerung des Gallusviertels zusehends „vergreist" und zudem wirtschaftlich besser gestellte Bewohner deutscher, aber auch ausländischer Herkunft das Gallusviertel verlassen. Diese Wirkungszusammenhänge bilden ihrer Meinung nach den Hintergrund, vor dem das interkulturelle Zusammenleben im Stadtteil stattfindet und im allgemeinen recht erfolgreich bewältigt wird, wenngleich natürlich immer wieder Konflikte auftauchen.

Konflikte um Sauberkeit und Müllentsorgung

Die Fragen, an denen sich Konflikte im Gallusviertel entzünden, haben meist mit Sauberkeit und der korrekten Entsorgung von Abfallstoffen zu tun. Sie kreisen damit um dieselben Themen wie in den anderen untersuchten Stadtteilen. „Hausordnung, Mülltrennung und wilde Sperrmüllhaufen" sind die typischen Auslöser von Zwist und Streitigkeiten in der interkulturellen Nachbarschaft. Allerdings beobachten die Stadtbezirksvorsteher, dass viele dieser Konflikte zwar als kulturell bedingte Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Zuwanderern wahrgenommen werden, aber sich bei näherer Betrachtung meist herausstellt, dass die Situation doch differenzierter bewertet werden muß und die Schuld keineswegs allein auf Seiten der Zuwanderer liegt.

Konflikte entzünden sich häufig zwischen Zuwanderern und älteren Deutschen, die darüber klagen, dass von der früheren Normalität (z.B. Treppenreinigung, Hausordnung) nichts mehr geblieben sei. Die Stadtbezirksvorsteher/innen weisen aber darauf hin, dass das nicht nur an den Ausländern liegen würde, da auch viele Deutsche, sobald sie feststellen, dass andere Hausbewohner die Treppe nicht reinigen, selbst ebenfalls aufhören zu putzen. Das führe zu einer Abwärtsspirale, an der Zuwanderer wie Deutsche gleichermaßen schrauben.

Ein anderes Problem, mit dem die Stadtbezirksvorsteher/innen in allen Untersuchungsgebieten immer wieder konfrontiert sind, betrifft die Mülltrennung. Sie wird nach Ansicht aller Befragten von Zuwanderern häufiger missachtet als von Deutschen, was möglicherweise daran liege, dass Zuwanderer nicht wüssten, wie das funktioniert. Durch die vernachlässigte Mülltrennung würden dann auch die Nebenkosten steigen und dafür würden dann viele ausschließlich die Zuwanderer verantwortlich machen, obwohl sich auch Deutsche keineswegs immer an die Vorschriften halten.

Wie gesagt: es handelt sich hierbei um keine gallusspezifische Problematik, sondern um einen der typischen Streitpunkte in Frankfurter Stadtteilen, dem noch das Sperrmüllproblem hinzuzufügen wäre. Die Stadtbezirksvorsteher des Gallusviertels schildern es folgendermaßen: Obwohl der Sperrmüll in den beiden großen Siedlungen regelmäßig einmal pro Monat und im übrigen Gebiet auf Anruf kostenlos abgeholt werde, gäbe es Probleme, weil sich viele nicht an die Termine halten, sondern den Müll dann raus stellen würden, wenn es ihnen gerade passe. Andere würden dann diese Haufen noch durcheinander wühlen und insgesamt läge dann wochenlang der Müll an der Straße. Zudem würden sich viele motiviert fühlen, wenn eh schon Müll da liegt, ihren eigenen noch dazu zu stellen. Obendrein könne man sogar „Mülltouristen" mit Auto-

kennzeichen HTK (Hochtaunuskreis) beobachten, die, um Kosten zu sparen, widerrechtlich ihren Müll nach Frankfurt und bevorzugt ins ohnehin verrufene Gallusviertel bringen, weil die Sperrmüllabfuhr im Landkreis kostenpflichtig ist.

Eine ähnliche Sperrmüllthematik wurde in allen Interviews mit Stadtbezirksvorsteher/innen erwähnt und scheint eine spezielle Frankfurter Problemstellung darzustellen. So lange hierfür keine funktionierende Lösung gefunden wird, scheint sie hervorragend dafür geeignet zu sein, Sündenböcke auszumachen und mit Schuldzuweisungen zu operieren, die oftmals ethnisch definiert werden.[82] Ein weiterer Konflikt, der jedoch in den meisten Interviews nur unterschwellig angesprochen wurde, rankt sich um das Thema Islam.

Die Ausbreitung des Islam als Sinnbild einer Niederlage im städtischen Verteilungskampf

Das Thema Islam wurde von den Stadtbezirksvorsteher/innen des Gallusviertels nicht angesprochen, sondern erst im Lauf einer Diskussion über die Ergebnisse der schriftlichen Befragung im Gallusviertel ins Gespräch gebracht. In der Umfrage hatte ein Fünftel der deutschen Befragten im Gallusviertel die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern als schlecht bzw. sehr schlecht bezeichnet und mehr als ein Drittel hatte angegeben, dass sich die Beziehungen in den letzten beiden Jahren verschlechtert hätten. Auf die möglichen Ursachen angesprochen, verwies einer der Stadtbezirksvorsteher zunächst darauf, dass er diese Einschätzung nicht teile, denn seines Erachtens habe sich die Beziehung zwischen Deutschen und Ausländern verbessert.

Dann ergänzte er, dass diese negative Einschätzung möglicherweise dadurch bedingt sein könnte, dass die Zahl der Moscheen in den letzten Jahren gestiegen sei. Zwar seien dafür unter anderem Aufspaltungen von bereits vorher existierenden Moscheevereinen verantwortlich, aber generell sei die Ausbreitung des Islam vielen Deutschen ein Dorn im Auge. Seinem Eindruck nach interpretieren manche die dichte Ansiedlung von Moscheen im Gallusviertel auch als ein weiteres Zeichen dafür, dass das Gallusviertel vom Magistrat vernachlässigt werde und man deshalb „alle" Moscheen im Gallusviertel ansiedle.

Dieses sich um eine Vernachlässigungsthese rankende Erklärungsmuster bezieht die Ansiedlung von Moscheen nicht etwa darauf, dass eine große Zahl von Angehörigen muslimischer Zuwanderergruppen im Gallusviertel lebt und es sich deshalb anbietet, religiöse Institutionen dort zu konzentrieren bzw. die jeweilige Zentrale im Gallusviertel anzusiedeln. Statt dessen wird das Nicht-Einschreiten gegen die Moscheegründung als mangelnde Fürsorge der politisch Verantwortlichen interpretiert. Personen, die diese Argumentationslinie verfolgen, denken offensichtlich, es gehöre zur Pflicht der Regierenden, ungeachtet des Grundrechts auf freie Religionsausübung die Gründung von Moscheen zu verbieten, um die „religiöse Überfremdung" des Stadtteils zu unterbinden.

[82] Die Erfahrungen aus dem Frankfurter Modellprojekt „Stadtteilvermittlung" bestätigen diesen Zusammenhang. Vgl. Wolf-Almanasreh (1998:114ff.).

Islamische Institutionen werden nicht einfach als Ausdruck von Religiosität anerkannt, sondern als ein Faktor bewertet, der das Gallusviertel belastet. In diesem Sinn wird die Ansiedlung von Moscheen als Resultat der schwachen Position im gesamtstädtischen Verteilungskampf angesehen. Die Klage darüber, bei der gesamtstädtischen Verteilung von Lasten und Ressourcen regelmäßig den Kürzeren zu ziehen, wird in den Interviews mit Bewohnern des Gallusviertels immer wieder laut. Es scheint darin ein Schlüssel für das Verständnis des Lebens im Gallus viertel zu liegen.

Insgesamt vertreten die Stadtbezirksvorsteher/innen im Gallusviertel die Ansicht, dass Integrationsaufgaben im Stadtteil recht erfolgreich bewältigt werden und interkulturelle Konflikte keineswegs zu den zentralen Problemen des Stadtteils gehören. Der größte Teil der Interviews drehte sich entsprechend auch um andere Themen, unter anderem um die Punkte, die bei der schriftlichen Befragung von Bewohner/innen des Gallusviertels am häufigsten kritisiert worden waren: „Drogen und Alkohol".

Drogen und Alkohol

Nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher/innen ist das Gallusviertel der Ortsteil, der am stärksten unter der Vertreibung von Drogensüchtigen aus dem Bahnhofsviertel leidet, welche darauf abzielt, den Frankfurt-Besuchern eine saubere Innenstadt zu präsentieren. Wegen seiner innenstadtnahen Lage und guten Verkehrsanbindung sowie wegen der guten Fluchtmöglichkeiten bei Razzien sei das Gallusviertel zu einem beliebten Umschlagplatz für den Drogenhandel und anschließenden Konsum geworden. Der Handel finde dabei in erster Linie in öffentlichen Verkehrs mitteln statt. In der Straßenbahnlinie 11 könne man immer wieder beobachten, wie Drogen verkauft werden. Mittlerweile setze man zwar Ordnungskräfte ein, die in den Straßenbahnen und in der S-Bahn kontrollieren, aber die Dealer wüssten natürlich als erste, wer zum Ordnungsdienst gehört. Deshalb habe sich die Situation zwar verbessert, aber das Problem sei damit noch keineswegs aus der Welt.

Die Stadtbezirksvorsteher/innen sind allerdings auch der Ansicht, dass die Drogenproblematik weit weniger schwerwiegend sei als sie von vielen wahrgenommen werde, denn weder der Handel mit Drogen noch der Konsum von Drogen verursache im Stadtteil unmittelbare Probleme. Lediglich die weggeworfenen Spritzen würden tatsächlich eine Gefahr für kleine Kinder darstellen.

Was schließlich den Alkohol betrifft, so meinen die Stadtbezirksvorsteher, dass hier in erster Linie die Situation im Umfeld der so genannten Wasserhäuschen[83] Konfliktpotential in sich berge. Denn an den Wasserhäuschen wird auch Alkohol verkauft und da die Preise weit niedriger sind als in Gaststätten, bilden Wasserhäuschen eine Art Sammelpunkt für Personen, die viel

[83] Bei den im Volksmund „Wasserhäuschen" genannten Trinkhallen handelt es sich um Schankstätten an öffentlichen wegen, Straßen oder Plätzen mit Ausschank an Stehgäste. Zur Geschichte und zur gegenwärtigen sozialen Funktion der Frankfurter „Wasserhäuschen" siehe Neeb (1994).

trinken und dafür wenig Geld ausgeben können. Um einige Wasserhäuschen gruppieren sich regelmäßig Alkoholisierte, die Passanten anpöbeln oder ihre Notdurft in den angrenzenden Grünanlagen und Spielplätzen verrichten. Mittlerweile habe man zwar erreicht, dass einige dieser Wasserhäuschen beseitigt wurden, aber eigentlich müsste man nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher/innen alle auflösen, weil ansonsten immer wieder ein Verlagerungseffekt eintrete und sich die Situation an den verbleibenden Wasserhäuschen weiter verschlimmere.

Drohende Überlastung

Im Zusammenhang mit dem Thema „Drogen" berichteten die Stadtbezirksvorsteher/innen von einem Ereignis, das die Bewohner/innen des Gallusviertels im Jahr 2000, zum Zeitpunkt der schriftlichen Befragung, so sehr bewegt hat, dass teilweise 150 Bürger/innen zur Aktuellen Stunde kamen, um ihren Protest auszudrücken. Es ging um die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Drogenabhängige im Sozialrathaus. Dort wurde nach Auskunft der Stadtbezirksvorsteher/innen die Sozialhilfe an Drogenabhängige aus ganz Frankfurt ausbezahlt und das führte dazu, dass auch die Dealer angezogen wurden. Anwohner haben sich zudem darüber beschwert, dass gebrauchte Spritzen weggeworfen wurden, wobei die Stadtbezirksvorsteher anmerken, dass sie selbst nie im Umfeld dieser Einrichtung gebrauchte Spritzen gesehen haben und deshalb die Klagen nicht bestätigen können. Mittlerweile sei die Einrichtung wieder geschlossen worden.

Für die Stadtbezirksvorsteher/innen ist der Bürgerprotest ein Zeichen dafür, dass sich die Bewohner/innen des Gallusviertels durch zentrale soziale Einrichtungen überlastet fühlen. Sie hätten das Gefühl, dass man im Gallus ohnehin schon sehr viele Probleme habe. Deshalb gebe es keine Bereitschaft mehr, darüber hinausgehend noch Anlaufstelle für Hilfesuchende aus dem gesamten Stadtgebiet zu sein. Ohnehin gebe es hier schon eine zentrale Betreuungseinrichtung für obdachlose Frauen und eine für Russlanddeutsche.

Aus Sicht der Stadtbezirksvorsteher/innen steht das Gallusviertel „immer auf der Kippe. Es ist noch nicht gekippt, aber man muß immer balancieren". Deshalb seien zusätzliche soziale Einrichtungen schwer zu verkraften. Solche Institutionen könnten schließlich der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringe, sprich auch noch die letzten Verbliebenen dazu bewege, den Stadtteil zu verlassen.

Einer der Stadtbezirksvorsteher aus dem Gallusviertel beschreibt den Versuch, im Gallusviertel eine zentrale Anlaufstelle für Drogenabhängige einzurichten, als ein typisches Beispiel dafür, dass der Magistrat das Gallusviertel diskriminiert: „alle Problemfälle, die es gibt, werden hier reingetragen". Auch so genannte asoziale Familien würden nicht in Sachsenhausen angesiedelt, wo die Haute Volée lebt, sondern im Gallusviertel. Man gehe einfach davon aus, dass die Gallusbewohner schon damit zurecht kommen. Zwar ist auch dieser Stadtbezirksvorsteher der Ansicht, dass das Zusammenleben im Gallusviertel im Grunde recht gut funktioniere. Deshalb erwarte er eigentlich auch nichts Spezielles vom Magistrat: „Wir kommen mit unseren Problemen schon

zurecht. Wir wissen uns schon zu helfen." Aber er wehrt sich dagegen, dass das Gallusviertel „immer noch mehr Probleme von außen aufgedrückt bekommt".

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, dass die Stadtbezirksvorsteher/innen die Probleme ihres Stadtteils in erster Linie drin sehen, dass das Gallusviertel in der Gesamtstadt eine schwache Lobby hat. Deshalb werde es weitgehend vernachlässigt und stigmatisiert. Zudem habe das Gallusviertel aufgrund der Monostruktur des Wohnraums wenig Potentiale, die Bevölkerungsstruktur in eine positive Richtung zu verändern. Um diese kritischen Punkte ranken sich auch die meisten Handlungsempfehlungen an den Magistrat.

Die Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher

- Um mobile Bevölkerungsgruppen im Gallusviertel halten zu können und damit die Bevölkerungsstruktur mittel- bis langfristig in eine positive Richtung zu lenken, bräuchte man dringend größere Wohnungen. Dazu müsste ein Sanierungskonzept eingesetzt werden, welches vorsieht, freiwerdende kleinere Wohnungen zusammenzulegen. Bislang scheint dies relativ selten der Fall zu sein, da diese Art der Sanierung finanziell wenig lukrativ ist.
- Begleitend zu solchen Sanierungsmaßnahmen fordern die Stadtbezirksvorsteher eine Initiative des Magistrats, die darauf abzielt, die Presseberichterstattung über das Gallusviertel positiver zu gestalten. Dazu könne man beispielsweise Ortsbegehungen mit Journalisten durchführen.
- Da Eltern immer wieder klagen, dass es zu wenig Kindertagesstätten, also Horte bzw. Nachmittagsbetreuung, gibt, fordern die Stadtbezirksvorsteher/innen eine Bedarfsanalyse, um gegebenenfalls nachzubessern und den Stadtteil somit für junge Familien aufzuwerten. Hierzu solle auch eine Oberstufe an der Paul-Hindemith-Schule eingerichtet werden.
- Weitere Handlungsempfehlungen betreffen Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Zum einen solle die Jugendarbeit der Vereine intensiver gefördert werden, zum anderen sollten freie Angebote verstärkt werden, z.B. sollte die Öffnung von Pausenhöfen ausgebaut werden. Außerdem sollten im Zuge der Errichtung des neuen Europa-Viertels Grün- und Spielflächen angelegt werden, die den Jugendlichen aus dem Gallusviertel zur Verfügung stehen.
- Insgesamt müsse man das negative Image des Stadtteils bekämpfen, um auch für Mieter attraktiv zu werden, die bislang noch abgeschreckt werden, obwohl ihnen die innenstadtnahe Lage und die hervorragende Verkehrsanbindung des Gallusviertels durchaus entgegen kommen würden.
- Um neue Mieter im Gallusviertel anzusiedeln, die zu einer sozialen und ökonomischen Stärkung des Stadtteils beitragen, müsste das Erscheinungsbild von Schmuddelecken (verdreckte Grünanlagen z.B. an der Idsteiner Straße, Trinkhallen mit Alkoholisierten) verbessert werden.

- Um den geschilderten Konflikten um Mülltrennung und Sperrmüllabfuhr entgegen zu wirken, schlagen die Stadtbezirksvorsteher/innen folgende Maßnahmen vor: Erstens sollte beim Abschluss des Mietvertrags jedem Mieter in seiner jeweiligen Herkunftssprache eine Anleitung mitgegeben werden, die über die korrekte Müllentsorgung informiert. Zweitens sollten - wie in einigen anderen Städten bereits geschehen - „Mülldetektive" eingesetzt werden, die versuchen, herauszufinden, von wem wilde Sperrmüllhaufen stammen, so dass man die Verursacher zur Rechenschaft ziehen kann. Das hätte vermutlich sehr schnell einen abschreckenden Effekt.
- Bezüglich der Integrationsförderung sind die Stadtbezirksvorsteher der Ansicht, der Magistrat sollte keine Abschottung zulassen und dafür sorgen, dass Ausländer die deutsche Sprache lernen. Sie betonen, dass sie das Programm „Mama lernt Deutsch" sehr wichtig finden, aber daneben auch noch einen weiteren Sprachkursbedarf von neu zugezogenen Frauen feststellen.

4.1.2 Bornheim

Der Stadtbezirksvorsteher von Bornheim konzentrierte sich in seinen Ausführungen auf die Situation in der Siedlung am Bornheimer Hang. Er wollte damit verdeutlichen, dass das in diesem Ortsteil allgemein als ziemlich positiv und konfliktfrei bewertete Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern unter bestimmten Bedingungen durchaus von Konflikten belastet sein kann, von denen sich die Bewohner stark gestresst fühlen. Er schildert eindringlich den Fall von zwei älteren verwitweten Bewohnern der Siedlung am Bornheimer Hang, die stark unter den Veränderungen der Bewohnerstruktur leiden und sich durch einen täglichen Kleinkrieg um Fragen der Ruhe und Ordnung zermürben.

Beide wohnen seit mehr als 25 Jahren in der Siedlung und sind mittlerweile in Rente. Ihre Ehepartner sind verstorben. Aufgrund gesundheitlicher Probleme, die ihnen das Treppensteigen erschweren, leben sie im Erdgeschoss. Sie sind damit stärker als andere Bewohner durch den Lärm der Kinder tangiert, die auf dem gepflasterten Innenhof Ball spielen oder andere Aktivitäten ausüben, die mit Geräuschen verbunden sind, deren Lautstärke durch die Hauswände verstärkt wird. Die betroffenen Bewohner klagen darüber, dass auch in der Mittagszeit und in den Abendstunden keine Ruhe wäre und dass diesbezügliche Ermahnungen und selbst Beschwerden bei den Eltern keinen Erfolg gehabt hätten. Ganz im Gegenteil hätten sie den Eindruck, die Eltern wären froh, wenn die Kinder die ganze Zeit draußen sind.

Mittlerweile scheint der Konflikt den Berichten des Stadtbezirksvorstehers zufolge so weit eskaliert zu sein, dass die beiden Bewohner sich durch nächtliche anonyme Anrufe bedroht fühlen. Sie glauben, dass diese Anrufe, in denen sie als Faschisten beschimpft werden, damit in Zusammenhang stehen, dass sie mehrmals aus dem Fenster gerufen und gefordert haben, dass die Mittags- oder Nachtruhe eingehalten wird oder dass die Kinder aufhören, mit Wasserpistolen in die geöffneten Fenster ihrer Wohnung zu schießen.

Aus der Sicht des Stadtbezirksvorstehers wird die Konfliktsituation dadurch verstärkt, dass sich die Frankfurt Holding, die diese Wohnsiedlung verwaltet, nicht ausreichend darum kümmert, dass Ruhe- und Ordnungsregeln eingehalten werden. Sie trage mit ihrer desinteressierten Haltung dazu bei, dass Konflikte eskalieren. Der Stadtbezirksvorsteher klagt darüber, dass die Frankfurt Holding sich offensichtlich nicht für das Fehlverhalten einzelner Mieter interessiere.

Nach Ansicht der beiden Bewohner gäbe es auch ein gewisses Eigeninteresse der Frankfurt Holding, sich insbesondere dann nicht mit den Problemen zu befassen, wenn es sich bei denjenigen, die Ruhezeiten und Ordnungsvorschriften missachten, um Personen handelt, deren Miete das Sozialamt übernimmt. In solchen Fällen, wäre die Frankfurt Holding froh darüber, geregelte Mieteinnahmen zu erhalten und würde sich nicht um Beschwerden kümmern, die gegen diese Mieter erhoben werden.

Aus den Schilderungen des Stadtbezirksvorstehers läßt sich erkennen, dass die beiden Bewohner dem Sozialamt vorwerfen, durch die gesicherte Alimentierung einkommensschwacher Personen, deren Fehlverhalten zu unterstützen. Dieser Sicht der Dinge folgend, wäre Armut eine Ressource bzw. ein Privileg, das es ermöglicht, ohne Furcht vor Sanktionen, den individuellen Bedürfnissen nachzugehen, auch wenn sie das Wohlbefinden anderer einschränken und gegen Ordnungsregeln verstoßen.

Hinter dieser Interpretation, die dem Muster folgt, „eigentlich geht es denen doch besser als uns", verbirgt sich offensichtlich ein gewisser Sozialneid. Er dürfte in Zusammenhang stehen mit der eigenen Lebenssituation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass beide aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters, körperlicher Gebrechen und dem Tod des Ehepartners zahlreiche Verluste erlebt haben, die wohl dazu beigetragen haben, ihre Lebensfreude zu mindern. Hinzu kommt, dass sich in ihrer gewohnten Wohnumgebung relativ rasche Veränderungen vollziehen, die um so tiefgreifender wirken, als die Siedlung am Bornheimer Hang sich, wie oben beschrieben - jahrzehntelang durch große Stabilität und eine hohe Homogenität ihrer Bewohnerstruktur ausgezeichnet hat.

Die oben beschriebene Konfliktsituation scheint verstärkt zu werden durch die vielfältigen Unterschiede alteingesessener und neuer Bewohner der Siedlung. Während sich die neuen Bewohner in der Frühphase des Familienzyklus (s.o.) befinden, haben die langansässigen Mieter bereits die letzte Phase erreicht. Die daraus resultierenden lebensphasenspezifischen Bedürfnisse stehen teilweise in Widerspruch zueinander, was Spannungen zur Folge hat. Überlagert werden die Generationsunterschiede durch eine ungleiche Einkommensstruktur, denn zumindest ein Teil der neuen Bewohner bezieht Sozialhilfe. Hinzu kommt, dass es sich bei den neu Zugezogenen zum Teil um Zuwanderer handelt. Die Konfliktwahrnehmung der beiden Bewohner, deren Fall der Stadtbezirksvorsteher schildert, konzentriert sich auf die ethnischen Unterschiede. Sie sehen das Hauptproblem darin, dass die Zuwanderer entweder zu wenig über die geltenden Vorschriften wissen oder aber nicht gewillt sind, sich daran zu halten.

Die Handlungsempfehlungen des Stadtbezirksvorstehers

- Der Stadtbezirksvorsteher von Bornheim empfiehlt, für ältere Kinder Möglichkeiten zum Fußballspielen zu schaffen, die nicht zu weit von den Wohnungen entfernt liegen. Auf den bestehenden Spielplätzen sei Fußballspielen verboten, deshalb würden die Kinder der Siedlung am Bornheimer Hang im Hof spielen. Die Realisierung dieses Vorschlags wird allerdings durch die Tatsache behindert, dass es in Bornheim sehr wenig freien öffentlichen Grund gibt.
- Angesichts der oben beschriebenen Konfliktlage in der Siedlung am Bornheimer Hang mahnt der Stadtbezirksvorsteher an, dass die mit der Verwaltung beauftragte Frankfurt Holding auch bei ausländischen Mietern und bei Sozialhilfeempfängern darauf achten müsse, dass die im Mietvertrag festgelegten Regeln eingehalten werden: Hausordnung, Ruhezeiten, Mülltrennung, Renovierungsvorschriften. Ansonsten entstünde bei den alteingesessenen deutschen Mietern leicht der Eindruck, Ausländer hätten mehr Rechte als Deutsche.
- Eine weitere Maßnahme könnte darin bestehen, Sozialarbeiter einzustellen, die verschiedene Sprachen sprechen und von Haus zu Haus gehen, um die Mieter ausländischer Herkunft über die hierzulande gültigen Regeln des Zusammenlebens aufzuklären.

4.1.3 Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg

Die Entwicklungsgeschichte der im Frankfurter Norden liegenden Ortsteile Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg ist einerseits durch die Eingemeindung ehemaliger Dörfer und andererseits durch die Errichtung von Wohnsiedlungen am Stadtrand gekennzeichnet. Entsprechend unterschiedliche Züge trägt das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern. Es ist zum einen dadurch geprägt, dass eine relativ homogene, langansässige und zur Mittelschicht zählende deutsche Bewohnerschaft den Status quo halten will und zum anderen dadurch, dass ressourcenschwache Deutsche und Zuwanderer in einem infrastrukturell benachteiligten Wohngebiet miteinander auskommen müssen.

Wie sich aus den Interviews mit den Stadtbezirksvorstehern erkennen läßt, sind beispielsweise in Eckenheim die einheimischen Deutschen offensichtlich darum bemüht, eine langjährig etablierte Ordnung aufrecht zu erhalten, die einige Zuwanderer zu missachten scheinen. In Preungesheim und Bonames fällt hingegen auf, dass das interkulturelle Zusammenleben eine lokal begrenzte Herausforderung darstellt, die sich in erster Linie auf zwei Siedlungen konzentriert. Die im Ortskern lebenden Etablierten sind hiervon nur peripher tangiert, so dass die Stadtbezirksvorsteher die interkulturellen Beziehungen im allgemeinen als „problemlos" und „gut eingespielt" charakterisieren. Doch in der Karl-Kirchner-Siedlung (Preungesheim) und am Ben-Gurion-Ring (Bonames bzw. Niedereschbach) scheinen diese Beziehungen durch vielfältige Spannungen geprägt, ebenso in der Siedlung am Berkersheimer Weg (Frankfurter Berg). Es handelt sich um eine Konfliktlatenz, die für dicht besiedelte, stigmatisierte und infrastrukturell benachteiligte Wohngebiete mit hoher Fluktuation und einem hohen Anteil von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern relativ typisch ist.

Um dieser unterschiedlichen Ausprägung des Zusammenlebens im Stadtteil gerecht zu werden, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf zwei Typen sozialer Räume:

- zum einen auf Wohngebiete, in denen zumeist etablierte Deutsche leben, wie in Eckenheim und in den Ortskernen von Preungesheim und Bonames;
- zum anderen auf Wohngebiete mit einem hohen Anteil von Sozialwohnungen, in denen überdurchschnittlich viele sozial und finanziell Benachteiligte deutscher und ausländischer Herkunft leben, was insbesondere für die Karl-Kirchner Siedlung und die Siedlungen am Berkersheimer Weg und am Ben-Gurion-Ring gilt.

Die etablierte Ordnung und Zuwanderer, die nicht immer „reinpassen"

Aus den Schilderungen des Stadtbezirksvorstehers von Eckenheim wird deutlich, dass in den Fällen, in denen sich das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern problematisch gestaltet, die etablierte Ordnung der einheimischen Deutschen tangiert wurde. „Probleme ergeben sich dann, wenn die geltenden Spielregeln nicht eingehalten werden. Das betrifft meist Ordnungs- und Ruhevorstellungen." Solche Konflikte resultieren nach Ansicht des Stadtbezirksvorstehers daraus, dass bisweilen Personen zuziehen, die „nicht reinpassen". Das sei oft bei der Belegung von Sozialwohnungen der Fall oder wenn Privateigentümer ältere, schlecht ausgestattete Wohnungen gezielt an einkommensschwache Außenseiter der Gesellschaft vermieten würden, weil sie vom Sozialamt eine Mietgarantie erhalten.

Auch bei der Umwandlung von Mietwohnungen in bestimmten Hochhäusern der Sigmund-Freud-Straße in Eigentumswohnungen, ergebe sich um Teil „eine sehr gemischte" Bevölkerung, die zudem in großer räumlicher Nähe und gleichzeitig sehr anonym lebe, was Spannung erzeuge. So wurde der Stadtbezirksvorsteher bereits von deutschen Bewohnern um Hilfe gebeten, die sich durch Lärm aus der über ihnen liegenden Wohnung belästigt fühlten, in der eine russlanddeutsche Familie wohnte. Die Ratsuchenden beschwerten sich darüber, dass die Nachbarn offensichtlich „glauben, nur weil es ihr Eigentum ist, können sie sich benehmen wie zu Hause auf dem Bauernhof."

Generell ist die Integration nach Ansicht des Stadtbezirksvorstehers nur bei sozial Schwachen ein Problem, nicht aber bei den Zuwanderern, die in die für den Ortskern typischen Einfamilienhäuser und Reihenhäuser einziehen oder in die in den letzten Jahren neu erbauten Mehrfamilienhäuser. Falls bei diesem Personenkreis ein Problem auftauche, reiche es seiner Erfahrung nach aus, darauf hinzuweisen, dass sich andere gestört fühlen. So schildert er das Beispiel einer türkisch-kurdischen Familie, die eines der älteren Häuser gekauft hat. In diesem Fall hatten sich Nachbarn bei ihm beschwert, weil die Kinder zu laut waren. Er habe sich daraufhin nach den Eigentümern erkundigt und sie angeschrieben. Daraufhin habe sich die Situation gebessert. Zudem hätte er ein Antwortschreiben erhalten, was seines Erachtens auch eine Bestätigung dafür ist, dass es sich um eine Familie handeln muß, die sehr gut integriert ist.

Das „extreme" Gegenstück zu solchen „problemlos zu integrierenden" Zuwanderern ist eine Gruppe von Roma, die offensichtlich in vielerlei Hinsicht gegen die etablierten Spielregeln verstößt und auch nach vielfältigen Interventionen nicht gewillt zu sein scheint, sich den Ordnungsvorstellungen ihrer Umgebung anzupassen. Vielmehr stellt sich heraus, dass alle eingeschalteten Ordnungsinstanzen wirkungslos bleiben. Somit scheint es, als müsse man notgedrungen akzeptieren, dass diese Gruppe nach eigenen Regeln agiert.

Der Stadtbezirksvorsteher schildert die Situation wie folgt: in der Niederbornstraße leben einige Roma-Familien, die seit zwei bis drei Jahren in den Sommermonaten Besuch von anderen Roma erhalten. Die Besucher kampieren dann mehrere Wochen mit ihrem Wohnwagen vor dem Haus und bestreiten ihren Lebensunterhalt u.a. dadurch, dass sie am Straßenrand einen Autohandel betreiben und Gebrauchtwagen reparieren. Dabei kommt es immer wieder vor, dass sie Schrottteile am Straßenrand zurücklassen. Zudem beschweren sich Anwohner darüber, dass die Besucher teilweise ihre Notdurft in den Vorgärten verrichten.

Der Stadtbezirksvorsteher hält es für schwierig, mit den Romafamilien zu sprechen, da sie sagen, dass sie kein Deutsch verstehen. Er hat sich aufgrund der Anwohnerproteste zunächst an das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten gewandt und einen Prospekt über ein Programm zugeschickt bekommen.[84] Doch dann hätte man ihm mitgeteilt, dass die Kapazitäten nicht ausreichen würden, um das Programm in diesem Fall durchzuführen. Zudem hätte er die Auskunft erhalten, dass Roma ohnehin nicht integrierbar wären. Auch wenn man sich auf den Kopf stellen würde, könnte man das Problem nicht lösen. Man müsse deshalb damit leben.

Diese Feststellung hält der Stadtbezirksvorsteher für „ein Armutszeugnis". Er selbst hat sich also immer wieder an das Ordnungsamt gewandt und darum gebeten, dass man sich darum kümmern solle. Darauf hin wurden mehrmals Kontrollen durchgeführt und kurzfristig ließ sich damit auch eine gewisse Besserung erzielen. Aber das Ordnungsamt sei immer schwerer dazu zu bewegen, wieder und wieder Kontrollen durchzuführen, da diese im Endeffekt keine Lösung herbeiführen. Letztendlich, stellt der Stadtbezirksvorsteher resigniert fest, ist es wohl so, dass es nach Lage der Dinge keine juristische Handhabe gibt, diese Romafamilien wirkungsvoll von ihrem Tun abzuhalten, so dass er dem Wunsch der Bürger, das Problem zu lösen, nicht nachkommen kann. Es gebe da offensichtlich eine unüberwindbare kulturelle Differenz.

Er betont, dass die gesamte Problematik seines Erachtens in dieser konkreten Situation „besonders schwer zum Tragen kommt, weil es sich nicht um eine Slumgegend handelt, sondern um eine eher bürgerliche Gegend, in der gut Situierte in Einfamilienhäusern und Reihenhäusern leben". Die Eigentümer würden zudem einen Wertverlust ihrer Immobilien befürchten. Hinzu komme, dass der Raum, in dem sich das abspiele, keine Randlage, sondern relativ zentral sei: „Jeder muß daran vorbei."

[84] Es handelt sich um das EU-Modellprojekt „Stadtteilvermittlung", das die Stadt Frankfurt unter Federführung des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten konzipiert hat. Vgl. Büttner (2000).

Die bislang zitierten Schilderungen des Stadtbezirksvorstehers enthalten mehrere Hinweise darauf, dass die in Eckenheim lebenden etablierten Deutschen sensibel auf Normverstöße reagieren und dabei eine ganz bestimmte mittelschichtspezifische Strategie der Konfliktlösung bevorzugen, nämlich das Einschalten von Institutionen, die damit beauftragt werden, die gewohnte Ordnung wieder herzustellen. Die Beschreibung der allgemeinen Problematik und die Darstellung der Konflikte lassen zudem erkennen, dass das Idealbild, das die etablierten Eckenheimer von der Bevölkerung ihres Stadtteils haben, auf Homogenität basiert, die ein harmonisches Zusammenleben garantieren soll: Folglich unterscheidet man Zuwanderer, „die reinpassen" und solche, „die nicht reinpassen". Dabei sind diejenigen, „die reinpassen", finanziell relativ gut gestellt und pflegen eine bürgerliche Lebensform - sie wohnen in Einfamilien- und Reihenhäusern - während diejenigen, „die nicht reinpassen," in Hochhäusern leben und häufig Sozialhilfe erhalten.

Die Harmonie wird u.a. dadurch gewahrt, dass man sich an die im kleinbürgerlich geprägten Mittelschicht-Milieu allgemein anerkannten Spielregeln hält. Wenn jemand gegen diese Regeln verstößt, schaltet man die zuständigen Institutionen ein, wie z.B. den Stadtbezirksvorsteher (der in diesem Fall auch Mitglied im Ortsbeirat ist), das Ordnungsamt, die Polizei oder das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten.

Auch die Darstellung von zwei weiteren Konflikten enthält Hinweise auf die oben beschriebenen Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster. So berichten die Stadtbezirksvorsteher von Eckenheim und Preungesheim, dass es 1998 Probleme gab, als in einem ehemaligen Offizierswohnhaus, das durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte frei geworden war, Asylbewerber untergebracht wurden. Doch sei das Gebäude bzw. Gelände zuvor nicht für diesen Zweck umgestaltet worden. So stand beispielsweise für die große Zahl von Kindern, die dort untergebracht wurden, kein Spielplatz zur Verfügung. Es gab aber einen sehr schönen Spielplatz in der benachbarten Postsiedlung aus den 20er Jahren, die der Stadtbezirksvorsteher von Eckenheim als „eine lang ansässige Nachbarschaft mit eigener Ordnung" charakterisiert. Die Kinder der Asylbewerber seien also über den kleinen Zaun geklettert und hätten den Spielplatz der Postsiedlung benutzt, in der keine Kinder leben. Außerdem hätten sie dort Ball gespielt und dabei auch gegen die Hauswand geschossen, so dass die Anwohner sich beschwert hätten.[85] Letztendlich sei dann baulich nachgebessert worden und vor der Unterkunft sei eine neuer Spielplatz errichtet worden. Danach sei Ruhe eingekehrt.

Als eines der „kleineren Problemen", die im Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in Eckenheim existieren, berichtet der Stadtbezirksvorsteher von Jugendlichen, die auf manche einheimische Deutsche bedrohlich wirken. Sie hätten sich „eigene Spielregeln gegeben", welche „vor allem den Älteren fremd" seien. Die Jugendlichen, von denen sich einige Leute bedroht fühlen, würden sich meist am frühen Abend an der Ecke Hügelstraße/ Karl v. Drais Straße oder

[85] Der Konflikt eskalierte dann weiter (vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.5.1998) und schließlich wurden auch zwei Stadtteilvermittler/innen aktiv, um den Konflikt zu schlichten. Die Geschichte dieser Auseinandersetzung ist dokumentiert in: Wolf-Almanasreh (1998:111ff).

aber in dem Park hinter der Münzenberger Schule treffen. Wenn die Polizei aus irgend einem Anlass einschreite, verlagere sich jeweils der Treffpunkt. Auf die Frage, was die Jugendlichen denn machen, erklärt der Stadtbezirksvorsteher, dass ihnen Autoaufbrüche zugeschrieben werden. Ob sie das wirklich gemacht haben, wäre aber nicht sicher. Ebenso sei unklar, ob diese Jugendlichen tatsächlich Müllcontainer in Brand gesteckt haben, wie behauptet wird. Ansonsten hätten manche Hausbewohner auch einfach Angst, weil sich die Jugendlichen vor ihren Hauseingang setzen. Inwiefern die ganze Angelegenheit allerdings ausländerspezifisch ist, darüber ist sich der Stadtbezirksvorsteher unsicher, denn früher hätte es schließlich ähnliche Probleme gegeben. Nur hätte man damals die Jugendlichen „Halbstarke" genannt.

Insgesamt lassen sich aus den Schilderungen des Stadtbezirksvorstehers folgende Hypothesen über die Charakteristika des Zusammenlebens von Deutschen und Zuwanderer in Eckenheim ableiten: Typische Konflikte sind dadurch gekennzeichnet, dass etablierte Deutsche ihre gewohnte Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten wollen und sich gegen Zuwanderer wehren, wenn diese finanziell oder wegen ihres Sozialstatus nicht mithalten können bzw. wenn sie aufgrund ihrer kulturell oder lebenslagenspezifischen Prägung oder ihrer lebensphasenspezifischen Orientierung die etablierten Ordnungsprinzipien nicht übernehmen wollen. Hierbei dürften häufig Schichtunterschiede eine hohe Relevanz besitzen.

Aus der Sicht der Etablierten scheint das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen in erster Linie dann problematisch zu werden, wenn Zuwanderer, „die nicht reinpassen" räumlich integriert werden. Dagegen scheint räumliche Segregation von Zuwanderern und Deutschen einen Modus des interkulturellen Zusammen- bzw. Nebeneinanderlebens darzustellen, das den Bedürfnissen der Etablierten eher entspricht.[86] Absolut problemlos scheint das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern in Eckenheim nur dann zu gelingen, wenn Zuwanderer über ökonomische und kulturelle Ressourcen verfügen, die es ihnen erlauben, sich völlig zu assimilieren[87] und wenn sie darüber hinaus auch bereit sind, sich vollständig anzupassen.

Die im Untersuchungsbereich III vorherrschende und aus Sicht der Etablierten funktionierende Form des Zusammenlebens von Etablierten und Außenseitern ist bislang offenkundig die weitgehende räumliche Trennung ihrer Wohn- und Lebensbereiche. Wie sich diese Konstellation aus der Außenseiterperspektive der Bewohner benachteiligter Wohnsiedlungen darstellt, zeigen die folgenden Ausführungen.

[86] Zur wechselseitigen Beeinflussung des von der etablierten Mehrheit bevorzugten und des von der zugewanderten Minderheit präferierten Eingliederungsmodus siehe das Interaktive Akkulturationsmodell von Bourhis u.a. (1997).

[87] Nauck u.a. weisen darauf hin, dass der Eingliederungsmodus „Assimilation" nur wenigen Zuwanderern zur Verfügung steht, da er ein hohes Maß an kulturellem Kapital voraussetzt (1997).

Die Erfahrung, „Außenseiter" zu sein

Die Perspektive der nicht etablierten Bevölkerungsgruppen in den Siedlungen am Berkersheimer Weg und am Ben-Gurion-Ring wird aus den Schilderungen der Stadtbezirksvorsteher/innen der Ortsteile Frankfurter Berg und Bonames ersichtlich. Die Vertreterin vom Frankfurter Berg ist selbst erst vor einigen Jahren zugezogen und berichtet von ihrer eigenen Ausgrenzungserfahrung. Sie lebt in der Edwards-Siedlung, und zwar in dem Bereich, der zum Ortsteil Berkersheim gehört. Ihrer Erfahrung nach sind die Berkersheimer negativ zu dieser Siedlung eingestellt: „Man hat das Gefühl, dass sie am liebsten auch den kleinen Fußweg zwischen der Siedlung und dem alten Dorfkern mit einem Zaun sperren würden." Der Grund dafür sei, dass die Siedlungsbewohner verallgemeinernd als Sozialfälle betrachtet würden. Dabei würden die meisten Bewohner arbeiten und erhielten bestenfalls ergänzende Sozialhilfe.

Diese am eigenen Leib erfahrene Stigmatisierung mag ein Grund dafür sein, dass die Stadtbezirksvorsteherin darauf hinweist, dass die Bewohner/innen einiger Siedlungen massiv ausgegrenzt werden. So berichtet sie, dass man Probleme hat, in Frankfurt einen Arbeitsplatz zu finden, wenn man am Ben-Gurion-Ring, in der Jaspertstraße, Wegscheidestraße (beides Karl-Kirchner-Siedlung) oder in der Julius-Brecht-Straße (Siedlung am Berkersheimer Weg) wohnt. Diese Stigmatisierung hält sie für sehr problematisch.

Außerdem weist sie darauf hin, dass die Situation in der Julius-Brecht-Straße derzeit keineswegs so schlimm ist wie sie noch vor einigen Jahren gewesen sein soll. Denn mittlerweile wären die Jugendlichen, die das Gebiet noch vor einigen Jahren „terrorisiert" haben sollen, wohl entweder dieser Lebensphase entwachsen oder aber wegen ihrer Straftaten inhaftiert. Auch die baulichen Sanierungsmaßnahmen hätten zur Aufwertung beigetragen. Aber insgesamt muß man aus Sicht der Stadtbezirksvorsteherin unbedingt darauf achten, dass die Situation in der Siedlung nicht irgendwann (wieder) kippt.

Das größte Problem sieht die Stadtbezirksvorsteherin in der Jugendarbeitslosigkeit. Nur wenige Jugendliche von Frankfurter Berg, die die Carlo-Mierendorff-Schule in der Karl-Kirchner-Siedlung besuchen, würden anschließend einen Ausbildungsplatz finden. Zwar biete das Jugendhaus ein Bewerbungstraining an, aber offensichtlich sei das noch zu wenig, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Jugendlichen wegen dem schlechten Ruf der Siedlung, in der sie leben, diskriminiert werden.

Der Stadtbezirksvorsteher von Bonames hält ebenfalls Arbeitslosigkeit für das zentrale Problem in der Siedlung am Ben-Gurion-Ring. Er plädiert ausdrücklich dafür, etwas dagegen zu unternehmen, um den Betroffenen zu neuem Lebenssinn zu verhelfen. Allerdings sei Bonames eine reine Wohngegend, in der es - abgesehen von der für die ganze Stadt zuständigen Beschäftigungsgesellschaft „Werkstatt Frankfurt" - kaum Arbeitsplätze gäbe. Er klagt darüber, dass das Abitur immer stärker aufgewertet werde, aber man sich wenig Gedanken darüber mache, was eigentlich mit den Leuten passiert, die kein Abitur schaffen. Hier hält er eine gute Grundausbildung für nötig, die gegebenenfalls mit Sprachvermittlung gekoppelt werden sollte, um qualifikationsbedingter Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken.

Insbesondere müsse man sich um die jugendlichen Spätaussiedler kümmern. Sie könnten oft kein Deutsch und bräuchten ein erweitertes Sprachkursangebot. Außerdem hat er den Eindruck, dass sie mit den in Deutschland gebotenen Freiheiten nicht zurecht kommen und wahrscheinlich deshalb sehr provokativ auftreten. Sie würden auf jeden Fall mehr Probleme bereiten als die ausländischen Jugendlichen.

Insgesamt wundert sich der Stadtbezirksvorsteher von Bonames darüber, dass es in der Siedlung am Ben-Gurion-Ring bislang „noch nie so richtig gekracht hat." Das Potential ist seines Erachtens da, weil es dort einerseits viele Rechtsradikale gibt und andererseits ein sehr anonymes Klima herrscht. Gleichzeitig leide die dort lebende Bevölkerung unter vielen sozialen und finanziellen Problemen und jeder, der könne, versuche, von dort weg zu ziehen.

Während des Interviews betont der Stadtbezirksvorsteher von Bonames immer wieder, dass die Probleme am Ben-Gurion-Ring nicht daher rühren, dass dort viele Zuwanderer leben, sondern dass sie sozialstrukturelle Ursachen haben. Schon allein aufgrund der seines Erachtens abschreckenden Architektur und fehlenden Infrastruktur der Siedlung am Ben-Gurion-Ring, erscheinen ihm die dort auftretenden Probleme gleichsam vorprogrammiert. Denn dort konzentrieren sich Menschen, die nirgends anders hin können und deshalb gezwungen sind, miteinander auszukommen. Die Unzufriedenheit mit dieser ausweglosen Situation entlade sich dann vor allem bei Jugendlichen in Aggression. Eine der sichtbaren Folgen sei der Vandalismus, der auch in der schriftlichen Befragung häufig kritisiert wurde.[88]

Im Gegensatz zu der oben skizzierten Konfliktkonstellation in den Wohngebieten der etablierten Einwohner von Untersuchungsgebiet III scheint die Situation in den hier beschriebenen Wohnsiedlungen durch allgemeine gesellschaftliche Marginalisierung und durch eine konfliktbeladene Konzentration von erfolgs- und durchsetzungsschwachen deutschen und ausländischen Minderheiten charakterisiert. Man kann überdies davon ausgehen, dass die hohe Fluktuation der Bewohner und die infrastrukturelle Mangelsituation der Wohnumgebung wenig dazu beitragen, Selbsthilfepotentiale der Bewohner zu aktivieren.

Die Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher

Die Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher/innen von Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg zielen zum einen darauf ab, die Qualität des Lebensumfeldes in den Wohnsiedlungen zu erhöhen. Zum anderen sind sie darauf gerichtet, Störungen des konfliktfreien Zusammenlebens zu beheben und präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sich abzeichnenden negativen Entwicklungen vorbeugen sollen.

[88] Bei der Kritik am eigenen Stadtteil wurde von 13,5 Prozent der Befragten im Untersuchungsgebiet III „Zerstörung von Sachen" genannt. Das war mit Abstand der am stärksten kritisierte Faktor.

- Die Stadtbezirksvorsteherin von Frankfurter Berg schlägt vor, zu prüfen, ob dieser Ortsteil in das Programm „Soziale Stadt" aufgenommen werden kann, um auf diesem Weg eine umfangreiche Umstrukturierung und Sanierung in die Wege zu leiten, die von sozialen Maßnahmen begleitet ist. Dabei legt sie großen Wert auf eine weitreichende Beteiligung der Bewohner und der sozialen Akteure, die bereits jetzt im Stadtteil aktiv sind.
- In den Interviews mit den Stadtbezirksvorsteher/innen wurden immer wieder Neubaumaßnahmen angesprochen, die in naher Zukunft durchgeführt werden sollen oder bereits begonnen wurden.[89] Dabei wurde zum einen die Befürchtung geäußert, die neuen Siedlungen könnten bestehende Problemlagen verstärken und z.B. den Anteil einkommensschwacher Bewohner zusätzlich erhöhen (wie in Bonames bezüglich der Siedlung Bonames Ost/ Harheim West geäußert) oder aber die soziale Ausgrenzung stigmatisierter Bevölkerungsgruppen weiter verschärfen; diesbezüglich mahnt die Stadtbezirksvorsteherin von Frankfurter Berg an, einer verschärften Diskriminierung der Bewohner der Siedlung am Berkersheimer Weg vorzubeugen, in deren Nachbarschaft nun ein Wohngebiet für Mittelschichtangehörige entsteht. Des weiteren fürchtet sie, dass der Verlust von Grünflächen im Zuge weiterer Baumaßnahmen dazu führt, dass der Erholungswert des Ortsteils schwindet, der in erster Linie darin besteht, dass man naturnah lebt. Allgemein wird in den Interviews immer wieder gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die dafür Sorge tragen, dass neue Wohngebiete sich nicht negativ auf die übrige Bewohnerschaft auswirken.
- An Neubaumaßnahmen werden aber zum Teil auch große Hoffnungen geknüpft. Beispielsweise erwartet man, dass dort Infrastruktureinrichtungen entstehen, die auch den Bewohnern anderer Gebiete des Ortsteils zu gute kommen. In Preungesheim besteht die Hoffnung auf Freizeiteinrichtungen z.B. eine Sporthalle oder ein einfach ausgestattetes Schwimmbad. Am Frankfurter Berg wird erwartet, dass dem neuen Einkaufszentrum auch Einzelhandelsgeschäfte wie Metzgerei und Bäckerei angegliedert werden, die dort bislang fehlen und dass es mit anderen Attraktionen ausgestattet wird, die den Ortsteil aufwerten könnten z.B. mit einem Sonnenstudio. Des weiteren verbindet die Stadtbezirksvorsteherin von Frankfurter Berg mit dem Einkaufszentrum die Hoffnung, dass es auch als ein soziales Zentrum fungiert, das dem Ortsteil bislang fehlt. Sie plädiert dafür, dort Treffpunkte für Vereine und Initiativen zur Verfügung zu stellen. Zudem hofft sie, dass der Platz, der in diesem Neubaugebiet vorgesehen ist, sich für Stadtteilfeste eignet und nicht so steril gestaltet wird wie der Platz vor dem Sozialrathaus am Ben-Gurion-Ring. Allgemein müßte dafür Sorge getragen werden, dass das Gebiet nicht zu einem in sich geschlossenen Quartier wird, sondern eine Verbindung zwischen den drei bislang voneinander isolierten Wohnsiedlungen herstellt, aus denen sich der Ortsteil Frankfurter Berg zusammen setzt.

[89] Vgl. die obenstehenden Ausführungen zur Entwicklung der Stadtteile.

- Die Handlungsempfehlungen des Stadtbezirksvorstehers von Eckenheim konzentrieren sich auf Störungen des konfliktfreien Zusammenlebens im Stadtteil. Er schlägt vor, eine Art Kataster zu erstellen, das zeigt, in welchem Gebiet des Ortsteils Probleme auftauchen und wo Handlungsbedarf besteht. Zur Problemlösung in schwierigeren Fällen empfiehlt es sich seiner Meinung nach, eine Task-Force zu bilden, in der verschiedene Institutionen zusammen an einer schnellen und nachhaltigen Lösung arbeiten. So könnten sich z.B. das Ordnungsamt und das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten gemeinsam um das Problem der in der Niederbornstraße kampierenden Roma kümmern. Insgesamt vertritt der Stadtbezirksvorsteher die Ansicht, man müsse die „Spielregeln" des Zusammenlebens schärfer definieren als bisher und Bewohner des Stadtteils, die sich nicht daran halten, gezielt bearbeiten.
- Weitere Vorschläge, die darauf abzielen, Konflikte zu reduzieren, betreffen den Bereich Sauberkeit und Müllentsorgung. Ebenso wie im Gallusviertel und in Bornheim wird auch im Untersuchungsgebiet III darüber geklagt, dass insbesondere Zuwanderer sich oft nicht an die Vorschriften zur Mülltrennung halten. Zur Abhilfe wird auch hier vorgeschlagen, beim Abschluss des Mietvertrages mit schriftlichem Material in der jeweiligen Herkunftssprache über die korrekte Müllentsorgung (Mülltrennung, Sperrmüll, Sondermüll) zu informieren und darauf hinzuweisen, dass bei Missachtung der Vorschriften die allgemeinen Nebenkosten steigen. Darüber hinaus erwarten die Stadtbezirksvorsteher, dass Vandalismusschäden möglichst schnell beseitigt werden. Das kommunale Programm zur raschen Entfernung von Graffitis wird in diesem Zusammenhang lobend erwähnt. Ein Problem, das insbesondere in Eckenheim immer wieder auftaucht, sind abgestellte Schrottautos, über die sich die Anwohner heftig beklagen. Hier regt der Stadtbezirksvorsteher an, nicht erst - mitunter monatelang - abzuwarten, ob man den Besitzer finden kann, sondern die Autowracks relativ schnell in ein Zwischenlager abzutransportieren.
- Mehrere Handlungswünsche beziehen sich auf die häufig aussichtslose Situation von Jugendlichen in der Karl-Kirchner-Siedlung und in den Siedlungen am Berkersheimer Weg und am Ben-Gurion-Ring. Es wird dringend angemahnt, Maßnahmen zu ergreifen, die diese Jugendlichen in den Erwerbsprozess integrieren, um ihnen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen und zu verhindern, dass die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene Langeweile in Aggression umschlägt. Da in den genannten Siedlung relativ viele Jugendliche über ein geringes Qualifikationsniveau verfügen, schlagen die Stadtbezirksvorsteher/innen von Bonames und Frankfurter Berg Qualifizierungsmaßnahmen vor, die unter Umständen auch ein Sprachkursangebot beinhalten. Eine Gruppe, die offensichtlich besonders großer Unterstützung bedarf, sind junge Spätaussiedler, die relativ zahlreich in der Siedlung Ben-Gurion-Ring leben.
- Generell wird vorgeschlagen, integrative Maßnahmen (z.B. Arbeit mit Kindern, Frauentreff, Deutschkurse, Fortbildungsangebote etc.) eng mit den professionell oder ehrenamtlich engagierten Akteuren im Stadtteil abzustimmen und insgesamt darauf zu achten, dass die bestehenden Initiativen in ihren Bemühungen gestärkt werden. Die Notwendigkeit, diese Akteure intensiv zu beteiligen, wurde vor allem von der Stadtbezirksvorsteherin von Frankfurter Berg

betont, die zudem darauf hinweist, dass bei den Mitarbeitern der dort lokalisierten sozialen Einrichtungen großes Know How und Engagement vorhanden sind.

- Ein weiteres Gremium, das in präventive Maßnahmen eingebunden werden sollte oder von dem Vorschläge für solche ausgehen könnten, ist der neu gegründete Regionalrat im Frankfurter Berg. Eine seiner ersten Aktivitäten bestand darin, mittels einer Bewohnerbefragung eine Bedarfsanalyse zum Thema „Angsträume im Wohnquartier" durchzuführen.
- Sicherheit und Gewaltprävention stehen auch im Zentrum der zwei letzten Vorschläge. Der Stadtbezirksvorsteher von Preungesheim empfiehlt dem Magistrat, in Siedlungen, in denen sich Einheimische „nicht mehr wohl fühlen" und denken, das hätte damit zu tun, dass immer mehr Ausländer zuziehen, mehr Präsenz zu zeigen. Zum Beispiel durch Polizisten, die sich immer wieder dort aufhalten und nicht nur mit dem Auto durchfahren. Man brauche das Gefühl, dass man die Polizisten kennt, die hier zuständig sind. Ebenso sollten sich Angestellte des Ordnungsamtes umfassender für Angelegenheiten verantwortlich fühlen anstatt sich nur auf ihren eng begrenzten Auftrag zu konzentrieren. Die Scheuklappenmentalität sei sehr hinderlich.
- Der Stadtbezirksvorsteher von Bonames will Vandalismusschäden durch Bürger eindämmen, die als „Freiwillige Bürger in Verantwortung" eingesetzt werden. Er möchte diese Institution aber klar von einer klassischen Bürgerwehr abgrenzen, die seines Erachtens viel zu weitreichende Kompetenzen hat und zu militaristisch wirkt. Unter „Freiwilligen Bürgern in Verantwortung" versteht er freiwillig tätige Rentner, Sozialhilfeempfänger oder arbeitslose Jugendliche, die eine Grundausbildung erhalten. Ihre Aufgabe sollte in erster Linie darin bestehen, Präsenz zu zeigen, so dass man das Gefühl hat, bei abweichendem Verhalten beobachtet und dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Der Stadtbezirksvorsteher schlägt vor, diese Patrouillen auffällig (z.B. mit roten Jacken) zu kleiden, ihnen einen Ausweis der Stadt Frankfurt geben und sie mit Handys ausstatten. Er würde dieser Institution geringere Kompetenzen zuweisen als beispielsweise den Parküberwachungsdiensten. Sie sollten vor allem präsent sein, beobachten, Leute auf ihr Fehlverhalten hinweisen, eine gewisse Autorität ausstrahlen und nötigenfalls die Polizei rufen. Sie sollten aber keinesfalls die Rolle von Hilfspolizisten übernehmen.

Im Anschluss folgt eine Darstellung dessen, wie sich Bewohner und Akteure zum Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen äußern. Diese Äußerungen illustrieren im wesentlichen das zuvor Gesagte und ergänzen es um eine subjektive Perspektive. Nach der Darstellung dieser „Stimmen aus dem Stadtteil" werden die Gesamtergebnisse der Stadtteilstudie zusammengefasst.

4.2 Der Stand der Integration aus der Sicht von Stadtteilbewohnern und -akteuren und ihre Handlungsempfehlungen

(Autor: Can Malatacik)

Bei den Interviews mit Bewohnern und Akteuren der drei ausgewählten Stadtteile handelt es sich um Spontaninterviews, die zwischen 5 und 30 Minuten dauerten. Sie wurden von Dipl. Politologe Can Malatacik geführt, protokolliert und nach Stadtteilen geordnet zusammengestellt. Es handelt sich um subjektive Äußerungen aus der Betroffenenperspektive, die hier weitgehend unkommentiert wiedergegeben werden.

Die Interviewpartner wurden zunächst dazu befragt, wie sie über ihren Stadtteil denken und welche Vor- und Nachteile das Leben dort für sie habe. Dann wurden sie gebeten, das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen in ihrem Stadtteil zu beurteilen und zu sagen, wie sich die interkulturellen Beziehungen in den letzten zwei Jahren entwickelt haben. Zum Schluss des Interviews wurde gefragt, welche Maßnahmen der Magistrat aus ihrer Sicht ergreifen sollte, um die allgemeine Situation im Stadtteil zu verbessern und um die Integration der Zuwanderer zu fördern.

Insgesamt wurden 36 Interviews mit Deutschen und Zuwanderern unterschiedlichen Alters geführt. Die Interviewpartner wurden zum Teil auf der Straße angesprochen, zum Teil an ihrem Arbeitsplatz aufgesucht oder in sozialen Institutionen interviewt. Die Gespräche wurden aufgenommen, auszugsweise protokolliert und schließlich für die einzelnen Untersuchungsgebiete zu thematischen Schwerpunkten zusammengefasst. Die Darstellung ist so gegliedert, dass zunächst zitiert wird, wie sich die Befragten zu ihrem Stadtteil und zu den interkulturellen Beziehungen im Stadtteil äußern. Anschließend werden ihre Handlungsempfehlungen wiedergegeben.

Die Interviews können nicht als repräsentativ aufgefasst werden. Aussagen aus den Interviews können jedoch in lebendiger Weise Auffassungen der Stadtteilbewohner abbilden und zum Teil über andere Methoden identifizierte Sachverhalte illustrieren.

4.2.1 Gallusviertel

Eigene Integrationserfolge

Aus den Beschreibungen der Bewohner geht hervor, dass das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern im Gallusviertel sich insgesamt als ein relativ unspektakuläres Nebeneinander gestaltet, mit dem man sich arrangiert hat. Bisweilen hört man auch Stolz aus den Äußerungen heraus, dass die Integration einer großen Zahl von Zuwanderern im Großen und Ganzen gelungen ist. So äußert sich ein Interviewpartner, der seit Jahrzehnten im Gallusviertel seelsorgerisch in der Migrantenbetreuung tätig ist, folgendermaßen: „Also ich denke, dass wir im Viertel zufrieden und teilweise stolz sind." Dass man das Zusammenleben trotz des hohen Anteils von Migranten im allgemeinen als gelungen betrachten könne, ist seiner Meinung nach allerdings nicht ein Verdienst der Stadt oder der Verwaltung - der könne man ganz im Gegenteil viele Versäumnisse vorwerfen -, sondern das Resultat der Arbeit von vielen Menschen und Gruppie-

rungen, die sich auf diesem Feld engagieren. Es handele sich dabei um eine Reihe von Initiativen wie z.B. den Stadtteilarbeitskreis oder die Initiative „Kind im Gallus". Daneben seien aber auch Parteien und Vereine, wie etwa Gartenvereine oder Hortvereine aktiv. Außerdem sei eine Gruppe von Ausländern und Deutschen vorhanden, die in einzelnen Arbeitskreisen für eine Verbesserung des Stadtteils eintreten. Einer dieser Arbeitskreise habe sich beispielsweise über mehrere Jahre hinweg für das kommunale Wahlrecht für Ausländer stark gemacht.

Nebeneinander- vs. Miteinander-Leben von Deutschen und Zuwanderern

Eine im Stadtteil tätige und auch seit drei Jahrzehnten dort lebende Erzieherin türkischer Herkunft äußert sich zu den interethnischen Beziehungen in ihrer Wohnumgebung und zu den Erfahrungen, die sie mit den deutschen Nachbarn gemacht hat. Dabei beschreibt sie auf der einen Seite ein „Nebeneinander-Leben" von Deutschen und Zuwanderern und auf der anderen Seite ein nachbarschaftliches Verhältnis der Zuwanderer unterschiedlicher Herkunft, das auch Züge eines „Miteinander-Lebens" trägt. In den Beziehungen der Zuwanderer spielt ihrer Ansicht nach die ethnische Herkunft eine weit geringere Rolle als im Verhältnis zwischen Zuwanderern und Deutschen. Die deutsche Bevölkerung kapselt sich nach Meinung dieser Interviewpartnerin ab. Sie äußert sich zunächst zufrieden mit ihrer Wohnsituation: „Ich fühle mich hier wohl. Ich falle da irgendwie als Türkin nicht auf. Es ist so, dass ich hier den Metzger kenne und den Bäcker kenne. Und wenn ich mal kein Geld dabei habe, bringe ich es am nächsten Tag mit." Diese Zufriedenheit bekräftigt sie mit einer Episode, dass sie in den 80er Jahren eine 4-Zimmer-Wohnung im Stadtteil Westend für 100.- DM günstiger angeboten bekommen hätte, sich aber doch dazu entschied, im Gallus zu bleiben.

Dann erzählt sie von ihren Nachbarschaftserfahrungen: Sie wohnt jetzt in einem Haus, in dem neben ihr noch 2 türkische Familie leben, sowie drei deutsche, eine marokkanische und eine griechische Familie. Früher hätte es einen Deutschen gegeben, mit dem sie Probleme gehabt hätte. Der wäre aber ausgezogen. In ihren Schilderungen über nachbarschaftliche Konflikte betont sie jeweils, dass diese nicht mit der Herkunft der jeweiligen Personen zusammenhängen: „Das hat jetzt mit deutsch, nicht-deutsch nichts zu tun. Das kann ich genauso mit einer Türkin oder einer Spanierin im Haus haben." Hinsichtlich ihrer deutschen Nachbarn betont sie jedoch andererseits, dass es nie dazu gekommen sei, dass „man sich zusammengetan hat". Mittlerweile wohne sie schon 28 Jahre im Gallus und habe noch nie erlebt, dass sich ein Zusammenhalt zwischen deutschen und nicht-deutschen Nachbarn entwickelt hätte.

Vorher hätte sie in einem anderen Haus im Gallus gewohnt, das weitaus internationaler besetzt gewesen wäre und dort sei es anders gewesen. „Bei den Italienern haben wir Kaffee getrunken, bei den Marokkanern Couscous gegessen. Gegenseitige Einladung war einfach drin. Wenn was gefehlt hat, hat man bei den Nachbarn ohne Probleme nachgefragt."

In dem Haus, in dem sie jetzt wohnt, habe sie einmal, als ihr Staubsauger kaputt war, bei der Nachbarin gefragt, ob sie sich deren Staubsauger ausleihen dürfe, aber die Nachbarin wollte ihren Staubsauger nicht verleihen. „Das ist einfach anders". Sie ergänzt diese Schilderung um ein weiteres Beispiel und erzählt, dass der Hausmeister des öfteren ihre Kinder schikanieren würde mit Beschuldigungen, wie z.B. ob *sie* das Licht im Hausflur angelassen hätten. Diese Beispiele könnte man noch weiterführen. Es wäre einfach nicht so wie in dem früheren Haus. Aber insgesamt fühle sie sich trotzdem wohl.

Allgemein habe sie die Beobachtung gemacht, dass der Kontakt unter den Migranten immer reger gewesen wäre als zwischen Migranten und Deutschen. Sie bekräftigt dies auch mit einem Beispiel aus ihrem Alltag als Erzieherin im Stadtteil. „Als wir in dieses Gebäude eingezogen sind, haben wir die Nachbarschaft per Brief eingeladen. Aber von den deutschen Nachbarn ist kaum jemand gekommen. Genau so bei Straßenfesten, die wir organisiert haben. Die Einzigen, die kommen, sind Vertreter von anderen sozialen Einrichtungen, mit denen wir zusammen arbeiten." Sie und ihre deutsche Kollegin resümieren die Situation wie folgt: „Es ist mehr eine distanzierte Haltung. Es sind ein bisschen getrennte Welten. Es geht so nebeneinander."

Zwei deutsche Bewohnerinnen des Stadtteils (die Inhaberin eines kleinen Dienstleistungsbetriebes und eine Sekretärin) erwähnen Reibungspunkte (wie Picknick auf Grünflächen oder bis nachts auf der Straße spielende Kinder), die von der südländischen Mentalität herrührt. Aber die Beschreibung dieser Konflikte hat nichts Dramatisches. Zu ihren Nachbarn, Kunden und Klienten zählen viele Zuwanderer, und diese häufigen Kontakte scheinen dazu beizutragen, dass sie sehr differenziert über verschiedene Zuwanderergruppen sprechen und z.B. nach Anwesenheitsdauer differenzieren (Gastarbeiter vs. Neue).

Überhaupt schildert Frau R. die gewerblichen Aktivitäten mit einem gewissen Missmut. Nicht nur die relativ spärliche Palette an gewerblichen Angeboten im Gallus sondern auch das fehlende Interesse der Anwohnerschaft, das lokale Gewerbe zu unterstützen missfällt ihr. Sie erwähnt ein Informationsblatt, das vom Gewerbeverein herausgebracht wurde und dem Zweck dienen sollte, den Anwohnern über die vorhandenen Angebote ein wenig Orientierung zu bieten. Diese Broschüre lag auch in ihrem Laden aus und stieß auf sehr geringes Interesse seitens der Klienten. Zu den Einkaufsmöglichkeiten meint sie, dass es keinen richtigen Metzger gäbe und die Vielfalt an Einzelhandelsgeschäfte im allgemeinen auch nicht sehr hoch sei: „Ich mache hier eher Noteinkäufe". Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass es im Gallusviertel mehrere ethnische Gemüse- und Lebensmittelhändler und mindestens einen großen Supermarkt gibt, der allerdings an eine Moschee angegliedert ist. Anscheinend kennt die Interviewpartnerin diese verschiedenen Einkaufsmöglichkeiten nicht oder sie nimmt diese nicht als Einrichtungen für die Allgemeinheit wahr. Dies verdeutlicht, dass die ethnische Infrastruktur aus ihrer Sicht nicht ein Teil der gesamten Infrastruktur ist, sondern neben der deutschen existiert.

Angsträume

Frau R. spricht am Anfang ihrer Ausführungen bezüglich der Themen, in denen ein dringender Handlungsbedarf besteht, einen Problemkomplex an, der ihrer Meinung nach für ganz Frankfurt akuten Charakter hätte, nämlich die Themen „Kriminalität" und „Sicherheit". Man traue sich nicht mehr nachts auf die Straße, meint sie. Sie sei enttäuscht von der Stadtverwaltung, die andauernd Versprechungen machen würde, dass sie diese Sache in den Griff bekommen werde. Allerdings hätte sich die Situation allgemein geändert. Es ginge jetzt nicht mehr um das Bahnhofsviertel - dort hätte sie auch gearbeitet und kenne sich aus – sondern es wäre in der ganzen Stadt ein Problem. Früher hätte es noch Stadtviertel gegeben, wo man gesagt hat: „Da ist die Welt noch in Ordnung", jetzt könne man das nicht mehr behaupten.

Besonders bedrohlich erscheint Frau R. die Mainzer Landstraße von der Galluswarte bis Mönchhofstraße. Dort würden „Zigeuner" illegale Geschäfte treiben, so z.B. Autos schwarz verkaufen. Es wäre dort allgemein ein Schwarzmarkt angesiedelt und die Polizei würde dies nicht in den Griff kriegen, weil die Personen, die ihr Geld damit machen „mit allen Wassern gewaschen wären."

Als einen weiteren Ort der Unsicherheit beschreibt Frau R. die Bahnhöfe und ihre Umgebung. Besonders in den Sommermonaten „blühe das Geschäft" und das, was im Winter im verborgenen betrieben werde, könne man dann mit dem bloßen Auge beobachten.

Auch die Straßenbahnlinie von Höchst in die Innenstadt durch Gallus sei eine Drogenszene, die ganz offen betrieben werde: Mit Blickkontakt werde ausgestiegen und die „heiße Ware verkauft".„In den Straßenbahnen spritzen die und alles. Und das interessiert schon gar keinen mehr."

Das Stigma des Gallusviertels

Ein Thema, das von mehreren Akteuren und Bewohnern im Stadtteil angesprochen und kritisiert wurde, ist die negative Meinung, die andere über das Gallusviertel haben. Einige langansässige Interviewpartner berichten zudem, dass es sich dabei um einen schlechten Ruf handelt, den das Viertel bereits seit Jahrzehnten besitzt. Eine deutsche Geschäftsinhaberin: „Das Gallus war auch schon früher als 'Ghetto' bekannt. Man hat gesagt, dass hier viele Zigeuner leben und auch die Umgebung war nicht besonders ansprechend. Genauso wie im Gutleutviertel." Eine andere deutsche Frau, die seit Jahrzehnten im Gallusviertel lebt, erzählt davon, dass sie einmal in den 70er Jahren in der Straßenbahn, als sie gerade die Grenze des Stadtteils erreicht hatten, jemanden erleichtert sagen hörte „Gott sei Dank, jetzt sind wir aus dem Gallus heraus."

Die Interviewten ärgern sich über die undifferenzierte Sicht und verteidigen ihr Viertel als durchaus lebenswert. So wehrt sich eine langjährige Bewohnerin türkischer Herkunft gegen das negative Image, das dem Stadtteil anhaftet: „Man sagt immer, dass es hier so viel Kriminalität gibt. Aber das stimmt einfach nicht. Auch ich als Frau habe kein Problem damit, nachts um eins aus dem Haus zu gehen. Mir ist da noch nie was passiert."

Das schon lange vorhandene negative Image des Stadtteils wird von einem Interviewpartner italienischer Herkunft auch als ein Grund dafür angesehen, dass die Gastarbeiter, die in den 60er Jahren nach Frankfurt kamen, zunächst im Gallusviertel eine Wohnung fanden. Mit dem gesellschaftlichen Aufstieg wurde den ersten Zuwanderergruppen ein Umzug in andere Stadtteile möglich, und dadurch veränderte sich die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung.

Das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen

Der Interviewpartner erläutert, dass eine Verschiebung in der demographischen Zusammensetzung der Zuwanderer stattgefunden hat: „Vor 20 Jahren haben viel mehr Italiener und Spanier im Gallus gelebt. Schon damals war es so, dass die Wohnungen nicht attraktiv waren. Deshalb haben sich ja die Zuwanderer hier konzentriert. Aber wer Geld hat, zieht von hier weg. Und deshalb sind in der letzten Zeit immer mehr moslemische Gruppen gekommen."

Der Interviewpartner beobachtet, dass die Spannungen zwischen den im Stadtteil lebenden Deutschen und den Moslems anwachsen. Dies hätte verschiedene Gründe. Zum Beispiel würden sich die international bekannten Konflikte, die mit dem Islam in Verbindung stehen (z.B. im Sudan oder in Afghanistan) auch das Bild beeinflussen, das die Deutschen von den Moslems haben, die in ihrem Stadtteil leben. In der deutschen Bevölkerung, aber zum Teil auch bei katholischen Zuwanderern, gäbe es Vorbehalte und Ängste. „Weil wenn man an so einer Moschee vorbeigeht und wenn man Angst bekommt – da funktioniert was nicht." Es hätte anfangs auch große Streitigkeiten wegen der Einrichtung von Moscheen im Stadtteil gegeben. Zur Zeit habe man vier Moscheen im Gallus.

Der Interviewpartner meint, dass es nötig sei, dafür zu sorgen, dass sich Deutsche bzw. Christen und Muslime im Stadtteil persönlich kennen lernen. „Denn wenn ich mich mit dem Moslem nur theoretisch konfrontiere, glaube ich zwangsläufig das, was ich im Fernsehen sehe oder in der Zeitung lese. Statt dessen sollte man mit dem Nachbarn reden." Er schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass der Aufbau von Beziehungen nicht einfach sei, aber man müßte jedenfalls Räume für die Begegnung schaffen.

Generell beurteilt dieser Interviewpartner die Entwicklung der interethnischen Kontakte im Gallusviertel eher skeptisch: „Wesentlich besser ist es nicht geworden." Rückblickend meint er, dass die restriktive Politik gegenüber Ausländern ihre Auswirkungen bzw. auch Einfluss auf die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im Stadtteil gehabt hätte. „Man hört jetzt Dinge von manchen Deutschen, die man vor zehn Jahren nicht gehört hat."

Die Handlungsempfehlungen der Interviewten

Wohnungspolitik

Alle Interviewten äußern sich kritisch zur Wohnungspolitik, die im Gallusviertel praktiziert wird und sehen einen dringenden Sanierungsbedarf von Wohnungen einerseits und die Notwendigkeit familiengerechten Wohnraum zu schaffen andererseits. Ein Interviewpartner italienischer Herkunft, der seit langen Jahren im Gallus lebt, wirft einen Blick in die Vergangenheit: Obwohl seit 30 Jahren auf die Problematik im Bereich Wohnen aufmerksam gemacht wird, sei fast gar nichts passiert. Ganz im Gegenteil habe sich die Lage dadurch verschärft, dass viele Betriebe geschlossen bzw. verlegt wurden und dies wiederum habe zusätzliche Fragen bezüglich der Werkswohnungen aufgeworfen, die deren Aufrechterhaltung und Sanierung betreffen. Eine andere Befragte erklärt, dass die Wohnungen zwar zahlreich aber sehr klein und teilweise völlig heruntergekommen seien.

Eine direkte Folge von zu kleinen Wohnungen ist für viele der Interviewten der Wegzug von jungen Familien aus dem Viertel. Ein langjähriger Bewohner des Gallus führt dies weiter aus: „Wenn junge Familien, die für die Integration wichtig sind, wegziehen, ist das ein schlechtes Zeichen für diesen Stadtteil." Eine deutsche Bewohnerin, die ebenfalls seit vielen Jahren im Gallus wohnt, bekräftigt dies mit einem Beispiel aus der eigenen Familie: Ihr Sohn hätte sich nach seiner Heirat entschieden wegzuziehen, obwohl er im Gallus geboren und aufgewachsen sei. Die Gründe hierfür seien vor allem die kleine Wohnung gewesen, die zur Verfügung stand, aber nicht dies allein. Hinzugekommen seien Bedenken der jungen Eltern, dass ihre Tochter auf eine Schule in einem Stadtteil gehen müßte, in der es Drogenprobleme gäbe. Außerdem findet sie es erstaunlich, dass die jungen Leute – auch ihr Sohn - so gravierende Vorurteile gegen Ausländer hätten, obwohl sie hier unter Zuwanderern aufgewachsen seien. Dies äußere sich besonders im Zusammenhang mit dem Konkurrenzkampf um die Arbeitsplätze.

Einige Interviewpartner versprechen sich durch das Sanierungsprogramm „Soziale Stadt", das vielleicht auch im Gallusviertel Anwendung finden soll, Verbesserungen in der Wohnsituation. Bei einzuleitenden Sanierungsmaßnahmen sollte allerdings darauf geachtet werden, dass kleine Wohnungen zu größeren zusammengelegt werden sollten und langjährige Bewohner, bzw. hier aufgewachsene junge Leute, den Vorrang bei der Belegung haben sollten. Auch wäre es politisch sehr wichtig, die Mietpreise auf noch erschwinglichem Niveau zu halten.

Angebote für Kinder und Jugendliche

Auf die Frage, wo sie Handlungsbedarf sehen bzw. was sie machen würden, wenn man ihnen die Gelegenheit geben würde, Veränderungen im Stadtteil herbeizuführen, erklären die 15 bis 17jährigen interviewten Jugendlichen aus dem Gallusviertel immer wieder, dass im Stadtteil sehr wenige Einrichtungen da wären, die sie benützen könnten und sie sich allgemein mehr Treffpunkte wünschen würden.

Auch aus der Sicht einer Bewohnerin, die ihre Kinder im Bezirk großgezogen hat, bietet der Gallus wenig Platz für Kinder und noch viel weniger Raum für die Jugendlichen. Sie schildert, dass Jugendliche sich deshalb einfach an Straßenecken sammeln würden, weil sie kein Geld hätten, um sich in einem Café oder einer Gaststätte aufzuhalten und sieht dringenden Handlungsbedarf in der Hinsicht, dass mehr Räumlichkeiten für Jugendliche geschaffen werden, wo diese sich treffen und ein bisschen Spaß haben können.

Profis aus der Sozialarbeit äußern verschiedene Meinungen: Eine in der Jugendarbeit tätige Sozialpädagogin meint hierzu, dass es wahrscheinlich ausreichend Begegnungsmöglichkeiten für Jugendliche im Gallus gäbe, aber in Bezug auf bestimmte Bezirke die Versorgung äußerst dürftig sei. Das brisanteste Beispiel dafür sei der Galluspark, wo 800 Kinder- und Jugendliche leben, es jedoch keine einzige Jugendeinrichtung geben würde. Man warte bis es brennt. Im Vergleich dazu bestehen laut einem anderen Kollegen im Bereich der Jugendarbeit genug Initiativen, Kirchen und Vereine, die für die Jugendlichen da sind. Es gäbe Einrichtungen wie das Kinderhaus, Jugendhaus, Falkenheim oder den Mädchentreff.

Maßnahmen im Bereich Bildung und Verwaltung

Ein Interviewpartner sieht aufgrund der hohen Konzentration von Zuwanderern im Gallusviertel den größten Handlungsbedarf im Bildungsbereich und umschreibt seinen Vorschlag wie folgt: „In einer Situation, in der 70 und mehr Prozent der Kinder ausländischer Herkunft sind, muss die Stadt durch Maßnahmen bewirken, dass in den jüngeren Jahrgängen die Klassen kleiner sind." Es müsse unbedingt Geld für mehr Lehrkräfte ausgegeben werden, und die Klassen sollten mit höchstens 15 und nicht mehr Schülern besetzt werden.

Im Rahmen der Erwachsenenbildungsarbeit hält es eine deutsche Erzieherin für wichtig, mehr Sprachkurse vor allem für Frauen anzubieten. Denn es sei ein großer Bedarf bei Zuwanderinnen festzustellen, aber das Angebot würde die Nachfrage bei weitem nicht decken. Die von verschiedenen privaten Anbietern oder der Volkshochschule angebotenen Kurse wären für die Bewohnerschaft nicht erschwinglich. Deshalb sollten mehr öffentliche Gelder für Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die mit sozialpädagogischen Hilfen gekoppelte speziell auf Zuwanderer zugeschnittene Sprachkurse zu erschwinglichen Preisen anbieten.

Eine türkische Kollegin meint ergänzend hierzu, dass bei den Zuwanderern ein wichtiger Schritt, den man im Stadtteil noch unternehmen müßte, der sei, ihnen die Schwellenängste zu nehmen und ihr Vertrauen zu gewinnen. Die Volkshochschule trete als eine eher auf die deutsche Klientel ausgerichtete Institution in Erscheinung. Es wäre dringend notwendig, in Einrichtungen der Erwachsenenbildung und in besonderem Maße in den Diensten der Sozialverwaltung mehr Leute mit Migrationshintergrund zu beschäftigen. Dies sei momentan weder in der Sozialstation noch im Allgemeinen Sozialdienst der Fall.

Bereitstellen von Begegnungsräumen

Als ein wesentliches Merkmal, das die Beziehungen zwischen Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil beeinflusst, betont eine Interviewpartnerin, wäre, dass es im Gallus allgemein wenig öffentliche Plätze gibt, wo die Menschen aufeinander treffen können. Da gäbe es sicherlich das „Gallus Haus", jedoch, ergänzt sie, liefen dort die Veranstaltungen zumeist nach Nationalitäten getrennt, so dass jede Gruppe wieder unter sich bleiben würde. Es wären wenig Cafés oder Kneipen da, die Gelegenheit für das Zusammentreffen von Menschen bieten würden. Die Volkshochschule im Bezirk oder das Gallus-Theater seien Institutionen, wo nur bestimmte gesellschaftliche Schichten hingehen würden. Eine langjährige Bewohnerin des Stadtteils meint, die Situation hinsichtlich öffentlicher Räume habe sich im Vergleich zur Vergangenheit wesentlich verschlechtert. Früher sei auf dem Gelände, wo jetzt die Paul-Hindemith-Gesamtschule liegt, eine große Wiese gewesen, wo sich Leute bei schönem Wetter versammelt hätten. Die wäre eine sehr wichtige Örtlichkeit für Kommunikation unter den Leuten gewesen, derer sie jetzt „beraubt worden" seien. Es gäbe nichts mehr in der Art.

Ein anderer Interviewpartner erklärt hierzu, dass es ein Bestreben gäbe, die Frankenallee zu verschönern und in eine Art Zentrum für den Stadtteil umzuwandeln, aber dass dies nicht so einfach wäre, sei allein daran zu bemerken, dass dort jährlich 6 bis 7 Geschäfte in Konkurs gehen oder ihre Inhaber wechseln. Er hoffe allerdings, dass sich durch das neu anzulegende Europaviertel in der Nachbarschaft für den Gallus auch positive Veränderungen ergeben.

4.2.2 Bornheim

Ein attraktiver Stadtteil zum Leben und Arbeiten

Ein besonderes Merkmal der Interviews, die in Bornheim durchgeführt wurden, ist, dass alle befragten Personen ausnahmslos ein positives Bild des Stadtteils zeichnen. Ein junger Kaufmann deutscher Herkunft, der den Interviewer durch den Stadtteil geführt hat, erklärt, dass Bornheim seinen Bewohnern sehr viel biete. Es seien nicht nur die Geschäfte und die Lebendigkeit, sondern auch die zentrumsnahe Lage, die den Bezirk als Wohnort so attraktiv machen. Es gäbe zwar eine U-Bahn und Busse, womit man das Stadtzentrum erreichen könne, aber es sei auch kein Problem dorthin zu Fuss zu laufen. Aus seinen Schilderungen geht auch hervor, dass für ihn die Ansässigkeit in Bornheim auch eine Frage des Prestige ist. Diese Einstellung bestätigt auch die Aussage einer Frankfurterin griechischer Abstammung, die zwar nicht in Bornheim wohnt, aber dort arbeitet. Sie meint: „Viele aus Frankfurt würden gerne in Bornheim wohnen. „ Es gäbe „viele attraktive und aber auch teure Ecken".

Ein seit über 20 Jahren in Bornheim lebender Zuwanderer türkischer Herkunft erwidert auf die Frage, was denn die wesentlichsten Merkmale wären, die er aus seiner persönlichen Warte über Bornheim erwähnen würde, dass es ein Stadtteil sei, den er sehr gut kenne und in dem er sich sehr wohl fühle. Er würde bei jedem Spaziergang durch den Stadtteil viele Freunde und Bekannte treffen, mit denen er plaudern kann.

Für eine junge Migrantin marokkanischer Herkunft ist einer der Hauptmerkmale Bornheims die Bergerstraße. Die Bergerstraße wäre für sie nicht nur „eine sehr schöne Einkaufsstraße", sondern sie sei ein Ort, an dem „man sehr viel machen kann". Sie biete „eigentlich alles": „von Kinos, bis hin zum Elektrofachgeschäft, Boutiquen, deutschen wie ausländischen Lebensmittelgeschäften und Restaurants ...". Aufgrund der Cafés, in denen man gemütlich sitzen kann, schreibt sie der Bergerstraße „eine familiäre Idylle" zu.

Eine 17jährige Bornheimerin türkischer Herkunft, die im Stadtteil geboren ist, meint, dass sie eigentlich nicht erklären kann, warum sie den Stadtteil mag, sie sei hier aufgewachsen und fände „eben alles schön". Ihre Freizeit verbringe sie fast ausschließlich in Bornheim und empfinde den Stadtteil für sich selber als völlig ausreichend.

Auf die Frage welche Unterschiede sie bezüglich Bornheim im Vergleich zu anderen Stadtteilen, z.B. dem Gallusviertel, hervorheben würde, erwidert eine andere Interviewpartnerin, dass es mit der Bevölkerung und der Infrastruktur zu tun habe. Obwohl sie nicht wüsste ob der Anteil tatsächlich höher ist, empfindet sie die „Präsenz von Ausländern" im Gallus als viel auffälliger. Bornheim sei außerdem von den Gebäuden her, speziell den vielen Altbauwohnungen her weitaus attraktiver. Im Gegensatz dazu biete der Gallus nicht sehr viel, weder von den Wohnungen noch vom Freizeitwert her. Es sei ein typischer Arbeiterstadtteil, würde aber allmählich auch ausgebaut werden, weil „Frankfurt zu klein" werde und das Zentrum sich auch schon Richtung Gallus ausweite. Allgemein könne man aber sagen, dass Bornheim „vom Niveau und Erscheinungsbild her" qualitativ höher liegen würde.

Ein 31jähriger deutscher Befragter meint, dass es in diesem Stadtteil allerdings schwierig sei, eine größere Wohnung zu finden. Die Wohnung, in der er jetzt selbst als Einzelperson wohne, sei mit 45 Quadratmetern zwar nicht extrem klein, aber für ein Pärchen wäre es eben zu eng. Er erwähnt, dadass die Wohnung seiner Freundin mit über 70 Quadratmetern in Bornheim eine Seltenheit darstelle.

Das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern: die Mischung macht's

Einführend erklärt ein türkischer Interviewpartner, der sich für die Belange des Stadtteils und der Zuwanderer in Bornheim stark engagiert, dass man den Stadtteil eigentlich als zwei Teilgebiete auffassen müsse. Einmal wäre da der alte Teil von Bornheim, der touristisch attraktiv sei und in dem die typischen Eppelwoi-Kneipen lägen. Dieser Teil würde sich ungefähr von Bornheim-Mitte bis zum Anfang der Bergerstraße hinziehen und sei im Vergleich immer noch sehr „deutsch geprägt". Der Teil hingegen, den man Neu-Bornheim nennen könne und der das Gebiet von Bornheim-Mitte bis zum Merianplatz umfaßt, trüge modernere Züge und wäre auch zugleich der Bezirk, in dem mehr Zuwanderer leben und sich aufhalten.

Das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern sieht er in Bornheim als gelungen an und führt dies auf die gemischte Bevölkerungsstruktur zurück. Bornheim sei kein typisches Arbeiterviertel: „Neben Arbeitern gehören viele Leute der Mittelschicht an. Es gibt auch viele

Migranten, und unter diesen sind auch viele aus der Mittelschicht". Außerdem kämen sehr viele Leute aus den anderen Stadtteilen um in Bornheim einzukaufen. Eine weitere Interviewpartnerin sieht den Grund für das gelungene Zusammenleben „im Gleichgewicht, das in Bornheim da ist". Die Ausländer würden nicht überwiegen. Zwar gäbe es einen hohen Ausländeranteil, aber dieser sei nicht „auffällig". Es gäbe viele ausländische Lebensmittelgeschäfte und Restaurants, die mittags von Deutschen frequentiert würden. Das Zusammenleben sei viel leichter, weil eine hohe Akzeptanz da wäre.

Der Interviewpartner türkischer Herkunft betont, dass der Stadtteil im Vergleich zu Bezirken, die einen ghettoähnlichen Charakter haben wie z.B. Berlin-Kreuzberg, das er auch schon einmal besucht hätte, ein angenehmeres Lebensumfeld für viele Zuwanderinnen und Zuwanderer bieten würde. Im Vergleich wäre die soziale Kontrolle der ethnischen community nicht so stark. Junge Frauen bzw. Schwiegertöchter könnten sich in Cafes treffen, rauchen und dort entspannt sein, ohne zu befürchten, dass sie der Kontrolle der Schwiegereltern oder anderen Verwandten ausgesetzt seien.

Viele der Interviewten meinen allerdings auch, dass sich die Kontakte zu Deutschen auf die nachbarschaftlichen Verhältnisse beschränken würden. Eine 22jährige Frankfurterin türkischer Herkunft beispielsweise erzählt, dass sie mit ihrer Familie zusammen in einem mehrstöckigen Wohnhaus mit 38 Mietparteien wohne, in dem der Anteil der deutschen Familien ca. 80 % sei. Die Beziehung zu den Nachbarn schätzt sie als „normal" ein, einige kenne man näher und würde sie grüßen und andere kenne man nicht so gut. „Da es ein Hochhaus ist, kann man ja auch nicht alle kennen", meint sie. Auf die Frage hin, wie sich ihr persönlicher Freundeskreis zusammensetze, erklärt sie, dass dieser überwiegend aus jungen Leuten ihres Alters türkischer Herkunft bestehe. Sie betont zugleich, dass die Auswahl von Freunden speziell in ihrer Generation nicht vorbestimmt wäre, sie hätte auch Freunde und Bekannte italienischer, marokkanischer oder deutscher Herkunft. Die Auswahl der näheren Freunde laufe „bei jedem anders", und jeder gehe „halt seinen Weg".

Eine andere junge Zuwanderin der zweiten Generation berichtet, dass sich ihr Freundeskreis eher aus Jugendlichen nicht-deutscher Herkunft zusammensetze. Auf die Frage hin, ob diese überwiegend TürkInnen seien, weil sie ja selber Türkin ist, verneint sie und meint, dass der Kreis durchaus gemischt sei, so z.B. ex-jugoslawischer Herkunft, und kommentiert dies mit folgenden Worten: „Eigentlich sind es alle Ausländer. Es kommt jetzt nicht drauf an was für 'ne Nationalität. Hauptsache mit dem Menschen kann ich mich verstehen. ... Ich habe noch nie Probleme mit Deutschen oder Ausländern gehabt. Was ich so mitkriege ist, dass eigentlich jeder mit jedem Kontakt hat. Es ist nicht mehr so wie früher ...".

Eine Interviewpartnerin, die im Stadtteil Sprachkurse für Zuwanderinnen anbietet, schildert aus ihrer Erfahrung, dass die Frauen in den Deutschkursen, wenn sie über ihre ersten Kontakte mit ihren deutschen Nachbarinnen erzählen oder im Rahmen der praktischen Aufgaben des Kurses einkaufen gehen müssen, überwiegend positive Erfahrungen zu berichten haben. Einige der Kursteilnehmerinnen seien zum Jubiläumsfest der Einrichtung „sogar mit ihren deutschen

Nachbarinnen zusammen" gekommen. Zugleich erzählt die Interviewte aber auch, dass einige Beobachtungen, die die Frauen in ihrem Wohnumfeld machen, auf diese „nicht negativ, aber befremdend" wirken. So z.B. dass es für sie eigenartig sei, wenn eine alte deutsche Frau im Haus lebe und niemand sie besuchen käme bzw. niemand sich um sie kümmere oder wenn die Kassiererin im Supermarkt bei älteren Personen, die länger brauchen, um das Geld zu zählen sich beschwere. Allgemein könne man allerdings behaupten, so die Befragte, dass es auffalle, dass Zuwanderinnen, auch nationalitätenübergreifend, eher untereinander nähere Bekanntschaften pflegen als mit Deutschen. Die Kontakte zu Deutschen würden sich auf die nachbarschaftlichen Verhältnisse beschränken.

Auch im Vereinsleben, so der Vertreter eines Migrantenvereines, sei eher zu beobachten, dass Deutsche und Zuwanderer sich getrennt organisieren. Innerhalb der Zuwanderergesellschaft bestehe ohnehin die Tendenz, sich in kleinsten landsmannschaftlichen Vereinen zusammenzuschließen. Sogar im Bereich der Sportvereine, wo man eher eine gemischte Mitgliederstruktur vermuten würde, sei es so, dass Migranten eigene Fußballvereine gründen würden, was, wie er vermutet, auf Erfahrungen mit Diskriminierungen in den deutschen Vereinen zurückzuführen ist. Dies fände er schade, weil man gerade im Vereinsleben man Gemeinsamkeiten entwickeln könne.

Von sich selbst berichtet er, dass er seit mehreren Jahrzehnten in Bornheim lebt und auch viele deutsche Laden- und Kneipenbesitzer im Stadtteil kennt, aber diese Bekanntschaften würden nicht so weit gehen, dass man sich gegenseitig privat besucht.

Im Rahmen des Gesprächs stellt sich die Frage, welche Schritte unternommen werden könnten, um eine Annäherung von Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil zu erreichen. Hierzu meint der Interviewpartner, dass man diese Annäherung nicht erzwingen könne. Derzeit seien zwischen den Zuwanderern und Deutschen Unterschiede in der Einkommenslage, im beruflichen Status und anderen Bereichen vorhanden. Dadurch sei der Dialog zwischen diesen Bevölkerungsteilen kein gleichberechtigter. Die Annäherung sei als ein Prozeß zu verstehen, in dessen Verlauf die Zuwanderer auch ihren Status steigern könnten und dadurch mehr Gemeinsamkeiten und eine gegenseitige Offenheit und Akzeptanz entstehen würden. Anhand des Beispiels seines eigenen Vaters will er dies verdeutlichen: Sein Vater hätte 30 Jahre lang am Flughafen in Frankfurt gearbeitet, und er sei ein gläubiger Moslem. Während seines Arbeitslebens habe er mit seinen deutschen Vorgesetzten keine guten Erfahrungen gemacht, und ihm wäre es vor allem zuwider gewesen, dass diese während der Arbeitszeit Alkohol getrunken haben. Der Interviewpartner stellt fest, dass es seiner Meinung nach nicht möglich sei, in dieser Generation eine Annäherung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen zu schaffen. Den älteren Migranten würde es eher Spaß machen, sich am Platz bei dem Uhrturm in Bornheim zu treffen und bei gutem Wetter ein wenig miteinander zu plaudern. Diese würden keinen näheren Kontakt zur deutschen Bevölkerung suchen.

Dennoch ist anhand der Interviewaussagen festzuhalten, dass die öffentlichen Räume in Bornheim von Deutschen und Zuwanderern gemeinsam genutzt werden und auf beiden Seiten im

allgemeinen keine Ängste bzw. Unsicherheitsgefühle da sind. Zu diesen Räumen gehört augenscheinlich auch der Günthersburgpark. Eine junge Migrantin, die im Stadtteil aufgewachsen ist, berichtet, dass der Park eine gewisse Tradition hätte. Seit sie sich erinnern könne, würden sich dort die jungen Leute treffen. Auch die Gruppe von Männern aus Ex-Jugoslawien, die dort bei gutem Wetter Boule spielen, gäbe es schon ewig. Zwar existierten ein paar Ecken, so ein deutscher Interviewter, an denen im Sommer bis spät in die Nacht Betrunkene sitzen und Lärm machen würden, aber im allgemeinen fühle er sich in Bornheim sicher. Ein Bornheimer türkischer Herkunft meint dazu, dass er keine Bedenken hätte, nachts um 2 oder 3 Uhr in Bornheim nach Hause zu laufen. Dies würde er sich in den Stadtteilen Frankfurts, die an der Peripherie liegen, nicht trauen. Auch eine griechische Interviewpartnerin meint, dass Kriminalität in Bornheim kein wesentliches Thema sei. Man könne es auf keinen Fall mit Innenstadtbereichen, wie z.B. die S-Bahnstation Hauptwache vergleichen.

Handlungsempfehlungen

Vor allem die interviewten Jugendlichen in Bornheim fühlen sich wohl und sehen keinen dringenden Handlungsbedarf. Eine 17jährige Türkin meint: „Es gibt eigentlich schon alles: die Cafés auf der Bergerstraße, einen Park, Schulen, Einrichtungen für Jugendliche. Ist alles OK". Eine weitere Freundin schlägt vor: „Ein bißchen Farbe im Stadtteil wäre nicht schlecht." Und erläutert näher dazu, dass es zwar nach einer einfachen Idee klinge, aber sie es schön fände, wenn man die Häuserfassaden in lebendigeren Farben streichen würde.

Eine andere Befragte kritisiert, dass die Wohnungen zu klein seien und es äußerst schwierig sei größere Wohnungen zu finden. Bei der Verteilung der Wohnungen, meint sie, sollten die Wohnungsbaugesellschaften beachten, dass der Anteil von Zuwanderen und Deutschen ausgeglichen ausfalle. Sie hätte mit ihrer Familie lange Jahre in den Höchst AG Wohnungen gelebt, wo diese ausgewogene Verteilung berücksichtigt wurde und meint, dass das Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Deutschen besser geklappt hätte. Wenn überwiegend nur Deutsche oder nur Ausländer in einem Haus wohnen, schüre das die Angst von beiden Seiten, besonders aber die der Deutschen.

Verstärkte Familienbildungsangebote – Arbeit mit Eltern und Schulen

Einen wichtigen Handlungsbedarf allgemein in Frankfurt und speziell in Bornheim sieht ein Interviewpartner aus der Sozialarbeit in der Unterstützung der Zuwandererfamilien bei deren Erziehungsaufgaben. Viele Familien hätten Schwierigkeiten, ihr Kind so zu erziehen, dass es die eigene kulturelle Idenität, die damit verbundenen Werte beibehält und zugleich in der Aufnahmegesellschaft zurechtkommt. Dazu müsse man mehr mit den Eltern arbeiten. Wenn man bedenke, so der Interviewte, dass laut Prognosen 2020 in Frankfurt die Bewohner nicht-deutscher Herkunft überwiegen werden und die Jugendlichen mit Migrationshintergrund bisher eher als die Verlierer der Gesellschaft gelten, würde klar werden, wie groß der Handlungsbedarf ist.

Beachtet werden solle aber, dass diese Angebote auf einen Dialog mit den Eltern setzen und man den Eltern nicht mit der Behauptung entgegentritt, dass diese ihre Sache falsch machen würden. Die Eltern sollen im Dialog die richtigen Erziehungsformen für ihre Kinder entwickeln.

Hinzu käme noch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Schulen. Es müßten Institutionen eingerichtet werden in denen qualifizierte Mitarbeiter Elternarbeit machen, aber auch in die Schulen gehen und dort Veranstaltungen zu Themen wie Drogenmißbrauch, berufliche Qualifizierung etc. durchführen. Die Qualifizierung der Jugendlichen sei die beste Art der Armutsbekämpfung.

Angebote für Neuzuwanderer / Heiratsmigrantinnen

Eine andere Interviewpartnerin meint, dass vor allem im Bereich der Deutschkurse für Zuwanderer das momentane Angebot nicht mit der großen Nachfrage für die Kurse mithalten könne. Die Möglichkeiten für die Einrichtung von weiteren Angeboten in diesem Bereich sollte geschaffen werden, wobei es sehr wichtig sei, auch frauenspezifische Maßnahmen mit Kinderbetreuung anzubieten. Ein anderer Befragter sieht diesen Bedarf auch, meint aber, dass es nicht nur um Deutschkurse gehen solle, sondern auch länderkundlicher Unterricht erteilt werden müsse. Damit könne den Neuzuwanderern die Möglichkeit gegeben werden, sich mit der Aufnahmegesellschaft auseinanderzusetzen. Es wäre für Zuwanderer sehr wichtig zu verstehen, wie das Leben hier funktioniert und welche Möglichkeiten es z.B. im Bereich der beruflichen Qualifikation gibt. Auch er betont, dass insbesondere Frauen unterstützt werden sollten. Nützlich wäre auch für diese Frauen, einen Treffpunkt einzurichten, wo sie ihre Erfahrungen austauschen können, weil viele davon, dringender als Männer, eine Hilfestellung zum Aufbau von neuen Freundschaftsnetzwerken benötigen würden.

4.2.3 Bonames

Siedlung am Ben-Gurion-Ring

Die Siedlung am Ben-Gurion-Ring gehört zum Bezirk Bügel und stellt ein Beispiel für eine randstädtische Großwohnanlage dar, die Anfang der 70er Jahre als ein für das damalige Verständnis moderner Baukomplex errichtet wurde. Durch die Fläche, auf dem sich die Wohnsiedlung befindet, läuft die Gemarkungsgrenze der beiden Stadtteile Bonames und Niedereschbach. Ein Großteil fällt dem Ortsteil Niedereschbach zu. Obwohl dadurch die statistischen Daten für diese Siedlung jeweils nach Lage der Wohnblöcke separat erfaßt werden, weist sie eine Reihe von Merkmalen auf, die sie zu einer baulichen und sozialen Einheit werden läßt. Mit ihren 1.700 Wohnungen hat die Siedlung einen burgähnlichen Charakter, deren Mauerwall zahlreiche Wohnhäuser bilden. In der Mitte befindet sich ein Park mit angelegtem Teich, und innerhalb der Siedlung gibt es zahlreiche Gehwege, die die einzelnen Wohnblöcke miteinander verbinden. Trotz der unterschiedlichen Gebäudetypen und der guten Erschließbarkeit zu Fuß wirkt das Ganze eher wie ein „Wohnghetto". Einige der Häuser machen einen recht gepflegten Eindruck, während andere wiederum eindeutige äußerliche Mängel aufweisen.

In den 70er Jahren seien viele Familien aufgrund der erwarteten Vorteile einer Stadtrandlage in die Siedlung zugezogen, berichtet ein ortskundiger Interviewpartner. Die Strecke in die Innenstadt und zu den Arbeitstätten läßt sich mit den öffentlichen Verkehrmitteln oder dem Auto in einer knappen halben Stunden bewältigen. Anstatt einer innerstädtischen Wohnung hätten die Bewohner die Randlage der Siedlung vorgezogen, um die Annehmlichkeiten des Lebens außerhalb der Stadt, wie z.B. eine grünere Wohnumgebung oder eine geringere Belastung durch Lärm, wahrzunehmen.

Die heutige Wohnbevölkerung ließe sich, so der Befragte, in drei Gruppen aufteilen: Zum ersten gäbe es die Gruppe der beruflich aktiven Deutschen, also erwerbstätige Personen deutscher Herkunft, die zwischen 25 und 45 Jahre alt sind. Diese seien in beruflicher und privater Hinsicht relativ mobil und würden im allgemeinen nicht lange in der Siedlung wohnen und sich für die Belange des Stadtquartiers auch weniger engagieren.

Als eine zweite Anwohnergruppe am Ben-Gurion-Ring, deren Situation sich von der ersteren unterscheidet, ließe sich, so der Befragte, die der älteren Deutschen nennen. Diese hätten sich größtenteils bereits in den 70er Jahren mit ihren Familien in der Siedlung niedergelassen. Mittlerweile seien die Kinder weggezogen, so daß entweder ältere Ehepaare oder verwitwete Einzelpersonen in den relativ großen Wohnungen leben. Ergänzend bemerkt Herr R., daß viele davon „gewachsene Frankfurter" seien. Damit meine er aber nicht Leute, „die auf eine Familiengeschichte zurückblicken können, die durch die Jahrhunderte hinweg immer am Main stattgefunden hat", sondern es seien auch sehr viele Flüchtlinge bzw. Vertriebene dabei, die im Zuge der Entwicklungen nach dem 2. Weltkrieg nach Frankfurt gekommen seien. Im Unterschied zu der ersten Gruppe zeichne sich diese im Zusammenhang mit der Siedlung durch eine überwiegende Bleibeorientierung bzw. Immobilität aus. Er folgert daraus: „Darüber erwächst natürlich ein Interesse, was denn eigentlich vor der eigenen Haustüre so passiert, und dieses Interesse zieht dann natürlich größere Kreise."

Als dritte Gruppe mit besonderen Hintergründen ließe sich die Gruppe der Ausländer ausmachen. Viele davon hätten nach ihrer Ankunft in Frankfurt zunächst in der Innenstadt, manche davon im Bahnhofsviertel gewohnt. Der Interviewpartner meint, daß der Umzug in die Siedlung am Ben-Gurion-Ring für diese Anwohnergruppe eine reale Verbesserung bzw. einen sozialen Aufstieg darstellt: „Sie mußten sich erst die finanzielle Grundlage schaffen, um sich eine Wohnung hier zu leisten." Es handelt sich zwar um vergleichsweise günstige städtische Wohnungen, die aber dennoch aufgrund der Wohnfläche und der damit verbundenen Nebenkosten mit einem relativ hohen Mietzins verbunden sind.

Anonymes Zusammenleben und Konfliktsituationen in einer Großwohnsiedlung

Die Interviewten äußern sich zu Fragen des interkulturellen Zusammenlebens auffälligerweise fast immer im Zusammenhang mit den baulichen Voraussetzungen vor Ort. Sie stellen immer wieder Bezüge zu den Mängeln im Wohnumfeld und den Probleme bezüglich der Wohnquartiere her. Ein im Stadtteil tätiger Verwaltungsbeamter beispielsweise holt auf die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern beurteilen lassen, weit aus und beschreibt die Siedlung als „ein Wohngebiet mit großen Wohnungen, in dem viele Personen leben und in dem es relativ wenig auflockernde Infrastruktur gibt." Besonders fehle es an Geschäften und Kneipen, wodurch „das Ganze sehr steril und großstadtanonym" wirke. Dies mache sich auch an unbeschrifteten Klingelschildern bemerkbar. Aber gerade das Vorherrschen einer Großstadtanonymität, meint er, resultiere wiederum in Beziehungen, die nicht außerordentlich gespannt wären, da man sich nicht als gegenüberstehende Fronten wahrnehme. Unabhängig davon erklärt auf ähnliche Weise ein anderer im Stadtteil ansässiger älterer Deutscher, der sich für die Belange des Stadtteils stark engagiert : „Ich wundere mich immer, wie in einem Haus mit 24 Parteien 17 verschiedene Kulturen wohnen, und es gibt keine Probleme." Er bemerkt im weiteren Verlauf des Gesprächs aber auch: „Es gibt keine Koalitionen, die gegeneinander kämpfen. ... Es gibt keine sublimen Abmachungen: 'Jetzt machen wir die Ausländern fertig.' Das gibt es nicht."

Andere Interviewpartner äußern sich zwar nicht gegenteilig, jedoch setzen sie deutlich andere Akzente. Eine junge türkische Bewohnerin der Siedlung stellt die Beziehungen unter den Bewohnern als „problematisch" dar. Es gäbe vielerlei gegenseitiges Unverständnis und die „Ausländer seien Beschuldigungen ausgesetzt." Auch eine junge deutsche Interviewpartnerin resümiert diesbezüglich „Soziale Konflikte offenbaren sich als vermeintlich kulturelle Konflikte."

Die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschen und Migranten werden in der Tat von manchen Befragten als eine Quelle der Nachbarschaftskonflikte angesehen. So äußert sich ein älterer deutscher Bewohner der Siedlung zum Thema: „Generalisieren kann man das nicht. Es ist wie überall, wenn verschiedene Kulturen zusammenleben müssen – ich sage nicht zusammenprallen – da wird es immer Meinungsverschiedenheiten geben. Abhängig von der Intelligenz dieser Gruppen lösen sich solche Probleme – ich möchte nicht sagen von selbst – aber sie lösen sich." Er ergänzt seine Aussage, indem er betont, daß ein starres Festhalten an der eigenen Kultur die Problemlösung erschweren würde. Unabhängig von der nationalen Herkunft seien Nachbarn vorhanden, die „ihre Nachbarschaft durch ihren Lebensstil unangemessen beanspruchen" würden. Derselbe Interviewpartner fügt noch hinzu: „Die Problematik ist die: Wenn Menschen sich nicht an die Ordnung halten, entstehen Probleme. ... Es ist ein Problem des unsozialen Verhaltens von Menschen, das das Gemeinwohl trübt und das Zusammenleben erschwert."

Wie sehen die konkreten Konfliktthemen in den Nachbarschaftsbeziehungen aus? Eines der öfters erwähnten Probleme betrifft die Müllbeseitigung und insbesondere den Umgang mit Sperrmüll. Eine Interviewpartnerin mittleren Alters, die zwar nicht im Bezirk wohnt, aber dort arbeitet, meint hierzu aus distanzierter Warte, dass dies ein Problembereich sei, welcher „sehr leicht zu Kulturalisierungen führt" und gibt zu, manchmal selber Schwierigkeiten zu haben in

diesem Punkt eine nicht-kulturalisierende Position einzunehmen. Ein anderer Bewohner erwähnt als Problembereiche die Lautstärke und den Mittagessengeruch.

Das aktive Mitglied einer Bürgerinitiative vor Ort, die sich vielerlei Probleme der Siedlung annimmt, erklärt, dass im Umgang mit den Verstößen gegen die Hausordnung gegenseitiges Verständnis vorausgesetzt werden müßte. Bereits wenn Leute der Sprache mächtig seien, würde sich die Problemlage relativieren. Gerade in diesem Bereich würde er aber im Bereich der türkischen Familien Schwierigkeiten sehen. In der Siedlung würden sehr viele nachgezogene Familienmitglieder, vor allem Frauen und Kinder, leben, die sich in einem äußerst patriarchalischen Familienumfeld befinden und aufgrund geringer Kontakte zur deutschen Bevölkerung nicht der Sprache mächtig seien. Dies wäre bei den „sprachbegabten" Migranten wie Pakistanis, Afghanen oder Eritreärn nicht so der Fall. Eine junge Frankfurterin türkischer Herkunft bemerkt in diesem Zusammenhang gleichfalls, dass „im Ben-Gurion-Ring, die Deutschen und Ausländer wenig Kontakt zueinander" hätten. Sie erklärt dies dadurch, dass sehr viele „Ausländer im Ring wohnen und diese wiederum unter den eigenen Landsleuten bleiben". Aus ihrem eigenen Freundeskreis berichtet sie allerdings, dass dieser aus Jugendlichen u.a. aus Italien, Polen, Marokko und anderen Ländern bestehen würde und fügt hinzu, dass sie der Meinung ist, dass man „die Augen öffnen und mit der Zeit gehen sollte." Dies bedeute allerdings für sie nicht unbedingt „mit den Deutschen mitzugehen oder so zu werden wie die Deutschen". Diese unterschiedlichen Auslegungen des Themas weisen darauf hin, dass die augenscheinlich geringen Kontakte zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen in der Siedlung nicht einzig auf sprachliche Verständigungsprobleme zurückzuführen sind, sondern im Zusammenhang mit der Distanz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen stehen.

Im Rahmen der Interviews stellte sich allerdings auch heraus, dass es in der Siedlung am Ben-Gurion-Ring einige Einrichtungen gibt, die Begegnungsmöglichkeiten zwischen Deutschen und Migranten bereits gewährleisten bzw. fördern. Darunter fallen beispielsweise die Kindergärten, das Kinderhaus, das Jugendhaus, zwei sehr aktive, stadtteilorientierte Kirchen, die Initiative „Regenbogen e.V." für interkulturelle Stadtteilarbeit, das Sozialrathaus etc.. Zudem treffen sich die Repräsentanten dieser Einrichtungen regelmäßig in einem Stadtteilarbeitskreis, in welchem über die Belange der Siedlung gesprochen und eine rege Zusammenarbeit gepflegt wird. Eine der befragten Personen, die im sozialen Bereich tätig ist, erklärt, daß das Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Umfeld dieser Einrichtungen sehr gut funktioniere. Die „hohe soziale Infrastruktur" sei es letztendlich, die den Stadtteil vor einer „Verslumung" bewahren würde. Eine andere Interviewpartnerin unterscheidet jedoch zwischen der Erfahrung mit den Leuten, die diese Einrichtungen besuchen und dem „was eigentlich im Stadtteil passiert" dahingehend, daß die Gruppe von Menschen, die die Angebote dieser Einrichtung wahrnehmen, ihrer Ansicht nach „bereits relativ offen sind und ein gewisses Miteinander von sich aus wünschen". Ein anderer Befragter unterstreicht gleichfalls die gute Gemeinwesenarbeit, die vor allem die Kirchen leisten, aber weist zugleich darauf hin, daß viele Menschen einfach keinen Kontakt zu sozialen Einrichtungen haben bzw. auch nicht pflegen möchten.

Die Fluktuation der Bevölkerung und ihre Auswirkungen

Die Beziehungen zwischen Deutschen und Migranten wird zusätzlich durch eine hohe Fluktuation im Bezirk beeinflusst. Ein deutscher Interviewter berichtet, dass die Mietkosten in der Siedlung hoch seien und die Nebenkosten sogar als extrem hoch einzustufen wären. Dies hänge mit den relativ großen Wohnungen zusammen, deren Bausubstanz mangelhaft und Heizungssysteme veraltet seien, was zu einem hohen Energieverlust führe. Hinzu käme eventuell noch eine Fehlbelegungsabgabe bei Haushalten, die ein höheres Einkommen vorweisen. Eine andere deutsche Befragte, die im Stadtteil arbeitet, meint, dass „viele Familien, die für einen gewissen Ausgleich gesorgt haben und sich für den Stadtteil eingesetzt haben, aufgrund der zu hohen Mieten und ausgelöst durch die Fehlbelegungsabgaben weggezogen [sind]". Bei gleichen finanziellen Bedingungen würden diese Familien in einen anderen Stadtteil ziehen, weil sie „eben nicht den Stress hier so haben oder den Makel, dass jeder zuerst mal die Augen rollt, wenn sie erzählen, dass sie am Ben-Gurion-Ring wohnen." Eine weitere Interviewpartnerin eritreischer Herkunft erzählt, dass sie die Bauart der Hochhäuser in der Siedlung stört, es sei „zu viel Stein" und fügt hinzu, dass sie mit ihrer Familie in Kürze in einen anderen Bezirk ziehen wird, wo die Umgebung nicht so zugebaut ist.

Die Nachteile bezüglich der Wohnanlagen und dem Wohnumfeld gekoppelt mit dem niedrigen Ansehen, das die Siedlung genießt, führt allerdings nicht nur zu Wegzügen, sondern wirkt sich auch negativ auf Zuzugsbereitschaft aus. Ein Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bemerkt hierzu, dass bei einer rigiden Durchführung des „Frankfurter Vertrags", welcher eine Aufteilung der Wohnungen unter verschiedenen Einkommensgruppen vorsieht, „eigentlich Wohnungen hier leer stehen gelassen werden müßten, weil viele Leute nicht hierher ziehen wollen". Ein anderer ortskundiger Journalist bemerkt, dass es „die Personen, die gerne an den Bügel ziehen würden", nicht gäbe. Viele junge deutsche Familien würden sich eher ein Eigenheim in einer Reihenhaussiedlung kaufen, weil dies eher im Trend läge und sie auch von der Bauwirtschaft dazu verleitet werden würden.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Zusammenleben in der Siedlung beschreibt ein Anwohner, der sich für den Stadtteil stark engagiert, auf prägnante Weise mit den Worten: „Es ziehen unsere guten Leute weg. Die zahlen zuviel Miete. Die Wohnungen sehen aus wie ein Saustall. Wir versuchen immer und immer wieder neue Wir-Gefühle aufzubauen, und die Leute ziehen weg. Warum? Weil das Ambiente nicht stimmt." Eine weitere Folge dieser Entwicklungen ist, nebst denjenigen, welche es bisher nicht geschafft haben wegzuziehen oder aufgrund familiärer oder persönlicher Gründe nicht wegziehen wollen, die Konzentration von sozial schwächeren Schichten und von Personen, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind – meist Migranten – im Stadtteil.

Ein Teil der deutschen Wohnbevölkerung, welche seit langem in der Siedlung lebt, weist sicherlich eine starke Bleibeorientierung auf. Ein Interviewpartner äußert dazu, dass viele dieser Leute damals in eine hochmoderne Siedlung eingezogen seien, sich mittlerweile aber aufgrund der baulichen Vernachlässigung und der hohen Anonymität unter diesen Bewohnern eine Ent-

täuschung und ein Unmut breitgemacht hätte. Ein anderer Interviewter hebt hervor, dass neben der relativ hohen Ausländerpopulation ein starker Zustrom von Spätaussiedlern, die aufgrund ihres fremdländischen Aussehens auch als Ausländer identifiziert werden würden, in die Siedlung erfolgt sei. Es entspreche, so der Befragte, nicht mehr „der Kleingarten-Romantik" dieser Anwohner, die „ihre Freunde um sich haben, samstags nachmittags grillen und jeden Sonntag ihr Auto putzen [wollen]" und fügt hinzu, dass „es ja keinerlei politische wie sonstige Infrastrukturen am Bügel gab. So waren das natürlich sozusagen kleine Feuerchen, die vor sich hingeköchelt haben, ohne dass irgend jemand sich darum gekümmert hat." Für die Ortsbeiräte von Niedereschbach und Bonames sei die Siedlung lange Jahre lang kein Gebiet gewesen, um das man sich hätte kümmern sollen, sondern man habe sich die Verantwortung gegenseitig bzw. der Stadt zugeschoben. Es sei hinzugekommen, dass keiner der politischen Vertreter aus dem eigentlichen Bügelgebiet stammte. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass die Unzufriedenheit eines Teils der Bewohner am Ben-Gurion-Ring sich darin bemerkbar gemacht hat, dass bei den vorletzten Kommunalwahlen die Republikaner einen Stimmenanteil von 20 % erlangen konnten. Ein jüngerer Befragter deutscher Herkunft meint allerdings, dass „diese Tendenz damals in ganz Frankfurt zu sehen gewesen" wäre und anschließend wieder abgeflaut sei.

Der Reichtum an Kindern und Jugendlichen

Eine vor Ort tätige Interviewpartnerin berichtet, dass der „für den Bügel neben der großen Vielfalt an Kulturen, der Reichtum an Kindern und Jugendlichen charakteristisch" sei. Im Gegensatz dazu sei der Wohnort, wo sie selbst lebt, „völlig überaltert". In der Siedlung am Ben-Gurion-Ring und im Stadtteil am Bügel sei im Vergleich dazu „sehr viel los". Dieser Lebendigkeit des Stadtteils sei allerdings die Präsenz von Problemen gegenüberzustellen, so z.B. Notlagen hinsichtlich der Betreuung von Kindern.

Ein weiterer Interviewpartner erklärt, dass besonders die Anzahl der Kinder von Migrantinnen und Migranten hoch wäre. Diese seien meistens in der Siedlung geboren oder dort aufgewachsen. Es gäbe als nächste Gesamtschule die Otto-Hahn-Schule in Niedereschbach, an der sehr lange Zeit nicht die Möglichkeit bestand, die Oberstufe zu besuchen. Die besseren Schüler wären deshalb an andere Schulen gegangen, wodurch „ein entsprechendes intellektuelles Potential" weggefallen sei. Andere Gymnasien hätten dieses Potential abgeschöpft, wodurch die Lehrer an der örtlichen Gesamtschule stärker gefordert gewesen seien und dies zu Streß, Abnutzungserscheinungen und Frustrationen geführt hätte. Mittlerweile sei aber an der Otto-Hahn-Schule eine Oberstufe eingerichtet worden. Auch eine junge Migrantin türkischer Herkunft berichtet, dass sie nach der Grundschule auf die Schule im Nachbarbezirk Stierstadt gegangen sei und es dort gar nicht so schlecht gefunden hätte, weil der überwiegende Teil der Schüler dort Deutsche gewesen seien und sie dadurch besser Deutsch hätte lernen können.

Auch in ihrer Freizeit müssen die Jugendlichen, die am Bügel leben, Mobilität zeigen. Obwohl ein Teil ihrer Infrastruktur zwischen Bonames, der Siedlung am Ben-Gurion-Ring und Niedereschbach liegt - darunter wären z.B. die Jugendeinrichtungen zu erwähnen – orientieren sie sich

hinsichtlich Diskotheken, Kinos oder Kneipen nach Frankfurt. Ein Interviewter berichtet, dass die Jugendlichen des öfteren Etikettierungen ausgesetzt seien, wenn sie erwähnen, dass sie aus Bonames bzw. Niedereschbach kommen. Man würde sie mit Jugendlichen vom Land gleichsetzen, obwohl dies alles nicht mehr so stimmen würde. Festzuhalten bleibe aber, dass dies eine wichtige Imagefrage für die Jugendlichen darstelle und diese sich deshalb immer wieder behaupten müßten.

Für Freizeitunternehmungen bietet die Siedlung am Ben-Gurion-Ring den Jugendlichen wenig. Ein Zusammentreffen besonders von männlichen Migrantenjugendlichen an einer Straßenecke würde, so ein Interviewpartner, manchmal „als eine Art von Aggression" aufgefasst werden. Tatsächlich berichtet eine junge Frau, die selber Migrantin ist, dass sie mehrmals von Jugendlichen verbal belästigt worden sei und sich zumindest, als sie noch 17-18 war, nachts oder gar um Mitternacht alleine nicht auf die Straße getraut hätte. Ein anderer Befragter erklärt jedoch, dass die Beschwerden über die Jugendlichen zu einem großen Teil übertrieben wären. Schon wenn Jugendliche in der U-Bahn laut wären, gelte dies bei einigen Leuten als Aggression, da sie sich von den schweigenden und vor-sich-hinfahrenden Fahrgästen unterscheiden würden. Tatsächlich äußerten sich die Konflikte allenfalls in Form von Rempeln oder Kabbeleien. Auch Kleinkriminalität und Vandalismus wären nicht an der Tagesordnung.

In einem anderen Zusammenhang erklärte ein älterer Bewohner des Stadtteils, dass es keine großen Probleme hinsichtlich Kriminalität geben würde „wenn von außen nicht Probleme in die Wohnanlage hineingetragen" würden. Darunter falle beispielsweise das Thema Drogen. Es ginge nicht nur um Konsumenten und Kleindealer sondern es gäbe eine Drogenszene „im Stil eines Handels". Es seien einige Großfahndungen durch die Polizei durchgeführt worden, während derer die Wohnanlage abgesperrt geworden wäre, und dies hätte letztlich eine gewisse Beruhigung herbeigeführt. Ein anderer Interviewter meint hingegen, es sei keine offene Drogenszene am Ben-Gurion-Ring vorhanden. Es handle sich lediglich um Angelegenheiten, die mit den Drogenabhängigen im Stadtteil zu tun haben und dies gäbe es in jedem Stadtteil. Auch die Polizei würde das viel nüchterner sehen als manche/r Bewohner/in das schildert.

Handlungsempfehlungen

Sanierung und der Wohnanlagen und Verbesserung des Wohnumfeldes

Bei allen Interviewten stellt das Thema der Sanierung von Wohnanlagen am Ben-Gurion-Ring das Handlungsfeld mit der höchsten Priorität dar. Die Dringlichkeit beschreibt ein Interviewpartner wie folgt: „Es hat sich ein so großer Instandsetzungs- und Erneuerungsbedarf entwickelt, dass in 1-2 Jahren, wenn sich nichts ändern sollte, man in den sogenannten Substanzverfall geraten würde. In diesem Falle wären großangelegte Maßnahmen nötig." Eine andere Befragte erklärt hierzu, dass neben der Instandsetzung der Wohnungen und Häuser unbedingt auch in größerem Maße die Verbesserung des Wohnumfelds, so z.B. von Spielplätzen, angegangen werden sollte.

Die Bürgerinitiative am Bügel hat, wie bereits angesprochen, im Bereich der einzelnen Wohnanlagen und Häuser einiges geleistet und ist immer noch sehr aktiv. Beispielsweise wurden auf deren Betreiben in den Wohnhäusern für jede Wohneinheit Wasseruhren eingerichtet, was eine genaue Nachprüfung des Einzelverbrauchs ermöglicht hat. Ein Vertreter der Initiative meint dazu: „Da haben *die* Leute, die sparsam gelebt haben, auf einmal gemerkt: Es gibt noch eine Gerechtigkeit. ... Mit so einfachen Mitteln kann man viel Ruhe und vor allem das Gefühl der Gerechtigkeit und des Ordnungssinns wiederherstellen." Jedoch fordert die Bürgerinitiative dringend umfassendere Sanierungsmaßnahmen. Dazu müßte man allerdings beachten, erklärt der Befragte, dass die Anlagen der Wohnsiedlung am Ben-Gurion-Ring unter drei verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften aufgeteilt sind: die GWH hätte in Niedereschbach und Bonames ca. 2.000 Wohnungen und wäre somit die größte Eigentümerin, an zweiter Stelle käme mit 330 Wohnungen die Firma Schleich, deren Bestand zum Teil in Eigentumswohnungen übergeführt worden wären und mit 136 Wohnungen als kleinste Eigentümerin die Nassauische Heimstätte. Ein weiterer Interviewpartner erklärt, dass bei den Wohnungsbaugesellschaften das ungeschriebene Gesetz befolgt werde, in den ersten 30 Jahren nach dem Bau keine Sanierungen durchzuführen. Für den Ben-Gurion-Ring jedoch bestehe dringender Handlungsbedarf, so dass auf der einen Seite die Wohnungsbaugesellschaften und auf der anderen Seite die Instanzen, welche die politische Verantwortung tragen, nämlich die Stadt, der Magistrat und die Ortsbeiräte sich stärker für den Bezirk engagieren sollten.

Programm „Soziale Stadt" / Quartiersmanager

Einige der Interviewten sehen in der seit 1999 existierenden Gemeinschaftsinitiative von Bund und Ländern „Stadt- und Ortsteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt" eine Möglichkeit, umfassende Maßnahmen für die Siedlung einzuleiten. In diesem Zusammenhang wäre auch vorgesehen, dass ein/e Quartiersmanager/in Projekte zur Stabilisierung von Sozialstrukturen durchführt und in der Gemeinwesenarbeit mit Angeboten für besondere Zielgruppen (z.B. ältere Bewohner, Jugendliche, Migranten) tätig ist. Einer der Befragten begrüßt eine derartige Stelle und meint, dass „eine von außen kommende Person die Problemlagen objektiver hervorkehren" könne. Jedoch müsse man diese Stelle mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten, und es müßten, um eine zügige Umsetzung von konkreten Projekten zu gewährleisten, direktere und unkomplizierte Wege der Kooperation mit den Akteuren vor Ort und der Verwaltung geschaffen werden. Ein anderer Befragter, der seit langem in der Siedlung wohnt, meint hingegen, dass kein „Manager nötig wäre, wenn alle Beteiligten ihre Aufgaben erfüllen würden" und weist auf die große Anzahl vor allem der älteren Bewohner im Quartier hin, die sich freiwillig engagieren würden.

Ein sicherlich wichtiges Handlungsfeld für die Siedlung am Ben-Gurion-Ring stellt die Entwicklung und Stärkung der lokalen Ökonomie dar. Eine junge Migrantin äußert den Wunsch nach mehr Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche. Sie wird von einer Deutschen, die im Bezirk sozialarbeiterisch tätig ist, in ihrer Meinung unterstützt: die Arbeits- und Perspektivlosigkeit

unter jugendlichen Migranten wäre besonders schlimm und es müßten dringend Maßnahmen ergriffen werden. Hinsichtlich der Stärkung der lokalen Ökonomie äußert sich ein weiterer Interviewpartner jedoch eher skeptisch und meint, dass „Geschäfte und Kneipen, die hier am stärksten fehlen, sich in einem solchen Stadtteil wirtschaftlich nicht lohnen und sich deshalb wohl auch nicht hier ansiedeln" würden.

Demgegenüber waren sich die Befragten weitgehend darüber einig, dass die Schaffung von zusätzlichen sozialen Einrichtungen nicht nötig ist, lediglich der Bestand erhalten werden solle. Eine Interviewpartnerin bemerkte jedoch, dass besonders dann, wenn Leute ein großes Fest feiern wollen, nicht ausreichend geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Obwohl das Zentrum am Bügel (im Sozialrathaus) oder die Säle der Kirchengemeinden da eine gewisse Abhilfe schaffen, reiche dies nicht aus.

Förderung des interkulturellen Dialogs

Angesichts der vorherrschenden Anonymität in den Beziehungen der Bewohner am Ben-Gurion-Ring untereinander, haben mehrere Interviewpartner den Bedarf bekundet, den Dialog zwischen Deutschen und Zuwanderern aufzubauen bzw. zu verstärken. Vielfach wurde von deutscher Seite die Meinung geäußert, dass es so schwierig sei, mit Migrantinnen und Migranten in Kontakt zu treten. Ein Vorschlag, der anscheinend im Ortsbeirat 15 bereits angedacht worden ist, besteht darin die Vertreter der unterschiedlichen Bewohnergruppen in der Siedlung an einen Tisch holen. Vor allem sollten Vertreter der verschiedenen Zuwanderergruppen als Multiplikatoren zwischen den Gruppen vermitteln. Wichtig wäre auch, so ein weiterer Befragter, dass die verschiedenen Zuwanderervertreter, außer dass sie Respektpersonen innerhalb ihrer Gruppe darstellen, sich auf Deutsch klar ausdrücken können müssen, da gerade bei konservativen Deutschen auffalle, dass diese bei sprachlichen Defiziten von Ausländern „blockieren und anzweifeln, ob dieser Mensch ernst zu nehmen" wäre. Der Lokaljournalist einer Frankfurter Zeitung wirft hier ein, dass die Moderation einer solchen Aufgabe auch eventuell von einem Quartiersmanager angegangen werden könnte. Gerade wenn dieser mit Jugendlichen und Kindern von Zuwanderern Projekte durchführen sollte, bestünden auch Möglichkeiten, Kontakte mit deren Eltern herzustellen. Auch ein anderer Befragter bemerkt, dass solche „runden Tische" kein einfaches Unterfangen seien und unter der Moderation von Profis eine behutsame Herangehensweise angebracht wäre. Man habe derartiges in den 70'er Jahren in den Niederlanden ausprobiert und einige Male das gespannte Verhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern dadurch entschärfen können. Im Falle eines Erfolgs würde „es ein gegenseitiges Gefühl der Akzeptanz bei allen betreffenden Gruppen hervorrufen".

5. Entwicklung und Stand der Integration

Der Entwicklungsverlauf der Integration in den drei ausgewählten Stadtteilen und die jeweils vorherrschenden Integrationsthemen unterscheiden sich deutlich voneinander. Die Fähigkeit der untersuchten Stadtteile, Bewohner unterschiedlicher ethnischer Herkunft zu integrieren, hängt von ihrer spezifischen historischen Entwicklung und der daraus resultierenden Wohnbebauung, den räumlichen Verhältnissen und der Bevölkerungsstruktur ab. Ihr **Integrationspotential** wird darüber hinaus durch ihre geographische Lage und ihre Anbindung an das Zentrum beeinflusst. Auch die Position, die ein Stadtteil im Verhältnis zur Gesamtstadt einnimmt, wirkt sich darauf aus, welche Ressourcen und Defizite, aber auch welche Problemlösungsstrategien sich bezüglich der Integration von Bewohnern unterschiedlicher Herkunft herausbilden.

Um den unterschiedlichen Integrationsverlauf zu analysieren, wurden in dieser Studie verschiedene quantitative Verfahren und qualitative Verfahren angewandt, deren Ergebnisse nun nach den drei Untersuchungsgebieten getrennt zusammengefasst werden. Hierbei wird deutlich, dass sich das Gallusviertel (Untersuchungsgebiet I) und Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg (Untersuchungsgebiet III) sehr stark voneinander unterscheiden, während Bornheim (Untersuchungsgebiet II) eine mittlere Position einnimmt.

Gallusviertel

Das Gallusviertel ist ein industriell geprägtes **Arbeiterviertel**, das schon seit der Anwerbephase einen überdurchschnittlich hohen Zuwandereranteil besitzt. Noch heute stammt über die Hälfte der Zuwanderer aus den größten Anwerberegionen. Die räumliche Nähe zwischen Wohnung und Betrieb hat im Gallusviertel dazu geführt, dass interkulturelle Kontakte aus dem Betrieb in der Freizeit weiter verfolgt werden konnten.

- Das ist als ein wichtiger Faktor dafür zu werten, dass die **soziale Integration** der Zuwanderer im Gallusviertel **stärker vorangeschritten** ist als beispielsweise im Untersuchungsgebiet III. Im Gallusviertel ist offensichtlich ein relativ großer Teil der Zuwanderer in die sozialen Gruppierungen integriert, die im Stadtteil relevant sind. Da es sich hierbei in erster Linie um „natürlich" entstandene interkulturelle Kontakte handelt, gilt zumindest für einen Teil der Zuwanderer im Gallusviertel, dass sie in die alltäglichen sozialen Verkehrskreise alteingesessener deutscher Stadtteilbewohner eingebunden sind. Darin unterscheidet sich die Situation im Gallusviertel unseren Ergebnissen zufolge stark von der Situation im Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg).
- Ein weiterer Faktor, der die soziale Integration der Zuwanderer im Gallusviertel unterstützt, ist die relativ **ähnliche Lebenslage** der Stadtteilbewohner. Nicht nur die Zuwanderer, sondern auch die deutschen Bewohner sind überwiegend dem **Arbeitermilieu** zuzuordnen. Wie die Ergebnisse unserer Befragung zeigen, leben sie zudem in vergleichbaren räumlichen Strukturen und sind von ähnlichen Problemen betroffen. Das äußert sich beispielsweise darin, dass Zuwanderer und Deutsche zu etwa ähnlichen Anteilen in Ein-, Zwei- oder Mehrfa-

milienhäusern leben. Beide Gruppen bewohnen zu jeweils zwei Dritteln ein Mehrfamilienhaus mit weniger als 10 Wohnungen und man kann davon ausgehen, dass es sich in der Mehrzahl der Fälle um sehr kleine Wohnungen handelt, denn die durchschnittliche Wohnungsgröße liegt im Gallusviertel bei 54 qm. Das ist der niedrigste Durchschnittwert aller Frankfurter Ortsteile.

- Weitere Hinweise auf vergleichbare Lebenssituationen sind darin zu sehen, dass sich in der schriftlichen Befragung beide Gruppen über ähnliche Probleme in ihrem Stadtteil beschwert haben (v.a. Suchtprobleme und Vandalismus) und darin, dass beide Gruppen eine ähnliche hohe **Sozialhilfequote** aufweisen. Bei den deutschen Bewohnern des Gallusviertels erhalten 97 von 1000 und bei den ausländischen Bewohnern 86 von 1000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Damit liegt die wirtschaftliche Situation der im Gallusviertel lebenden Zuwanderer im Frankfurter Durchschnitt (89 von 1000 ausländischen Einwohnern beziehen Hilfe zum Lebensunterhalt). Die Einkommensverhältnisse der einheimischen Deutschen sind dagegen als relativ schlecht zu bezeichnen, da ihre Sozialhilfequote weit über der durchschnittlichen Quote der deutschen Bevölkerung (45 von 1000) liegt.
- Insgesamt ist die relativ große Ähnlichkeit der Lebenslage von Zuwanderern und Deutschen im Gallusviertel als Faktor zu werten, der die soziale Integration unterstützt. Daneben gibt es aber auch einen starken Faktor, der die soziale Integration behindert. Das ist die **hohe Fluktuation** der Bewohner, die dazu führt, dass das Gallusviertel als **Durchgangsstadtteil** fungiert. Das Wanderungsverhalten ist hier weit ausgeprägter als in den anderen Untersuchungsgebieten. Amtlichen Statistiken zufolge war 1999 ein Drittel der im Gallusviertel lebenden Ausländer und ein Fünftel der Deutschen erst innerhalb der letzten zwei Jahre in die damalige Wohnung gezogen. Zudem lag 1998 die Zahl derjenigen, die aus einem anderen Stadtteil ins Gallusviertel gezogen sind, unter der Zahl derjenigen, die vorher außerhalb Frankfurts gelebt haben. Das Gallusviertel nimmt also vergleichsweise viele Außenzuzüge auf, während die anderen Untersuchungsgebiete weit mehr Binnenzuzüge verzeichnen. Demnach muss das Gallusviertel stärker zur Integration von Neuzuwanderern beitragen. Es hat auf diesem Gebiet einen deutlich höheren Integrationsbedarf und erbringt zwangsläufig höhere Integrationsleistungen.
- Diese Integrationsleistungen sind um so schwerer zu erbringen, als es im Gallusviertel eine **selektive Mobilität** gibt, die die Bevölkerungsstruktur des Stadtteils negativ beeinflusst. Diese Entwicklung ist durch die parallele Abwanderung sozial mobiler und die Zuwanderung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Die Abwanderung von mobilen deutschen Etablierten und ausländischen Aufsteigern, die für sich und ihre Kinder im Stadtteil keine Zukunft sehen, bewirkt, dass die sozialstrukturelle Heterogenität der deutschen und der ausländischen Bewohnergruppen sinkt und jeweils die weniger Mobilen und Einkommensschwachen zurückbleiben. Bei denjenigen, die neu zuziehen, handelt es sich dagegen überdurchschnittlich häufig um sozial benachteiligte Personen. Das Gallusviertel verliert dadurch im innerstädtischen Verteilungskampf an Wettbewerbsfähigkeit. Da es gleichzeitig

als Durchgangsstadtteil fungiert, in dem fortwährend neue Bewohner zu integrieren sind, steht dem **niedrigen Integrationspotential** ein hoher Integrationsbedarf gegenüber.

- Die Ursachen für diese Entwicklungsdynamik werden von den im Gallusviertel interviewten Bewohnern und Akteuren in folgenden Bereichen lokalisiert: a) dem **Negativimage** des Stadtteils und der schwachen Lobby im gesamtstädtischen Verteilungskampf, b) der **Monostruktur des Wohnraums** mit überwiegend kleinen Wohnungen und c) der **mangelhaften Infrastruktur** in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung. Aus diesem Grund fordern sie neben imagefördernden Maßnahmen, auch Sanierungsmaßnahmen, die den Anteil größerer Wohnungen erhöhen, und eine Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung.
- Das **Zusammenleben** von Deutschen und Zuwanderern im Stadtteil wird von den meisten Befragten als gut oder durchschnittlich bezeichnet. In Interviews wird sogar oft ein gewisser Stolz auf die erbrachten **Integrationsleistungen** geäußert. Allerdings mischt sich dieser Stolz mit der Klage darüber, dass diese Leistungen in der Gesamtstadt wenig Anerkennung finden und die I**ntegrationsprobleme** regelmäßig in den Vordergrund rücken. Die Ergebnisse unserer schriftlichen Befragung von Bewohnern des Gallusviertels zeigen, dass es insbesondere in der deutschen Bevölkerung eine relativ große Gruppe gibt, die die interkulturellen Beziehungen im Stadtteil negativ einschätzt und zudem eine Verschlechterung wahrnimmt.
- Da diese Werte weit höher liegen als in den beiden anderen Untersuchungsgebieten, ist im Gallusviertel trotz der großen Integrationserfolge auch ein **hohes Konfliktpotential** festzustellen, das weiterer Integrationsbemühungen bedarf. Hierbei scheint es neben Maßnahmen der **Konfliktprävention** besonders angeraten, Strukturen zu schaffen, die die **selektive Mobilität eindämmen** und zu einer Stabilisierung der Bevölkerung beitragen.

Bornheim

Bornheim ist ein relativ **zentral gelegener** Stadtteil, der aufgrund seiner hohen Ausstattung mit Gaststätten, Geschäften und Freizeiteinrichtungen zu den **beliebtesten Wohngebieten** im Bereich der Innenstadt zählt, vor allem für Singles. Denn obwohl die Wohnungen mit durchschnittlich 61qm relativ klein sind, liegt die Wohnfläche, die jedem Bornheimer statistisch zur Verfügung steht, mit 34 qm im Frankfurter Durchschnitt.

- Auch in anderer Hinsicht ist Bornheim oft als ein **durchschnittlicher Stadtteil** Frankfurts zu betrachten. So bewegte sich etwa der Ausländeranteil in Bornheim immer im Durchschnitt der Gesamtstadt und auch die Sozialhilfequoten der deutschen Bevölkerung mit 49 pro 1000 Einwohner und der ausländischen Bevölkerung mit 104 pro 1000 liegen jeweils nur wenig über dem städtischen Durchschnitt.
- Die Integration von Zuwanderern vollzieht sich nach Auskunft vieler Befragter relativ unspektakulär und Bornheim profitiert von einem **multikulturellen Flair**. Bei der schriftlichen

Befragung von Stadtteilbewohnern wurde nicht nur die allgemeine Lebensqualität, sondern auch das interkulturelle Zusammenleben wesentlich günstiger beurteilt als in den anderen Untersuchungsgebieten. Zudem war der Anteil der Befragten, die eine tendenzielle Verschlechterung der interkulturellen Beziehungen wahrnehmen, weitaus geringer.

- Auch die Interviewpartner ausländischer Herkunft äußern sich durchweg positiv über das Leben in Bornheim und betonen, dass der Stadtteil eine hohe Lebensqualität besitzt. Zudem bewerten sie es positiv, dass die in Bornheim lebenden **Zuwanderer** nicht nur aus dem Arbeitermilieu stammen, sondern teilweise auch zur **Mittelschicht** zählen. Im Vergleich zum Gallusviertel bestünde zudem einer der Vorteile darin, dass es wenig soziale Kontrolle innerhalb der ethnischen Gemeinschaft gebe.
- Es gibt allerdings auch Anzeichen, dass sich **punktuell** in der Siedlung am Bornheimer Hang ein **Konfliktpotential** anhäuft, das das interkulturelle Zusammenleben beeinträchtigt. Die wesentlichen Einflussfaktoren bestehen dabei darin, dass sich die bislang überdurchschnittlich homogene Bewohnerstruktur der Siedlung rasch wandelt. Während sich die langansässige Nachbarschaft altersbedingt auflöst, ziehen neue Bewohner zu, die sich nicht nur bezüglich ihres Alters und ihrer Familienphase, sondern auch bezüglich ihrer ethnischen Herkunft von der alteingesessenen etablierten Bewohnerschaft unterscheiden. Vor diesem Hintergrund kommt es zu Nachbarschaftskonflikten, die durch ethnisierende Zuschreibungen überlagert werden. Hier scheinen konfliktpräventive Maßnahmen angeraten, die auch die Frankfurt Holding einbeziehen sollten.

Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg

Das am nördlichen Stadtrand Frankfurts gelegene Untersuchungsgebiet III weist zwei deutlich unterschiedliche Arten sozialer Räume auf. Auf der einen Seite gibt es alte, teils **dörflich anmutende Wohngebiete** mit einer natürlich gewachsenen Bebauung, in denen langansässige, überwiegend deutsche Bewohner leben. Hier ist auch der Anteil von Eigenheimbesitzern relativ hoch. Auf der anderen Seite gibt es **am Reißbrett entworfene Wohnsiedlungen** mit einem hohen Anteil von Sozialwohnungen, die in den 50er bis 70er Jahren errichtet wurden.

- Untersuchungsgebiet III hat unserer schriftlichen Befragung zufolge eine sehr **hohe Fluktuation**. Die einheimischen Deutschen weisen mit durchschnittlich 15 Jahren Wohndauer im Stadtteil eine geringere Aufenthaltsdauer auf als die Zuwanderer in den beiden anderen Untersuchungsgebieten. Bei den befragten Zuwanderern liegt die Dauer ihres Aufenthalts im Stadtteil sogar bei nur 12 Jahren. Aufgrund der hohen Fluktuation in beiden Gruppen erscheinen die Ausgangsbedingungen für die **soziale Integration** im Wohnbereich ziemlich ungünstig. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen auch, dass die Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen **schlechter** bewertet werden als in Bornheim - allerdings besser als im Gallusviertel.

- Die Analyse der jeweiligen Nachbarschaft der Befragten verdeutlicht, dass Zuwanderer und Deutsche im Untersuchungsgebiet III innerhalb der Ortsteile Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg räumlich getrennt leben. Die **Segregation** ist eindeutig **stärker** als in den beiden anderen Untersuchungsgebieten.
- In diesem Zusammenhang deutet das Interview mit dem Stadtbezirksvorsteher von Eckenheim darauf hin, dass die weitgehende räumliche Trennung der Wohn- und Lebensbereiche aus der Sicht der etablierten einheimischen Deutschen die favorisierte Form des Zusammenlebens mit Zuwanderern zu sein scheint, zumindest mit Zuwanderern, die nicht zur Mittelschicht zählen. Denn typische **Konflikte** sind offensichtlich dadurch gekennzeichnet, dass etablierte Deutsche ihre gewohnte Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten wollen und sich gegen Zuwanderer wehren, wenn diese finanziell oder wegen ihres Sozialstatus nicht mithalten können bzw. wenn sie aufgrund ihrer kulturell oder lebenslagenspezifischen Prägung oder ihrer lebensphasenspezifischen Orientierung die etablierten Ordnungsprinzipien nicht übernehmen wollen. Hierbei scheinen **Schichtunterschiede** eine hohe Relevanz zu besitzen.
- Das Gros der Zuwanderer in Untersuchungsgebiet III lebt demnach auch nicht in den Wohngebieten der langansässigen deutschen Bewohner, sondern in **Wohnsiedlungen** mit einem hohen Anteil von Sozialwohnungen mit sozial und finanziell benachteiligten Bewohnern deutscher und ausländischer Herkunft. Hier sind insbesondere die Karl-Kirchner Siedlung und die Siedlungen an der Sigmund-Freund-Straße, am Berkersheimer Weg und am Ben-Gurion-Ring zu nennen. Ihr Ausländeranteil betrug 1996 zwischen 28 und 39 Prozent. Den Aussagen mehrerer Interviewpartner folgend, ist anzunehmen, dass am Ben-Gurion-Ring ein relativ **hoher Anteil von Spätaussiedlern** lebt. Deshalb dürfte der Zuwandereranteil dort weit über dem Ausländeranteil liegen.
- Insgesamt ist im Untersuchungsgebiet III in den letzten Jahren ein **rascher Anstieg des Ausländeranteils** zu verzeichnen. Die Bevölkerungsstruktur wandelt sich dort offensichtlich deutlich stärker als andernorts, wobei allem Anschein nach in erster Linie die genannten Wohnsiedlungen Zuzüge von Zuwanderern zu verzeichnen haben. (Aktuelle Statistiken zu den Wohnsiedlungen stehen derzeit nicht zur Verfügung.)
- Im Gegensatz zu der oben skizzierten Konfliktkonstellation in den Wohngebieten der etablierten Einwohner von Untersuchungsgebiet III scheint die Situation in den genannten Wohnsiedlungen durch allgemeine gesellschaftliche **Marginalisierung** und durch eine konfliktbeladene **Konzentration von erfolgs- und durchsetzungsschwachen** deutschen und ausländischen Minderheiten charakterisiert. Man kann überdies davon ausgehen, dass die hohe Fluktuation der Bewohner und die **infrastrukturelle Mangelsituation** der Wohnumgebung wenig dazu beitragen, Selbsthilfepotentiale der Bewohner zu aktivieren.
- Hinzu kommt, dass viele Bewohner Sozialhilfe beziehen. In Bonames war 1998 mit 346 Sozialhilfeempfängern pro 1000 ausländischen Einwohnern die **höchste Sozialhilfedichte Frankfurts** zu verzeichnen. Doch auch die deutschen Einwohner im Untersuchungsgebiet

III weisen eine deutlich überdurchschnittliche Sozialhilfedichte auf, wobei man davon ausgehen kann, dass die zur Verfügung stehenden statistischen Angaben, die sich jeweils auf den gesamten Ortsteil beziehen, das reelle Ausmaß der Sozialhilfedichte in den oben genannten Wohnsiedlungen nur unzureichend wiederspiegeln.

- Die Bewohner der genannten Wohnsiedlungen leiden nach Auskunft mehrerer Interviewter unter **Stigmatisierung**, die sich unter anderem dadurch bemerkbar macht, dass viele Jugendliche keinen Arbeitsplatz finden, weil sie am Ben-Gurion-Ring, in der Jaspertstraße, Wegscheidestraße (beides Karl-Kirchner-Siedlung) oder in der Julius-Brecht-Straße (Siedlung am Berkersheimer Weg) wohnen. Das größte Problem wird deshalb in der **Jugendarbeitslosigkeit** gesehen, wobei hier auch ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass man sich besonders um die jugendlichen Spätaussiedler kümmern müsse, die oft nur unzureichend Deutsch sprächen und deshalb ein erweitertes Sprachkursangebot bräuchten.
- Viele Interviewpartner weisen darauf hin, dass es in den genannten marginalisierten Wohnsiedlungen ein hohes latentes **Konfliktpotential** gibt und es dringend angeraten erscheint, erstens die Jugendarbeitslosigkeit mit geeigneten Maßnahmen zu bekämpfen, zweitens baulich-räumliche Verbesserungen und Sanierungen durchzuführen, sowie drittens allgemein die Entstehung sozialer Kontakte zu fördern, wobei den vor Ort aktiven Bürgern und Professionellen hohes **Engagement** und großes Know-How zugesprochen wird.

Teil V: Ergebnisse und Empfehlungen

(unter Mitarbeit von Gisela Will)

Der Auftrag dieser Studie lautete, in Frankfurt am Main eine systematische, breit angelegte Bestandsaufnahme über die **soziale Lage der Zuwanderer** und die bisherige **Entwicklung ihrer Integration** anzufertigen. Integration sollte hierbei verstanden werden als kulturelle und soziale Annäherung von Zuwanderern und einheimischen Deutschen und als Angleichung ihrer Lebenslagen. Die Integration wird demnach als erfolgreich erachtet, wenn Zuwanderer und ihre Nachkommen gleichrangig am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Die Untersuchung war auf das ganze Stadtgebiet zu beziehen; drei Stadtteile sollten schwerpunktmäßig betrachtet werden. Die Untersuchung hatte zum Ziel, die Entwicklung und den aktuellen Stand der Integration aufzuzeigen und in **regelmäßigen Zeitabständen fortgeschrieben** werden zu können. Die Aufgabenstellung für das europäische forum für migrationsstudien (efms) bestand deshalb darin, ein Instrumentarium zu entwickeln, das geeignet ist, den Integrationsprozess zu evaluieren, und eine wissenschaftlich fundierte Datenbasis für Entscheidungen über kommunale Integrationsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Wenn man von Zuwanderern spricht, ist zu bedenken, dass es *die* Zuwanderer nicht gibt, ebenso wenig wie *die* Deutschen. Deshalb sind Differenzierungen nötig und wir haben sie, wo immer möglich, vorgenommen. Dabei haben wir uns in Absprache mit dem Auftraggeber dafür entschieden, nicht wie häufig nach nationalen bzw. ethnischen, sondern nach **sozialen Merkmalen** wie Geschlecht, Bildungsniveau, Migrantengeneration, Sozialisationsdauer in Deutschland und Wohnumfeld zu unterscheiden. Diese sozialen Kriterien können den Integrationsprozess ebenso stark beeinflussen wie die Zugehörigkeit zu einer nationalen oder ethnischen Herkunftsgruppe.

Bei den vom efms durchgeführten empirischen Erhebungen konnten wir solche sozialen Unterscheidungsmerkmale einführen. Bei der Analyse der amtlichen Statistik war es dagegen nur selten möglich, nach sozialen Kriterien zu differenzieren, da dort im Regelfall nur nach Staatsangehörigkeit, also nur zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden wird, ein Kriterium, das angesichts steigender Einbürgerungszahlen immer weniger Aussagekraft besitzt.

Um sicherzugehen, dass die wichtigsten integrationsrelevanten Aspekte in die Analyse eingehen, wurde ein **Set von Methoden** entwickelt, das quantitative und qualitative Vorgehensweisen kombiniert und Längsschnittbetrachtungen mit vertiefenden Momentanalysen verknüpft. Um langfristige Entwicklungen erkennen zu können, wurden **Daten der kommunalen Statistik** über einen Zeitraum von zehn bis dreißig Jahren für die Gesamtstadt analysiert. Somit lassen sich Integrationsprozesse in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, Soziale Sicherung, Bevölkerungsentwicklung, Zu- und Abwanderung sowie Einbürgerung nachvollziehen.

Hinsichtlich der aktuellen Situation wurden in drei Stadtteilen (Gallusviertel, Bornheim sowie als drittes Untersuchungsgebiet Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) vertiefende Erhebungen durchgeführt. Die **stadtteilspezifische Analyse** sollte es ermöglichen, den Stand der Integration in einem konkreten lokalen Kontext zu messen und mittels vergleichender Analysen zu untersuchen, wie sich lokale Kontextbedingungen auf die Integration auswirken. Hierzu wurde zunächst eine **schriftliche Befragung** durchgeführt, an der sich 1.300 Personen beteiligt haben. Da Integration ein Prozess ist, der sich über mehrere Generationen erstreckt und Integrationserfolge sich an der zweiten und dritten Generation besser erkennen lassen als an der ersten Generation, wurde gezielt die zweite Migrantengeneration untersucht.

Ergänzend wurden **offene, leitfadengestützte Interviews** mit Experten sowie mit Bewohnern der drei ausgewählten Stadtteile durchgeführt. Die Auswahl der befragten Personen ist nicht repräsentativ; die Interviews können jedoch Aspekte des Zusammenlebens von Zuwanderern und Deutschen aus der Perspektive von Betroffenen im Detail beschreiben, was in einer schriftlichen Befragung mit geschlossenen Fragen nicht möglich ist. Sie sollten darüber hinaus dazu dienen, Verbesserungsvorschläge und Handlungsempfehlungen von Betroffenen an den Magistrat weiterzuleiten.

Im Folgenden sollen nun zunächst die **zentralen Ergebnisse** der Auswertung der amtlichen Statistik, der repräsentativen Befragung und der qualitativen Interviews dargestellt werden. Auch werden die **Handlungsempfehlungen der Stadtbezirkvorsteher**, die als Experten für ihren Stadteil gelten können, zusammengefasst. Abschließend sollen einige **Empfehlungen** zur statistischen Erfassung von Integration sowie zur Fortschreibung der Studie gegeben werden.

1. Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie

1.1 Auswertung der amtlichen Statistik

Die Auswertung der amtlichen Statistik zu den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung, soziale Sicherung, Bevölkerungsentwicklung, Zu- und Abwanderung sowie Einbürgerung zeigt, dass die Integration in Frankfurt am Main in den letzten Jahrzehnten **erhebliche Fortschritte** gemacht hat. In vielen Bereichen lassen sich deutliche Integrationserfolge erkennen:

- Der Anteil der ausländischen Schüler, die Gymnasien oder Realschulen besuchen, hat sich innerhalb von zwanzig Jahren nahezu verdoppelt. Dieser **Bildungserfolg** wurde in erster Linie von der in Deutschland aufgewachsenen zweiten Migrantengeneration erzielt.
- Aufgrund **zunehmender Einbürgerungszahlen** steigt auch die rechtliche Integration. Hierbei ist freilich zu beachten, dass mit der Einbürgerung zwar die rechtliche Integration vollzogen ist, man aber nicht im Umkehrschluss davon ausgehen kann, dass deshalb in anderen Bereichen kein Integrationsbedarf mehr besteht.

- In **demographischer Hinsicht** gleicht sich die Gruppe der Zuwanderer den einheimischen Deutschen an. Zwar ist die ausländische Bevölkerung statistisch immer noch deutlich jünger als die deutsche, aber das Durchschnittsalter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund steigt schnell an, so dass es langfristig zu einer Annäherung kommen wird. Zudem bekommen ausländische Frauen heute weniger Kinder und sind bei der Geburt deutlich älter als früher. Auch die Analyse des Wanderungsverhaltens der Migranten zeigt, dass nach einer hochmobilen Phase nunmehr nicht nur die Außenwanderungen abnehmen, sondern auch die innerstädtische Mobilität zurückgeht. Zuwanderer ziehen also innerhalb von Frankfurt weniger um und nähern sich hierbei den Werten der inländischen Bevölkerung an.

Neben solchen Integrationsfortschritten gibt es aber auch **Integrationsprobleme**:

- Im **Bildungsbereich** zeigen sich Integrationslücken darin, dass jeder siebte ausländische Schüler die Schule verlässt, ohne wenigstens den Hauptschulabschluss gemacht zu haben. Obwohl sich auch hier eine positive Entwicklung abzeichnet - zehn Jahre zuvor ging noch jeder fünfte ohne Abschluss von der Schule - besteht weiterhin noch erheblicher Integrationsbedarf, der sich vor allem darauf zurückführen lässt, dass fortlaufend neue Kinder und Jugendliche zuwandern, die nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte schulische Sozialisation in Deutschland zu verbringen (sog. Seiteneinsteiger).
- Auch die Integration in den **Arbeitsmarkt** gestaltet sich bei Zuwanderern schwierig. Gerade die erste Migrantengeneration, deren Beschäftigung im Produktionssektor konzentriert war, hat den wirtschaftlichen Strukturwandel stark zu spüren bekommen. Daneben hat die hohe Neuzuwanderung in der ersten Hälfte der 90er Jahre dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit der Zuwanderer höher ist als die der Deutschen. Allerdings zeichnet sich insbesondere im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit eine Trendwende hin zum besseren ab.
- Zuwanderer haben ein **hohes Sozialhilferisiko**. Überproportional betroffen sind dabei Kinder und ältere Zuwanderer. Zwar ist die Gruppe ausländischer Senioren momentan noch relativ klein, aber in den nächsten Jahren wird sie stark wachsen, so dass sich in dieser Altersgruppe für die Zukunft ein steigender Sozialhilfebedarf abzeichnet.

1.2 Ergebnisse der repräsentativen Befragung durch das efms

Integration ist ein **generationsübergreifender Prozess**. Fortschritte im Integrationsprozess lassen sich deswegen vor allem an der Lage der zweiten und dritten Migrantengeneration ablesen. Deshalb wurden in der repräsentativen Untersuchung durch das efms auch gezielt die **zweite Zuwanderergeneration** und deren Integrationsfortschritte untersucht. Hierzu führte das efms in drei Frankfurter Stadtteilen eine schriftliche Befragung durch. Die Untersuchungsgebiete waren das Gallusviertel, Bornheim und ein Gebiet, das die Ortsteile Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg umfasst. Die Befragung richtete sich an 18 bis 40jährige Zuwanderer, die entweder in Deutschland geboren wurden oder mindestens seit Beginn ihres 12. Lebensjahres in Frankfurt leben, und an eine einheimische Vergleichsgruppe.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen, dass die Integration der zweiten Zuwanderergeneration in wesentlichen Bereichen weit fortgeschritten ist.

- Die Bildungsunterschiede zu einheimischen Deutschen und die Unterschiede in der beruflichen Stellung sind relativ gering. Im Bereich der schulischen Bildung haben vor allem in Deutschland geborene Zuwanderer **bedeutende Bildungserfolge** zu verzeichnen. Das gilt insbesondere für Frauen. Sie haben im schulischen Bereich größere Bildungserfolge als männliche Zuwanderer und sind auch bezüglich der beruflichen Qualifikation besser integriert.
- Die Befragung zeigt, dass die **Einbürgerungsquote** der zweiten Zuwanderergeneration relativ hoch ist und dass diejenigen Zuwanderer, die noch nicht eingebürgert sind, ein hohes Interesse am Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit haben.
- Im Bereich der kulturellen Integration lässt sich ebenfalls eine deutliche Integration in die deutsche Gesellschaft erkennen. So ist etwa die **sprachliche Integration** der zweiten Generation weit vorangeschritten. In den von der zweiten Generation gegründeten Familien ist Deutsch zumeist die bevorzugte Familiensprache.
- Ein weiterer Indikator für kulturelle Annäherung ist die **familiäre Lebensform**. Hier hat in Deutschland ein tiefgreifender sozialer Wandel stattgefunden, an dem nach unseren Befragungsergebnissen auch die zweite Migrantengeneration partizipiert. Zwar ist die Ehe bei den über 30-40jährigen Zuwanderern die häufigste Lebensform, während die meisten der befragten Deutschen in diesem Alter noch immer ledig sind, doch auch mehr als ein Drittel der zweiten Migrantengeneration in diesem Alter ist noch nicht verheiratet. Die Lebensführung der zweiten Zuwanderergeneration ist also nicht „traditionell", sondern lediglich weniger individualisiert als die der deutschen Vergleichsgruppe.

- Der Fortschritt im Bereich der **sozialen Integration** zeigt sich an der hohen Zahl interethnischer Freundschaften von Zuwanderern mit Deutschen und an den interethnischen Ehen. Mehr als ein Drittel der männlichen, sowie mehr als ein Viertel der weiblichen Befragten sind mit Deutschen verheiratet. Demnach kann in der zweiten Zuwanderergeneration keineswegs von einem Rückzug in die ethnische Herkunftsgruppe gesprochen werden.
- Bezüglich der Identifizierung ist festzuhalten, dass **Zugehörigkeitsgefühle** sich vor allem auf Frankfurt beziehen, weniger auf Deutschland oder auf das Herkunftsland der Eltern.

Insgesamt sind bei den Befragten der zweiten Zuwanderergeneration nur noch relativ geringe Unterschiede zur deutschen Vergleichsgruppe festzustellen. Diese Unterschiede sind weit geringer als die allgemeinen Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Staatsangehörigen. Das zeigt zum einen den Integrationsfortschritt der zweiten Generation und es unterstreicht zum anderen die Notwendigkeit, die Integration von Zuwanderern nicht entlang nationaler, sondern entlang sozialer Unterscheidungskategorien (wie Migrantengeneration, Sozialisationsdauer in Deutschland, Geschlecht und Bildungsniveau) zu evaluieren. Nur so lassen sich Integrationserfolge und Integrationsdefizite unterschiedlicher Zuwanderergruppen differenziert analysieren.

1.3 Ergebnisse der Stadteilanalysen

Um zu erfahren, wie sich das Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern in verschiedenen Stadtteilen gestaltet, wurden neben der schriftlichen Befragung ergänzend Interviews mit verschiedenen Experten und Bewohnern in drei ausgewählten Stadtteilen geführt. Zudem wurden die historische Entwicklung und die Bevölkerungsstruktur der Stadtteile analysiert.

Bornheim

- Bornheim zählt durch seine relativ zentrale Lage und aufgrund vieler Gaststätten, Geschäfte und Freizeiteinrichtungen vor allem für Singles zu den **beliebtesten Wohngebieten** im Bereich der Innenstadt. Die Integration von Zuwanderern vollzieht sich relativ unspektakulär und Bornheim profitiert von einem multikulturellen Flair. Die von uns befragten Stadtteilbewohner beurteilen nicht nur die **allgemeine Lebensqualität**, sondern auch das **interkulturelle Zusammenleben** wesentlich günstiger als in den anderen Untersuchungsgebieten.
- Es gibt allerdings auch Anzeichen, dass sich in der Siedlung am Bornheimer Hang ein **Konfliktpotential** anhäuft, welches das interkulturelle Zusammenleben beeinträchtigt. Die wesentlichen Einflussfaktoren bestehen dabei darin, dass sich die bislang überdurchschnittlich homogene Bewohnerstruktur der Siedlung rasch wandelt. Während sich

die langansässige Nachbarschaft altersbedingt auflöst, ziehen neue Bewohner zu, die sich nicht nur bezüglich ihres Alters und ihrer Familienphase, sondern auch bezüglich ihrer ethnischen Herkunft von der alteingesessenen etablierten Bewohnerschaft unterscheiden. Vor diesem Hintergrund kommt es zu Nachbarschaftskonflikten, die durch ethnisierende Zuschreibungen überlagert werden. Alteingesessene erleben eine „**Migration ohne Ortswechsel"**, wie Caesperlein und Gliemann (1999) diesen Prozess nennen.

Gallusviertel

- Das Gallusviertel ist ein **industriell geprägtes Arbeiterviertel**, das schon lange einen überdurchschnittlich hohen Zuwandereranteil hat. Die räumliche Nähe zwischen Wohnung und Betrieb führte im Gallusviertel dazu, dass interkulturelle Kontakte aus dem Betrieb in der Freizeit weiter verfolgt werden konnten. Das ist als ein wichtiger Faktor dafür zu werten, dass die **soziale Integration** der Zuwanderer im Gallusviertel stärker vorangeschritten ist als beispielsweise im Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg). Im Gallusviertel ist offensichtlich ein relativ großer Teil der Zuwanderer in den sozialen Gruppen und Vereinen integriert, die im Stadtteil relevant sind. Ein weiterer Faktor, der die soziale Integration der Zuwanderer im Gallusviertel unterstützt, ist die relativ ähnliche Lebenslage (Arbeitermilieu) der Stadtteilbewohner.
- Dagegen ist die **hohe Fluktuation** im Viertel ein Faktor, der Integration negativ beeinflusst. Das Gallusviertel nimmt vergleichsweise viele Außenzuzüge auf, während die anderen Untersuchungsgebiete weit mehr Binnenzuzüge verzeichnen. Es fungiert demnach für viele als **Durchgangsstadtteil** und muß für Neuankömmlinge immer wieder grundlegende Integrationsleistungen erbringen.
- Diese Integrationsleistungen sind um so schwerer zu erbringen, als es im Gallusviertel eine **selektive Mobilität** gibt, die die Bevölkerungsstruktur des Stadtteils negativ beeinflusst. Diese Entwicklung ist durch die parallele Abwanderung sozial mobiler und die Zuwanderung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet. Die Ursachen für diese Entwicklungsdynamik werden von den Befragten in folgenden Bereichen lokalisiert:
  a) Negativimage des Stadtteils und schwache Lobby im gesamtstädtischen Verteilungskampf
  b) Monostruktur des Wohnraums mit überwiegend kleinen Wohnungen
  c) Mangelhafte Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung.
- Aus diesem Grund fordern die Befragten neben **imagefördernden Maßnahmen**, auch **Sanierungsmaßnahmen**, die den Anteil größerer Wohnungen erhöhen, und eine **Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung**.

- Neben der Förderung von Strukturen, die die selektive Mobilität eindämmen und zu einer Stabilisierung der Bevölkerung beitragen, sind im Gallusviertel Maßnahmen der **Konfliktprävention** anzuraten. Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung des efms zeigen, dass es insbesondere in der deutschen Bevölkerung eine relativ große Gruppe gibt, die die interkulturellen Beziehungen im Stadtteil negativ einschätzt und zudem in der letzten Zeit eine Verschlechterung wahrnimmt.

Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg

- Das Untersuchungsgebiet III (Eckenheim, Preungesheim, Bonames und Frankfurter Berg) weist **zwei deutlich unterschiedliche Arten sozialer Räume** auf. Auf der einen Seite gibt es alte, teils dörflich anmutende Wohngebiete mit einer gewachsenen Bebauung, in denen langansässige, überwiegend deutsche Bewohner leben. Hier ist auch der Anteil von Eigenheimbesitzern relativ hoch. Auf der anderen Seite gibt es Wohnsiedlungen mit einem hohen Anteil von Sozialwohnungen, die in den 50er bis 70er Jahren errichtet wurden.
- In diesen Wohnsiedlungen ist die Situation durch **gesellschaftliche Marginalisierung** und durch eine konfliktbeladene Konzentration von erfolgs- und durchsetzungsschwachen deutschen und ausländischen Minderheiten charakterisiert. Hinzu kommt eine **hohe Fluktuation** der Bewohner.
- Viele Bewohner dieser Siedlungen beziehen **Sozialhilfe**. So weist etwa Bonames die höchste Sozialhilfedichte Frankfurts auf und man muss davon ausgehen, dass die zur Verfügung stehenden statistischen Angaben, die sich auf den gesamten Ortsteil beziehen, das reelle Ausmaß der Sozialhilfedichte in bestimmten Wohnsiedlungen nur unzureichend widerspiegeln.
- Die Bewohner solcher Wohnsiedlungen sind von **Stigmatisierungsprozessen** betroffen. Das trägt dazu bei, das Finden von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche zu erschweren. Das größte Problem wird von den Interviewten daher in der Jugendarbeitslosigkeit gesehen. Zudem weisen viele Interviewpartner darauf hin, dass es in den Wohnsiedlungen ein **hohes latentes Konfliktpotential** gebe. Auch die Ergebnisse unserer schriftlichen Befragung zeigen, dass die Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen schlechter bewertet werden als in Bornheim – wenngleich noch besser als im Gallusviertel.

2. Empfehlungen der Stadtbezirksvorsteher

Zunächst werden die Ergebnisse aus den Interviews mit den Stadtbezirksvorstehern zusammengefasst, da die Stadtteilebene einer besonderen Berücksichtigung bedarf und die Integration von Zuwanderern in vielerlei Hinsicht an den Stadtteil gebunden ist.

Wie aus den Interviews mit verschiedenen Bewohnern der drei Untersuchungsgebiete hervorgeht, gibt es in den einzelnen Stadtteilen sehr unterschiedliche Problempunkte und Lösungsvorschläge. Dennoch können die Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher in **drei Hauptaspekten** zusammengefasst werden, die in allen analysierten Stadteilen von Bedeutung sind. So werden neben gezielten Angeboten für Zuwanderer vor allem auch Maßnahmen gefordert, welche zur Attraktivitätssteigerung des Stadtteils beitragen. Als dritter Schwerpunkt werden Regeln des alltäglichen gemeinsamen Zusammenlebens genannt.

2.1 Integrationsmaßnahmen unter Berücksichtigung vorhandener Maßnahmen und Initiativen im Stadtteil

Die Stadt Frankfurt am Main bietet schon sehr viele Maßnahmen zur Integration der Migranten an. Von Seiten der Stadtbezirksvorsteher werden die bestehenden Maßnahmen positiv erwähnt, allerdings zum Teil eine **quantitative Erweiterung** gewünscht.

Die Stadtbezirksvorsteher empfehlen im Einzelnen:

- Zentral für die Integration von Zuwanderern seien Maßnahmen, die zur **Förderung der sprachlichen Integration** beitragen. Dies mache es erforderlich, von kommunaler Seite ein bedarfsspezifisches Sprachkursangebot, aber auch soziale und kulturelle Eingliederungshilfen für Neuankömmlinge zur Verfügung zu stellen. Die in Frankfurt bereits zahlreichen Aktivitäten, die in diese Richtung zielen, sollten nach Ansicht einiger Stadtbezirksvorsteher weiter intensiviert werden, da der Bedarf sehr hoch sei.
- Weiterer Integrationsbedarf bestehe bezüglich der **sprachlichen Integration von Kindern**, in deren Elternhaus nicht oder nur wenig Deutsch gesprochen wird. Um diese Kinder möglichst noch vor der Einschulung sprachlich zu integrieren, sollte bereits in den Kindergärten Integrationsförderung betrieben werden.
- Daneben bedürften neu zugewanderte Kinder und Jugendliche besonderer Unterstützung bei der **Eingliederung ins Bildungssystem**. Dieser Vorschlag ist offensichtlich vor allem auf jugendliche Spätaussiedler bezogen, die in den Interviews immer wieder als zwar kleine, aber besonders problematische Zuwanderergruppe erwähnt werden. Nach Auskunft mehrerer Interviewpartner ist für junge Spätaussiedler nicht nur die sprachliche, sondern auch die kulturelle Integration problematisch. Hier gilt es zu prüfen, ob möglicherweise ein Bedarf an jugendspezifischen **Integrationsmaßnahmen für Spätaussiedler** besteht, der weit über ein einfaches Sprachkursangebot hinausgeht.

2.2 Aufwertung des Stadtteilimages sowie der Lebensqualität im Stadtteil

Wie die Ergebnisse unserer Stadtteilstudie zeigen, wird die Integration von Zuwanderern im Stadtteil stark vom Wegzugsverhalten mobiler, finanziell besser gestellter Bevölkerungsgruppen deutscher oder ausländischer Herkunft beeinflusst. Viele Probleme benachteiligter Stadtteile sind weniger zuzugs-, als vielmehr wegzugsbedingt. Maßnahmen, die zur Stärkung und Stabilisierung eines Stadtteils beitragen, sind deshalb auch geeignet, die Integration von Zuwanderern zu unterstützen. So ist auch die Forderung nach einer **Verbesserung des Stadtteilimages** ein besonders dringliches Anliegen der Stadtbezirkvorsteher.

Gefragt sind aber vor allem raum- und sozialplanerische Maßnahmen, die auf die lebenslagen- und lebensformspezifischen Bedürfnisse *aller* Bevölkerungsgruppen eingehen. Sie sollten darauf abzielen, eine in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht **gemischte Bevölkerungsstruktur** zu erhalten und zu verhindern, dass ein Stadtteil zum Durchgangsraum wird.

- Um die Fluktuation in einem Stadtteil zu verringern, ist es nach Ansicht der Stadtbezirksvorsteher wichtig, den räumlich und sozial mobilen Bevölkerungsgruppen Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort zu bieten. So würde beispielsweise eine **Vielfalt von Bau- und Wohnformen** eine große Bandbreite an Lebensformen erlauben und lebensphasenspezifische Umzüge innerhalb eines Stadtteils ermöglichen. Hier gibt es offensichtlich vor allem im Gallusviertel einen deutlichen Nachholbedarf. Sanierungen sollten hier insbesondere darauf abzielen, den Anteil größerer, familiengerechter Wohnungen zu erhöhen.

Über diese bauliche Vielfalt hinaus beleuchten die Handlungsempfehlungen der Stadtbezirksvorsteher zur Aufwertung des Stadtteils ein weites Spektrum:

- Im Gallusviertel wird neben der Bereitstellung von größeren Wohnungen vor allem die Schaffung von verschiedenen **Einrichtungen für Kinder und Jugendliche** gefordert, angefangen mit Kinderbetreuungsangeboten über verschiedene Freizeitangebote bis hin zur Einrichtung einer Oberstufe an der Paul-Hindemith-Schule. Die Stadtbezirkvorsteher empfehlen weiter eine intensivere Förderung der Jugendarbeit in den Vereinen und die Öffnung der Pausenhöfe an Nachmittagen und am Wochenende.
- Ein weiterer Aspekt, der im Gallusviertel besonders diskutiert wird, ist das negative Image, das dem Stadteil anhaftet und welches dazu führt, dass potenzielle Mieter abgeschreckt werden. Hier wird zum einen eine **positivere Presseberichterstattung** gefordert, zum anderen sollte jedoch auch das **Erscheinungsbild des Stadtteils** verbessert werden, indem z. B. „Schmuddelecken" beseitigt werden.
- Die Stadtbezirksvorsteherin in Frankfurter Berg schlägt vor, zu prüfen, ob dieser Ortsteil in das **Programm „Soziale Stadt"** aufgenommen werden kann, um auf diesem Weg eine umfangreiche Umstrukturierung und Sanierung in die Wege zu leiten, die von sozialen Maßnahmen begleitet wird. Dabei legt sie großen Wert auf eine weitreichende Beteiligung der Bewohner und der Personen, die sich bereits jetzt im Stadtteil sozial engagieren.

An dieser Vielzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen, welche die Attraktivität der jeweiligen Stadtteile erhöhen sollen, wird schon deutlich, dass es kein Patentrezept für alle Stadtbezirke gibt, sondern Kriterien des Stadtteilmanagements immer wieder auf die konkreten Bedürfnisse der Wohnumgebung zugeschnitten werden müssen. Als ein sinnvoller Ansatzpunkt bieten sich hier **Bedarfsanalysen** an, wie sie etwa auch ein Stadtbezirksvorsteher des Gallusviertels fordert, um zu prüfen, in welchen Bereichen konkreter Handlungsbedarf besteht, welche vorhandenden Angebote effektiver genutzt werden könnten und in welchen Fällen neue Einrichtungen geschaffen werden müssten.

2.3 Maßnahmen zur Verbesserung des alltäglichen Zusammenlebens

Ein weiterer Bereich, der alle befragten Stadtbezirkvorsteher in erheblichem Maße beschäftigt, ist die Frage nach der Einhaltung von „Regeln des alltäglichen Zusammenlebens." Das interkulturelle Miteinander wird nicht selten durch Nachbarschaftskonflikte beeinträchtigt, die sich auf Regeln wie Hausordnung oder Einhalten der Mittags- und Abendruhe beziehen. Gerade an Ordnungsfragen entzünden sich Spannungen zwischen Nachbarn unterschiedlicher Herkunft.

- Ein erster Schritt, der hier einhellig von den Stadtteilbezirksvorstehern empfohlen wird, ist eine ausreichende **Information** über die festgelegten Regeln sowie über die Folgen der Missachtung dieser Vorschriften. Möglichkeiten, die hier vorgeschlagen werden, sind etwa, dass jedem Mieter bei Abschluss eines Mietvertrages eine Anleitung in seiner Herkunftssprache mitgegeben wird oder dass Sozialarbeiter, die verschiedene Sprachen sprechen, Mieter ausländischer Herkunft über die „hierzulande gültigen Regeln" des Zusammenlebens aufklären.
- Mehrheitlich wird empfohlen, die **Einhaltung von Regeln** zu überprüfen. Die verantwortliche Verwaltung solle dies übernehmen. Insgesamt wird gefordert, dass im Stadtteil mehr Präsenz von Ordnungshütern gezeigt werde. In diesem Zusammenhang wird auch empfohlen, Vandalismusschäden und Müllablagerungen möglichst schnell zu beseitigen.
- Für eine effektive Arbeit im Stadtteil könnte eine **Kooperation der verschiedenen Institutionen**, wie des Ordnungsamtes und des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten, förderlich sein. Schnelle und nachhaltige Lösungen könnten so erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Frankfurt bereits das Projekt Stadtteilvermittlung ins Leben gerufen, um in Konflikte vermittelnd einzugreifen und in Mediationsverfahren neue Wahrnehmungsmuster und Konfliktbewältigungsstrategien anzubieten. Die hierfür zur Verfügung stehenden Ressourcen sind allerdings aus Sicht einiger Stadtbezirksvorsteher zu gering, um den Bedarf zu decken.

3. Empfehlungen des efms für die Erfassung von Integration

Für eine vorausschauende Integrationspolitik ist verlässliches und umfangreiches statistisches Datenmaterial erforderlich. Deshalb werden die in der Studie erfahrenen methodischen Probleme der Erfassung von Integration nochmals zusammengefasst und Schlussfolgerungen für die Verbesserung der Indikatoren zur Erfassung von Integration gezogen. Abschließend empfehlen wir eine regelmäßige Fortschreibung der Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main sowie eine Studie zur Erfassung der bestehenden Integrationsmaßnahmen und ihrer Effizienz.

3.1 Verbesserung von statistischen Indikatoren zur Erfassung von Integration

Wie während der sekundäranalytischen Auswertung der amtlichen Statistik deutlich wurde, gibt es eine Reihe amtlicher Daten, die Rückschlüsse auf die Integration von Zuwanderern und Deutschen zulassen. Gleichzeitig wurden auch etliche Defizite des statistischen Datenmaterials aufgezeigt. Folgende Punkte werden zur Verbesserung vorgeschlagen:

- Untersucht man den Integrationsprozess von Zuwanderern, dann zeigt sich, dass die Variable Staatsangehörigkeit nicht ausreicht, um zu gültigen Ergebnissen zu kommen, da es nicht möglich ist, Aussiedler, Eingebürgerte oder einheimische Deutsche zu identifizieren. Auch erlaubt es diese Datengrundlage nicht, nach Zuwanderern erster und zweiter Generation zu unterscheiden. Gerade die **Unterscheidung verschiedener Zielgruppen** ist jedoch für die Betrachtung des Verlaufes von Integrationsprozessen von besonderer Bedeutung. Vor allem in den Bereichen der Erwerbstätigkeit (vgl. II.4) und des Sozialhilfebezuges (vgl. II.5), in besonderem Maße aber auch im Bildungsbereich (vgl. II.3) können durch eine differenziertere Datenbasis Integrationsprozesse genauer analysiert werden.

  Wir schlagen deshalb vor, die **Variable „im Ausland geboren"** einzuführen und mit der Variable der Staatsangehörigkeit zu kombinieren. Dies würde es erleichtern, verschiedene Zuwanderergruppen zu unterscheiden, wie in der folgenden Übersicht verdeutlicht werden soll.

Übersicht V.1: Personengruppen nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit

Personengruppen nach Geburtsland und Staatsangehörigkeit		
	In Deutschland geboren	**Im Ausland geboren**
deutsche Staatsangehörigkeit	Inländer oder eingebürgerte Migranten zweiter oder dritter Generation	eingebürgerte Migranten erster Generation oder im Ausland geborene Inländer oder (Spät-)Aussiedler
andere Staatsangehörigkeit	Migranten zweiter oder dritter Generation	Migranten erster Generation

- Verschiedene Arten der Zuwanderung stellen auch unterschiedliche Anforderungen an die Integration. Deshalb sind für die Integrationsforschung nicht nur Daten der Integration, sondern auch **Statistiken zur Migration** von Bedeutung. Zum einen sollte hierbei versucht werden, in den amtlichen Statistiken eine genaue Spezifizierung der Zuwanderergruppen vorzunehmen, indem die **rechtliche Kategorie der Zuwanderung** bei der Anmeldung erfasst wird. Zum anderen sollte an die Stelle der Erfassung von Wanderungsfällen eine **personenbezogene** Statistik treten, so dass genauere Aussagen über Verbleib, Rückkehr sowie Pendelbewegungen getroffen werden könnten.
- Auch bei den **statistischen Angaben zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit** stellt sich bezüglich der Integration von Zuwanderern zunächst das Problem, dass man in der amtlichen Statistik nicht zwischen Zuwanderern und Deutschen unterscheiden kann, sondern nur zwischen ausländischen und deutschen Staatsangehörigen.
- Darüber hinaus wird die Aussagekraft vieler Daten dadurch eingeschränkt, dass das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose aus unterschiedlichen Quellen stammt. Die verschiedenen Institutionen benutzen zum Teil unterschiedliche **Begriffsabgrenzungen** und beziehen sich auf unterschiedliche **räumliche Einheiten**. So bezieht sich ein Teil der erhobenen Daten z.B. auf den Wohnort Frankfurt am Main (Wohnortprinzip), ein anderer Teil hingegen auf den Beschäftigungsort Frankfurt am Main (Arbeitsortprinzip). Diese Unterscheidung nach **Wohnort- und Arbeitsortprinzip** bereitet gerade in einer Stadt wie Frankfurt am Main, die hohe Pendlerströme hat, mehr Probleme als andernorts. Denn hier ist immer zu beachten, dass die Zahl der Einpendler wesentlich größer ist als die der Auspendler und dass außerdem das Pendelverhalten von Ausländern und Deutschen sehr unterschiedlich ist.

- Wir empfehlen deshalb bei der statistischen Erfassung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit neben der Einführung der Variable „im Ausland geboren" auch die Definitionen und zugrundeliegenden **Erhebungsgebiete zu vereinheitlichen**. So sollten etwa die Grenzen kommunaler Zuständigkeit mit den Arbeitsamtbezirken übereinstimmen. Zudem sollten die statistischen Erhebungen sich nicht lediglich auf den Arbeitsplatz beziehen, sondern zusätzlich den Wohnort mit berücksichtigen.
- Um genauere Aussagen über den Einfluss der nichtdeutschenWohnbevölkerung auf die allgemeine Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt am Main treffen zu können, wäre es erforderlich, die Dimensionen **Alter und Geschlecht** der ausländische Wohnbevölkerung im Statistischen Jahrbuch gemeinsam auszuweisen und somit den Zugang zu diesen Daten zu ermöglichen. Die Veröffentlichung dieser Daten ist nicht nur für die Berechnung der Fertilitätsraten von Bedeutung (vgl. II.1.3.2), sondern auch hilfreich, um Veränderungen im Heiratsverhalten der Migranten, z. B. eine höhere Quote interethnischer Ehen, richtig interpretieren zu können (vgl. II.1.4.2).
- Gerade für den Bereich der Bildung, welcher sich wiederum in erhöhtem Maße auf andere Dimensionen der Integration auswirkt, wäre zu empfehlen, die Daten zum **Einreisealter** zur Verfügung zu stellen, so dass die Sozialisationsdauer in Deutschland mit berücksichtig werden kann. Dies würde es ermöglichen, Bildungsinländer, also Migranten, die den größten Teil ihrer Schulbildung in Deutschland erhalten haben, von sog. Seiteneinsteigern zu unterscheiden.

3.2 Empfehlungen des efms zur Fortschreibung der Studie

Um weiteren Integrationsbedarf frühzeitig zu erkennen und um den Erfolg integrationsfördernder Maßnahmen kontrollieren zu können, ist es ratsam, die Evaluation von Integrationsprozessen **regelmäßig fortzuschreiben**. Nur dadurch können Trendwechsel rechtzeitig erkannt werden, die auf veränderte positive oder negative Entwicklungsrichtungen in einzelnen Integrationsbereichen oder in bestimmten Stadtteilen schließen lassen. Dies ermöglicht eine frühzeitige Reaktion und verhindert kumulative Problemspiralen.

Basierend auf den Erkenntnissen dieser Studie schlagen wir folgenden Modus der Fortschreibung vor:

- Die **sekundärstatistischen Analysen** sollten im **Abstand von drei Jahren** nach dem Erhebungszeitpunkt der Daten dieser Studie mit neuem Datenmaterial ergänzt werden.
- Die **repräsentative schriftliche Befragung** der zweiten Zuwanderergeneration sollte ebenfalls **drei Jahre** nach dem Erhebungszeitpunkt wiederholt werden. Wir schlagen hierbei vor, die Erhebung auf die Gesamtstadt auszudehnen, um die Aussagekraft für das gesamte Stadtgebiet zu erhöhen.

- Die Stadtteilstudien sollten, soweit als möglich, durch statistisches Material zu den im Untersuchungsgebiet liegenden Wohnsiedlungen unterstützt werden. Hierzu erscheint es ratsam, das in den 90er Jahren begonnene Berichts- und Beobachtungssystem **„Frankfurter Wohnsiedlungen“** fortzuführen. Alternativ dazu könnten bezüglich der Siedlungen im Untersuchungsgebiet in regelmäßigen Abständen Sonderberechnungen durchgeführt werden. Vor dem Hintergrund verbesserter statistischer Grundlagen wäre es dann ausreichend, die Erhebungen in den ausgewählten Stadtteilen auf qualitative Methoden zu beschränken und in erster Linie leitfadengestützte Interviews mit Bewohnern und Akteuren im Stadtteil durchzuführen.
- Während der Studie wurden immer wieder deutlich, dass die Stadt Frankfurt am Main schon eine Vielzahl von **Maßnahmen zur Integration von Migranten** durchführt.
- Wir schlagen vor, diese Maßnahmen zunächst zu **katalogisieren** und im weiteren auf ihre Wirksamkeit hin zu **evaluieren**. Solche Untersuchungen können dazu beitragen, die Effizienz der einzelnen Maßnahmen zu überprüfen und sie mit dem festgestellten Integrationsbedarf abzugleichen. Zudem könnte hierdurch der Informationsstand über vorhandene Maßnahmen erhöht werden und die Kooperation der einzelnen Maßnahmenträger untereinander gefördert werden.
- Daneben erscheint es uns nach Abschluss dieser Studie wichtig, je nach Bedarf vertiefende **kleinere Spezialstudien** durchzuführen, die sich jeweils auf eine spezifische Zuwanderergruppe oder ein spezifisches Integrationsproblem beziehen. Bislang wurde besonderer Informationsbedarf zu folgenden Themen bekundet: „Seiteneinsteiger im Bildungssystem“, „Die muslimische Bevölkerung und die Rolle des Islam im Integrationsprozess“, „Die Gruppe der türkischen Zuwanderer und ihre innere Gliederung“, „Wohnsiedlungen mit besonderen Integrationsproblemen“, „Jugendliche Spätaussiedler“, „Männliche Jugendliche, die durch abweichendes Verhalten aufgefallen sind“, sowie „Räumliche Konzentration von Zuwanderern“.

Literatur

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (1998): Die Frankfurter Ortsteile 1987-1997. Materialien zur Stadtbeobachtung Heft 9. Frankfurt am Main.

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (div. Jahrgänge): Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt am Main. Frankfurt am Main.

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (Hg.) (div. Jahrgänge): frankfurter statistische berichte. Frankfurt am Main.

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen (Hg.) (div. Jahrgänge): Materialien zur Stadtbeobachtung. Frankfurt am Main.

Bareis, Ellen /Tomke Böhnisch (2000): „Zwei Frankfurter Stadtviertel: Ressource oder Falle. Geschichten über soziale Ausschließungsprozesse und deren alltägliche Bewältigung" in: WIDERSPRÜCHE, Heft 78, 20.Jg. Nr.4, S.57-68.

Bartelheimer, Peter (1997): Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt am Main.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.) Soziale Ungleichheiten. Göttingen. S.183-198.

Bourhis, Richard Y. u.a. (1997): Immigration und Multikulturalismus in Kanada: Die Entwicklung eines interaktiven Akkulturationsmodells, in: Amélie Mummendey / Bernd Simon (Hg.) Identität und Verschiedenheit: zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften. Bern u.a.. S. 63-107.

Bundesanstalt für Arbeit/ Arbeitsamt Frankfurt am Main (2000): Arbeitsmarktbericht Mai 2000. Frankfurt am Main.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000) (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht. Berlin.

Bundesregierung (2000): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 14/2674.

Büttner, Christian (2000): Stadtteilvermittlung: Ergebnisse des Frankfurter Modellprojekts, in: Migration und Soziale Arbeit. 3-4/2000, S.69-74.

Caesperlein, Gerold / Katrin Gliemann (1999): Das Eigene am Fremden: Zuwanderung in ein innenstadtnahes Arbeiterviertel aus der Sicht der Alteingesessenen, in: BIOS Jg. 12 Heft 1, S.116-123.

Caesperlein, Gerold/ Katrin Gliemann (2000): Migration ohne Ortswechsel? Die Perspektive Einheimischer im Zuwanderungsstadtteil und Konsequenzen für die räumliche Planung: Eine Untersuchung mittels biographischer Methoden. Dissertation, Universität Dortmund (Manuskript).

Dangschat, Jens S. (2000a): „Segregation und dezentrale Konzentration von Migrantinnen und Migranten in Wien" in: Klaus M. Schmals (Hg.) Migration und Stadt: Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen, S.155-181.

Dangschat, Jens S. (2000b): „Sozial-räumliche Differenzierung in Städten: Pro und Contra", in: Annette Harth/ Gitta Scheller/ Wulf Tessin (Hg.) Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen, S.141-159.

Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hg.) (2000): Frankfurter Sozialbericht: Risiken und Chancen des Frankfurter Arbeitsmarktes. Frankfurt am Main.

DIW Berlin (2000): Wochenbericht 29.

Elias, Norbert/ John L. Scotson (1993): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/Main.

Hanhörster, Heike/ Margit Mölder (1998): Konflikt- und Integrationsräume im Wohnbereich, in: Wilhelm Heitmeyer/ Reimund Anhut (Hg.) Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim u. München, S.347-400.

Häußermann, Hartmut/ Kapphan, Andreas (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Berlin.

Jacobs, Herbert (2000): Frankfurter Sozialbericht: Teil II: Sozialhilfeempfänger. Der Dezernent für Soziales und Jugend (Hg.). Frankfurt am Main.

Jaschke, Hans-Gerd (1998): Polizei und Sozialarbeit im städtischen sozialen Brennpunkt, in: Wilhelm Heitmeyer/ Reimund Anhut (Hg.) Bedrohte Stadtgesellschaft: Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim u. München, S.398-415.

Karpf, Ernst (1993): „Und mache es denen hiernächst Ankommenden nicht so schwer..." Kleine Geschichte der Zuwanderung nach Frankfurt am Main. Frankfurt u. New York.

Krummacher, Michael/ Viktoria Waltz (2000): Ruhrgebiet: Migration und Stadtentwicklung in einer altindustrialisierten Region. Herausforderungen, Versäumnisse und „best practice"-Beispiele, in: Klaus M. Schmals (Hg.) Migration und Stadt: Entwicklungen, Defizite, Potentiale. Opladen, S.215-237.

Lederer, Harald (1997): Migration und Integration in Zahlen: ein Handbuch. Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen. Bonn.

Löffelholz von , H.D./ Günther Köpp (1998): Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland. Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Heft 63.

Müller-Raemisch, Hans-Reiner (1998): Frankfurt am Main: Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1945. Frankfurt/Main.

Münchmeier, Richard (2000): Miteinander - Nebeneinander - Gegeneinander? Zum Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen, in: Deutsche Shell (Hg.) Jugend 2000. Opladen, S.221-260.

Nauck, Bernhard / Annette Kohlmann / Heike Diefenbach (1997): Familiäre Netzwerke, Intergenerative Transmission und Assimilationsprozesse bei türkischen Migrantenfamilien, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3, S.477-499.

Neeb, Ursula (1994): „Wasserhäuschen": Streifzug durch Geschichte und Gegenwart der Frankfurter Trinkhallen, in: Ina-Maria Greverus/ Johannes Moser/ Kirsten Salein (Hg.) STADTgedanken aus und über Frankfurt am Main. Frankfurt/Main, S.181-211.

Pülm, Wolfgang (1990): Preungesheim: Altes Dorf - junger Stadtteil. Frankfurter Stadtsparkasse (Hg.). Frankfurt.

Pülm, Wolfgang (1998): Bornheim: Frankfurter Stadtteil mit besonderem Charakter. Frankfurter Stadtsparkasse (Hg.). Frankfurt.

Rebholz, Jörn (1994): Im Kamerun: Ein Frankfurter Stadtteil und seine „fremden" Jugendlichen, in: Ina-Maria Greverus/ Johannes Moser/ Kirsten Salein (Hg.): STADTgedanken aus und über Frankfurt am Main. Frankfurt/Main, S.213-241.

Schott, Michael (2000): Frankfurter Arbeitsmarktperspektiven, in: frankfurter statistische berichte 1'2000. Frankfurt am Main.

Schröpfer, Waltraud (1994): Berichts- und Beobachtungssystem „Frankfurter Wohnsiedlungen": Methodische Grundlagen und erste Ergebnisse, in: Frankfurter Statistische Berichte. 3, S.155-166.

Schröpfer, Waltraud (1995): Berichts- und Beobachtungssystem „Frankfurter Wohnsiedlungen": Einwohnerentwicklung, in: Frankfurter Statistische Berichte. 1, S.46-51.

Schröpfer, Waltraud (2000): Ehemalige US-Siedlungen heute, in: Frankfurter Statistik aktuell 22/2000.

Schulz, Erika (2000): Migration und Arbeitskräfteangebot in Deutschland bis 2050, in DIW-Wochenbericht 48/00.

Seubert, Reiner (1981): Eckenheim: Erst Hof, dann 1000 Jahre Dorf, Vorort und schließlich Stadtteil von Frankfurt Frankfurter Stadtsparkasse (Hg.). Frankfurt.

Straßburger, Gaby (2001): Transnationalität und Einbürgerung: Defizite in der statistischen Erfassung der Eheschließungen von Migranten in: Jürgen Dorbritz/ Johannes Otto (Hg.) Einwanderungsregion Europa? Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 99/2000, S.81-95.

Wolf-Almanasreh, Rosi (1998): „Wir sind alle überfordert...!" Konfliktmanagement und Problemlösungsstrategien in multi-ethnischen Stadtteilen, in: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hg.) Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteil. Bonn, S.103-123.

Wolf-Almanasreh, Rosi (2000): Neugestaltung kommunaler Migrationspolitik im Rahmen nachhaltiger Stadtentwicklung, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 9/2000, S.344-350.